El Salvador: Entwicklungen im Oppositionsbündnis FMLN/FDR S. 30



Arbeiterkampf

Jg. 14, Nr. 247, 4.6.1984 ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES 4 DM Förderpreis DM 5,- C 21734 E

„Nur für den Dienstgebrauch"

Wie unsere Polizei dem CIA zuarbeitet

Mindestens zweimal im Monat kommt im Konsulat der USA in Hamburg ein dicker Briefumschlag an. Absender: Freie und Hansestadt Hamburg/Polizei. Genauer gesagt: die Fachdirektion 7, Staatsschutz. Inhalt des Umschlags: der „Informationsbericht" der Abteilung Staatsschutz. Der Bericht informiert mit einer Kurzübersicht über Zeitpunkt, Art und Verlauf politischer Kundgebungen und Veranstaltungen. Beispielsweise über den 1. Mai, über Hausbesetzungen, über Gewerkschaftsveranstaltungen, über Ausländer-Demonstrationen. Teilnehmerzahl? Parolen? Haben Störungen stattgefunden? Friedlicher oder unfriedlicher Verlauf? Gab es Festnahmen und Personalienfeststellungen? Die Berichte sind trocken, knapp und nicht sehr aufregend. Etwa: *„Geringe Beteiligung an der Frauen-Veranstaltungen zur ‚Walpurgisnacht' am 30.4.1984. Linksgerichtete Frauengruppen kamen in mehreren Stadtteilen in der Größenordnung von 5-50 Personen zusammen, um gemäß ihrem Selbstverständnis die ‚Walpurgisnacht' zu begehen. — Keine Ausschreitungen, nur in Altona/Bahrenfeld zahlreiche Farbschmierereien".* Außerdem gibt es zu jedem Einzelpunkt der Kurz-Übersicht einen etwas längeren, gründlicheren Bericht. Dieser enthält z.B. Parolen, die beim jeweiligen Anlaß zu hören und zu sehen waren, gegebenenfalls eine Auflistung von Sachbeschädigungen u.ä. Ferner Material zu einzelnen Veranstaltungen, wie etwa Flugblätter und „taz"-Berichte.

Ein spezieller Service der „Informationsberichte" sind detaillierte Zusammenstellungen und Übersichten zu Einzelthemen, wie z.B.: „Bombendrohungen in Hamburg". Welches Objekt wurde bedroht? Tag? Uhrzeit? War der Anrufer/die Anruferin männlich oder weiblich? Was sagte er/sie? Welche polizeilichen und sonstigen Maßnahmen wurden ergriffen?

Besonders interessant und bemerkenswert ist die „Anlage zum Informationsbericht": sie enthält eine vollständige Liste der „Personen", die bei den im Bericht dargestellten Aufzügen, Kundgebungen usw. festgenommen und registriert wurden. Konkretes Beispiel: die Anlage zum Bericht vom 3.5.84 nennt mit Namen, Geburtsort und -datum sowie voller Anschrift zwei „Personen", die am Vorabend des 1. Mai „beim unerlaubten Plakatieren überrascht" wurden; es folgen die Namen plus Geburtsort und -datum von 20 „Personen", die am 1. Mai bei einer Hausbesetzung in der Jägerpassage festgenommen wurden; und schließlich wieder mit Namen und voller Anschrift zwei „Personen", die beim Flugblattverteilen während einer Bürgerschaftssitzung festgenommen wurden.

Es muß demnach angenommen werden, daß jede/jeder, die/der in Hamburg von der Polizei in politischen Zusammenhängen festgenommen und registriert wird, zumindest auf dem Wege dieser „Informationsberichte" bei den US-Dienststellen bekannt gemacht wird. Daß die Namen auf diesem Weg in irgendwelche US-Computer gelangen, läßt sich von uns selbstverständlich nicht beweisen, ist aber wahrscheinlich. Es wird eine Aufgabe für demokratische Rechtsanwälte, Journalisten und Parlamentarier sein, dem Sachverhalt nachzugehen. Daß dieses Verfahren legal sein soll, mögen wir nicht glauben. Und falls doch: umso schlimmer!

Einzelthemen, wie z.B.: „Bombendrohungen in Hamburg". Welches Objekt
nicht glauben. Und falls doch: umso schlimmer!

Frauen zum Bund:

"Unangenehme Entscheidungen stehen an" (Wörner)

Zweimal hat das „vorzeitige" Kriegsende die volle Einbeziehung der Frauen in die Wehrmacht in Deutschland verhindert, im 2. Weltkrieg gab es bereits weibliche Kanoniere.

Nun ist es wieder soweit: Ostern '84 feierte dieser Plan eine neue Auferstehung. Der parlamentarische Staatssekretär Würzbach verkündete, daß noch 1985 1.000 bis 1.500 Frauen als Freiwillige in die Bundeswehr einbezogen werden sollten, insgesamt sollen 15.000 Frauen eingestellt werden („FR", 26.4.84). 1975 hatte Verteidigungsminister Leber mit der Einstellung von 70 Stabsärztinnen den Grundstein für die Änderung gelegt. Während der Bundeswehrverband und andere bereits offen darüber sprechen, daß eine „Gleichberechtigung" in dieser Kriegsmaschinerie nur dann zu verwirkichen sei, wenn Frauen auch an Waffen ausgebildet würden (auch wenn sie darüber nicht befehlen dürften), gab es andererseits auch heftige Gegenstimmen. Die FDP-Spitze bejammerte *„das Problem als Angelegenheit von größter Tragweite ... Insgesamt habe Würzbach eine Diskussion ausgelöst, die verengt und zum falschen Zeitpunkt geführt werde"* („FR", 26.4.). Ronneburger (Stellvertretender Fraktionsvorsitzender der FDP im Bundestag) erklärte, daß Soldatinnen *„keineswegs die einzige Lösung"* seien, das solle *„daher auch nicht im Mittelpunkt der Überlegungen und Gespräche stehen"* („taz", 25.4.). Die SPD, die — vaterländisch geübt — für jede denkbare Bundeswehrausweitung zu haben ist, spuckt hier ganz radikale Töne. Der SPD-Abgeordnete Hermann Scheer erklärte, *„das Vorhaben der Bundesregierung sei nur die Vorstufe für eine später bereits insgeheim geplante Wehrpflicht von Frauen"* („taz", 26.4.).

495.000 Mann hält die Bundeswehr in „Friedenszeiten" ständig unter Waffen. Hinzu kommen 170.000 „zivile" Beschäftigte bei der Bundeswehr (davon 47.000 Frauen). Will man nicht wieder belgische General Close davon ausgehen, daß die BRD in 48 Stunden bereits überrollt wäre, so muß man von einer Kriegsarmee von 1,2 Millionen ausgehen. Innerhalb von 48 Stunden wird die Bundeswehr mit über 800.000 Reservisten auf eine entsprechende Kampfstärke gebracht. Die noch unter Apel (SPD) erstellte Langzeitstudie (von 1982) erklärte, daß der „Friedensbestand" der Bundeswehr nicht unter 472.000 schrumpfen dürfe, solle die „Fähigkeit zur Vorneverteidigung" (gemeint ist der Kriegsbestand von 1,2 Millionen) nicht „verloren" werden.

Fortsetzung auf S. 20

35-Stunden-Woche

Aussperrung gegen Streikrecht und kampfstarke Gewerkschaften

Die Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche hat sich zu dem prophezeiten härtesten Tarifkampf der Nachkriegsgeschichte entwickelt. Wenn diese Zeitung erscheint, gehen die tage- und schichtenweise geführten flexiblen Schwerpunktstreiks der IG Druck und Papier in die siebente Woche. Bei der IG Metall bricht die dritte Streikwoche an. 57.000 Metaller stehen aktiv im Streik, 90.000 in den Streikgebieten sind unmittelbar ausgesperrt. Insgesamt sind im Laufe dieser Woche unter Einbeziehung der „kalten Aussperrungen" fast 300.000 Metallarbeiter in den Arbeitskampf einbezogen.

Die Versuche zwischen Gewerkschaften und Unternehmerverbänden, eine Einigung am Verhandlungstisch zu finden, sind nach wie vor am Nullpunkt. Zwei Spitzengespräche bei Druck blieben ohne Ergebnis. In den wiederaufgenommenen Verhandlungen bei Metall im Bezirk Nordbaden/Nordwürttemberg Ende Mai versuchte die IG Metall Kompromißbereitschaft anzudeuten: Bei der Lohnforderung (3,3%), bei der möglichen Verlängerung der Laufzeit des Tarifvertrags und beim Zeitpunkt des Inkrafttretens möglicher Arbeitszeitverkürzung. Die Bereitschaft, über einen schrittweisen Einstieg in die 35-Stunden-Woche zu reden, ist in beiden Gewerkschaften schon seit längerem erklärt worden.

Dagegen steht das neueste Angebot des Kapitalistenverbandes Gesamtmetall: Beibehaltung der 40-Stunden-Woche als Regelarbeitszeit bis 1988, Einführung der 39-Stunden-Woche für Schichtarbeiter (das betrifft nach IGM-Angaben 12 bis 15% aller Beschäftigten im Tarifgebiet) ab 1985, fünf Jahre später soll dann im nächsten Schritt die 38-Stunden-Woche eingeführt werden. Daneben erneuerte Gesamtmetall das Angebot von 3% Lohnerhöhung (bei verlängerter Laufzeit) und einer Vorruhestandsregelung.

Mit dem Umfang der Aussperrung — mehr als dreimal mehr Ausgesperrte als Streikende — und der politischen Entscheidung der Bundesanstalt für Arbeit, kein Kurzarbeitergeld zu zahlen, hat der Arbeitskampf eine neue politische Dimension angenommen. Die Gewerkschaften, die angefangen haben, ihre Politik nicht allein dem vermeintlichen Allgemeinwohl unterzuordnen, sollen in die Knie und auf den rechten Pfad gezwungen werden. Die Hetze, insbesondere gegen die IG Druck, signalisiert, daß man im Kapitalistenlager selbst über die Zerschlagung einer solchen Gewerkschaft nachdenkt. Mehr denn je stehen in dieser Tarifrunde die Überbleibsel eines sowieso schon arg gerupften Streikrechts zur Disposition.

Die Gewerkschaften haben nach anfänglichen großen Schwierigkeiten bewiesen, daß sie noch mobilisierungsfähig sind. Wird es reichen?

weitere Artikel S. 3 ff



Sarajewo am 28. Juni 1914: Die tödlichen Schüsse bosnischer Attentäter auf den österreichischen Kronprinzen werden zum äußeren Anlaß des 1. Weltkriegs. Als der Krieg im November 1918 beendet wird, sind 8 Millionen Menschen „auf den Schlachtfeldern gefallen". Wie es dazu kam, warum es dazu kam: S. 25 - S. 29

Libanon: Atempause im Bürgerkrieg. Im Libanon ist nach den Kämpfen der letzten Monate und zähen Verhandlungen eine neue Regierung gebildet worden, der auch die Führer der beiden derzeit wichtigsten oppositionellen Gruppierungen angehören: der schiitischen AMAL und der drusischen Sozialistischen Partei.
Hintergründe auf **Seite 23/24**

Mit Andreas Zumach — Vertreter von Aktion Sühnezeichen, einer kirchlichen Gruppe im Friedensbündnis — sprachen wir über die Politik und Strategie der NATO und über die Perspektive der Friedensbewegung. **Seite 17**

Die Sowjetunion ist zur zweitstärksten Militärmacht der Welt geworden. Die Bedeutung dieser Tatsache ist umstritten: die Sowjetunion als natürliche Verbündete der Friedensbewegung oder als zweite imperialistische Supermacht?
Fakten zur sowjetischen Militärpolitik bietet ein Text der Zeitschrift "Arbeiterstimme", dessen zweiten Teil wir hier nachdrucken: **Seite 33ff.**

Mobilität, Flexibilität, differenziertes und der Situation angemessenes Eingreifen, Deeskalation durch Isolierung radikaler Minderheiten und Neutralisierung unzufriedener Mehrheiten, kein unbedachtes Eingreifen, um überflüssige Solidarisierungen und ungewollte Flächenbrände zu vermeiden — das waren die polizeilichen Leitlinien im Herbst'83 gegenüber der Friedensbewegung.
Worum geht's? In welcher Kontinuität staatlichen Handelns steht diese Strategie? Worauf läuft sie hinaus? Was sind die Bedingungen für den allseits bejubelten Rückgewinn an innerer Stabilität? Wie stabil ist sie?
Siehe dazu den Artikel: "Stabilität for ever? — Die Strategie des Staates gegen die Friedensbewegung, Teil II" **Seite 14**

sind die Bedingungen für den allseits bejubelten Rückge-

Im selben Zusammenhang drucken wir einen Brief von W.Sternstein ab, in dem er Stellung nimmt zum Teil I dieses Artikels im vorigen AK. **Seite 19**

Wenn es früher hieß: "Die Roten kommen", dann waren damit die bösen Russen, die Kommunisten oder, bei manchen unverbesserlichen Reaktionären der APO- und Nach-APO-Zeit, vielleicht auch die 'Randalierer' vom SDS und im folgenden der 'K-Gruppen' gemeint. Aber — wie schon kluge Leute festgestellt haben — nichts bleibt wie es war: Heute gilt der Schreckensruf keineswegs dem zusammengeschrumpften Häuflein von Kommunisten. Heute gilt er den rot oder orange gekleideten Vertreterinnen und Vertretern Bhagwans in der BRD, wenn sie sich geschäftstüchtig in der gastronomischen Branche breitmachen, wenn sie mit umfangreichem Therapieangebot frustrierte Aussteiger/innen aller Art, einschließlich enttäuschter Linker, aufsammeln usw.
Wir befragten sie zu ihrer Lebensweise und zu ihren Zielen. Interview auf **Seite 42**

Was diesmal im AK fehlt

Die Grünen im Bundestag beteiligen sich an einer Allparteien-Resolution zu Afghanistan und sind damit in die Gemeinsamkeit der Demokraten aufgenommen. Der Text entspricht fast vollständig einer Allparteien-Resolution, die 1982 vom Bundestag verabschiedet wurde. Damals noch ohne Grüne.

• • •

An einer weiteren Allparteien-Resolution zum „Fall Sacharow'' mögen sich die Grünen plötzlich nicht mehr beteiligen. Sie ist nämlich „*einäugig*'', was die Afghanistan-Resolution anscheinend nicht war. Daß die Grünen sich in diesem Fall der Gemeinsamkeit der Demokraten verweigern, stößt bei vielen ihrer Anhänger auf Verwunderung und Empörung, die sich zum Teil in Telefonanrufen bei der Bundestagsfraktion äußert. Der Bonner Experte für blockübergreifende Solidarität, Milan Horacek, erklärte daraufhin: die Grünen hätten der Allparteien-Resolution nicht zustimmen können, weil sie „*zu diplomatisch*'' war. „*Deshalb hätten sich die Grünen enthalten, nachdem ihre eigene Resolution, die 'deutlicher, klarer und schärfer' gewesen sei, zuvor keine Mehrheit gefunden hatte*''. (Frankf. Rundschau, 29.5.). Gerüchte, daß der ehemalige Vorsitzende der 1980 aufgelösten „KPD'', Christian Semler, inzwischen als Ghostwriter für die Bonner Grünen beschäftigt wird, werden weder bestätigt noch dementiert.

• • •

Ein Journalist und der nicht weniger seriöse Filmregisseur Werner Herzog berichten der internationalen Presse über Völkermord in Nikaragua, begangen von der Regierung an den Miskito-Indianern. Der außenpolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Helmut Schäfer, fordert die Prüfung der Vorwürfe durch eine unabhängige internationale Kommission. Einen ähnlichen Einfall hat die grüne Bundestagsabgeordnete Gaby Gottwald: Nikaragua möge eine „*internationale Journalisten-Delegation*'' ins Land lassen, um die Vorwürfe zu prüfen. Die Journalisten müßten natürlich „*freien Zugang*'' zum Gebiet der Miskitos bekommen. So sei „*eine glaubwürdige Berichterstattung zu gewährleisten*'' (taz, 1.6.84). Weil nämlich ein Sachverhalt nur dann g l a u b w ü r d i g ist, wenn er durch „Bild'' und „ZDF-Magazin'' überprüft worden ist.

• • •

Dirk Schneider, Mitglied der grünen Bundestagsfraktion, hat die Unverschämtheit, an den heren und über jeden Verdacht erhabenen Motiven mancher DDR-Ausreisenden zu zweifeln. Einige kämen doch wohl, behauptet er, aus der Erwartung, in der BRD einen besseren Lebensstandard zu realisieren. Dirk Schneider gelingt mit diesen Äußerungen auf Anhieb, was General Bastian mit seinem Plädoyer für die deutsch-französischen Kampfhubschrauber seinerseit einfach nicht gelingen wollte: er provozierte echte moralische Emotion und halbe Wutausbrüche. Joschka Fischer und Jo Müller distanzieren sich auf das Allerschärfste. „*Es sei nicht Aufgabe der Grünen, Ausreisewillige zu diskriminieren*''. (taz, 1.6.84). Richtig, das kann man einigen von ihnen ruhig selbst überlassen: indem man sie im Fernsehen und in in der Springer-Presse mit Sprüche gegen Arbeitslose („Wer arbeiten will, der kriegt auch Arbeit''), Türken und linke Demonstranten zu Wort kommen läßt.

Aufgepaßt!

Freunde Frankreichs und Gegner von Atomwaffen aufgemerkt: Das Malville-Komitee ruft zu einer Großdemonstration am 4. und 5. August in Malville auf. (Weiteres im nächsten AK)



Das erste „Doe Wat''-(Tu was-)Festival im Mai 1983 in Hengelo hatte einen wenig glücklichen Verlauf. Das Festivalzelt und der umliegende Campingplatz versanken während des tagelangen Regens im Schlamm. Der aufgestaute Frust entlud sich schließlich in Scharmützeln mit der örtlichen Polizei, was für die Hengeloer Bevölkerung zwar einen gewissen Unterhaltungswert hatte, prinzipiell gesehen ja auch gar nicht falsch ist, im konkreten aber doch daneben war und dem Festival buchstäblich den Rest gab.

Die Initiatoren aus der niederländischen Jugendbewegung haben sich jedoch nicht entmutigen lassen und rufen auch für dieses Jahr zu einem „Doe Wat''-Festival auf, das vom 21.-24. Juni in Deventer stattfinden soll. Zur Teilnahme aufgefordert sind ausdrücklich auch ausländische Gruppen, die zu Themen wie Wohnungsnot, Frauen/Mädchen, Arbeitslosigkeit, Atomenergie, Faschismus, Rassismus, Militärregimes und Frieden im Sinne eines internationalen Erfahrungsaustausches etwas beitragen wollen. Musikanlagen, Filmprojektoren, Videoanlagen und Stände zur Auslage von Informationen etc. stehen zur Verfügung. Für Schlafplätze wird mit dem Aufbau von Zelten rund um den Festivalplatz gesorgt.

Anmeldungen eigener Beiträge, Ordern von Schlafplätzen und nähere Informationen über: „Doe Wat '84'', Polstraat 50, Deventer, Niederlande oder telefonisch von montags bis freitags, jeweils 12 bis 17 Uhr über 0031-5700-11965.

Niederlande-Kommission

Debatte um die Herbstschwerpunkte

Auf der Aktionskonferenz Anfang Mai hatte die Friedensbewegung einen ganzen Aktionskatalog für den kommenden Herbst beschlossen — wir berichteten im letzten Arbeiterkampf, darüber. So konnte eine weitere Diskussion und ein Gerangel um die tatsächlichen Schwerpunkte der Aktionen im Herbst nicht ausbleiben.

Am 18.5. schob der Koordinationsausschuß in Bonn eine Ergänzung der Beschlüsse der Aktionskonferenz nach. Das „Sammelsurium'' von Aktionen im Herbst werde die „fatale Konsequenz'' haben, daß „wir wahrscheinlich fünf Flops hintereinander organisieren'', zitiert die taz (vom 23.5.) Andreas Zumach von Aktion Sühnezeichen. „*Und falls das Konzept so stehen bleibe, werde man im kirchlichen Bereich eigene Prioritäten setzen und sich auf den 'Menschenstern' im Fulda Gap, die Nicaragua-Demonstration sowie die kirchlichen Friedenswochen ... konzentrieren*'' (ebenda). Im Sinne eines Ausgleichs forderte das KOFAZ-Spektrum, daß auch die Westaktion („Verbindung mit dem Kampf der Gewerkschaften'', wie das Motto dafür heißt) zentralen Stellenwert behalten müsse; die Ruhrgebietsaktion könne ja mit einer Menschenkette zum niederländischen Stationierungsort Woenstrecht bzw. nach Rheinland-Pfalz zum Cruise-Missiles-Stationierungsort Wüschheim verlängert werden. Und so wurde es dann gemeinsam beschlossen: die Bonner wollen sich zentral beim Fulda-Gap einklinken und die Aktion als Koordinationsausschuß mittragen, ebenso die Aktion am 20.10. in der Region Mitte (genaueres soll eine Regionalkonferenz am 30. Juni festlegen) und die Solidaritätsaktion mit Mittelamerika und Nicaragua am 3.November (im Gespräch ist eine zentrale, bundesweite Demonstration in Frankfurt oder (wahrscheinlicher) in Bonn).

Ins zweite Glied rückten damit für die Bonner die Regionalaktionen in Süd (Vorbereitungskonferenz am 30.6.) und Nord (die am 20.10. stattfinden sollen) und insbesondere die Aktionen zur Kriegsdienstverweigerung und gegen die Ausweitung der Bundeswehr (für den 22.-24. Novem-

finden sollen) und insbesondere die Aktionen zur Kriegsdienstverweigerung und gegen die Ausweitung der Bundeswehr (für den 22.-24. Novem-ber vorgesehen). Am 21.Juni soll ein zentrales Vorbereitungstreffen für die Verweigerungstage im Herbst stattfinden.

Störmanöver im Raum Hildesheim

Insbesondere das radikalere Spektrum hat darauf gedrängt, daß die NATO-Manöver in Fulda und auch die Hildesheimer Herbstmanöver gebührend gestört werden und diese Aktionen in den zentralen Aktionskatalog aufgenommen wurden. Die britische Armee will bei „Lionheart'' mit 130.000 Mann das größte Manöver seit dem 2. Weltkrieg durchführen, Kostenpunkt 117 Mio. DM, 30 Mio. für Manöverschäden. Die Rheinarmee wird mit Reservisten auf „Kriegsstärke'' gebracht; Soldaten aus Canada, Neuseeland und Australien, Reforger-Truppen aus den USA, niederländische und Bundeswehrtruppen sind mit von der Partie. Hunderte von Tieffliegereinsätzen wird die NATO-Luftwaffe gleichzeitig im Manöver „Cold-Fire'' fliegen. In Hildesheim wird auf dem Flugplatz eine Zeltstadt als Manöverhauptquartier aufgebaut werden (Angaben nach „Hannoversche Allgemeine'', 11.5.84).

Am 27.5. kamen 180 Leute zur Vorbereitungskonferenz für Hildesheim zusammen. Beschlossen wurde eine Unterstützung und Absprache mit den Fulda-Aktionen und ein Aktionsrahmen, der Manöverbehinderungsaktionen vom 19.-22.9. vorsieht und eine zentrale Abschlußaktion am Sonnabend, den 22.9. Nach Vorbild der Wendland-Blockade sollen die „Truppenbewegungen'' im Manövergebiet zumindest empfindlich gestört werden. Das ganze soll mit einer Abschlußaktion (voraussichtlich) in Hildesheim am Hauptquartier enden (der Aktionsrahmen ist dem Beschlußprotokoll s. Abdruck auf Seite 18 in diesem AK zu entnehmen). Eine weitere Konferenz (am 1.7. in Hannover) soll endgültige Festlegungen treffen.

Regionalkonferenz Nord

Auf der Regionalkonferenz Nord am 3.6. in Hamburg mit gut 200 Teilnehmer/inne/n kam es zu einer Auseinandersetzung über den Stellenwert einer solchen Aktion gegen die Herbstmanöver. Im 'traditionellen' Spektrum (KOFAZ und Jusos) ist zwar unbestritten, daß Hildesheim als T e i l eines gemeinsamen Konzeptes unterstützt werden soll (so wurde es einhellig beschlossen); wie dies aber aussieht, ist noch nicht ganz klar. Zwar wird bekundet, daß eine Behinderungsaktion im Stile der Wendland-Blockade mitgetragen wird; beschließen mochten sie das aber noch nicht. Auf den folgenden Treffen wird noch ein wenig Gefeilsche im Detail unvermeidlich sein. Die Sorge vor rollenden Panzern, angeblich unklaren Konzepten, an denen sich vielleicht nicht jeder beteiligen könnte, wird von einzelnen immer wieder ins Feld geführt. Allerdings bestehen bislang gute Aussichten, daß die Hildesheim-Aktionen immerhin von allen Kräften mitgetragen werden.

Die entscheidende Kontroverse gab es um die norddeutsche Großdemonstration am 20.10. Auf der einen Seite sollte am 20.10. dieses Jahres noch einmal eine Kopie der „Volksversammlung'' Hamburg vom 22.10, des vergangenen Jahres stehen (Hamburg oder Bremen standen zur Auswahl). Die „Unabhängigen'' schlugen hinge-

lung'' Hamburg vom 22.10. des vergangenen Jahres stehen (Hamburg oder Bremen standen zur Auswahl). Die „Unabhängigen'' schlugen hinge-gen vor, eine zentrale Massenmanifestation zum Abschluß der Manöver in Hildesheim und keine zweite durchzuführen. Damit könne sowohl gegen die Stationierung der neuen Mittelstreckenraketen wie gegen die Kriegsvorbereitung auf konventionellen Gebiet (Ausbau der NATO-Truppen und ihrer Mobilisierungsfähigkeit, Airland-Battle und Rogersplan) protestiert werden. Damit soll deutlich gemacht werden, daß es sich bei der gültigen NATO-Strategie um offensive Kriegsplanung handelt. Für das KOFAZ bzw. die Jusos soll dies ein Randthema bleiben. Die wieder einmal beschworene Rücksicht auf DGB und SPD steht im Hintergrund, da diese Organisationen insgesamt keineswegs die konventionelle Abrüstung auf ihre Fahnen geschrieben haben. Insofern wollte dieses Spektrum unbedingt an einer Aktion am 20.10. festhalten. Zwischen dem Angebot Hamburg oder Bremen setzte sich dann in der Abstimmung Hamburg mehrheitlich durch. Hamburg allein könne 50.000 Menschen mobilisieren, Bremen hingegen nur 15.000. Wer dieses Konzept anzweifelt, steht in dem Verdacht, s t a t t Massenmobilisierung „nur'' Radikalisierung zu wollen.

Zum Schluß wurde der alte Regionalausschuß mit Vertretern aus allen Strömungen als neuer Ausschuß für die Ausgestaltung der Herbstplanungen in Hamburg und Hildesheim in diesem Jahr bestätigt. Im August soll eine weitere Konferenz folgen.

Bezahlt wird nicht !

Zur Demonstration am Tag der Arbeit waren gerade zwei Dutzend Leute gekommen, zur Arbeitslosendemonstration am nächsten Tag jedoch gut 1.500. So geschehen in der niederländischen Stadt Nijmegen, die mit einer offiziellen Arbeitslosenquote von rund 30 % den nationalen Rekord hält. Die Demonstration am 2. Mai richtete sich gegen den Plan der Regierung, zum 1. Juli die Sozialhilfe-Beträge um 15 % und mehr zu kürzen. Die 1.500 Demonstrant/inn/en besetzten für ein paar Stunden das Sozialamt. Als die Demonstration am frühen Nachmittag durch die Einkaufsstraßen zog, hatten die großen Kaufhäuser und Supermärkte ihre Türen geschlossen und die Rolläden runtergelassen. Die Kunden wurden durch die Personaleingänge nach draußen gelassen. Überall waren Bullen als Wachposten aufgestellt. Man fürchtete „proletarisches Einkaufen''. Durchaus nicht zu unrecht: Auf einem mit 200 Teilnehmer/inne/n sehr gut besuchten Vorbereitungstreffen am 19. April war „proletarisches Einkaufen'' als Aktionsmöglichkeit genannt worden. Nach dem Treffen hatte es tatsächlich verschiedene kleinere Klau-Aktionen gegeben. Am 26. April hatten 200 Leute in einer Protestaktion, ohne Bezahlung, die Kantine des Rathauses (im Wortsinne) leergefressen. Zudem war in der ersten Mai-Woche gerade die belgische Theatertruppe „Internationale Nieuwe Scene'' mit Dario Fo's „Bezahlt wird nicht!'' in der Stadt. Das Stück, das in einem Zirkuszelt gespielt wird und „proletarisches Einkaufen'' mehr oder weniger propagiert, wurde in Nijmegen von einigen Tausend Menschen gesehen. Die recht populäre Theatergruppe unterstützte die Demo vom 2. Mai und andere Aktionen der Sozialhilfe-Empfänger.

Bullerei und Mittelstand waren nicht nur am 2. Mai sichtlich nervös. Anscheinend fürchteten sie eine massenhafte Entweihung des heiligsten aller kapitalistischen Heiligtümer, des Privateigentums. Die Türen der Geschäfte wurden verschiedene Male einige Stunden vor offiziellem Geschäftsschluß dichtgemacht. Die Polizei hatte eine zeitlang deutlich mehr Streifen im Einsatz. Als am 4. Mai ein Kaufhaus blockiert wurde und schuhputzende, haarschneidende und „Krisensuppe''-verteilende Sozialhilfe-Empfänger im Einkaufszentrum auf die Folgen der Kürzungspläne aufmerksam machten, bekam jeder, der in den Augen der Bullerei wie ein Aktivist aussah und es wagte, ein Kaufhaus zu betreten, massive Begleitung von ihnen. Auch die 4.000 Jugendliche starke Schüler/innen-Demo am 12. Mai gegen die Stationierung der Cruise Missiles sorgte im Einkaufszentrum für erhebliche Aufregung.

Beim „proletarischen Essen'' am 26. April im Rathaus war es zu Handgreiflichkeiten mit den alarmierten Bullizisten gekommen. Die Aktivist/inn/en wurden in eine Turnhalle gesperrt und fotografiert. Sie sollen alle vor Gericht gestellt werden. Die Aktionen gegen die Kürzungspläne gehen trotzdem weiter: Am 8. Mai wollten ein paar Dutzend Aktivist/inn/en in zwei Supermärkten die vollgeladenen Einkaufswagen mit selbst erstellten „Gutscheinen'' bezahlen. Die Bullizei, begriffsstutzig wie immer, war dagegen. Hingegen waren sie gegen eine andere Aktion machtlos: Einkaufswagen wurden bis an den Rand gefüllt und an der Kasse stellte sich plötzlich heraus: „auh, ich hab' mein Geld vergessen!''

Drei Tage später wurden verschiedene Banken blockiert. Am 1. Juni will Premierminister Lubbers Nijmegen besuchen. Die Sozialhilfe-Empfänger wollen ihm einen „herzlichen Empfang'' bereiten.

P.S.: Premier Lubbers hat mittlerweile seinen Besuch in Nijmegen abgesagt. — Am 29.5. demonstrierten rund 20.000 Menschen vor dem Parlament in Den Haag gegen die „Spar''maßnahmen. Aus einem militanten Block mit rund 1.000 Teilnehmer/inne/n — darunter viele ältere Menschen — wurden Scheiben eingeschmissen und Rauchbomben ins Parlament geworfen.

Ein Genosse aus Nijmegen

Impressum:

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlagskooperative GmbH, Lindenallee 4, Postfach 7685, 2000 Hamburg 19; Telefon: Redaktion/Verlag 040/43 53 20, Aboverwaltung 040/43 53 46; V.i.S.d.P.: Heinrich Eckhoff, Verlagsanschrift; Abonnementpreis jährlich DM 60,-, halbjährlich DM 33,- (als Förderabo jährlich DM 100,-, halbjährlich DM 50,-); Bezahlung im Abruf, sonst PSchA Hamburg 27175-203 oder Dresdner Bank Hamburg, BLZ 200 800 00, Kt. 4 810 685 00; Einzelpreis DM 4,-; erscheint vierwöchentlich. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung.
Auflage dieser Ausgabe: 5.000
Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme'' ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Der bürgerliche Staat — Theorie und Geschichte
Sommerschulung des KB Ba-Wü
in den Vogesen vom 29.7. - 5.8.84

Ist der Staat immer noch eine Agentur des Kapitals — wie in Marx, Engels und Lenin beschrieben? Oder hat er gesamtgesellschaftliche Funktionen übernommen, die auf einem Klassenkompromiß beruhen, wie dies verschiedene neuere Theoretiker behaupten?

Die Schulung soll für die Diskussion solcher Fragen Grundlagenwissen liefern. Die Äußerungen der marxistischen Klassiker zum bürgerlichen Staat werden kritisch aufgearbeitet. Sodann wird Kontinuität und Formenwandel des Staats in den einzelnen Etappen der deutschen Geschichte dargestellt und diskutiert. Und schließlich soll natürlich auch der Urlaub nicht zu kurz kommen.

Die Schulung ist offen für AK-Leser/innen, vorzugsweise aus dem südwestdeutschen Raum.

Anmeldungen über KB Freiburg
c/o Buchladen Jos Fritz, Wilhelmstr. 15, 7800 Freiburg
Nähere Informationen und Vorbereitungsmaterialien werden dann zugeschickt.

So begann der Metaller - Streik



Streikposten in Neckarsulm

Nach den erfolgreichen Urabstimmungen mit jeweils etwas über 80 % Zustimmung für Streik in den Tarifgebieten Nordbaden/Nordwürttemberg und Hessen erklärte die IGM den

14.5. zum Streikbeginn — 13.000 Metaller in 15 Betrieben — zumeist Zulieferbetriebe für die Automobilindustrie — waren der Auftakt.

Bereits am Tage des Streiks kündigten verschiedene Automobilbetriebe die Schließung nur zwei Tage nach Streikbeginn an. Betroffen von der dann folgenden „kalten Aussperrung" sind Daimler-Benz-Betriebe in Bre-

dann folgenden „kalten Aussperrung" sind Daimler-Benz-Betriebe in Bre-

men, Harburg, Wörth, Düsseldorf, Westberlin und Sindelfingen, die Werke von BMW, Audi in Ingolstadt, das MAN-LKW-Werk, Bosch in Reutlingen, 95.000 der 114.000 Beschäftigten in den sechs VW-Werken. Anfang Juni werden die Ford-Werke und Opel in Bochum und Kaiserslautern hinzukommen.

Am 16.5. setzen angesichts der „kalten Aussperrung" 11.000 Arbeiter bei Daimler in Sindelfingen ihre eigene Gewerkschaft unter Druck. Sie treten von sich aus in den Streik, die Stuttgarter Ortsverwaltung der Gewerkschaft und die Bezirksleitung billigen dies. Der IGM-Hauptvorstand, satzungsgemäß entscheidungsberechtigt über die Streikführung, reagiert verärgert auf diese Eigenmächtigkeit und erklärt den Streik erst ab dem 21.5. für eröffnet (womit noch ungeklärt ist, ob es für die Tage vorher Streikgeld gibt).

Gesamtmetall reagiert auf den Streik der IGM mit einer „Abwehr-Aussperrung", die **am 22.5.** beginnt. Betroffen sind ca. 35 Betriebe mit über 2.000 Beschäftigten. Insgesamt werden ca. 65.000 Metaller ausgesperrt.

Am 17.5. gibt es eine Solidaritätsdemonstration von 10.000 Gewerkschaftern in Dortmund. Ebenfalls etwa 10.000 Beschäftigte bei BMW in München führen einen befristeten Streik gegen die angekündigte „kalte Aussperrung" durch.

Am 18.5. verkündet der Chef der Bundesanstalt für Arbeit, Franke (CDU): Keine Übernahme des Lohnausfalls bei Aussperrungen durch die BfA. 15.000 Metaller beteiligen sich im Bundesgebiet an Warnstreiks.

21.5.: Streikbeginn in Hessen, 33.000 Beschäftigte in neun Betrieben. Schwerpunkt ist dabei Opel in Rüsselsheim (wo 34.000 arbeiten). Der Betriebsratsvorsitzende Heller erklärt, daß die Praxis der Aussperrung auch Reaktionen wie die, daß man *„Werkstore auch von der anderen Seite bestreiken könne"*, hervorrufen kann, und erinnert an Citroen (wo gerade der Betrieb besetzt ist).Damit beginnt in Hessen zum erstenmal seit 33 Jahren wieder ein Tarifstreik.

22.5.: Nach IGM-Angaben beteiligen sich bundesweit 95.000 Metaller an Warnstreiks.

In den zurückliegenden Tagen gab es in Betrieben mit „kalter Aussperrung" Protestdemonstrationen vor den Betrieben und vor Arbeitsämtern.

Beim Auto-Filter-Hersteller Knecht in Lorch (Baden-Württemberg) reagieren 180 Ausgesperrte und 350 weiter in Arbeit befindliche ungewöhnlich. Sie gingen alle in den Betrieb, boten ihre Arbeitskraft an und verließen den Betrieb nicht. Zu offensichtlich war, daß die Aussperrung nicht aus Arbeitsmangel erfolgte. Diese Aktion wird etwas übertrieben als erste Betriebsbesetzung im Streik gewürdigt.

23.5.: Der DGB in Baden-Württemberg hatte zum landesweiten Solidaritätsstreik ab 13 Uhr für zwei Stunden aufgerufen. Insgesamt sollen sich in 20 Städten ca. 100.000 Beschäftigte daran beteiligt haben, darunter auch ÖTVler, Postler und Eisenbahner. Die größten Kundgebungen werden in Stuttgart mit 20.000, in Mannheim mit 11.000 Beteiligten angegeben.

28.5.: Der Protestmarsch der IG Metall auf Bonn, unterstützt vom DGB, findet als Reaktion auf die Entscheidung der Bundesanstalt für Arbeit und die Aussperrung statt. An ihm beteiligen sich ca. 200.000 (IGM-Angaben). Die Gegner in den bürgerlichen Medien versuchen in einer gehässigen Kampagne die Teilnehmerzahl unter 100.000 zu drücken, als Beleg dafür, daß die Gewerkschaften keine Zustimmung für ihre Forderung finden.

Am 30.5. beginnt Gesamtmetall mit der „Abwehr-Aussperrung" von 26.300 Beschäftigten in 16 Betrieben Hessens. Zu diesem Zeitpunkt sind mehr als viermal so viele Metaller ausgesperrt, als sich im Streik befinden ...

Am gleichen Tag beteiligen sich nach DGB-Angaben etwa 100.000 Gewerkschafter Hessens an landesweiten Solidaritätsstreiks, Demonstrationen und Kundgebungen, zu denen die 17 DGB-Gewerkschaften aufgerufen hatten.

Bei allen ihren Aktionen hatten die Betroffenen einen weiteren Gegner: Das schlechte Wetter und der Regen trugen zu geringerer aktiver Teilnahme bei.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft





Mit Antikommunismus gegen kampfstarke Gewerkschaften

Wird im streikärmsten Land des „freien Westens" mal etwas länger gestreikt, ist die Aufregung groß. Kleine Rangeleien und eher zaghafte Blockaden sowie nur verbalradikal begleitete Demonstrationen und Kundgebungen scheinen das System in den Grundfesten zu erschüttern. „Bild" schlägt Alarm: *„Es gab schon Krawalle, Rempeleien, Verletzte ... Straßenschlachten, Wasserwerfer, Tränengas? Die Masse der Gewerkschafter will friedlich demonstrieren. Aber wer kontrolliert die Chaoten, die sich in den Arbeitskampf reinhängen?"* (26.5.). Daß „Bild" da nicht Realität beschreibt, weiß der Schreiber dieses Kommentares selber. Was er will? *„Macht endlich Schluß mit dem sinnlosen Gestreike!"* Die Überdimensionierung eher geringer Radikalisierung zielt auf das weit verbreitete Bedürfnis in der Bevölkerung nach Ruhe und Ordnung. Sie zielt auf die Isolierung der Tendenzen in den Gewerkschaften, die — zaghaft zwar — die Notwenigkeit einer anders gearteten Interessenvertretung erkennen und probieren. Gegenstück dieser Hetze sind die Loblieder, die auf „gemäßigte" Gewerkschaftsführer vom Schlage Döding, Rappe, Carl und Schmidt gesungen werden.

pe, Carl und Schmidt gesungen werden.

Sprache kann verräterisch sein. Der Kommentator J. E. von der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" — „FAZ" vollführt wahre Eiertänze, um aus der achtzigprozentigen Zustimmung zum Streik eine eigentliche Ablehnung der 35-Stunden-Woche zu konstruieren: *„Berauschend ist die Wahlentscheidung nicht. Sie liegt deutlich, aber nicht überwältigend weit über den notwendigen 75 Prozent Ja-Stimmen"*; denn dies *„nicht überwältigend weite"* Ja meint eigentlich Nein: *„Aber heimlich in der Brust beschleicht auch jene, die ja gesagt haben, das weitverbreitete Gefühl, ja die Angst, daß man mit der Parole, 'immer weniger Stunden arbeiten' alles das verspielen könnte, was nach dem Kriege an Wohlstand und Freizeit erreicht worden ist"*. Überzeugt das noch nicht, gibt es den Wink mit dem Zaunpfahl nach drüben: *„Wenn die Gewerkschaftsführer immer mit dem Ja ihrer Mitglieder rechnen können, wer begrenzt dann ihre unumschränkte Macht? Was sind dann Urabstimmungen wert? So wenig wie Wahlen im Ostblock? Mit Sicherheit haben die Ja-Wähler mehr für die Gewerkschaften als für die umstrittene 35-Stunden-Woche gestimmt"* („FAZ", 7.5.). So ist das, wie „im Ostblock"! Bedarf es noch weiterer Beweise? *„Sogenannte Streikposten verwehren Arbeitswilligen mit Gewalt und Drohungen den Zugang zum Arbeitsplatz ... verlangen ... ihre Personalausweise und durchsuchen wie Grenzpolizisten gewisser kommunistischer Staaten ihre Autos"* („FAZ", 23.5.). Ruft dann die IG Metall zum „Marsch auf Bonn", so ist das verbunden mit einem *„Marschbefehl"*, der *„böseste Assoziationen weckt"*, nämlich? Solche *„von Aufmärschen und Kundgebungen in totalitären Staaten"* („FAZ", 28.5.).

Zielscheibe IG Druck und Papier

Franz-Josef Strauß zielt in 'Bild' direkter: *„Einige Drahtzieher in der Gewerkschaft, vor allem in der IG Druck, wollen diesen Staat kippen. Es sind linke Sozialisten am Werk, die eine andere Republik wollen"* („Bild", 28.5.). Diese Hetze zielt nicht von ungefähr gegen die kleine, aber kampfstärkste bundesdeutsche Gewerkschaft, die am frühesten von allen erkannt hat, daß die Zeichen schon lange nicht mehr auf sozialer Partnerschaft stehen. Ihr letztes Jahr ausgeschiedener Vorsitzender Loni („**Leonid**", wie die „FAZ" ihn demagogisch nannte) Mahlein hat seine letzten Monate in der Gewerkschaft genutzt, diese Entwicklung unermüdlich zu problematisieren. Er hat dafür schlimme Hetze der Springer-Presse, der „FAZ", aber auch der IG Bergbau, hören müssen. Die Hetze steigerte sich mit seinem Eintritt in die Herausgeberschaft der zweifellos der DKP nahestehenden Zeitschrift „Nachrichten". Mahlein, Detlev Hensche und andere haben relativ zeitig erkannt, daß man in der heutigen politischen Situation mit anderen gewerkschaftlichen Mitteln als denen aus der Vergangenheit arbeiten muß, wenn man überhaupt noch etwas erreichen will, und versucht, dies in Vorbereitung der 35-Stunden-Woche zu berücksichtigen.

Obwohl ja auch die Metaller streiken, konzentriert sich die antikommunistische Hetze vor allem auf die IG Druck, da man hier — weniger als bei Metall — ein kaum belehrbares radikales Potential wittert. Das Geschrei gegen die *„IG Druck und Zensur"* (wie die Mentoren der Presse„freiheit" in der „Bild" die Gewerkschaft gerne umbenennen wollen) konzentriert sich vor allem auf ihr Bestreben, sich der Verrechtlichung und Strafverfolgung effektiver Streikmaßnahmen zu entziehen. Für die Springer-Presse ist es ein ungeheurer Akt, daß sich die IG Druck *„auf dem Nürnberger Gewerkschaftstag im Herbst 1983 mit einer Art Ermächtigungsgesetz Handlungsfreiheit zum und im Arbeitskampf verschafft hat"* („Welt", 21.5.).

Worum geht es dabei? Vor dem Hintergrund der Erkenntnis, daß das Arbeitskampfrecht der BRD zunehmend

tergrund der Erkenntnis, daß das Arbeitskampfrecht der BRD zunehmend

„juristische Fallstricke" (Hensche) für die Gewerkschaften zieht, hatte der Gewerkschaftstag die Satzung in der Weise geändert, daß *„zur Durchführung von Streiks eine Urabstimmung durchgeführt werden k a n n"*, aber nicht m u ß . Bislang galt diese Kann-Bestimmung nur für *„kurzfristige und begrenzte"* Aktionen. Die Gewerkschaft hat hierfür eine klare Begründung: *„Bekanntlich sind alle Gewerkschaften, solange hierzulande die Aussperrung für zulässig gehalten wird, gezwungen, neue, und zwar beweglichere Formen des Arbeitskampfes einzusetzen"* ... *„Mit der Neuformulierung soll unternehmerischen Versuchen vorgebeugt werden, unklare Satzungsbestimmungen zu arbeitsgerichtlichen Schadenersatzansprüchen zu mißbrauchen"* (Druck und Papier, 31.10.83). — (Ein Kuriosum am Rande: Solche Kann-Bestimmungen stehen auch in den Satzungen von IG Chemie und NGG, worüber sich niemand aufregt. Warum nicht? Nun, dieses Kann kann auch in der Weise praktiziert werden, daß man urabstimmen läßt und nicht streikt, oder daß man verhandelt und über Ergebnisse nie urabstimmen läßt, weil man nicht „muß", was der Praxis dieser Gewerkschaften durchaus entspricht).

Zweiter Punkt der Aufregung: Die Regelung für die Urabstimmungsklausel von 75 % wurde in der Weise geändert, daß zukünftig 75 % aller an einer Abstimmung Teilnehmenden für die Streikdurchführung ausreichen (im Unterschied zur IGM, wo 75 % aller für den Arbeitskampf infrage kommenden Mitglieder gezählt werden, also auch die nichtabstimmenden). Diese Regelung der IG Druck nehme, so heißt es jetzt, den erfolgreichen Urabstimmungen der Gewerkschaft die „demokratische Legitimation".

Diese Satzungsänderungen veranlaßten bereits im letzten Oktober Wirtschaftsminister Lambsdorff, mit einer alten freidemokratischen Lieblingsidee zu drohen: *„Das ist ein klarer Fall für ein Verbändegesetz oder ein Gewerkschaftsgesetz"*.

Verfassungsschutz und Springer warnen

Mitten im Streik startete der Hamburger Verfassungsschutzchef Christian Lochte einen ganz perfiden Angriff gegen die IG Druck, begierig vom „Hamburger Abendblatt" mit dem Aufmacher kolportiert: *„Kommuni-*

Fortsetzung nächste Seite

IGM-Vorstand zum "Flexi-Konzept":

"Diziplinierung der Arbeitnehmer und Schwächung der Gewerkschaft"

Lange, sehr lange dauerte es, bis der IGM-Vorstand sich zu einer eindeutigen Erklärung zum Vorschlag der Metall-Kapitalisten zu einer „Flexibilisierung der Arbeitszeit" („Flexi-Konzept") hat durchringen können. Zwar hieß es schon zu Beginn der Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche in betrieblichen Werbebroschüren, daß dieses Konzept abzulehnen sei, ganz im Gegensatz dazu standen hingegen öffentliche Äußerungen namhafter IGM-Funktionäre. Insbesondere die Vorstöße Steinkühlers, der eine Enttabuisierung des freien Samstages befürwortete, riefen Verwirrung aber auch Protest im gewerkschaftlichen Funktionärskörper hervor.

Die jetzige Stellungnahme läßt an Eindeutigkeit keine Zweifel aufkommen: Für den IGM-Vorstand zeige das „Flexi-Konzept" die tatsächlichen Ziele von Gesamtmetall in der gegenwärtigen Tarifauseinandersetzung. Diese seien *„der Mißbrauch der Massenarbeitslosigkeit für die unternehmerische Tarifpolitik, die Unterordnung des Menschen unter die Maschine durch unternehmerische Flexibilisierungspolitik und der vollständige Rückzug der Unternehmer aus jeder beschäftigungspolitischen Verantwortung."*

IG Metall zum Unternehmervorschlag über eine „Flexibilisierung der Arbeitszeit" für eine Minderheit der Betriebe:

Ziel von Gesamtmetall ist die Verlängerung der Betriebszeiten. An die Stelle einer tarifvertraglichen Umverteilung der vorhandenen Arbeit nach den Bedürfnissen der Arbeitnehmer soll die individuelle Umverteilung der vorhandenen Arbeitszeit nach den Interessen einzelner Betriebe treten. Nur für solche außergewöhnlichen Arbeitszeiten soll dann dem einzelnen fast gnadenhalber bezahlter Freizeitausgleich zugestanden werden . . .

Ein solches Flexibilisierungskonzept läuft ausschließlich darauf hinaus, daß betriebswirtschaftliche Vorteile für das Kapital mit sozialen Nachteilen für die Beschäftigten erkauft würden: Das Ergebnis für die Arbeitgeber wären zusätzliche Rationalisierungsgewinne aus sinkenden Kapitalkosten und steigender Produktivität. Das Ergebnis für die Arbeitnehmer wären zusätzliche Verluste an Lebensqualität durch mehr Schicht- und Nachtarbeit, durch mehr Samstags- und mehr Feiertagsarbeit.

Schicht- und Nachtarbeit, durch mehr Samstags- und mehr Feiertagsarbeit.

Gesamtmetall wolle die Arbeitslosigkeit zur Disziplinierung der Arbeiter und Angestellten und zur Schwächung der Gewerkschaften mißbrauchen. Gesamtmetall habe den Arbeitskampf provoziert und erhoffe sich damit nach einer Niederlage der IGM und der Gewerkschaften insgesamt, die gesellschaftliche Entwicklung der kommenden Jahre allein nach Maßgabe unternehmerischer Gewinn- und Machtinteressen steuern zu können. Das „Flexi-Konzept" sei nicht gesellschaftlichen Beschäftigungszielen, *„sondern ausschließlich betrieblichen Gewinnzielen verpflichtet."* Nicht die Senkung der Arbeitslosenzahlen sei gewollt, sondern *„die Senkung der Kapitalkosten."* Statt versprochener Autonomie der Arbeitnehmer durch die individuelle Wahl der Arbeitszeit wolle Gesamtmetall *„mehr Autonomie des Kapitals durch die vollständige Unterordnung des Menschen unter die Maschinen."*

Der IGM-Vorstand geht davon aus, daß Gesamtmetall das „Flexi-Konzept" sinnvoll nur in vollausgelasteten Betrieben umsetzen kann und will. Bei gegenwärtiger Kapazitätenauslastung von nur 80 v.H. sei dies also nur eine Minderheit. Möglicherweise könne hierdurch die Konkurrenzsituation des einzelnen Betriebes verbessert werden, dies aber nur auf Kosten von Mitkonkurrenten. So würde das „Flexi-Konzept" in diesem Fall *„zum Instrument für die Vernichtung von Arbeitsplätzen außerhalb dieses Betriebes."* Auch in dem Fall, wo das betriebswirtschaftliche Ziel einer Ausweitung von Marktanteilen nicht erreicht wird, *„werden die Rationalisierungsvorteile aus verlängerten Betriebszeiten zum Bumerang für die betroffene Belgschaft."* Manch Leser wird sich schon ein wenig wundern, was da an grundlegender Kapitalismus-Kritik aus der Feder des IGM-Vorstandes herüberkommt. An diesen recht eindeutigen Worten gegen das „Flexi-Konzept" sollte die IGM bei ihrer Bereitschaft, Kompromisse zu finden, schon gemessen werden.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Fortsetzung von vorheriger Seite

sten in der IG Druck" (29.5.). Lochte habe darauf hingewiesen, daß es der DKP gelungen sei, *„bei einer Reihe von Gewerkschaften Positionen zu erreichen, die ihr eigentlich nicht zustehen"*, da sie *„nach seinen Erkenntnissen in der Gewerkschaftsbewegung über mehr Einfluß als es den Wahlergebnissen entspricht, verfügen"*. Neben der Hamburger GEW wird dann die IG Druck genannt: *„Lochte vermied es, auf Informationen seines*

ben der Hamburger GEW wird dann die IG Druck genannt: *„Lochte vermied es, auf Informationen seines*

Dienstes hinzuweien, wonach die Hamburger Ortsvorsitzende der IG Druck DKP-Mitglied sei. Der Verfassungsschutzchef stellte auch nicht die Behauptung auf, der gegenwärtige Streik im Druckgewerbe sei von Kommunisten angezettelt worden."

Das Ziel war damit erreicht: Der Verfassungsschützer gab das unklare Stichwort und der verfassungsschützende Journalist transportiert das „Nicht-Gesagte" an die Öffentlichkeit. Das wirkt. Was nützt es viel, wenn die Betroffene erklärt, jawohl, ich bin in der DKP und daraus *„mache ich keinen Hehl"* („Hamburger Abendblatt", 30.5.), wenn andere Gewerkschaftskollegen eilfertig den Kopf in den Sand stecken. Der Druck-Bezirksvorsitzende *„kann das nicht bestätigen"*, Hamburgs DGB-Chef Saalfeld *„möchte dazu keine Aussage machen"*, ÖTV-Sekretär Rumpel kann *„außer bei der IG Druck keine Kommunisten sehen"* und ÖTV-Chef Schnelle (die letzten drei sind SPD-Abgeordnete) vermeldet: *„Unter den ÖTV-Mitgliedern bilden Kommunisten eine verschwindende Minderheit"*. Das selbstverständliche, das Recht der Druck-Mitglieder, sich eine DKPlerin zur Vorsitzenden zu wählen, kommt diesen Gewerkschaftern gar nicht in den Sinn. Als wüßten sie nicht, daß diese Springer-Hetze, eilfertig von Hamburgs CDU aufgegriffen, gegen die IG Druck und gegen das Ziel gerichtet ist, für das auch in Hamburg zahlreiche Druckerinnen und Drucker im Streik stehen.

Die Befürchtung scheint nicht ganz unbegründet, daß je nach Ausgang des Tarifkampfes insbesondere die IG Druck zum Zentrum der Zerschlagung konsequenterer Gewerkschaftspolitik gemacht werden soll. Die mögliche Richtung gibt Springers „Welt" an: Versucht die IG Druck weiterhin einen effektiven Streik, *„so muß sie für einen gewalttätigen Ausbruch aus dem Rechtsstaat verantwortlich gemacht werden"* (21.5.). Und Springer weiß, wie man so was macht ...

Kommission Betrieb & Gewerkschaft



Der Stuttgarter IG Druck Sekretär Horst Brekel ist gerade von einem LKW-Faher überfahren und schwer verletzt worden (vor dem Druckzentrum Stuttgart).

Aussperrung, Arbeitsgericht und Polizei

Verrechtlichung und Verstaatlichung des Arbeitskampfes

Man soll sich da nichts vormachen. Es spricht vieles dafür, daß nicht gewerkschaftliche Streiks und aktive Gewerkschafter, auch nicht kompromißbereite Gewerkschaftsführer oder der profitgestützte Durchhaltewille der Automobil-Kapitalisten diese Streiks und ihr Ergebnis wesentlich bestimmen werden, sondern Richter in der schwarzen Robe. Nun meint das natürlich nicht „unabhängige" Richter, sondern solche, die sich dem marktwirtschaftlichen Gemeinwohl verpflichtet fühlen und die, wenn sie Recht sprechen, dann Klassenrecht. Die Klassenjustiz begleitet diesen Arbeitskampf auf Schritt und Tritt.

Streik ist erlaubt, nur wirksam darf er nicht werden

Streik ist erlaubt, nur wirksam darf er nicht werden

Polizeieinsätze im Tarifkampf — insbesondere bei den Druckern sind keine Seltenheit, machen aber kaum Schlagzeilen.

Am 26. und 27. April ermöglichte die Polizei beim Verlag Neven Du Mont zweimal die Auslieferung einer Notausgabe des „Kölner Stadtanzeiger" gegen eine von Druckern und anderen Gewerkschaftern organisierte Torblockade.

Am 29. April bahnt Polizei Streikbrechern eine Gasse in den Stuttgarter Belser-Verlag.

Am 3. Mai ist es eine Hundertschaft Hamburger Bereitschaftspolizei, die aufgrund von „Nötigung" — sowohl Streikbrecher, als auch die Auslieferung wurden blockiert — zwei Streikbrecher in den Betrieb der „Bergedorfer Zeitung" (Springer) geleitete und die Auslieferung der Notausgabe ermöglichte.

Am 17.5. droht erneute Konfrontation bei Neven Du Mont, verstärkte Bereitschaftspolizei ist gegen die Streikketten aufgefahren. Die Streikleitung bläst zum Rückzug, die Zeitung wird ausgeliefert.

Am 18.5. findet gegen die 50 Streikposten vor der „Deister-Weser-Zeitung" ein massiver Polizeieinsatz statt. Unter Einsatz von Chemical Mace und Prügeleien wird die Blockade der Druckerei nach 2 1/2 Stunden beendet und die Zeitung ausgeliefert.

Ebenfalls am 18.5. stehen ca. 500 Streikposten vor dem Stuttgarter Druckzentrum Streikbrechern gegenüber, die nicht reingelassen werden. Hier ist die Bereitschaft zur entschlossenen Blockade besonders groß, nachdem wenige Tage zuvor der IG Druck-Bezirksleiter Horst Bekel von einem Auslieferungsfahrer überfahren und schwer verletzt wurde. Die herbeigerufene Polizei, angesichts der Vorgeschichte sichtlich zurückhaltend, schafft es nicht, die Streikbrecher reinzubekommen.

19.5.: 400 Streikposten verhindern in Neu-Isenburg, daß etwa 50 Streikbrecher in die Springer-Druckerei reinkommen. Die Polizei greift nicht ein.

Am 19.5. blockieren fast 400 Streikposten die Samstags-Ausgabe der „Westdeutschen Allgemeinen

Am 19.5. blockieren fast 400 Streikposten die Samstags-Ausgabe der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung" in Essen. Alles Zureden der Polizei hilft nichts. Erst als sie beginnt, eine Sitzblockade durch Wegräumen aufzulösen, schafft sie eine Gasse für die Auslieferung.

Am 23.5. räumt die Polizei eine Blockade vor der Madsack-Druckerei, nachdem die IG Druck nachgab und ihre Streikposten offiziell abzog. Die gemeinsame Notausgabe der Hannoveraner Zeitung und BILD wird ausgeliefert.

Bislang sind solche Polizeieinsätze noch relativ zurückhaltend. Aber viele der Aktionen haben ein gerichtliches Nachspiel und verändern die Aktionsformen.

Das Ritual ist fast überall ähnlich. Beispiel Köln: Der Verlag Neven Du Mont verklagt die IG Druck und erreicht gegen die Androhung eines Ordnungsgeldes von 500.000 DM (das ist der Einheitspreis), ersatzweise eine halbes Jahr Ordnungshaft, das nachfolgende Urteil des Arbeitsgerichts:

— Die Betriebseingänge sind durch eine mindestens 3 Meter breite Gasse freizuhalten (damit auch Wagen durchkommen).

— Streikposten dürfen nur durch *„gütliches Überreden"*, oder Appelle zur Solidarität Streikbrecher am Betreten des Betriebes hindern.

— *„Körperliche oder psychische Gewalt"* ist verboten, das schließt auch verbale Drohungen oder sich in den Weg stellen ein.

— Lieferungen oder Abtransporte dürfen nicht behindert werden.

— Das Abfordern von Passierscheinen liegt nicht in der Befugnis der Streikposten.

— Fotografieren von Streikbrechern ist verboten.

Ähnliche Urteile wurden bei Gruner & Jahr in Itzehoe, vom Kasseler Arbeitsgericht für Daimler und jüngst bei Opel in Rüsselsheim gesprochen. Im Kölner Urteil wird ausdrücklich die Gewerkschaft in die Pflicht genommen, da es ihr Aufgabe sei, *„die durch den Streik ausgelöste Kausalkette zu überwachen und zu steuern, daß keine Rechtsverletzungen vorkämen"* (Welt, 21.5.).

Diese Rechtsprechung zielt darauf ab, den Streik ineffektiv zu machen.

Polizei im Streik und im Hintergrund

Überall da, wo im Streik mehr versucht wird, als die vorgeschriebenen Rituale einzuhalten, wo effektive Blockaden versucht werden, kommt die Polizei mit ihrer bislang überwiegend prakti-

Überall da, wo im Streik mehr versucht wird, als die vorgeschriebenen Rituale einzuhalten, wo effektive Blockaden versucht werden, kommt die Polizei mit ihrer bislang überwiegend praktizierten (kalkulierten) Zurückhaltung in Konflikt mit ihrer Ordnungsaufgabe. Vor allem die Ereignisse beim Stuttgarter Druckzentrum wurden von den bürgerlichen Medien zu einer maßlosen Hetze gegen die Streikposten genutzt. Da werden arme Redakteure und Streikbrecher „gedemütigt" und unflätigt beschimpft, ein armer alter Mann von 68 („freier Mitarbeiter") gezwungen, durch einen Streikposten-„Tunnel" in den Betrieb zu kriechen etc., während zum Beispiel das brutale Überfahren des Druck-Funktionärs Bekel ein Versehen war: Der Fahrer *„hatte vor Schreck die Bremse losgelassen, als einige Männer auf sein Auto gesprungen waren"* (Hamburger Abendblatt, 23.5.).

Chefredakteure der bestreikten Stuttgarter Zeitungen und die meiste übrige Presse transportieren dann massive Schelte wegen der Untätigkeit der Polizei und des baden-württembergischen Innenministers gegen offsichtliches Unrecht. Zurückhaltung habe ihr Grenzen: *„Doch überall, im ganzen Staat, müssen die für die öffentliche Sicherheit Zuständigen die Pflichten der Polizei bei Exzessen in Arbeitskämpfen klarer ins Auge fassen"*, kommentiert FAZ-Herausgeber Reißmüller am 29.5.

Man sollte ihn nicht mißverstehen: Er will n i c h t den Streik durch Polizei beenden lassen, sondern nur die „Exzesse" unterdrücken, d.h. alle jene Maßnahmen, die den vorgegebenen Arbeitskampfrahmen sprengen. Es ist im Gegenteil gerade das Interesse sichtbar, die Gewerkschaften nicht in die Zone unkontrollierbarer Radikalität zu treiben.

Die gleiche „FAZ" problematisierte einige Tage vorher grundsätzlich den Umgang des Ordnungsfaktors Polizei mit dem Arbeitskampf und kommt dabei zu einer interessanten Unterscheidung zwischen gewerkschaftlichen Aktionen und linker Oppositionsbewegung: *„Gerade konservative Juristen*

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

wollen ihr (der Polizei im Arbeitskampf — Anm. AK) ...einen gewissen Ermessensspielraum zubilligen, bei der Beurteilung der Frage nämlich, ob bestimmte kleinere Straftaten bereits eine Störung der öffentlichen Ordnung darstellen und ob nicht ein Einschreiten zu einer noch schwereren Störung führen könnte. Billigt man der Polizei ein derartiges Ermessen zu, dann mag bei der polizeilichen Entscheidung ins Gewicht fallen, daß Arbeitskämpfe, anders als beispielsweise Demonstrationen gegen Kernkraftwerke oder Raketen — von etablierten gesellschaftlichen Kräften veranstaltet werden, wesentliche Entgleisungen also in geringerem Maße zu befürchten sind.'' (24.5.)

Überwiegend entspricht dies auch dem bisherigen Verhalten der Polizei im Arbeitskampf, wenn sie auch fast überall präsent ist. Die andere Seite dieser Taktik — die präventive für den Fall ,,wesentlicher Entgleisungen'' — repräsentiert die jüngste Enthüllung des ''Stern'' (vom 30.5.) über die Bundesgrenzschutz-Übung zur Niederschlagung eines Streiks. Diese Übung, ausgehend von einem Szenario von Streik und Bürgerkrieg (siehe nebenstehenden Kasten), fand vom 21.-26.Mai in Sennelager statt, dem Übungsplatz britischer Truppen für den Einsatz gegen die irische IRA.

Dem Bundesinnenministerium, zuständig für den Bundesgrenzschutz, ist natürlich nicht die Übung peinlich, sondern einmal das Bekanntwerden mitten im Arbeitskampf und zum anderen das offensichtliche Überziehen des Einsatzrahmens durch ,,übereifrige'' Manöverplaner, die aus ihrem ausgebildeten Notstands-Herzen keine Mördergrube machen.

Streikprobleme

Gerade die IG Druck steht vor dem Problem, daß es nicht ausreicht, einen Streik auszurufen und das Produkt Zeitung erscheint nicht. Die neuen Technologien ermöglichen es wenigen Streikbrechern immer wieder, trotzdem eine Notausgabe herauszugeben. Elektronischer Satz erleichtert dies Redakteuren, die dann halt länger und mehr arbeiten müssen; die Belichtung der Platten kann notfalls in Repro-Studios vorgenommen werden, elektronisch gesteuerte Rotationsmaschinen können durch ganz wenige Personen bedient werden. Bei Gruner & Jahr in Itzehoe sollen nach Informationen der ,,taz'' (24.5.) fertige Seiten für Wochenzeitungen in Satzbetrieben in
nen bedient werden. Bei Gruner & Jahr in Itzehoe sollen nach Informationen der ,,taz'' (24.5.) fertige Seiten für Wochenzeitungen in Satzbetrieben in
den USA hergestellt und per Satelliten ins benachbarte Ausland überspielt worden sein, um dann anschließend mit LkWs in die Druckerei gebracht zu werden.

Zumindest über begrenzte Zeiträume sind solche Streikbrecherarbeiten durchführbar. Weil das so ist, versuchen die aktiven Streikposten deshalb — wenn sie schon die Produktion nicht verhindern können (was nur durch die Eskalation über Betriebsbesetzungen möglich wäre) — durch Blockaden die Auslieferung von Zeitungen zu verhindern. Genau das aber will die Rechtssprechung unterbinden.

Die relevante rechtliche Bedrohung der Gewerkschaft und die Gefahr er-


Polizeieinsatz gegen Blockade bei Neven Du Mont (Kölner Stadtanzeiger)

heblicher Schadensersatzansprüche zeigt Wirkung. Zunehmend sehen sich IG Druck und auch IGM zu teilweise ,,freiwilligen'' Zugeständnissen gezwungen. Etwas bei Springer in Neu-Isenburg, wo Gewerkschaft und Unternehmer einen Vergleich schlossen: Springer gesteht den IG Druck-Streikposten das Recht zu, die vom Verlag ausgestellten Sonderausweise zu überprüfen, die IG Druck ihrerseits erlaubt, daß sich ausweisende Personen und ihre Fahrzeuge ungehindert in den Betrieb gelangen. Bei Opel in Rüsselsheim hat sich die IGM nach anfänglicher Vollblockade dazu verpflichtet, die Zugänge zum Betrieb freizuhalten. Im Stuttgarter Druckzentrum kam es zu einer Einigung mit der IG Druck, an welchen Tagen die Zeitungen erscheinen dürfen und an welchen nicht.

In der Regel ist es so, daß dieser, durch die Entwicklung der Arbeitsrechtsprechung hergestellte Druck auf die Gewerkschaften zur Einschränkung des Streikrechts, zur freiwilligen Übernahme der Vorschriften geführt hat, dies gilt besonders für den Metaller-Streik.

Das Recht auf Aussperrung

Klagen über Klagen stehen wegen der Aussperrung an. Bei Daimler Benz in Harburg versuchte die IGM eine einstweilige Verfügung gegen das ,,kalte Aussperren'' durchzubekommen, da die Aussperrung rechtswidrig und das Mitbestimmungsrecht des Betriebsrates mißachtet worden sei, und wird abgeschmiert. In sechs Fällen ist es ihr in Baden-Württemberg gelungen, durch
Mitbestimmungsrecht des Betriebsrates mißachtet worden sei, und wird abgeschmiert. In sechs Fällen ist es ihr in Baden-Württemberg gelungen, durch
solche Verfügungen den Beginn der Aussperrung hinauszuzögern, bei Harvester in Neuß und MAN in Penzberg gelang es ihr sogar, die angeordnete Kurzarbeit rückgängig zu machen.

Größter Klageerfolg (und Pyrrhussieg zugleich): am 30.5. entschied das Arbeitsgericht Frankfurt zum üblichen Einheitspreis diesmal gegen die Unternehmer, die Aussperrung in Hessen wegen Verstoß gegen die Landesverfassung (die als einzige ein Aussperrungsverbot enthält) zurückzunehmen. Einen Tag später wurde die Verfügung vom Landesarbeitsgericht bis zu seiner Entscheidung am 4. Juni ausgesetzt. Und wie die lauten wird, steht bereits ziemlich sicher fest:


Anlaß für Hetze: Streikende wahren das Recht, bilden eine Gasse und bauen einen ,,Tunnel'' für/gegen Streikbrecher (Druckzentrum Stuttgart)

Bundes-(Richter-)Recht bricht Landesrecht, so hat das Bundesarbeitsgericht (BAG) bereits 1980 entschieden. Weiter laufende Klage der IGM: Gegen die Entscheidung der Bundesanstalt für Arbeit vor dem Bundessozialgericht.

Die Klage-Chancen der IGM stehen schlecht. Die Aussperrung — im Grundgesetz nicht vorgesehen — ist über sogenanntes Richterrecht (Grundsatzentscheidung des Bundesarbeitsgerichts) zunehmender Bestandteil des Arbeitsrechts und zur Einschränkung des Streikrechts geworden.

Begonnen hat diese Rechtsprechung 1953 nach einem Druckerstreik gegen das Betriebsverfassungsgesetz: Der politische Streik wurde für rechtswidrig erklärt, die IG Druck zu Schadenersatz verurteilt. 1955 folgte auf der Grundlage eines Gutachtens des Arbeitsrechtlers Nipperdey (der als solcher auch schon unter den Nazis agierte) die Einengung des Streikrechts auf ,,*sozialadäquate*'' Arbeitskämpfe, das sind solche, ,,*die sich gegen den Arbeitgeber richten und die ein tariflich regelbares Ziel zum Gegenstand haben*'' (der Arbeitsrechtler U.Mückenberger in ,,taz'', 22.5.). Nipperdeys Grenzziehung: ,,*Arbeitskämpfe sind im allgemeinen volkswirtschaftlich unerwünscht, aber sie sind innerhalb gewisser Grenzen erlaubt*''.

Folge dieser Festlegung: Es gab kein individuelles Streikrecht mehr, sondern nur noch das kollektive vermittelt über die Gewerkschaften, die im Unterschied zum Einzelnen oder einer sonstigen Gruppe, tariffähig sind. Hierauf aufbauend wurden dann 1963 (nicht-gewerkschaftliche) ,,Wilde Streiks'' vom Bundesarbeitsgericht
sonstigen Gruppe, tariffähig sind. Hierauf aufbauend wurden dann 1963 (nicht-gewerkschaftliche) ,,Wilde Streiks'' vom Bundesarbeitsgericht
verboten.

1955 wurden dann auch die heute üblichen Formeln von der ,,*Waffengleichheit*'' und ,,*Kampfparität*'' geprägt, wonach erstmals anerkannt neben das Streikrecht auch das Recht auf Aussperrung trat (Aussperrungsfreiheit).

1971 führt das BAG erstmals die Formel der ,,*Verhältnismäßigkeit*'' von Mittel und Zweck im Arbeitskampf ein. Von diesem Zeitpunkt an versucht das BAG diese zu definieren. Mückenberger bezeichnet dies als Durchbruch für ein Streikrecht, ,,*als Stabilisierungsmittel des Systems, als Funktionselement der Tarifautonomie*''.

Mit der Verankerung der Kampfparität und Verhältnismäßigkeit wurde ,,*die gerichtliche Beurteilung des Arbeitskampfes sozusagen ein ganz flexibles Einsatzinstrumentarium im Sinne staatlicher Planung und im Sinne globaler staatlicher Einkommenspolitik*'' (Mückenberger).

Die Gewerkschaften hofften 1978, nach den großen Flächenaussperrungen in den Streiks der Drucker und Metaller mit einer großen Klage-Welle anderes Recht als das bisherige setzen zu können. Doch damit hatten sie sich gründlich geirrt. Die danach folgenden Festlegungen sind der Klotz am Bein des 84er Tarifkampfs.

Die Entscheidungsgrundlage der Bundesanstalt für Arbeit

Am 10. Juni 1980 entschied das BAG in einem Grundsatzurteil den 1978 begonnenen Rechtsstreit. Danach sind die Angriffs-, Total- und Selektiv-Aussperrung (letztere meint z.B. die Aussperrung nur der organisierten Beschäftigten) rechtswidrig. Erlaubt ist die ,,*Abwehraussperrung*'' mit der Einschränkung, sie müsse verhältnismäßig sein. Erlaubt sei sie insofern, als ,,*die angreifende Gewerkschaft durch besondere Kampftaktiken ein Verhandlungsübergewicht erzielen kann. Das ist bei eng begrenzten Teilstreiks anzunehmen, weil durch sie konkurrenzbedingte Interessensgegensätze der Arbeitgeber verschärft und die für Verbandstarifverträge notwenige Solidarität der Verbandsmitglieder nachhaltig gestört werden kann*'' (klr. in FAZ, 14.4.84). Für die Verhältnismäßigkeit wird denn auch eine Formel gefunden, die besagt, wenn die Zahl der Streikenden unter 25% aller Beschäftigten liegt, dürfen bis zu 50% der Beschäftigten ausgesperrt werden.

Die jetzt breit praktizierte ,,kalte Aussperrung'' ist zulässig, allerdings soll der Betriebsrat gehört werden (Mitbestimmungspflicht). Bezogen auf die hessische Verfassung, in deren Artikel 29/5 es schlicht heißt: ,,*Die Aussperrung ist rechtswidrig*'' (die Verfassung wurde 1946 in einer Volksabstimmung mit großer Mehrheit angenommen) stellt das BAG fest, daß diese durch die Bundesrechtsprechung unwirksam sei.

Die Verrechtlichung des Arbeitskampfes und der Streikfreiheit besticht vor allem durch eine Haupttendenz: Sie will Streiks völlig zahnlos machen, sie so weit entwerten, daß sie schon fast überflüssig werden, was ja durchaus im Sinne des ,,Erfinders'' Nipperdey, bzw. der Klasse ist, der er angehört. Dies würde auch die oben geschilderten Polizeieinsätze überflüssig machen, was ein gewiefter Polizei-Ideologe bereits 1968 so formulierte: ,,*Es kann daher auch nur im Interesse der Polizei liegen, wenn anstelle von Arbeitskämpfen Vernunft und Einsicht treten. Nur auf diese Weise kann es der Polizei letztlich erspart bleiben, die verfassungs- und strafrechtlichen Möglichkeiten und Grenzen des Arbeitskampfs mit deutlichen Praktiken aufzeigen zu müssen*'' (,,der arbeitgeber'' 23/24/1968).


Polizei ,,sichert'' Springers ,,Bergedorfer Zeitung''

Polizei ,,sichert'' Springers ,,Bergedorfer Zeitung''

Die Unternehmerverbände ihrerseits wollen die günstige politische Situation möglicherweise nutzen, das Recht noch weiter zu ihren Gunsten zu verschieben. Sie überlegen noch offensivere ,,*kampfgebietsausweitende Aussperrungen*'', die sie für rechtlich zulässig halten. Ihr Arbeitsrechtler, Professor Lieb, begründet das so: ,,*Wenn es — wie bei der 35-Stunden-Woche — um bundesweit einheitliche Forderungen geht, die Gewerkschaft aber den Arbeitskampf nur auf ein von ihr allein bestimmes (und meist dasselbe) Tarifgebiet beschränkt*'', dann sei dies eine Frage der Verhältnismäßigkeit (FAZ, 21.5.).

Die Bundesanstalt für Arbeit hat sich in der Entscheidung ihres Präsidenten auf genau diese Rechtsprechung bezogen und sich auf ihre Verpflichtung zur ,,Neutralität'' im Arbeitskampf berufen. Daß dies kein feststehender Rechtsgrundsatz ist, zeigt die Tatsache, daß die BfA bereits viermal in ihrer Geschichte im Fall von Aussperrungen genau anders herum entschieden und für Ausgesperrte Geld bezahlt hat. Der auch in Gewerkschafts-Kommentaren wehmütig vermißte Ex-Präsident der Anstalt, Stingl (CSU), hat bereits 1971 versucht, die aktuelle Entscheidung seines Nachfolgers Franke vorwegzunehmen (der sogenannte ,,Stingl-Erlaß''), mußte sie aber zurücknehmen, da er dafür im Verwaltungsrat der BfA keine Mehrheit erhielt.

Die gewerkschaftlichen Klagen dürften kaum positive Chancen haben, da die Bundesgerichte unter veränderten politischen Verhältnissen nicht gerade politisch günstiger besetzt sind. Ausschöpfung der rechtlichen Möglichkeiten ist das eine, man sollte aber keinerlei Hoffnung und Orientierung dareinlegen, daß sich hierüber für der Arbeitskampf etwas zum Besseren ändert. Eher ist zu erwarten, daß es genauso eine Überraschung (?) gibt, wie bei der Entscheidung der Bundesanstalt für Arbeit, die mittlerweile in ihren Verwaltungsggremien eine klare Mehrheit CDU/Kapital hat. Der Arbeitsrechtler Mückenberger hält es eher für wahrscheinlich, daß eine weitere Reglementierung des Streikrechts im Sinne der ,,Kampfparität'' bei Entscheidungen zur Rechtmäßigkeit von Warnstreiks und der aktuellen Form der Solidaritätsstreiks zu erwarten ist.

Wer soll das bezahlen?

Hier liegt eine ernsthafte Problematik dieser Auswirkung der Verrechtlichung des Tarifkampfs, die von der Linken völlig unterschätzt wird. Das Geld, die Mittel, die für einen Streik zur Verfügung stehen, ist ja keine zu vernachlässigende Größe bei der Durchsetzung gewerkschaftlicher Forderungen. Die beschriebenen Reglementierungen zielen darauf ab, den wirtschaftlichen Schaden eines Streiks so weit wie möglich zu minimieren und das finanzielle Risiko der Gewerkschaft so hoch wie möglich zu schrauben, weil dies die beste Chance ist, Entwicklung gewerkschaftlicher Kampfkraft zu zügeln, einen Tarifkampf nicht aus dem Ruder laufen zu lassen.

Wer glaubt, die ,,historisch gewachsene'' Situation der Sozialpartnerschaft und ihrer institutionalisierten Regeln hauptsächlich dadurch durchbrechen zu können, daß er angesichts von Aussperrung und BfA-Entscheidung das Heil in der Kampfausweitung sucht, verkennt, daß die geschaffene gesellschaftliche Realität auch dazu führen kann, Gewerkschaften, die plötzlich ausbrechen, zu zerschlagen.

Die Plünderung der Gewerkschaftskassen ist Kalkül gegen gewerkschaftliche Unbotmäßigkeit. Man braucht ja bloß nüchtern zu rechnen: Die IGM mit ihren 2 Millionen Mitgliedern müßte jedem Streikenden für vier Wochen ca. 1.200 DM Streikgeld zahlen. Streikt auch nur die Hälfte, sind in einem Monat 1,2 Milliarden DM weg (die geschätzten, aufgehäuften Streikrücklagen der IGM betragen 1,6 Milliarden DM). Es gehört nicht viel Phantasie dazu sich auszumalen, wie eine Gewerkschaft, die so hoch pokert, aussieht, wenn sie am Ende eines solchen Kampfes steht, ohne daß sie ein Äquivalent für diese Verluste bieten kann — nämlich einen durchsetzbaren Tarifabschluß, der mehr ist als Kosmetik.

Neben dieser finanzpolitischen Rechnerei spielt dabei natürlich noch eine andere Größe eine Rolle: Die Bereitschaft der Mitglieder, eine solche Auseinandersetzung durchzustehen und je nach Ausgang politisch zu verarbeiten: also auch eine Opferbereitschaft, die der bundesdeutschen Arbeiterklasse in den letzten 30 Jahren bei der Verfechtung ihrer Interessen immer weniger abverlangt war, was ihr gewerkschaftliches Bewußtsein entscheidend mitgeprägt hat. Die von der Gewerkschaftslinken viel geliebte und von den Streikgewerkschaften übernommene Parole ,,Wer kämpft, kann verlieren, wer nicht kämpft, hat schon verloren'', stimmt in Bezug auf das politische Lernen und die Entwicklung von Klassenbewußtsein. Aber: Sie ist keine Strategie, mit der sich so einfach die bundesdeutsche Gewerkschaftsgeschichte umkehren läßt, weil zum Lernen aus Niederlagen auch politische Stärke gehört.

Und das Problem ist ja, daß die BRD-Gewerkschaften die oben beschriebene Entwicklung, die ja meistens Produkt erlittener Niederlagen war, mitgemacht und ihren Mitgliedern gegenüber als das ,,Wahre'' verkauft haben. Dies aber beschreibt das Dilemma, in dem IG Druck und IG Metall in der aktuellen Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche stecken, nicht mehr. Aufgabe nach dem Tarifkampf wird es sein, dies für die anstehende Entwicklung für eine linke Gewerkschaftspolitik zu verarbeiten.

hr., Kommission B & G

"Der Kollege Hermann Gaßmann darf nicht Opfer reaktionärer Richtersprüche werden"

Der als „DDR-Spion" zu 2 1/2 Jahren verurteilte Hamburger IG Metall-Sekretär Hermann Gaßmann wurde durch Begnadigung am 11. Mai vorzeitig aus der Haft entlassen. Richtige Freude darüber wollte aber nicht aufkommen. Denn nicht nur, daß er weiterhin als verurteilt gilt, obwohl ihm n i c h t s bewiesen wurde, fiel ihm jetzt auch noch seine eigene Gewerkschaft in den Rücken: Der Vorstand der IG Metall in Frankfurt durchbrach die bisherige gewerkschaftliche Linie auf Nichtanerkennung des Urteils und will die Entlassung von Hermann Gaßmann erzwingen.

Doch ganz so einfach geht das nicht. Über 100 Gewerkschafter, die Gaßmann aus dem Knast in Neuengamme abgeholt hatten, besetzten am 11. Mai die Hamburger IGM-Ortsverwaltung und forderten seine Weiterbeschäftigung. Der „Solidaritätskreis Hermann Gaßmann" gab eine vierseitige Dokumentation heraus und führte eine Protestveranstaltung (fast 500 Teilnehmer) durch. Am 21. Mai schließlich passierte das Überraschende: Die IGM-Vertreterversammlung stellte sich mehrheitlich gegen den Frankfurter Hauptvorstand und gegen den eigenen Ortsverwaltungsvorstand der — zähneknirschend zwar — „aus Gründen der Organisationsdiziplin" empfahl, die Hauptvorstandsentscheidung anzunehmen.

„Die Ortsverwaltung wird aufgefordert, durch Beschluß festzustellen:
1. Die beabsichtigte Kündigung des Kollegen Hermann Gaßmann wird abgelehnt.
2. Der Kollege Hermann Gaßmann wird zu unveränderten Bedingungen in der IG Metall, Verwaltungsstelle Hamburg, weiterbeschäftigt.
Aufgrund dieser Beschlußlage ist mit dem Vorstand der IG Metall gemeinsam eine Lösung auf der Grundlage der Weiterbeschäftigung des Kollegen Gaßmann zu entwickeln.

Begründung: Es ist unserer Auffassung nach nicht vertretbar, einerseits Urteilsschelte zu betreiben und andererseits dem Kollegen Gaßmann die Weiterbeschäftigung zu versagen. Wir meinen, daß gerade wegen der gewerkschaftlichen Kritik am § 99 StGB und am Prozeßverlauf die Weiterbeschäftigung Hermanns eine Bestätigung unseres Standpunktes ist.

Der Kollege Gaßmann darf nicht Opfer reaktionärer Richtersprüche werden!"

89 IGM-Vertreter stimmten für diesen Antrag; 74 folgten einem Antrag, den der Ortsverwaltungsvorstand in seiner Not favorisierte, womit der Frankfurter Hauptvorstand zum Überdenken seiner Entscheidung aufgefordert werden sollte. Dies aber wäre nur ein furchtloser Appell geblieben. Mit der jetzigen Entscheidung verbindet sich die Hoffnung, die zentralistische IGM-Satzung doch noch basisnah anwenden zu können. Zwar hat der Hauptvorstand Entscheidungskompetenz bei Anstellungen und Entlassungen; diese brauchen aber die Zustimmung der jeweiligen Ortsverwaltung.

Bleibt sie aus — wie dies in Hamburg der Falls sein müßte — könnte der Hauptvorstand nur gegen den erklärten Mehrheitswillen handeln, oder er gibt nach. Viele Metaller in Hamburg hoffen auf ein solches Nachgeben.



Hermann Gaßmann nach seiner Entlassung mit seinen Töchtern

Anpassung an den Unrechtsstaat...

Bislang galt in der Hamburger IGM die „Hamburger Linie", das Urteil gegen Gaßmann nicht zu akzeptieren und ihn nach der Haftentlassung weiterzubeschäftigen; eine Linie, die nur durch Druck und Unterstützung für Hermann Gaßmann zustandekam, die Vorstände wollten den Fall längst schon vergessen machen. Die Wende von dieser Linie kam mit der Erklärung des Frankfurter Hauptvorstands, „alle Entscheidungen im Fall Gaßmann an sich" zu ziehen (14.3.). Am 5. April versuchte der IGM-Vorsitzende Mayr, Gaßmann zu überreden, er solle freiwillig gehen oder eine Arbeit in der „Gemeinwirtschaft" annehmen. Es folgten weitere vergebliche Überredungsversuche unter Einschaltung des IGM-Justitiars Kittner und der Ortsverwaltung. Schließlich ein Ultimatum bis zum 18.5.: Annahme oder Entlassung. Hermann Gaßmann lehnte ab.

Das Urteil nachträglich gerechtfertigt

Auf dem IGM-Gewerkschaftstag 1983 wurde der § 99 StGB, der Kontakte in die DDR unter Strafe stellt, mit großer Mehrheit abgelehnt (er war Grundlage des Urteils gegen Gaßmann): **„Der Vorstand der IG Metall wird aufgefordert, sich vorrangig für die Streichung des § 99 StGB, jedoch zumindest für seine Revision einzusetzen"**. In der Begründung heißt es:

„1. Die Urteile nach dieser gesetzlichen Bestimmung haben den § 99 StGB zum Gesinnungs- und Abschreckungsparagraphen gemacht. Er vermindert somit private Kontakte insbesondere zu DDR-Bürgern, weil die Gesetzeslage, die Staatsschutzorgane und die Gerichte von vornherein eine mögliche Agententätigkeit unterstellen.

2. Der § 99 StGB läßt eine Verurteilung auf der Grundlage eines sogenannten Anscheinbeweises zu. Dies widerspricht absolut dem Rechtsstaat- *lung auf der Grundlage eines sogenannten Anscheinbeweises zu. Dies widerspricht absolut dem Rechtsstaat-**prinzip, wonach eine Verurteilung bei nicht zulässigen Beweisen unzulässig ist.*

3. Politisch engagierte Bürger, insbesondere Gewerkschafter und Vertreter politischer Parteien sind durch den § 99 StGB besonders gefährdet. Damit kann dieser Paragraph auch zum Instrument politischer Auseinandersetzung werden, weil alleine die vermutete Agententätigkeit und ihre entsprechende Umsetzung in den Medien die betreffende Organisation schwer belasten und gleichzeitig öffentlich in Mißkredit bringen können".

Genau diese Funktion des Paragraphen macht sich aber der Hauptvorstand zu eigen, indem er als einen Kündigungsgrund anführt:

„Die rechtskräftige Verurteilung als solche, der im Urteil ... festgestellte Sachverhalt; auch unter Würdigung der Beschlußlage der IG Metall zu § 99 StGB bleibt festzuhalten, daß Hermann Gaßmann selbst auf die Frage, warum er diese Fahrten (Anm: in die DDR) *stets geheimgehalten habe, geantwortet hat, daß er das wegen des sonst nicht mehr betehenden Vertrauens seiner IG Metall-Kollegen getan habe. Das ist es auch, was er selbst meint, wenn er einräumt, daß er 'Scheiße gebaut' habe"* (internes Schreiben der Hamburger IGM an den Betriebsrat der Verwaltungsstelle vom 11.5.84). Bislang verwies die Hamburger IGM bei ihrer Ablehnung des Urteils gegen Gaßmann auf die *„überzeugende Urteilskritik, die von den Verteidigern des Kollegen Hermann Gaßmann abgegeben worden ist"* (IGM-Presseerklärung vom 25.2.83). Darin heißt es u.a.:

Es *„konnten jedoch keine Tatsachen festgestellt werden, aus denen sich ergeben hätte, daß Hermann Gaßmann mit Wissen und Wollen eine geheimdienstliche Tätigkeit ausgeüb hat ... Die Verurteilung von Hermann Gaßmann steht am Ende eines Prozesses, der wieder einmal gezeigt hat, daß politische Strafverfahren anderen Gesetzen gehorchen, als sonstige Strafverfahren. Aufgabe der Verteidigung war es, den Verdacht einer geheimdienstlichen Agententägkeit zu widerlegen sowie zu beweisen und zu begründen, daß und warum das festgestellte Verhalten Hermann Gaßmanns als n o r m a l zu betrachten ist. Dieser Beweis ist gelungen. Wenn aber das Gericht ohne Beweis für eine geheimdienstliche Tätigkeit das Normalverhalten nur als Tarnung wertet, dann ist der Platz für eine Strafverteidigung abeschafft. Denn damit gibt es nur noch o f f e n e Agententätigkeit oder als Normal-*

Fortsetzung nächste Seite

Von Streik, Bürgerkrieg und Generälen

Der „Stern" vom 30.5.84 veröffentlichte eine Lagebeschreibung für eine Notstands-Übung des Bundesgrenzschutzes, die vom 21.-26. Mai in Sennelager (NRW) auf dem Übungsplatz der britischen Rheinarmee stattfand. Auf diesem Übungsplatz proben britische Soldaten ihren Einsatz gegen die „Irisch-Republikanische Armee":

Grenzschutzkommando Mitte — Kassel, den 11.04.1984/Oj.
Leiter Aus- u. Fortbildung
SB A 2 - Az.: 20/50 -
SB 23 - Az.: 45/32/3200

Bei der Vorbereitung und Durchführung der Schießen sind realistische Lagen zugrunde zu legen.
Der Aufenthalt [illegible] mit einer Marschübung verb[illegible]

Lage des 3.Zugesder
am 21ooomay 84

In den letzten Monaten haben massive Demonstrationen gegen verschiedenste Gesetze und Verordnungen der Bundesregierung stattgefunden. Waldsterben, zunehmende umweltpolitische Skandale,wie der Höchst-Skandal um die Rhein- und Main-Verschmutzung, Kindersterben in der Oberpfalz,verursacht durch Pseudo-Krupp oder die wachsende Zahl von Störfällen in kerntechnischen Anlagen,veranlassen weite Kreise der Bevölkerung nunmehr immer rigoroser von der Bundesregierung ihren Sonntagsreden endlich Taten folgen zulassen.
Der ahhaltende Streit der Tarifparteien um die 35- Stunden- Woche hat das angespannte innenpolitische Klima entscheidend verschärft. Ausgehend von zunächst als Schwerpunktstreiks geplanten Aktionen in den Bezirken Nord-Würtemberg/Nord-Baden und Teilen Süd-Hessens haben sich jedoch auch andere Bereiche wie IG Druck, ÖtV, Post und andere DGB -Gewerkschaften spontan zu wilden Streiks entschlossen, [illegible] mit den Genossen [illegible] Metall und Druck zu beweisen.
Die DGB-Führung ist von dieser,Wilden'Entschlossenheit an ihrer Basis völlig überrascht worden und hat die Kontrolle über ihre Mitgliedsgewerkschaften verloren.
Die anhaltenden Massenstreiks haben bereits zu erheblichen Lähmungserscheinungen im Wirtschaftsablauf geführt.
Radikale linke- und rechtsextreme Gruppierungen nutzen die unsichere innenpolitische Situation aus ,für eine Vielzahl von Anschlägen auf öffentliche und private Einrichtungen , sowie Entführungen hochgestellter Persönlichkeiten, um dadurch ein Klima für Umsturz und Chaos schaffen.
Am 18may84 wurde ein Anschlag auf das Verwaltungsgebäude des BDI in Düsseldorf verübt ,wobei ein anschließend ausbrechender Großbrand drei Menschen das Leben kostete und einen Millionensachschaden verursachte.
Am 19may84 wurde BDI-Präsident Faser von einem bisher unbekannten "Komitee des bewaffneten Arbeiterkampfes" entführt, um die Arbeitgeber zu zwingen,endlich bundesweit die 35-Stunden-Woche einzuführen. An beiden Tagen wurde-n vor allem NRW, Niedersachsen, Hessen und BaWü von einer Serie von Raubüberfällen und Bombenattentaten erschütt in deren Verlauf 17 Menschen starben und 42 zum Teil erheblich verletzt wurden. Überfälle und Anschläge richteten sich vor allem gegen Supermärkte, Geldinstitute,Tankstellen,sowie US-und Bw-Depots.
Den straff geführt nach den Regeln des verdeckten Kampfes vorgehenden,jeweils 5 - 7 Mann starken Trupps fielen dabei sehr große Geldbeträge und zahlreiche Handfeuerwaffen und Sprengmittel in die Hände.
In mehreren Aufrufen von Untergrundsendern und Anzeigen in der Alternativ-Presse bekannte sich eine neu formierte "Vereinigte Sozialpatriotische Front" zu diesen Aktionen.
Hierbei handelt es sich Erkenntnissen BKA und Verfassungsschutz zufolge um ein Bündnis mindestens 19 verschiedener Gruppierungen des links- und rechtsextremen Lagers unter Führung von in nahöstlichen Lagern und Staaten ausgebildeten Kadern der Rest-RAF, Revolutionären Zellen, sowie radikale Kernkraftgegner und Neo-Nazis vom Schlage eines Kühnen bzw. der Wehrsportgruppe Hoffmann.
Erklärtes Ziel der "VSF" ist die Herbeiführung eines bürgerkriegsähnlichen Zusandes, um die nach der Verabschiedung des Amnestiegesetzes endgültig diskreditierten Parteien zu verjagen und eine Ein-Parteien-Herrschaft unter Führung eines "starken Mannes" aufzurichten.
Daraufhin hat die Bundesregierung auf Antrag der betroffenen Bundesländer die Ausrufung des Inneren Notstandes beschlossen, gem. Art 91 I GG
Für die Polizeikräfte der Bundesrepublik wurde Alarmstufe III/2o angeordnet.
Die GSA Mitte 3 erhielt mit FS-Nr. 017 den Auftrag, am 21o4oomay84 antretend den Raum PADERBORN - GÜTERSLOH - DETMOLD zu erreichen, um sich im dortigen rückwärtigen Kommandoraum im Rahmen des GSK Mitte für Einsätze im Innern der Bundesrepublik Deutschland bereitzuhalten.

(Der im obigen faksimilierten Text weggefallene Satzteil lautet vermutlich: „.... Post und andere DGB-Gewerkschaften spontan zu wilden Streiks entschlossen, um Solidarität ...")

Allein stehen solche Vorstellungen nicht. Am 23.5.84 veröffentlichte die „Frankfurter Rundschau" unter der Rubrik „Aufgespießt" folgendes Aufsatzthema aus einer Hanauer Handelsschule vom 8. Mai 1984: *„Im Kampf um die Einführung der 35-Stunden-Woche kommt es im Raum Nürnberg/Ingolstadt zu bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen in Form von Fabrikbesetzungen und Straßenblockaden. Der Einsatz der bayerischen Polizei erweist sich als wirkungslos. Die Bäyerische Landesregierung fordert die Bundesregierung auf, Einheiten der Bundeswehr einzusetzen, da kommunistische Gruppierungen an der Führung der Streikleitung beteiligt sind. Ist der Einsatz der Bundeswehr möglich?"*

Schließlich paßt in dieses Bild der Bericht von einer Tagung *„Soldaten treffen Personalchefs"*. Veranstaltet hat diese Arbeitsvermittlungs-Werberunde, zu der 36 von 40 eingeladenen Personalchefs größerer Unternehmen erschienen, Generalmajor Henning von Ondarza, Kommandeur der 1. Panzerdivision der Bundeswehr. Eingeweihten ist er als Teilnehmer an den Loccumer „Befriedungsgesprächen" gegenüber der Friedensbewegung bekannt. Ondarza warb für die Übernahme von Berufssoldaten, die nach 15 Jahren Dienstzeit ausscheiden, in Betriebe der „freien Wirtschaft", weil sie gewohnt seien, *„Menschen zu führen. Ein besonderer Vorteil liege darin, daß alle Soldaten auch zu gehorchen gelernt hätten. Der leistungsstarke Soldat ist nicht nur Spezialist auf einem Fachgebiet, sein Handeln ist an der Absicht der übergeordneten Führung orientiert."* Ein Hauptmann Thankmark Gräger stellte den Bezug zur aktuellen Tarifauseinandersetzung her: *„Eine 35-Stunden-Woche kennen wir nicht, eine 40-Stunden-Woche kennen wir nur von anderen, manchmal arbeiten wir 45 Stunden, oft mehr als 60."* Hauptmann Armin Weiß pries die Fähigkeit „auch mit extremistischen Gruppen umzugehen und Sabotage abzuwehren" und Hauptmann Felix Fritze wußte den soldatischen Pädagogen vom schlaffen normal-bürgerlichen so abzugrenzen: „Wer von der Bundeswehr komme, sei auch gewohnt, physische und psychische Belastungen zu ertragen" (alle Zitate aus FR, 30.5.84).

Mehr von solchen Soldaten in die Betriebe und der Innenminister kann dem BGS Notstandsübungen wie die obige ersparen. Dann haben wir den Notstand nämlich in den Betrieben.

Fortsetzung von vorheriger Seite

verhalten getarnte Agententätigkeit, aber kein wirkliches Normalverhalten mehr. Dann ist auch der Weg frei, anstelle von Beweisen bloße Vermutungen für eine Verurteilung ausreichen zu lassen".

Will man davon jetzt nichts mehr wissen? Mehr noch, es wird als weiterer Kündigungsgrund *„die negative präjudizielle Wirkung auf die IG Metall"* angeführt: *„Die IG Metall kann nicht hinnehmen, daß der Eindruck entsteht, ein hauptamtlicher Angestellter könne — abgesehen von staatlichen Strafurteilen — jedenfalls ohne Sanktionen durch die IG Metall und ohne Auswirkungen auf seine Beschäftigungsverhältnisse nachrichtendienstlich tätig werden"* (IGM-Brief v. 11.5., s.o.).

Daß vor allem die Springer-Presse gegen Hermann Gaßmann, gegen die Begnadigung, den Hamburger Senat, die SPD und den DGB hetzt, ist für die IGM ein zusätzliches Argument für die Kündigung: *„Die Weiterbeschäftigung des Kollegen Hermann Gaßmann würde eine der IG Metall äußerst abträgliche öffentliche Kritik zur Folge haben, wie sie in Teilen der Presse geäußert worden ist und aus Zuschriften an die IG Metall sichtbar wird. Es ist der IGM unzumutbar, diese politische Belastung und den damit verbundenen Kräfteverschleiß auf sich zu nehmen".*

Gemeint sind natürlich die Springer-Hetze von „Bild" und „Welt" sowie die „FAZ". Beweise aus der Mitgliedschaft sollen sage und schreibe zwei Briefe an IGM und DGB sowie ein Leserbrief an die „FAZ" sein. Die zahllosen Solidaritätsbekundungen mit Gaßmann, zuletzt noch einmal von 102 Betriebsräten und Vertrauensleutesprechern der Hamburger IGM, werden demgegenüber als zu vernachlässigende Größe abgetan.

Persönlicher Druck

Dem IGM-Vorstand ging es um Entlassung auf jeden Fall. Besonders empört hat viele Gewerkschafter, die den Bildungssekretär Gaßmann aus seiner Tätigkeit persönlich und politisch schätzen gelernt haben, wie schäbig versucht worden ist, ihn persönlich unter Druck zu setzen. Da wird mal die „bundesweite Interessenlage" (Information der IGM-OV Hamburg vom 14.5.) der Organisation bemüht, mal Hermann als 'undankbar' dargestellt, müsse er *„doch auch in Rechnung stellen, daß der Vorstand der IGM ihm bis in die letzte Instanz einen immens kostspieligen Rechtsschutz gewährt habe ... Nun sei es an Hermann Gaßmann, seinerseits der Organisation entgegen zu kommen."* (Brief vom 11.5.). Auch möge der Gekündigte doch bitte *„die Einschränkung der organisatorischen Handlungsfähigkeit der Hamburger IGM in einer der schwersten Tarifauseinandersetzungen"* berücksichtigen. Und an die Adresse von Hermanns Unterstützern: *„Gezielte Aktivitäten gegen Entscheidungen des Vorstands sind gegen die IG Metall für die Bundesrepublik Deutschland gerichtet"* (ebenda). Gespannt darf man sein, wie nun nachträglich die Mehrheit der Hamburger Vertreterversammlung betrachtet wird — alles Gewerkschaftsfeinde?

Der „Fall Gaßmann" zeigt bei aller Unterschiedlichkeit der Positionen der Betroffenen bestürzende Parallelen zu ähnlichen Fällen der Vergangenheit, insbesondere dem „Fall Agartz" (siehe unsere ausführliche Darstellung im AK 245 vom 9.4.). Da wird ein unbequemer Gewerkschafter über den Vorwurf der DDR-Spionage mundtot gemacht, da müssen teilweise wieder Rückzieher gemacht werden, das Ziel aber wird erreicht: Der Betroffene ist politisch kaltgestellt. Seine Gewerkschaft läßt ihn fallen wie eine heiße Kartoffel. Denn die Staatsdoktrin Antikommunismus findet sich allemal in den Vorstandsetagen des DGB wieder. Immerhin besteht im Fall Gaßmann eine, wenn auch geringe, Hoffnung, daß die hergestellte Öffentlichkeit dies noch verhindern kann.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

27 Jahre Tarifpolitik der IG-Metall

Grundbedingungen der Entwicklung der Tarifpolitik der IG Metall nach 1945 waren die politische Niederlage der Arbeiterklasse in der Frage, welche Gesellschaft auf den Faschismus folgen solle. Eine schwache Arbeiterbewegung auf der einen Seite und sozialdemokratische Führer, in Partei und Gewerkschaften, die die Anbindung an den kapitalistischen Westen wollten, auf der anderen Seite, kennzeichneten diesen Prozeß, für den gewerkschaftspolitisch stehen:

— Die Niederlage bei der Auseinandersetzung um die Entflechtung und Vergesellschaftung der Betriebe in der Grundstoffindustrie. Als Gegenleistung für den gezahlten Preis gab es die Mitbestimmung, besonders die Montanmitbestimmung bei Kohle und Stahl.

— Die Niederlage bei der Auseinandersetzung um die Einführung eines fortschrittlichen Betriebsrätegesetzes, die mit Ausnahme von Streiks der Drucker bereits kampflos erfolgte.

Die Gewerkschaften verlegten sich zunehmend auf reine Tarifpolitik. Dabei übernahm die IG Metall als stärkste und mächtigste Gewerkschaft vielfach eine Vorreiterrolle für andere DGB-Gewerkschaften. Schwerpunkt war dabei die Lohnpolitik, die unter dem Gesichtspunkt der Sicherung eines „gerechten Anteils" am Wirtschaftswachstum funktionierte. Schaut man sich die verschiedenen Tarifkampf-Etappen an, so fällt auf, daß fast nie eine Umverteilung gelang. Dennoch haben sich diese gewerkschaftspolitischen Niederlagen in den Tarifkämpfen subjektiv nicht als solche niedergeschlagen. Bedingung dafür waren stetig ansteigendes Wirtschaftswachstum und ein enormer Produktivitätsanstieg, an dem die IG Metall in ihrer Lohnpolitik partizipierte, auch dann, wenn sie im Abschluß weit unter der Ausgangsforderung lag, für die sie ihre Mitglieder in allen Phasen der Entwicklung mobilisieren konnte. Kritik und Unzufriedenheit, die es dabei fast immer gab und die sich in Urabstimmungsergebnissen niederschlug, darf nicht mit der Existenz einer relevanten sozialistischen Opposition verwechselt werden. Sie entstand meistens spontan und konnte sich nie organisieren.

Die seinerzeitigen Erfahrungen der IG Metall mit der Arbeitszeitverkürzung unterscheiden sich von der aktuellen Auseinandersetzung grundlegend. Ende der fünfziger und Anfang der sechziger Jahre wurde die Arbeitszeit von 48 über 45 und in weiteren Abstufungen hin zur 40-Stunden-Woche verkürzt, ohne daß es eines Streiks bedurfte. Der materielle Verteilungsspielraum ließ es zu, daß wechselweise Löhne erhöht oder für weniger Lohnerhöhung verkürzte Arbeitszeit erkauft wurde. All dies wurde in zumeist friedlichen Lohn- und Tarifrunden vereinbart. Parallel dazu unterstützten die Gewerkschaften einen massiven Rationalisierungsprozeß. Diese Entwicklungen haben bis spät in die siebziger Jahre hinein die Gewerkschaftspolitik und das Gewerkschafter-Bewußtsein geprägt. Der von der IG Metall wider Willen geführte Stahlarbeiterstreik 1978/79 um die 35-Stunden-Woche und die teilwise auch subjektiv erlebte Niederlage haben schlagartig deutlich gemacht, daß es wie bisher nicht weitergeht. Der traditionelle gewerkschaftliche Kampf in der BRD war an die Grenzen gestoßen, die wir momentan in der hartgeführten Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche erleben.

Bürgerschaftsstreit um Berufsbildungsgesetz

DGB - Funktionäre stimmen gegen DGB - Gesetzentwurf

Hamburg, 16.5.1984 — Mit den Stimmen hoher Gewerkschaftsfunktionäre wie Saalfeld (Vors. DGB Hamburg), Schnelle (Stellv. Vors. ÖTV), Kämmerer (ÖTV) und Weinrich (BSE) hat die SPD-Fraktion in der Bürgerschaft einen DGB-Vorschlag zur Förderung der Berufsbildung abgeschmettert — gemeinsam mit der CDU. Die Gesetzesinitiative, die inzwischen auch von anderen DGB-Bezirken aufgegriffen worden ist, sieht vor, von Unternehmen in Hamburg eine Ausbildungsabgabe zu erheben. Nach Vorgesprächen mit dem Hamburger DGB hatte die GAL-Fraktion diesen Gesetzesentwurf eingebracht.

Sonderprogramme des Senats und Appelle an die Privatwirtschaft können die Ausbildungsnot der Jugendlichen in Hamburg nicht entscheidend lindern. Sie sind nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Die Zahl der Jugendlichen ohne Ausbildungsplatz ist in den letzten Jahren trotz solcher Notbehelfe ständig gestiegen. Diese Tatsachen haben die GAL in dem Standpunkt bestärkt, daß nur eine gesetzliche Verpflichtung der Unternehmen zur Ausbildung bzw. Ausbildungsförderung an der heutigen Misere etwas ändern kann. Es ist nichts weiter als logisch, wenn diejenigen, die qualifizierten Nachwuchs suchen, auch seine Berufsbildung finanzieren.

Dies ist auch der Grundgedanke des DGB-Entwurfs für ein Berufsbildungsgesetz. Ziel des Gesetzes ist, angesichts des unzureichenden Ausbildungsangebots **alle** (und nicht nur einige wenige) Jugendliche, die einen Ausbildungsplatz suchen, zu versorgen und dabei die Ausbildungskosten nicht einfach auf den Staat abzuwälzen. Ziel ist außerdem, die Verkümmerung der Ausbildungsqualität zu verhindern. Dadurch, daß von allen privaten und öffentlichen Unternehmen in Hamburg eine Ausbildungsabgabe erhoben, zugleich aber auch eine Förderung der Ausbildungsbetriebe eingerichtet wird, sollen diejenigen Betriebe zur Kasse gebeten werden, die sich vor der Ausbildung drücken. Das genau ist die Position der GAL, und deshalb hat sie den DGB-Vorschlag aufgegriffen.

Umso erstaunlicher war die Reaktion der DGB-Spitzenfunktionäre in der Bürgerschaft. Endlich, hätte man denken können, dürfen sie sich freuen, weil eine Fraktion die Vorschläge ihres Gewerkschaftsbundes nicht vermauschelt, sondern in klare Parlamentsanträge umsetzt. Aber ganz im Gegenteil. Saalfeld flippte geradezu aus. Das alleinige Ziel der GAL sei es, ihn und seine DGB-Kollegen „vorzuführen". Und dann hackte er, ohne mit einer Silbe auf seine Meinung zu dem Gesetzesentwurf einzugehen, auf dem „Show-Effekt" der GAL herum, die die Behandlung des Entwurfs seit Februar immer wieder hinausgeschoben habe. Dazu erwiderte Th. Ebermann: Saalfeld wisse doch wohl, daß dies auf Drängen des DGB selbst geschehen sei. Und in der Tat — auf Bitten einiger DGB-Funktionäre hatte die GAL den Antrag zunächst zurückgehalten. Begründung vom DGB damals: man wolle sich zunächst noch um Zustimmung bei der SPD-Fraktion bemühen.

Wenn's dann aber schiefgeht, ist Herrn Saalfeld die Gemeinsamkeit mit der Senatspartei offensichtlich viel wichtiger als die Position des DGB.

Noch skandalöser war in diesem Zusammenhang eine Bemerkung des Bau-Steine-Erden-Sekretärs Weinrich. Während DGB-Saalfeld sorgfältig jeder Frage zum Inhalt des DGB-Vorschlags auswich, verstieg sich Weinrich gar zu der Behauptung, die GAL betreibe mit diesem Entwurf eine „Arbeitsplatzvernichtungsstrategie". Berechtigte Nachfrage des Abg. Vetter (GAL): „Der DGB auch?"

Die von der GAL beantragte namentliche Abstimmung zwang dann noch einmal jeden einzelnen Abgeordneten, Farbe zu bekennen: Saalfeld, Schnelle, Weinrich und Kämmerer sagten zu der Initiative ihres eigenen Gewerkschaftsbundes laut und vernehmlich „NEIN", und in diesem Nein waren sie sich mit den restlichen SPD-Abgeordneten und der gesamten CDU-Mannschaft einig. Lohmann (GdED) und Rumpel (ÖTV) fehlten.

Kommentierte dazu Ebermann im Schlußwort: Früher war alles so einfach. Da konnte man auf Gewerkschaftstagen die radikalsten Gesetzesentwürfe ausbraten, wohl wissend, daß man im Parlament nie darauf schwören mußte — da war ja, wie bequem, die SPD davor. Und daß die nicht wollte, wußte man vorher. Heute ist es da schon etwas schwieriger, weil man ab und zu auch mal Farbe bekennen muß. Da sitzt nämlich jetzt eine Fraktion, die progressive DGB-Forderungen aufgreift.

Daß das zum Stolperstein für die Gewerkschaftskarriere werden kann, haben andernorts Spitzenfunktionäre schon mitgekriegt: so Arno Weinkauf von der Bremer IGM. Der Bremer DGB nämlich hatte als erster eine parlamentarische Initiative für ein Berufsbildungsgesetz eingeleitet. Im Konflikt mit der regierenden Koschnick-SPD. Und da war dann dem DGB-Spitzenmann der Senat auch näher als seine eigene Gewerkschaftsbasis. Die Quittung bekam er dafür bei den anschließenden Funktionärswahlen.

Trotz ihrer Abstimmungsniederlage vom 16. Mai wird sich die GAL auch in Zukunft nicht davon abhalten lassen, unterstützenswerte Initiativen des DGB in der Parlamentsarbeit aufzugreifen. Kriterium ihrer Politik in diesem Bereich sind weiterhin die Interessen der Gewerkschaftsmitglieder und der arbeitslosen Jugendlichen. Eine Berufsbildungsabgabe durch die Unternehmen **ist** im Sinne von Arbeitern und Arbeitslosen, weil sie Ausbildungskosten nicht einfach auf den Steuerzahler abwälzt und weil sie mehr Finanzierungsmöglichkeiten bietet als die Krisenkosmetik der Senats-Sonderprogramme. Reden und Handeln der Sozialdemokratie sind zweierlei: einerseits klagt der Senat über sinkende Haushaltseinnahmen und rechtfertigt damit einen unsozialen Sparkurs, andererseits schont er ein weiteres Mal diejenigen, die mit qualifizierter Arbeitskraft Profite machen. Mit der Ablehnung des DGB-Gesetzentwurfes haben sich SPD und CDU schützend vor die Unternehmen gestellt.

Die Zeche zahlt Ihr.

Gal Fachgruppe Bildung

Karl Marx zur 35-Stunden-Woche

Das Reich der Freiheit beginnt in der Tat erst da, wo das Arbeiten, das durch Not und äußere Zweckmäßigkeit bestimmt ist, aufhört; es liegt also der Natur der Sache nach jenseits der Sphäre der eigentlichen materiallen Produktion. Wie der Wilde mit der Natur ringen muß, um seine Bedürfnisse zu befriedigen, um sein Leben zu erhalten und zu reproduzieren, so muß es der Zivilisierte, und er muß es in allen Gesellschaftsformen und unter allen möglichen Produktionsweisen. Mit seiner Entwicklung erweitert sich dies Reich der Naturnotwendigkeit, weil die Bedürfnisse; aber zugleich erweitern sich die Produktivkräfte, die diese befriedigen. Die Freiheit in diesem Gebiet kann nur darin bestehen, daß der vergesellschaftete Mensch, die assoziierten Produzenten, diesen ihren Stoffwechsel mit der Natur rationell regeln, unter ihre gemeinschaftliche Kontrolle bringen, statt von ihm als von einer blinden Macht beherrscht zu werden; ihn mit dem geringsten Kraftaufwand und unter den ihrer menschlichen Natur würdigsten und adäquatesten Bedingungen vollziehn. Aber es bleibt dies immer ein Reich der Notwendigkeit. Jenseits desselben beginnt die menschliche Kraftentwicklung, die sich als Selbstzweck gilt, das wahre Reich der Freiheit, das aber nur auf jenem Reich der Notwendigkeit als seiner Basis aufblühn kann. Die Verkürzung des Arbeitstags ist die Grundbedingung.

(MEW, Bd. 25, S. 828)

Der Hessen Streik 1951

Der erste große Streik für höhere Löhne lief 1951 in der hessischen Metallindustrie. Zur gleichen Zeit begann sich die wirtschaftliche Entwicklung in der BRD zu verbessern. Die industrielle Gesamtproduktion war gestiegen. Zum ersten Mal seit 1945 führte die BRD mehr aus als ein. Auch die Arbeitslosenquote sank von 10,4 % (1950) auf 7,1% (1954). Damit verbesserten sich die Grundlkagen für eine gewerkschaftliche Tarifpolitik, die einen „gerechten Anteil" am Wirtschaftswachstum für die Arbeiterklasse will. Wirtschaftsminister Erhard vertrat damals die Meinung, daß die Lohnabhängigen an den Produktivitätsfortschritten nicht über höhere Löhne sondern durch Preissenkungen beteiligt werden sollten. Die Praxis sah allerdings ander aus: eine Welle von Preissteigerungen brach über die Lohnabhängigen herein. Aufgrund dieser Entwickloungen kam es Anfang der 50er Jahre in mehreren Bundesländern zu gewerkschaftlich organisierten Lohnstreiks.

Die IGM forderte 1951 in Hessen 12 Pfg. mehr pro Stunde. Die Mitte August durchgeführte Urabstimmung ergab, daß sich 90% der abstimmenden Metaller für einen Streik aussprachen. Nachdem Vermittlungsversuche der hessischen Regierung gescheitert waren, begann am 27. August 1951 der Streik. In Theo Pirkers Buch „Die blinde Macht" heißt es: *„Aber bereits die eingeschlagene Streiktaktik zeigte, daß die IGM es nicht auf einen Kampf auf Biegen und Brechen ankommen lassen wollte. Nur in besonders ausgesuchten Betrieben Südhessens mit einer Gesamtbelegschaft von rund 20.000 Arbeitnehmern — mit Ausnahme der ... Angestellten und Lehrlinge — wurde die Arbeit niedergelegt ... Die Streik-Strategie der IGM wurde noch unverständlicher, als sie einer Reihe von Ortsverwaltungen im Streikgebiet gestattete, mit bestimmten Firmen Sonderverhandlungen zu führen und besondere Vereinbarungen zu treffen. Am Ende der Streiks legte die IGM 103 solcher Einzelverträge vor, die ungefähr für 15.000 Beschäftigte der hessischen Metallindustrie galten."* (1a)

Am 6. September weitete die IGM-Führung den Streik auf 80.000 Arbeiter und Angestellte, hauptsächlich in den großen Betrieben Hessens, aus.

Schließlich fällte ein auf Initiative des hessischen Ministerpräsidenten zusammengetretenes Schiedsgericht einen Schiedsspruch, der eine Lohnerhöhung von drei Pfennig (sowie einige soziale Zulagen) vorsah. Obwohl dieser

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Schiedsspruch „nicht den Beifall der IGM" fand, empfahl sie den Streikenden die Annahme. In der Urabstimmung wurde der Schiedsspruch von 63,3% der Abstimmenden abgelehnt. Da jedoch die IGM-Satzung vorschreibt, daß sich mindestens 75% der Mitglieder gegen eine Annahme des Verhandlungsergebnisses aussprechen müssen, war der Streik damit beendet. Am 24. September wurde die Arbeit wieder aufgenommen.

Der Bayernstreik 1954

Zur zweiten größeren Auseinandersetzung auf dem Gebiet der Lohnpolitik kam es 1954 in Bayern. Daß die IGM es nun ausgerechnet in Bayern auf einen Streik ankommen lassen wollte, kann nicht gerade als Beweis dafür gewertet werden, daß es ihr lohnpolitisch um einen „Durchbruch" ging. Dafür waren die Bedingungen gerade in Bayern besonders ungünstig. Zum einen war dort der Organisationsgrad extrem niedrig, zum anderen gab es in Bayern damals besonders gute Beziehungen zwischen Kapitalisten und Gewerkschaftsführern. Pirker schreibt, daß der bayerische IGM-Vorsitzende Essl noch im Jahre 1953 versucht hatte, mit Vertretern der bayerischen Metallindustrie *„die Idee der Erneuerung der Zentralen Arbeitsgemeinschaft zu lancieren, und war dabei vom Hauptvorstand in Frankfurt scharf gebremst worden."* (2)

Die bayerische IGM forderte damals für Arbeiter und Angestellte 12 Pfg. mehr (was in Prozenten ausgedrückt 8,3% ausmacht). Die bayerischen Metallindustriellen lehnten Verhandlungen zuerst grundsätzlich ab und gaben sich überrascht, da die Zusammenarbeit bisher doch so gut geklappt habe. Nachdem es dann in Bayern doch zu ersten Verhandlungen gekommen war, scheitern die Tarifverhandlungen für den Tarifbvezirk Nordbaden/Nordwürttemberg. In der Urabstimmung sprechen sich dort 82,6% der Kollegen für Streik aus, doch dazu soll es dann nicht mehr kommen. Kurz nach der Urabstimmung stimmt die IGM einem Kompromiß von 6-8Pfg. zu, der in der darauffolgenden Urabstimmung von 42,6% der IGM-Mitglieder abgelehnt wird. Mit der Annahme dieses Kompromisses in Nordbaden, sind die Bedingungen für einen Streik für 12 Pfg. in Bayern extrem schlecht geworden.

Ein weiterer Nachteil war, daß noch vor dem Beginn des Streiks in Bayern von der Ortsverwaltung Nürnberg mit 19 Firmen Sonderverträge in der Höhe der gewerkschaftlichen Forderungen abgeschlossen wurden. Und trotz des Beschlusses der Großen Tarifkommission, daß keine weiteren Betriebsvereinbarungen von den Ortsverwaltungen abgeschlossen werden sollen, wird dies von einigen Ortsverwaltungen ignoriert.

Nachdem die Verhandlungen der IGM-Spitze in Bayern gescheitert wa-

noriert.

Nachdem die Verhandlungen der IGM-Spitze in Bayern gescheitert wa-

ren, da die Kapitalisten nur 5 Pfg boten, sprachen sich 90,4% der IG Metaller für einen Streik aus. Der Streik wird von Kapitalisten und Staatsapparat mit erheblicher Brutalität geführt. Der sozialdemokratische Innenminster erläßt Anweisung, daß nur noch 20 Streikposten vor den Haupttoren stehen dürfen. Die Kapitalisten entlassen 60 Betriebsräte , 20.000 Kollegen werden gemaßregelt, 375 Strafverfahren werden eingeleitet.

Am 20. August nimmt die IGM einen Schiedsspruch an, der eine Erhöhung des Ecklohns um 10 Pfg., aber eine Verschlechterung der Lohngruppenrelation beinhaltet. Für An- und Ungelernte gibt es demnach nur eine Lohnerhöhung von 4 bzw. 5 Pfg. Der Schiedsspruch sieht zudem vor, daß Betriebe, die nicht in der Lage sind die Mehrbelastung zu tragen, die Erhöhung verzögern können. Schließlich akzeptiert die IGM eine Entlassungsklausel, die es den Kapitalisten ermöglicht, Arbeitern nach der Wiederaufnahme der Arbeit zu kündigen, wenn sie Streikbrecher beleidigt oder belästigt haben.

Rund 53% der IG Metaller lehnen den Schiedsspruch in der Urabstimmung ab. In Augsburg, wo die Kapitalisten allein 250 Kollegen entließen, wird trotzdem weitergestreikt. Doch schließlich ruft die IGM auch hier zur Wiederaufnahme der Arbeit auf. (1b)

1956/57 Streik für Lohnfortzahlung im Krankheitsfall

Insgsasmt 16 Wochen, vom 24.10.56 bis zum 14.2.57, streikten die schleswig-holsteinischen Metallarbeiter für eine sechswöchige Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Auch bei diesem Streik, der grundlegende sozialpolitische Bedeutung hatte, fällt wieder die Wahl des Streikgebietes ins Auge. Schleswig-Holstein war wie Bayern relativ schlecht organisiert.

In der Urabstimmung sprechen sich 88% der IG Metaller für einen Streik aus. Der Streik beginnt in 16 Betrieben und wird dann auf 33 Betriebe mit insgesamt rund 32.500 Arbeitern ausgeweitet

Im Dezember fällt die von IGM und Kapitalisten angerufene Schlichtungsstelle einen Schiedsspruch, der die drei Karenztage nicht berücksichtigt. D.h. die ersten drei Krankheitstage sollten weiterhin nicht bezahlt werden. Dieser Schiedsspruch wurde am 7./8. Januar von 97,4% der Stimmberechtigten abgelehnt.

Daraufhin schaltete sich der Bundeskanzler ein, unter dessen Leitung das „Bonner Abkommen" vom 25.1.57 zustande kam. Danach sollte, nach einer Krankheitsdauer von über sieben Tagen, ein Karenztag und bei einer Krankheitsdauer von über 14 Tagen sollten alle drei Tage voll bezahlt werden. Die Lohnfortzahlung sollte nach dreijähriger Betriebszugehörigkeit insgesamt vier Wochen betragen. Doch auch dieses Verhandlungsergebniss wurde von 76,2% der Stimmberechtigten abgelehnt.



Stahlstreik 78/79: Aktionen gegen Aussperrung

Diese Situation war für die IGM-Führung natürlich unangenehm. Pirker schreibt, daß die Gewerkschaften, *was die Finanzlage ... betrifft, ohne weiteres den Streik (hätten) fortsetzen können. Sie wollten und wagten es nur nicht."* (3) Zum einen, so Pirker, wollte der IGM-Vorsitzende Brenner *„als guter Sozialdemokrat"* nicht den parallel laufenden Bundestagswahlkampf der SPD *„durch radikale Aktionen belasten"* (3), zum anderen wurde in der bürgerlich Presse schon von einem

der SPD „durch radikale Aktionen belasten" (3), zum anderen wurde in der bürgerlich Presse schon von einem

Übergreifen der Streikbewegung aufs Ruhregebiet gemunkelt („Flensborg Avis" vom 31.1.57).

Der dritte Kompromißvorschlag sah nun, bei einer Krankheitsdauer von mehr als einer Woche, die Bezahlung von eineinhalb Karenztagen vor. Bei Arbeitsunfällen sollten, unabhängig von der Dauer, der Unfalltag und die beiden folgenden Tage voll bezahlt werden. Auch dieses Verhandlungsergebniss wurde noch von 57,7% der Kollegen abgelehnt, was jedoch zur Weiterführung des Streiks nicht ausreichte.

Die Kapitalisten sorgten für ein juristisches Nachspiel. Sie verklagten die IGM vor dem Bundesarbeitsgericht zu 38 Mio. Mark „Entschädigung" weil die IGM ihrer Meinung nach die Friedenspflicht gebrochen hätte (die erste Urabstimmung wurde schon als Kampfmaßnahme bewertet).

Im Jahre 1963 endete dieser Konflikt dann mit einem für die IGM unrühmlichen Vergleich. Die IGM stimmte einer neuen Schlichtungsordnung zu und zog ihre Verfassungsklage zurück, die Kapitalisten verzichteten auf die 38 Mio. (4)

1963 — Streik und Aussperrung in Baden-Württemberg

Die Kapitalisten leiteten die Metalltarifrunde im Jahre 1963 mit der Forderung nach einem Lohnstopp ein. Außerdem erklärten sie ihre Absicht, keine weiteren Arbeitszeitverkürzungen zuzulassen .

Die IGM verzichtete „aus taktischen Gründen" auf die fristgemäße Kündigung der Tarifverträge und setzte sie um einen vollen Monat aus. In den ersten Verhandlungen stand dann der gewerkschaftlichen Lohn-Forderung von 8% ein Angebot der Kapitalisten von 3,5% gegenüber. Die Verhandlungen scheiterten und am 18. April stimmten in Baden-Württemberg 87,3% und am 24. April in Nordrhein-Westfalen 83,6% für Streik.

Für den 25. April (eine Woche nach der Urabstimmung) war für den baden-württembergischen Streikschwerpunkt Mannheim der Streikbeginn angesetzt. Dieser Beschluß wird von der IGM-Führung jedoch in letzter Minute aufgehoben. Die Mannheimer Metaller reagieren empört. Delegationen aus den Betrieben marschieren zum Gewerkschaftshaus, um den sofortigen Beginn des Streiks zu fordern. Aufgrund dieses Drucks setzt die IGM-Führung dann schließlich für den 29.April den Streikbeginn fest. (5) 140.000 Metaller aus 500 baden-württembergischen Betrieben treten in den Streik. Die Kapitalisten reagieren am 1. Mai mit der Aussperrung von 300.000 Kolleginn/en in Baden-Württemberg.

Die IGM scheut eine Streikausweitung, der Streikbeginn in NRW wird weiter ausgesetzt. Am 6. Mai kommt dann in NRW, unter Vermittlung des CDU-Wirtschafsminsters Erhardt, ein Kompromiß zustande: Rückwirkend ab 1. April 63 werden 5% mehr Lohn gezahlt, ab 1. April 64 sollen dann nochmal 2% dazu kommen. Die Laufzeit soll 18 Monate betragen. Umgerechnet auf die lange Laufzeit beträgt die Lohnerhöhung nur 4%.

In der Urabstimmung stimmen 21,7% der Stimmberechtigten in Baden-Württemberg gegen die Arbeitsaufnahme und 62,1% dafür.

Die „Septemberstreiks" 1969

Die „Septemberstreiks" 1969

Ohne sich vorher den Segen der Gewerkschafsoberen zu holen, streikten zwischen dem 2. und 19. September 140.000 Kolleg/inn/en für höhere Löhne. Diesem spontanen Ausbruch, war eine extrem ruhige tarifpolitische Periode vorausgegangen. Während der „Septemberstreiks" lag die Quote „verlorener" Arbeitstage über der, die 1964 bis 1968 insgesamt angefallen war. Die Streikbewegung begann bei der Hoesch AG in Dortmund und weitete sich von dort über einen großen Teil der Eisen- und Stahlindutrie und des Bergbaus, die Werften sowie Teile der metallverarbeitenden Industrie, der Textilindustrie und des öffentlichen Dienstes aus. Allein 78.000 Streikende kamen aus dem Bereich der Eisen- und Stahlindustrie.

Ursache des Streiks war ein offensichtliches Mißverhältnis zwischen wirtschaftlicher Entwicklung und der Entwicklung der Löhne. Nach der Krise 1966/67 hatte der wirtschaftliche Wiederaufschwung 1969 seinen Höhepunkt erreicht. Die Gewerkschaften, die seit der Krise 66/67 mit Kapitalisten und Staat an der „Konzertierten Aktion" teilnahmen, hatten aus „gesamtwirtschaftlicher Verantwortung" eine Lohnpause mit durchgesetzt. Als jedoch schon in der zweiten Jahreshälfte 1967 ein wirtschaftlicher Wiederaufschwung einsetzte, sprach selbst der kapitalistenfreundliche Sachverständigenrat von einem konjunkturellen Rückstand der Effektivlöhne (6).

Im August 1969 hatte die IGM die Tarifverhandlungen für die Metallindustrie dann vorgezogen und eine achtprozentige Lohn- und Gehaltserhöhung vereinbart. Dieser Abschluß *„hatte schon in der metallverarbeitenden Industrie starke Kritik innerhalb der Betriebe und in der Gewerkschaft gefunden"*, da er nicht *„dazu angetan (war), den Nachholbedarf zu decken"* (7).

Die „Septemberstreiks" wurden von den Kolleg(inn)en selbst organisiert. Es fanden Betriebsbesetzungen und Demonstrationen vor den Gewerkschaftshäusern statt. Die Forderungen waren meistens Festgeldforderungen zwischen 30 und 70 Pfennig mehr Lohn pro Stunde. Die IGM, als eine der betroffenen Gewerkschaften, reagierte schnell. Sie griff die Forderung der Bewegung auf, machte allerdings aus der Festgeld- eine Prozentforderung (14 %). Der Sozialforscher Eberhardt Schmidt beschreibt das Verhalten der Gewerkschaften damals so: Sie *„drängten ... sofort nach Ausbruch des Streiks auf Verhandlungen über neue Tarifverträge mit den Arbeitgebern. Nur so konnte man die Selbsttätigkeit der Belegschaften kanalisieren. Diese Taktik ging im wesentlichen auf, da auch die Arbeitgeber hierin das einzige Mittel sahen, radikalen Forderungen die Spitze zu nehmen."* Diese Taktik führte *„bereits am Wochenende* (6./7.9., Anm. d. Verf.) *zum Abbröckeln der Streikbewegung, die kurz vor den Tarifverhandlungen, mit Ausnahme der Klöckner-Hütte, ganz erlahmte"* (8). In den Tarifverhandlungen der Eisen- und Stahlindustrie schloß die IGM dann bei 11 % ab. Einzelne Betriebe hatten vorher allerdings schon höhere Festgeldforderungen durchgesetzt.

Auf einer Klausurtagung des IGM-Vorstandes im Januar 1970 zog der IGM-Vorsitzende Brenner folgende Lehren aus den Septemberstreiks: *„Wir wollen nicht, daß sich Entwicklungen, wie wir sie"* voriges Jahr *„erlebt haben, unter Umständen wiederholen ... Wir müssen von Anfang an diejenigen sein, die Forderungen formulieren, auf Verhandlungen drängen und diese dann im richtigen Moment durchführen."* Und zwar *„auch ohne, daß wir uns vor den Karren von Minderheiten spannen lassen"* (9).

1971 — Streik und Aussperrung in Baden-Württemberg

Der laufende Konjunktur-Zyklus, der seinen Aufschwung aus der Krise 66/67 heraus nahm, war seit dem Herbst 1969 wieder im Abschwung. Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit nahmen wieder zu. Im Januar verkündete die Bundesregierung Orientierungsdaten von 7 bis 8 Prozent Effektivlohnerhöhung für 1971. Daß die Gewerkschaften diese Marke nicht überschreiten wollten, zeigte schon die Chemietarifrunde, in der bei 7 % abgeschlossen wurde.

Die IGM forderte 1971 in den einzelnen Tarifbezirken 11 %, wobei die Struktur der Forderungen in den Bezirken unterschiedlich war. Der IGM-Forderung stand ein Kapitalistenangebot von 4,5 % gegenüber. Nachdem die Verhandlungen am 17. Oktober für gescheitert erklärt wurden, legte die Schlichtungsstelle am 2. November einen Schiedsspruch vor, der eine Lohn- und Gehaltserhöhung von 7,5 % bei ei-

Schlichtungsstelle am 2. November einen Schiedsspruch vor, der eine Lohn- und Gehaltserhöhung von 7,5 % bei ei-

ner Laufzeit von 7 Monaten vorsah. Während die IGM diesen Vorschlag akzeptierte, lehnte Gesamtmetall ab. Daraufhin setzte der IGM-Vorstand in Baden-Württemberg für den 12. November die Urabstimmung fest. 89,6 % sprachen sich für Streik aus — 6,6 % dagegen.

Am 22. November beginnt der Streik. Insgesamt 145.000 Metaller legen die Arbeit nieder. Eine Woche später antworteten die Kapitalisten mit der Aussperrung von 360.000 Metallern. Für die kalt Ausgesperrten verfügte der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Stingl, damals übrigens, kein Arbeitslosengeld zu zahlen. Vom Verwaltungsrat der BfA wurde dieser „Stingl-Erlaß" dann allerdings wieder aufgehoben.

Zu der Situation in den anderen Tarifbezirken schreibt der Sozialforscher Müller-Jentsch: *„Obwohl in anderen Bezirken (NRW, Hamburg, Berlin, Hessen) nach gescheiterten Schlichtungsverhandlungen die Friedenspflicht abgelaufen war und als Folge der unterbrochenen Zulieferungen aus dem Streikgebiet die ersten Produktionssstillegungen durchgeführt wurden, wartete man dort, auf Weisung der IGM-Führung, die weitere Entwicklung in Baden-Württemberg ab. Eine Urabstimmung wurde nur vom Bezirk Hamburg beantragt, über die der Vorstand indessen die Entscheidung zurückstellt"* (10).

Nachdem die „besondere Schlichtung" gescheitert war und auch eine Intervention Bundeskanzler Brandts ohne Erfolg blieb, kam es am 8. Dezember zu einer zentralen Protestkundgebung von 40.000 Metallern in Stuttgart. Zwei Tage später einigten sich Kapitalisten und IGM-Führer auf einen Abschluß, der auch für die anderen Bezirke maßgeblich sein sollte: 7,5 % mehr Lohn und Gehalt ab 1. Januar 1972 und eine Nachzahlung von 180 DM für die Monate Oktober bis Dezember. Außerdem eine stufenweise Absicherung von 40 Prozent eines 13. Monatseinkommens. In der Urabstimmung wurde dieses Ergebnis von 71,2 % der IG Metaller befürwortet und von 20,9 % abgelehnt.

Effektiv lag dieser Abschluß u n t e r dem Schlichtungsspruch, denn der hatte noch eine Laufzeit von sieben Monaten, während das jetzige Verhandlungsergebnis eine Laufzeit von 15 Monaten vorsah. Die IGM-Führung versuchte, das ökonomische Ergebnis dadurch aufzuwerten, daß sie behauptete, daß diese Tarifrunde *„die weitaus politischte"* gewesen sei, *„die je in der Metallindustrie über Lohn und Gehalt geführt wurden"* (11). Den politischen Erfolg sah die IGM-Führung darin, daß die Bundesregierung nicht in die Falle der Kapitalisten getappt sei, sich öffentlich gegen die Streikbewegung zu stellen.

1973 — Spontane Streiks für Teuerungszulagen

Während des Jahres 1973 kam es noch einmal zu einer spontanen Streikbwegung in der BRD, an der sich rund 275.000 Arbeiter/innen aus mindestens 335 großen u n d kleinen Betrieben beteiligten. Die Streiks entzündeten sich an der inflationären Preisentwicklung, die durch die niedrigen Tarifabschlüsse nicht ausgeglichen wurden. *„Industrielle Schwerpunkte waren, ähnlich wie 1969, die Stahl- und metallverarbeitende Industrie und der Saarbergbau ... Ihren Ausgang nahm die Streikbewegun in der Stahlindustrie NRW's. Hier war die Unzufriedenheit mit dem stabilitätskonformen Abschluß von 8,5 % Anfang Januar besonders groß. Das zeigte sich bereits in der Urabstimmung über diesen Abschluß. Nachdem die Stahlarbeiter auf einen Streik vorbereitet worden waren, stimmten sie in der zweiten Urabstimmung mit großen Mehrheiten (52,2 %) gegen die Empfehlungen des Vorstands"* (12).

Im Mittelpunkt der Streiks standen Forderungen nach Teuerungszulagen in Form eines Pauschalbetrages (300 DM) oder einer Stundenlohnerhöhung (60 Pfennig bis 1 DM). Daneben spielten aber auch qualitative Forderungen eine Rolle. *„Von den Bandarbeitern bei Opel wurde für geleistete Sonderschichten ein Tag bezahlter Sonderurlaub und für die Schichtarbeiter bezahlte Pausen von 30 Minuten gefordert. Die ausländischen Arbeiter bei Ford streikten für eine Verlangsamung der Bandgeschwindigkeit, eine bessere Springerregelung sowie einen bezahlten Urlaub von 6 Wochen"* (12). Die Initiative zu den Streiks kam häufig von den Gruppen, die besonders unter schlechten Arbeitsbedingungen und Reallohnabbau zu leiden hatten: ausländische Arbeiter und Frauen.

Die Haltung der IGM-Führung änderte sich im Laufe der Streikbewegung. Während sie die Aktionen der

Die Haltung der IGM-Führung änderte sich im Laufe der Streikbewegung. Während sie die Aktionen der

Stahlarbeiter, die nur wenige Wochen nach Abschluß des Tarifvertrages stattfanden, als „gewerkschaftsschädigend" brandmarkte, begegnete sie den Aktionen der Metallarbeiter, die später im Sommer stattfanden, mit *„einer indifferenten Zurückhaltung"* (so Müller-Jentsch). Die IGM-Führung erklärte später, daß die spontanen Streiks des Jahres 1973 *„ausgelöst wurden ... durch die betrieblichen Arbeitsbedingungen"* sowie *„durch die Taktiken von Gesamtmetall"*. Auf jeden Fall hätten sich die spontanen Arbeitsniederlegungen nicht *„gegen die Organisation gerichtet"* (13).

Festzuhalten bleibt, daß sich wie 1969 in mehreren Betrieben, wo die Vertrauensleutekörper und Betriebsräte passiv blieben, selbstorganisierte Streikkomitees bildeten, die zum Teil sogar ohne den Betriebsrat mit den Kapitalisten verhandeln wollten (Ford/-Köln).

Die spontanen Streiks endeten schließlich mit Teilerfolgen, die sich in zahlreichen betrieblichen Sonderregelungen zwischen Management und Betriebsrat niederschlugen. *„Für den Stahlbereich handelte die IGM im Mai einen einmaligen Pauschalbetrag von 280 DM aus, die als ‚stahltypische Zuschläge' im Vorgriff auf neu zu regelnde Bestimmungen des Manteltarifvertrages gezahlt wurden. Für die Beschäftigten in der Metallverarbeitung konnte die IGM eine ähnliche Regelung über die Erhöhung des Urlaubsgeldes nicht durchsetzen"* (14).

1974 — Streik im Unterwesergebiet

Dem ursprünglichen Plan des IGM-Vorstands zufolge sollte das Unterwesergebiet 1974 Vorreiter für alle Tarif-

Fortsetzung nächste Seite

bezirke der IGM sein. Der Grund: Die Auftragslage der Werften war so gut wie nie. Doch bevor die Verhandlungen im Unterwesergebiet angefangen hatten, schloß die IGM in sechs anderen Tarifgebieten bei 11 Prozent ab (u. a. in NRW und Südwürttemberg-Hohenzollern). Damit war es mit der Vorreiterrolle des Unterwesergebietes vorbei. Nun wurden von der IGM-Führung regionale Lohnunterschiede ins Spiel gebracht, die als Begründung für einen Arbeitskampf im Unterwesergebiet herhalten mußten.

Nachdem in den Betrieben Forderungen von 20 Prozent und 200 DM für Auszubildende erhoben wurden, stellte die Große Tarifkommission eine Forerung von 18 % und für Auszubildende 140 DM mehr auf. In der Schlichtung kam dann folgender Vorschlag zustande: Anhebung der Löhne und Gehälter um 14 %,. Anhebung der Ausbildungsvergütung um 70 DM pro Lehrjahr, sowie einige weitere soziale Verbesserungen. Die Kapitalisten weigerten sich jedoch, auf der Grundlage dieses Vorschlags weiterzuverhandeln. Die IGM-Tarifkommission dagegen stimmte dem Vorschlag einstimmig zu.

In der Urabstimmung stimmten dann 88,03 % der Abstimmungsberechtigten für Streik und 5,74 % dagegen. Am fünften Streiktag kam es auf Antrag der Kapitalisten zur besonderen Schlichtung, der der IGM-Vorstand — entgegen dem Votum der Großen Tarifkommission — zustimmte. *„An der Streikfront wurde dieser Beschluß mit Unverständnis und großer Skepsis aufgenommen."* Denn *„die von der Gewerkschaftsführung selbst bestärkte Meinung war: Hinter das Ergebnis der ersten Schlichtung wird nicht zurückgegangen."* (15)

Am achten Streiktag traten die in der DAG organisierten Angestellten dem Streik bei (88,4 % für Streik). Auf einer am selben Tag stattfindenden Demonstration von rund 10.000 Metallern in Bremen Nord (die Demonstration war von Vertrauensleuten gegen den Widerstand der Ortsverwaltung durchgesetzt worden) erklärte der damalige 1. Bevollmächtigte der IGM Bremen, Arno Weinkauf: *„Über ein Angebot von 8,5 oder 11 % denken wir nicht einmal nach"* (16). Am 15. Streiktag auf einer Demonstration von 20.000 Metallern in Bremen tönte es noch radikaler. Der IGM-Bezirksleiter Otto vom Steeg: *„Wenn in der besonderen Schlichtung kein Einigungsvorschlag kommt, der von uns gebilligt werden kann, werde ich beim Vorstand der IGM beantragen, weitere Tarifgebiete in den Arbeitskampf zu führen".*

Zwei Tage später lag dann der Schlichtungsspruch und damit zugleich das Ergebnis des dreiwöchigen Streiks auf dem Tisch: Erhöhung der Löhne und Gehälter um 11 % und ab 1.1.74 und 1.4.74 jeweils 1 % mehr, Erhöhung der Ausbildungsvergütungen um 70 DM, Erhöhung des Urlaubsgeldes um 20 %, Alterssicherung für gewerbliche Arbeiter ab 55 Jahren. Das Ergebnis wird von der IGM als großer Erfolg gefeiert. Die IGM addiert die einzelnen Er-

Erhöhung des Urlaubsgeldes um 20 %, Alterssicherung für gewerbliche Arbeiter ab 55 Jahren. Das Ergebnis wird von der IGM als großer Erfolg gefeiert. Die IGM addiert die einzelnen Er-

gebnisse und kommt so zu einem „Gesamtvolumen"' von 14,85 %. Es wird behauptet, daß es zum ersten Mal gelungen sei, durch einen Streik das Ergebnis der vorausgegangenen Schlichtung, dem die Gewerkschaft bereits zugestimmt hatte, noch einmal zu verbessern.

Der Unterschied zu den Abschlüssen, die vor dem Streik in den anderen Tarifgebieten zustandegekommen waren, bestand darin, daß die gestaffelten „Nachschläge" im Unterweserbezirk auf einmal am 1.11.74 gezahlt werden sollten. Die Kollegen waren zurecht sauer, zumal, als sie die Einkommensverluste, die durch den Streik entstanden waren, mit dem Ergebnis aufrechneten.

Am Morgen der Urabstimmung fand auf der Bremer Vulkan-Werft eine Streikversammlung mit 1.500 Kollegen statt. Dort wurde das Verhalten der Streikführung schärfstens kritisiert. 500 Kollegen unterschrieben IGM-Ausschlußanträge gegen Loderer, vom Steeg und Weinkauf. Der Unmut wurde auch im Urabstimmungsergebnis deutlich: Das Verhandlungsergebnis wurde von 64 % der Abstimmenden abgelehnt. Der Kommentar des Bezirksleiters: *„Wir haben uns in der Stimmung unter unseren Mitgliedern verschätzt."*

1978 — Kampf um Rationalisierungsschutz in Baden-Württemberg

Um die Folgen der Rationalisierung für die Kollegen abzuwehren, arbeitete der IGM-Bezirk Stuttgart zusammen mit der tarifpolitischen Abteilung des IGM-Vorstands einen Tarifvertragsentwurf aus, der einen Abgruppierungsschutz sowie eine Besitzstandssicherung bei Rationalisierungsmaßnahmen zum Inhalt hatte. Im Unterschied zu vorausgegangenen Rationalisierungsschutzabkommen sollten die Abgruppierungen in ihrer Wirkung nicht zeitlich und geldmäßig gestreckt und gedämpft, sondern ganz ausgeschlossen werden. Zweitens sollte durch eine kollektive Sicherung eine Umgehungsstrategie seitens der Kapitalisten (statt Abgruppierung Kündigung und Neueinstellung in unteren Lohngruppen) stark eingeschränkt werden.

Weitere Forderungen der IGM waren die Abschaffung der „Frauenlohngruppen" eins und zwei sowie eine Lohnerhöhung von 8,5 %.

Den gewerkschaftlichen Forderungen stand ein Kapitalistenangebot von 3,5 % Lohnerhöhung sowie das Angebot einer individuellen Absicherung gegenüber (und diese auch nur zeitlich befristet). Daraufhin scheiterten die Verhandlungen und auch die sich daran anschließende Schlichtung. In der Urabstimmung erreichte die IGM ihr bestes Nachkriegsergebnis. 90,33 % der Abstimmenden sprachen sich für Streik aus. Der dreiwöchige Streik wurde allerdings auf die Verwaltungsstelle Stuttgart begrenzt, wo von rund 90.000 Metallarbeitern 80.000 in den Streik geführt wurden. Die Kapitalisten reagierten am selben Tag mit der Aussperrung von 200.000 Lohnabhängigen in 90 Betrieben. Gegen die Aussperrung protestierte der DGB mit mehreren Kundgebungen, an denen sich in Baden-Württemberg 58.000 Menschen beteiligten.

In dem schließlich ausgehandelten Tarifvertrag wurde der Grundsatz der Kapitalisten, allein eine individuelle Sicherung zuzugestehen, nur geringfügig durchbrochen. U. a. sah der Tarifvertrag eine volle Besitzstandsssicherung über 18 Monate hin vor, danach sollte die Anpassung über ein langsameres Lohnwachstum erfolgen. In den Lohnverhandlungen hatte die IGM ein Ergebnis von 5 % akzeptiert. Dazu sollte eine Pauschale von dreimal 137 DM für die zurückliegenden Monate gezahlt werden. Die Lohngruppe 2 sollte weiter bestehen bleiben.

In einer vom Nachrichten-Verlag herausgegebenen Streikauswertung heißt es zur Stimmung unter den Kolleg(inn)en: Als das Ergebnis bekanntgegeben wurde, *„gab es eine spontane Welle des Protestes vor den Werkstoren vieler Betriebe unter den Streikposten, die sich auch in einer in Stuttgart einberufenen Streikpostenversammlung und in Funktionärsversammlungen ... artikulierte. Immer wieder wurde erklärt ..., daß eine sechs vor dem Komma erwartet worden war ... Am Abgruppierungsvertrag wurde kritisiert, daß nun doch Abgruppierungen, wenn auch verzögert, möglich seien ... unter den Frauen in den elektrotechnischen Betrieben löste das Weiterbestehen der Lohngruppe 2 große Verärgerung aus"* (17). In der Urabstimmung wurde das Ergebnis von 35,5 % der Stimmberechtigten abgelehnt. In Ludwigsburg und Reutlingen lag die Ablehnungsquote sogar bei 55 bzw. 60

rung aus" (17). In der Urabstimmung wurde das Ergebnis von 35,5 % der Stimmberechtigten abgelehnt. In Ludwigsburg und Reutlingen lag die Ablehnungsquote sogar bei 55 bzw. 60

Prozent.

1978 — Stahlstreik: Kein Einstieg in die 35-Stunden-Woche

Vor dem Hintergrund einer tiefgehenden Strukturkrise kam es 1978 in der Stahlindustrie das erste Mal in der Geschichte der BRD zu einem Streik für Arbeitszeitverkürzung (allein zwischen 1974 und 1978 war dort die Beschäftigtenzahl um 44.000 Kollegen gesenkt worden). Nachdem die Forderung nach der 35-Stunden-Woche 1977 auf dem Gewerkschaftstag der IGM gegen den Willen des Vorstandes durchgesetzt worden war, bot die Kündbarkeit des Manteltarifvertrages der Stahlindustrie zum 30.6.78 nun die Möglichkeit, die Forderung nach der 35-Stunden-Woche in die konkrete Tarifauseinandersetzung mit einzubeziehen.

Der Arbeitgeberverband zeigte gegenüber der Gewerkschaftsforderung keinerlei Gesprächsbereitschaft. Der „Tabu-Katalog" der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände lehnte jede Unterschreitung der 40-Stunden-Woche ab. Gegenüber dieser harten Haltung seitens der Kapitalisten legte die IGM eine recht defensive Taktik an den Tag. Sie betonte, daß sie die 35-Stunden-Woche nur für die Stahlindustrie wolle — in der Metallindustrie forderte sie eine Urlaubsverlängerung. Außerdem erklärte sie sich bereit, *„sich eine anständige Arbeitszeitverkürzung auch etwas kosten zu lassen"* (18).

Die Kapitalisten ihrerseits signalisierten Entgegenkommen in einer möglichen Verlängerung des Urlaubs. Gleichzeitig bereiteten sie sich durch Vorziehen der Produktion auf einen etwaigen Streik vor. Schließlich erklärten sie Anfang November 1978 das Scheitern der Verhandlungen und setzten die IGM damit unter Zugzwang. Der IGM, die bis dahin kaum mobilisiert hatte, gelang es innerhalb kurzer Zeit, ihre Mitgliedschaft zu mobilisieren. Dies drückte sich zum einen in der hohen Teilnehmerzahl (120.000) an den Kundgebungen am 17. November aus, zum anderen in der in der Urabstimmung geäußerten Zustimmung zum Streik (87 %).

Am 28. November begann der Streik. Insgesamt 40.000 Kollegen wurden in die Streikfront mit einbezogen. Die Kapitalisten sperrten in acht bestreikten Betrieben aus. Zusätzlich wurden noch 30.000 Kollegen in nichtbestreikten Betrieben ausgesperrt. Der Kampf gegen die Aussperrung wurde von Kolleg(inn)en mehrerer anderer Gewerkschaften massiv unterstützt. An den zentralen Demonstrationen, die zum Teil während der Arbeitszeit stattfanden, beteiligten sich 145.000 Menschen. Die Kapitalisten schlugen den SPD-Arbeitsminister Farthmann (Gegner der 35-Stunden-Woche) als politischen Schlichter vor. Unter seiner Führung bildete sich Mitte Dezember eine Kompromißlinie heraus, die eine Freischichtregelung nur für Nachtschichtler als *„nachvollziehbare Verkürzung der Wochenarbeitszeit"* (Streiknachrichten der IGM, 18.12.) vorsah.

Um einen faulen Kompromiß zu verhindern, mobilisierten die Streikleitungen von Thyssen, Mannesmann und Hoesch zur Tarifkommissionssitzung am 20.12.78. 600 Kollegen waren dem Aufruf gefolgt. Angesichts des Drucks beschloß die Tarifkommission, das Verhandlungsergebnis abzulehnen. Erst auf der Sitzung am 2.1.79 schaffte der IGM-Vorstand den Durchbruch gegen die betriebliche Streikfront. Als das Ergebnis der Tarifkommissionssitzung (Annahme des Farthmann-Kompromisses) vor dem Sitzungssaal bekannt wurde, *„machte sich eine ungeheure Empörung breit. Es kam zu spontanen Mißfallenskundgebungen. Herb, Loderer und einzelne Tarifkommissionsmitglieder wurden in Diskussionen verwickelt"* (19). Der Kompromiß sah so aus:

— Lohnerhöhung von 4 % bei einer Laufzeit von 15 Monaten,
— stufenweise Verlängerung des Urlaubs auf 6 Wochen bis 1982
— Verringerung der Arbeitszeit für Nachtschichtler um vier Freischichten 1979 und zwei weitere 1981,
— Verringerung der Arbeitszeit der über 50jährigen um drei freie Tage bis 1981.
— Festlegung einer 40-stündigen Wochenarbeitszeit bis 1983.

Zur Tarifkommissionssitzung am 4.1.79 mobilisierten die Streikleitungen für einen *„Trauermarsch zur Beerdigung der 35-Stunden-Woche".* Vom IGM-Vorstand wurden sie daraufhin als Mitglieder von K-Gruppen u. ä. beschimpft.

Am 6./7.1.79 war der Kompromiß unter Dach und Fach. Vor der nun folgenden Urabstimmung tat die zentrale Streikleitung noch alles, um den Streik zu beenden, bevor er Auswirkungen

Am 6./7.1.79 war der Kompromiß unter Dach und Fach. Vor der nun folgenden Urabstimmung tat die zentrale Streikleitung noch alles, um den Streik zu beenden, bevor er Auswirkungen

auf andere Branchen, vor allem die Automobilindustrie, haben konnte. Während die Urabstimmung vorbereitet wurde, begannen in einigen Betrieben bereits die Vorbereitungen, um am 12.1. mit Volldampf wieder produzieren zu können.

Die betrieblichen Streikleitungen riefen zur Urabstimmung öffentlich auf, mit „Nein" zu stimmen. Dieser Aufruf wurde von 45,53 % der Abstimmenden befolgt. Bei Mannesmann stimmten sogar 67,2 % mit „Nein".

Nach dem Streik ging die Diskussion weiter. Einzelne Vertrauensleutekörper forderten die Ablösung führender Gewerkschafter, eine Änderung der Zusammensetzung der Tarifkommission, die Öffentlichkeit ihrer Sitzungen, Satzungsänderungen mit dem Ziel veränderter Bestimmungen über die notwendigen Mehrheiten bei Urabstimmungen sowie die Umwandlung der Funktion des Bezirksleiters in ein Wahlmandat.

B & G-Kommission

Quellen

1a Die blinde Macht, Theo Pirker, Verlag Olle & Wolter, 1979, Band 1, S. 227
1b „Sozialistische Korrespondenz Südbayern", herausgegeben von einer AG des SB, Sondernummer 1974
2 Die blinde Macht, Band 2, Seite 108
3 ebenda, Seite 221
4 Unser Weg Sondernummer, Herausgeber KB, Der Metallarbeiterstreik in Schleswig-Holstein 1956/57, S. 1
5 Unser Weg, Nr. 15, S. 14
6 Otto Jacobi, Streik der Chemiearbeiter, in Kritisches Gewerkschaftsjahrbuch 1974, Fischer-Verlag, S. 29
7 Eberhardt Schmidt, Ordnungsfaktor oder Gegenmacht, Suhrkamp-Verlag 1978, S. 114
8 ebenda, S. 150
9 Der Gewerkschafter, IGM-Monatszeitschrift für Funktionäre, 2/70, Sonderdruck 2 a, zit. n. E. Schmidt, S. 154
10 Walter Müller-Jentsch, Der Arbeitskampf in der Metallindustrie 1971, Kritisches Gewerkschaftsjahrbuch 1972, Fischer-Verlag, S. 17
11 Unser Weg, Nr. 15, Seite 8
12 W.M.-Jentsch, Die spontane Streikbewegung 1973, in Kritisches Gewerkschaftsjahrbuch 1973, S. 46
13 ebenda, S. 50
14 ebenda, S. 48
15 Dieter Eissegg, Der Streik im Unterwesergebiet 1974, in Kritisches Gewerkschaftsjahrbuch 1974, S. 117
16 ebenda, S. 120
17 Streik und Aussperrung 1978, Nachrichten-Verlag, 1978, S. 66
18 Helmut Martens, Der Streik um die 35-Stunden-Woche in der Stahlindustrie, in Kritisches Gewerkschaftsjahrbuch 79/80, Rotbuchverlag, S. 12
19 Streikwinter, Dokumentation des Revier-Verlags, S. 41

Betriebsrat und engagiert im Umweltschutz —

Wie geht das zusammen ?

Interview mit dem Lufthansa-Betriebsrat Bernd Niklas

Bernd Niklas ist Betriebsrat bei der Lufthansa in Hamburg (7000 Beschäftigte). Die „Betriebliche Liste", der er angehört, errang bei den Wahlen einen großen Erfolg: Fünf Sitze (ein Drittel) bei den Arbeitern und zwei von 14 bei den Angestellten (s.a. AK 246, S. 4). Niklas ist seit 1979 aus der ÖTV ausgeschlossen, weil er auf der Liste der „Informativen" kandidiert hat. Er arbeitet in der Hamburger GAL mit.

Bernd, du warst krebskrank und frühverrentet als Folge des Umgangs mit giftigen Stoffen am Arbeitsplatz. Mittlerweile gilst du als geheilt und arbeitest seit vier Monaten wieder bei der Lufthansa. Welche Rolle hat der Kampf für Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz in eurer betrieblichen Arbeit gespielt?

Du sagst „geheilt", es wäre für mich einfacher, wenn es so wäre. Als „geheilt" gilt jemand, der die statistische Fünfjahresmarke überlebt, und sei es nur um einen Tag. Ich wage dies nach einem Rückfall im letzten Jahr nicht zu beantworten. Um langfristig nicht in die Sozialhilfe abzurutschen — durch Verlust meines Arbeitsplatzes — habe ich vor der Betriebsratswahl meine Tätigkeit als Flugzeugmechniker wieder aufgenommen.

Zu deiner Frage: Meine Krebserkrankung bzw. die von einigen meiner Kollegen mit zum Teil tödlichen Ausgang als Folge des Umgangs mit cancerogenen (krebserregenden) Arbeits-

Zu deiner Frage: Meine Krebserkrankung bzw. die von einigen meiner Kollegen mit zum Teil tödlichen Ausgang als Folge des Umgangs mit cancerogenen (krebserregenden) Arbeits-

stoffen ist für uns kaum beweisbar. Bislang wird danach innerbetrieblich nicht geforscht, geschweige denn solche Erkrankung als Berufserkrankung anerkannt.

Vorbeugender Gesundheitsschutz bezogen auf gesundheits- und umweltgefährdende Stoffe spielt in den meisten Betrieben fast gar keine Rolle. Nach wie vor überwiegt der traditionelle Unfallschutz. Blut, das fließt, ist erfahrbarer und löst dann sogar mal direkte „Aktionen" aus. Das ist bei nicht direkt wahrnehmbarer Gefährdung eben anders. Die Latenzzeit bei Krebs liegt beispielsweise bei 10, 15 Jahren und länger. Ein Wust von „anerkannten" — wissenschaftlichen — Meßwerten, undurchschaubaren Gesetzen und Verordnungen, fehlende Informationen sowie der angebliche Sachverstand von Betriebsärzten, Sicherheitsingenieuren und Vorgesetzten tun das ihre, diese Art der Gesundheitsgefährdung weiter im Dunkeln zu belassen.

Genau hier lag in der Zeit vor meiner Erkrankung ein Ansatzpunkt meiner Arbeit als Betriebsrat im „Schadstoffbereich" der Flugzeugüberholung (mit ca. 800 Kollegen). Für unsere Betriebsgruppe kann ich sagen, daß bis zur Aufdeckung der Grundwasserverseuchung durch die Lufthansa dies einen „Nebenkriegsschauplatz" darstellte, seitdem aber immer mehr Bedeutung bekam und zukünftig neben der Einführung neuer Technologien einer der Arbeitsschwerpunkte sein wird.

Habt ihr erreicht, daß ein es verändertes Bewußtsein darüber bei den Kollegen gibt, konnten Forderungen oder sogar Verbesserungen durchgesetzt werden?

Unsere innerbetrieblichen Möglichkeiten allein sind da beschränkt. Wichtig für unsere Arbeit ist die parallel zur eigenen Aufklärungsarbeit geführte gesamtgesellschaftliche Auseinandersetzung um Umwelt- und Gesundheitsschutz. Waldsterben und Pseudo-Krupp bei Kindern, Dioxin-Giftmüll in Georgswerder und die Herstellung bei Boehringer, Grundwasserverseuchung durch die Lufthansa und Trinkwasserkontamination ermöglichen uns so etwas wie eine Synthese von „Drinnen und Draußen". Bislang ist es aber eher noch so, daß die Katastrophenmeldungen aus „Bild", „Abendblatt", „Morgenpost" oder dem Fernsehen zwar auch im Betrieb diskutiert, aber nicht in Bezug zum eigenen Arbeitsplatz gestellt werden. Dies haben wir uns zur Aufgabe gestellt.

An die 1000 verschiedene Gase, Gifte, Öle, Dämpfe, Nebel, Stäube etc. in unterschiedlicher Konsistenz und Konzentration stellen eine kaum bekannte Gefahr für die Kollegen bei der Lufthansa dar. Schon seit über zehn Jahren arbeite ich in der Flugzeugüberholung (ärztlicher Terminus: „Schadstoffbereich") und erkenne erst nach und nach, welche katastrophalen Zustände dort herrschen. In sieben Docks wer-

arbeite ich in der Flugzeugüberholung (ärztlicher Terminus: „Schadstoffbereich") und erkenne erst nach und nach, welche katastrophalen Zustände dort herrschen. In sieben Docks wer-

den Flugzeuge abgebeizt und mehrfach ganzlackiert. Ohne Be- und Enflüftung der Hallen — von einer Ausnahme abgesehen — werden krebserzeugende Lackinhaltsstoffe tonnenweise versprüht. Hunderte von Kilogramm krebserregender Substanzen werden aufgewirbelt, inhaliert und wirken auf verschiedene Art und Weise auf uns ein. Obwohl die Stoffe seit 1975 im Einsatz sind, wurden die Gefahren verniedlicht und die Betroffenen erst jetzt nach und nach informiert.

Es ist schon absurd: Alle diese Stoffe werden gründlich im Labor auf ihre optimale Flugzeugsprich Materialverträglichkeit untersucht. Nach Lackierarbeit dürfen die Hallentore zur Be- und Entlüftung nicht geöffnet werden, da sonst der firsche Lack „ermatten" und „zusammenbrechen" würde, Zugluft darf es nicht geben, Luftfeuchtigkeit und Temperatur müssen stimmen. Nur, wo bleibt die vergleichsweise intensive Untersuchung der Verträglichkeit für die damit arbeitenden Menschen? Hat mal ein Kollege überhöhte Leberwerte, ermahnt ihn der Betriebsarzt, nicht zu viel Alkohol zu trinken.

Fortsetzung nächste Seite

Ansonsten warnen Geschäfts- und Abteilungsleiter vor „Panikmache"...

Als Erfolge verbuchen die betroffenen Kollegenmehrere Diskussionsrunden während der Arbeitszeit, gemeinsamer Gang zum Betriebsrat, Entfernung vom Arbeitsplatz mit der Folge einer Vereinbarung, daß wenn Mitarbeiter sich „belästigt" fühlen, sie ihren Arbeitsplatz verlassen dürfen. Für diese Zeit müssen sie „falschen Arbeitsablauf" anstempeln. Unsere Forderungen gehen weiter und werden diskutiert: sofortiger Bau einer isolierten umweltfreundlichen Flugzeug-Spritzhalle, vorbeugender Gesundheitsschutz, Abschaffung bzw. „Isolierung" krebserzeugender Arbeitsstoffe, Arbeitsverbot bei bestimmten Gefährdungen, Aufklärung über Arbeitsstoffe und ihre Gefahren, Entsorgung dieser Stoffe, um nur einige zu nennen.

Als Betriebsräte habt ihr euch auch um den Umweltschutz gekümmert. So warst z.B. du sehr aktiv — über deine Arbeit in der GAL — an der Aufdeckung der Gewässerverunreinigung mit Schadstoffen(Kerosin, Flugzeughydrauliköl etc.)durch die Lufthansa beteiligt. Wie wurde dies im Betrieb aufgenommen?

Zwischen Aufdeckung und Bekanntwerden des gigantischen Grundwasserschadens und der Betriebsratswahl ist etwas über ein Jahr vergangen. Die Information über die Vorgänge kam im Betrieb nur „verdünnt" über die Medien an. Die Reaktionen waren unterschiedlich. Neben „schon nicht so schlimm" oder gar, wieso betätigt sich ein Betriebsrat als Nestbeschmutzer gegen die „eigene Firma"?, gab es auch Meinungen wie „unfaßbar" und viele Informationen, Anrufe, sich nicht einschüchtern zu lassen. Auch ein wenig Respekt und so etwas wie „Schuldgefühl" gegenüber einem krebskranken Kollegen, der gegen die Lufthans auftritt und bei der Anhörung auf der Luftwerft sich von den (gelenkten) Experten nicht so ohne weiteres einschüchtern läßt.

Am wichtigsten aber scheint mir der Bezug der Umweltgefährdung durch die Lufthansa zum eigenen Betrieb und die Erkenntnis, daß die Stoffe im Grundwasser die gleichen sind, mit denen wir täglich in Berührung kommen. Die Gefahr der Verseuchung von Abermillionen Liter Trinkwassers hat bei vielen Betroffenheit ausgelöst.

Wie seid ihr denn mit dem Argument, euer außerbetriebliches Engagement könne Arbeitsplätze bei der Lufthansa gefährden umgegangen?

Dies hat bislang bei uns keine entscheidende Rolle gespielt. Grund dürften die besonderen Bedingungen bei der Lufthansa sein, die sich frühzeitig als Verursacher bekannt hat, um die 'Angelegenheit' möglichst geräuschlos über die Bühne zu bringen. Die Lufthansa hat noch genügend finanziellen Spielraum, so daß im konkreten Fall

die besonderen Bedingungen bei der Lufthansa sein, die sich frühzeitig als Verursacher bekannt hat, um die 'Angelegenheit' möglichst geräuschlos über die Bühne zu bringen. Die Lufthansa hat noch genügend finanziellen Spielraum, so daß im konkreten Fall

die Sanierung keine Arbeitsplätze kostet, sondern sogar hochwertige Arbeitsplätze schaffen und erhalten kann.

Ansonsten funktioniert auch hier das übliche Spiel: Gegenüber dem Hamburger Senat und zu harten Sanierungsauflagen hat man immer noch das Erpressungsmittel, potenter Steuerzahler zu sein, in der Hand und kann im Notfall schon mal mit Verlagerungsgedanken nach Frankfurt spielen. Ein Vorstandsvorsitzender wie Ruhnau, Ex-Gewerkschafter, Ex-Innensenator, Ex-Staatssekretär im Verkehrsministerium, kennt die „Spielarten" in dem politischen Geschäft genauestens — er war ja selbst einmal politischer „Ansprechpartner".

Man kann natürlich nicht von uns als Betriebsräten erwarten, daß wir die Quadratur des Kreises schaffen, eine Totalsanierung der Lufthansa durchzusetzen. Dies ernsthaft zu Ende gedacht hätte Abriß der Flugzeughallen und Produktionsverlagerung zur Folge. Da ist es dann für die kein Problem nachzuweisen, daß dies betriebswirtschaftlich nicht finanzierbar und aufs Produkt abwälzbar ist. Bislang ist es immer noch so, daß die sozialen Folgekosen einer solchen Art des Produzierens gesamtgesellschaftlich kaum eine Rechungungsgröße darstellen, betriebswirtschaftlich ist dieses Problem ja auch nicht lösbar. Da zählen Markt und Wettbewerb. Man kann aber versuchen, dem Problem näherzukommen.

Ich habe mich z.B. als GAL-Vertreter im Sonderausschuß Untergrundverseuchung Lufthansa im Bezirk Hamburg Nord gegen die ansonsten so unternehmerfreundliche Parteien CDU und SPD gestellt, die wortradikal die Nulleinleitung von Schadstoffen für die Siele auf der Luft-Werft forderten (wohlwissend, daß bei existierendem politischen Zentralismus in unserer Stadt man im Bezirk viel ohne jede Folgen fordern kann). Ich stimmte dagegen, weil dies zur Zeit technisch nicht realisierbar ist und die sofortige Schließung der Luftwerft nach sich ziehen müßte. Stattdessen habe ich einen Stufenplan zur Sanierung gefordert und einen Beschluß, der alle Sieleinleiter — Betriebe und die Stadt — miteinbezieht, also eine gesamtpolitische Lösung für Hamburg.

Dennoch waren gerade wird es, die von Ruhnau auf einer Betriebsversammlung als weltfremde Spinner im grünen Mäntelchen und Gefährder der Lufthansa angegriffen wurden. Immerhin besteht ja für mich die Möglichkeit, mein außerbetriebliches Engagement auch im Betrieb zu erläutern (Zwischenruf des Betriebsratsvorsitzenden: „Keine Parteipolitik") und deutlich zu machen, daß GAL-Politik und Arbeitnehmerinteressen kein Gegensatz sind.

Diskussionen auf Betriebs- und Abteilungsversammlungen, direkte Gespräche mit den Kollegen, von denen viele privat als Kleingärtner betroffen sind, knacken zwar diesen in unserem System kaum lösbaren Arbeitsplatzkonflikt nicht, sie schaffen aber eine stärkere Öffnung für Argumente für ein menschenwürdiges Arbeiten und Leben.



Bernd Niklas während der Blockade der Chemiefabrik Boehringer

Ganz offensichtlich hat euch euer Engagement bei diesen Wahlen nicht geschadet. Worauf führst du das zurück? Immerhin ist z.B. beim Bremer Vulkan die Betriebsratsarbeit und Aufklärung gegen die Astbestose und die Ablehnung von Arbeiten am Asbestschiff „United States" von den Kollegen nicht akzepiert worden.

Die Arbeitsplatzangst auf den Werften ist so ohne weiteres auf die Lufthansa nicht übertragbar. Trotz enormer Rationalisierung und Produktivitätssteigerung bis zu 9 % wird nach wie vor — wenn auch begrenzt — neu eingestellt. Für 1984 hat der Vorstand den Mitarbeitern eine „Ergebnisbeteiligung" in Aussicht gestellt. Die Lufthansa hat die modernste Flotte im Weltluftverkehr und kann es sich finanziell sogar leisten, 50 Millionen DM für die Grundwassersanierung aufzubringen. Selbst unsere Forderung nach neuer Spritzhalle, die gegenbenenfalls eine längere Liegezeit für Flugzeuge bedeutet, ist bislang noch nicht als zu kostspielig zurückgewiesen worden.

Spielt dabei möglicherweise eine Rolle, daß die Vulkan-Leute trotz guter Aufklärungsarbeit über die Gesundheitsschäden Massenentlassungen nicht verhindern konnten? Gibt es da bei euch eine andere Problematik?

Ich glaube, auch bei uns würde es ganz anders aussehen, mit einer Arbeitsplatzangst wie bei HDW im Rücken über ein 'Todeskommando' wie die Arbeit auf einem Asbestschiff entscheiden zu müssen. Solche Niederlagen wie die beim Vulkan sollte man nicht überbewerten, ich glaube im Gegenteil, daß wir auch als Betriebsrat die Pflicht haben, der Problematik von Gesundheitsgefahr und Umweltschutz nicht auszuweichen. Das Phänomen, daß bei der Sorge um den Arbeitsplatz der Spatz in der Hand mehr gilt, als die Taube auf dem Dach, ist ja nicht neu. Bei Arbeitsplatzgefahr sinkt bekanntlich die Krankenrate, werden — da Leistung gefordert ist — Arbeitssicherheitsvorschriften außer acht gelassen. Bezogen auf Krebserkrankungenwie etwa beim Astbestschiff, kenne ich auch die fatale Haltung, die da meint, 'warum soll es gerade mich erwischen — und bis dahin sind's noch 15 Jahre, sterben müssen wir alle mal'.

Einge von euch haben am GAL-Verkehrsprogramm mitgearbeitet. U.a. wird da gefordert, den Inlandsflugverkehr zugunsten alternativer Reisemöglichkeiten auf der Schiene zu reduzieren. Das verstößt aber doch gegen elementare Unternehmensinteressen. Bekommt ihr damit Probleme?

Wenn bestimmte Forderungen im GAL-Programm stehen, so heißt das noch lange nicht, zumindest zur Zeit, daß sich auf Betriebsversammlungen große Redeschlachten um alternative Verkehrskonzepte abspielen. Einiges zum Hintergund dieser Forderung. Der Widerspruch, der Lufthansa Treibstoff steuerfrei zu gewähren und den Konkurrenten Bahn mit Milliarden DM zu subventionieren, hat auch schon der SPD/FDP-Koalition gedämmert. Wohl unter dem Druck, die Steuerbefreiung entzogen zu bekommen, hat die Lufthans in Zusammenarbeit mit dem Forschungsministerium ein Pilotprojekt Lufthansa und Bahn auf der Strecke Düsseldorf-Köln-Frankfurt mitgetragen. Da fährt nun zu bestimmten Zeiten ein Zug in den Farben der Lufthansa, mit LH-Stewardessen — subventioniert, versteht sich. Ich glaube, daß dies nur eine präventive Offensive ist, um das Projekt zu gegebener Zeit sang- und klanglos einzustellen.

Festzustellen bleibt, daß der gegenüber dem Inlandflugverkehr kostengünstigere Schnellschienenverkehr insgesamt trotz Neubautrasse auch ökologisch sinnvoller ist. Die Schnellzugstrecke Paris-Lyon ist beispielsweise ein ernstzunehmender Konkurrent gegen die Air France, deren Fluggastráte total abgesunken ist. Der wirtschaftliche und ökologische Widersinn, die Startbahn West zu bauen, Köln-Wahn als überflüssigen Flughafen neben Düsseldorf zu finanzieren, einen neuen Riesenflughafen ins Erdinger Moos bei München zu stampfen — der gigantische Energieverbrauch pro transportierter Tonne/Kilometer, die massive Umweltgefährdung durch Großflughäfen (photochemischer Smog) und gleichzeitig die Bahn milliardenschwer zu subventionieren, dieser Widersinn wird mittlerweile von vielen Kollegen gesehen. Was fehlt ist eine innergewerkschaftliche Auseinandersetzung in der ÖTV zu diesem Thema. Zur Grundwasserverseuchung z.B. schwieg die ÖTV und kam nicht gleich mit dem Arbeitsplatzhammer. Ob sich da ein Umdenken vollzieht, wage ich nicht zu sagen. Immerhin haben wir seit einiger Zeit in Hamburg die günstige Situation, über die GAL auch mal Forderungen des DGB und der Einzelgewerkschaften gegen den SPD-Regierungsblock zu vertreten.

Im gleichen GAL-Programm wird die Flughafenerweiterung und das Abholzen der Niendorfer Bäume für diesen Zweck abgelehnt...

...ja, diese Maßnahme wurde damals mit der Gefahr begründet, Hamburg-Fuhlsbüttel könne zum „Provinzflughafen" werden, vorgetragen von Vorstand und Betriebsräten gleichermaßen. Lothar Gentzsch und ich — beide Betriebsräte der „Informativen" — haben damals in einem öffentlichen Flugblatt als Betriebsräte gegen diese Argumentation und für die Bäume Stellung bezogen. Wir wollten damit auch dem Einspannen des Betriebsrates für solcherart Arbeitsplatzargumentation entgegenwirken.

Innerbetrieblich lief das gar nicht so lautstark ab. Viele Kollegen sahen realistisch, daß Starts und Landungen und das Passagieraufkommen entgegen den Prognosen weiter abnahmen, daß das Ausbleiben einiger Air Lines nichts mit dem zu kleinen Flughafen zu tun hatte, sondern aus wirtschaftlichen Gründen erfolgte und daß ansonsten trotz dem lauten Wehklagen der Hamburger Flughafen weiter problemlos angeflogen wurde. Unser weiteres Zusammenarbeiten mit der Bürgerbewegung gegen dieses Abholzen ging dann in dem Maße zu Ende, wie auf dem langen Weg durch die Instanzen und dem Kompromiß, gekappte Bäume durch aufwendige Neuanpflanzungen zu ersetzen, diese Bewegung aufhörte zu existieren.

Interessant für mich, daß parallel zu diesem Vorgang sich nahezu geräuschlos die Rationalisierung der Abfertigungsverfahren am Flughafen vollzog, ohne daß auch nur ein annähernd lautstarker Arbeitsplatzprotest zu vernehmen war.

Neuer Arbeitsplatz-Konflikt dürfte aufkommen mit unserem einstimmig in der Bezirksversammlung angenommenen GAL-Antrag, ein gesamtökologisches Gutachten über den Hamburger Flughafen und die Randbereiche zu erstellen. Kommt dabei unsere Forderung nach einem Flughafen-Überwachungsprogramm in die Diskussion, wird natürlich wieder die Frage nach den Kosten gestellt werden. Selbstverständlich verstößt auch das gegen die Lufthansa-Unternehmensinteressen, wie sie immer wieder vorgeschoben werden. Ich meine aber, daß wir hier als Betriebsräte und Gewerkschafter gefordert sind, in die Offensive zu gehen und solche Probleme zu „besetzen".

Welche Rolle spielt bei eurem Wahl-Erfolg der Stand innerbetrieblicher Interessenvertretung, warum könnt ihr — obwohl ja fast alle ÖTV-Mitglieder — mit der ÖTV nur begrenzt zusammenarbeiten und kandidiert auf einer eigenen Liste?

Die Interessenvertretung wird uns, muß ich sagen, noch relativ leicht gemacht. Trotz personeller Veränderungen in den letzten vierzehn Jahren ist die ÖTV-Betriebsratsmehrheit konservativ geblieben. Viel Wert wird auf Fraktionszwang gelegt. Sozialdemokratische Verflechtungen vom Betriebsratsvorsitzenden bis zum Arbeitsdirektor und Vorstandsvorsitzenden Ruhnau bestimmen den sozialpartnerschaftlichen Ablauf im Betrieb. Die Einführung neuer Technologien stößt von der Mehrheitsseite kaum auf Kritik, andere Auffassungen wurden mit Ausnahme einer Hauptabteilung nach und auch ausgegrenzt.

Der Erfolg unserer Liste liegt wohl hauptsächlich in der tagtäglichen Kleinarbeit und im Vertrauensverhältnis zu den Kollegen vor Ort, im Unterschied z.B. zu den zum Teil langjährig freigestellten Betriebsräten. Für viele von uns war es eine Erfahrung, mit wichtigen Anliegen in der Konsequenz vom „harten SPD-ÖTV-Betriebsratsblock immer wieder abgebügelt zu werden.

In der Vergangenheit wurde sogar eine Schmiergeld-Affäre eines Betriebsratsvorsitzenden (1000 DM) bis zum Schluß gedeckt, ebenso wie das Verfahren des neuen Vorsitzenden, einem Bekannten bei einer externen Stellenbesetzung einen Vorteil zu verschaffen. Unsere Veröffentlichung löste im Betrieb Empörung aus, wurde von der ÖTV-Mehrheit durch Schweigen gedeckt. Solche Vorgänge haben uns sicher einige Proteststimmen unter den tausend für unsere Liste abgegebenen gebracht. Viele treue ÖTV-Mitglieder sind auch sauer, daß die ÖTV-Lufthansa vor der BR-Wahl keine Forderung zum Mantel-und Lohn- und Gehaltstarifvertrag aufgestellt hat, obwohl diese im Dezember '83 bzw. am 31.1.84 ausgelaufen sind. Neben Zustimmung zu unserer Arbeit und gutem Bekanntheitsgrad im Betrieb bekommen wir auch Proteststimmen wie die, daß man eine gesunde Opposition im BR braucht. Für uns zu Buche geschlagen hat auch, daß einige von uns von der ÖTV-Liste abgeschoben wurden.

Die vor der Wahl erfolgte Ankündigung von Funktionsverboten hat uns dazu veranlaßt, möglichst wenig ÖTV-Vertrauensleute auf die Liste zu setzen, weil wir deren Mandat nicht gefährden wollten und parallell in der ÖTV arbeiten wollten. Schließlich wollen wir in der Gewerkschaft arbeiten, nur eben etwas anders, als dies bislang läuft. Ich selbst bin 1979 ausgeschlossen worden. Nachdem man mich 1975 trotz Nominierung durch die Bereichsvertrauensleute ans Ende der Liste schob, nach offener Kritik an der Mitbestimmung, Verteilen eigener Erklärungen und Infos sowie der Kandidatur auf einer offenen Liste erfolgte dann dieser Ausschluß.

Wie wird es zukünftig laufen, respektiert die ÖTV euren Erfolg?

Die ÖTV gab dieses Jahr keine Erfolgsmeldungen zur Wahl heraus. Offensichtlich kam unser Erfolg trotz der Resonanz auf den Skandal um den Betriebsratsvorsitzenden für sie überra-

Wie wird es zukünftig laufen, respektiert die ÖTV euren Erfolg?

Die ÖTV gab dieses Jahr keine Erfolgsmeldungen zur Wahl heraus. Offensichtlich kam unser Erfolg trotz der Resonanz auf den Skandal um den Betriebsratsvorsitzenden für sie überra-

schend. Man hat uns gegenüber eine härtere Gangart in Betrieb und Gewerkschaft angekündigt.

Ist mit weiteren Disziplinierungen zu rechnen oder bahnt sich eine Änderung in Richtung Zusammenarbeit an?

Die ÖTV-Fraktion im Betriebsrat hat sich bis auf eine Ausnahme um den alten Betriebsratsvorsitzenden zusammengeschlossen. Unter der Devise, der Angriff gegen ihn sei gegen die Arbeitnehmerorganisation ÖTV gerichtet — die „Grünen" haben zum Angriff geblasen — ist Schulterschluß angesagt. Einstimmige Wiederwahl des BR-Vorsitzenden durch die ÖTV-Liste war, so hieß es jetzt, notwendig angesichts der harten 35-Stundenwochen-Auseinandersetzung. Von diesem faktischen Fraktionszwang betroffen war der einzige Kritiker der Liste, der sich enthalten wollte und sich deshalb den Vorwurf der Gewerkschaftsschädigung einhandelte.

Eine eilends einberufene Sitzung der Vertrauensleuteleitung beschloß mit 4 gegen 3 Stimmen, unseren ÖTV-Vertrauensleuten das Mandat auf einer VL-Vollversammlung abzuerkennen, sie gewerkschaftlich zu isolieren und bei Gewerkschaftsversammmlungen vor die Tür zu setzen. Die Konfrontation scheint sich zu verschärfen, die haben wenig dazugelernt.

Auch im Betriebsrat bahnt sich keine Änderung an. Wir sind zwar in die Ausschußarbeit mit einer Person pro Ausschuß integriert, aber Geschäftordnungsänderungen von uns wurden genauso abgelehnt wie die Forderung, anteilig an den Freistellungen beteiligt zu werden. Ohne Diskussion, wie leider nicht anders zu erwarten.

Wir werden um so mehr unsere Arbeit auf die anstehenden inhaltlichen Schwerpunkte konzentrieren.

Bernd, vielen Dank für das Gespräch.

Wer die Macht hat, hat das Recht

Der Prozeß gegen Peter Jürgen Boock

Dreimal lebenslänglich Knast und fünfzehn Jahre obendrauf: das macht sprach- und hilflos. Dieser Staat zeigt Flagge: wer in die Fänge seiner Justiz gerät, hat mit dem Schlimmsten zu rechnen. Es sei denn, er ist Nazi, Spekulant, Bankier oder ähnliches bzw. Kronzeuge.
Die vor und während des Verfahrens gegen Boock immer wieder erhobene Forderung nach einem ,,fairen Verfahren'' schließt das Geständnis ein, daß alle bisherigen ,,Terroristen''-Prozesse das genau nicht waren. Sie werden es auch nicht sein. Verfahren und Urteil gegen Peter Jürgen Boock haben bewiesen und s o l l t e n beweisen, daß dieser Staat Abrechnung und Rache praktiziert. Da hilft kein ‚Aussteigen', keine Distanzierung, kein Abschwören, keine politische Kritik und kein Öffentlichmachen von Internas struktureller Art. Nur Kronzeugen sind gefragt, nur die totale Komplizenschaft mit Staat und Justiz, der Pakt mit der Bundesanwaltschaft.
***,,Allerdings kann ich heute und nach all den hier gemachten Erfahrungen alle, die es mir nachtun wollen, nur warnen. Verlaßt euch nicht darauf, daß ihr von dieser Justiz nur für das belangt werdet was ihr auch wirklich getan habt''*,sagt Peter Jürgen Boock in seinem Schlußwort. Er hat auf schreckliche Weise recht.**



Peter Jürgen Boock

Daß von einem ,,fairen Verfahren'' keine Rede sein konnte, zeigte sich schon an der Bestimmung von Stammheim als Prozeßort. Rebmanns Vorstellungen wurden realisiert. *,,Für viele Menschen und auch für mich ist Stuttgart-Stammheim zu einem festen Begriff für die politische Justiz in der BRD geworden. In dieser Festung von ‚rechtswegen' ist das erste große Verfahren gegen Andreas, Gudrun, Jan und Ulrike gelaufen und dort sind sie auch gestorben. Dort war die Geburtsstunde von weiteren, mittlerweile zur Umgangssprache gehörenden Begriffen wie Trennscheibe, Hochsicherheit, Kontaktsperre usw. Wenn etwas die Phasen von ‚fairer' Behandlung und ‚fairem' Prozeß ad absurdum führt, dann ist es wohl ein Verfahren an diesem Platz und unter den Haftbedingungen des siebten Stocks. Ich habe mich vergeblich dagegen zu wehren versucht. Vor allem die Vorstellung, in einer Zelle zu landen, wo jemand, den ich gut kannte, unter Umständen, die nie wirklich geklärt worden sind, gestorben ist, finde ich wahnsinnig. Alles in mir sträubt sich dagegen''.* (Peter Jürgen Boock in der TAZ vom 25.1.83).

Anklage, Ankläger und Gericht

Angeklagt (und verurteilt) wurde Boock wegen Beteiligung an der *,,Ermordung des Bankvorstandsprechers Ponto, des Arbeitgeberpräsidenten Schleyer und seiner vier Begleiter... und er habe in mörderischer Absicht auch den fehlgeschlagenen Granatwerferanschlag auf die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe vorbereitet und versucht''* (FAZ, 8.5.84) Ankläger
auch den fehlgeschlagenen Granatwerferanschlag auf die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe vorbereitet und versucht''. (FAZ, 8.5.84). Ankläger
war die Bundesanwaltschaft, vertreten durch Bundesanwalt Zeis und die Oberstaatsanwälte Kouril und Pflieger. Verhandelt wurde vor dem 2. Strafsenat des Stuttgarter Oberlandesgerichts unter dem Gerichtsvorsitzenden Dr. Eitel. Beisitzender Richter war u.a. Dr. Berroth, der *,,am 22. September vergangenen Jahres auf eigene Faust versucht hatte, den Streit eines Paares mit der Dienstpistole zu schlichten. Nachts, um halb drei Uhr, war er an der lautstarken Auseinandersetzung des Paares auf der Straße aufgewacht, hatte den jungen Mann, der dort auf seine Freundin einschlug, aufgefordert, damit aufzuhören, war dann im Schlafanzug auf die Straße gelaufen und hatte den 23jährigen Martin W., der inzwischen von seiner Freundin abgelassen hatte, nach einem Warnschuß mit zwei weiteren Schüssen in den Bauch und Unterschenkel niedergestreckt.''* (TAZ, 17.2.84). Der Befangenheitsantrag gegen Dr. Barroth durch Boocks Verteidiger Hannover und Römmig wurde abgelehnt.

Der Fall Ponto

Die Bundesanwaltschaft hat behauptet und das Gericht hat dies in seinem Urteil übernommen, daß Boock neben Susanne Albrecht und Brigitte Mohnhaupt versucht habe, Jürgen Ponto zu entführen und daß Brigitte Mohnhaupt — deren Prozeß noch läuft — Ponto erschossen habe. ,, *‚Außer Frage' steht für Kouril allerdings, ‚daß Brigitte Mohnhaupt, die diese Schüsse abgegeben hat, eine Mörderin ist.' Und daraus leitet er die Schuld Boocks ab: ‚Er pflegte üblicherweise mit Brigitte Mohnhaupt zusammenzusein'.''* (Zeit, 30.3.84). Daß Pontos Fahrer Boock bei Gegenüberstellungen nicht erkannte, dafür aber einen Kriminalbeamten wegen seiner markanten Augen als Täter identifizierte, entlastete Boock in den Augen von Bundesanwaltschaft und Gericht nicht. Auch nicht, daß die Jacke des Mannes, der am Entführungsversuch beteiligt war, nachweislich nicht von Boock getragen wurde, da sie nicht seine Schweißspuren trug.

Boocks Aussage, er habe zwar den bei der Ponto-Aktion benutzten VW-Bus gestohlen, über seinen Verwendungszweck jedoch nichts gewußt, kommentierte die Bundesanwaltschaft: *,,Das ist die Masche vieler Krimineller, kleine Delikte einzuräumen, um mit vermeintlich mehr Glaubwürdigkeit die Beteiligung an schweren Verbrechen bestreiten zu können''.* (Zeit, 30.3.84).

Der Fall Schleyer

Boock hat ausgesagt, daß er den VW-Bus, in dem Schleyer entführt worden ist, repariert hat, ohne den beabsichtigten Verwendungszweck zu kennen und dabei Fingerabdrücke hinterließ. Später erst habe er von der Entführung Schleyers aus dem Fernsehen erfahren. Er sei dann beauftragt worden, von Frankfurt aus Post zu verteilen. Dabei habe er auch ein Videoband umgepackt und zum besseren Transport besser aufgespult. Auf einem Videoband mit Aufnahmen von Schleyer, das an Eberhard von Brauchitsch geschickt worden war, hatten sich Boocks Fingerabdrücke befunden, und ebenfalls auf einem per Post zugestellten Schreiben zu Schleyer.

,,Mit diesen Worten bezichtigt sich Boock selber der Beihilfe an der
Post zugestellten Schreiben zu Schleyer.
,,Mit diesen Worten bezichtigt sich Boock selber der Beihilfe an der
Entführung — keine Kleinigkeiten in Terrorprozessen — aber eben nur Beihilfe. Unbestritten ist, daß sich Boock am Tage der Ermordung Schleyers nicht mehr in Europa, sondern in Bagdad aufhielt. Wie kommt die Bundesanwaltschaft dennoch zu dem Ergebnis, er sei Mittäter gewesen. Leo Kouril: ‚Die Fingerspuren (auf dem Spiegel des VW-Busses) beweisen, daß Peter Boock diesen Wagen als letzter gefahren hat... Der letzte Fahrer hat den Innenspiegel verstellen müssen, um den Wagen des Verfolgers besser sehen zu können'.'' (Zeit, 30.3.).

Da das aber alles nicht ausreichte, legte die Bundesanwaltschaft neun Monate nach Beginn der Hauptverhandlung ein Tonband vor, das ein Jahr vorher (!) in einem Erddepot der RAF gefunden worden sein soll und angeblich ein Gespräch Boocks mit Schleyer wiedergibt. Dazu schreibt die Zeit: *,,Und — Merkwürdigkeiten über Merkwürdigkeiten — es wurde mehrmals überspielt. Die Unterhaltung ist sehr schlecht zu verstehen; bei der Abschrift wurde der Text immer wieder korrigiert. Die Stimmen sind kaum zu identifizieren... Eigenartig auch, daß der Senat den Antrag der Verteidiger ablehnte, das Band von einem zweiten, bei der Bundespost arbeitenden Experten begutachten zu lassen.''*

Für den Gerichtsvorsitzenden Dr. Eitel war der Gesprächspartner in seiner Urteilsbegründung *,,absolut sicher Boock und kein anderer''. ,,Er habe die Gesamtaktion gegen Schleyer bis ins einzelne einschließlich des Tötungsvorsatzes mit geplant und mit beschlossen' ''.* (FAZ, 8.5.84).



Verteidiger Römmig und Hannover

Raketenwerfer-Anschlag auf die Bundesanwaltschaft

Peter Jürgen Boock hat in dem Verfahren ausgesagt, daß er an dieser — und nur an dieser — Aktion beteiligt gewesen war. *,,Ich habe diese Anlage entwickelt, gebaut und in Karlsruhe installiert. Ich habe auch dafür gesorgt, daß sie nicht losgehen konnte''.* (TAZ, 20.4.84). *,,Durch das Fenster hatte ich einen ziemlich freien Ausblick auf die gegenüberliegenden Räume der Bundesanwaltschaft und konnte auch sehen, was sich dort in den einzelnen Räumen tat. Gerade beim Beobachten der Menschen im gegenüberliegenden Gebäude begannen sich meine bis dahin mehr unterschwelligen Bedenken immer mehr zu konkretisieren. Da waren Sekretärinnen zu sehen, Justizbedienstete, jüngere und ältere Menschen... Ich hatte es in der Hand, ob Menschen, die ich nicht kannte und die mich nicht kannten, durch meine Hand sterben würden, verletzt oder verstümmelt würden... Ich habe also das Laufwerk aufgezogen, das Weckwerk aber nicht. Das heißt, daß nach Ablauf der mit einem separaten Zeiger einzustellenden Weckzeit überhaupt nichts passieren würde. Ansonsten machte die gesamte Anlage einen äußeren Eindruck, als wenn sie voll funktionstüchtig sei''.* (TAZ, 20.4.84).

Das Gericht ,,wertete'' diese Aussage Boocks so: ,,Die Schußanlage... funktionierte jedoch
20.4.84).
Das Gericht ,,wertete'' diese Aussage Boocks so: ,,Die Schußanlage... funktionierte jedoch
nicht, weil Boock vergessen hatte, die Uhr für den Zündmechanismus aufzuziehen. Seine Behauptung, er habe dies absichtlich unterlassen, weil er sich damals innerlich schon von der RAF getrennt habe, wurde vom Gericht als Schutzbehauptung zurückgewiesen. Sein gesamtes Verhalten in dem Prozeß ist nach den Worten des Gerichtsvorsitzenden geprägt gewesen von ‚durchsichtigem Taktieren' und von dem Versuch, seine Aussagen jeweils den Äußerungen der Sachverständigen anzupassen.'' (FAZ, 8.5.84).

Um ihre Beweislücken zu schließen, Jürgen Peter Boock als Lügner zu diffamieren, seine Verteidiger als Komplizen des Angeklagten hinzustellen und die von der Verteidigung genannten Sachverständigen ebenfalls, war der Bundesanwaltschaft jedes Mittel recht.

Die Kronzeugen Dellwo und Speitel

Hans-Joachim Dellwo und Volker Speitel fungieren seit Anfang 78 als Kronzeugen der Bundesanwaltschaft. Sie haben in verschiedenen Prozessen RAF-Mitglieder und angebliche RAF-Unterstützer schwer belastet, teilweise traten sie vor dem verhandelnden Gericht selber auf, teilweise wurden auch ,,lediglich'' ihre früher gemachten Aussagen in die Prozesse eingeführt. Sowohl im Fall Ponto als auch im Fall Schleyer schließen die beiden Kronzeugen die gröbsten Lücken in der Beweisführung der Bundesanwaltschaft, sofern man ihren schriftlichen Aussagen glaubt, das Zustandekommen nicht nachprüft und die Ausführungen Peter Jürgen Boocks dazu von vornherein als Lüge bezeichnet.

Dellwo behauptet, daß er 1982 Peter Jürgen Boock am Tag der Ponto-Aktion in dezentem Grauton und mit kurzgeschnittenen, gut frisierten Haaren gesehen hat. Versteht sich, daß Boock so ausgesehen haben muß, wurde doch die männliche Begleitperson von Susanne Albrecht von Frau Ponto und Pontos Fahrer ähnlich beschrieben.

1978 hatte Dellwo sich bei einer Vernehmung von Bundesrichter Kuhn noch anders geäußert: *,,An die Bekleidung von Peter Boock kann ich mich nicht mehr mit Sicherheit erinnern. Es kann ein Anzug, aber auch nur Hose und Hemd gewesen sein. ...''* (Plädoyer Verteidigung).

Speitel behauptet, Boock habe sich gemeinsam mit Stefan Wisniewski einen Tag vor der Schleyer-Aktion mit Mitgliedern des Büros Croissant getroffen und dabei erklärt: *,,Was meint ihr, wie uns zumute ist, wenn wir an morgen denken; wenn ich daran denke, geht mir der Arsch auf*
getroffen und dabei erklärt: ,,Was meint ihr, wie uns zumute ist, wenn wir an morgen denken; wenn ich daran denke, geht mir der Arsch auf
Grundeis.'' In der Logik der Bundesanwälte ist damit bewiesen, daß Boock von der Schleyer-Aktion nicht nur wußte, sondern auch an ihr beteiligt war.

Die beiden Zeugen im Verfahren zu hören und mit den Aussagen Boocks zu beiden Anklagekomplexen zu konfrontieren, hielten Bundesanwaltschaft und Gericht nicht für notwendig. Anklage und Gericht behaupteten zum einen, die Anschriften der Zeugen seien nicht zu ermitteln, vor allem aber zitierte das Gericht eine Entscheidung des Bundesministers des Innern, in der es u.a. heißt: *,,Beide Personen haben in letzter Zeit mehrfach... erklärt, daß sie sowohl ihr Erscheinen vor einem deutschen Gericht — auch bei Sicherheitsgarantien — als auch eine kommissarische Vernehmung durch einen Richter im Ausland ablehnen. Eine Vernehmung der Zeugen wider deren Willen ist ohne Beeinträchtigung wichtiger öffentlicher Belange nicht möglich. Vor allem wären hiermit auch negative — die wirksame Verbrechensbekämpfung beeintächtigende — Auswirkungen auf die allgemeine Aussagebereitschaft gefährdeter Zeugen in künftigen Fällen, die Bereitschaft Dritter, gefährdeten Zeugen Schutz zu gewähren, verbunden. Damit muß die Frage, ob eine Vernehmung der beiden Zeugen wider Willen faktisch überhaupt durchführbar wäre, offenbleiben, weil ihre Beantwortung Rückschlüsse auf den Aufenthalt der beiden Zeugen zulassen könnte''.* (Zit. n. Weissbuch: Die Nagelprobe des bundesdeutschen Rechsstaats, Komitee für Grundrechte und Demokratie).

Drogenabhängigkeit

Eine zentrale Argumentation der Verteidigung bestand darin zu beweisen, daß Peter Jürgen Boock seit seinem sechzehnten Lebensjahr mit Drogen zu tun gehabt hat und gerade auch im Jahr 77 und danach drogenabhängig war, was strafmildernd bewertet werden müsse. Sie stellte den Beweisantrag, *,,daß das ursprüngliche Motiv des Angeklagten, aus dem er zur Gruppe gezogen ist, im Zuge seiner Drogenabhängigkeit durch ein anderes Motiv überlagert und ersetzt worden sein kann, das darin bestand, in der Gruppe Hilfe bei der Beschaffung der Suchtmittel zu finden...''* (nach Spiegel Nr. 25, 20.6.83).

Als Gutachter wurde der 72 jährige Heidelberger Professor für forensische Psychiatrie, Dr. Hans-Joachim Rauch bestellt. Boock wurde zur Untersuchung durch Rauch extra von Hamburg nach Frankenthal verlegt.



Euthanasiespezialist Rauch

Im Prozeß zeigte sich, daß Rauch über Drogenabhängigkeit wohl nicht viel wußte. Boocks Angabe, er habe sich einen Meter — Szenejargon für einen Kubikzentimeter — Dolantin gespritzt, war Rauch unbekannt. *,,Unmöglich, sagte er dem Gericht, daß Boock sich zehn Zentimeter Dolantin gespritzt*
Kubikzentimeter — Dolantin gespritzt, war Rauch unbekannt. ,,Unmöglich, sagte er dem Gericht, daß Boock sich zehn Zentimeter Dolantin gespritzt
hat''. (Zeit, 30.3.84).

,,Nicht genug. Während der Hauptverhandlung wurde Rauchs Vergangenheit bekannt. Er war während des Krieges Assistent des berüchtigten Heidelberger Euthanasieprofessors Carl Schneider. Rauch hat, so viel ist erwiesen — dafür gesorgt, daß Gehirne von Menschen, die in der Anstalt Eichberg als ‚Lebensunwerte' ermordet worden waren, vorseziert und sicher verpackt an Schneider in Heidelberg geschickt wurden. Rauch, dessen Spezialgebiet auch nach dem Kriege die ‚Hirnhistopathologie' geblieben war, kam nach zwei Untersuchungen Boocks zum Ergebnis ‚Voll Schuldfähig'. Es lohnt sich, Rauchs umständliche Begründung zu zitieren, denn einen solchen Zirkelschluß wagen nicht viele Gutachter: ‚Wenn Herr Boock... an (solchen) Aktionen teilgenommen hat (wie sie ihm zur Last gelegt werden), dann setzt dies voraus, daß er bei klarem Bewußtsein war.'

Der in die Euthanasie-Verbrechen verstrickte Rauch wurde von Boock und seinen Verteidigern abgelehnt. Es war einer der ganz wenigen Anträge, mit dem die Verteidiger Erfolg hatten. Doch auch dieser Erfolg blieb nur ein halber. Kaum war Rauch als G u t a c h t e r abgelehnt worden, da bestellte ihn der Vorsitzende Richter Walther Eitel erneut: als sachverständigen Z e u g e n.

Nun durfte der alte Psychiater ein weiteres Mal vortragen, was er an Boock beobachtet hatte. Ihm war lediglich untersagt, seine Beobachtungen zu interpretieren. Auslegen sollte Rauchs Worte ein neuer Gutachter, der Hohenasberger Gefängnisarzt Rudolff Engell... Engells gutachterliches Resümee: ‚Wenn das Gericht Herrn Boock der

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Straftaten, die ihm von der Bundesanwaltschaft vorgeworfen werden, für schuldig befindet..., so ist es nicht wahrscheinlich, daß Herr Boock diese Handlungen in einem Zustand so hochgradiger Medikamentenabhängigkeit begangen hat, wie sie bestanden haben müßte, wenn man seinen Darstellungen, beispielsweise über den Dolantin-Konsum folgt'.'' (Zeit, 30.3.84).

Auf den Befangenheitsantrag gegen Rauch reagierte die Bundesanwaltschaft, in dem sie feststellte, gegen Rauch sei kein Verfahren durchgeführt worden. Auch sei Rauch zu keinem Zeitpunkt NSDAP-Mitglied gewesen, es habe jedoch ein NSDAP-Mitglied Heinrich Hannover gegeben, der am 20. April 1943 mit 17 Jahren am Geburtstag des Führers in die Partei eingetreten sei.

,, *'Ich kann natürlich nicht ausschließen, daß der Herr Rechtsanwalt Hannover einen Zwillingsbruder hat...', sagt der Staatsanwalt Pflieger. Wenn Herr Boock zu diesem Verteidiger Vertrauen habe, dann sei nicht einzusehen, warum er Professor Rauch kein Vertrauen entgegenbringe.''*

Die Verteidigung lehnt Gutachter Engell wegen Befangenheit ab, der Antrag wird verworfen. Die Verteidigung lehnt den Vorsitzenden Richter wegen Befangenheit ab, weil er den Euthanasie-Arzt Rauch als Gutachter zwar ablehnt, aber als Zeuge wieder einführt. Dr. Eitel und seine Richterkollegen geben eine dienstliche Erklärung ab, daß sie allesamt nicht befangen sind. Das Gericht lehnt weiterhin ab, die Zeugenaussagen Rauchs wortprotokollarisch festhalten zu lassen, als Professor Rauch auf Fragen der Verteidiger antwortet, während des Naziregimes nie etwas von Euthanasie gehört zu haben, geschweige denn, selbst an der Beschaffung und Untersuchung von Kindergehirnen beteiligt gewesen zu sein. *,,Auch der Vorhalt zahlreicher Dokumente aus dem Bundesarchiv, die Rechtsanwalt Hannover teilweise gegen den Widerstand der Bundesanwaltschaft verliest, und die Rauchs Beteiligung an der Sektion und Untersuchung von Gehirnen eigens dafür getöteter Kinder... eindeutig beweisen, beeindrucken den Zeugen da wenig. ... Der Vorsitzende Richter Dr. Eitel und sein Senat werden zunehmend ungehaltener über die Befragung durch die Rechtsanwälte und der Ankläger im Prozeß, Oberstaatsanwalt Zeis hält es für angebracht, mit seinem Kollegen Kouril zu schwatzen, hin und wieder zu lachen und sich ansonsten gelangweilt im Stuhl zu lümmeln. Er jedenfalls hatte erreicht, was er wollte''.* (TAZ, 14.7.83).

Die Verteidigung wollte als Gutachter den Berliner Professor Rasch und Prof. Dr. Specht aus Göttingen laden, beides international anerkannte Kapazitäten. Professor Rasch wurde vom Gericht gleich abgelehnt, Professor Specht zwar als Sachverständiger zugelassen, ein unüberwachtes Gespräch mit Boock lehnte das Gericht ab. Bei Boock bestünde Verdunklungsgefahr und Professor Specht könne den Verdunklungsversuchen Boocks möglicherweise nicht standhalten. *,,Der Angeklagte hat Prof. Dr. Specht ausgewählt. Specht hat zu den in diesem Verfahren bedeutsamen Fragen in einem Schreiben an Rechtsanwalt Hannover einseitig Stellung genommen und dieses Schreiben mit der Bemerkung abgeschlossen, man sei es ,einem derart verstrickten Menschen wie Herrn Boock schuldig, dem für ihn zuständigen Gericht die Möglichkeit zur Überprüfung seiner Entscheidungsgrundlagen aufzuzeigen'. Zweifel an Spechts Unparteilichkeit und Verläßlichkeit seien begründet''.*

Noch unvorstellbarer springen Anklage und Gericht mit Leon Schwartzenberg um, Krebsspezialist aus Paris. Er hatte Peter Jürgen Boock im November 77 und im Januar und März 1978 in verschiedenen Pariser Wohnungen aufgesucht und behandelt. Er sei von ihm unbekannten Personen zu Boock geführt worden und habe einen Schwerkranken getroffen mit krebsähnlichen Symptomen. Der Patient habe am ganzen Körper zahlreiche Einstichstellen von Injektionen gehabt und sei von ihm mit Medikamenten versorgt worden. Leon Schwartzenberg mußte sich gefallen lassen, daß er quasi als Lügner bezeichnet wurde, in dem Staatsanwalt Pflieger aus einem Buch Schwartzenbergs zitiert, wo es zum Problem der Wahrhaftigkeit gegenüber unheilbar Krebskranken heißt: *,,Am besten sagt man überhaupt nie die Wahrheit. In einer Welt, in der fast alle lügen, ist es unmöglich, die Wahrheit für eine bestimmte Kategorie von Menschen zu reservieren, nämlich ausgerechnet für die, die am meisten leiden''.* (TAZ, 12.11.83).

In ihrem Schlußplädoyer behauptete die Bundesanwaltschaft, daß die ärztliche Behandlung durch Professor Schwartzenberg objektiv den Tatbestand der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung darstelle. Leon Schwartzenberg wagte sich trotz dieser unverhohlenen Drohung am 18.4.84 — kurz vor Prozeßende — nochmals nach Stammheim, um erneut auszusagen. Bei der Durchsicht des Protokolls der ersten Vernehmung hatte er festgestellt, daß seine Aussagen widersprüchlich und falsch übersetzt worden waren. Boock habe, so Schwartzenberg am 18.4., monatelang vor der Behandlung durch ihn (im Nov. 77) starke Drogen auf Morphinbasis genommen und sei körperlich wie geistig stark beeinträchtigt gewesen.

Weil Boock auf Schwartzenberg nicht den Eindruck eines Terroristen gemacht hatte, mußte er sich von der Bundesanwaltschaft die Frage gefallen lassen: *,,Haben Sie viel Umgang mit Terroristen und Mördern oder woher wollen Sie wissen, daß Peter Jürgen Boock keiner ist?''* (TAZ, 19.4.84).

Das Gericht befand in seinem Urteil, Boock habe sich nicht im ,,Drogenrausch'' befunden, sonst hätte er die Taten nicht begehen können, an denen er beteiligt war.

Die Frage der Kollektivschuld

In sämtlichen RAF-Prozessen der letzten Zeit ersetzte die Kollektivschuldthese die mangelnden Beweise. Da die Angeklagten sich in der Regel politisch zur RAF bekannten, wurden sie — Einzelnachweis hin oder her — für schuldig befunden.

Bei Peter Jürgen Boock, der immer wieder seine heutige Distanz zur RAF betont hat, darüberhinaus zu den einzelnen Anklagepunkten — was seinen Tatanteil betrifft — detailliert Stellung nahm und außerdem mehrfach aussagte, in der RAF habe es eine ,,Hierarchie'' gegeben, er sei über die Ponto- und Schleyer-Aktion nicht unterrichtet gewesen, zumal man ihm auch wegen seiner Drogenabhängigkeit nicht voll vertraut habe, lag die Sache nicht ganz so einfach. Was seit Menschengedenken Praxis von Widerstandsbewegungen oder im illegalen Kampf ist und sein muß, nämlich daß bei Aktionen jeder nur soviel weiß, wie er für seine konkrete Aufgabe benötigt, weil ein solches Vorgehen schlicht und ergreifend überlebenswichtig ist, leuchtet der Bundesanwaltschaft natürlich nicht ein. Für sie hat jedes illegale RAF-Mitglied jede Aktion gekannt und mitentschieden, durchaus auch bis ins Detail. Als Zeugen werden dazu Polizeibeamte eingeführt, die mit Angelika Speitel nach ihrer Festnahme im Krankenhaus gesprochen haben wollen. Sie seien in weißen Kitteln aufgetreten, hätten sich jedoch nicht als Polizeibeamte zu erkennen gegeben. Angelika Speitel habe ihre polizeiliche Identität aber erkannt und sich mit ihnen unterhalten. Daß es so gewesen sein muß, versteht sich. Sonst wären die Aussagen der Polizisten ja nicht gerichtsverwertbar.

,,Frage eines Richters: Hat sie was darüber gesagt, ob Führungsbeschlüsse oder Kollektivbeschlüsse? Zeuge Bley: Platz, wo Schießübungen gemacht wurden: Sie hätten diskutiert, ob hier geschossen werden kann. In diesem Zusammenhang alle Entscheidungen immer nur im Kollektiv getroffen. Bundesanwalt Zeis: Hat es sie interessiert, wie die Gruppe strukturiert war? Es gibt ja mehrere Prinzipien. Das hierarchische usw. Bley: Fragen dieser Art wurden von Frau Speitel abgeblockt. Sie hat auch mal so was gesagt wie: Nachtigall ick hör dir trapseln. Der mit dieser Aussagemitteilung unzufriedene Bundesanwalt Zeis verweist den Zeugen Bley nun auf eine Aussage, die er früher im Verfahren gegen Frau Hofmann gemacht habe. Zeis: Könnte es sein, daß Sie im Verfahren gegen Frau Hofmann gesagt haben, daß die Gruppe in kollektiver Verantwortung gehandelt hat? Bley: Ja. Zeis: Daß die Aktionen gemeinsam ausgeführt worden sind? Bley: Ja, das kam zum Ausdruck''. (Weissbuch)

Gert Schneider bestätigte in seiner Aussage Boocks Angaben: *,,Kollektivität, d.h. gemeinsame Diskussion innerhalb der gesamten illegalen RAF, habe es nur über allgemeine politische Fragen und politische Positionen einzelner in der Gruppe gegeben und auch das nur abgesichert nach draußen ,wie unter einer Dunstglocke'. Für Kommandoaktionen war eine Person verantwortlich, die anderen wurden zu festgelegten Zeitpunkten zu Aktionen eingeteilt. ,Jeder hatte nur so viele Informationen, wie er selbst brauchte.' Hierarchie bestand innerhalb der Kommandostruktur wie auch in der gesamten Gruppe durch das ,Informationsgefälle'.''*

Ankläger als Zeuge

Wer nicht mit der Anklage paktiert, ist verloren. Daß zu demonstrieren, ist der Bundesanwaltschaft gelungen. Vom ersten Verhandlungstag an wurde Boock als Lügner, Heuchler und Mörder bezeichnet. Bundesanwalt Zeis: *,,Ich habe schon am ersten Verhandlungstag auf die Doppelzüngigkeit und Heuchelei des Angeklagten hingewiesen''*, Boock habe eine *,,erhebliche kriminelle Energie''* und *,,eindeutigen Tötungswillen''*. Und: *,,Hier tut sich ein Abgrund von Lüge auf. Um das ganze Ausmaß der Lügenhaftigkeit des Angeklagten aufzuzeigen, stellen wir folgenden Beweisantrag ...''* (Weissbuch).

Der ,Abgrund von Lüge' ist die Darstellung Peter Jürgen Boocks, daß er Ende Januar 81 gegen seinen Willen von Hamburg nach Karlsruhe und Hohenasberg geflogen worden sei, wo es Vernehmungsversuche durch die Bundesanwaltschaft, u.a. Herrn Heis, gegeben, er aber niemanden belastet habe.

Um Boocks Angaben zu widersprechen, begab sich Bundesanwalt Zeis von der Anklage- in die Zeugenbank. Seiner Version nach habe Boock hinter dem Rücken von Rechtsanwalt Hannover nach Karlsruhe geflogen werden wollen, weil er mit dem Generalbundesanwalt zu sprechen wünsche. Am 6.2. habe er u.a. Bundesanwalt Zeis gegenüber bei einer Vernehmung im Vollzugskrankenhaus Hohenasberg den Namen Stefan Wisniewskis genannt als einen Teilnehmer am Treffen von RAF-Mitgliedern mit dem Büro Croissant einen Tag vor der Schleyer-Entführung und auch den vom Kronzeugen Speitel kolportierten Satz vom ,,Arsch, der auf Grundeis geht'' bestätigt. Das behauptet Zeis, obwohl die beiden Beamten, die neben Zeis bei der Vernehmung anwesend waren, auch auf Vorhalt dieser angeblichen Tatsachen sich weder an das eine noch an das andere erinnern konnte. Laut Zeis seien *,,unsere Erwartungen nicht nur erfüllt, sondern übertroffen worden, wir konnten hoffen, daß Boock noch mehr sagen würde, wir waren der Überzeugung, daß Boock auf dem Weg der vertrauensvollen Zusammenarbeit weitergeht''.* (TAZ, 19.1.84)

Die Absicht ist so simpel zu durchschauen wie perfide: Der Ankläger Zeis bezichtigt den Angeklagten als **Zeuge** der Lüge, um — mit seiner eigenen Zeugenaussage als Grundlage — als Kläger **jegliche** entlastende Äußerung des Angeklagten Boock als Lüge darstellen zu können.

Wie ein Hauch Volksgerichtshof

Zuweilen scheint es fast so, als schwebte etwas wie ein Hauch Volksgerichtshof zu Freislers Zeiten im Saal, so verhörartig, mit zynischem Beigeschmack werden die Fragen ,abgeschossen' '', kommentiert das Komitee für Grundrechte und Demokratie in seinem Weissbuch die Prozeßatmosphäre.

Und Gerhard Mauz schreibt am 12.12.83 im ,,Spiegel'': *,,Der totale Verdacht nimmt die Luft zum Atmen. Stuttgart-Stammhein präsentiert das Recht als eine Maschine, als ein von keinem um Aufklärung und Erklärung bemühten Wort erreichbare, absolute Macht ... Hier ist jeder Beteiligte nichts als ein Teilchen einer Maschinerie — einer Maschinerie, die ersonnen und installiert werden mußte für den Kampf gegen das böse schlechthin.''*

Angesichts des vernichtenden Urteils von fast viermal lebenslänglich können wir nur noch nachtragen, daß die Verteidigung in die Revision gehen wird und Peter Jürgen Boocks Verlegung nach Hamburg beantragt hat.

Antirepressions-Kommission KB/Westberlin

Staat gegen Friedensbewegung
— Eine Bilanz —

Der von vielen Regierungspolitikern und der Polizei so hochgespielte „heiße Herbst" hat inzwischen auch seine juristischen Kreise gezogen. Nachdem im Sommer letzten Jahres mit lautem Getöne militante Auseinandersetzungen mit „Gewalttätern" beschworen wurden, um damit die möglichst umgehend notwendige Verschärfung des Landfriedensbruchsparagraphen zu begründen, arbeiten die Mühlen der Justiz jetzt leise, aber beständig.


Blockade vor der Stuttgarter US-Kommandozentrale: Wer nicht wegläuft, zahlt.

Viele der ca. 3000 Menschen, die während der Blockaden im letzten Herbst vorübergehend festgenommen wurden, erwartet ein Strafbefehl oder ein Verfahren wegen Nötigung. Bisher sind schon ca. 750 Strafbefehle verschickt worden. D.h. eine riesige Zahl der Blockierer soll diese Strafe bezahlen oder wegen Nötigung vor Gericht stehen.

Neben der großen Masse der Verfahren gegen die Blockade-Teilnehmer gibt es noch eine ganze Reihe weiterer Verfahren, die im Zusammenhang mit Demonstrationen stehen. Diese Verfahren werden von der Justiz von vornherein anders behandelt: Gemeint sind die Anklagen wegen Landfriedensbruch, schwerem Landfriedensbruch, Widerstand gegen die Staatsgewalt u.ä.:

— Minas Kontos wurde zu 3 1/2 Jahren wegen schwerem Landfriedensbruch und Widerstand bei der Anti-Reagan-Demo am 11.6.82 verurteilt;
— Holger Deilke bekam 21 Monate wegen der Anti-Bush-Demonstration in Krefeld am 25.6.83;
— nicht zu vergessen die Brokdorf-Urteile von Michael Duffke (5 1/2 Jahre) und Markus Mohr (3 1/2 Jahre) und die 2 Jahre für Alexander Schubart.

Mit diesen Terrorurteilen setzt die Justiz Maßstäbe für die Möglichkeiten weiterer Rechtsprechung bei ,,Demonstrationsdelikten''. Das immense Strafmaß soll potentiellen Blockierern vor Augen führen, was passieren kann, wenn sie sich nicht weiterhin friedlich verhalten. Als weiterer Warnschuß ist noch der (vergleichsweise läppische) Strafbefehl wegen Nötigung da, mit dem der Staat bisher friedlichen Demonstranten allseits gegenwärtige Wachsamkeit demonstriert. Die Einschüchterung soll zweierlei bewirken: die ,,friedlichen'' von den ,,gewalttätigen'' Demonstranten trennen und zugleich die bisher ,,braven'' Blockierer in ihre Schranken verweisen — möglichst sollen sie gleich zu Hause bleiben.

Es soll noch schlimmer werden

Hintergrund aller ,,Demonstrationsdelikte'' ist der herrschende Begriff von Gewalt und Gewaltanwendung. Angefangen von der *,,tätlichen Gewalt mit Waffen aller Art''* über die *,,Bedrohungen von Menschen mit einer Gewalttätigkeit, die aus einer Menschenmenge in der die öffentliche Sicherheit gefährdenden Weise mit vereinten Kräften begangen werden...''* (§ 125 — Landfriedensbruch), der *,,psychischen Gewalt''* und *,,psychischen Unterstützung''* bis hin zur Nötigung reicht die Palette dessen, was von Staatsseite als Gewalt definiert und unter Strafe gestellt ist. Mit der Zunahme von Demonstrationen u.a. durch die Friedensbewegung wurde die Ausweitung des Gewaltbegriffs für den Staat immer wichtiger. Am liebsten wäre dem Staatsapparat eine Festschreibung der drohenden Gefahr durch eine Menschenmenge an sich, wie sie in Begriffen wie ,,Zusammenrottung einer Menschenmenge'' schon im Landfriedensbruchparagraphen von 1871 stand. Es kann dadurch nicht nur jeder Teilnehmer einer Demonstration, in der ,,Gewalttätigkeiten'' begangen werden, kriminalisiert werden, es läßt sich dadurch auch der Begriff der Gewalt insgesamt ausweiten.

Ein Schritt in diese Richtung ist der Gesetzentwurf zur Verschärfung des Landfriedensbruchparagraphen § 125/125a im Frühjahr 1983. Nachdem die CDU/CSU seit der Reformierung des § 125 im Jahr 1970 immer wieder ergebnislos versucht hat, den alten Zustand des Gesetzes wiederherzustellen, brachte sie gleich mit der Bonner Wende dieses Vorhaben zu Papier. Im Kern waren sich CDU/CSU und FDP über die Verschärfung durchaus einig. Entscheidend dabei ist, daß die bloße Teilnahme, bzw. das Sich-Nicht-Entfernen von gewalttätigen Demonstrationen landfriedensbrechend sein soll. Bisher mußte zu einer solchen Verurteilung immerhin der konkrete Tatnachweis für den einzelnen erbracht werden. (Oder besser gesagt: er müßte erbracht werden, denn die Rechtsprechung hat in dieser Frage die Verschärfung schon vorweggenommen.)

Die im Sommer 1983 gelaufende Auseinandersetzung zwischen CDU/CSU einerseits und der sich gern als liberal gebenden FDP andererseits um Begriffe wie ,,Teilmenge'' einer Demonstration, die Erfindung eines neuen Typus des Demonstranten, den ,,Abwiegler'', und um die Festlegung des Vermummungsverbotes als Straftatbestand kann man nur noch als

Fortsetzung nächste Seite

Klassenjustiz

Fortsetzung von vorheriger Seite

Scheingefecht bezeichnen. Wenn man bedenkt, was ansonsten klammheimlich über Bonner Parlamentstische wandert (wie es wohl mit der Amnestie für Parteispenden eigentlich hätte laufen sollen), ist die Debatte um die Verschärfung des § 125 recht öffentlichkeitswirksam geführt worden. Und immer im Hinblick auf den anstehenden Herbst. Innenminister Zimmermann: „... *Die Ängste der Bevölkerung konzentrieren sich nach meinen Erfahrungen darauf, daß ihr Eigentum nicht mehr ausreichend geschützt ist, daß es zu viele Rechtsbrüche gibt, daß der Staat derer nicht Herr wird, die gegen ihn arbeiten, daß die Bevölkerung in Mitleidenschaft gezogen werden könnte durch Leute, die gegen die Nachrüstung Front machen, und zwar nicht mit rechtsstaatlichen Mitteln, sondern mit Gewalttätigkeiten. Das sind die Ängste der Bevölkerung*“ („Spiegel“, 26/83).

Interessant ist die Haltung der SPD: Sie nahm gegen die geplante Verschärfung des § 125 Stellung. Dabei berief sie sich auf die von ihr geschaffene Reform des Gesetzes, das ausreichen würde, um Gewalttäter zu bestrafen. Daß es der SPD dabei nicht um die Demonstrationsfreiheit insgesamt geht, sondern um taktische Erwägungen bezüglich friedlicher, integrierbarer Demonstranten, macht NRW-Innenminister Schnoor deutlich: „*Die friedlichen Demonstranten sollen kriminalisiert werden. Das ist schlimm. Und wenn ich mit vorstelle, daß junge Menschen aus Sorge um den Frieden demonstrieren, also mit einem besonderen moralischen Engagement, die selber für die Friedlichkeit sind, keine Steine werfen, dann aber genauso bestraft werden wie die Steinewerfer, dann habe ich die allergrößte Sorge, daß damit diese jungen Menschen den Gewalttätern in die Arme getrieben werden*“ („Stern“, 21.7.83).

Das neue Gesetz wurde dann doch nicht mehr vor dem Herbst in den Bundestag gebracht. Doch schon die Gesetzesvorlage hat einen wichtigen Zweck erfüllt: ein Warnschuß für die anstehenden Herbstaktionen. Seit Februar 1984 liegt nun die endgültige CDU/CSU/FDP-Fassung vor, um vom Bundestag verabschiedet zu wer-

destag gebracht. Doch schon die Gesetzesvorlage hat einen wichtigen Zweck erfüllt: ein Warnschuß für die anstehenden Herbstaktionen. Seit Februar 1984 liegt nun die endgültige CDU/CSU/FDP-Fassung vor, um vom Bundestag verabschiedet zu wer-

den. Bei der 1. Lesung war das Parlament (erfreulicherweise) nicht beschlußfähig und die Prozedur mußte verschoben werden.

Die gesetzliche Verschärfung des Landfriedensbruchs ist nicht die einzige Ebene, auf der die CDU/CSU gegen die Demonstrationsfreiheit vorgeht. In ihrer Tagung zum Widerstandsrecht am 16.1.1984 kam die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu Ergebnissen, die uns aufhorchen lassen sollten: Prinzipiell gibt es ihrer Meinung nach in einem „freiheitlich-demokratischen Verfassungsstaat“ kein Widerstandsrecht. „*Das Grundgesetz billigt in Artikel 20,4 allen Bürgern ein Recht auf Widerstand gegen den zu, der es unternimmt, unsere freiheitliche, demokratische und soziale Ordnung zu beseitigen. Dieses Recht richtet sich als Verfassungsnothilfe gegen jeglichen Staatsstreich. Es soll den Rechtsstaat schützen, nicht ihn untergraben. Ein Widerstandsrecht gegen den freiheitlichen demokratischen Verfassungsstaat selbst gibt es daher nicht. Gegen dessen Recht und Gesetz gibt es weder ein Recht zum 'gewaltfreien', noch zum 'gewalttätigen Widerstand', gibt es weder ein Recht zum 'zivilen', noch zum 'militärischen Ungehorsam'.*“ (Punkt 5 der „Berliner Erklärung“ der CDU/CSU).

Noch weitergehend ist die Benennung der F r i e d e n s p f l i c h t und ihre Auslegung. Das betrifft breitere Kreise, die ganze Friedensbewegung, deren Aktionen kriminalisiert werden sollen. „*'Ziviler Ungehorsam' oder 'gewaltfreier Widerstand' in Form bewußter Verletzung von Gesetzen, als Versuch, andere Bürger oder Verfassungsorgane in ihrer freien Entscheidung zu behindern oder zu nötigen, verstößt gegen die Friedenspflicht und ist Rechtsbruch. Solchen Rechtsbruch abzuwehren und zu bestrafen, ist nicht Kriminalisierung und Einschränkung der Meinungs- und Demonstrationsfreiheit, sondern Schutz der Freiheit Andersdenkender, ist Wahrung und Wiederherstellung verletzten Rechts. Die Gleichheit aller vor dem Gesetz gestattet hier keinen rechtsfreien Raum*“ (Punkt 6 der Berliner Erklärung).

Massenweise Repression gegen Blockierer

Haben sich die Demonstranten von Einschüchterungsversuchen und Androhung der Kriminalisierung nicht abschrecken lassen, erwartet sie auf der Demonstration oder bei der Blockade ein differenziertes Arsenal staatlicher Auflagen und Verbote. Das generelle Demonstrationsverbot innerhalb der „Bannmeile“ um Rathäuser, Regierungssitze etc. setzt sich fort in Sperrzonen um Militärgelände oder Demonstrationsverbote für ganze Regionen:

— Die „Schutzbereichszone“ um das US-Militärgelände in Mutlangen wurde für die Demonstration am 10.12.83 extra um 300 m erweitert („taz“, 12.12.83);

— Der Oberkreisdirektor von Lüchow-Dannenberg hat ein Verbot für die Wendland-Blockade vom 30.4.84 für die ganze Region ausgesprochen. Das Verbot galt für alle „öffentlichen Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzüge im Landkreis Lüchow-Dannenberg am Montag, den 30. April 1984“, unabhängig davon, ob sie angemeldet waren oder nicht. Bei Zuwiderhandlung wurde mit einer Geldstrafe von 1.000 DM gedroht. Interessant ist die Begründung, in der es heißt, „die organisierte und gesteuerte Lahmlegung des Verkehrs“ sei „kein rechtmäßiges Mittel demokratischer Meinungsäußerung“ („taz“, 25.4.84).

Solche Auflagen und Verbote, das Vermummungsverbot, Auflagen bezüglich Fahnenstangen usw. oder Reinigungskosten des Demonstrationsgeländes schaffen zum einen Spielraum polizeilichen Eingreifens und zum anderen die Grundlage späteren juristischen Vorgehens.

Eine weitere Maßnahme, Demonstranten von ihren Aktionen abhalten zu wollen, ist der Griff zum Geldbeutel. Die baden-württembergische Landesregierung hat 1982 — einen Tag vor der Eucom-Blockade — die gesetzliche Grundlage zur Erhebung von Polizeieinsatzkosten geschaffen. Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Bayern haben ebenfalls die Möglichkeiten zu solchen Leistungsbescheiden. Die Demonstranten müssen danach u.U. den gesamten Polizeieinsatz, jede Polizeistunde, Hubschrauber- und Wasserwerfereinsatz einschließlich „Hundestunden“ auch noch selbst bezahlen.

Nachdem bei der Eucom-Blockade 293 Leistungsbescheide verschickt wurden, die inzwischen auch rechtskräftig sind, war zu befürchten, daß der Herbst für die Friedensbewegung teuer wird. Doch bisher blieb die große Flut von Leistungsbescheiden erfreulicher-

Nachdem bei der Eucom-Blockade 293 Leistungsbescheide verschickt wurden, die inzwischen auch rechtskräftig sind, war zu befürchten, daß der Herbst für die Friedensbewegung teuer wird. Doch bisher blieb die große Flut von Leistungsbescheiden erfreulicher-

weise aus. Aus Baden-Württemberg wurde bekannt, daß 32 Atomwaffengegner wegen einer Aktion an einem ehemaligen US-Atomwaffenlager in Inneringen Polizeivollzugskostenbescheide über jeweils 245,50 DM erhalten haben.

In Niedersachsen hat das OVG Lüneburg am 25.8.83 zu den Leistungsbescheiden zum Anti-AKW-Dorf in Grohnde entschieden, daß sie rechtswidrig seien, weil die derzeitige rechtliche Lage nicht klar wäre. „... *für die Kosten der Polizei müsse grundsätzlich der Träger der Polizei aufkommen, also der Staat*“ ... „*Bei Vorliegen klarer gesetzlicher Regelungen könne es auch rechtmäßig sein, daß sich die Polizei besondere, über ihre normalen dienstlichen Aufgaben hinausgehende Aufwendungen erstatten lasse*“ (Harro Fischer, Vorsitzender des 12. Senats des OVG Lünbeburg, „FR“, 27.8.83). Vielleicht liegt der Grund für die Zurückhaltung in Sachen Leistungsbescheid in diesem Urteil aus Lüneburg.

Treffen kann es alle

Im vergangenen Herbst/Winter hat der Staat deutlich gemacht, daß er ein weiteres Mittel zur Kriminalisierung einer breiteren Bewegung auf Lager hat: Allein im Zeitraum vom 1.9.83 bis zum Januar 1984 wurden bei Blockaden und ähnlichen Aktionen der Friedensbewegung mindestens 3.100 Menschen festgenommen. (Diese Zahl ist auf Grundlage von Zeitungsmeldungen ermittelt, die reale Zahl dürfte noch höher sein). Die meisten der Festgenommenen wurden nach Feststellung der Personalien und/oder erkennungsdienstlicher Behandlung wieder freigelassen. Dadurch hat der Staatsapparat eine riesige Zahl von Daten über Aktive der Friedensbewegung. Sehr viele erwartet aber noch zusätzlich ein Strafbefehl oder Verfahren wegen Nötigung (§ 240).

Im Oktober erklärte Innenminister Zimmermann, daß die Bundesregierung Blockaden vor Bonner Ministerien sowie von Einrichtungen der US-Armee nicht hinnehmen und notfalls mit Hilfe der Polizei den Zugang erzwingen werde („Tagesspiegel“, 4.10.83). Doch scheinen politische Opportunitätsgründe dabei eine Rolle zu spielen. Die Mutlanger Blockade vom 1.-3.9.83, auf der eine Reihe von Prominenten und die entsprechende Präsenz der Presse für genügend Öffentlichkeit sorgten, blieb unbehelligt. Eine Demonstration in Bitburg mit anschlie-



Demonstranten liegen in Handschellen

ßender Blockade des __ US-Militärstützpunktes zur gleichen Zeit wurde von der Polizei mit Wasserwerfern und Hundeeinsatz geräumt, 305 Menschen festgenommen („MoPo“, 5.9.83). Nachdem Mutlangen aus der öffentlichen Berichterstattung etwas zurückgetreten war, wurde mit den Blockierern dort auch nicht mehr so zahm umgegangen: am 27.11.83: 34 Festnahmen; am 10.12.83: 95 Festnahmen; am 11.12.83: 24 Festnahmen; am 28.1.84: 26 Festnahmen.

„Um wirksam funktionieren zu können, muß die Unterdrückung willkürlich erscheinen“

„Um wirksam funktionieren zu können, muß die Unterdrückung willkürlich erscheinen“

Inzwischen sind auch schon eine ganze Reihe von Strafbefehlen wegen Nötigung eingetroffen. Bisher bekannt sind ca. 750 Fälle. Die Polizei selbst spricht von ca. 3.000 Ermittlungsverfahren wegen Nötigung und ca. 50 Ermittlungsverfahren wegen Landfriedensbruch und Körperverletzung (Bereitschaftspolizei heute, Nr. 12/83). Hier einige Beispiele:

— **Bremerhaven, 13.-15.10.83:** Die nach drei Blockadetagen geplante Demonstration wurde verboten. In einigen Aufruf-Flugblättern meinte die Polizei, den Straftatbestand der Nötigung vorauszusehen und setzte die Funktionsfähigkeit des Hafenbetriebes höher als das Recht auf Demonstrationsfreiheit. „*Deutlich offenbart sich damit jeweils ein unfriedlicher Charakter der geplanten Veranstaltung. Teilnehmer an Blockaden und ähnlichem verwirklichen jedenfalls nach höchstrichterlicher Rechtsprechung (vgl. Bundesgerichtshof in Strafsachen, Band 23, Seite 46 f) in rechtswidriger Weise den Nötigungstatbestand (§ 240 StGB). Die Demonstrationsroute durch den Hafen verfolgt insbesondere den Zweck, die Blockade der Carl-Schurz-Kaserne von der Hafenseite her zu ermöglichen und den Hafenbetrieb vom Container-Terminal her zum Erliegen zu bringen. Auch das nur passive Verharren an einem Ort mit dem Ziel, die Bewegung anderer zu unterbinden, ist indes als Gewalt im Sinne des Nötigungstatbestandes anzusehen, die prinzipiell rechtswidrig ist*“ (aus der Verbotsverfügung, Broschüre der Öffentlichkeitsgruppe des Unterweserausschusses).

Entsprechend war das Vorgehen der Polizei. Mit Absperrung eines Stadtteils, Wasserwerfern, einem Riesenaufgebot an Bullen (mindestens 6.000, darunter BGS-Einheiten), Hubschraubern, Videoanlagen, Panzerfahrzeugen und ähnlichem schweren Gerät begegneten sie der Friedensbewegung. In den drei Tagen wurden ca. 269 Leute vorübergehend festgenommen. Wie viele Strafbefehle inzwischen verschickt sind oder Ermittlungsverfahren laufen, ist derzeit nicht bekannt.

— **Konrad-Adenauer-Kaserne in Köln, 19.10.83:** Ca. 1.200 Demonstranten versuchten, am 19.10.83 für einen Tag die Kaserne lahmzulegen, in der sich die Zentrale des MAD und das Heeresamt und Heeresbeschaffungsamt befinden. Dieses Vorhaben mißlang, weil die Bundeswehrführung den Dienst um einige Stunden vorverlegt hatte. Trotzdem wurde die Blockade durchgeführt und auf Druck der Bundeswehr auch von der Polizei geräumt — 122 Festnahmen. An 105 Demonstranten wurden inzwischen Strafbefehle über 600 bzw. 900 DM wegen Nötigung und Freiheitsberaubung verschickt. Geklagt hat ein Oberstleutnant Anton Mayer, der seinen Dienst später antreten wollte und sich durch die Blockade behindert fühlte. Da kaum jemand den Strafbefehl bezahlt hat, ist es inzwischen zu dem ersten Prozeß gegen drei Frauen und zwei Männer gekommen. Der Prozeß läuft zur Zeit noch („taz“, 14.5.84).

— **Frankfurt-Hausen, 9.-12.12.83:** Während der Protestaktionen gegen das US-Militärgelände in Hausen, auf dem Teile der Pershing II montiert werden sollen, vom 9.-12.12.83 wurden insgesamt 333 festgenommen. Es gab Waaserwerfer- und Knüppeleinsätze, die zu vielen verletzten Demonstranten führten. Eine entsprechend hohe Anzahl von Nötigungsverfahren kann erwartet werden.

— **Stuttgart-Eucom, 10.12.83:** Bei Blockaden vor der Kommandozentrale der amerikanischen Streitkräfte in Europa (Eucom) in Stuttgart wurden am 10.12.83 135 Demonstranten festgenommen und erkennungdienstlich behandelt („Stuttgarter Zeitung“, 12.12.83). Dabei mußten sich 20 Demonstranten nackt ausziehen. Obwohl einige der ca. 200 Angeklagten der Eucom-Blockade vom 12.12.82 inzwischen wegen „lauterer Ziele“ vom Vorwurf der Nötigung freigesprochen wurden, ist mit erneuten Strafbefehlen zu rechnen.

Die Liste der juristischen Repressionen vom Herbst 83 ließe sich hier noch um einiges verlängern. Doch die Masse der Verfahren wird erst noch auf die Demonstranten zukommen. Die Verfahren früherer Blockaden lassen das Ausmaß ahnen:

— Die Blockade des Atomwaffenlagers Großengstingen im Sommer 1982 zog ca. 300 Strafbefehle wegen Nötigung nach sich. Ca. 50 Teilnehmer sind davon schon verurteilt. Die Strafen liegen bei Jugendlichen zwischen 300 und 600 DM („taz“, 9.11.82), sonst zwischen 20 und 40 Tagessätzen („FRIZ“, 15.11.83).

— Zur Blockade der Willey Barracks Neu-Ulm laufen inzwischen die ersten der ca. 250 Verfahren („taz“, 3.2.84). Die Justiz hat sich diesmal ein prominentes Opfer herausgesucht, um ein Exempel zu statuieren. Gert Bastian, Ex-Bundeswehrgeneral und Bundestagsabgeordneter, wurde zu 30 Tagessätzen à 300 DM, also zu 9.000 DM wegen der Teilnahme verurteilt. Der Richter sprach davon, der Strafbefehl bewege sich „*vom Schuldvorwurf her im unteren Rahmen*“ („FR“, 2.2.84).

Ein Punkt, der der Strategie des Staatsapparates gegen die Nachrüstungsgegner sicher nicht ins Konzept paßt, sind die Freisprüche. Die Eucom-Freisprüche sind oben erwähnt; das Amtsgericht Nürnberg hat in 12 Fällen den Erlaß des Strafbefehls wegen der Osterblockade des US-Munitionsdepots in Feucht gar nicht erst zugelassen, und vereinzelt werden Blockierer immer wieder freigesprochen.

Die Linie des Staates, die darauf abzielt, einen großen Teil der Friedensbewegung mit Strafen zu überziehen — Strafen, die hoch genug sind, um abzuschrecken und einzuschüchtern, aber noch nicht so hoch, daß daraus eine Radikalisierung erwachsen könnte — diese Linie wird durch eine (noch?) nicht einheitliche Rechtspechung gestört. Dazu Regierungsdirektor Siegele aus Bonn: „*Wie die Nötigungsverfahren im Hinblick auf das differenzierte Vorgehen der Polizei — beispielsweise Duldung in Mutlangen und Blockaderäumung in Bitburg — ausgehen, ob die unterschiedlichen Voraussetzungen verstanden und entsprechend gewürdigt werden, bleibt abzuwarten. Auch wenn man den Präventiveffekt strafgerichtlicher Verurteilungen nicht zu hoch einschätzen sollte — gerade bei einer Szene, die bestimmte Rechtsbrüche zur Verfolgung behaupteter übergeordneter Ziele ausdrücklich billigt — wäre hier eine feste Linie durchaus hilfreich*“ („Bereitschaftspolizei heute“, 12/83).

Terrorurteile gegen den „harten Kern“

Gleichzeitig mit der Welle von Verfahren gegen Blockierer laufen noch einige Landfriedensbruchverfahren. Dabei sind als die wichtigsten Prozesse zu nennen: die Prozesse wegen der Anti-Reagan-Demonstration vom 11.6.82 in Westberlin und die Krefelder Prozesse anläßlich des Bush-Besuches am 25.6.83.

Nun lassen sich sicher diese Demonstrationen nicht mit irgendeiner Blockade gleichsetzen oder vergleichen. Teilnehmerkreis, Art und Ziele sind sehr unterschiedlich. Doch schaffen gerade die Landfriedensbruchprozesse ein Klima, das sich verschärfend auf alle kommenden „Demonstrationsverfahren“ auswirken kann. Da wird gegen die „Gewalttäter“ verhandelt, vor denen immer wieder gewarnt wird, die als Begründung für Gesetzesverschärfung herbeizitiert werden, da wird über den Begriff der „Gewalt“ bei Demonstrationen zu Gericht gesessen und da werden Urteile gefällt, die uns alle das Fürchten und Kuschen lehren sollen, da wird die Verschärfung des § 125 durch die Praxis vorwegge-

wird, die als Begründung für Gesetzesverschärfung herbeizitiert werden, da wird über den Begriff der „Gewalt“ bei Demonstrationen zu Gericht gesessen und da werden Urteile gefällt, die uns alle das Fürchten und Kuschen lehren sollen, da wird die Verschärfung des § 125 durch die Praxis vorwegge-

nommen. Entsprechend ist die Atmosphäre der Prozesse. Oft sitzen die Angeklagten lange in Untersuchungshaft, was einer Vorverurteilung gleichkommt:

— **Anti-Reagan-Demonstration, 11.6.82:** Die Demonstration zog nicht nur ca. 200 verletzte Demonstranten und 22 Haftbefehle nach sich, sondern inzwischen auch eine ganze Reihe von Verfahren wegen (schwerem) Landfriedensbruch, Körperverletzung, Widerstand gegen die Staatsgewalt und versuchtem Totschlag. Außerdem ergingen Bußgeldbescheide (500 DM) wegen Teilnahme an einer verbotenen Demonstration („taz“, 31.8.82) und 25 Schadensersatzforderungen des Berliner Senats über je 10.000 DM („Tagesspiegel“, 2.9.82).

Einige der Verfahren gingen gleich im Sommer 1982 über die Bühne. Von den Verfahren wegen Landfriedensbruch und Widerstand endeten in der 1. Instanz drei mit Haftstrafen von neun Monaten auf Bewährung, zwei weitere mit Haftstrafen von 12 Monaten auf Bewährung. Doch die Justiz mußte auch einige Freisprüche einstecken, weil die Polizeizeugen sich in den Prozessen so in Widersprüche verwickelten, daß die Anklagen wie Seifenblasen zerplatzten. Ebenso verlief ein Verfahren wegen versuchten Totschlags („taz“, 15.4.1983).

Das längste und aufwendigste Verfahren endete nach 1 1/2 Jahren (90 Verhandlungstage) im März 1984 mit klaren Terrorurteilen: zwei Angeklagte wurden zu zwei Jahren und acht Monaten, ein Angeklagter zu zwei Jahren und neun Monaten und zwei weitere Angeklagte zu drei Jahren Knast verurteilt. Die Angeklagten saßen seit dem 11.6.82 in Untersuchungshaft. Die jetzt erreichte Haftverschonung kann keinesfalls über die ungeheuerliche Höhe der Strafen hinwegtäuschen (siehe dazu auch AK 245, S. 26/27).

— **Krefeld, 25.6.83:** So wie die Anti-Bush-Demonstration vom 25.6.83 in der Presse kommentiert wurde (NRW-Innenminister Schnoor registrierte die „*brutalsten Gewalttäter*“, die jemals in NRW zu beobachten waren, „taz“, 27.6.83), konnten die 134 Festgenommenen sicher sein, daß etliche von ihnen Prozesse erwarteten, die man sonst nur bei „Terroristen“ kennt.

Das Klima wurde auch noch entsprechend aufgeheizt: am 10.7.83 ließ Schnoor alle 104 Leute festnehmen, die zu einem Auswertungstreffen der

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Krefeld-Demonstration nach Wuppertal gekommen waren. Erst nach sechs Stunden konnten die ersten nach erkennungsdienstlicher Behandlung das Polizeipräsidium verlassen, die letzten erst am nächsten Tag. Die Polizei wollte mit diesem Coup nach Wild-West-Manier die ,,Gewalttäter'' von Krefeld identifizieren.

Die bisherige Bilanz der Prozesse ist entsprechend: die Anklagen sind zurechtgezimmert, in mehreren Fällen mußte die Staatsanwaltschaft Anklagepunkte fallenlassen, weil sie sie nicht belegen konnte, Beweisstücke sind aus der Asservatenkammer verschwunden und Polizeizeugen verwickeln sich laufend in Widersprüche. Doch der Vorsitzende Richter Dr. Paul gibt im Prozeß gegen Holger Deilke in der Urteilsbegründung die Linie der Justiz an, die sich auf Grund der Verhaftungs- und Vorverurteilungspraktiken schon abzeichnete: ,,*Die Strafe mußte deutlich ausfallen, um den Angeklagten selbst und — im Rahmen einer schuldangemessenen Strafe — auch andere potentielle Straftäter abzuschrecken, nachdem in letzter Zeit eine gemeinschaftsgefährdende Zunahme von Straftaten, wie sie hier zur Aburteilung standen, allgemein bekannt geworden ist*'' (,,taz'', 26.1.84).

Hier eine vorläufige Übersicht über die Krefeld-Prozesse:

— Holger Deilke: Verurteilt zu 21 Monaten Haft wegen schwerem Landfriedensbruch. Das Gericht sah es zwar nicht als erwiesen an, daß Holger selbst ,,Gewalttätigkeiten ausgeführt'' habe. Entscheidend sei jedoch, daß der Angeklagte ,,*zu der gewalttätigen Menge gehört und deren Vorgehen gebilligt habe*'' (,,taz'', 26.11.83).

— Karin Gehrmann: Verurteilt zu 16 Monaten ohne Bewährung wegen Landfriedensbruch, Körperverletzung und Widerstand gegen die Staatsgewalt. Die angebliche Tatwaffe fand sich nicht bei den Asservaten wieder (,,taz'', 16.12.83).

— Annette Hellmann: Verurteilt zu 1.000 DM Geldstrafe wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt. Die Anklage lautete ursprünglich auf schweren Landfriedensbruch und ist im Laufe des Prozesses zusammengebrochen. Annette saß knapp sechs Monate in Untersuchungshaft.

— Jörn Ahlborn: Verurteilt zu drei Monaten ohne Bewährung wegen Körperverletzung und Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte. Jörn hatte sieben Monate in U-Haft gesessen. Eine Entschädigung dafür steht ihm nicht zu, da der ,,*Angeklagte seine Verhaftung durch die Anwesenheit auf einer gewalttätigen Demonstration selber grob fahrlässig verschuldet*'' habe (,,taz'', 1.2.84).

— Thomas P.: Ursprünglich hatte er einen Strafbefehl über 1.500 DM wegen Körperverletzung und Widerstand. Aufgrund seiner Einlassungen im Prozeß beantragte die Staatsanwaltschaft Strafbefehl wegen Landfriedensbruch. Das Gericht verurteilte Thomas zu vier Monaten auf Bewährung und 900 DM (auch wegen Landfriedensbruch, ,,taz'', 26.1.84).

(,,taz'', 1.2.84).
— Thomas P.: Ursprünglich hatte er einen Strafbefehl über 1.500 DM wegen Körperverletzung und Widerstand. Aufgrund seiner Einlassungen im Prozeß beantragte die Staatsanwaltschaft Strafbefehl wegen Landfriedensbruch. Das Gericht verurteilte Thomas zu vier Monaten auf Bewährung und 900 DM (auch wegen Landfriedensbruch, ,,taz'', 26.1.84).

— Beate Wolters: Freispruch — eine erfreuliche Ausnahme. Nachdem die Staatsanwaltschaft schon von der Anklage teilweise abrücken mußte, brach die Konstruktion im Prozeß völlig zusammen. Bea hatte sieben Monate in U-Haft gesessen, für die sie entschädigt werden muß.

— Dorothee Peters: Verurteilt zu 21 Monaten wegen schwerem Landfriedensbruch, Widerstand, versuchter Körperverletzung und Sachbeschädigung. Selbst der Staatsanwalt forderte aufgrund der Nichtglaubwürdigkeit eines Polizeizeugen eine weitaus geringere Strafe (,,taz'', 10.2.84).

Etliche Verfahren sind noch nicht abgeschlossen oder teilweise noch nicht eröffnet.

Die verschiedenen Anklagen und Prozesse sowie das Klima der Verfahren zeigen die unterschiedliche Taktik, mit der die Justiz auftritt: Zum einen in Grenzen strafend gegenüber denjenigen, die die staatlich verordneten Bahnen zwar verlassen, aber doch friedliche Ziele auf ihre Fahnen geschrieben haben. Bei solchen Leuten versucht der Staat es mit einer Warnung, dann kann man es ja nochmals mit ihnen versuchen. Den anderen gegenüber zeigt sich die Justiz knallhart: Sie demonstriert, was mit denen passiert, die sie für nicht integrierbar hält. Gewarnt werden soll hier nicht vor ,,Gewalttätern'', sondern vor der Justiz. Eine Justiz, die versucht, auf verschiedenen Wegen die Demonstrationsfreiheit zu beschneiden. Massenhaft Strafe für die, die die vorgeschriebenen Wege ,,ein bißchen'' verlassen haben, Terrorurteile für die ,,Unbelehrbaren''.

I., Anti-Repressions-Komission, KB/Hamburg

Stabilität forever ?

— oder: wie es zum ''heißen'' Herbst kam

Strategie des Staates gegen die Friedensbewegung, Teil II:

Bedingungen und historische Zusamennhänge der De-Eskalationsstrategie

Die Deeskalations-Strategie, mit der der Staat den ,,heißen Herbst'' 1983 befriedete, veranlaßte manch bürgerliche und selbst manch linke Kommentatoren dazu, von einer Wende im politischen Klima des Landes, mindestens aber im Charakter der Polizei zu sprechen. Gemeinhin wurde damit zugleich die Erwartung verbunden, zuweilen sogar offen als Hoffnung ausgesprochen, daß die ,,Schlachten'' um Brokdorf, Kalkar, Grohnde u.a.m. der Vergangenheit angehörten und von Stund an gesellschaftliche Konflikte seitens der Herrschenden im Dialog, mindestens aber auf Basis der Deeskalations-Verträge à la Stuttgart-Degerloch und unter Berücksichtigung der Bergpredigt gelöst werden sollten. Das Zauberwort in diesem Zusammenhang heißt: Erhaltung der Stabilität, innere und äußere, ökonomische und politische, Sicherung der Zukunft gegen eine unkalkulierbare Bedrohung usw. Wer möchte dies nicht. Aber nur ganz unhistorisch denkende Geister werden sich solchen einen Bären aufbinden lassen: Erstens ist diese Art präventiver Befriedungsstrategie keineswegs neu, sondern im Gegenteil Ausdruck der Kontinuität einer Eindämmungspolitik des BRD-Imperialismus gegen militante soziale Massen — oder gar revolutionäre Unruhen seit 1945 — mit spezieller Ausprägung seit der ersten größeren Nachkriegskrise 66/67. Und zweitens bedarf es zur Durchführung dieser Strategie bestimmter Bedingungen. Zu beiden Aspekten sollen im folgenden ein paar Stichworte geliefert werden.

F.

Wenden wir uns zuerst den Bedingungen zu, unter denen eine solche Konfliktdämpfungsstrategie in der BRD heute generell möglich ist:

Relative Stabilität des Kapitals

Nach einer langen Phase der Restauration, begleitet von politischer und militärischer Offensive gegen die SU und Länder der sog. 3. Welt kam der Imperialismus in den Sechzigern weltweit in eine ökonomische und politische Krise, die zu einer vorübergehenden Schwächung, vor allem der Führungsmacht USA, führte. Folge war eine Neugruppierung der Mächte innerhalb des imperialistischen Blocks, vor allem das Aufsteigen der BRD zum Juniorpartner der USA. Folge war auch die erfolgreiche Offensive mehrerer antiimprialistischer Befreiungsbewegungen sowie eine relative Erstarkung der SU, die z.B. mit dem Start ihres ,,Sputnik'' als erstem Weltraumsatelliten vor den USA in eine Erdumlaufbahn militärtechnisch sichtbar aufgeholt hatte. Diese ganze Entwicklung führte zu erheblichen politischen Erschütterungen der imperialistischen Systeme. Höhepunkt dieser Phase bildete die Befreiung Vietnams durch die Niederlage der US-amerikanischen Truppen im Mai 1975.

Die Befreiung Vietnams kennzeichnet aber auch bereits das Ende dieser Phase: Nach seiner vorübergehenden Schwächung Mitte bis Ende der 60er Jahre befindet sich der Imperialismus heute trotz ökonomischer Stagnation und ,,Dauerkrise'' wieder in relativer politischer Stabilität und einer immer noch erstarkenden Offensivposition gegenüber der SU und der Ländern der ,,3. Welt''. Diese Tatsache findet ihren Ausdruck u.a. in einer Erpressungspolitik der imperialistischen Staaten gegenüber der SU und Ländern der ,,3. Welt'', der durch atomare und konventionelle Hochrüstung Nachdruck verliehen wird.

Diese Politik stützt sich auf die wiederhergestellte Vormachtstellung der USA und die neugewachsene Machtstellung der BRD im Rahmen der EG, insbesondere auf die soeben demonstrativ ,,nachgerüstete'' Fähigkeit zum gezielten atomaren ,,Enthaupten'' der SU und der Fähigkeit zur stufenweisen atomar-konventionellen Eskalation, mit dem die Kriegsführung und damit die konkrete Bedrohung der SU oder ihrer Bündnispartner wieder möglich gemacht werden soll. Die Differenzierung der politisch-militärischen Einsatzmittel, -methoden und taktischen

strativ ,,nachgerüstete'' Fähigkeit zum gezielten atomaren ,,Enthaupten'' der SU und der Fähigkeit zur stufenweisen atomar-konventionellen Eskalation, mit dem die Kriegsführung und damit die konkrete Bedrohung der SU oder ihrer Bündnispartner wieder möglich gemacht werden soll. Die Differenzierung der politisch-militärischen Einsatzmittel, -methoden und taktischen

Möglichkeiten soll dabei den nötigen Handlungsspielraum für die je nach Lage der Dinge als opportun angesehende Eskalationsstufe schaffen. Das Kalkül zielt auf eine Minimierung des eigenen Risikos durch einen einseitigen Drohschlag mit erhoffter politischer Kapitulation der SU oder ihrer Bündnispartner — am liebsten, versteht sich, einer Kapitulation bereits **vor** der bloßen Drohung mit einem solchen Einsatz ...! Daß dies die eigene Vernichtung als Risiko mit einkalkuliert, liegt in der irrationalen Logik der Kriegsführungsbereitschaft generell.

Eine solche Verschiebung des Kräfteverhältnisses zugunsten des Imperialismus widerspricht zunächst mal allen bisher vorgebrachten ,,Zusammenbruchstheorien'', die ein Ende des Imperialismus bereits im ersten, dann aber mit Sicherheit im zweiten Weltkrieg erwarteten. Auch die aus den APO-Analysen stammenden Einschätzungen hatten eine derartige Stabilisierung des Kapitalismus nicht erwartet. Die APO und späteren ML-Theoretiker, in Maßen auch der KB, hatten generell eher mit einem schnelleren Verfall des Imperialismus und einer schnelleren Zuspitzung der innerimperialistischer Widersprüche sowie denen zwischen dem Imperialismus und den übrigen Teilen der Welt gerechnet. Insofern stellt uns die neuere Entwicklung — gemessen an den Erwartungen von 1968/69 und folgende — vor neue Tatsachen, mit denen es umzugehen gilt. Ihre theoretische und praktische Nichtbewältigung dürfte als eine der wesentlichen Ursachen der sog. Krise der neuen Linken gesehen werden müssen.

Niemand möge sich aber durch diese gegenwärtige Entwicklung über die globale Situation täuschen: Die Kontinuität der Allmählichkeit imperialistischer Expansion mit dem von Seiten der Imperialisten erwünschten Ergebnis der allmählichen Erdrosselung und politischen Kapitulation seitens der SU und damit einem ,,weißen'' Vordringen des Imperialismus in den heute von der SU besetzten wirtschaftlichen und politischen Raum ist keineswegs garantiert: Es ist nur eine ,,Option'', d.h. eine **gewünschte** mögliche Entwicklung seitens der Imperialisten. Brüche dieser Allmählichkeit sind möglich und seitens der imperialistischen Strategen — bei aller Präferenz für die politische Lösung — als Risiko miteinkalkuliert. Denkbare Bruchstellen wären:

- Stellvertreterkriege im Bündnisbereich der Blöcke und deren eventuelle Eskalation;
- Zusammenbrüche von Subimperialismen mit der Folge revolutionärer Prozesse oder nationaler Unabhängigkeitskämpfe größeren Ausmaßes in der ,,3. Welt''. Zusammenstöße mit Subimperialismen samt evtl. Eskalation wie im Malvinas-Krieg u.a.;
- Zusammenstöße auf dem enger werdenden Weltmarkt zwischen imperialistischen Konkurrenten.

Als Produkt von im Einzelnen unkalkulierbaren globalen Wechselwirkungen und angestoßen von der inneren Dynamik einzelner politischer Zusammenhänge, Gesellschaften oder Sektoren können solche Brüche den derzeit relativ stabilen Erpressungs-Eskalationskurs jederzeit und an belie-

— Zusammenstöße auf dem enger werdenden Weltmarkt zwischen imperialistischen Konkurrenten.
Als Produkt von im Einzelnen unkalkulierbaren globalen Wechselwirkungen und angestoßen von der inneren Dynamik einzelner politischer Zusammenhänge, Gesellschaften oder Sektoren können solche Brüche den derzeit relativ stabilen Erpressungs-Eskalationskurs jederzeit und an belie-

bigen Orten, aber mit zunehmender Wahrscheinlichkeit aufbrechen. Da den verantwortlichen imperialistischen Militärs und Regierungen dies durchaus bekannt ist, besteht eben dadurch noch die zusätzliche Gefahr präventiver Kriegshandlungen seitens der NATO, und hier besonders seitens einer im Zentrum einer Risiko-Zone liegenden BRD, für die die Reaktionen der von ihr in die Enge getriebenen SU in dem Maße unkalkulierbar werden, in dem deren Einkreisung, Abschnürung und konkrete Bedrohung durch gezielte Schläge zunimmt. D.h. in demselben Maß, in dem sich der Imperialismus auf Kosten der SU und der ,,3. Welt'' weiter relativ stabilisiert, wächst zugleich die Gefahr der kriegerischen Konfrontation. Die relative Ruhe auf dem Globus (relativ gemessen an einem Weltkrieg) ist eine zunehmend trügerische. **Das** ist die Dialektik der gegenwärtigen Phase der relativen Stabilität des Imperialismus.

Das gilt auch für die BRD im Zusammenhang der EG. Weit entfernt davon, ein bloßer Vasall der USA zu sein, verfolgt die BRD durchaus **eigene** Interessen im Rahmen der gemeinsamen imerperialistischen Offensive gegen die SU und die ,,3. Welt'' - als traditioneller wie aktueller antikommunistischer Stoßkeil des Westens gegen die SU und die ,,Bedrohung aus dem Osten'' haben die BRD-Imperialisten zudem noch ein weiteres Interesse an ,,Zurückdrängung'' der SU (Teilung Deutschlands u.ä.). Militärisch muß gerade den BRD-Imperialisten daran gelegen sein — zum drittenmal in ihrer Geschichte — die Offensivdoktrin des ,,air-land-battle'', die da heißt: ,,In die Tiefe des Gegners'', umzusetzen, um soweit wie möglich aus dem ,,Schußfeld'' möglicher kriegerischer Handlungen herauszukommen und diese in die SU oder an andere Schauplätze des Globus zu verlagern.

Das alles heißt: Die besonderen Interessen des BRD-Imperialismus verschärfen noch den allgemeinen Druck auf die SU und ihre unmittelbaren oder potentiellen Bündnispartner. So ist auch jeder weitere Ausbau der konventionellen ,,Verteidigung'' ein weiterer Schritt ,,in die Tiefe des Gegners'' und damit — entgegen dem Anschein der Harmlosigkeit, gemessen an der atomaren ,,Nachrüstung'' — ein weiterer Schritt auf dem Weg zu kriegerischen Auseinandersetzungen mit der SU oder einer ihrer Bündnispartner und damit der Gefahr eines generellen Kriegsausbruchs.

Es liegt auf der Hand, daß die westdeutschen Imperialisten angesichts dieser Lage das allergrößte Interesse an einem ,,ruhigen Hinterland'' innerhalb der eigenen Grenzen und, womöglich, noch darüber hinaus im EG-Bereich haben — solange das irgend geht und wie immer es zustandekommt. Optimal wäre vielleicht eine aktive Unterstützung der Offensivpläne durch die Bevölkerung. Wenn das aber innenpolitisch nicht greift und außenpolitisch möglicherweise z.Z. nicht besonders opportun erscheint, dann wenigstens eine passive Duldung. Ganz und gar ungünstig aber wären — ich mag's bald gar nicht aussprechen, weil scheinbar so selbstverständlich — innere Unruhen, erst recht solche, die sich

wäre vielleicht eine aktive Unterstützung der Offensivpläne durch die Bevölkerung. Wenn das aber innenpolitisch nicht greift und außenpolitisch möglicherweise z.Z. nicht besonders opportun erscheint, dann wenigstens eine passive Duldung. Ganz und gar ungünstig aber wären — ich mag's bald gar nicht aussprechen, weil scheinbar so selbstverständlich — inne-
re Unruhen, erst recht solche, die sich

gegen die Kriegsvorbereitungspolitik selbst richten. Damit sind die aktuellen Prioritäten für die generelle Strategie des Staates gegen Protestbewegungen, speziell gegen die Friedensbewegung, benannt.

Präventive Kontinuität ...

Die gegenwärtige Konfliktdämpfungsstrategie, wie sie von CDU/CSU und FDP als Regierungskoalition verwaltet und von der SPD in der Opposition voll mitgetragen wird (siehe Teil I dieses Artikels in AK 246, S. 11 - 15), ist keineswegs neu. Sie ist lediglich die zeitgemäße Variante der Ruhigstellungsstrategien des BRD-Imperialismus gegenüber ,,seiner'' Bevölkerung seit 1945. Neu sind lediglich Umstände und Ausmaße der Massenproteste, gegen die sich diese Strategie bewähren mußte und im Sinne der Herrschenden auch bewährt hat: Die Präventionsrechnung des Staates ist weitgehend aufgegangen und die Linke hat z.T. nolens, z.T. volens mitgespielt. Cést ca! Werfen wir einen Blick zurück im Zorn!

Nach 1945 ...

Nach 1945 bestand das Hauptziel des deutschen Imperialismus in ungestörter Restauration und möglichst rascher und stabiler Wiedergewinnung seiner ökonomischen und tendenziell auch politischen Macht. Dazu gehörte die außenpolitische und innenpolitische Zurückdrängung des Sozialismus bei gleichzeitigem Anschluß ans imperialistische Bündnissystem. Charakterisierendes Stichwort für die daraus resultierende Politik war folgerichtig: Containment — Eindämmungspolitik.

Mit der Eindämmungspolitik gegenüber der KPD zogen die westdeutschen Imperialisten die ihnen gemäße Lehre aus dem Faschismus und vollstreckten sein Testament auf ihre Art: Von deutschem Boden sollte nie wieder ein Revolutionsversuch oder auch nur eine schwerwiegende Störung ihrer Herrschaft ausgehen können ...! Die politische Liquidierung der Reste der vom Faschismus nicht vernichteten revolutionären Potenzen war der erste Akt der Prävention des zu neuer Weltgeltung aufbrechenden BRD-Imperialismus, Motto: Vorsorge ist besser als Heilen!

Nach dem Verbot der KPD herrschte in der BRD der 50er bis in die Mitte der 60er Jahre politische Friedhofsruhe, die dem westdeutschen Imperialismus wie gewünscht die ungestörte Expansion ermöglichte. In den politischen Sprachgebrauch ist die so hergestellte politische Stituation als ,,Modell Deutschland'' eingegangen: Befriedung der Masse der Bevölkerung durch wirtschaftliche Zugeständnisse und ,,Sozialstaats-Garantien'' auf der einen, politische Isolierung und Zerschlagung revolutionärer Organisationen (Anm. 1) auf der anderen. Imperialisten anderer europäischer Länder haben ihre BRD-,,Kollegen'' um diese Konstellation in der Vergangenheit beneidet. Im übrigen — für die, die es vielleicht nicht wissen: Das KPD-Verbot gilt noch heute unverändert! Kernbestandteile dieser Politik der Eindämmung waren:

- Spaltung Deutschlands; nach anfänglichem Zögern (siehe Morgenthau-Plan, der Deutschland zur Wiese machen sollte) Integration der alliierten West-Zonen Deutschlands in den imperialistischen Weltmarkt; Entwicklung der BRD zum Stoßkeil des ,,Kalten Krieges'' gegen die SU;
- Währungsreform und Entwicklung eines Programms der ,,sozialen Marktwirtschaft'', später bekannt geworden als ,,Wirtschaftswunder'', mit dem die ,,Hungerdemonstrationen'' und sozialen Unruhen der Jahre direkt nach '45 aufgefangen und die Ideologie des gemeinsamen Neuanfangs und des Sozialstaats verankert wurde;
- Spaltung der im antifaschistischen Widerstand gewissermaßen zwangsvereinigten sozialistischen Kräfte von SPD und KPD durch die SPD. Entwicklung einer planmäßigen Isolierungsstrategie gegenüber der KPD, die auf Grundlage allgemeiner antikommunistischer Hetze aus Stadträten und Parla-

und des Sozialstaats verankert wurde;
— Spaltung der im antifaschistischen Widerstand gewissermaßen zwangsvereinigten sozialistischen Kräfte von SPD und KPD durch die SPD. Entwicklung einer planmäßigen Isolierungsstrategie gegenüber der KPD, die auf Grundlage allgemeiner antikommunistischer

Hetze aus Stadträten und Parlamenten, über Reversepolitik aus dem DGB, und mit juristischen und polizeilichen Mitteln aus dem öffentlichen Leben gedrängt wurde, bis sie 1956 endgültig verboten wurde. Ein Großteil ihrer Funktionäre wurde inhaftiert oder durch Haftbefehl aus der BRD vertrieben. Durch das ausdrückliche Verbot von ,,Tarn''- und ,,Nachfolgeorganisationen'' waren auch antifaschistische und demokratische Organisationen und Gruppen von dem Verbot betroffen oder bedroht (2).

Erschütterungen in den 60ern

Die Erschütterung des imperialistischen Systems in den 60ern brachte — ausgehend von den USA — in Europa erstmalig nach 1945 wieder Unruhen größeren Ausmaßes und eine Erneuerung revolutionären Gedankenguts in Teilen der studentischen Jugend und der kleinbürgerlichen Intelligenz hervor. Zu erinnern ist an den ,,französischen Mai '68'', als de Gaulle bereits drohte, Panzer gegen die Arbeiter und Studenten rollen zu lassen, an den ,,heißen Herbst '69'' in Italien, wo sich streikende Fiat-Arbeiter und revolutionäre Studenten unter Parolen wie ,,vogliamo tutto e subito'' (,wir wollen alles und sofort') zusammenfanden, an die ,,Oster-Unruhen'' in der BRD 1968,als u.a. die Springer-Hochburgen (tatsächlich ...) bestürmt wurden. Die Krise hatte zu einer ökonomischen und politischen Erschütterung der bis dahin relativ bruchlosen Nachkriegsrestauration des Kapitalismus, vor allem in Westeuropa, geführt und brachte erstmals revolutionäre Studenten und Ar-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

beiterklasse wieder in engere Berührung miteinander.

Die Unruhen waren, wiewohl erschreckend und überraschend, doch keine ernsthafte Bedrohung für die herrschende Klasse, selbst in Frankreich nicht. Sie wurden von den Herrschenden jedoch als Warnung verstanden, der Herausbildung neuer revolutionärer Kräfte und ihrer evtl. Verbindung mit möglichen zukünftigen Massenunruhen rechtzeitig und gründlich vorzubeugen. Insbesondere erkannten die Herrschenden, daß das zur Zerschlagung der Reste organisierter Parteitätigkeit durchaus taugliche und ausreichende staatliche Instrumentarium für eine präventive Verhinderung und Unterdrückung **neu** entstehender Unruhen und **neu** entstehender revolutionärer Kräfte nicht differenziert genug sein würde.

Anders gesagt: Die undifferenzierte Konfrontation eines ziemlich plump und schematisch reagierenden Staats- und speziell Polizeiapparats rief — wie 1968 in einer gründlichen Analyse des Verfassungsschutzes unter dem damaligen Innenminister Benda nachgewiesen wurde — ,unnötige Solidarisierungen' hervor, die es in Zukunft durch Entwicklung differenzierterer politischer und polizeilicher Methoden wie durch Aufbau eines differenzierteren Instrumentarium der ,,Inneren Sicherheit'' zu vermeiden gelte. Ziel: Ein Überspringen radikalen oder gar revolutionären Gedankenguts auf unzufriedene Teile der Arbeiterschaft oder anderer Bevölkerungsteile ,im Keim' zu ersticken (3).

In der BRD fiel diese Aufgabe in erster Linie der SPD zu, die erst in der Großen Koalition mit der CDU/CSU, dann in der Koalition mit der FDP die konzeptlose und abgewirtschaftete CDU/CSU in der Regierungsverantwortung ablöste. Ihre Aufgabe lautete: Integration der aktuellen Proteste zum einen, präventive Eindämmung zukünftiger revolutionärer Kräfte und ihres möglichen Einflusses auf mögliche soziale Unruhen zum zweiten und die Reform des Herrschaftsapparates im Sinne der geforderten Differenzierungsfähigkeit zum dritten.

Dementsprechend trat die SPD mit einem umfassenden Befriedungsprogramm der ,,Inneren Sicherheit'', sowie einer vorsichtigen Politik der ,,äußeren Sicherheit'' an, Stichwort: ,,Wandel durch Entspannung'', das seitens des KB 1972 als Programm der ,,*schrittweisen Faschisierung von Staat und Gesellschaft*'' charakterisiert wurde. Andere politische Kräfte fanden andere Begriffe für eine vergleichbare Grundeinschätzung wie ,,Rechtsentwicklung'' (DKP) u.a., wie ,,präventiver Staatsschutz'' (Cobler), wie ,,Polizeistaatsentwicklung'', ,,Überwachungsstaat'' (,,Stern'', ,,konkret'', u.a.). (4)

Anzeige

Soeben erschienen

Kernpunkte des ‚Sicherheitsprogramms"

der SPD in der Phase von 68/69 bis ca. 1977 waren:

1) Versprechen und vereinzelt auch Einleitung sozialer Reformen in diversen gesellschaftlichen Bereichen. Später erwiesen sich die angekündigten Reformen als hohle Eier. Darauf soll hier nicht weiter eingegangen werden (5).

2) Vorübergehende Liberalisierung der rechtlichen Verfassung der BRD, einschließlich einer Amnestie für die Demonstrationstäter von 68/69, Zulassung der DKP als grundgesetztreue kommunistische Partei, bei gleichzeitiger Verabschiedung der Notstandsgesetze und — 1973 — nochmaliger Bekräftigung des KPD-Verbots und Praktizierung von Berufsverboten.

3) Duldung von ,,K-Gruppen'', aber zugleich gezielte Einschränkung, Isolierung und Kriminalisierung revolutionärer oder auch nur radikaler Minderheiten in allen gesellschaftlichen Bereichen: Einschränkung der politischen Tätigkeit im Betrieb durch Neufassung des Betriebsverfassungs-Gesetzes, Reverve- und Rausschmißpolitik der Gewerkschaften, Kriminalisierung der Presse der ,,Neuen Linken'' bis hin zu einigen schweren Haftstrafen für verantwortliche Funktionäre von KBW und ,,KPD''. Schließlich — last not least — die Entfaltung der berüchtigten Anti-Terror-Kampagne mit der Aktualisierung des alten antikommunistischen, politisch-ideologischen Instrumentariums zur Verfolgung militanter Minderheiten und revolutionärer Propaganda in Gestalt der ,,Anti-Terror-Geetzgebungen'', speziell der Nutzung des § 129 (kriminelle Vereinigung) und Neuschaffung des § 129a (,,terroristische Vereinigen'').

4) Reform und Ausbau des Herrschaftsapparats selbst, d.h. neben der quantitativen personellen und technischen Aufstockung in gigantischen Maßen vor allem: Schaffung zentralisierter einheitlicher Führungsebenen zum einen bei Differenzierung der Einsatzmethoden, -kräfte und -mittel zum anderen. Grundlage: Effektivierung durch Verwissenschaftlichung, Technisierung und Rationalisierung. Besonders zu erwähnen sind dabei:

- Ausarbeitung neuer Führungsstrategien (H. Herold, A. Stümper u.a.); Aufbau eines wissenschaftlichen Apparats; Computerisierung und Automatisierung in gigantischem Maßstab, führend und beispielgebend für Europa;
- Ausbau des stehenden Polizeiheeres für den Einsatz gegen Massen in Form des BGS, der Bereitschaftspolizeien sowie der Erhöhung der allgemeinen Polizeidichte von vormals 1:500 oder 1:400 auf heute 1:200 und mehr;
- Wiederaufbau eines außerhalb der ,,normalen'' Polizei mit Sondervollmachten, Sonderausbildung und Sonderauftrag agierenden Zweiges eines Geheimpolizei, die — obwohl grundgesetzlich untersagt — die Funktion von Geheimdiensten und Polizei miteinander vereint. Neueste Entwicklung ist der eben gemachte Ansatz der Innenminister-Konferenz (IMK), diese Geheimpolizei auch als ,,undercover agents'' legalisieren zu lassen. Ziel: Eindringen in ,,konspirativ arbeitende'' Banden, ,,gezieltes Zugreifen'', ,,operative Bekämpfung des Verbrechens'' schon ,,an der Wurzel'', um es ,,im Keim'' zu ersticken.

Diese drei Bereiche der Polizeireform bilden eine integrierte Einheit im Konzept der ,,Inneren Sicherheit'' von 68/69 und den ,,Programmen Innere Sicherheit'' I und II von 1972 und 1974: a) Generelle präventive Überwachung; b) allgemeine Einschüchterungspräsenz; c) spezielle Greif- und Geheimtrupps zur ggflls. auch gewaltsamen Ausschaltung militanter Minderheiten, bzw. als solcher ausgegebener Gruppen. Eine neugeschaffene Führungsebene in Form der nach Bund-Länder-Kommunal- und ,,ad hoc''-Ebenen gestaffelten computergestützten Einsatz-Lagezentren garantiert ,einheitliche Führung bei differenziertem Einsatz'. Im Unterschied zu den Zeiten vor der Reform agierten nunmehr die verschiedenen Sparten des Polizeiapparats nicht mehr vertikal nebeneinander, sondern — auf der jeweiligen opportunen Einsatzebene — horizontal miteinander abgestimmt. Damit war die Grundlage für die einheitliche dynamische Führungs- und Einsatzstruktur geschaffen, die der Differenzierung der Einsatzmittel und -methoden erst Sinn, Effektivität und weitere Entwicklungsmöglichkeiten gab. Die Schaffung dieses Systems computergestützter Lagezentren (mit Rund-um-die-Uhr-Betrieb) ist der eigentliche Kern der Reform des Herrschaftsapparates durch die SPD (6).

Weiterer Bestandteil der Reform, ebenfalls an dieses System der Lagezentren angeschlossen und in Wechselwirkung mit deren Entwicklung betrieben:

5) die Rationalisierung des allgemeinen kommunalen und sonstigen Verwaltungsapparates, insbesondere Straffung des Melde(un)wesens und der Verbindungswege zwischen kommunalen und sonstigen Verwaltungsorganen und der Polizei — siehe hierzu auch Stand und Entwicklung der geplanten Einführung der maschinenlesbaren Personalkarte und vor allem des sie tragenden Speicherungs- und Normierungssystems bei Polizei, Verwaltung und ,,Wirtschaft'' (7).

6) Zu erwähnen auch die Reformen der ,,ineren Führung'' bei der Bundeswehr, die auch in diesem Zusammenhang ihre Bedeutung haben.

Höhepunkt: Der „Deutsche Herbst" 1977

Höhepunkt der ersten Phase der ,,Reform der Inneren Sicherheit'' sowohl in Bezug auf die Isolierungsstrategie gegenüber der ,,Neuen Linken'' als auch der damit in nützlicher Weise vequickten Entwicklungen und Einübungen des Apparates, bildete der kalte ,,Herbst '77'': Der Allparteienkrisenstab demonstrierte während der Schleyer-Entführung, einer für den westdeutschen Imperialismus zwar extremen, aber an sich ungefährlichen Herausforderung durch die selbst in der radikalen Linken zu diesem Zeitpunkt bereits isolierte RAF, erstmals die Funktionstüchtigkeit des neugeschaffenen Apparates. Er demonstrierte darüberhinaus exemplarisch seine Bereitschaft und Fähigkeit, die Staatsräson über alles, selbst über eine seiner profiliertesten Charaktermasken wie den ,,Arbeitgeberpräsidenten'' und Alt-Nazi M. Schleyer zu stellen — ganz zu schweigen von der Gefährdung der Geiseln und der Erschießung der Entführer/innen in Mogadishu und den ,,Selbstmorden'' in Stammheim und Stadelheim.

Gemeint waren damit — das sei hier gesagt, um Mißverständnisse zu vermeiden — selbstverständlich nicht nur die Aktionen der RAF, ja nicht einmal wesentlich die Aktionen der RAF, sondern vor allem auch die radikalen Formen des Widerstands, die sich aus der Anti-AKW-Bewegung entwickelt hatten. Es sei hier nur an die aufsteigende Reihe ,,Brokdorf 1, 2, 3'', Grohnde, Kalkar erinnert, wo zwanzig-, dreißig- oder fünfzigtausend Menschen zu militantem Widerstand gegen die voll aufmarschierte Justiz-und Polizeimaschinerie bereit waren. Parallel zu seinen Maßnahmen gegen die Schleyer-Entführer inszenierte der Polizeiapparat u.a. den über alle Bundesländer koordiniert laufenden äußerst massiven Einschüchterungs- und Verhinderungseinsatz gegenüber der geplanten Kalkar-Demonstration am 24.9.77. Die RAF-Aktion war nur die extremste Zuspitzung zwischen Staatsapparat und militantem Protest, die zugleich wegen ihrer völligen Isolierung von der sonstigen Bewegung bestens geeignet war, daran der militanten Linken eine exemplarische Niederlage beizubringen und die Spaltung, mit einem Begriff der damaligen Diskussion, die Entsolidarisierung zwischen gemäßigten und radikalen Teilen der ,,Neuen Linken'' und ihrem demokratischen Umfeld voranzutreiben.

Daß dies zu einem großen Teil gelang, beweist die Distanzierungswelle, die nach der Schleyer-Entführung und selbst nach den ,,Selbstmorden'' von Stammheim und Stadelheim durch die Linke und die demokratische Öffentlichkeit schwappte. Nichtsdestoweniger demonstrierte die Krisenstabspolitik des Herbstes '77 auch, daß die Bevölkerung der BRD — trotz des gigantischen und geradezu hysterischen propagandistischen Aufwands — im größeren Maßstab nicht für eine **aktive** Beteiligung an der Jagd auf Terroristen und ,,K-Gruppen'' gewonnen werden konnte: Trotz Einrichtung von Sondertelefonleitungen bei den Fernsehanstalten und der Polizei blieb es bei ca. 5.000 Tips aus der Bevölkerung, was in der Auswertung der Polizei bitter beklagt wurde. 5.000 Tips waren schlimm genug für die Vergiftung des politischen Klimas, aber es war nicht die von den Strategen des ,,Inneren Sicherheit'' gewollte aktive Parteinahme für die Ziele dieses Staates, sondern in der Mehrheit ein passives Hinnehmen, bei einer relevanten Minderheit übergehend in eine zwar ebenso passive, sich unterordnende, aber für die Herrschenden dennoch unangenehme Entfremdung von Zielen und Methoden dieses Staates.

„Liberalisierung" — Differenzierung, Effektivierung

Der ,,Deutsche Herbst'' war nicht nur der bisherige Höhepunkt der rasanten inneren Aufrüstung seit 67/68. Er wurde für den BRD-Imperialismus zugleich zur Gelegenheit wie auch zum Anlaß einer Schwerpunktverschiebung bei der weiteren Entwicklung des ,,Programms Innere Sicherheit''. Noch im Herbst '77 wurde eine ,,Ausbauplanung innere Sicherheit 78 - 81'' beschlossen, die sowohl politisch als auch strukturell die Konsequenzen aus dem Erreichten zog: Sie enthielt neben der Bewilligung weiterer umfangreicher Mittel zum materiellen Ausbau von BKA, VS, BGS usw. u.a. den Beschluß zur offiziellen Einrichtung einer sog. ,,Bund-Länder-Kommission'', deren Aufgabe die ,,Entwicklung einer Gesamtstrategie'' sein sollte, vor allem; ,,*breite Bevölkerungsschichten in die Lage (zu) versetzen, eine aktive Rolle in der Auseinandersetzung mit dem politischen Extremismus zu übernehmen.*'' (8). Wohlgemerkt: Hier ist nicht nur von der RAF u.ä., sondern vom ,,politischen Extremismus'' insgesamt die Rede.

Die Kommission wurde direkt dem Bundes-Innenministerium angegliedert. Ihr gehörten u.a. an: Der Generalbundesanwalt, das Bundesamt für Verfassungsschutz, das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, das Bundeskriminalamt und Vertreter der Länder-Innenministerien. Leiter war der Vizepräsident des BKA, Rupprecht, Sprecher Dr. Alfred Stümper, damals noch Ministerialdirigent im baden-württembergischen Innenministerium (9). Erste Aktion dieser Kommission war eine ,,Aufklärungs- und Informationskampagne'' gegen das zu dieser Zeit in Planung befindliche ,,Russell-Tribunal gegen Repression in der BRD'' (10). Es folgten weitere Maßnahmen entweder direkt seitens der Kommission oder von ihr angeregt, zumindest aber auf der durch ihre Einsetzung vorgezeichneten Linie der ,,Aufklärung'' und des ,,Dialogs''.

- An die Stelle der ,,Zielfahndungs''-Menschenjagden mit tödlichem Ausgang wie in den Jahren der direkten RAF-Verfolgung 1972-77 trat zum Teil der ,,Dialog mit dem Terrorismus'' (11), der vom Effekt her Zermürbungspropaganda und Vernichtungshaft an die Stelle der Liquidation auf offener Straße setzte. Im übrigen fanden Gespräche über und zum Terrorismus mit und ohne Beteiligung ehemaliger Terroristen in allen relevanten gesellschaftlichen Bereichen unter dem Stichwort ,,geistige Auseinandersetzung mit dem Terrorismus'' statt, die vor allem auf die Integration der ,gefährdeten Jugend' zielten.
- Direkt aus dieser Tradition und getragen durch eine ebenfalls von A. Stümper — sorry, es ist so! — geleitete Arbeitsgruppe der IMK zur Entwicklung einer Präventionspolitik im Jugendbereich resultierte Anfang der 80er Jahre auch der ,,Dialog mit der Jugend'', mit dem auf die ,gutwilligen Teile' der Hausbesetzerbewegung eingewirkt werden sollte (12).
- An die Stelle des im Herbst '77 massiv erhobenen Rufs nach Verbot der ,,K-Gruppen'' und einer Eindeckung ihrer Presse mit Prozessen trat — um das mal so zu nennen — eine tendenziell massenhafte juristische Einzelfallbehandlung der Aktivisten und Aktivistinnen vor Ort, in kleinen Gruppen usw.

Damit wurde der Staatsapparat dem sichtbaren Zerfall der Zirkel in einen Pluralismus undogmatischer linker Gruppen gerecht, gleichzeitig mit dieser Methode den Prozess der Zersplitterung und Entsolidarisierung fördernd. Im übrigen verlegte sich der Staatsschutz zunehmend und ausdrücklich darauf, den Zerfallsprozess der ,,K-Gruppen'' nicht durch Repression, sondern durch politische Einwirkung ,,von innen'' und von außen zu fördern, um unnötige Solidarisierungen mit den Gruppen und Radikalisierungen in den Gruppen zu vermeiden — sondern sie sich totlaufen zu lassen ... (13).

Die allzu offenen Angriffe auf demokratische Rechte wie im Fall der Berufsverbote und die allzu offensichtliche Einschränkung bürgerlicher Freiheiten durch den neugeschaffenen ,,Sicherheitsapparat'' wie die berüchtigte ,,Beobachtende Fahndung'' BeFa 7 mit der ,,Rasterfahndung'', worüber sich nicht nur die Linke, sondern eine breitere Öffentlichkeit bürgerlich-demokratischer Kräfte im Inland und im Ausland zu empören begann (14), wurden offiziell zum ,,Irrtum'' er-

kratischer Kräfte im Inland und im Ausland zu empören begann (14), wurden offiziell zum ,,Irrtum'' er-

klärt (Brandt im Fall der Berufsverbote), als ,,Übergriffe'' einesübereifrigen Apparats korrigiert und durch Auswechseln des verantwortlichen Ministers Maihofer demonstrativ zugegeben. Schließlich wurden sogar ,,Liberalisierungs''-Absichten gegenüber den im Zuge der ,,Anti-Terrorismus''-Gesetzgebung verschärften Strafrechtsbestimmungen wie dem Kontaktsperregesetz u.ä. angekündigt.

Tatsächlich bedeutete diese ,,Baum'sche Liberalisierung'' im wesentlichen keineswegs ein ,,Zurückfahren'' des Rechtskurses seit 68/69 oder etwa eine Zurückstutzung der Kompetenzen und Mittel des Apparats u.ä., sondern im Gegenteil seine Effektivierung im Sinne seiner genaueren Zielorientierung, d.h. der präziseren Differenzierung des ,,polizeilichen Gegenübers': Gezielteres und laufloseres Vorgehen gegen linke Kerne bei gleichzeitiger Beruhigung der aufgekommenen öffentlichen Kritik ,unbeteiligter, und ,unbescholtener' Bürger.

Anders gesagt: Die Jagd auf Linke und der allgemeine Rechtskurs des Staatsapparates sowie auch der übrigen Gesellschaft, in der auch Nazismus wieder hoffähig wurde, hatten doch immerhin dazu geführt, daß größere Teile der Bevölkerung von dieser Entwicklung in Mitleidenschaft gezogen wurden, sich gegen die Ausweitung bestimmter Maßnahmen auf ,,Unbeteiligte'' zu wehren begannen und somit Solidarisierung und demokratischer Widerstand zustandekam. Für die Strategen der ,,Inneren Sicherheit'' erschien es opportun und an der Zeit, die Differenzierung zwischen ,,unbescholtenen Bürgern'' und ,,Chaoten'' ge-

Da hat doch einer nicht richtig aufgepaßt ...?

In Sennelager übte der BGS die Niederschlagung eines Streiks

Kontroverse wegen Bericht im „stern" / Innenministerium spricht von Fälschungen, gibt Darstellung aber teilweise recht

Von unserem Korrespondenten Volkmar Hoffmann

BONN, 29. Mai. Ein Bericht der Illustrierten „stern" über eine Übung des Bundesgrenzschutzes (BGS) auf dem Truppenübungsplatz Sennelager, bei dem letzte Woche fünf Tage lang die „Bekämpfung innerer Unruhen" simuliert wurde, hat zu einer heftigen Kontroverse zwischen dem Bundesinnenministerium und der Illustrierten geführt. In seiner neuen Ausgabe berichtet der „stern" unter der Schlagzeile „Üben für den Bürgerkrieg", daß bei einem BGS-Manöver mit schweren Waffen auf dem Truppenübungsplatz der britischen Rheinarmee — Sennelager bei Bielefeld — die Niederschlagung eines Streiks miteinbezogen gewesen sei. „Der anhaltende Streik der Tarifparteien um die 35-Stunden-Woche hat das angespannte innenpolitische Klima entscheidend verschärft", heißt es dazu in dem Übungsplan. Die DGB-Führung habe „die Kontrolle über ihre Mitgliedsgewerkschaften verloren". Es gelte, die Ordnung wiederherzustellen.

Der Sprecher des Bundesinnenministeriums, Wighard Härdtl, bezeichnete diese Lagebeschreibung als „Horrorgemälde" und nannte einige dazu veröffentlichte faksimilierte Dokumente „Fälschungen" beziehungsweise „Versuch von Täuschungen". Nach seiner Darstellung waren achtzehn Hundertschaften des Grenzschutzkommandos Mitte (Führungsstab in Kassel) in der Zeit vom 21. bis 25. Mai an der Schießübung beteiligt. Insgesamt habe es sich um 54 Züge mit 1612 Grenzschutzbeamten gehandelt. Lediglich einer der Zugführer habe für seine Einheit eine solche Lagebeschreibung gegeben.

Das BGS-Kommando in Kassel hatte Zugführern die Vorgabe einer „realistischen Lage" befohlen, nach denen die Übung dann ablaufen sollte. Im „stern" sind zwei dieser Dokumente im Auszug veröffentlicht, bei denen es sich nicht um Geheimpapiere handelt. Ein großer Teil der Lagebeschreibung war schon vor dem Abtransport nach Sennelager an den Schwarzen Brettern der BGS-Kasernen in Nordhessen ausgehängt.

Das Innenministerium kündigte nach der ersten, scharfen Reaktion am Dienstag an, es werde die Darstellungen der Manöver-Ausgangslagen aller 54 Zugführer und der 18 Hundertschaftenführer überprüfen. Ob dann Maßregelungen erfolgen, ist noch offen. Härdtl nannte jeden Bezug zu brisanten innenpolitischen Ereignissen und zu lebenden Personen als „höchst unglücklich". Der Chef der Einheit, BGS-Kommandeur Egon Schug, habe wohl keine Kenntnis von den einzelnen Lagebeschreibungen gehabt.

Das vom „stern" zitierte Papier des Führers des dritten Zuges ging unter anderem von einem Schwerpunktstreik in Baden-Württemberg und Hessen, von einer Beteiligung von IG Metall, IG Druck, der ÖTV und anderer Gewerkschaften, von der Entführung von Arbeitgeberpräsident Otto Esser und einer Serie von Bombenanschlägen aus. Die Lagebeschreibung war auf den 21. Mai datiert und am 9. Mai konzipiert worden.

Nach Angaben des Innenministeriums begann die Vorbereitung des BGS-Manövers Ende 1983, also zu einer Zeit, als von einer Streikwelle noch keine Rede gewesen sei. Solche Übungen mit schweren Waffen seien „fast Tradition" beim BGS. Die Planungen dazu liegen in der Hand des Heeresamtes der Bundeswehr in Köln.

Zu dem „stern"-Bericht liegen erste Stellungnahmen vor. Der DGB-Bundesvorstand bezeichnete es als „unglaublich", daß Einsätze gegen Gewerkschaftsmitglieder geübt würden. Der hessische DGB-Vorsitzende Jochen Richert wies auf die Unzulässigkeit eines BGS-Einsatzes gegen Streikende hin. Der FDP-Bundestagsabgeordnete Burkhard Hirsch sagte: „Bei diesen Bürgerkriegsspielen handelt es sich um eine katastrophale Fehlleistung der inneren Führung des BGS." Der Vorgang sei nicht mit dem Hinweis zu entschuldigen, daß die Ausgangslage auf unterer Ebene erfunden worden sei. Hirsch war der Meinung, daß die Sache im Innenausschuß des Bundestages behandelt werden solle.

(Siehe auch Seite 3.

aus: FR, 30.5.1984; siehe dazu den Artikel: ,,Aussperrung, Arbeitsgerichte und Polizei — Verrechtlichung und Verstaatlichung des Arbeitskampfes'' in diesem AK

aus: FR, 30.5.1984; siehe dazu den Artikel: ,,Aussperrung, Arbeitsgerichte und Polizei — Verrechtlichung und Verstaatlichung des Arbeitskampfes'' in diesem AK

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

nauer vorzunehmen. Das bevorstehende Russell-Tribunal dürfte die Herrschenden entsprechend nachdenklich gestimmt haben. Diese ganze Situation darf sich die Linke durchaus auch als Verdienst ihres unermüdlichen Kampfes gegen den Abbau demokratischer Rechte anrechnen.

Andererseits gaben die Niederlage der RAF und der sichtbare Zerfall der ML-Linken und ihr sich andeutendes Einschwenken auf den parlamentarischen Kurs einer sozialistischen Reformpartei grünen Zuschnitts vor dem Hintergrund einer in ihrer Gesamtheit trotz allgemein besonders von der gewerkschaftlichen Linken beklagten, Reallohn- und Sozialabbau relativ ruhig bleibenden Bevölkerung die Grundlage dafür, den notwendigen leiseren Einsatz des inzwischen ausreichend differenzierten Apparates „Innere Sicherheit" auch entsprechend in die Wege zu leiten, um die ‚unbeteiligte' Bevölkerung weniger zu beunruhigen. So wurden die Berufsverbote nicht aufgehoben, sondern zu Auslesekriterien im Zuge der normalen Ausbildung und des dort herrschenden Konkurrenzdrucks transformiert. So wurde die derzeit vom „Stern" u.a. als „GeStaPo-Methode" kritisierte Zusammenarbeit von Polizei, VS, neuen Sonderkommandos und anderen Sparten des Staatsschutzes inzwischen über die Vorschläge der IMK zur „V-Mann-Regelung" und „under cover agents" auf den Weg der Legalisierung gebracht u.a.m. Desgleichen lassen sich eine Kette von Beispielen bringen. Begründung für solche „Liberalisierungs"-Maßnahmen war und ist bei allen „Sicherheits"-Strategen — von Stümper bis Pawelczyck, von CSU bis SPD — immer und erklärtermaßen die Erwartung bzw. auch Befürchtung schwerer innenpolitischer Massenunruhen, auf die es sich vorzubereiten gelte, die aber „noch" zu vermeiden seien, solange es irgend geht (15).

Strategisch zielt die gewünschte innenpolitische Entwicklung, oder um es in einem Modewort zu sagen: Die bevorzugte „Option", der Strategen des westdeutschen Imperialismus auf eine präventive Normierung der Bevölkerung vor dem Hintergrund einer angedrohten, exemplarisch, demonstrativ in der Vergangenheit und auch in der Gegenwart immer neu vorgeführten, jederzeit ausweitbaren, aber nach Möglichkeit zu vermeidenden, unmittelbaren Repression. Notwendiger Bestandteil der allgemeinen präventiven Normierung der Bevölkerung, die als ihr strategisches Optimum auf eine vorweggenommene Selbstnormierung und Zurückhaltung zielt, ist dabei die Selektion unliebsamer Minderheiten und ihre exemplarische Isolierung, Abstrafung und ggfls. auch Liquidierung.

Die durch die SPD-Reform zur „Inneren Sicherheit" ermöglichte Dynamisierung des imperialistischen Herr-rung.

Die durch die SPD-Reform zur „Inneren Sicherheit" ermöglichte Dynamisierung des imperialistischen Herrschaftsapparates nach dem Prinzip der einheitlichen Führung bei differenzierter Aktion, der Vorbereitung auf „das Schlimmste", aber differenzierten Eindämmung und operativen Lösung des Konflikts vor Ort, der gigantischen computerisierten Informationszentralisierung und Durchleuchtung der Gesellschaft in den Führungszentralen zur Freisetzung einer von jederzeit zur Verfügung stehenden Detailkenntnissen ermöglichten und geleiteten Fahndungsinitiative gegenüber einzelnen oder Gruppen bildet die apparative und methodische Grundlage für eine solche Option (16).

Es gilt heute festzustellen, daß der Auftrag, mit dem die SPD/FDP 1967/68 antrat, bei Übergabe der Regierungsverantwortung an die jetzige CDU/CSU/FDP-Koalition in wesentlichen Punkten erfüllt war, auch wenn die SPD dabei als Regierungspartei verschlissen und der von ihr repräsentierte Konsens zunehmend brüchiger wurde:

— Die Bevölkerung bejaht nach wie vor die bestehende Staatsordnung, d.h. vertraut auf die „FdGO" als Grundlage ihrer Existenzsicherung — wenn auch Brüche der Stabilität sichtbar werden. Die CDU/CSU wird sich daran messen lassen müssen, ob sie die von ihr versprochene „Stabilitätspolitik" durchzuführen imstande ist oder zumindest den Anschein zu erwecken.

— Evtl. revolutionäre Kerne sind nach vorübergehend explosiver Entwicklung entweder eliminiert, aufgelöst, unter Kontrolle oder z.Zt. nicht gefährlich. Nichtsdestoweniger macht sich der Polizeiapparat mit Recht Sorgen über mögliche Radikalisierungstendenzen einer Bewegung, die „ihre Ziele nicht durchsetzen konnte".

— Der „Sicherheitsapparat" steht als Drohpotential und bereit für differenzierte Einsätze funktionsfähig da — die **politischen** Führungsqualitäten hinken allerdings hinter der tatsächlichen politischen Entwicklung naturgemäß und unvermeidlich immer hinterher.

Trotz bisher erfolgreicher Durchführung der „Option" der Ruhigstellungsstrategie speziell auch unter den Bedingungen des „heißen Herbstes" sind die weiter stattfindenden Proteste größerer Teile der Bevölkerung gegen den Kriegskurs und zunehmend auch gegen die Auswirkungen der Krisenpolitik eine erhebliche Beunruhigung für den westdeutschen Imperialismus. Vor dem Hintergrund der auch von ihm gesehenen labilen Stabilität muß er trotz seiner bisherigen Erfolge ein Anwachsen dieser Proteste und eine Verbindung solcher Proteste mit sich radikalisierenden Teilen der jetzigen Bewegungen befürchten. Die Bruchpunkte sind trotz technisch raffiniertester Prognoseverfahren und trotz differenziertestem Präventionsinstrumentarium auch für die imperialistischen Strategen nur schwer oder gar nicht kalkulierbar.

Zu den subjektiven Bedingungen, die in diese Kalkulation der imperialistischen Strategen miteingehen — eingehen müssen, aber auch können — will ich noch ein paar Anmerkungen machen.



TARNUNG IST ZUR ZWEITEN NATUR GEWORDEN: Schon im Anfang der Nachkriegszeit 1945 nannten sich die kommunistischen Aktionsgruppen „Antifaschisten", obwohl sie rein kommunistischen Parolen folgten. Genau wie der Parteiname SED „Sozialistische Einheitspartei Deutschland" 1946 als Tarnung erfunden wurde, obwohl die Partei völlig kommunistisch ist.

aus einer der offiziösen Hetzschriften: „'Edith Ede' schreibt an, xkx Jan' — aus geheimen Akten, Bonn 1956

Das Volk ist müde ... — kein neuer Krieg auf deutschem Boden (mindestens nicht auf west-

Das Volk ist müde ...

Nach zwei Weltkriegen, die von Deutschland begonnen wurden und die — zwar nicht real, aber in der Erinnerung der Bevölkerung — zu großen Teilen „auf deutschem Boden ausgetragen" wurden, von dieser Bevölkerung ge- und ertragen werden mußten, will die Bevölkerung der BRD Ruhe. Eroberungsideologien greifen heute nicht. Jedenfalls bisher nicht. Zudem sind sowohl der chauvinistische Schlachtruf des 1. Weltkriegs „Am deutschen Wesen soll die Welt genesen!" als auch der des 2. Weltkriegs „Volk ohne Raum!" im Zuge der historischen Herausbildung des deutschen Imperialismus bis zur BRD in ihrer materiellen Substanz gewissermaßen mehr als übererfüllt: Wilhelm II. und Hitler müßten vor Neid erblassen angesichts des realen Einflusses, den die BRD heute auf Süd-Ost-Europa, z.B. die Türkei und andere Länder hat. Der Kaiser-Wunsch: „Ein Platz an der Sonne!" ist in der BRD bezeichnenderweise Titel der beliebtesten Massenlotterie des Fernsehens (Das ist zwar kein politischer Beweis, aber ein interessanter Hinweis).

Als Schlachtruf im wahrsten Sinn des Wortes allerdings taugen die Parolen von damals heute nicht. Die BRD-adäquate Variante des gesunden westdeutschen Chauvinismus heißt heute: „Wir sind wieder wer!" Vergleichsweise muß sich der Chauvinismus alter Prägung — trotz Wiedervereinigungsgeschrei und Ruf nach deutschen Ostgebieten — heute zurückhalten. Selbst die aktuell geschürte Ausländerfeindlichkeit bricht sich an den Erfahrungen mit dem klassischen deutschen Chauvinismus und Rassismus des II. und III. Reiches. Heute ist es der Aufruf zur **Erhaltung** des erreichten Standards, zur „Verteidigung geschaffener Werte" usw., der den mehrheitsbildenden Konsens in der BRD darstellt. Im Index der Werte, die für die westdeutsche Bevölkerung heute Bedeutung haben, steht „Sicherheit" ganz obenan. „Keine Experimente" war auch schon der politische Slogan der konservativen Wiederaufbauphase unter Adenauer und der CDU/CSU. Mit der Entwicklung der Ideologie des „Sicherheitsstaates" stieg die SPD/FDP-Koalition 1969 ein.

Die neue CDU/CSU/FDP-„Wende"koalition hat bisher daran festgehalten. Es ist offensichtlich, daß „Sicherheit" den zentralen Konsens bezeichnet, der die ideologische Basis von Herrschaft in der BRD seit 1945 bildet. **„Sicherheit", d.h.:**

— **wirtschaftliche Sicherheit, materieller Wohlstand, mindestens aber gesichertes Auskommen:** Eckpfeiler des spezifisch deutschen Verständnisses von wirtschaftlicher Sicherheit ist die „Vollbeschäftigung" und das „netz sozialstaatlicher Leistungen". Hier liegt wahrscheinlich für die heutige Situation der größte Sprengstoff, wenn es der CDU/CSU/FDP-Koalition nicht gelingt, die zunehmende Arbeitslosigkeit und den von ihnen betriebenen Sozialabbau zu mildern, oder mindestens zu verschleiern. An diesem Punkt könnten ggfls. sehr schnell die geschichtlich eindeutig belegten Ängste der großen Masse der Bevölkerung erwachen.

— **kein neuer Krieg auf deutschem Boden (mindestens nicht auf westdeutschem):** Nach 1945 war die Kriegsmüdigkeit der deutschen Bevölkerung allgemein. Alle Antikriegsbewegungen seitdem waren — selbst im fortschrittlichsten Fall der Bewegung gegen die Wiederaufrüstung 1950 — im Kern immer von diesem Bewußtsein getragen, wie auch der Großteil der aktuellen Friedensbewegung von dem Wunsch beseelt ist, die atomare Katastrophe von deutschem Boden fernzuhalten, während die bereits stattfindenden Kriege an anderen Stellen des Globus, bzw. die Bedrohung anderer Länder durch Atomwaffen nur für eine Minderheit der Friedensbewegung von Interesse war und ist.

— **Angst vor inneren Unruhen:** Das herrschende Bildungssystem vermittelt ungefähr folgendes Geschichtsbewußtsein: Der 1. Weltkrieg endete in den „Wirren der Revolution". Das dadurch verursachte „Chaos" der Weimarer Republik führte zum Faschismus, der 1945 wiederum mit einem „Zusammenbruch" endete. Schuld am Faschismus haben die Kommunisten: Sie haben durch ihre Straßenkämpfe den Terror provoziert. In der sozialdemokratischen Version liegt die Schuld der Kommunisten „nur" im Losschlagen zum falschen Zeitpunkt. Allemal aber gilt für das westdeutsche Durchschnittsbewußtsein (Schulbuchniveau), daß Krieg und innere Unruhe, Chaos und Revolution zusammengehören (was ja in gewissem Sinne sogar stimmt).

Da es in der deutschen Geschichte keine gelungene Revolution, wohl aber die Erfahrung des Chaos im Zusammenhang mit revolutionären Situationen gibt, ist das Wort „Revolution", „innere Unruhe" u.ä. im deutschen Gemüt grundlegend negativ besetzt, insbesondere nach den Erfahrungen und der ideologischen Erziehung des Faschismus, der ja zu allem Überfluß das Wort und die Vorstellung von Revolution durch Usurpation entwertet hat.

Vor dem Hintergrund eines solchen Massenbewußtseins hatte der BRD-Imperialismus z.B. relativ leichtes Spiel, den Antikommunismus als Kitt für die Wiederaufbaujahre zu nehmen und den Aufruf der KPD von 1951 zur „nationalen Revolution" zum Vorwand für ihre Liquidation im Jahre 1956 zu benutzen.

Vor diesem Hintergrund eines solchen Massenbewußtseins hatte auch die SPD/FDP leichtes Spiel, den hilflosen Versuch der RAF, den bewaffneten Kampf in Europa losgelöst von realen Bewegungen wieder auf die Tagesordnung zu setzen, als „existenzielle Gefährdung der inneren Sicherheit" der BRD hinzustellen und daran stellvertretend, aber exemplarisch, revolutionäre Gewalt niederzumachen und im öffentlichen Bewußtsein zu ächten.

Zusammengenommen heißt dies alles: Das Bewußtsein des Durchschnittsbürgers der BRD, anders: Das Massenbewußtsein ist in der BRD aus der Geschichte her gekennzeichnet durch eine entpolitisierte „ohne-mich-Haltung". Die allgemeine gegenwärtige Friedensseligkeit läßt sich in hohem Maße auf eben diesen „ohne-mich-Standpunkts" des westdeutschen Durchschnittsbürgers zurückführen, der sich existenziell in seiner Sicherheit bedroht sieht. Man vergleiche die Situation der BRD diesbezüglich mit der der USA, die seit der Unabhängigkeits- und Sezessionskriegen 1861-65 keinen Krieg mehr „auf eigenem Boden" führten, geschweige denn verloren haben. So gesehen, trifft die Bezeichnung „Friedensbewegung" die Sache auf den Kopf: Denn eine antikriegs- oder antimilitaristische Bewegung ist diese Friedensbewegung in ihrer Masse keinesfalls, vielmehr eine Bewegung für die Freihaltung Europas, besonders der BRD, von einer atomaren Katastrophe. Mit einer derart kriegsmüden und unpolitischen Bevölkerung läßt sich keine aktive Kriegsbegeisterung schüren, nicht mal ein tragfähiger Patriotismus. Damit läßt sich nur — aber das ggfls. vorzüglich — eine Politik der „schweigenden Mehrheit" machen, die angesichts unpolitischer Passivität dieser Mehrheit oder, wie im Falle der Friedensbewegung angesichts des ungebrochenen Wunsches nach Vermeidung militanter Konfrontation (von Gewerkschaften bis hin zu Teilen der Linken), ihre Ziele ungestört, bzw. relativ ungestört, durchsetzen kann: Wenn schon keine Mobilisierung der Bevölkerung für die Ziele des Imperialismus, dann wenigstens so weit wie möglich ihre Ruhigstellung und Neutralisierung als möglicher Störfaktor gegen diese Ziele, das ist die einleuchtende Konsequenz der Herrschenden angesichts der Bewußtseinslage der Bevölkerung.

tende Konsequenz der Herrschenden angesichts der Bewußtseinslage der Bevölkerung.

Wie weit eine solche neutralisierte „ohne-mich-Mehrheit" durch ihr Interesse an der Abwehr von Störungen der „gemeinsamen Sicherheit" und der Verteidigung des erreichten „Platzes an der Sonne" (der imperialistischen Mächte) tendenziell auch zu einem neuen, sozusagen negativ bestimmten nationalen oder gar chauvinistichen Konsens gegen äußere und innere „Bedrohung" entwickelt werden kann, bleibt allerdings zu beobachten.

Die Linke entwaffnet

Die revolutionäre Linke hat in (West-) Deutschland keine Kontinuität und Tradition in der Entwicklung revolutionärer Politik, insbesondere nicht in der Frage des gewaltsamen und bewaffneten Aufstands. Sofern man von Tradition reden kann, ist es eine solche der Niederlagen und gescheiterten Aufstandsversuche, der Spaltungen und des Neubeginns aus dem Nichts.

Das gilt bereits für die Weimarer Zeit, an deren Anfang die Spaltung der damaligen Sozialdemokratie in SPD und KPD, an deren Ende der Sieg des Faschismus über KPD und SPD stand. Dies gilt insbesondere für die Liquidation der revolutionären Linken in den zwölf Jahren Faschismus an der Macht, die nur wenige Revolutionäre physisch und psychisch unbeschadet, soweit überhaupt, überstanden. 1945 erfolgte die Neugründung der KPD praktisch aus dem Nichts — gemessen an der Stärke der KPD vor Machtantritt des Faschismus. Zudem war sie ideologisch, politisch und organisatorisch durch die Niederlage ausgeblutet und wurde durch die erneute Spaltung in SPD und KPD und die Spaltung Deutschlands weiter geschwächt. Das gilt auch für Verbot und Verfolgung der KPD vor und nach 1956, mit der die konservative Friedhofsruhe der Kalte-Kriegs-Ära der 60er Jahre besiegelt wurde. Abgesehen von der DKP, die sich aus alten Mitgliedern der KPD speiste, erfolgte auch die Reorganisierung der revolutionären Linken im Zuge der APO ab 67/68 wiederum außerhalb jeglicher Kontinuität und ohne Aufarbeitung des Scheiterns der KPD. Die aktuellste Niederlage erlitt die Neue Linke mit den gescheiterten, untauglichen Versuchen der RAF, den bewaffenten Kampf als „Stadtguerilla" auf die Tagesordnung zu setzen, und dem gleichzeitigen Zerfall der ML-Bewegung und ihrer hochfahrenden Hoffnungen auf eine revolutionäre Massenbewegung. Die drohend inszenierte Bürgerkriegssituation des deutschen Herbstes 1977 zeigte die Grenzen einer zeitweilig zwar beachtlichen, aber von den Massen der arbeitenden Bevölkerung isolierten stellvertretenden Militanz — ganz zu schweigen von der DKP, die von vornherein jeden Versuch der Propagierung gewaltsamen Widerstands abwiegelte.

Heute haben wir wieder die Situation, daß eine neue revolutionäre Bewegung und Strategie sich praktisch auf keine Kontinuität stützen könnte. Selbst die erst 5 - 10 Jahre zurückliegenden Erfahrungen aus der Hochzeit der ML-Zirkel-Bewegung sind in der heutigen politischen Realität der Linken kaum noch präsent. Für die neuere Entwicklung ist besonders hervorzuheben:

— Der Mangel an revolutionärer Theorie, d.h., es gelang nach den Erschütterungen des Imperialismus 66-68 in besten Fällen nur eine annähernde Beschreibung der heutigen Entwicklung, keine Analyse, ebensowenig eine gründliche Analyse des Faschismus, der Entwicklung der KPD vor und nach 1945, des Stalinismus usw.

Dies führte in weiten Teilen der neu entstehenden revolutionären Linken zu Fehleinschätzungen des aktuellen Kräfteverhältnisses wie auch bevorstehender Entwicklungen, die je nach Standort zu z.T. massiven strategischen Fehlorientierungen führten. Exemplarisch sei nur an zwei Extreme erinnert: Den KBW, der die Ansicht vertrat, „die Massen wollen nach links" und daraus die unmittelbare revolutionäre Erhebung abzuleiten versuchte, und die RAF, die die trägen Massen der Metropolen glaubte durch eine „Propaganda der Tat" aufrütteln zu können und zu müssen. So unterschiedlich diese Ansätze, so gingen sie doch wie die meisten der derzeitigen Einschätzungen davon aus, daß die Zeit für revolutionäre Massenerhebungen in Europa gekommen sei. Das Ausbleiben eben dieser Erhebungen und die sich abzeichnende Isolation der Zirkel von den Massen, insbesondere der Arbeiterschaft, führte allerdings in den seltensten Fällen zu einer positiven Ernüchterung und folgender Korrektur der Analyse, die den falschen Erwartungen der schnellen Erfolge zugrundelag, sondern in der Regel der Fälle zu tiefer Resignation und Abwendung von den „Massen".

folge zugrundelag, sondern in der Regel der Fälle zu tiefer Resignation und Abwendung von den „Massen".

— Besondere Erwähnung verdient auch die Tatsache, daß dem westdeutschen Imperialismus sein Versuch, jeden neuen Ansatz zu bewaffnetem Kampf anhand der exemplarischen Niederlage des von der RAF propagierten „bewaffneten Kampfs in Westeuropa" einzuschüchtern, nachhaltig gelang. Vor dem Hintergrund ihrer eigenen strategischen Orientierungslosigkeit, Stichworte: Offensive des Imperialismus, Rechtsentwicklung in China, Rückschläge der Befreiungsbewegungen, Ausbleiben kurzfristiger Erfolge in der „Massenarbeit", gleichzeitig massives Vorgehen in Kalkar u.a., Verbotskampagne gegen „K-Gruppen" nahm die Linke in weiten Teilen die Drohung als Lehre an. Sie distanzierte sich vom „Terrorismus" und Gewalt als Mittel der Politik. Damit war den Herrschenden ein entscheidender Sieg gelungen, bevor die Linke überhaupt Gelegenheit hatte, sich zu einem neuen revolutionären Kern aufkommender Massenproteste und -kämpfe zu entwickeln.

— Die Entstehung der GRÜNEN als Partei des gewaltfreien, klassenneutralen und tendenziell reformistischen Ökologismus und Nachlaßverwalter dieser so „befriedeten" Neuen Linken war das letzte und neueste Produkt in diesem Prozeß der ideologischen Entwaffnung der Linken noch vor Formierung der Friedensbewegung. Durch die GRÜNEN wird die Linke, schärfer noch als das jemals durch die SPD möglich war, zur Illusion der Reformierbarkeit des Systems vermittels parlamentarischer Machtbeteiligung angehalten und neutralisiert, wenn und solange das Streben nach solcher Machtbeteiligung gekoppelt ist an die gleichzeitige Ideologie der Gewaltfreiheit, mit der man sich aus freien Stücken dem staatlichen Gewaltmonopol unterordnet.

Die genannten Bedingungen der re-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

lativen außen- und innenpolitischen Stabilität des westdeutschen Imperialismus waren und sind eine entscheidende Voraussetzung für das Gelingen des vom Staat gegenüber der Friedensbewegung eingeschlagenen Deeskalations-Kurses. Zugleich ist die Aufrechterhaltung der inneren Ruhe vermittels einer bewußten Befriedungs- und Eindämmungsstrategie gegenüber unerwünschten revolutionären Einflüssen auf mögliche soziale Unruhen wiederum wesentlicher Bestandteil der Aufrechterhaltung des labilen Gleichgewichts der BRD. Verändert sich nur eine der Komponenten in größerem Maß, dann verändert sich notgedrungen die darauf basierende Politik, anders gesagt: Der Deeskalations-Krug geht nur so lange zum Brunnen, bis er bricht ...

(Folgt: Teil III, Bilanz der „Wende")

Anmerkungen

1. Damit soll keine Aussage über den ideologischen Zustand der KPD gemacht sein. Dies ist ein gesondertes Thema.
2. Siehe dazu die kleine KB-Broschüre: „1956 - 1976, 20 Jahre KPD-Verbot: Kampf dem Antikommunismus". Hamburg 1976.
3. Siehe „Zum Thema — Hier: Die Studentenunruhen 1968", herausgegeben vom Bundesinnenministerium. Darin heißt es u.a.: „Werden unabhängig von der revolutionären Bewegung seitens des herrschenden Regimes fällige Reformen in vorausschauender und breitenwirksamer Weise durchgesetzt, so verliert die revolutionäre Bewegung einen großen Teil ihrer Massenbasis. Diese Wirkung wird noch bestärkt, wenn es uns gelingt, die extremsten und aktiven Führer der revolutionären Bewegung zu isolieren". (Zitiert in „Unser Weg": „Wem nützen die Bomben bei Springer?"). Interessant, daß diese Feststellung unter einer CDU/CSU-Regierung getroffen wurde, die diesen Auftrag, einschließlich der des Aufbaus eines entsprechenden Apparates, dann an die SPD/FDP abgab ...!
4. Eine genauere Auseinandersetzung mit diesen Erwartungen soll neben anderem im Teil III dieses Artikels erfolgen.
5. Siehe dazu diverse AK-Artikel des Jahres 1982, in denen die Regierungspolitik der SPD bilanziert wird.
6. Siehe dazu „Antifaschistische Russell-Reihe: Nach Schleyer: ‚Sonderkommandos' in der BRD — zügiger Ausbau der neuen GeStaPo." und AK 120, S. 12: „Nach Schleyer — ‚Führerbunker' in Bonn".
7. Siehe dazu AK 232, S. 16: „Neuer Personalausweis — Schlüssel zum Computerstaat?"
8. Antifaschistische Russell-Reihe 5, S. 161 - 167 ff: „Strategische Überlegungen".
9. Siehe AK 127, S. 37: „Psychologische Kriegsführung, Teil der „Ausbauplanung Innere Sicherheit 1978 - 81".
10. Siehe Dokumentation des entsprechenden Geheimpapiers des Bundesinnenministeriums vom 20.9.77, in dem die Grundzüge einer „Aufklärungs- und Informationskampagne" gegen das Russell-Tribunal festgelegt wurden, im AK 120.

den Geheimpapiers des Bundesinnenministeriums vom 20.9.77, in dem die Grundzüge einer „Aufklärungs- und Informationskampagne" gegen das Russell-Tribunal festgelegt wurden, im AK 120.

11. Leitfunktion hatte dafür das von Maihofers Nachfolger G. Baum publikumswirksam inszenierte Gespräch mit einer der ehemaligen Leitfiguren der RAF, Horst Mahler, das unter dem Titel „Der Minister und der Terrorist" als „Spiegelbuch" 1980 veröffentlicht wurde. Siehe dazu auch die Artikelserie von K.H. Roth: „Moral, Gehirnwäsche und Verrat, Teil 1 - 3", in AK 148, 149 und 151.
12. Dazu AK 232, S. 31: „Die Jugendlichen von heute — die Kriminellen von morgen" und „Die Angst des Staates vor der Angst der Jugend", Teil 1 und 2 in AK 226, S. 28 und AK 227, S. 20.
13. Interessant in diesem Zusammenhang die SPD-Argumentation, wie sie an führender Stelle, u.a. auch von dem Hamburger Innensenator in der Presse, A. Pawelczyk, vorgebracht wurde, wonach die von der CDU geforderte Illegalisierung kommunistischer Gruppen diesen nur unnötige Solidarität einbringen, sie radikalisierten und ihre Beobachtung erschweren würde.
14. Siehe dazu die damals von „konkret" und „Stern" vorgetragene Kampagne gegen die Sonderfahndungsrichtlinien des BGS, den drohenden „Überwachungsstaat" und die Gefahr einer „Neuen GeStaPo", mit der die vom KB schon weit vor dem Herbst '77 vorgetragene Kritik der Entwicklung des „Sicherheitsapparates" zu später Ehre kam.
15. Das soll hier nicht zum wiederholten Mal unterbreitet werden. Siehe dazu die bereits im Teil I des Artikels gemachten Anmerkungen zu A. Stümper. Wer weiter zurückgreifen will, dem sei u.a. empfohlen: S. Cobler, „Der vorverlegte Staatsschutz", aus dem sich eine Übersicht aus den strategischen Vorstellungen der „Sicherheitstheoretiker" vor '77 gewinnen läßt.
16. In diesem Zusammenhang sei noch einmal auf die konzeptionelle Vorstellung hingewiesen, die vor allen anderen A. Stümper seit Jahren mit zunehmendem Erfolg vertritt: Die Einrichtung einer „General-Direktion Innere Sicherheit", in der das Prinzip der einheitlichen Führung im Rahmen eines kriminalpolitischen Präventions-Konzepts aus „einem Guß" bei gleichzeitiger Differenzierung eines „operativ" ausgerichteten Einsatzes auf seinen institutionellen Nenner gebracht wird. Auch wenn die Schamgrenze zu einer derartigen das Reichssicherheits-Hauptamt der Nazis überflügelnden Institutionalisierung des Entwicklungsprozesses der „Sicherheitskräfte" gegenwärtig vermieden wird, so stehen doch faktisch alle Türen in dieser Richtung bereits offen. Dieser Herr und die von ihm vertretenen Vorstellungen seien daher — noch einmal und neben anderen, versteht sich — der genauesten Beobachtung empfohlen.

Interview mit Andreas Zumach

Airland-Battle und Rogers-Plan als verbindliche Strategie der NATO:

Das wäre der casus belli

Andreas Zumach ist Vertreter von Aktion Sühnezeichen im Bonner Koordinationsausschuß, in dem zentrale Aktivitäten des Friedensbündnisses beraten und vorbereitet werden.
Aktion Sühnezeichen ist eine Gruppe aus dem Bereich der evangelischen Kirche und spielt im Bündnis der Friedensbewegung eine sehr zentrale Rolle. Dies wurde z.B. am Zustandekommen der ersten zentralen Bonner Großdemonstration deutlich.

AK : Für uns war die NATO von Anfang an ein Kriegsführungsbündnis. Niemand im Rahmen des Bündnisses der Friedensbewegung bestreitet heute zumindest, daß sich die NATO immer offener in Richtung eines Kriegsführungsbündnisses bewegt, daß für verschiedene Kriegsoptionen geplant und gerüstet wird. Das führt zwangsläufig zu einer Diskussion um die NATO-Mitgliedschaft der BRD, wie sie auch auf der letzten Aktionskonferenz kontrovers und ohne festes Ergebnis bisher geführt wurde.
Volkmar Deile (Aktion Sühnezeichen) führte dazu im ‚Reader' für die Aktionskonferenz aus : Die Forderung ‚RAUS AUS DER NATO' sei ,,*nur zu verständlich*'', greife aber ,,*zu kurz*''. Das sei nur ,,*Teil des Problems*'', die nukleare Abschreckung existiere bei einem Austritt der BRD allein aus der NATO weiter, abgesehen von der Frage, ‚*ob ein Austritt der BRD überhaupt möglich ist*'', man solle weder JA noch ,,Austritt aus der NATO'' sagen, der Prozeß der Kritik an der NATO sei ,,*allerdings hoch wichtig*''. Kannst Du diese Position genauer darlegen ?

Andreas Zumach : Die historischen Bedingungen beider deutschen Staaten machen es aufgrund der Geschichte seit 1933 sehr unwahrscheinlich, daß sie aus ihren jeweiligen Militärbündnissen austreten könnten bzw. daß sie bei einem Prozeß der Auflösung dieser Blöcke als erste austreten könnten, d.h. von ihren Nachbarstaaten aus den

seit 1933 sehr unwahrscheinlich, daß sie aus ihren jeweiligen Militärbündnissen austreten könnten bzw. daß sie bei einem Prozeß der Auflösung dieser Blöcke als erste austreten könnten, d.h. von ihren Nachbarstaaten aus den

Militärblöcken hinausgelassen würden. Das gilt für die Bundesrepublik Deutschland ebenso wie für die Deutsche Demokratische Repbublik. Zum zweiten denke ich, daß ein rein formales Austreten der Bundesrepublik aus dem Bündnis NATO noch überhaupt keine Garantie für eine veränderte Politik wäre. Das französische Beispiel ist ein warnendes Beispiel. Nach dem Austritt Frankreichs aus dem Militärbündnis NATO hat sich weder das Verhaltens Frankreichs im Ost-West-Verhältnis verändert — es sei nur an die starre Haltung Mitterands zur Pershing und Cruise Missiles-Stationierung erinnert —, das Verhältnis zur sogenannten 3. Welt ist nach wie vor ein kolonialistisches und ausbeuterisches geblieben inklusive einer französische ,,Schnellen Eingreiftruppe'' und Drittens beharren die Franzosen mit großem Eigensinn auf einer eigenen nuklearen Streitmacht, der ‚Force de frappe'.

Da gibt es doch aber einen erheblichen Unterschied zwischen Frankreich und der Bundesrepublik : Frankreich ist nicht Frontstaat der NATO nicht direktes Aufmarschgebiet (mit den NATO-Einrichtungen und Truppen). So macht es weniger Unterschied, daß Frankreich nicht mehr teilnimmt in den NATO-Strukturen. Frankreich ist andererseits noch immer Mitglied der NATO.

Ich habe das Beispiel Frankreich deshalb eingeführt, um zu zeigen, daß ein Austritt aus Teilstrukturen der NATO zwangläufig noch keine veränderte Politik zur Folge hat. Wenn man sagt, daß die USA derzeit für sich selber, aber auch innerhalb der NATO versuchen, eine einseitige ,,Sicherheit'' durch Überlegenheit und Kriegsführungsfähigkeit zu organisieren,und es gibt auch keinerlei Garantie, daß die Bundesrepublik, wenn sie aus der NATO austräte, nicht ihrerseits dasselbe Konzept für die Bundesrepublik verfolgen würde, nämlich einseitige ,,Sicherheit'' zu organisieren. Ich denke ein Austritt aus der NATO ohne grundlegende Veränderung der gesellschaftlichen und politischen Strukturen und Machtverhältnisse innerhalb der Bundesrepublik wäre auch kein Gewinn. Wolfgang Biermann (Initiative für Friedne, internationalen Ausgleich und Sicherheit) hat in seinem Papier den Satz gesagt, den ich hier übernehmen würde : Selbst wenn die Linke in der BRD eine Mehrheit für den NATO-Austritt gewinnen könnte, wäre das garantiert keine — ich sage, nicht unbedingt garantiert eine — linke Mehrheit. Da hätte der deutsche Militarismus, die deutsche Atomstreitmacht besonders in Krisenzeiten unter außenpolitischem Druck nach wie vor beängstigende Entfaltungsmöglichkeiten.Ich wollte am Beispiel Frankreichs deutlich machen, daß der formale Austritt allein keine andere Situation bringt. Gerade weil die BRD im Unterschied zu Frankreich Frontstaat ist, wird bei uns möglicherweise der Druck von Rechts noch viel größer sein als in Frankreich. Ich denke auch, daß ein Austritt aus der NATO die USA nicht hindern würde, ihre derzeitige Kriegsvorbereitende Politik weiterzuführen und die Frage ist zu stellen, ob ein Verbleib innerhalb der NATO nicht größere Einflußmöglichkeiten ermöglicht.

Angesichts der Konzentration des NATO-Potentials in der Bundesrepublik sehe ich da schon einen erheblichen Unterschied für die Kriegsführungsfähigkeit, wenn die BRD nicht NATO-Mitglied wäre, selbst angenommen den Fall, die BRD sei alleine eine rechter und reaktionärer Staat. Solange die BRD Mitglied der NATO ist, kann sie keinesfalls den Eintritt in einen Krieg verhindern, bzw. da ,,Sand im Getriebe'' sein, wenn man einmal unterstellen will, sie wolle das.

Im Kriegsfalle wäre — ob wir nun Mitglied sind oder nicht — dieses Mitteleuropa und damit die Bundesrepublik eh das Schlachtfeld, von dem nichts übrig bliebe. Von daher würde uns, was die Frage größerer eigener Sicherheit als mögliches Motiv betrifft, der Austritt aus der NATO nicht wei-

blik eh das Schlachtfeld, von dem nichts übrig bliebe. Von daher würde uns, was die Frage größerer eigener Sicherheit als mögliches Motiv betrifft, der Austritt aus der NATO nicht wei-

terhelfen. Wir haben formuliert ,,weder ein JA zur NATO noch Austritt aus der NATO''. Mit Kritik an der NATO meinen wir, daß es uns als Friedensbewegung darum gehen muß, in den nächsten zwei, drei Jahren die Bruchstellen der unterschiedlichen oder gar gegensätzlichen Sicherheitsin-



Konfliktpunkt: Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles

teressen zwischen der Bundesrepublik einerseits und den USA andererseits oder aber auch zwischen Westeuropa einerseits und den USA auf der anderen Seite innerhalb der NATO deutlich zu machen und diese Kontroversen zu verschärfen. Die Auseinandersetzung um die Stationierung von Pershing und Cruise war ein erster solcher Ansatz, der ja auch zu NATO-internen Auseinandersetzungen geführt hat und führt, siehe nur jetzt das Verhalten Griechenlands, aber auch Dänemarks und der Niederlande. Ein zweiter Konfliktpunkt sollte die Frage der chemischen Waffen sein. Ein dritter Konfliktpunkt, der jetzt von der Friedensbewegung schon zum Gutteil aufgegriffen wird, ist die Frage der neuen Kriegsführungsoptionen — AIRLAND BATTLE, Rogersplan etc.. Ein vierter Punkt ist all das, wo man zumindest eine indirekte Beteiligung der Bundesrepublik und der Bundeswehr an globalen Plänen und Eingreifplanungen der USA außerhalb des NATO-Bereiches auch schon heute feststellen kann. Das betrifft einmal die gesamten militärischen Infrastrukturen auf bundesdeutschem Territorium, die von den Amerikanern genutzt werden (z.B. für die ,,Schnelle Eingreiftruppe''). Dazu gehört etwa der militärische Teil des Frankfurter Flughafens, über den bereits während des Vietnamkrieges ein guter Teil des militärischen Nachschubs der USA gelaufen ist. Das betrifft aber auch solche bilateralen Verträge zwischen der Bundesrepublik und den USA wie das WARTIME HOST NATION SUPPORT-Programm, durch das faktisch das Vertragsgebiet der NATO ausgeweitet wird und die Bundesrepblik mit der Bundeswehr Ersatztruppen liefert für US-Truppen, die eben in andere Teile der Welt verlegt werden.
Ich denke, man kann Bedingungen formulieren, unter denen ein Verbleib der Bundesrepublik in der NATO auf keinen Fall mehr akzeptabel wäre. Das wäre z.B. dann der Fall, wenn die jetzt in Planung befindlichen Strategien Airland-Battle, Rogersplan oder das Deep-Strike-Konzept zur verbindlichen Strategie des gesamten Bündnisses unter Einverständnis der Bundesregierung würde, das wäre der Casus belli.

Es gibt Teile im Bündnis der Friedensbewegung, hier sind vor allem das KoFAZ oder die Jusos und andere Sozialdemokraten zu nennen, die vorschlagen, den ‚Minimalkonsens' jetzt auf das Anhalten des Stationierungsprozesses und dann die Rückgängigmachung festzuschreiben und zu beschränken. Sie wenden sich damit gegen neue politische Konfrontationslinien, die von der Friedensbewegung aufgebaut werden müßten, von denen Du einige genannt hast. Kannst Du Dich dazu äußern ?

nien, die von der Friedensbewegung aufgebaut werden müßten, von denen Du einige genannt hast. Kannst Du Dich dazu äußern ?

Ich finde das eine sehr kurzsichtige Perspektive, um nicht zu sagen eine gefährliche Perspektive, die das Hauptziel der Friedensbewegung auf die Stationierungsfrage beschränken will. Dies trifft auch zumindest für die Jusos und die SPD, aber auch für Teile des KoFAZ so nicht zu. Die Forderung nach Stop der Stationierung und nach Abzug von Pershing II und Cruise Missiles bleibt e i n wichtiges Ziel der Friedensbewegung. Aber nicht das einzige. Wenn wir uns nur darauf beschränkten, wäre die Friedensbewegung über kurz oder lang vom Fenster verschwunden. Ich denke spätestens nach dem Stationierungsbeginn hier und jetzt auf der anderen Seite beim gleichzeitigen Deutlichwerden jetzt auch der konventionellen Programme, die mit dem Stichwort Kriegsführungsfähigkeit zu tun haben, ist es dringend notwendig, daß die Friedensbewegung hier ihre Perspektiven erweitert; natürlich deutlich macht, daß Pershing und Cruise nicht irgendwo isoliert herumstehen, sondern eine Rollen spielen und spielen sollen im Rahmen von Kriegsführunskonzepten, da sind Airlandbattle und Rogersplan von mir genannt worden. Natürlich muß es ein Teilziel bleiben, die Stationierung zu verlangsamen, wenn nicht zu stoppen. Dazu gehört als innenpolitische Aufgabe — ich hatte ja vorhin d i e genannt, die notwendig sind zwischen uns und den USA — daß wir an diesen inhaltlichen Punkten aufklären und mobilisieren müssen, damit da öffentlicher Druck auf unsere Regierung entsteht. Es kommt hinzu die Verweigerung von Kriegsdiensten und vor allem auch die Frage von Einbeziehung von Frauen in die militärische Strukturen.

Ihr geht davon aus, daß die Friedensbewegung eine (erweiterte) friedenspolitische Perspektive formulieren müsse. Als mögliche Elemente führt ihr Truppenreduzierungen, Umrüstungen auf Devensivpotentiale bzw. eine Sicherheispartnerschaft zwischen Ost und West (neben anderen Elementen) an. Daraus ergeben sich zwei Fragen für mich : Ihr selbst habt immer wieder betont, daß eine unmittelbare Verschärfung des Ost-West-Verhältnisses, wie sie sich nach dem Stationierungsbeginn oder jetzt mit dem Olympiaboykott abzeichnet, noch in diesem Jahr — so die von Euch immer wieder geäußerte Ansicht — stehe eine Verschärfung in weit größerem Umfange bevor. Kannst Du dazu Hintergründe dieser Einschätzung geben und steht dies nicht in unmittelbaren Widerspruch zur Forderung, daß es zwischen den Machblöcken zu einer Sicherheitspartnerschaft kommen könne oder solle. Ist es nicht ein Widerspruch, davon auszugehen, daß die NATO sich für Kriegsmöglichkeiten rüstet, und daß andererseits trotzdem eine ,,Entspannung'' oder ,,Sicherheitspartnerschaft'' zwischen den Militärblöcken angestrebt werden solle. Anders gesagt, ,,Sicherheitspartnerschaft'' macht die Militärblöcke nicht nur überflüssig, sie steht sogar im direkten Gegensatz zur Mitgliedschaft der BRD in der NATO und ist ohne einen Austritt nicht zu verwirklichen.

im direkten Gegensatz zur Mitgliedschaft der BRD in der NATO und ist ohne einen Austritt nicht zu verwirklichen.

Zunächst einmal : es gibt einen deutlichen Widerspruch zwischen unserer Verwendung des Begriffes ,,Sicherheitspartnerschaft'' und der bei der SPD. Das ist jetzt deutlich geworden im Zusammenhang mit dem SPD-Parteitag. Die SPD hat ja in ihrem Leitantrag formuliert und dann auch beschlossen - ich zitiere —: ,,*Unser Ziel ist es, auf der Grundlage einer Sicherheitspartnerschaft der b e s t e h e n d e n Militärblöcke eine europäische Friedensordnung zu schaffen, die diese Militärblöcke überwindet*''. Wir haben in unserem Brief an die SPD ausdrücklich festgestellt, daß dieses ein Widerspruch in sich ist und haben gefragt, warum die Antragskommission der SPD nicht die ursprüngliche Fassung des Leitantrages übernommen hat, in dem es hieß : ,,*Europäische Friedensordnung auf der Grundlage einer Sicherheitspartnerschaft als Ziel*''. Wir sagen dann : ,,eine europäische Friedensordnung auf der Grundlage einer Sicherheitspartnerschaft der bestehenden Militärblöcke ist offensichtlich etwas anderes als eine Europäische Friedensordnung auf der Grundlage einer Sicherheitspartnerschaft als Ziel.'' Gemeint ist, daß wir uns eine Sicherheitspartnerschaft bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung der derzeitigen Konfrontation und der ihr zugrundeliegenden Militärblöcke nicht vorstellen können. Sicherheitspartnerschaft ist für uns ein Prozeß in seinem Endziel zur Überwindung der Konfrontation und der Militärblöcke in Mitteleuropa. Es ist sicher richtig, daß angesichts der konkreten Planungen innerhalb der NATO und seitens der USA dieses unrealistisch erscheint, aber man muß feststellen, daß es da widerlaufende Interessen gibt trotz der sich abzeichnenden Ost-West-Konfrontation, die wir sehen für diesen Winter und das Frühjahr 1985. Die Stichworte sind ja klar : der Olympiaboykott ist ein Signal, das Abebben des sogenannten deutsch-deutschen Frühlings, selbst so kleine Signale, daß Udo Lindenberg nicht in die DDR

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

konnte, wenn die USA offen militärisch in Nicaragua intervenieren — möglicherweise noch vor den amerikanischen Wahlen — die Debatte um die Weltraumwaffen, all dieses sind Signale zur drastischen Verschärfung im Ost-West-Verhältnis. Trotz dieser Entwicklung gibt es nach wie vor z.B. das erklärte Interesse zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der UdSSR an der Aufrechterhaltung von wirtschaftlichen Beziehungen zum gegenseitigen Vorteil und ich denke, wir müssen uns in der Friedensbewegung überlegen, wie man solche Interessen unterstützen und dafür sorgen kann, daß sie nicht völlig innerhalb der globalen Ost-West-Konfrontation untergehen.

Wenn wir als Zielperspektive den Austritt aus der NATO fordern, greift das bestehende NATO-Dogmen fundamental an : gegen die vermeintliche Gefahr aus dem Osten, gegen die „Sicherheitsinteressen der Nation", gegen die Vorbereitung militärischer Kriegsführung. Umrüstung auf „defensive Rüstung„„Sicherheitspartnerschaft", „Auflösung der Blöcke" durch einen Prozeß über die Herrschenden in beiden Blöcken sind doch nicht einfacher zu realisieren als der Austritt aus der NATO, sind gar innerhalb der NATO zu realisieren, haben aber vor allem gleichzeitig den Nachteil, sich mit herrschenden Dogmen, die ja in der Bevölkerung durchaus breiten Anklang finden, zu arrangieren.

Im Zuge der Diskussion der letzten 4 Jahre ist es gelungen, einiger dieser Dogmen zumindest anzukratzen. Der
Dogmen zumindest anzukratzen. Der
Sicherheitspolitische Grundkonsens, der in der Bundesrepublik seit dem Schwenk der SPD und des DGB Anfang der 60er Jahre unhinterfragt bestanden hat, ist ziemlich gründlich aufgebrochen worden. Es ist richtig, daß sicherlich um die 80% der Bundesdeutschen hinter die Mitgliedschaft der Bundesrepublik in der NATO stehen, aber für immer mehr Menschen wird die konkrete NATO-Politik — Airland-Battle unter anderen — fragwürdig und kritikwürdig und ich denke, an dieser Stelle müssen wir bohren und nur dies ist erfolgversprechend, um dadurch im Laufe einiger Jahre das NATO-kritische Potential in der Gesamtbevölkerung, was auch grundlegende Veränderungen bis hin zum Austritt aus der NATO fordert, nennenswert zu vergrößern. Bisher ist das eine Minderheit und ich denke aufgrund dieser verschwindenden Minderheit würde eine Forderung „Raus aus der NATO" als Forderung der Friedensbewegung diese in die Isolation führen. Ich würde das, was sich da verändert hat, gern mit einem Zitat belegen, es stammt aus einem Report des auswärtigen Ausschusses des amerikanischen Senats aus der Zeit nach Stationierungsbeginn (post deployment in Europe Staff report for the Senate Comitee and foreign relations), vom Februar dieses Jahres. Sie schreiben dort : „die deutsche Regierung könnte in wachsendem Maße Schwierigkeiten haben, Aufforderungen zu einem Stationierungsmoratorium zurückzuweisen. Die Regierung Kohl hat zur Beruhigung der deutschen Öffentlichkeit eine völlige Umkehr der Ostpolitik vollzogen, die sie früher bekämpfte. Die antimilitaristische und speziell antiatomare Grundstimmung in Europa ist ein permanenter Faktor geworden, der die Rüstungskontrolle und die Streitkräftemodernisierung der Regierungen der Allianz berührt." Ich bin an diesem Punkt sehr einig mit der Antwort, die der Jürgen Maier von den Grünen Baden-Württemberg am 24.5. in der taz auf den Artikel von Dietrich Schulze-Marmeling vom 2.5. in der taz gegeben hat.

Du sprichst vom angeknacksten Sicherheitskonsens in Bundesrepublik, von einem zu verstärkenden Widerspruch zur NATO-Politik. Wenn einige nun nicht oder noch nicht den Austritt der BRD aus der NATO aber etwa „defensive" Rüstung propagieren, dann nimmt das zumindest stillschweigend die Bedrohung aus dem Osten an oder unterstellt sie. Bei einer tatsächlichen Entwicklung der Widersprüche in der NATO oder gar bei einem Versuch der Auflösung der Mitgliedschaft in der NATO würde dies vor allem eine Gefahr durch die NATO heraufbeschwören — Du hast davon gesprochen, ob ein NATO-Austritt für die BRD (allein) überhaupt möglich sei. Man muß doch gerade der Behaup-
Man daß doch gerade der Behaup-
tung, daß die NATO-Staaten aus dem Osten bedroht seien, entgegentreten. Dies fällt bei der Propagierung defensiver Rüstung gerade unter den Tisch.

Wir sind der Überzeugung, wenn die Bundesregierung tatsächlich jetzt aus der NATO austreten würde — vorausgesetzt, sie könne dies —, würde dies wahrscheinlich zu Lateinamerikanischen Diktaturszuständen bei uns führen. Ich stimme zu, daß dann die Bedrohung durch die NATO sehr groß würde. Man kann das nicht vergleichen mit der tatsächlichen oder angenommenen Bedrohung aus dem Osten, aber es würde eine eminente Bedrohung der NATO bedeuten für eine neutrale oder aus dem Bündnis ausgetretene Bundesrepublik. Bei der „defensiven" Rüstung ist das eine Frage nach den langfristigen Perspektiven und was mögliche Zwischenschritte sein können. Wenn wir unsere Friedensarbeit machen unter dem Stichwort „Frieden schaffen ohne Waffen" impliziert das natürlich, daß wir uns schon einen Zustand vorstellen können, wo eines Tages Bewaffnung nicht mehr notwendig ist, wo auch die Bedrohungsängste, die man jetzt 40 Jahre geschürt hat, soweit abgebaut sind, daß es auch nicht mehr von einer Mehrheit der Bevölkerung ob nun bewußt oder unbewußt als eine Notwendigkeit begriffen wird, sich mit Waffen gegen eine vermeintliche Bedrohung zu rüsten. Tatsache ist, daß wir im Moment diese Bedrohungsgefühle haben, dann stellt sich die Frage, wie baut man die ab. Ich denke schon, neben all den ökonomischen Ursachen von Rüstung, die ich jetzt nicht zu erläutern brauche, ist es immer wieder gelungen, bestimmte Rüstungsprogramme bei uns und in den USA noch mehr durch das Spielen auf dem Bedrohungsklavier politisch, haushaltspolitisch etc. durchzusetzen. Wenn wir diesen Prozeß anknacksen wollen, dann müssen wir — so glaube ich — die Bedrohungsgefühle bei uns und auf der anderen Seite reduzieren und dafür könnte bei einem Abbau der atomaren Waffen die Umstrukturierung der konventionellen Rüstung in eine defensive oder wie Glotz gesagt hat in eine strukturelle Nicht-Angriffsfähigkeit ein Schritt sein — nicht der Endzustand, aber ein Schritt, dem weitere folgen müssen. So ist das gemeint. Dazu gehört, das sehe ich als eine Aufgabe der Friedensbewegung in den nächsten Jahren, daß wir den Mythos, den beharrlichen Mythos, der sich durch alle Verteidigungsweißbücher seit den 60er Jahren zieht, der von einer 3- bis 4-fachen konventionellen Überlegenheit der Sowjetunion hier in Mitteleuropa ausgeht, aufknacken. Da müssen wir, massiv gegenarbeiten, sonst werden wir diese Bedrohungsgefühle bei uns, die dann wiederum Aufrüstung fördern und ermöglichen, nicht überwinden können.

Wieweit sind die offensichtlichen Schwierigkeiten in der Friedensbewegung mit der NATO-Mitgliedschaft, obwohl ja ernstlich niemand dafür eintreten würde, bündnispolitischen Überlegungen geschuldet ? Für die SPD ist und bleibt die NATO Grundpfeiler ihrer Politik. Linke Sozialdemokraten wagen mit wenigen Ausnahmen (da sind etwa Lafontaine oder Isola zu nennen) höchstens im Traum, daran zu rütteln, selbst die Jusos mögen sich dazu nicht äußern. Muß nicht aber der Vorstellung, die BRD könne „Sand im Getriebe" der Kriegsvorbereitung sein, fundamental entgegengetreten werden ? Als Frontstaat der NATO in Europa bzw. als NATO-Mitglied ist die BRD bis zum eigenen Untergang dazu verdammt, mitzuspielen, ganz unabhängig davon, ob jemand in der BRD einen solchen Kriegsfall gewollt oder nicht gewollt haben mag.

Für uns bei Sühnezeichen sind solche bündnispolitischen Überlegungen überhaupt nicht maßgebend. Ich habe eben an einem Beispiel erläutert, daß es erhebliche Unterschiede der Beurteilung im Vergleich mit den Sozialdemokraten gibt.
Richtig ist sicher, daß es im Verhältnis zu den Ländern der sogenannten 3. Welt, auf neue Märkte, Rohstoffsicherung etc. nahezu identische Interessen gibt zwischen den westeuropäischen kapitalistischen Staaten und den USA. Dieses macht es sicher schwer vorstellbar, daß die Bundesrepublik eines schönen Tages gegenüber diesem Teil der Welt eine etwas andere Rolle spielen könnte. Ich denke dennoch, daß im Verhältnis zu Osteuropa, zu den realsozialistischen Staaten erhebliche Unterschiede im Verhalten der Westeuropäer und den Amerikanern festgestellt werden können. Diese Art von nahezu religiösen, blindem und dogmatischem Antikommunismus, wie er gerade in der jetzigen US-Administration zutage tritt, findet man bei uns nicht mehr. Auch dieses ist sicher mit ein Erfolg der Friedensbewegung. Dies eröffnet doch Chancen, die Bundesrepublik Stück für Stück ein bißchen aus diesem Getriebe herauszuziehen. Das wird sicherlich nicht freiwillig geschehen durch die Herrschenden bei uns, dazu ist eminenter Druck der Friedensbewegung notwendig.

Wir danken für das Interview.



Antimilitaristische Grundstimmung in Europa?

Beschlußprotokoll der Aktionskonferenz Nord zur Behinderung der Herbstmanöver im Raum Hildesheim

Von den etwa 180 anwesenden Vertreter/inne/n von nahezu 100 Gruppen/Initiativen und Organisationen vorwiegend aus dem norddeutschen Raum wurde bei wenigen Gegenstimmen und wenigen Enthaltungen der folgende Aktionsrahmen gegen die NATO-Herbstmanöver im Raum Hildesheim beschlossen.

Aktionsrahmen für die Manöverbehinderung im Raum Hildesheim/Hannover

Die Aktion Manöverbehinderung im Raum Hildesheim richtet sich als eine der zentralen Herbstaktionen der Friedensbewegung gegen die NATO-Herbstmanöver, die wir als Teil der offensiven Kriegsvorbereitung der NATO gegen den Warschauer Pakt begreifen. Wir begrüßen und unterstützen die geplanten Manöverbehinderungen im Fulda-GAP und anderswo.
Mit den Aktionstagen gegen die Herbstmanöver verfolgen wir das Ziel, die Manöver ans Licht der Öffentlichkeit zu bringen, sowie deren Absichten aufzudecken und die Manöver praktisch, politisch wirksam zu behindern oder zu stören und unseren Protest öffentlich zu machen.
Mit den Vorbereitungen hierzu soll unverzüglich begonnen werden, um eine größtmögliche und frühzeitige Aufklärungsarbeit leisten zu können.

Aktionsrahmen

1. Zur Vorbereitung der Aktionstage werden von den einzelnen Städten/Gruppen Patenschaften für einzelne Ortschaften im Manövergebiet übernommen, um dort z.B. Öffentlichkeitsarbeit zu machen, Diskussionsrunden zu organisieren, Kontakte zu knüpfen.

2. Im Manövergebiet bei Hildesheim wird ein Camp (Infozelt etc.) organisiert, das als Informationszentrale, Anlaufpunkt, Treffpunkt, Unterkunft etc. dient. Daneben sollen die einzelnen Gruppen für die Unterkunft auch private Kontakte nutzen.

3. Wir begrüßen alle Aktionen, die die Manöver praktisch politisch wirksam behindern oder stören, die unseren Protest dokumentieren und geeignet sind, die Öffentlichkeit herzustellen und die Ziele der Manöver anzuprangern. Wir fordern die Städte auf, vorher Gruppen zu bilden, die sich auf die einzelnen Aktionen vorbereiten.

4. Es wird eine Gruppe (Gruppen) gebildet, deren Aufgabe die Manöverbeobachtung ist (auch schon im Vorfeld der Manöver), um Informationen über „Truppenbewegungen" an die Öffentlichkeit, die vorbereitenden Gruppen, das Camp weiterzugeben.
Soldaten und Reservisten fordern wir auf, sich an diesen Aktionen zu beteiligen und ihre Kenntnisse für die Aktionsplanung verfügbar zu machen.

5. Es soll ein Manöverinfo erstellt werden, das aktuell über die neuesten Informationen berichtet.

6. Die Aktionstage beginnen am Mittwoch, dem 19. September, und enden am Samstag, den 22. September mit einer zentralen Abschlußaktion (vorläufige Termine).

7. Mit deutlicher Mehrheit sprach sich das Treffen für die Abschlußaktion für folgenden Vorschlag aus :
   - eine Aktion mit behinderndem Charakter im Manövergebiet;
   - die Aktion sollte eine politische Aktion mit Massencharakter sein, zu der im norddeutschen Raum mobilisiert werden kann;
   - die Aktionen sollen zu einer politischen Aktion/Manifestation in Hildesheim zusammengefaßt werden (vermutlich am Manöverhauptquartier);
   - Über die definitive Gestaltung der Abschlußaktion entscheidet die nächste Aktionskonferenz am 1.Juli in Hannover (10 Uhr, Raschplatzpavillion)

Die Regionalkonferenz Nord wird aufgefordert, die politische Aufrufdiskussion der Aktion Manöverbehinderung der Aktionskonferenz Manöverbehinderung zu übertragen.

Die Gruppen werden aufgefordert, das Protokoll an die in Hannover nicht Anwesenden weitzugeben.

Am 16. Juni findet um 14 Uhr ein offenes Arbeitstreffen statt, um die nächste Aktionskonferenz vorzubereiten und die Aufträge dieser Konferenz (Camp/Info) umzusetzen.
Ort : Friedensladen Hildesheim, Neustädter Markt/ Ecke Güntherstraße.

Vorläufiger Kontakt :

GABL-Büro
Wollenweberstr. 29
3200 HILDESHEIM
Tel : 05121/36752
Mittwoch : 17 - 19 Uhr

Arbeitskreis gegen Atomenergie
Postfach 1945
3400 GÖTTINGEN
Tel : 0551/7700158
Mittwoch : 20 - 22 Uhr

Niederlande:

Aktionswoche gegen Cruise Missiles

Vom 5. bis zum 12. Mai fand in den Niederlanden eine Aktionswoche gegen die Stationierung der Cruise Missiles statt mit mehreren tausend lokalen und regionalen Aktionen und unter Beteiligung von mehreren hunderttausend Menschen. Die Woche war am 4. Februar auf einer Aktionskonferenz von 700 Friedensvertreter/inne/n beschlossen worden. Die Organisation lag vor allem in den Händen von 560 örtlichen „Friedensplattformen".

Eingeleitet wurde die Woche am Samstag, dem 5. Mai (der Tag, an dem die Befreiung der Niederlande von der faschistischen deutschen Besatzung gefeiert wird), mit dem inzwischen schon traditionellen „Vondelpark-Friedenspark"-Fest. Diese von Friedensgruppen organisierte politisch-kulturelle Veranstaltung unter dem Motto „Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!" im Amsterdamer Vondelpark — mit hunderten von Info-Ständen, Redner/inne/n, Diskussionen und Musik-/Theaterauftritten — wurde von über 10.000 Menschen besucht.

Am Sonntag (6.5.) gab es in 2.000 Kirchen „Friedenswachen". Montag war Frauenaktionstag und Dienstag „Tag der Verweigerung". Donnerstag unterbrachen (nach einer Schätzung des sozialdemokratischen Gewerkschaftsdachverbandes FNV) 900.000 Beschäftigte für 15 Minuten ihre Arbeit und es „streikten" trotz vielfacher Strafandrohung 35.000 Schüler. Samstag gab es in verschiedenen Orten Abschlußdemonstrationen.

Am Donnerstag brachte die sozialdemokratische Rundfunkanstalt VARA von verschiedenen Veranstaltungen Life-Reportagen im Fernsehen (vor allem während der fünfzehnminütigen Arbeitsniederlegung von 11.45 Uhr bis 12.00 Uhr, fanden zahlreiche Kundgebungen statt — allein in Amsterdam mehr als 20). U.a. in Nijmegen und Rotterdam gab es große Schülerdemonstrationen. In Amsterdam hatten am 12. April schon 10.000 Schüler/innen gegen die Raketenstationierung „gestreikt" und demonstriert.

In Zutphen beteiligten sich 2.500 Läufer/innen an einem „Friedensmarathon". In Hellevoetsluis wurde ein Monument gegen Atomwaffen enthüllt. In Rotterdam gab es eine große „Nacht gegen die Raketen" mit einem vielfältigen kulturellen Programm und einer Ansprache des Bürgermeisters. Die Organisatoren der Abschlußdemonstration bei der Atomwaffenbasis Soeterberg teilten dem Sektretär des Interkirchlichen Friedensrats (IKV), Mient Jan Faber, mit, er sei nicht mehr erwünscht als Sprecher. Faber hatte sich am 7.5. gegenüber der Presse vorsichtig-positiv geäußert über einen der „Kompromiß-Vorschläge" in der Stationierungsfrage von Premierminister Lubbers, die sogenannte „Krisenvariante". (Diese — von der NATO abgelehnte — „Lösung" beinhaltet, daß die Luftwaffenbasis Woensdrecht nach dem Schema der NATO für die Raketenstationierung vorbereitet wird, die Raketen selbst aber erst in einer „internationalen Krisensituation" eingeflogen werden sollen.) Anscheinend einigte man sich dann doch noch. Faber rief den 6.000 Umzingler/inn/en der Basis in Soeterberg (ebenso wie ein paar Stunden zuvor den Demonstranten in Roermond und Den Bosch) zu: „Die 48 Cruise Missiles kommen nicht 'rein und alle anderen Atomwaffen müssen so schnell wie möglich 'raus!" über die „Krisenvariante" wie über die anderen „Kompromißvorschläge" von Lubbers (z.B. weniger als 48 Cruise Missiles zu stationieren) schwieg er wohlweislich.

Insgesamt gesehen verlief die Aktionswoche „ohne besondere Zwischenfälle". Nur bei Aktionen bei den Luftwaffenstützpunkten Woensdrecht und Volkel kam es zu (kleineren) Auseinandersetzungen mit Polizei und Wach-Soldaten.

Inzwischen gehen die Aktivitäten gegen die Stationierung weiter: Eine Reihe von Prominenten hat eine Kampagne zum „Verbot der Cruise Missiles" initiiert. Unter dem Titel „Prozeß gegen den Staat" wurde in verschiedenen großen Tageszeitungen eine Anzeige zur Unterstützung der Kampagne veröffentlicht. Anwälte wurden beauftragt, um die juristischen Möglichkeiten zu untersuchen. Eine „Stiftung Initiativen Unbeugsame Gewaltlosigkeit" („Stichting Initiativen Onverzettelijke Geweldloosheid" — SIOG) führt von Mitte bis Ende Mai „Steh-Aktionen" vor den Wohnungen von Parlamentariern durch (im Juni wollen Regierung und Parlament eine Entscheidung in der Stationierungsfrage treffen). Am 27. Mai fand ein „Motorrad-Kreuzzug mit 2.000 Krädern gegen den Rüstungswettlauf" statt. Von verschiedenen Städten aus fahren Motorrad-Kolonnen nach Woensdrecht, zu einer Umzingelung der Basis. Am 31. Mai zog „das größte Orchester aller Zeiten" — mit ca. 1.000 Musiker/inne/n — mit einem eigens zu diesem Zweck komponierten Friedenslied um die Basis. Und am 1., 2. und 3. Juni soll die erste große (effektive) Blockade der Basis in Woensdrecht stattfinden. Zu dieser letzten Aktion — eine Initiative der aus der Anti-AKW-Bewegung heraus entstandenen „Basisgruppen gegen Atomgewalt und Militarismus" — ruft der IKV übrigens ausdrücklich nicht auf.

Niederlande-Kommission (31.5.84)



Leserbrief von Wolfgang Sternstein

Dear Mister X.,

ein Freund hat mir den AK 246 mit dem Artikel „Abrüstung der Friedensbewegung" zugeschickt, in dem meine Rolle bei der „Pazifizierung der Friedensbewegung" eingehend „gewürdigt" wird. Ich müßte mich eigentlich geschmeichelt fühlen, doch finde ich, Du hast des Guten ein wenig zuviel getan. Ansonsten ein kluger, kenntnissreicher Artikel, alle Achtung, obwohl ich mit wesentlichen Aussagen nicht einverstanden bin. Ich bin neugierig auf die Fortsetzung. (Es wäre schön, wenn du mir die beiden nächsten Nummern zusenden könntest). Da steht in der Tat vieles drin, was ich nicht wußte.

Mir ist jedoch gar nicht klar, worauf du hinauswillst. Ich hoffe, es kommt noch. Wie hätte der „heiße Herbst" denn laufen sollen? In Richtung auf Radikalisierung unter Einschluß von Gewaltaktionen, in Richtung auf „Schlachten" 'a la Brokdorf, Grohnde, Startbahn West, Bremen (Rekrutenvereidigung) und Krefeld — als ob das Siege gewesen wären! Konfrontationen dieser Art hätten die Friedensbewegung doch innerhalb kürzester Zeit in die Isolierung und in die Niederlage geführt (daher auch die scharfe Reaktion großer Teile der Friedensbewegung). Es ist doch ein Faktum, daß die beiden einzigen Konflikte von bundesweiter Bedeutung — Whyl (dauerhaft) und Gorleben (vorübergehend) — mit gewaltlosen — nicht gewaltfreien! — Methoden erkämpft wurden. Ich will damit nicht behaupten, die Gewaltlosigkeit sei die einzige Ursache für den Erfolg gewesen; historische Abläufe sind viel zu komplex, als daß man sie monokausal erklären könnte. Dennoch bleibt als unbestreitbare Tatsache festzuhalten, daß Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung in der Geschichte der BRD lediglich in einem Punkt „erfolgreich" war: Sie hat zu einem atemberaubenden Ausbau des staalichen Überwachungs- und Unterdrückungsapparates geführt (möglicherweise hat sie nur die Rechtfertigung geliefert, doch immerhin, auch Rechtfertigungen werden gebraucht). Vom Interessenstandpunkt der Herrschenden in diesem Land hätte man die RAF und die „militanten Gruppen", hätte es sie nicht gegeben, geradezu erfinden müssen (siehe Troeber und Konsorten). Ich frage mich, wie kann man nur so blind in die Falle laufen. Ich meine das nicht nur unmittelbar (siehe Krefeld), sondern auch mittelbar (Ihr liefert bereitwillig das Feindbild, um die innenpolitische Aufrüstung der BRD zu rechtfertigen).

Ich stimme Deiner Kritik an der gewaltfreien Fraktion der Friedensbewegung zu, obwohl ich sie — wie so oft bei Linken — lieblos und arrogant finde. Da ist kein Wort der Anerkennung für die enormen organisatorischen, finanziellen und ideellen Leistungen zu hören. Da wird der Friedensbewegung nur ihr Mißerfolg bei der Verhinderung der Stationierung — den ich nicht bestreite — vorgehalten. Ich räume selbstkritisch ein, daß es der Friedensbewegung an Ausdauer, Disziplin, Opferbereitschaft, Entschlossenheit, Mut und Willen zum Erfolg gefehlt hat. Ich habe auch meine Schwierigkeiten mit dem „Händchenhalten" und dem „Blümchenübereichen" (obwohl ich verstehe, was damit gemeint ist), zumal wenn das alles ist. Doch das hat mit gewaltfreier Aktion — Streik, Boykott, Kriegssteuerverweigerung, Kriegsdienstverweigerung, zivilem Ungehorsam usw. — herzlich wenig zu tun. Die Friedensbewegung ist m.E. nicht gescheitert, weil sie sich der gewaltlosen Aktionsformen bediente, sondern weil sie es nicht geschafft hat, von der symbolischen gewaltlosen Aktion zur massenhaften gewaltlosen Aktion überzugehen. Mit anderen Worten, wir, die Menschen, haben versagt, nicht die Methoden. Wer mit den Menschen vor Ort gearbeitet hat, weiß, welche Ängste es da gibt. Es gibt nicht wenige, die beim bloßen Gedanken an eine Konfrontation mit der Polizei die Hosen gestrichen voll haben (was ich auch verstehen kann, ich hatte auch Angst bei der Pflugschar-Aktion). Das ist eine Realität. Es bedarf vieler kleiner Schritte und auch Erfolgserlebnisse, um Menschen aus ihrer Angst, Apathie, Resignation und Ohnmacht herauszuführen.

Deine Verachtung für gewaltlose und gewaltfreie (***Gewaltlosigkeit*** ist ein pragmatischer oder taktischer Gewaltverzicht im Unterschied zur ***Gewaltfreiheit***, die ein prinzipieller und strategischer Gewaltverzicht ist aufgrund der Einsicht, daß Gewalt kein geeignetes Mittel der Konfliktlösung darstellt, sofern es darum geht, einen Konflikt dauerhaft und für beide Seiten befriedigend zu lösen, Gewaltfreiheit setzt die Bereitschaft voraus, Gewalt ohne Haß oder Vergeltung hinzunehmen, um sie zu überwinden) finde ich durch nichts gerechtfertigt. Wenn es wahr ist, daß die Regierenden auf die Mitarbeit der Regierten angewiesen sind, dann ist es auch wahr, daß die massenhafte Verweigerung dieser Mitarbeit, selbst angesichts der Drohung mit oder der Anwendung von Gewalt, die Mächtigen entmachten kann.

Ich habe mich bemüht herauszufinden, wo die eigentliche Differenz zwischen unseren Anschauungen liegt. Dabei erscheint mir folgender Passus als Schlüsselaussage: *„Es ging... um Verhinderung der Radikalisierung und wenn möglich um die Befriedung der Massenbewegung, um die Erhaltung bzw. Wiederherstellung einer gebrochenen Massenloyalität gegenüber den Herrschafts- und Entscheidungsstrukturen — auch, ja gerade, wenn es sich um Fragen von Krieg und Frieden handelt...*

Unter Mitwirkung von Teilen der Friedenbewegung ist diese Strategie weitgehend aufgegangen: Die Masse der Friedensbewegung konnte sogar nicht nur befriedet, sondern zur freiwilligen Unterwerfung unter das staatliche Gewaltmonopol verpflichtet werden, d.h. zur Loyalität gegenüber einer Staatsordnung, von der sie selbst immerhin behauptet, daß diese die Vorbereitung eines Atomkriegs betreibt. Damit ist die Friedensbewegung vorerst ideologisch und politisch entwaffnet, selbst wenn sie zahlenmäßig noch wachsen sollte."

Was Du Dir offenbar nicht vorstellen kannst, ist eine differenzierte Einstellung zum politischen System der BRD. Für Dich gibt es offenbar nur Zustimmung oder Ablehnung. Für mich gibt es jedoch Dinge, die ich erhalten bzw. wiederherstellen möchte, z.B. Grundrechte, Rechtsstaatlichkeit, Bundesstaatlichkeit, Demokratie usw. Daneben gibt es Dinge, die ich ablehne: Rüstung, Atomprogramm, soziale Ungerechtigkeit, Ausbeutung der dritten Welt, die m.E. die von diesem System selbst formulierten Grundwerte verletzen. Das heißt nicht, daß ich mich mit ein paar kleinen Korrekturen zufrieden geben würde (z.B. keine Stationierung). Ich strebe wie Du eine totale Veränderung des bestehenden Systems an, ja ich bin ziemlich sicher, eine weitaus totalere, sofern es da eine Steigerung gibt. Hier liegt der Unterschied nicht. Er liegt in den Methoden, mit denen ich diese Veränderung anstrebe, nämlich den Methoden der gewaltfreien Aktion. Dabei knüpfe ich an die Grundwerte an, auf die dieses System sich beruft.

Du dagegen lehnst dieses System total ab. Du bekämpfst es jedoch mit den gleichen Methoden, mit denen dieses System sich zu behaupten sucht. Ich will nicht ausschließen, das Du eines Tages Erfolg hast. Ich fürchte nur, das System das danach kommt, wird schlimmer sein als das gegenwärtige. Es wird, marxistisch ausgedrückt, die „erweiterte Reproduktion" des gegenwärtigen Systems sein. Nicht etwa, weil Du es so willst, an der Ernsthaftigkeit Deiner Zielsetzung zweifle ich keine Augenblick, sondern weil Du Mittel einsetzt, die Deine herrlichen Ziele bis zur Unkenntlichkeit korrumpieren, ja, ins Gegenteil verkehren. Meine Lebenserfahrung und meine theoretische Einsicht haben mich gelehrt, daß es zwischen Mittel und Zweck, Weg und Ziel einen unmittelbaren Zusammenhang gibt. Sie müssen übereinstimmen, soll der Zweck erfüllt, das Ziel erreicht werden. Sie hängen so eng zusammen wie Same und Pflanze. Wer eine Kastanie in die Erde pflanzt, kann nicht erwarten, daß ein Apfelbaum daraus wächst, und wer einen Apfelkern pflanzt, kann nicht erwarten, daß eine Kastanie wächst.

Ich vermute, daß wir uns im Hinblick auf die Ziele — kurzfristig: Stopp bzw. Rücknahme der Stationierung, mittelfristig: Massenvernichtungswaffen raus aus der BRD, langfristig: eine Welt ohne Waffen (nicht ohne Konflikte), in der soziale Gerechtigkeit (Überwindung der Klassenantagonismen), Freiheit und Solidarität verwirklicht sind — einigen können. Ich bin jedoch brennend daran interessiert zu erfahren, wie Du diese Ziele erreichen willst, am besten in Form eines Szenarios, das jeden Schritt so konkret wie möglich beschreibt.

Mit — in Bezug auf die Ziele — solidarischen Grüßen Wolfgang Sternstein 22.5.84

P.S.

Beim nochmaligen Durchlesen des Briefes fiel mir auf, daß deine Einschätzung der politischen Situation der BRD massiv von Wunschdenken bestimmt zu scheint. Ich glaube nicht, daß es eine „gebrochene Massenloyalität gegenüber den Herrschafts- und Entscheidungsstrukturen" in der BRD gibt. Die Massen haben doch Kohl, Strauß, Genscher und Vogel gewählt! Wäre es so, wie du schreibst, müßten die Leute ja schlicht schizophren sein.

Bist du wirklich sicher, daß die Masse der Friedensbewegung das staatliche Gewaltmonopol infragestellt? Ich habe das nur bei einmem kleinen Teil der Friedensbewegung beobachtet. Deshalb ist es auch Unsinn zu behaupten, die „Befriedungsstrategie" habe zu einer freiwilligen Unterwerfung unter das staatliche Gewaltmonopol geführt. Nach meiner Beobachtung hat sich die Masse der Friedensbewegung gegen Stationierung, Wettrüsten und Militarismus, nicht aber gegen das System schlechthin aufgelehnt. Das mag eine schmerzliche Wahrheit für Dich sein, aber es ist nun einmal so.

P.P.S.

Es wäre schön, wenn der AK diese Kontroverse abdruckte. Du kannst ja, sofern es Dich reizt, entgegnen.



Nicht so ..., sondern so ...
Foto: Peter Homann

Frauen zum Bund:

"Unangenehme Entscheidungen stehen an" (Wörner)

Fortsetzung von Seite 1

Bei Kürzungen von 10% (=50.000) müsse ,,der Verteidigungsauftrag'' ,,modifiziert'' werden (zit. nach ,,FAZ'', 9.5.84). Genau das aber drohe, wenn der Pillenknick sich auf die Bundeswehr voll durchschlagen würde. Derzeit werden pro Jahr 250.000 Rekruten eingezogen für BGS, Polizei, Zivilschutz und Bundeswehr (für letztere 230.000). In der Studie wird festgestellt, daß bereits in den 80er Jahren dieser Bestand nicht mehr zu halten sei, und in den 90er Jahren (gemessen am jetzigen Stand) pro Jahrgang 100.000 Rekruten und damit 200.000 Mann für die Bundeswehr fehlen würden.

Derzeit werden von einem Jahrgang von rund 1 Million nur die Hälfte (ohne Frauen) berücksichtigt, 40% davon sind ,,bedingt'' oder als gar nicht ,,tauglich'' eingestuft, bzw. ,,Wehrunwillige'' (60.000 KDV-Anträge pro Jahr). Die Langzeitstudie schlug deshalb eine ganze Reihe von Erweiterungsmaßnahmen vor:

— die Einbeziehung von Frauen, derzeit sind 15.000 im Gespräch, die Langzeitstudie sprach von bis zu 30.000;
— die Verlängerung der Wehrpflicht von derzeit 15 auf 18 Monate in diesem Jahrzehnt und Anfang der 90er Jahre auf 2 Jahre (das ergibt 32.000 bzw. 72.000 Mann);
— Herabsetzung der Tauglichkeitskriterien, Würzbach: ,,*Jährlich kriegen 60.000 junge Männer wegen angeblicher Untauglichkeit die Kurve und brauchen nicht zur Bundeswehr ... Das wird jetzt überprüft*'' (zit. nach ,,Pol. Berichte'', 19.5.84). Das soll 12.000 Mann mehr bringen;
— die Einbeziehung verheirateter Wehrpflichtiger soll 6.000 weitere bringen;
— Aufhebung der Freistellung für THW-Angehörige und Polizei. Für das THW sollen Zivildienstleistende herangezogen werden (+ 9.000 Mann);
— Rückgriff auf in der BRD lebende Ausländer (+ 20.000 Mann). Angeblich soll der Plan derzeit nicht weiter verfolgt werden (,,taz'', 26.4.);
— zusätzliche Anwerbung von freiwillig Längerdienenden (+ 33.000 Mann);
— Erhöhung der 2-Jahre Dienenden (+ 20.000 Mann).

Wer nachrechnet, stellt fest, daß nicht einmal alle Maßnahmen zusammengerechnet den Bestand gewährleisten würden. Die Bundeswehrspitze drängt, daß noch in diesem Jahr die Grundsatzentscheidungen fallen und mit dem Programm schrittweise begonnen werden müsse. Im Juni sollen die endgültigen Vorschläge und Prioritäten der Bundeswehr dem Kabinett vorgelegt werden, das seine Entscheidung seit Anfang des Jahres vor sich herschiebt. ,,*Bis zum Spätherbst muß die Bundeswehrführung dann wissen, was die Regierung will, um rechtzeitig handeln zu können*'', schreibt die ,,Frankfurter Allgemeine'' (am 9.5.84). Angeblich braucht die Bundeswehrführung Jahre der Vorplanung. Es handelt sich dabei allerdings um durchsichtige Gründe für eine Ausweitung der Rekrutierung für die Bundeswehr. Tatsächlich ließe sich das Problem bis 1992 und noch weiter aufschieben. Unter Helmut Schmidt wurde das Höchstalter für Wehrpflichtige auf 28 Jahre heraufgesetzt. Durch Rekrutierung dieses ,,Überhangs'' würde bis 1992 kein Fehlbestand auftreten. Würden dann die Freiwilligenbestände erhöht, würde das Problem noch weiter herausgeschoben werden können. Das Verteidigungsministerium hat weiterhin Überlegungen ausgearbeitet, wonach der ,,Friedensbestand'' auf 453.000 Mann gesenkt werden könnte, ohne den Kriegsbestand von 1,2 Millionen zu gefährden. Allerdings fordert die Bundeswehr dafür eine erhöhte Reservistenbereitschaft und 7.000 neue Übungsplätze für Reservisten (dann insgesamt 15.000) (s. ,,FAZ'', 9.5.84).

So ist es deutlich, daß die kommende Personallücke der Bundeswehr für einen ideologischen Vorstoß für die nationale Wehrbereitschaft genutzt werden soll, es kann dann auch nicht verwundern, daß die Anhänger einer Wehrsteuer (für Nicht,,dienende'') sich gleich wieder zu Wort meldeten (der CDU-Abgeordnete Kroll-Schlüter). Genauso klar ist, daß es neben zahlreichen vaterländischen Posen aus Politikerkreisen gleichzeitig ebenfalls Drückebergerei bei der Durchführung dieses überaus unpopulären Programms gibt, sofern es sich schieben läßt.

Wörner hatte noch 1982 gegenüber Apel getönt, als die Langzeitstudie eine Lösung bis 1985 forderte, es gebe überhaupt ,,*keinen triftigen Grund*'' darüber nicht sofort zu entscheiden. Jetzt weiß auch er, daß er sich ,,eine Menge Ärger einhandelt'', aber tapfer erklärt er ,,*Da müssen wir durch*'' (,,Spiegel'', 23.4.84). Man müsse sich ,,auf eine innenpolitische Diskussion über diese Fragen einrichten'', erklärte der Kanzler, die Friedensbewegung, die ,,außer Tritt'' geraten sei, werde ein neues Thema bekommen, aber es sei überfällig, darüber ,,offen mit unseren Bürgern zu sprechen''. Trotzdem bleibt die CSU-Abgeordnete Ursula Krone-Apphuhn, die Frauen ,,*an Gewehren und Kanonen ausbilden lassen will, ... selbst bei den konservativen Christdemokraten eine Außenseiterin*'', ,,*ältere CDU-Damen*'' plage ,,*vor allem die Erinnerung an den zweiten Weltkrieg, an Nachrichten und Flakhelferinnen, an das Wort von den Flintenweibern*'', schreibt der ,,Spiegel'' (ebenda). Die SPD hat sich hier auf strikte Opposition festgelegt. Die FDP — permanent unter die 5%-Hürde rutschend — jammert um ihre Wahlchancen. Genscher möchte dort weiter ,,ausloten''.

Ebenfalls problematisch ist es mit der Verlängerung der Wehrdienstzeit. Schon heute ist die 15-monatige Wehrdienstzeit völlig unbeliebt. 20% der Wehrpflichtigen sehen in ihrem Dienst ,,keinen Sinn'', 40% halten die Zeit für ,,weitgehend verloren'', ein Drittel fühlt sich ,,wie ein unmündiges Kind'' behandelt, 50% halten die Bundeswehr für eine ,,reine Beschäftigungstherapie''. Diese Untersuchung des Batelle-Instituts halte die Bundeswehr vorsorglich unter Verschluß, schreibt der ,,Spiegel'' (ebenda). So ist für Genscher die Verlängerung der Wehrdienstzeit ,,*die allerletzte Möglichkeit*'', ,,*nur wenn alle anderen Maßnahmen nicht weiterhelfen, steht* *Maßnahmen nicht weiterhelfen, steht* *das zur Diskussion*'' (ebenda). Der SPD-Abgeordnete Horn versicherte zwar forsch, die SPD sei bereit ,,*unpopuläre Maßnahmen*'' mitzutragen und verwies auf das ,,hervorragende ... Reservistenpotential'' der Bundeswehr, ,,vorrangig für höhere Wehrgerechtigkeit'' müsse gesorgt werden, die Truppenstärke in Friedenszeiten dürfe ,,kein Tabu'' sein, d.h. die Verlängerung der Wehrdienstzeit möchte die SPD sich auch nicht auf die Fahnen schreiben (,,FR'',27.4.84).

Als erster Schritt in diesem Programm ist nun die Einbeziehung der Frauen zum Bund in die öffentliche Debatte gebracht worden. Da hat die Bundesrepublik (ebenso wie die anderen ehemaligen faschistischen Staaten Spanien und Italien) innerhalb der NATO noch einen ,,Nachholbedarf''. Darüber soll hier einige der Hintergründe dargelegt werden.




Frauen in der Bundeswehr: Selbstverständlich auch General?

SOLDATINNEN: Lückenbüßer oder ein Schritt zur Gleichberechtigung?

Wörners Juristen haben festgestellt, daß der freiwillige Frauendienst ohne Waffen mit dem Grundgesetz vereinbar sei. ,,15.000 Stellen, meldeten die Militärs ihrem Oberbefehlshaber, seien ohne weiteres für Frauen frei zu machen, ohne gegen gesetzliche Bestimmungen zu verstoßen'' (,,Spiegel'', 19/84). Nach den derzeitigen Plänen sollen Frauen im Stabs- und Fernmeldedienst, bei den Musikkorps, den Pionier-, Transport- und Instandsetzungseinheiten eingesetzt werden. Der Blick auf andere NATO-Armeen bestätigt, daß Frauen bestenfalls in den Musikkorps den Takt angeben dürfen, die Führungspositionen sind ihnen aber verschlossen. Der ,,Spiegel'' 19/84 berichtet: ,,*Großbritannien unterhält ein Freiwilligen-Korps von 12.000 Frauen, die in Heer, Marine und Luftwaffe Verwaltungs- und Fernmeldearbeiten verrichten. Die Britinnen wurden zwar in Selbstverteidigung ausgebildet, tragen aber keine Waffen. Sie können zu Unteroffizieren und Offizieren aufsteigen.*

Das französische Frauenkorps (17.000 Freiwillige) ist in die Teilstreitkräfte eingegliedert. Ihre Grundausbildung, bei der sie auch Schießen lernen, erhalten die französischen Amazonen auf einer besonderen Schule, anschließend spezialisieren sie sich für die Verwendung in Stäben, im Fernmelde- und Elektronikdienst, in der Flugsicherung und im Sanitätswesen. Höchster Frauendienstgrad: Brigadegeneral.

In der US-Army gibt es das größte aller westlichen Frauenkorps: 200.000 freiwillige Soldatinnen tun derzeit im Heer, in der Luftwaffe, der Marine und dem Marinekorps in gemischten Einheiten Dienst. Die amerikanischen Girls werden gemeinsam mit ihren männlichen Kameraden ausgebildet: sie lernen schießen mit Pistolen, Gewehren und Maschinenpistolen, müssen Handgranaten werfen, Minen legen und in gemeinsamen Manövern üben. Danach werden sie — im Schnitt bleiben sie 6 Jahre dabei — im Stabs- und Sanitätsdienst, in Versorgungs-, Instandsetzungs- und Fernmeldeeinheiten eingesetzt. Infanteristinnen, Panzerfahrer, Richtkanoniere und Geschützführerinnen dürfen sie nicht erden; die GIs (weiblich) sollen 'unterstützende Funktionen' übernehmen, keine Aufgaben im Kampf''. ,,*Weibliche Soldaten bei den amerikanischen und kanadischen Verbänden werden — auch wenn sie martialisch gerüstet erscheinen — durchweg in den Stäben, vorwiegend aber im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit eingesetzt*'' (,,Truppendienst'', 6/81).

Was Frauen im Militärdienst erwartet, wird am Beispiel Israels deutlich: nachdem 1983 drei Frauen ermordet und dutzende von Vergewaltigungen gemeldet wurden, sind seit Januar 100 Frauen in der Armee probeweise mit Tränengassprühdosen ausgerüstet. Aus den USA wußte ein Oberst Bauers, Zietenkaserne Göttingen, zu berichten: ,,die Amerikaner mußten weibliche Armeeangehörige durch Stacheldraht vor ihren männlichen Mitstreitern schützen'' (,,Göttinger Tageblatt', 26.4.84). Angesichts dieser Sachlage ist auch von offizieller Seite das frühere Lieblingsargument ,,Frauen zum Bund = Schritt zur Gleichberechtigung'' kaum noch zu hören. Nur Wörner macht noch große Versprechungen: ,,Wenn wir Verwendung für weibliche Soldaten in der Bundeswehr tatsächlich öffnen, dann müssen Frauen selbstverständlich auch General werden können'' (,,Spiegel'' 19/84). Aber ,,Hans Rühle, langjähriger Berater Wörners aus Oppositionstagen und nun Leiter eines Planungsstabes warnte den Minister vor allzu großen Sprüchen: Auch wenn Wörner einen weiblichen Sanitätsoffizier demnächst zum Generalarzt befördern sollte, könne von Chancengleichheit nicht gesprochen werden. Das Grundgesetz sage in Artikel 12a unzweideutig, daß Frauen 'auf keinen Fall Dienst mit der Waffe leisten' dürfen. Diese Einschränkung aber verbaut — so der Planungschef — den Frauen den Aufstieg in der Armee ... Seine Begründung offenbart das ganze Dilemma: Ein Soldat ist nach traditionellem Verständnis Waffenträger. Nur wer seine Waffe beherrscht und sie auf Befehl auch einsetzt, kann folglich Vorgesetzter werden und Karriere machen. Solange Frauen das Schießen verwehrt ist, können sie allenfalls als Hiwis, als Hilfswillige, mitmarschieren'' (,,Spiegel'', 19/84).


Flakwaffenhelferinnen 1944

Von ganz rechts außen wird schon der Ausweg aus dem ,,Dilemma'' angeboten. In einem Bericht über die Tagung des deutschen Bundeswehrverbandes heißt es in der ,,taz'' (9.5.84): ,,Der Bundeswehrverband weist in diesem Zusammenhang zwar auf die eindeutige Regelung im Grundgesetz hin, wonach Frauen in der Bundeswehr keine Waffen tragen dürfen, doch er weiß auch, daß so mancher 'Sachzwang' in den letzten Jahren zu einer Änderung des Grundgesetzes geführt hat. Emanzipation, so trug Heinz Volland vor, habe selbstverständlich auch mit einer Ausweitung von Pflichten zu tun''. Noch deutlicher wird Helmut Reindl in der ,,Europäischen Wehrkunde'' 1/84: ,,Das Grundrecht des Art. 3 Abs. 2 GG »Männer und Frauen sind gleich-

---

Resolution zu den Plänen des Verteidigungsministeriums zur Wehrdienstverlängerung, zur Einbeziehung von Frauen in die Bundeswehr und ihrer generellen militärischen Verplanung

Die Pläne des Verteidigungsministeriums, Frauen in die Bundeswehr einzubeziehen und den Wehrdienst zu verlängern, sind eine Provokation der Frauen- und Friedensbewegung.

Angesichts der Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles und den neuen offensiven Militärstrategien der NAT (Airland Battle, Rogers-Plan) hat die Friedensbewegung dazu aufgerufen, massenhaft den Kriegsdienst zu verweigern - sowohl in der Bundeswehr als auch in allen anderen Bereichen, die der Kriegsvorbereitung dienen. Zehntausende von Frauen haben in den letzten Jahren vorsorglich ihren Einsatz in Lazaretten und Hilfskrankenhäusern verweigert, zu dem sie aufgrund der Notstandsgesetze gezwungen werden können.

Wir Frauen lehnen jegliche Dienste zur Kriegsvorbereitung ab, ob im zivilen oder militärischen Bereich. Insbesondere widersetzen wir uns der militärischen Verwendung von Schwesternhelferinnen und Frauen im Gesundheitswesen, unserem Einsatz nach dem Arbeits-Sicherstellungsgesetz und der Einführung des "sozialen Pflichtjahrs" als Prallele zum männlichen Wehrdienst sowie den Plänen zu einer Gemeinschaftsdienstpflicht von Frauen und Männern.

Seit es Pläne zur Einbeziehung von Frauen in die Bundeswehr gibt, haben wir in Resolutionen und auf Demonstrationen erklärt: Wir gehen nicht zur Bundeswehr!

Für uns hat der "Dienst" in der Bundeswehr nichts mit Emanzipation zu tun. Wir wissen, daß die Bundeswehr kein "normaler" Arbeitsplatz ist, sondern daß sie durch die neuen NATO-Strategien immer mehr zu einem Instrument zur Führung eines massenvernichtenden Krieges wird. Wir wissen, daß die Strukturen in der Bundeswehr aus Befehl und Gehorsam bestehen. Das steht unserem Kampf um Selbstbestimmung direkt entgegen. Die Einbeziehung von Frauen in die Bundeswehr unter dem Motto, Arbeitsplätze zu schaffen, ist zynisch angesichts der extrem hohen Frauenerwerbslosigkeit.

Hier wird mit der Not der Frauen gespielt. Erst werden sie ihrer sozialen Rechte beraubt, dann werden sie mit verlogenen Versprechungen in die Bundeswehr gelockt. Wenn heute davon gesprochen wird, daß Frauen "freiwillig" in die Bundeswehr sollen, ist dies der erste Schritt zu einer Wehrpflicht für Frauen.

Wir unterstützen die Kampagne zur Kriegsdienstverweigerung und verurteilen die Pläne der Bundesregierung, ein Gesetz zum "freiwilligen Dienst von Frauen in die Bundeswehr" zu verabschieden.

Wir fordern alle Frauen auf, sich öffentlich den Militarisierungsplänen der Bundesregierung zu widersetzen - z.B. am 12. Mai bei der "Aktion Muttertag", bei den Verweigerungsaktionen am 23. Mai, anläßlich des Tages des Grundgesetzes, beim Frauenwiderstandscamp, an Schulen und Berufsschulen.

verabschiedet von der Kölner Aktionskonferenz, 5./6. Mai 84

Fortsetzung von vorheriger Seite

berechtigt« kann auf Grund der jetzigen Verfassungslage für Frauen in den Streitkräften nicht verwirklicht werden.

Die Eingliederung freiwilliger weiblicher Soldaten in die Bundeswehr wird dann kein gesellschaftlich bedeutsames Ereignis, sondern macht die unterschiedliche Stellung der Frau in unserer Gesellschaft erst signifikant. Gleichstellung und Chancengleichheit ist den Frauen versagt, denn sie können nicht in militärische Führungspositionen aufrücken, da sie nicht Dienst mit der Waffe leisten dürfen. Unter »Dienst mit der Waffe« versteht man bei extensiver Auslegung nicht nur die manuelle Betätigung von Waffen, sondern die »seinem Sinngehalt nach eng und unmittelbar in den eigentlichen vielschichtigen militärischen Handlungsablauf eingefügte Tätigkeit« (Bundesverwaltungsgericht). Es wird auch die Auffassung vertreten, daß die Befehlsgebung zum Waffeneinsatz »Dienst mit der Waffe« ist. Da nach dieser Rechtslage Führungs- und Vorgesetztenpositionen Frauen verschlossen sind, eine »Männer- und Frauen-Armee« auch unter Berücksichtigung der biologisch/funktionalen Unterschiede nicht möglich ist, setzt sich die Bundestagsabgeordnete, Mitglied des Verteidigungsausschusses, Ursula *Krohne-Appuhn* für eine ersatzlose Streichung (Verfassungsänderung) des Art. 12a Abs. 4 Satz2 GG ein.

Die öffentliche Diskussion befaßt sich nicht nur mit der Frage, ob überhaupt Frauen in den Streitkräften Zugang haben sollen, im Vordergrund steht immer die Verwirklichung des Grundrechts »Gleichberechtigung der Frau«. Die geplante Öffnung der Bundeswehr für Frauen wird »geradezu als pervers« bezeichnet (Ursula *Kerstin*, Bremische Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau), weil »Frauen auch in der Bundeswehr wie üblich auf die unteren Dienstebenen beschränkt bleiben würden«.

Das Verfassungsverbot »Dienst mit der Waffe zu leisten« wird von vielen Frauen als Diskriminierung empfunden. Sie wollen selbst entscheiden, ob sie einen solchen Dienst leisten oder nicht''.

Ein ganz direkter Tip! Und wo sich eine Ursula Zöller gefunden hat, die gegen die Krankenkassenfinanzierung der Abbrüche nach der Notlageninidikation beim §218 geklagt hat, na da wird sich doch auch noch eine finden, die gegen diese ,Diskriminierung' klagt?

Rückblick

Der Plan, Frauen im Kriegs- und Militärdienst einzusetzen, hat eine ebenso lange wie traurige Tradition. Schon 1916 legten Hindenburg und Ludendorff eine Gesetzesvorlage vor, nach der Frauen dienstverpflichtet werden sollten. Es erschien ihnen dann aber opportuner, die Frauen auf ,,freiwilliger'' Basis durch großangelegte Mobilisierungskampagnen zu ködern unter dem Motto: 'Verantwortung für das Vaterland übernehmen'. Im Juli 1918 wurde die Aufstellung des ersten rein militärischen freiwilligen weiblichen Nachrichtenkorps beschlossen (nach Ursula v. Gersdorf). Das Kriegsende kam jedoch dem Einsatz zuvor.

Auch zwischen den beiden Weltkriegen gab es immer wieder Stimmen, die darauf hinwiesen, daß ein moderner Krieg nur unter aktiver Beteiligung der Frauen zu führen sei. Bei Ausbruch des Zweiten Weltkriegs gab es keinen Gesamtplan für den Fraueneinsatz, die Nazis konnten aber 1939 auf ein freiwilliges Frauenpotential von 140.000 zurückgreifen. Ab 1938 ermöglichte es die ,,Notdienstverordnung'', auch Frauen dienstzuverpflichten. 1939 wurde der ,,Reichsarbeitsdienst für die weibliche Jugend'' eingeführt. Weibliche Soldaten waren noch nicht vorgesehen und standen auch in krassem Widerspruch zum nationalsozialistischen Frauenbild. Doch die Kriegsziele führten bald dazu, daß diese ideologischen Bedenken über Bord geworfen wurden. Zu Anfang waren die Frauen in paramilitärische Gruppen zusammengefaßt, die Nachrichtenhelferinnen z.B. sollten weder Waffendienst leisten noch an der Front eingesetzt werden. ,,Nach und nach wurden die Frauen in die verschiedensten Uniformen der Wehrmachtsteile gesteckt, erhielten Tätigkeitsabzeichen und Ehrenmedaillen. 300.000 Frauen dienten dem Ersatzheer, im Feldheer halfen 12.500 Stabs- und 8.000 Nachrichtenfrauen siegen, bei der Luftwaffe 130.000 in der Marine 20.000. Sie betrieben Funk- und Fernsprechnetze, arbeiteten in den Jägerleitstellen der Flugplätze am Radar, fuhren als Melder im Kübelwagen, übernahmen Funkmeß- und Frühwarndienste. Bald war keine Rede mehr davon, daß die Frauen keinen Dienst an der Waffe leisten sollten. Sie bedienten die Scheinwerfer in den Flakstellen, schleppten Munition an die Geschosse und schossen schließlich selbst — mit der Panzerfaust oder als Kanoniere in den Flakbatterien'' (,,Spiegel'', 19/84). Die im April 45 verfügte Aufstellung eines Frauenbataillons an der Front scheiterte zum zweiten Mal am Kriegsende!

Anti-Mil.-Kommision Göttingen



Deutsche Helferinnen im 2. Weltkrieg: Männer bedienen

Abtreibungsgegner weiter auf dem Vormarsch

Stiftung ''Mutter und Kind'' vom Bundestag verabschiedet

Am Donnerstagabend, den 24. Mai, verabschiedete der Bundestag mit den Stimmen der Regierungsparteien ein Gesetz zur Errichtung der Stiftung ,,Mutter und Kind — Schutz des ungeborenen Lebens''. Damit sind die rechten Befürworter eines verschärften § 218 ihrem Ziel, die Abtreibungsbedingungen zu verschlechtern, ein ganzes Stück näher gerückt. Denn mit Hinweis auf das angebliche Hilfsangebot der Stiftung wird die Forderung nach Verschärfung der Notlagenindikation noch nachdrücklicher erhoben werden.

Ende 1982 wurde vom Familienministerium der Regierung Kohl eine innerministerielle Arbeitsgruppe zum ,,Schutz des ungeborenen Lebens'' eingerichtet, die ,,Verbesserungsvorschläge'' zum Thema Abtreibung erarbeiten sollte. Diese veröffentlichte Ende Dezember einen Bericht, in dem ein ,,umfangreiches Programm'' vorgeschlagen wird, um der ,,großen Zahl von Schwangerschaftsabbrüchen wirksam zu begegnen''. (s. AK 243).

Die jetzt verabschiedete Bundesstiftung ist das erste praktische Ergebnis dieser unter Federführung des Familienministers Geißler stehenden Arbeitsgruppe. Im Rahmen der Schwangerschaftskonfliktberatung nach § 218b sollen Gelder verteilt werden, mit denen ungewollt schwangere Frauen von einem Abbruch abgehalten werden sollen. Im Gesetz liest sich das so: *,,Um den Schutz des ungeborenen Lebens zu verbessern, soll eine Bundesstiftung errichtet werden, mit dem Ziel, werdenden Müttern in Not durch finanzielle Hilfen die Fortsetzung der Schwangerschaft zu erleichtern''.* Es geht also nicht darum, generelle Hilfen für a l l e schwangeren Frauen zu gewähren, sondern die Stiftungsmittel dienen als ,,Überredungsgelder'' für u n g e w o l l t Schwangere. In der Öffentlichkeit läßt sich dann der Abbruch nach sozialer Indikation leichter als ungerechtfertigt und überflüssig darstellen. Zudem sollen alle anderen Indikationsausstellungen, die die ,,psychosoziale Lage'' der Frau berücksichtigen, unmöglich gemacht werden. (Nach Informationen der PRO FAMILIA stehen außer wirtschaftlicher Not bei fast der Hälfte aller Frauen andere Gründe bei einer Abtreibung im Vordergrund.)

Daß die Bundesstiftung letztlich nur für Propagandazwecke gegen die Abtreibung dienen soll, wird daran deutlich, daß die Summe der Gelder, die für die Stiftung aus dem Bundeshaushalt zur Verfügung gestellt werden sollen, geradezu lächerlich ist: Im zweiten Halbjahr 1984 werden 25 Millionen DM und in den Jahren 1985-88 jährlich 50 Millionen DM für die Stiftung verwendet. Davon können jährlich bis zu 1 Million DM zum Aufbau eines Stiftungsvermögens benutzt werden. Wieviel in den darauffolgenden Jahren an Geldern zur Verfügung steht, ist eh noch völlig ungewiß. Nachdem man allein schon beim Mutterschaftsgeld 1983 320 Millionen DM eingespart hatte und auch ansonsten — durch Kürzungen in sämtlichen Sozialbereichen — der Brotkorb immer höher gehängt wird, kann man ein paar Millionen für so eine Stiftung einsetzen. Zudem ist nicht daran gedacht, die Gelder an die Frauen direkt zu verteilen. Nach dem Gesetz sollen die Stiftungsmittel *,,für Aufwendungen, die im Zusammenhang mit der Schwangerschaft und Geburt sowie der Pflege und Erziehung eines Kleinkindes entstehen, gewährt werden, insbesondere für: die Erstausstattung des Kindes, die Weiterführung des Haushaltes, die Wohnung und Einrichtung, die Betreuung des Kleinkindes''.* Allerdings, und dann folgt die Einschränkung: *,,Leistungen aus Mitteln der Stiftung dürfen nur gewährt werden, wenn die Hilfe auf andere Weise nicht oder nicht rechtzeitig möglich ist oder nicht ausreicht''* (hierzu sollen noch genauere Richtlinien erarbeitet werden). Außerdem besteht auf die ,,Leistungen'' kein Rechtsanspruch. Das bedeutet, daß nur ein ganz geringer Teil Frauen diese Hilfen überhaupt in Anspruch nehmen kann. **Erfahrungen aus Baden-Württemberg, wo es schon länger eine Länderstiftung ,,Mutter und Kind'' gibt, haben ergeben, daß nur 5% (!) der von PRO FAMILIA gestellten Anträge bewilligt wurden.** In Bayern müssen betroffene Frauen vorher einen 26seitigen Antrag ausfüllen! Frau muß schon auf der untersten Stufe der sozialen Leiter angekommen sein, um überhaupt einen Pfennig zu bekommen. Andererseits bieten die Almosen aus der Stiftung nur kurzfristige Hilfe, die aber langfristige finanzielle Probleme nicht lösen. Es liegt hierin also die Gefahr, daß sich junge Frauen, im Vertrauen auf die wohlfahrtstaatliche Unterstützung, zum Kind überreden lassen und dadurch langfristig in wirtschaftliche und soziale Verelendung geraten.

So stieß denn die Stiftung außer bei den Oppositionsparteien (Grüne und SPD) sogar in Kirchenkreisen auf Kritik, z.B. bei der Evangelischen Aktionsgemeinschaft für Familienfragen und dem Familienbund der deutschen Katholiken. Auch die Wohlfahrtsverbände, die über ihre Beratungsstellen die Stiftungsmittel vergeben sollen, übten leise Kritik, ließen sich aber bis auf PRO FAMILIA letztlich alle auf die Stiftung ein. Schon im Dezember letzten Jahres hatte das Familienministerium sich an die freien Wohlfahrtsverbände gewandt, zwecks einer Anhörung zur geplanten Bundesstiftung. So hatte man in Bonn gehofft, daß die Wohlfahrtsverbände, zu deren Mitgliedern sowohl die Arbeiterwohlfahrt, die PRO FAMILIA als auch konfessionelle Verbände gehören, sich mit der Verteilung der Stiftungsmittel einverstanden erklären. (Dies wäre für die Regierung verfassungsrechtlich am einfachsten gewesen, da sie die Stiftungsgelder dann über die Länder hätte verteilen lassen können.) Der PRO FAMILIA-Bundesverband erklärte allerdings im Januar seine Ablehnung gegenüber der Stiftung und beteiligte sich im Gegensatz zu allen anderen Wohlfahrtsverbänden nicht an den Gesprächen mit dem Familienministerium. Dies löste in den Verbänden, vor allem an der Basis, eine kritische Diskussion aus, die allerdings ohne praktische Konsequenzen blieb. In einer Presseerklärung Anfang März lehnte PRO FAMILIA zusammen mit der Arbeiterwohlfahrt und anderen Verbänden wie der Arbeitsgemeinschaft Tagesmütter, dem Verband alleinstehender Väter und Mütter, der ÖTV und der Humanistischen Union die Stiftung ab. Aber die Arbeiterwohlfahrt, die für die Vergabe der Stiftungsmittel in Frage kommen würde, ließ sich dennoch auf die Diskussion um einen Gesetzentwurf für die Stiftung ein und wird sich voraussichtlich an der Verteilung der Almosen beteiligen.

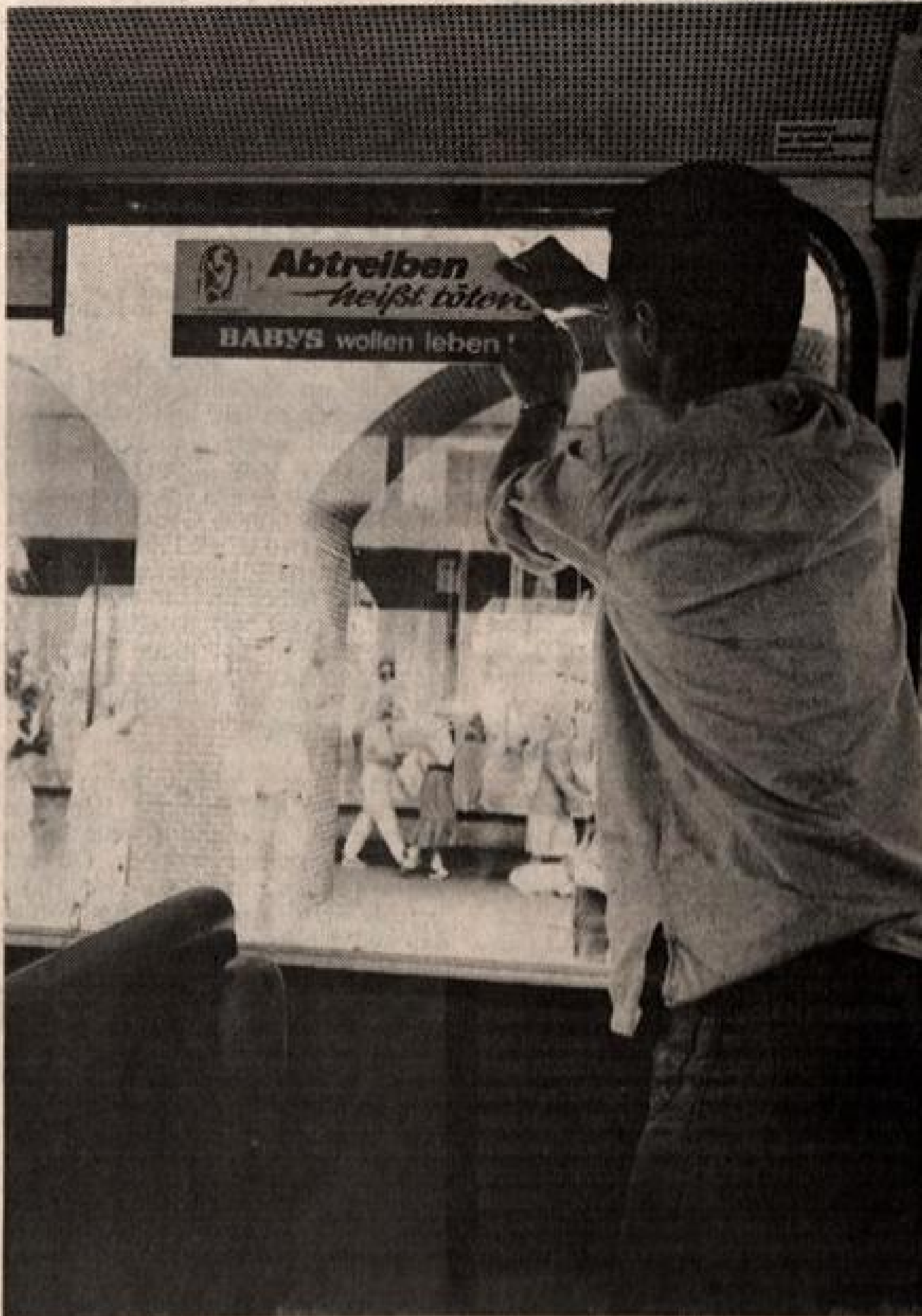
Es ist zu befürchten, daß die Zulassung zur ,,Konfliktberatung'' im Falle einer ungewollten Schwangerschaft und die damit verbundene Indikationsausstellung an die Stiftung gekoppelt wird. (Dies kündigte sich zumindest im Bericht der interministeriellen Arbeitsgruppe ,,zum Schutz des ungeborenen Lebens'' an.) **Das würde bedeuten, daß die PRO FAMILIA-Stellen, die sich weigern, die Stiftungsmittel selbst zu vergeben, zur Aufgabe ihrer Beratungstätigkeit gezwungen werden.**

Ebenso ist zu befürchten, daß — wie oben schon erwähnt — die Stiftung von dem rechten Lager aus Kirche, CDU/CSU usw. benutzt wird, um weitere Verschärfungen in Sachen Abtreibung vorzubereiten. Allerdings fand der Gesetzesantrag von 74 CDU/CSU-Abgeordneten im Bundestag bisher keine Mehrheit. Der Antrag sieht vor, daß der Schwangerschaftsabbruch nach sozialer Indikation nicht mehr von den Krankenkassen finanziert und daß die Lohnfortzahlung bei einem Abbruch nach der Notlagenindikation gestrichen werden soll. Bei einer Bundestagsdebatte am 5. Mai konnte der Gesetzentwurf nicht an die Ausschüsse überwiesen werden, weil das Parlament kurz vor Mitternacht auf Antrag einer CDU-Abgeordneten seine Beschlußunfähigkeit feststellte. Nachdem man am 25. Mai die Bundesstiftung beschlossen hatte, wurde ohne Aussprache der Gesetzentwurf der Unionsabgeordneten an die Ausschüsse weitergeleitet; die Sache dürfte damit also noch nicht ganz vom Tisch sein. Zudem steht immer noch die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts aus, das auf Grund eines Vorlagebeschlusses des Dortmunder Sozialgerichts vom September 1981 über die Verfassungsmäßigkeit der Finanzierung der Abtreibung auf Krankenschein entscheiden soll.

Zugleich mit der Diskussion um die Stiftung ,,Mutter und Kind — Schutz des ungeborenen Lebens'' ist die von der interministeriellen Arbeitsgruppe vorgeschlagene Kampagne zur ,,Bewußtseinsveränderung'' innerhalb der Bevölkerung schon angelaufen: In einer ,,Report''-Sendung Mitte März zog Friedensapostel Franz Alt mit altbekannten Methoden gegen die Frauen zu Felde. Mit Foto- und Filmmaterial aus dem Gruselkabinett der Abteibungs-Kriminalisierer liefen überdimensional große Föten und Überreste einer Abtreibung über den Bildschirm und wurden mit den entsprechenden Kommentaren versehen. Das, was bisher den Hetzbroschüren der § 218-Mafia vorbehalten blieb, nimmt nun anscheinend auch Eingang in die Massenmedien.

Die Einrichtung der Bundesstiftung und die noch zu erwartenden Versuche, die Abtreibungsbedingungen zu verschärfen, machen ein gemeinsames Handeln aller fortschrittlichen Kräfte dringender denn je. Bisher war der Widerstand der Frauen gegen die Pläne der Bundesregierung jedoch noch sehr gering. Sowohl die PRO FAMILIA als auch die ,,Frauengruppen gegen den § 218'' stehen vielerorts mit ihrer Arbeit noch sehr allein da. Zum diesjährigen 25. Februar — dem Jahrestag, an dem das BVG die Fristenregelung für verfassungwidrig erklärte und der als traditioneller Kampftag gegen den § 218 gilt — kam lediglich in Hamburg eine größere Demonstration mit 3000 Teilnehmer/inne/n zustande. Viele Frauen, gerade aus der alten Frauenbewegung, stehen dem Abtreibungsproblem sehr gelangweilt gegenüber, und im Zuge der neuen Mütterlichkeit machen sich Standpunkte breit wie dieser: ,,Mein Bauch gehört mir — dieser Slo-

Fortsetzung nächste Seite



Gegen Kirchen, Pfaffen, Staat, hilft nur die entschlossene Tat!
Photo: argus

gan war damals so richtig wie er heute hohl ist'' (so eine Gabi Erler in der ,,taz'' vom 25.4.84). Andererseits ist bei den § 218-Gruppen ein deutlicher Zuwachs an Frauen zu merken, die sich mit dem ,,alten'' Problem § 218 wieder ,,neu'' auseinandersetzen.

Eine Möglichkeit der Zusammenarbeit auch mit anderen politischen Strömungen könnte die geplante Arbeitskonferenz zum § 218 im Herbst werden. Seit Mitte Februar führen Vertreterinnen aus verschiedenen Organisationen Gespräche über gemeinsame Aktionen gegen die von der CDU/CSU geplante Kampagne. Neben den autonomen § 218-Gruppen nahmen an den Gesprächen Frauen aus verschiedenen Verbänden und Organisationen teil, so u.a. aus der PRO FAMILIA, der Arbeiterwohlfahrt, den Jungdemokraten, der DFI, DKP, Fraueninitiative 6. Oktober, den Grünen u.a.m. Auf der Arbeitskonferenz im Herbst sollen Arbeitsgruppen angeboten werden, die sich mit speziellen Fragen im Zusammenhang mit der Abtreibung beschäftigen, und es soll sowohl über gemeinsame Ziele und Strategien wie auch über trennende Positionen zum § 218 diskutiert werden.

Sy.

Entgegnung zu ''Spitzel aufgeflogen — Zwei Fallstudien'' (AK 246)

Anfang Februar dieses Jahres wurde in Hamburg die BKA-Agentin Martina Fietz enttarnt, Mitte/Ende März in Hannover der Spitzel Doris Hanisch. Drei bzw. gut einen Monat später wurden im AK (Nr.246, 7.5.84, S. 29f.) die entsprechenden Erklärungen der bespitzelten Gruppen kommentiert und dokumentiert. Einige kritische Anmerkungen hierzu sind erforderlich.

Allgemeine Lehren?

In beiden Stellungnahmen zur Enttarnung werde, heißt es in der Einleitung des Kommentars, ,,*der Anspruch erhoben, über die konkrete Enttarnung hinaus allgemeinere Hinweise und Lehren zu liefern. Was das anbetrifft, scheint es uns mißglückt...*'' Und: ,,*Wir werden aus unseren Fehlern lernen', schreiben die Hamburger Frauen am Schluß ihrer Erklärung. Und: 'Wir wollen, daß es ein gesundes Mißtrauen gegen Leute gibt, die sich merkwürdig verhalten ... Achtet auf Leute, die neu sind und schnell in die Strukturen eindringen wollen.'* '' Nur der erste der zitierten Sätze stammt tatsächlich aus der Erklärung der Hamburger Frauen, der zweite aber aus der Erklärung der Hannoveraner OLGA. Hierauf nachdrücklich hinzuweisen erscheint mir schon deshalb wichtig, weil durch diese falsche Zitatzuweisung der Eindruck bekräftigt wird, die beiden Erklärungen könnten, wie es der Autor des Kommentars sieht, tatsächlich — was ihren ,,Anspruch'' angeht, ,,allgemeinere Hinweise und Lehren zu liefern'' — über einen Kamm geschoren werden. (Wie mir auf Anfrage von der Redaktion mitgeteilt wurde, hatte der A u t o r des Kommentars allerdings korrekt zitiert; ein Redakteur dann aber — aus unerfindlichen Gründen — den im Typoskript enthaltenen Hinweis auf die Autorenschaft der OLGA gestrichen.)

Weiter heißt es im Kommentar: ,,*Meiner Meinung nach sind die angegebenen Verhaltensweisen und Verdachtsmomente in beiden Papieren für Verallgemeinerungen ungeeignet.*''

Tatsächlich aber wird — anders als im Hannoveraner Text — in der Hamburger Erklärung, wie schlichtes Nachlesen erweist, in keiner Weise der Anspruch erhoben, ,,verallgemeinerungsfähige Verdachtsmomente'' dargestellt zu haben. Diese Erklärung besteht rund zur Hälfte aus der Beschreibung des Weges, den die Martina Fietz in der ,,scene'' gegangen ist, und zur anderen Hälfte aus einem Bericht über den Besuch bei ihr. Wo ist da bitteschön der Anspruch enthalten, ,,allgemeinere Hinweise und Lehren zu liefern''?

Die Hamburger Frauen schreiben am Schluß ihrer Erklärung: ,,*Wir werden aus unseren Fehlern lernen.*'' H i e r liegt m.E. der unbefriedigende Punkt ihrer Darstellung (wie von dem Autor des Kommentars auch anhand einiger Beispiele und Fragen herausgestellt), denn welche ,,Fehler'' die Hamburger Frauen gemacht haben, die der Martina Fietz das Infiltrieren ermöglicht haben, das erfährt der interessierte Leser ja ebenso wenig wie die Verdachtsmomente, aufgrund derer die Fietz aufgeflogen ist. Das gerade Gegenteil ist also der Fall: Nicht ein ,,verallgemeinerungsfähiges 'Raster' '' zu geben beanspruchen die Hamburger Frauen, ihre Erklärung endet vielmehr genau v o r dem Punkt, wo möglicherweise Lehren hätten gezogen werden können!

,,Brutalo-Sprache''?

Das Hamburger Papier zeichne sich, fährt der Autor des Kommentars fort, ,,*durch eine unangenehme Brutalo-Sprache aus (dies ist nicht neu, siehe den früheren Fall 'Egon' und 'Paula' in AK 228, vom 13.12.82). Nimmt man die mit starken Empörungsworten durchzogene Beschreibung der Martina Fietz, so ist das ganz besonders perfide, 'säuische' wohl gerade darin angesiedelt, daß die sich offenbar so verhalten hat, wie es viele in der Szene engagierte Frauen ähnlich tun...*''.

Die — sagen wir mal — Phantasielosigkeit des Autors ist bestaunenswert. Worum geht es denn? Da war eine Agentin runde anderthalb Jahre lang in Gruppen infiltriert, die mit antimilitaristischer Arbeit und der Organisation der Solidarität mit den politischen Gefangenen befaßt sind, mit Tätigkeiten also, die der Staat nicht selten mit hohen Haftstrafen ahndet — haben wir denn etwa vergessen, was schon das schlichte Sprühen der Forderung ,,Für die Zusammenlegung der politischen Gefangenen'' den erwischten ,,Täter'' kostet? Da ist diese Agentin in die genannten Arbeitsbereiche infiltriert mit dem einzigen Zweck, die Aktivist/inn/en dieser Bereiche zu gegebener Zeit dem Staat ans Messer zu liefern. Einem Staat, in dem die ,,Todesstrafe auf der Straße'' sowie die psychische und physische Vernichtung politischer Gefangener zum Alltagsgeschäft gehört! Und da kann mensch sich auch nur einen Moment darüber erregen, daß ein solches S c h w e i n wie die BKA-Agentin Fietz auch als Schwein bezeichnet wird? Schon von ganz ,,kleinen'' Angebern spricht die Arbeiterweisheit: ,,Das größte Schwein im ganzen Land, das ist und bleibt der Denunziant!''

Der Autor des Kommentars aber mokiert sich darüber, daß der Fietz u.a. ihr B e t r u g vorgeworfen wird — ein Betrug, der der ,,Natur'' i h r e s G e s c h ä f t s entsprechend darin bestand, daß die Fietz sich verhielt, wie Frauen sich eben in dieser Szene verhalten. Auch ein Heiratsschwindler spielt den Verliebten, um an die Kohle seiner ,,Braut'' zu kommen, und seine ,,Braut'' wird ihm völlig zurecht gerade diesen Betrug, die vorgetäuschte Liebe, vorwerfen. Ist es vorstellbar, daß nun einer daherkommt und der betrogenen Frau sagt: ,,Aber liebes Kind, er hat sich doch nur verhalten, wie es andere Verliebte ähnlich tun. Du kannst ihm doch jetzt sein Verhalten nicht als 'säuisch' vorwerfen, wo du es vorher so bezaubernd fandest''? Eine solche Reaktion ist wohl kaum denkbar! Aber den Hamburger Frauen werden ihre ,,starken Empörungsworte'' vorgehalten, wo es um einen im Prinzip gleichen Betrug geht (ein Verhalten wird vorgespiegelt, um landen zu können), ,,nur'' eben um einen Betrug mit weitaus gefährlicheren Folgen als dem eines Heiratsschwindels.

Das Anprangern von ,,Brutalo-Sprache'' scheint überhaupt ein besonderes Anliegen des Autors des Kommentars zu sein, verweist er doch auch noch auf einen Artikel, in dem in gleicher Sache ebenso unverständig argumentiert wurde wie im vorliegenden Falle. — Die ,,Frauen gegen den antiimperialistischen Krieg'' hatten zu der Enttarnung der Agenten ,,Egon'' und ,,Paula'' eine Stellungnahme verfaßt, ,,*die in den verschiedensten autonomen Blättern veröffentlicht wurde*'' (AK 228) — allerdings nicht im AK, der sich dem Fall erst über ein Jahr später publizistisch widmete ... In dieser AK-Publikation heißt es zur Qualifizierung der Stellungnahme von den ,,Antiimpi-Frauen'': ,,*Zum großen Teil wird den ,beiden Schweinen' just das vorgehalten und jetzt als besonders ,kaltes' Vorgehen angelastet, was sicherlich v o r der E n t h ü l l u n g als eher nützliche und angenehme Eigenschaften der beiden angesehen wurde*'' (AK 228, Hervorheb. i.Orig.). **Aber was ist es denn anderes als eine Mordssauerei, Kämpfer/inn/en gegen diesen Staat und den Imperialismus gemeinsamen Kampf vorzuspiegeln, und dies mit der Absicht und dem Ziel, diese Genoss/inn/en dem Staat auszuliefern?!!** Wenn eine G e n o s s i n P a u l a ihre Wohnung zur Beobachtung der Bundeswehrakademie anbietet (hiervon ist in dem erwähnten Artikel die Rede), dann ist das im Bedarfsfalle eine gute Sache; bietet aber die A g e n t i n ,,P a u l a'' ihre Wohnung zu diesem Zwecke an, dann ist das allerdings ,,*ein versuchter provokatorischer Akt*'' (AK 228) und diese Feststellung darf nicht — wie geschehen — Gegenstand negativer Kritik oder gar Anlaß des Anspöttelns der so argumentierenden ,,Antiimpi-Frauen'' sein.

Wenn zwei das gleiche tun, daß weiß der Volksmund seit ehedem, dann ist das noch lange nicht dasselbe.

Luchs, KB Hamburg

Internationales Frauentribunal zur Bevölkerungspolitik

Jedes Jahr werden schätzungsweise 55 Millionen Abtreibungen auf der ganzen Welt vorgenommen, die meisten davon immer noch illegal. Millionen Frauen müssen ihr Leben und ihre Gesundheit riskieren, obwohl rein medizinisch gesehen Abtreibungen fast überall schon relativ gefahrlos möglich wären, wenn sie nicht heimlich durchgeführt werden müßten. Während es hierzulande ein langer Weg werden kann, bis mann oder frau sich sterilisieren lassen kann, werden zum Beispiel in Bangla Desh Frauen gezwungen, sich sterilisieren zu lassen. Um die Frauen ,,einzufangen'' wird sogar Militär mit herangezogen.

Diese und ähnliche Fälle werden vor ein Frauentribunal gebracht. Unter dem Motto: ,, *Population Control: No! Women decide!*'' findet in Amsterdam vom 22.-28. Juli 1984 die ,,Vierte internationale Frauengesundheitskonferenz'' statt, die aus dem schon erwähnten Tribunal und außerdem aus Arbeitsgruppen bestehen soll. Frauen aus über 40 Ländern, die an

schon erwähnten Tribunal und außerdem aus Arbeitsgruppen bestehen soll.

dem Thema arbeiten, haben sich angemeldet — u. a. aus Tansania, Kolumbien, Japan, Indonesien, Kanada, Sambia, Brasilien und vielen europäischen Ländern. Eins der wichtigsten Ziele des Tribunals ist es, den Kontakt zwischen Frauen aus der ,,3. Welt'' und westlichen Ländern, die in Sachen Abtreibung, Verhütungsmittel uns Sterilisation aktiv sind, zu verbessern.

Eigentlich sollte diese Tagung in einem ,,3. Welt''-Land abgehalten werden. Nachdem Mexiko aus organisatorischen Gründen ausgefallen war, wollten Frauen aus Costa Rica die Aufgabe übernehmen. Eine Woche nach dem Beschluß überfielen die USA Grenada...

Aufgrund der aggressiven Mittelamerika-Politik der USA entschlossen sich die Organisatorinnen der ICASC (,,International Contraception, Abortion and Sterilisation Campaign''), die Konferenz ins ,,sichere'' Mitteleuropa zu verlegen.

Zur Teilnahme an der Konferenz ist eine vorherige Anmeldung erforderlich.

Informationen kann frau bekommen bei:

Inigo Baten oder
Elisabeth van Zoetendaal
Rechtboomsloot 46
1011 EC Amsterdam
Tel.:0031-20-923900
oder
Sekretariat von
Wij Vrouwen Eisen
postbus 1147
2302 BC Leiden
Tel.: 0031-71-140591
Niederlande-Kommision

Alle Informationen nach: ,,Wij Vrouwen Eisen'', März 1984, 2-monatiges Informationsblatt der gleichnamigen Gruppe (,,Wir Frauen fordern''). Wij Vrouwen Eisen ist Mitglied im ICASC und schon seit Jahren für freie und kostenlose Abtreibung in den Niederlanden aktiv.

Gegendarstellung

In der Ausgabe v. 9.4.84 ist auf S. 24 unter der Überschrift ,, ,Grenzgänger' zwischen Nazis u. Punks'' ein Art. über mich erschienen. Dazu möchte ich folgendes bemerken:

1. Es ist falsch, daß meine Anmerkungen zu dem Artikel über mich im Schädelspalter als Gegendarstellung erschienen sind.
Richtig ist, daß sie als Leserbrief erschienen sind.
2. Es ist falsch, daß ich NPD-Mitglied bin o. war. Richtig ist, daß ich es weder war noch bin.

war noch bin.

3. Es ist falsch, daß ich mich in der ,,Punk- u. Anarchoszene am wohlsten fühle''. Richtig ist, daß ich mich dort nicht am wohlsten fühle, u. nur mit wenigen Leuten aus der Szene bekannt bin u. rede, während mir die meisten anderen mit Mißtrauen oder sogar feindselig gegenüber stehen. Dieses Gefühl bekam ich auf Veranstaltungen u. es läßt bestimmt keinen Platz für ein ,,Wohlfühlen'' zu.
4. Es ist falsch, daß ich in der Gegendarstellung geschrieben habe ,,die Antifa-Ini hätte wohl Angst vor einen weiteren Annäherung zw. rechts u. links''. Richtig ist, daß ich zwar diesen Gedanken zum Ausdruck brachte, jedoch die Begriffe ,,rechts u. links'' in dieser Form nicht verwendete, sondern in ihnen vielmehr ein bewußt geschürtes, undifferenziertes Schubladendenken sah u. sehe.
5. Es ist falsch, daß der Artikel im Schädelspalter bei mir die dargestellte Wirkung gezeigt hat. Richtig ist, daß ich mich durch ihn in keiner Weise einschüchtern u./o. von etwas abhalten lasse.

Steffen Hupka

Michael Kühnen pflegt internationale Kontakte

Er habe den Eindruck — so Kühnen in einem Fernsehinterview —, daß die westdeutschen Behörden seine ,,Flucht'' ins Ausland gar nicht so ungern gesehen hätten; und völlig schief liegt er mit dieser Vermutung wohl nicht. Schon seine ,,Flucht'' vollzog sich unter den Augen des Verfassungsschutzes: Bei seinem Grenzübertritt in die Schweiz (wo er seit 1980 ein Einreiseverbot hat!!!) wurde er von den Schweizer Behörden zurückgewiesen, weil er diverses Nazimaterial mit sich führte. Anstatt ihn dann festzunehmen, konnte Kühnen seinen Ramsch in der BRD abladen und erneut in die Schweiz einreisen.

Daß dies wohl kaum ein ,,Versehen'' westdeutscher Behörden gewesen ist, wird mittlerweile durch weitere Tatsachen erhärtet: Obwohl gegen Kühnen mindestens zwei Haftbefehle westdeutscher Gerichte vorliegen und mindestens 17 Ermittlungsverfahren anhängig sind, hat es keine westdeutsche Stelle bisher für nötig gehalten, einen internationalen Haftbefehl auszustellen. Seinen Aufenthalt im ,,Exil'' benützt Kühnen mittlerweile, um seinen Laden auf europäischer Ebene zu organisieren. So wurde in der Schweiz eine ,,Aktionsfront Nationaler Sozialisten'' gegründet, Kontakte in Südtirol sollen erneuert worden sein (hier wollte Kühnen nichts näheres von sich geben — Südtirol sei so etwas wie ein Rückzugsgebiet für Nazis); des weiteren existiert ein internationaler Ableger der ANS in Holland.

Kühnen selbst ist zur Zeit in Frankreich bei Freunden von der FNE, der Nachfolgeorganisation der dort verbotenen FANE unter Marc Eriksen, untergebracht. Und eben diese FNE/FANE war für westdeutsche Nazis schon immer eine gute Fluchtadresse: So lebte bei Freunden von der FANE jahrelang der Neonazi Ludwig Uhl, der unter dem Pseudonym ,,Wehrdonk'' zu den Autoren des NS-Kampfrufs gehörte, bevor er Ende 1981 in München auf dem Weg zu einem Bankraub in einer Polizeifalle erschossen wurde. Damals mit von der Partie: Das FNE-Mitglied Pascal Coletta sowie die VSBD-Mitglieder Fabel sowie das Ehepaar Hewicker (diese beiden wollen sich mittlerweile aber von dieser Art Nazis gelöst haben).

Nun, noch ist Kühnen eines Bankraubs nicht überführt, wie Uhl seinerzeit publiziert er aber fleißig im ,,NS-Kampfruf'', der seit Herbst 1983 Kühnens Machwerk ,,Das Vierte Reich'' abdruckt, wegen dem Kühnen vom Bundesgerichtshof nur deshalb nicht verurteilt worden war, weil es bis zum Sommer 1983 ja nur als Manuskript existierte und noch nicht gedruckt vorlag...

Kühnen, der über die FNE ein Landhaus eines französischen SS-Offiziers der SS-Division ,,Charlemagne'' als Wohnsitz zur Verfügung gestellt bekommen hat, hat größeres im Sinn: Ende Mai traf er — zusammen mit seinem westdeutschen Statthalter Thomas Brehl — in Madrid ein, um mit Leon Degrelle, einem in Spanien naturalisierten belgischen SS-Führer (immerhin der in Nazi-Deutschland höchstdekorierte Ausländer!) zusammentraf, um eben diesen Degrelle als Aushängeschild für ein nazistisches ,,Europa-Komitee'' zu gewinnen, das 1989 europaweit den 100. Geburtstag Hitlers feiern will.

Das Geld für diese und weitere Aktionen will Kühnen selbst zusammenkriegen: Für das Frühjahr 85 plant er eine Südamerika-Reise, wo ja bekanntlich viele alte Nazis nur darauf warten, ihre Kokainmillionen auch mal einem solchen Kameraden zukommen zu lassen.

Angesichts der sattsam bekannten Untätigkeit der westdeutschen Verfolgungsbehörden in Sachen Neonazismus scheint es da wahrscheinlicher, daß Kühnen in Südamerika verunglückt, als daß die westdeutsche Justiz seiner habhaft würde.

Seine westdeutsche Truppe macht indes erste Versuche, sich erneut öffentlich zu organisieren: Diesmal als ,,Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei'' (FAP), unter deren Namen sie schon in Ulm und Stuttgart im baden-württembergischen Wahlkampf an die Öffentlichkeit getreten war. Am 19. Mai allerdings holte sich die FAP in Dillenburg/Hessen eine Abfuhr. Kühnen-Stellvertreter Brehl mußte sich kurz vor seinem Spanien-Trip von 100 Antifaschisten aus dem städtischen (!) Versammlungsraum verjagen lassen. Weitere Aktivitäten der FAP sind u.a. für Marburg und Umgebung von dem ANS-Aktivisten Michael Krämer angekündigt.

Berichtigung

Eine ständige Leserin des ARBEITERKAMPF aus Frankfurt teilt uns mit:

In dem Artikel ,,Die ,nationale Frage' '' (AK 246, S. 30) zu den nationalrevolutionären Träumen (Mohler & Co.) sind zwei falsche Daten-Angaben enthalten:
— erstens erscheint die ,,criticon'' nicht (wie im Artikel steht) seit 1978, sondern seit 1970
— zweitens ist Armin Mohler nicht 1925, sondern 1920 geboren.

Atempause im Bürgerkrieg

Im Libanon hat sich nach wiederholten bewaffneten Auseinandersetzungen und langwierigen Verhandlungen eine neue Regierung unter Ministerpräsident Karamé gebildet, der auch die Führer der beiden derzeit wichtigsten oppositionellen Gruppierungen angehören: der Vorsitzende der schiitischen Amal-Bewegung, Nabih Berri, und der Vorsitzende der drusischen Fortschrittlichen Sozialistischen Partei, Walid Jumblatt. Schon die Forderung Jumblatts, die erste Kabinettssitzung auf das US-Schlachtschiff ,,New Jersey'' oder den französischen Flugzeugträger ,,Clemenceau'' zu verlegen, da die Sicherheit der moslemischen Minister im Präsidentenpalast im Vorort Baabda (Ostbeirut) nicht gewährleistet sei (1), zeigt, daß mit der Bildung der neuen Regierung kein einziger innerlibanesischer Widerspruch gelöst und die friedliche Beilegung des libanesischen Konfliktes nicht zu erwarten ist.

Die einstimmig angenommene Regierungserklärung umging denn auch den strittigsten Punkt, nämlich die Frage, wie die libanesische Armee reformiert werden soll, die bislang mehr oder weniger offen auf der Seite der falangistischen Milizen eingegriffen hat. Im übrigen gab es nur unverbindliche Verlautbarungen: Befreiung des Südlibanons von israelischer Besatzung, politische Reformen, Festigung des Waffenstillstands, Reform der Armee, Öffnung weiterer Übergänge zwischen Ost- und Westbeirut und Wiedereröffnung des Hafens und Flughafens von Beirut (2).

Berri und Jumblatt haben sich erst nach langem Zögern bereit erklärt, der Regierung überhaupt beizutreten. Vordergründig wurde um die Erweiterung ihrer Regierungsämter gefeilscht. Berri erhielt neben den Ressorts Justiz und Wasserkraftreserven auch das Amt eines Staatsministers für den Südlibanon (angesichts der israelischen Besatzung ein Witz!), Jumblatt wurde Minister für Arbeit, Verkehr und Tourismus, alles Ämter, auf die mit Vorliebe bestimmte Leute abgeschoben werden (3). Beide hatten ursprünglich erheblich weitergehendere Forderungen. Daß beide trotzdem der — ohnehin handlungsunfähigen — Regierung beigetreten sind, hat zwei Gründe: Syrien ist dabei, die Fronten zu wechseln und hat offensichtlich Druck auf seine bisherigen Verbündeten im Libanon ausgeübt. Außerdem wollen beide den Zeitpunkt eines offen ausbrechenden Bürgerkriegs hinausschieben, zumal er nicht durch die verschiedenen Fraktionen innerhalb Libanons entschieden

geübt. Außerdem wollen beide den Zeitpunkt eines offen ausbrechenden Bürgerkriegs hinausschieben, zumal er nicht durch die verschiedenen Fraktionen innerhalb Libanons entschieden

würde: Syrien und Israel, unterstützt und in gewisser Weise auch abhängig von der Sowjetunion bzw. den USA, haben dabei ein gewichtiges Wort mitzureden.

Seit die Opposition im Libanon, insbesondere die Schiiten und Drusen, sich unüberhörbar zu Wort gemeldet hat, scheint der Einfluß Syriens im Nahen Osten wieder ungeheuer gewachsen zu sein, denkt man etwa an die Situation unmittelbar nach dem Ein-


Nahib Berri

marsch der Israelis im Juni 1982, als die Syrer nach Ausschaltung ihrer Raketenstellungen militärisch — und auch politisch — ganz schön in der Defensive waren. Daß Syrien bei der Lösung des Libanon-Konfliktes wieder mitreden darf, heißt — wie auch die Erfahrungen aus dem libanesischen Bürgerkriegs zeigen — keineswegs, daß sich das positiv für die oppositionellen Kräfte im Libanon auswirken oder gar den Erhalt der Einheit und Souveränität des Libanons sichern würde, ein Punkt, der schließlich ganz oben in der syrischen Propaganda steht.

Herausbildung der Opposition nach der israelischen Invasion

Die PLO stand der israelischen Invasion auch innerhalb des Libanon relativ allein gegenüber: Die drusische Fortschrittliche Sozialistische Partei, die seit dem Bürgerkrieg 1976/76 das Chouf-Gebirge kontrollierte und eine wichtige Kraft innerhalb der mit den Palästinensern verbündeten Nationalen Bewegung darstellte (Jumblatt war immerhin Vorsitzender dieser Bewegung), ließ die israelische Armee kampflos in das Chouf-Gebirge einrücken, was die Schließung des Ringes um Beirut zumindest erleichterte. Die schiitische Amal-Bewegung, sowieso



Marines vor der libanesischen Küste

schon in Widerspruch zur palästinensischen Präsenz im Südlibanon stehend, hielt sich gleichfalls heraus. Einige linke Gruppierungen, wie die nasseristischen Murabitun (Chef: Koleilat) kämpften bis zuletzt an der Seite der PLO und erhielten vor dem Abzug der PLO aus Beirut einen Teil der schweren Waffen. Nach der israelischen Invasion löste Jumblatt die Nationale Bewegung auf. Ohne auf diese Frage hier näher eingehen zu wollen, sei doch angemerkt, daß viele der heute in Opposition zur libanesischen Regierung stehenden Organisationen sehr einseitig die bewaffnete Präsenz der Palästinenser für die israelische Invasion und auch für die innerlibanesischen Probleme verantwortlich machte und macht.

Rückblickend betrachtet setzten gerade diese Kräfte sehr naiv auf den

die bewaffnete Präsenz der Palästinenser für die israelische Invasion und auch für die innerlibanesischen Probleme verantwortlich machte und macht.

Rückblickend betrachtet setzten gerade diese Kräfte sehr naiv auf den

heutigen, immerhin der faschistischen Kataeb-Partei angehörenden Präsidenten Amin Gemayel. Von ihm erhofften sie sich eine starke, den verschiedenen libanesischen Konfliktparteien neutral gegenüberstehende Zentralregierung. Seinen radikaler auftretenden Bruder Beshir hatten auch die konservativen Moslems im Parlament nicht mitgewählt — kurz vor Amtsantritt fiel er einem Attentat zum Opfer. Die Wahl Amin Gemayels jedoch erfolgte einstimmig und wurde u.a. von Nabih Berri ausdrücklich, vom Generalsekretär der Kommunistischen Partei, Haoui, mit Vorbehalten begrüßt.

Widerspruch meldete sich erst, als Amin Gemayel das israelisch-libanesische Abkommen unter der Schirmherrschaft der USA schloß und die Vorherrschaft der libanesischen Falangisten militärisch durchsetzen wollte. Neben der Vertreibung und Zerschlagung der bewaffneten Kräfte der PLO war dies ein Hauptziel der israelischen Invasion gewesen: die Errichtung eines unter faschistischer Kontrolle stehenden und mit Israel verbündeten Libanon.

Das am 17. Mai 1983 von der israelischen und libanesischen Regierung und von den USA unterzeichnete Abkommen beinhaltet vor allem:

— das Ende des Kriegszustandes zwischen Libanon und Israel,
— die Bildung einer Sicherheitszone im Südlibanon,
— die Aufstellung von Kommissionen, die die vorgesehenen Sicherheitsmaßnahmen in dieser Region überwachen sollen,
— einen Rückzugszeitplan für die israelischen Streitkräfte,
— die Eröffnung eines Koordinierungsbüros in beiden Hauptstädten,
— die Eröffnung späterer Verhandlungen, die zu einer vollständigen Normalisierung zwischen beiden Ländern führen soll.

Schon diese Formulierungen mußten die Widersprüche zwischen den alten libanesischen Bürgerkriegsparteien neu entfachen: die einseitige Orientierung an Israel und die damit verbundene Herauslösung aus dem arabischen Lager. Selbst die konservativen Moslems hatten, im Gegensatz zu den westeuropäisch orientierten Maroniten, immer auf der Zugehörigkeit zum arabischen Lager bestanden und davon nicht schlecht profitiert.

In Briefen zwischen Israel und den USA wurde darüberhinaus festgelegt, daß die israelische Armee so lange im Südlibanon bleiben kann, wie sich die syrische Armee nicht aus dem Libanon zurückziehen würde (4). Syrien selbst war als Verhandlungspartner überhaupt nicht beteiligt gewesen, jetzt sollte der israelische Abzug vom syrischen Abzug abhängig gemacht werden. Abgesehen davon, daß Syrien seinen Einfluß im Libanon nicht einfach aufgeben würde, würde ein einseitiger syrischer Abzug das Kräfteverhältnis erheblich zugunsten der faschistischen Kräfte im Libanon verändert haben. Sicher werden weder die libanesische Regierung noch die israelische oder gar die USA damit gerechnet haben, daß sich dieses Abkommen in die Tat umsetzen ließe. Was nichts anderes heißt, als daß die damalige libanesische Regierung eine langdauernde Besetzung und eine damit verbundene wirtschaftliche Durchdringung des Südlibanon durch Israel akzeptierten würde. Der

gierung eine langdauernde Besetzung und eine damit verbundene wirtschaftliche Durchdringung des Südlibanon durch Israel akzeptierten würde. Der


Walid Jumblat

Südlibanon war immerhin vorwiegend von Schiiten bewohnt, die die größte Bevölkerungsgruppe im Libanon geworden sind, aber schon immer zu den ärmsten Bevölkerungsschichten gehörten und den geringsten politischen Einfluß besaßen. Seit Anfang dieses Jahrzehnts sind sie jedoch zu einer ernstzunehmenden, nicht mehr zu übergehenden politischen Kraft geworden. Mit der fortdauernden israelischen Besatzung hätten sie kein autonomes Siedlungsgebiet. Ein sehr großer Teil lebt außerdem — aus dem Südlibanon vertrieben — in den Lagern und Slums südlich von Beirut. Die Besetzung des Südlibanon gäbe also so — für die falangistischen Kräfte und den ihnen verbundenen Präsidenten — einen Sinn, zumal von dieser Seite mehr oder minder offen einer Kantonisierung des Libanon der Vorzug gegeben wird. Wir werden weiter unten näher auf die Vorstellungen und Ziele der verschiedenen maronitischen Parteien eingehen, insbesondere der Falangisten. Zunächst soll aber die Herausbildung der Opposition weiter beschrieben werden.

Es ist also keineswegs erstaunlich, daß dieses Abkommen auf den massiven Wiederstand **aller** moslemischen und linken Gruppierungen stieß, ebenso auf die gemäßigter Christen, auf die aber in diesem Artikel nicht eingegangen werden soll. Zu bewaffneten Kämpfen zwischen Schiiten und Drusen auf der einen Seite und falangistischen Milizen und libanesischer Armee auf der anderen Seite kam es, als die israelische Armee sich am 4. September 1983 aus dem Chouf-Gebirge (unter Kontrolle der Drusen) und aus dem Gebiet südlich von Beirut hinter eine befestigte Linie am Awali-Fluß zurückzog. Unmittelbar vorher hatte die libanesische Armee versucht, West-Beirut und die südlichen Stadtteile gewaltsam zu besetzen, gleich nach dem israelischen Teilrückzug versuchten die faschistischen Milizen, ins Chouf-Gebirge vorzudringen.

Bei der Besetzung des Chouf hatte die israelische Armee die drusischen Milizen nicht entwaffnet. Das mag zum einen aus Rücksicht auf die drusische Minderheit im israelischen Staatsgebiet geschehen sein, zum anderen aber deshalb, weil die Israelis zu dieser Zeit versuchten, den Drusen, die ja über ein zusammenhängendes Siedlungsgebiet verfügen, die Kantonisierung des Libanon schmackhaft zu machen (5). Israelische militärische und Geheimdienst-Offiziere unterhielten direkte Kontakte mit drei drusischen Führern, mit Walid Jumblatt, mit dessen rechtem Konkurrenten, Majid Arslan, und mit dem drusischen religiösen Führer, Scheikh Mohammed Abu Shaqra. Im August, also vor der Räumung des Chouf, berichtete Radio Jerusalem, daß Schaqra für einen eigenen drusischen Staat eintrete (6).

Bekanntlich erlitten die falangistischen Milizen und die libanesische Armee sowohl im Chouf als auch in Westbeirut eine vernichtende Niederlage. Das Vordringen der Drusen bis zur Küstenstraße — und damit die Verbindung mit den Amal-Milizen in Westbeirut wurde durch den Einsatz amerikanischer und französischer Bomber sowie der Schiffsartillerie der vor der libanesischen Küste patrouillierenden 6. US-Flotte verhindert, und damit der drohende Sturz des libanesischen Präsidenten Amin Gemayel.

Nach dem Waffenstillstand wurde in Genf die Nationale Versöhnungskonferenz einberufen, an der auch die im Juli 1983 gegründete Nationale Errettungsfront (7) (vertreten durch Frangieh, Karamé und Jumblatt) und die schiitische Amal (vertreten durch Nabih Berri) teilnahmen.

Die Konferenz tagte vom 31. Oktober bis zum 4. November und verlief praktisch ergebnislos. Man einigte sich nur auf die Feststellung des ,,arabischen Charakters'' Libanons (8), weil

Die Konferenz tagte vom 31. Oktober bis zum 4. November und verlief praktisch ergebnislos. Man einigte sich nur auf die Feststellung des ,,arabischen Charakters'' Libanons (8), weil

Amin Gemayel und die Führer der Kataeb-Partei (Pierre Gemayel) und der Nationalliberalen Partei (Camille Chamoun) nicht bereit waren, auf die wichtigsten Forderungen der Opposition einzugehen: Kündigung des israelisch-libanesischen Abkommens und wirkliche Kompromisse hinsichtlich einer Machtbeteiligung der Opposition.

Am 25.1.84 scheiterten schließlich auch die Verhandlungen zwischen der libanesischen Regierung und der Opposition, einen Sicherheitsplan für Ganz-Beirut aufzustellen. Amin Gemayel setzte immer noch darauf, seinen Einflußbereich militärisch auszudehnen.

Als am 5.2.84 Einheiten der libanesischen Armee in die schiitischen Stadtteile verlegt werden sollten, die diese drei Tage zuvor 18 Stunden lang massiv bombardiert hatten, rief Nabih Berri die libanesischen Soldaten auf, zu desertieren, und befahl den Amal-Milizen, zu kämpfen. Am 6.2. war ganz Westbeirut erobert. In dieser Situation legte Amin Gemayel ein Acht-Punkte-Programm vor, ließ aber gleichzeitig das Chouf-Gebirge bombardieren. Gemayel versprach

— ein Reformprogramm, an dem alles verhandlungsfähig sei,
— eine neue Gesprächsrunde der Nationalen Versöhnungskonferenz,
— die Akzeptierung des Rücktritts der Regierung Wazzan, der lange von der Opposition gefordert worden war,
— die Bildung einer Regierung der nationalen Einheit.
— Die Armee erhielt den Befehl, sich bereitzuhalten, um im Fall eines israelischen Rückzugs in den Süden zu gehen, um ein Drama wie den ,,Krieg im Gebirge'' zu verhindern.
— Gemayel forderte zu einem globalen und endgültigen Waffenstillstand auf.
— Mit Syrien solle eine Übereinkunft gefunden werden, die die Sicherheit beider Länder garantiert.
— Das Abkommen mit Israel sei ein Mittel für die Befreiung des nationalen Territoriums.

Die Forderungen der Opposition für die Aufnahme eines Dialogs mit der Regierung waren damit immer noch nicht erfüllt, nämlich

— Neutralisierung der Armee,
— Abzug der multinationalen Truppe,
— Aufhebung des Abkommens vom 17. Mai 1983 (9).

Angesichts seiner schwierigen militärischen Situation stimmte Gemayel am 15.2. schließlich dem saudischen Plan zu, der die Aufkündigung des Vertrages mit Israel und die Ersetzung der multinationalen Truppe durch eine UN-Truppe vorsieht.

Die USA hatten allerdings unmittelbar nach der Eroberung Westbeiruts durch die Amal-Milizen den Marinesoldaten befohlen, sich auf die Kriegsschiffe zurückzuziehen. Damit war das Signal für den Abzug der gesamten multinationalen Truppe gegeben (10).

Ende Februar begab sich Gemayel das erste Mal seit seiner Wahl zu Gesprächen nach Damaskus, am 5.3. beschloß der libanesische Ministerrat, das Abkommen mit Israel zu annullieren (11), der Kontakt allerdings ging


Syriens Außenminister Khadam und A. Gemayel

über das israelisch-libanesische Verbindungsbüro in Debaye, nördlich von Beirut, weiter (12).

Die zweite Versöhnungskonferenz und die Politik Syriens

Die zweite Versöhnungskonferenz und die Politik Syriens

Vor der innerlibanesischen Konferenz in Lausanne im März 1984 stellte der syrische Staatspräsident Assad noch einmal seine Politik bezüglich des Libanon dar:

— Der Libanon müsse ,,*seine Einheit, seine Souveränität und seine territoriale Integrität*'' auf der Basis des nationalen Gleichgewichts wiederherstellen;
— es gäbe keine militärische Lösung des Libanon-Problems;
— Syrien unterstütze ,,*einen arabischen und souveränen Libanon*'', wolle aber ,,*auf gleichen Abstand zu den beiden antagonistischen Lagern bleiben*'';
— Syrien und Libanon ,,*gehören zueinander und müssen in der Zukunft wie in der Vergangenheit besondere Beziehungen unterhalten*'' (13).

Das syrische Regime, das auf der Genfer Konferenz noch massiv gegen das Gemayel-Regime aufgetreten war — ohne allerdings irgendein Zugeständnis an die libanesische Opposition zu erreichen oder erreichen zu wollen —, zeigte sich plötzlich ,,neutral'', und dies gerade angesichts einer gewissen militärischen Stärke der Opposition gegenüber der Regierung Gemayel und den Faschisten.

Gemayel war von seinem ,,Bußgang'' nach Damaskus Anfang März allerdings schon mit handfesten Zusagen zurückgekehrt:

— Syrien werde Garant für den Machterhalt Gemayels sein, auch wenn Jumblatt und Berri weiterhin seinen Rücktritt fordern würden;
— ein echter Waffenstillstand werde eintreten;
— die innerlibanesische Konferenz werde ihre Arbeit wieder aufnehmen, Damaskus werde die Teilnahme seiner Schützlinge sichern und selbst eine mäßigende Rolle spielen;

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

— Syrien werde sich dem Abschluß von Sicherheitsabkommen mit Israel nicht widersetzen, die das Abkommen vom 17. Mai nach seiner Aufhebung ersetzen würden (14).

Wen wundert es, daß die damalige libanesische Regierung nur einen Tag später das Abkommen mit Israel kündigte und daß die Opposition k e i n e ihrer Forderungen auf der Konferenz in Lausanne durchsetzen konnte, trotz ihrer militärischen Siege?

Der Vorsitzende der schiitischen Amal-Organisation hatte drei Bedingungen an jedes Abkommen mit der Regierung geknüpft:

— Maßnahmen zu treffen, um den Südlibanon von der israelischen Besetzung zu befreien;
— Anklage der Verantwortlichen für das Bombardement auf die schiitischen Vororte Beiruts Anfang Februar;
— Dekonfessionalisierung des politischen Systems (15).

Der Führer der drusischen Fortschrittlichen Sozialistischen Partei, Jumblatt, äußerte sich schon von vorneherein sehr viel skeptischer: *„Es sind nicht nur die Maroniten der Libanesischen Front* (16), *die sich einem Parlament widersetzen, das ohne vorherige Sitzverteilung unter den verschiedenen Gemeinschaften proportional gewählt wird. Einige unserer Verbündeten, Moslems oder Christen, eigentlich alle politisch Einflußreichen, wollen dies nicht, weil sie fürchten, die konfessionelle Grundlage ihres Einflusses zu verlieren. Auch meine Partei, die sich*

nicht, weil sie fürchten, die konfessionelle Grundlage ihres Einflusses zu verlieren. Auch meine Partei, die sich

überwiegend aus Drusen zusammensetzt, müßte wieder zu ihrer Bestimmung als multikonfessionelle sozialistische Partei zurückfinden. Die Amal-Bewegung ist dazu bereit. Tatsächlich glauben Berri und ich — im Gegensatz zu unseren Gegnern und konservativen Verbündeten —, daß die Entkonfessionalisierung des parlamentarischen Systems unabdingbar für den Aufbau eines modernen und brüderlichen Libanon ist, in dem es keinen Unterschied zwischen christlichen und moslemischen Bürgern gibt." (15).


Gemayel in Washington zu Gast bei Reagan

Berri und Jumblatt erklärten sich zu verschiedenen Zugeständnissen bereit, um vor allen Dingen die Dekonfessionalisierung des Libanon zu erreichen, z.B. garantierten sie die Wahl eines Christen zum Präsidenten und schlugen die Einrichtung eines Senats vor, in dem alle Gemeinschaften gleichermaßen vertreten sein sollten und der ein Vetorecht gegenüber dem Parlament besitzen sollte.

Vor allem hinsichtlich der Haltung Syriens äußerte sich Jumblatt pessimistisch: *„Unsere syrischen Freunde, die ja auch bei sich ein laizistisches Regime haben, sind im Prinzip nicht uneinig mit uns. Aber sie versuchen unsere christlichen Gegner zu beruhigen, um den inneren Frieden im Libanon wiederherzustellen und sie für die arabische Sache zu gewinnen. Damaskus versucht, gute Beziehungen zu allen Fraktionen der libanesischen politischen Führung zu unterhalten, um sie zu seinen Verbündeten zu machen. Präsident Assad kann uns sicher nicht seine Standpunkte aufzwingen, aber ich bin mir der roten Linie bewußt, die er errichtet hat und die ich nicht zu durchbrechen wüßte."* (15).

Mit der Aufkündigung des Abkommens mit Israel und dem Rückzug der multinationalen Truppen scheint auch die Nationale Errettungsfront (7) weitgehend zusammengebrochen zu sein, denn bis auf den Rückzug der Israelis aus dem Südlibanon sind zwei wichtige Forderungen — wenigstens formal — erfüllt. Der jetzige Ministerpräsident Karamé, der gute Beziehungen zu Syrien unterhält, widersetzt sich jeder inneren Reform (17), Frangieh sprach sich auf der Konferenz vehement gegen jeden Machtverlust des maronitischen Staatspräsidenten aus, was gleichfalls ein sicheres Zeichen ist, daß er sich allen inneren Reformen widersetzen wird (18).

Die Konferenz endete denn auch weitgehend ergebnislos, sieht man einmal von der in der Folge gebildeten neuen Regierung ab. Das Schlußkommuniqué bekräftigte noch einmal den Waffenstillstand, forderte die Einstellung aller verleumderischen Informationskampagnen, beschloß die Bildung eines Ausschusses, der eine zukünftige Verfassung vorbereiten soll, und die Fortsetzung des Dialoges in einem Komitee (19). Außer dem Dank an die Vertreter des saudischen Königs und des syrischen Präsidenten sowie für die Schweizer Gastfreundschaft war das alles.

Jumblatt kommentierte: *„Noch mehr Kämpfe, noch mehr Blut."* Solange die Widersprüche, die schon zum libanesischen Bürgerkrieg geführt haben, nicht gelöst sind, und solange nicht den politischen Kräften Rechnung getragen wird, die sich seit dem Bürgerkrieg entwickelt haben, werden die blutigen Auseinandersetzungen im Libanon weitergehen. Insbesondere die Falange-Partei Pierre Gemayels und die ihr nahestehenden Milizen, die sich „Libanesische Streitkräfte" nennen, die Nationalliberale Partei Camille Chamouns und ein Teil des maronitischen Klerus bestehen nach wie vor darauf, entweder die Vorherrschaft über den Libanon zu behalten oder aber eine Kantonisierung voranzutreiben.

über den Libanon zu behalten oder aber eine Kantonisierung voranzutreiben.

Im zweiten Teil des Artikels wollen wir uns mit der Entwicklung der verschiedenen politischen Kräfte seit dem Libanonkrieg beschäftigen, insbesondere mit der schiitischen Amal-Bewegung.

Nahost-Kommission

Anmerkungen:

1. Süddeutsche Zeitung, SZ, 10.5.84
2. SZ, 21.5.84
3. taz, 9.5.84
4. Le Monde, LM, 7.3.84
5. Anfang 1982 veröffentlichte die zionistische Weltorganisation ein Papier von Oded Yinon, das die Fünfteilung des Libanon vorsah (Antiimperialistisches Informations-Bulletin, 3/84). US-Nahost-Unterhändler Rumsfield schlug noch im Dezember 1983 die Aufteilung des Libanon in acht Kantone vor (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2.1.84), was die Opposition zurückwies.
6. MERIP-Report, No.118, Oct.'83
7. Die Nationale Errettungsfront wurde im Juli 1983 gegründet. Vorsitzende sind Jumblatt, Karamé und Frangieh. Ziele sind: Aufkündigung des Abkommens mit Israel, Abzug der multinationalen Truppen aus Beirut, Abzug der israelischen Truppen aus dem Südlibanon. Dieser Front gehören auch die meisten Organisationen der nach der israelischen Invasion aufgelösten Nationalen Bewegung an.
8. Antiimperialistisches Informations-Bulletin, AIB, 3/84
9. LM, 7.2.84
10. Neue Zürcher Zeitung, NZZ, 4.4.84
11. LM, 7.3.84
12. NZZ, 4.5.84
13. LM, 15.3.84
14. LM, 4./5.3.84
15. LM, 17.3.84
16. Maroniten, Christen, die sich im 18. Jhdt. der römisch-katholischen Kirche unterstellten. Sie sind die größte christliche Gemeinschaft im Libanon. Die drei wichtigsten (rechts bis faschistisch) maronitischen Führer, Frangieh, Chamoun und Gemayel, bildeten während des libanesischen Bürgerkrieges mit einem Teil des maronitischen Klerus die „Libanesische Front".
17. taz, 5.5.84
18. NZZ, 25.4.84
19. SZ, 22.3.84; AIB, 5/84

Niederlande:

Bedingtes Ja der Regierung zur Stationierung

Am 1.6. hat die niederländische Regierung nach langem Hin und Her ihre prinzipielle Bereitschaft zur Stationierung von neuen atomaren Mittelstreckenraketen bekanntgegeben.

1979 hatte die Regierung (seinerzeit eine sozialdemokratisch-christdemokratische Koalition) den NATO-„Doppelbeschluß" akzeptiert, aber die Entscheidung über die Stationierung der vorgesehenen 48 Cruise Missiles im eigenen Land aufgrund des Widerstands im Parlament offengelassen. Ende 1981 und Ende 1983 — nach den großen Friedensdemonstrationen in Amsterdam und Den Haag — wurde der Beschluß zur Stationierung erneut verschoben. Der Juni 1984 war der letzte Termin, den die NATO den Niederlanden gegeben hatte, um eine Entscheidung zu fällen.

Seit Anfang dieses Jahres gab es sowohl in der christdemokratischen Partei CDA (die zusammen mit der rechtsliberalen hundertprozentigen pro-NATO-Partei VVD die Regierung stellt), wie zwischen den beiden Fraktionen der Regierungsparteien, als auch in der Regierung und dann noch zwischen Regierung und NATO — zum Teil aufgrund tatsächlicher Differenzen, zum Teil nur fürs Publikum — eine streckenweise recht undurchschaubare Debatte. Dutzende von (teils nur noch skurrilen) Kompromiß-Varianten wurden vorgebracht und verhandelt. Vor allem Premierminister Lubbers tat sich als Varianten-Erfinder hervor. Er schlug u.a. vor: die Entscheidung oder zumindest die faktische Stationierung erneut zu verschieben; weniger als die vorgesehenen 48 Cruise Missiles zu stationieren (32 oder 16); die Luftwaffenbasis Woensdrecht planmäßig stationionierungsbereit zu machen, die Raketen aber erst in einer internationalen Krisensituation einzufliegen. Alle Kompromißvorschläge wurden von der US-Regierung und von der NATO abgelehnt.

Am 31.5. kehrte Außenminister Van den Broek vorzeitig und in äußerster Eile von dem NATO-Ministertreffen aus Washington zurück, um Premierminister Lubbers einen mit US-Außenminister Shulz ausgehandelten Kompromiß mitzuteilen. Daraufhin trat die Regierung zur Beratung zusammen und fand sich in dem Beschluß, die Stationierung weiter vorzubereiten, soweit es um die Planung geht (?), die faktische Stationierung jedoch um anderthalb Jahre zu verschieben.

Spätestens im Dezember 1988 sollen „48 oder weniger" Cruise Missiles stationiert werden. Die Anzahl soll davon abhängen, ob es in der Zwischenzeit zu einem Rüstungsabkommen zwischen den USA und der UdSSR im Bereich der Mittelstreckenwaffen gekommen ist. Dies soll am 1.11.85 beurteilt werden, erst danach sollen die baulichen Maßnahmen für die Stationierung (Bunker u.ä.) durchgeführt werden. Kommt ein solches Abkommen zustande, sollen entsprechend weniger Raketen stationiert werden. Wenn die Sowjetunion weiterhin nicht zu Verhandlungen bereit wäre - bzw ihr SS-20-Potential nicht auf den Stand vom 1.6.84 einfriere — sollen alle 48 Cruise Missiles stationiert werden.

Der Beschluß stellt eine Kombination bisher erörterter Kompromißvarianten dar und bedeutet im wesentlichen, daß die niederländische Regierung der NATO den geforderten Beweis ihrer Bündnistreue geliefert hat und daß die 48 Cruise Missiles mit großer Wahrscheinlichkeit stationiert werden. Der Inhalt de Beschlusses bedeutet ebenfalls, daß der UdSSR der „Schwarze Peter" zugeschoben worden ist. Die zeitliche Verschiebung und das Gerede von Verhandlungen (die längst gescheitert sind) sind nichts weiter als der Versuch, die Friedensbewegung und die Bevölkerung (deren Mehrheit Umfragen zufolge gegen die Stationierung ist) zu übertölpeln.

Wahrscheinlich noch im Juni wird das Parlament über den Regierungsbeschluß debattieren und abstimmen. Dabei könnten Dissidenten in der Fraktion der Christdemokraten der Regierung die Suppe noch versalzen. Falls alle Fraktionsmitglieder der kleinen linken Parteien (CPN, PPR, PSP), der sozialdemokratischen Partei (PvDA), der Liberalen (D '66) und die von der CDA abgespaltene Zwei-Mann-Fraktion Scholten-Dijkman gegen den Regierungsbeschluß stimmen (was noch nicht einmal sicher ist), dann sind immer noch mindestens zwölf konsequente Gegner der Nachrüstung aus den Reihen der CDA notwendig, um den Beschluß zu kippen oder die Regierung, die verlautbart hat, sich einem Nein des Parlaments zur Stationierung nicht beugen zu wollen, zu stürzen. Daß es diese CDA-Nachrüstungsgegner in der Fraktion geben wird und sie sich entsprechend bei der Abstimmung verhalten, erscheint im Moment allerdings als unwahrscheinlich. CDA-Fraktionsführer De Vries jedenfalls zeigte sich in einem ersten Kommentar zufrieden und nicht ohne Zuversicht, obwohl der CDA vor Van den Broeks Reise nach Washington die Abhängigkeit der Stationierung in den Niederlanden von einem Rüstungsabkommen zwischen den USA und der UdSSR noch so interpretiert hatte, daß in dem Falle, daß ein solches Abkommen nicht mehr zustande kommt, nicht stationiert werden soll. Diese Lösung (vom Regierungspartner VVD „Schuß in den eigenen Fuß"-Variante genannt, da sie die Unnachgiebigkeit der UdSSR honorieren würde) wäre allerdings den Forderungen der Friedensbewegung viel näher gekommen.

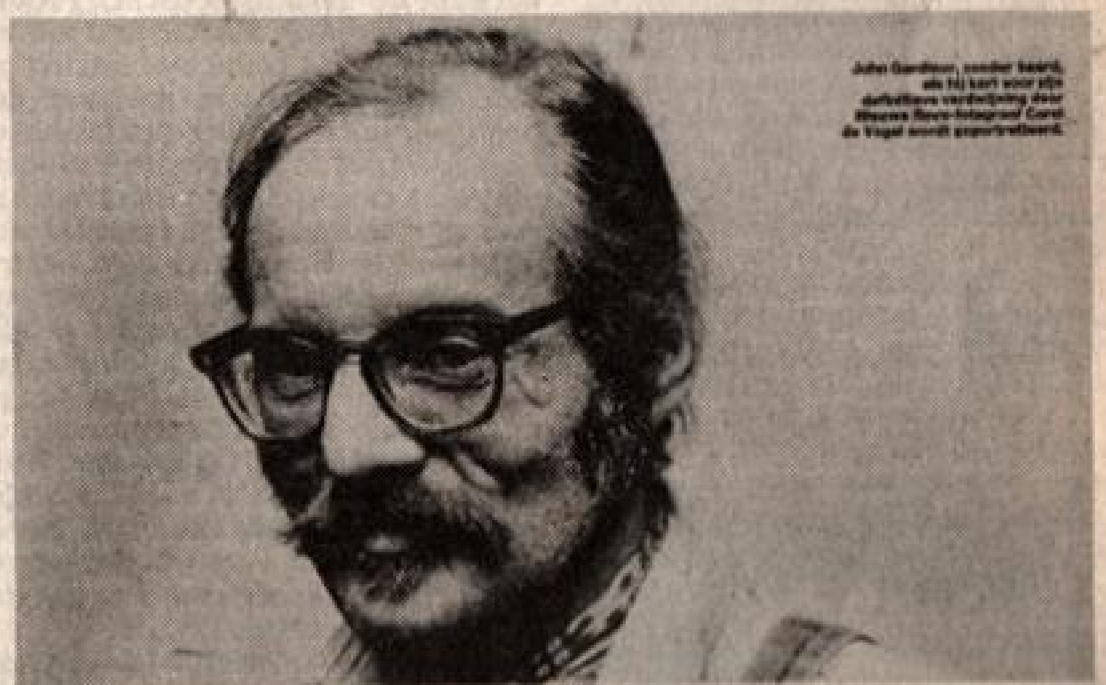
Die Gruppen, die zum Zeitpunkt der Bekanntgabe des Regierungsbeschlusses die zum Stationsort ausersehene Flugbasis in Woensdrecht blockierten, lehnten in einer öffentlichen Stellungnahme den Beschluß ebenso ab, wie die PvDA und der sozialdemokratisch orientierte Gewerkschaftsdachverband FNV.

Wenn auch die niederländische Regierung nunmehr ihr grundsätzliches Einverständnis mit der Stationierung neuer Atomraketen auch im eigenen Land bekundet hat, so darf angesichts des jetzt vorliegenden Kompromisses doch nicht übersehen werden, daß die Regierung sich auch jetzt noch nicht, nach rund fünf Jahre währender Debatte, „ohne Wenn und Aber" für die Stationierung ausgesprochen hat. Der Kompromiß ist faul, er ist sogar oberfaul, aber der Tatbestand, daß die Regierung sich nochmals zu einem Ausweichen vor einem einschränkungslosen Ja zur Stationierung gezwungen gesehen hat, ist gleichzeitig eine Reaktion auf die Aktionen der Friedensbewegung und die Stimmung in der Bevölkerung, die sich mit beachtlicher Mehrheit gegen die neuen Atomwaffen ausgesprochen hat.

Niederlande-Kommission
2.6.84

John Paul Gardiner, Agent

Nach seiner Enttarnung als Agent im Friedenslager bei der Luftwaffenbasis Woensdrecht, dem vorgesehenen Stationierungsort in den Niederlanden, tauchte John Paul Gardiner (alias John Wood alias sonstwie) unter (s. AK 246), dann wieder auf, hinterließ eine Reihe recht dubioser Geschichten, tauchte wieder ab und befindet sich nun plötzlich in einem Londoner Krankenhaus — wie er dahingekommen ist, das wisse er selbst nicht... Unser Fortsetzungsbericht zum „Fall Gardiner" aus Platzgründen erst im nächsten AK, für dieses Mal Gardiners neuestes Konterfei, das sich seit seiner Enttarnung erheblich geändert hat.
Niederlande-Kommission





Neue Formation: neue Hoffnung ?

Anfang März dieses Jahres haben Vertreter/innen 48 verschiedener Organisationen und Inititiativen in Frankreich die **„Fédération de la Gauche Alternative"** (Föderation der alternativen Linken) gegründet.

Die Gründungsmitglieder kommen aus allen Himmelsrichtungen: Linke aus der PSU, die trotzkistische AMR (Marxistisch-revolutionäre Allianz), die heute pro-albanische PCR (Revolutionäre kommunistische Partei), die aus der KPF ausgetretenen eurokommunistischen „Communistes Critiques", die OCT, verschiedene anarchistische Gruppierungen u.a.

Sie wenden sich zunächst mal „an alle", um „gemeinsam Grundlagen für eine Alternative zum Kapitalismus" zu entwerfen. Innerhalb der Föderation soll die Autonomie der lokalen Gruppen respektiert werden. In der Gründungserklärung werden alle Probleme der heutigen Zeit knapp gestreift, von der ökonomischen Krise über die Kriegsgefahr bis zur Situation in der 3. Welt. Als Priorität setzt sich die Föderation die Verhinderung einer rechten Rückeroberung der Macht bei den 1986 stattfindenden Wahlen.

Am meisten vermißt mensch kontretere Angaben, wenn es um die Kriegsgefahr geht. Einerseits wird die allgemeine Abrüstung gefordert, das heißt beider Blöcke, andererseits sucht man vergeblich nach einem Satz zur französischen Beteiligung am Wettrüsten. Stattdessen wird leider für eine „alternative, zivile und militärische" Verteidigung Frankreichs plädiert, wenngleich eine Berufsarmee abgelehnt wird. Mindestens hierin ist eine Alternative zur Politik der sonstigen französischen Linken nicht gerade ins Auge springend.

Wer sich die kurze Gründungserklärung besorgen will, kann sie unter folgender Adresse beziehen:

Simone Scarafiotti
B.P. 238
F-75690 Paris Cedex 20

Zwischen den Weltkriegen

"Not kennt kein Gebot"

(Teil 2)



Engels über den kommenden Weltkrieg

Allerdings, sollte es wieder zum Kriege kommen, so wird die preußisch-deutsche Armee, schon weil sie allen andern Organisationsvorbild war, bedeutende Vorteile haben vor ihren Gegnern wie vor ihren Verbündeten. Aber nie wieder solche, wie in den letzten zwei Kriegen. Die Einheit des Oberbefehls z.B., wie sie damals, dank besonderen Glücksumständen, bestand, und der entsprechende unbedingte Gehorsam der Unterfeldherrn werden schwerlich so wieder zu haben sein. Die geschäftliche Gevatterschaft, die jetzt zwischen dem agrarischen und militärischen Adel — bis in die kaiserliche Adjutantur hinein — und den Börsenjobbern herrscht, kann der Verpflegung der Armee im Felde leicht verhängnisvoll werden. Deutschland
herrscht, kann der Verpflegung der Armee im Felde leicht verhängnisvoll werden. Deutschland
wird Verbündete haben, aber Deutschland wird seine Verbündeten und diese werden Deutschland bei erster Gelegenheit im Stich lassen. Und endlich ist kein andrer Krieg für Preußen-Deutschland mehr möglich als ein Weltkrieg, und zwar ein Weltkrieg von einer bisher nie geahnten Ausdehnung und Heftigkeit. Acht bis zehn Millionen Soldaten werden sich untereinander abwürgen und dabei ganz Europa so kahlfressen, wie noch nie ein Heuschreckenschwarm. Die Verwüstungen des Dreißigjährigen Kriegs zusammengedrängt in drei bis vier Jahre und über den ganzen Kontinent verbreitet; Hungersnot, Seuchen, allgemeine, durch akute Not hervorgerufene Verwilderung der Heere wie der Volksmassen; rettungslose Verwirrung unsres künstlichen Getriebs in Handel, Industrie und Kredit, endend im allgemeinen Bankrott; Zusammenbruch der alten Staaten und ihrer traditionellen Staatsweisheit, derart, daß die Kronen zu Dutzenden über das Straßenpflaster rollen und niemand sich findet, der sie aufhebt; absolute Unmöglichkeit, vorherzusehn, wie das alles enden und wer als Sieger aus dem Kampf hervorgehen wird; nur ein Resultat absolut sicher: die allgemeine Erschöpfung und die Herstellung der Bedingungen des schließlichen Siegs der Arbeiterklasse. — Das ist die Aussicht, wenn das auf die Spitze getriebene System der gegenseitigen Überbietung in Kriegsrüstungen endlich seine unvermeidlichen Früchte trägt.

(Friedrich Engels: Einleitung zu Borkheims „Zur Erinnerung für die deutschen Mordspatrioten", 15.12.1887. In MEW Bd. 21, S. 350-51).

Am 28. Juni 1914 wurden in Sarajewo der Kronprinz von Österreich-Ungarn und seine Frau von Attentätern erschossen. Genau einen Monat später, am 28. Juli, begann mit der Kriegserklärung Österreich-Ungarns an Serbien der 1. Weltkrieg. Es wurde, wie auch klar denkende bürgerliche Politiker voraussagten, die größte Katastrophe der Menschheitsgeschichte. Allein auf den, wie es so anschaulich und genau heißt, S c h l a c h t f e l d e r n des 1. Weltkrieges starben mehr als 8 Millionen Menschen. Über die speziellen Umstände — Bauchschüsse, Giftgas, zertrümmerte Köpfe usw. — informiert eine umfangreiche Literatur. Weniger erforscht sind die Verluste der ‚Zivilbevölkerung' durch den Krieg. Nach einer Schätzung gab es dort weitere 8 Millionen Tote (Anm. 1). Es sind, wie jemand ausgerechnet hat, in diesen knapp 4 1/2 Jahren
weitere 8 Millionen Tote (Anm. 1). Es sind, wie jemand ausgerechnet hat, in diesen knapp 4 1/2 Jahren
mehr Menschen umgebracht worden als in allen Kriegen zwischen 1789 (Beginn der französ. Revolution) und 1914 zusammen (Anm. 2). Daß in unserem Jahrhundert selbst solche Rekorde nur von kurzer Dauer sind, bewies 2-3 Jahrzehnte später der Zweite Weltkrieg, in dem fast dreimal soviel Menschen getötet wurden wie im Ersten: 40-50 Millionen nach unterschiedlichen Schätzungen.

Aber was bedeuten denn solche Zahlen, wenn die Ehre der Nation auf dem Spiel steht? Kanzler Bethmann Hollweg fand am 4. August 1914 im Reichstag die passenden Worte: „**Wir sind in der Notwehr, und Not kennt kein Gebot! ... Wer so bedroht ist wie wir und um sein Höchstes kämpft, der darf nur daran denken, wie er sich durchhaut!**" Das war der ruhmreiche Tag, an dem die SPD im Reichstag zum ersten Mal der Bewilligung der Kriegskredite zustimmte (Anm. 4). Der SPD-Fraktionsvorsitzende Hugo Haase begründete diese Entscheidung:

„Wir stehen vor einer Schicksalsstunde. Die Folgen der imperialistischen Politik ... sind wie eine Sturmflut über Europa hereingebrochen. Die Verantwortung hierfür fällt den Trägern dieser Politik zu, wir lehnen sie ab. Die Sozialdemokratie hat diese verhängnisvolle Entwicklung mit allen Kräften bekämpft und noch bis in die letzte Stunde hinein hat sie durch machtvolle Kundgebungen ... für die Aufrechterhaltung des Friedens gewirkt. Ihre Anstrengungen sind vergeblich gewesen. Jetzt stehen wir vor der e h e r n e n T a t s a c h e des Krieges. Uns drohen die Schrecknisse feindlicher Invasionen. Nicht für oder gegen den Krieg haben wir uns heute zu entscheiden, sondern über die Frage der für die Verteidigung des Landes erforderlichen Mittel."

Falls demnächst ein Lehrbuch für angehende Realpolitiker herausgegeben wird — der Bedarf ist vorhanden und die Zahl der Dilettanten ist groß —, sollte diese Rede dort einen Ehrenplatz erhalten.

Sarajewo

Wenn man eine aktuelle Landkarte Europas mit der Situation vor 1914 vergleicht, dann fallen, abgesehen von der erfreulichen Veränderung der deutschen Grenzen, vor allem zwei Unterschiede auf: mit Österreich-Ungarn (Donaumonarchie) und dem Osmanischen Reich existierten zwei Großmächte, die 1914 schon angeschlagen und verfault waren und die beide den Krieg nicht überlebten. Beide Mächte herrschten über andere Völker, die sich in einem heftigen Prozeß der Bildung zur Nation und des nationalen Befreiungskampfes befanden. Das machte insbesondere Südosteuropa, wo beide Mächte engagiert waren, seit etwa 1880 zu einem permanenten Spannungsherd. Der galoppierende Niedergang des osmanischen Imperiums kam zunächst auch Österreich-Ungarn noch zugute: 1878 besetzte es große Teile des heutigen Jugoslawiens (Bosnien und Herzegowina), und 1908 annektierte es diese auch formal. So stand Österreich-Ungarn in ständigem scharfen Konflikt mit dem 1878 unabhängig gewordenen Serbien: während dieses die Vereinigung mit den „Brüdern" im Herrschaftsbereich Österreich-Ungarns anstrebte, suchte jenes nach einer Gelegenheit zur Vernichtung des „Störenfrieds". Das allerdings setzte, da Serbien sich auf den Beistand Rußlands verlassen konnte, Übereinstimmung mit Deutschland voraus. An diesem Hindernis scheiterten 1912/1913 mehrere weit gediehene Wiener Kriegs-
mung mit Deutschland voraus. An diesem Hindernis scheiterten 1912/1913 mehrere weit gediehene Wiener Kriegs-
absichten. Denn für die Außenpolitik des imperialistischen Deutschlands war zu jenem Zeitpunkt noch keineswegs entschieden, ob man nicht lieber um die Gunst Serbiens werben sollte, statt es zu bekämpfen. So oder so stand allerdings fest, daß Serbien in den deutschen Ambitionen eine zentrale Position darstellte. Ein Blick auf die Karte macht das verständlich: Serbien war, je nachdem, Bindeglied oder Unterbrechung einer Linie, die von Berlin nach Konstantinopel (Istanbuls) führte und die letzten Endes auf deutsche Einflußnahme im Nahen und Mittleren Osten abzielte. Ein materieller Ausdruck dieser Linie war die Bagdadbahn, ein Lieblingsprojekt deutscher Weltmachtsträume zu jener Zeit: auf dem Weg von Deutschland zur Türkei und weiter an den Persischen Golf führte sie quer durch Serbien.

So also der Hintergrund für das Attentat von Sarajewo — einer Stadt, die damals im Staatsgebiet Österreich-Ungarns lag. Die Attentäter waren bosnische Nationalisten, die von Serbien aus unterstützt wurden (Anm. 16).

Das Szenario war aufgestellt für eine militärische Strafaktion gegen die „Zentrale des internationalen Terrorismus". Wenn der deutsche Kaiser damals (23.7.) am Rand einer Akte notierte: „**Serbien ist eine Räuberbande, die für Verbrechen gefaßt werden muß**" und vom serbischen Staat gern als „**Banditen und Königsmörder**" schwadronierte (28.7.), so drängen sich zeitgenössische Parallelen direkt auf. „**Mit den Serben muß aufgeräumt werden, und zwar b a l d**", hatte der Kaiser schon am 2. oder 3.7., wenige Tage nach dem Attentat, auf einem Schriftstück notiert (Anm. 5). Das war sowieso der Standpunkt der Regierung in Wien. Die Gelegenheit sei günstig, so glaubte man, da das Stichwort „Königsmörder" auch in Rußland, England und bei sonstigen gekrönten Häuptern — das waren damals ja noch reichlich viele — seinen Eindruck nicht verfehlen würde.

Das Ultimatum

Das Ultimatum

Das wichtigste Dokument aus mehr als einem vollen Monat intensivster diplomatischer Aktivitäten, die dem Attentat von Sarajewo folgten, trägt das Datum 6. Juli. An diesem Tag übermittelte Reichskanzler Bethmann Hollweg dem österreichisch-ungarischen Botschafter Szögyény die offizielle Position der deutschen Regierung: „**Österreich muß beurteilen, was zu geschehen hat, um sein Verhältnis zu Serbien zu klären; es kann dabei, wie immer auch seine Entscheidung ausfallen möge, mit Sicherheit darauf rechnen, daß Deutschland als Bundesgenosse und Freund der Monarchie hinter ihr steht**" (Anm. 6).

Das Bündnis, von dem hier die Rede ist, wurde 1873 geschlossen und seitdem mehrfach erneuert; weiteres dazu an späterer Stelle. Dieser deutsche „Blankoscheck" war die Antwort auf ein Schreiben des Wiener Kaisers Franz Josef an seinen deutschen Kollegen, das am 5. Juli in Berlin übergeben worden war. Ohne konkret zu werden, war in jenem Brief die Absicht formuliert worden, Serbien „als politischer Machtfaktor am Balkan auszuschalten", und zwar durch „Isolierung und Verkleinerung". Praktisch bedeutete die deutsche Reaktion also die Zusage, einen Feldzug Österreich-Ungarns gegen Serbien nötigenfalls abzuschirmen, in erster Linie gegenüber Rußland.

Einen Tag nach Eingang des „Blankoschecks" tagte in Wien der Ministerrat und legte Österreich-Ungarns weiteres Vorgehen fest: um den politischen Boden für eine militärische Aktion gegen Serbien vorzubereiten, sollte an dieses zunächst ein Ultimatum gerichtet werden. Der Inhalt sollte bewußt so scharf und provozierend formuliert werden, daß Serbien aller Voraussicht nach ablehnen m u ß t e (Anm. 7).

Zu den Besprechungen war der deutsche Botschafter in Wien zugezogen; am 8. Juli erstattete er per Telegramm dem Auswärtigen Amt in Berlin darüber präzisen Bericht. Dies Detail ist wichtig, da offiziell von der deutschen Regierung immer wieder beteuert wurde, sie habe den Text des Ultimatums vorher nicht gekannt und sei sozusagen
wichtig, da offiziell von der deutschen Regierung immer wieder beteuert wurde, sie habe den Text des Ultimatums vorher nicht gekannt und sei sozusagen
selbst ein bißchen überrascht worden.

U.a. durch die inneren Widersprüche Österreich-Ungarns (siehe Anm. 7) verzögerte sich das beschlossene Vor-

Fortsetzung nächste Seite



Europa im Juli 1914

Fortsetzung von vorheriger Seite

gehen: erst am 14. Juli wurde mit der Redaktion des Ultimatums begonnen, am 19. Juli wurde der Text vom Ministerrat gebilligt und schließlich am 23. Juli offiziell zugestellt. Gefordert wurde u.a.: ,,Unterdrückung'' sämtlicher gegen Österreich-Ungarn gerichteten Publikationen; Auflösung der nationalistischen Organisation ,,Narodna Odbrana'' (s. Anm. 16); *,,ohne Verzug aus dem öffentlichen Unterrichte in Serbien, sowohl was den Lehrkörper als auch die Lehrmittel betrifft, alles zu beseitigen, was dazu dient oder dienen könnte, die Propaganda gegen Österreich-Ungarn zu nähren'';* Entlassung aller Offiziere und Beamten aus Armee und Verwaltung, *,,die der Propaganda gegen Österreich-Ungarn schuldig sind'';* ,,Mitwirkung'' österreichisch-ungarischer Dienststellen (in Serbien!) bei der Unterdrückung ,,subversiver Umtriebe''; ebenso ,,Mitwirkung'' an Ermittlungen in Serbien über Hintergründe des Attentats von Sarajewo.

In einer Zeit, wo BKA und BGS wie selbstverständlich in anderen Ländern aktiv sind, könnte die ,,Mitwirkungs''Forderung vielleicht als der harmloseste Teil des ganzen Ultimatums mißverstanden werden. Dem damaligen allgemeinen Verständnis nach waren jedoch gerade diese beiden Punkte der frechste Anschlag auf Serbiens Souveränität. Kurz vor Ablauf des auf 48 Stunden befristeten Ultimatums lag am 25. Juli die serbische Antwort vor: Sämtliche Forderungen wurden akzeptiert, mit Ausnahme der Punkte 5 und 6, soweit sie die ,direkte ,,Mitwirkung'' betrafen. Außerdem enthielt die Antwort das Angebot, über diese Punkte weiterzuverhandeln. Kurz vor der Übergabe der Antwort gab Serbien die Mobilmachung bekannt, da nun mit einem Angriff Österreich-Ungarns auch ohne Kriegserklärung gerechnet werden mußte. Wenige Stunden später ordnete Wien die Mobilisierung gegen Serbien an, und am 28. Juli folgte die Kriegserklärung. Außer Beschießungen Belgrads (damals direkt an der Grenze gelegen) hatte das zunächst keine praktischen Folgen, da Österreich-Ungarn gegen das militärisch vorbereitete Serbien frühestens am 16. Tage nach der Mobilmachung kriegsbereit gewesen wäre. So gab es also, zumindest theoretisch, immer noch einen kleinen Spielraum für eine diplomatische Beilegung des Konflikts.

In internen deutschen Stellungnahmen wurde direkt zugegeben, daß mit der nahezu vollständigen Annahme des Ultimatums eigentlich jeder Vorwand zum Kriege fortgefallen war. Es werde daher äußerst schwer werden, jetzt noch einen Angriff international zu rechtfertigen (Anm. 8). Offiziell verwies man darauf, daß Wien mehrfach erklärt hatte, es strebe keinen Erwerb serbischen Territoriums an. Daß dies eine Lüge war, wußte man in Berlin allerdings sehr gut (Anm. 9). Übrigens war ja auch im Schreiben des Wiener Kaisers vom 5. Juli gerade heraus von einer ,,Verkleinerung'' Serbiens die Rede gewesen.

Aufmarsch der Heere

Rußland hatte auf das Ultimatum an Serbien mit der Erklärung der ,,Vorbereitungsphase zum Krieg'' (beginnend am 26. Juli) reagiert. Der Wiener Kriegserklärung an Serbien (28.7.) folgte unmittelbar die russische Teilmobilmachung gegen Österreich-Ungarn (29.7.). Das bedeutete zum einen die Drohung, daß Rußland einer Militäraktion gegen Serbien nicht passiv zusehen würde, und hatte zum zweiten die praktische Folge, daß Österreich-Ungarn seinen Aufmarsch gegen Serbien stark reduzieren mußte, um Truppen an die russische Front schicken zu können. Am Morgen des 31. Juli beschloß der Wiener Ministerrat für den folgenden Tag die Generalmobilmachung.

Bereits am Abend des 30. Juli war in der russischen Regierung endgültig die Entscheidung zur Generalmobilmachung gefallen, die am Vormittag des 31. Juli auf Plakaten bekanntgemacht wurde. Berlin reagierte am selben Tag mit der Erklärung des sog. ,,Zustand der unmittelbaren Kriegsgefahr''. Zugleich wurde an Rußland ein auf 12 Stunden befristetes Ultimatum gerichtet, sämtliche Mobilisierungsmaßnahmen einzustellen und rückgängig zu machen. Nach Ablauf dieses Ultimatums erklärte Deutschland Rußland am 1. August den Krieg und befahl die Generalmobilmachung.

Ebenfalls am 31. Juli war ein auf 18 Stunden befristetes Ultimatum an Frankreich gestellt worden, verbindlich seine Neutralität zu erklären. Hätte wider allen Erwartens die Regierung in Paris diese Forderung akzeptiert, war der deutsche Botschafter angewiesen, als ,,Garantie'' die Überlassung der Festungen Toul und Verdun für die Dauer des Krieges zu verlangen. Man war offensichtlich entschlossen, Frankreich unter allen Umständen zum Krieg zu provozieren. Paris erkärte am 1. August zu dem Ultimatum, Frankreich werde seine Interessen wahren, und ordnete die Mobilmachung an.

So alt wie die Entente Frankreich-Rußland waren die deutschen Pläne für einen Zweifrontenkrieg, die sich mit dem Namen Schlieffen (Chef des Generalstabs 1891-1905) verbanden (Anm. 10). Der Kern des Schlieffen-Plans bestand darin, Frankreich innerhalb kürzester Zeit mit nahezu allen verfügbaren Truppen eine entscheidende Niederlage beizubringen, während gegen Rußland zunächst nur ganz schwache Kräfte hinhaltenden Widerstand leisten sollten. (Das bedeutete auch, daß zunächst Österreich-Ungarn den größten Teil der russischen Armeen auf sich ziehen sollte). Die gegen Frankreich zur Verfügung stehenden Divisionen sollten auf dem ,rechten' Flügel konzentriert werden und durch Belgien an Paris vorbei durchstoßen, um dann in einer Zangenbewegung die französischen Heere in Richtung auf die deutsche und schweizerische Grenze zu drängen und dort zu zerschlagen. Am ,linken' Flügel (Elsaß) sollte nur mit schwachen Kräften defensiv operiert werden.

Voraussetzung des Schlieffen-Plans war die Verletzung der Neutralität Belgiens, die seit 1839 vertraglich von den Großmächten garantiert war. Daß ein Einmarsch in Belgien wahrscheinlich England zum Eingreifen veranlassen würde, war von Anfang an einkalkuliert, auch wenn es fast bis zum letzten Moment zugunsten von Illusionen verdrängt wurde (Anm. 11).

Da alles auf der Welt seine Ordnung haben muß, stellte die deutsche Regierung Belgien am 2. August erst einmal ein Ultimatum: Frist 12 Stunden. Dieses Ultimatum war dem deutschen Botschafter in Brüssel bereits am 29. Juli im verschlossenen Umschlag übergeben worden. Inhalt: Belgien müsse versichern, dem deutschen Vormarsch keinerlei Widerstand zu leisten und keine Hindernisse in den Weg zu legen.

Eine gewerkschaftliche Stimme

,,An der unvergleichlichen Tapferkeit der deutschen und österreichischen Truppen zerschellen aber die verruchten Pläne des wort- und treubrüchigen Blutzaren und seiner Alliierten, seien es nun die verschlagenen Japse, die hinterlistigen Briten, die ruhmredigen Franzosen, die verlogenen Belgier, die undankbaren Buren, die Renommierkanadier oder auch die halbwilden verschleppten Indier, Turkos, Zuaven, Neger u.a. Geschmeiß''.

(,,Courier'', Organ des dt. Transport-Arbeiterverbandes, 25.10.1914. Zit. nach: Der Krieg — Das erste Volksbuch vom großen Krieg, Berlin 1929)

Begründet wurde diese Forderung mit der geradezu klassischen Behauptung aller Aggressoren: man habe sichere Kenntnisse, daß französische Truppen zum Einmarsch nach Belgien konzentriert würden, und man müsse dem zuvorkommen. (Angesichts der Tatsache, daß das Ultimatum schon drei Tage vor der Übergabe formuliert worden war, ein besonders pikantes Detail).

Der ablehnenden belgischen Antwort folgte am 3. August der Beginn des deutschen Überfalls, nachdem schon am Vortag deutsche Truppen in Luxemburg einmarschiert waren. Gleichfalls am 3. August erklärte Deutschland Frankreich den Krieg. Einzige Begründung: französische Militärflieger hätten ,,eine Anzahl zweifellos feindseliger Handlungen'' über deutschem und belgischem Gebiet begangen. Berühmt wurden die Bomben, die angeblich auf Bahnlinien bei Karlsruhe und Nürnberg abgeworfen waren. Diese Legende wurde von den lokalen deutschen Behörden sogar noch während des Krieges ausdrücklich dementiert.

Es folgte am 4. August ein englisches Ultimatum: Deutschland solle bis Mitternacht eine verbindliche Erklärung abgeben, *,,daß die an Belgien gestellte Forderung nicht weiter verfolgt werden wird, und daß Deutschland die Neutralität Belgiens achten wird.''* Nach Ablauf der Frist erklärte England den Krieg.

Es war nun der bemerkenswerte Umstand eingetreten, daß Deutschland, das doch vorgeblich nur seine Bündnispflichten gegenüber Österreich-Ungarn wahrnahm (die sog. ,,Nibelungentreue''), sich im Kriegszustand mit Rußland, Frankreich und England befand, der angeblich beschützte Partner hingegen lediglich im Krieg mit Serbien. Bei aller Schärfe gegenüber Serbien hatte die Wiener Regierung insgesamt, was das Risiko eines Krieges mit Rußland betraf, eher vorsichtig taktiert. In Berlin begann man unruhig zu werden und drängte heftig auf den Kriegseintritt

Fortsetzung nächste Seite

Krisen, die den Weltkrieg vorbereiten

1905/06 Erste Marokko-Krise

Frankreich war schon seit den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts bestrebt, sich Marokko — das unter einem Sultan ein unabhängiger Staat war — politisch und wirtschaftlich zu unterwerfen. Das Abkommen mit England von 1904 (Entente Cordiale) brachte Frankreich diesem Ziel ein gutes Stück näher: beide Staaten sicherten sich im Austausch gegenseitig weitgehende Rechte in Marokko bzw. in Ägypten zu. Die deutschen Kapitalisten und die Regierung opponierten im Namen der „wirtschaftlichen Gleichberechtigung" und des „freien Handels" gegen eine politische Oberhoheit Frankreichs über Marokko. Einige kapitalistische Interessenverbände und die radikalnationalistische Presse forderten eine Aufteilung des Landes. Der offiziellen deutschen Position kam zugute, daß der Sultan sein Interesse an einer engeren Zusammenarbeit mit Deutschland und Wahrung der Unabhängigkeit von Frankreich bekundete. Um die Haltung der deutschen Regierung zu bekräftigen, wurde eine Zwischenlandung des Kaisers Wilhelm II in Tanger arrangiert, als er sich gerade auf einer Mittelmeer-Kreuzfahrt befand (31.3.1905).

Auf Vorschlag Marokkos und mit starker Unterstützung Deutschlands kam schließlich eine internationale Konferenz (Algeciras-K.) zustande, die am 16.1.1906 begann und am 7.4. mit einem Abkommen endete. Die ‚Algeciras-Akte' erklärte die Achtung der Unabhängigkeit und Integrität Marokkos, ebenso der Freiheit des Handels und der wirtschaftlichen Gleichberechtigung. Zugleich kam sie französischen Vorstellungen entgegen, indem sie die Polizeirechte Frankreichs (und z.T. Spaniens) in Marokko ebenso anerkannte wie bestimmte von Paris geforderte „Reformen" der marokkanischen Innenpolitik. — Während der Marokko-Krise entstand der Schlieffen-Plan für einen deutschen Zwei-Fronten-Krieg.

1908/09 Bosnien

Die bis dahin zum Osmanischen Imperium gehörenden Gebiete Bosnien und Herzegowina (heute Teile Jugoslawiens) wurden im Zuge des russisch-türkischen Krieges 1878 von Österreich-Ungarn besetzt. Am 6.10.1908 verkündete Wien die förmliche Umwandlung dieser Besetzung in eine Annektion. Dieser Schritt provozierte vor allem Serbien, das den staatlichen Zusammenschluß aller Südslawen betrieb. Die Haltung des serbischen Schutzpatrons, Rußlands, war in diesem Fall zwiespältig: 1. gab es zwischen Wien und Petersburg seit 1881 eine Reihe von (Geheim-)Verträgen, in denen die Annektion bereits zugestanden worden war. Und 2. sah die russische Regierung eine Gelegenheit, als „Kompensation" (Ausgleich, Entschädigung) ihrem alten Ziel, dem Griff nach den türkischen Meerengen, mit Wiener Hilfe näher zu kommen. Gleichfalls forderte Serbien als mindestes „Kompensationen", wie etwa die Zustimmung zum Bau einer Eisenbahn, die vom Schwarzen Meer quer durch Serbien an die Adria führen sollte. Außerdem war Serbien am sog. Sanjak von Novi Pazar interessiert: ein 1878 gleichfalls von Österreich-Ungarn besetzter Gebietsstreifen, den Wien zugleich mit der Annektion von Bosnien und Herzegowina an die Türkei zurückgeben wollte. Dieser Streifen lag wie eine Barriere zwischen Serbien und Montenegro. Sein Erwerb hätte praktisch eine direkte Landverbindung Serbiens an die Adria bedeutet und das Projekt einer Vereinigung von Serbien und Montenegro sehr erleichtert.

In Wien und Berlin war man entschlossen, allenfalls wirtschaftliche, aber keinesfalls territoriale „Kompensationen" für Serbien zu diskutieren. In Wien wurde darüber schwadroniert, das serbische Nest zu vernichten". Der deutsche Generalstab sagte seine Unterstützung zu, falls es auf diesem Weg zum Krieg zwischen Österreich-Ungarn und Rußland kommen sollte. Als russische Politiker in Paris anfragten, ob in diesem Fall auf den Beistand Frankreichs zu rechnen wäre, drängte dieses auf Maßnahmen zur Beschleunigung der russischen Mobilisierungsfähigkeit. In der Folge wurde ein entsprechendes gemeinsames Programm entwickelt (z.B. Anlage neuer Bahnlinien, Anlage paralleler Schienenwege zu den vorhandenen usw.), das in erster Linie von Frankreich finanziert wurde.

Nachdem Serbien unter Druck Rußlands — das zu diesem Zeitpunkt keinen Krieg riskeren wollte — schon seinen Verzicht auf „Kompensationen" erklärt hatte, forderte Wien in ultimativem Ton die förmliche Anerkennung der Annektion durch die serbische Regierung. Diese Forderung wurde durch drohende Militäraktionen an der Grenze unterstrichen. Am 27.3.1909 akzeptierte Serbien eine von Wien vorbereitete entsprechende Note. Diese Note stellte eine schwere Demütigung Serbiens dar: u.a. mußte es erklären, seine Interessen seien durch die Annektion nicht beeinträchtigt worden; es werde seine bisherige Politik gegenüber Österreich-Ungarn ändern und fortan die gute Nachbarschaft mit diesem suchen; es werde die (gegen Österreich-Ungarn und die Türkei operierenden) bewaffneten Freiwilligen„banden" auflösen; es werde die Entstehung neuer „irregulärer Einheiten" auf seinem Gebiet verhindern.

Auf die Serbien damals abgepreßten Zugeständnisse berief sich Wien dann im Juli 1914 bei seinem Ultimatum, das der Kriegserklärung voranging. Der Ausgang der Krise von 1908/09 war eine schwere Niederlage Rußlands, die dieses in erster Linie deshalb hinnehmen mußte, weil es — nach den schweren Niederlagen im Krieg gegen Japan 1904/05 — international als nicht kriegsfähig galt. Die Folge war auch in diesem Fall verstärkte Rüstung und forcierte Kriegsvorbereitung auf allen Gebieten.

1911 Zweite Marokko-Krise

Auslöser waren örtliche Aufstände, gegen die Frankreich Militär einsetzte. So wurden Ende April 1911 französische Truppen nach Fez geschickt, „um europäische Bürger zu schützen". Die deutsche Regierung sah darin eine schleichende Annektion des Landes im Widerspruch zur Garantie des politischen status quo durch die Algeciras-Akte. Um die „deutschen Interessen" zu demonstrieren, wurde das Kriegsschiff „Panther" nach Agadir (Westmarokko) geschickt (1.7.). Die radikalnationalistische Presse feierte den „Panther-Sprung" begeistert als Ausdruck einer vermeintlichen Entschlossenheit, sich Südwestmarokkos zu bemächtigen. Die Absicht der Regierung war jedoch viel mehr, einen Druck auszuüben, um von Frankreich für die im Prinzip bereits als unvermeidlich akzeptierte Übernahme Marokkos anderswo „Kompensationen" zu erreichen. Das sollte in Mittelafrika geschehen, wo die deutschen Imperialisten von einem riesigen Imperium träumten, das den (belgischen) Kongo und Teile der portugiesischen Kolonien umfassen sollte. Um für dieses Projekt einen Fuß in die Tür zu kriegen, wollte Berlin die Abtretung der gesamten französischen Kongo-Kolonie. Erreicht wurde schließlich nach zähen Verhandlungen am 4.11. die Abtretung von zwei Gebietsstreifen, die der deutschen Kolonie Kamerun angegliedert wurden. Im Gegenzug erkannte Berlin das Recht Frankreichs an, über Marokko ein „Protektorat" zu errichten. Das Abkommen stieß bei den chauvinistischen Kreisen beider Länder auf scharfe Kritik, da es als diplomatische Niederlage empfunden wurde. So trug es dazu bei, auf beiden Seiten die Rüstung und die Hetze zum Krieg zu forcieren.

1912/13 Balkan-Kriege

Ziel des ersten Balkan-Krieges war die Aufteilung des verbliebenen europäischen Teils der Türkei, der noch immer Angehörige der südslawischen, albanischen, griechischen und bulgarischen Nationen umfaßte. Der zweite Krieg wurde wenig später um die Neuverteilung der Beute geführt.

Zwischen Oktober 1911 und Oktober 1912 war, zunächst unter deutlicher russischer Regie, ein Kriegspakt der Balkan-Staaten Serbien, Bulgarien, Montenegro und Griechenland zustande gekommen. Zwischen Anfang und Mitte Oktober 1912 eröffneten sie nacheinander den Krieg gegen die Türkei. Nach raschen militärischen Erfolgen kam am 3.12.1912 ein Waffenstillstand zustande, dem eine Friedenskonferenz in London folgte. Da diese nach Meinung der Balkan-Staaten unbefriedigend verlief, nahmen sie Anfang Februar 1913 den Krieg wieder auf. Schließlich konnte am 30.5.1913 ein Friedensvertrag unterzeichnet werden.

Einen Monat später (28.6.) begann der zweite Balkan-Krieg, in dem es zunächst vor allem um den Grenzverlauf in Mazedonien ging. In diesem Krieg stand Bulgarien allein gegen Serbien, Griechenland und Montenegro; bald beteiligten sich auch Rumänien (11.7.) und die Türkei (12.7.), um ebenfalls Stücke von Bulgarien abzutrennen bzw. verlorenes Terrain zurückzugewinnen. Dieser Krieg endete nach raschen Niederlagen Bulgariens mit der Eröffnung einer Friedenskonferenz in Bukarest (30.7.) und der Unterzeichnung eines Friedensvertrages (10.8.).

Durch die Balkan-Kriege sah vor allem Österreich-Ungarn seine Interessen in diesem Gebiet gefährdet. An erster Stelle stand dabei die Furcht vor der Entstehung eines starken südslawischen Nationalstaates. So kam es 1912/13 mehrfach zu schweren Krisen auch zwischen den Großmächten, da Rußland einem militärischen Vorgehen Österreich-Ungarns im Wege stand.

Die erste dieser Krise wurde wesentlich dadurch ausgelöst, daß Wien keinesfalls zulassen wollte, daß Serbien einen eigenen Zugang und Hafen zur Adria erhielt. Diese Krise spitzte sich soweit zu, daß sowohl Österreich-Ungarn als auch Rußland Truppen an den Grenzen konzentrierten (Nov. 1912). Im Reichstag verkündete Kanzler Bethmann Hollweg die deutsche Bereitschaft, an der Seite seines Verbündeten zu stehen, falls es zum Krieg kommen sollte (2.12.). Die englische Regierung gab bekannt, daß sie in einem Krieg, in dem die Niederwerfung Frankreichs drohen würde, nicht neutral bleiben könnte (3.12.). In Berlin wurden Pläne für die baldige „präventive" Auslösung eines Krieges gegen Rußland und Frankreich diskutiert (8.12.). Die Krise endete mit dem Verzicht Serbiens und mit der Einigung der Großmächte auf die Bildung des albanischen Staates, der fortan wie ein Puffer zwischen Serbien und der Adria liegen sollte.

Der nächste Konflikt ergab sich bereits im Januar/Februar 1913 um die Nordgrenze Albaniens: Montenegro, unterstützt von serbischen Truppen, strebte hier militärischen Geländegewinn an. Der Streit schleppte sich, über mehrere Wiener Ultimaten und Kriegsdrohungen hin, von März bis Anfang Mai 1913. Am 4.5. erklärte sich Montenegro schließlich bereit, die umstrittene albanische Stadt Skutari wieder zu räumen. Noch ein weiteres Mal, im Oktober 1913, war Nordalbanien Konfliktpunkt: Am 18.10. richtete Wien an Serbien ein auf 8 Tage befristetes Ultimatum, seine Truppen vollständig aus Albanien zurückzuziehen. Am 25.10. akzeptierte Belgrad diese Forderung.

Fortsetzung von vorheriger Seite

Österreich-Ungarns (Anm. 13). Am 6. August hatte man immerhin die Wiener Kriegserklärung an Rußland auf dem Tisch. Gegenüber Frankreich und England hingegen ließ man sich in Wien noch so viel Zeit, bis diese ihrerseits am 12. August Österreich-Ungarn den Krieg erklärten.

So stand die deutsche Propaganda-Lüge, man habe sich lediglich Österreich-Ungarn zuliebe in den Krieg treiben lassen, und nun möge dieses sich gefälligst nicht undankbar erweisen und aus der gemeinsamen Front (dem berühmten ,,Schulterschluß'') ausbrechen, vom ersten Tag an auf äußerst schwachen Füßen. Dementsprechend war in Wien in den kommenden Jahren die Versuchung immer wieder groß, sich separat aus dem Krieg zu verabschieden.

Im Gegensatz zum ,,Wiener Zögern'' war die Politik Deutschlands, nachdem der Entschluß zum großen Krieg einmal gefallen war, vom Diktat der Zeit bestimmt. Das ergab sich unmittelbar aus den deutschen Kriegsplänen, die darauf kalkuliert waren, Frankreich ,,niederzuwerfen'', bevor die russische Mobilisierungsphase völlig abgeschlossen war und bevor englische Hilfstruppen auf dem Kontinent festen Fuß fassen könnten. Es zeigte sich allerdings in der Praxis, daß man die Anstrengungen Rußlands in den letzten Jahren, mit Hilfe Frankreichs sein Mobilisierungstempo zu steigern (z.B. Bau neuer Bahnlinien), in Berlin unterschätzt hatte: Schon am 17. August traten russische Truppen zur Offensive gegen Ostpreußen an; zu diesem Zeitpunkt hatte der deutsche Offensiv-Flügel durch Belgien noch nicht einmal die französische Grenze erreicht (Anm. 15). Mit der ,,Schlacht an der Marne'' (6.-12. September 1914), die den deutschen Offensiv-Flügel 40 km vor Paris stoppte und zum Zurückgehen zwang, war auch die zweite zentrale Voraussetzung des ,,Schlieffen-Planes'' gescheitert.

Hinzu kam, daß Österreich-Ungarns Armeen in Galizien der ersten russischen Großoffensive (Ende August-Mitte September) nicht standhielten und sich weit zurückziehen mußten. Damit war eine dritte Voraussetzung der deutschen Kriegsplanung — man könne Österreich-Ungarn zunächst die Hauptlasten an der russischen Front überlassen — schon in den ersten Tagen erledigt. Es erwie sich im Gegenteil mehr und mehr als notwendig, deutsche Einheiten zur Unterstützung der österreichisch-ungarischen Fronten zur Verfügung zu stellen.

Kriegspakte

Kriegspakte

Im wesentlichen standen sich im Juli/August 1914 zwei Kriegspakte gegenüber, deren Entstehungsgeschichte ins 19. Jahrhundert zurückreicht: Deutschland und Österreich-Ungarn auf der einen, Frankreich und Rußland auf der anderen Seite. Die Bindung Englands an Frankreich und über dieses auch an den Pakt mit Rußland war weniger fest und eindeutig als die beiden Zweierbündnisse. Die Stellung der übrigen Mächte ergab sich zum Teil endgültig erst während des Krieges. Die Situation unterschied sich also auch darin sehr von der nach dem 2. Weltkrieg geschaffenen, wo sich global zwei große Paktsysteme gegenüberstehen. In der Existenz der NATO kommt zum Ausdruck, daß im Verhältnis zur gemeinsamen Feindschaft gegen die Sowjetunion alle übrigen Widersprüche z w i s c h e n den kapitalistischen Staaten als relativ untergeordnet behandelt werden können und müssen. **Man kann umgekehrt die Behauptung wagen, daß o h n e die Existenz der Sowjetunion als militärische ,,Supermacht'' die kapitalistischen Staaten wahrscheinlich schon vor Jahren zum dritten Mal übereinander hergefallen wären, um die Aufteilung der Welt erneut auszukämpfen.**

Vor dem 1. Weltkrieg fehlte völlig ein Gegner dieser Art, der die Kapitalisten zu großen Paktsystemen hätte zwingen können. Die einzelnen Groß- und Mittelmächte standen sich relativ autonom mit ihren vielen Einzelwidersprüchen gegenüber. Die Kunst der Politik bestand damals darin, gegenüber möglichst vielen anderen Staaten möglichst viele Widersprüche möglichst vorteilhaft durch Kompromisse beizulegen oder abzuschwächen, um möglichst effektiv den Kampf gegen einen oder zwei Hauptgegner austragen zu können. Diese Politik setzte auch Bereitschaft zur Mäßigung und zum Verzicht voraus, wenn man nicht irgendwann eine übermächtige Koalition von Feinden auf dem Hals haben wollte.

Historischer Ausgangspunkt des deutschen Paktsystems war das ,,Drei-Kaiser-Bündnis'' von 1873 mit Österreich-Ungarn und Rußland. Dieses Bündnis gründete sich schon auf den gemeinsamen Kampf gegen Napoleon und auf die Zusammenarbeit in der Phase der Restauration, die dem Wiener Kongreß folgte. Das ,,Drei-Kaiser-Bündnis'' sah — in der Fassung von 1881 — ,,wohlwollende Neutralität'' der anderen vor, falls eine der Vertragsparteien sich in einem Krieg befinden sollte. Es verpflichtete jedoch nicht zum Beistand.

Mit der Beschleunigung des Zerfalls der osmanischen Herrschaft auf dem Balkan (vor allem seit dem russisch-türkischen Krieg 1877/78) und der Zuspitzung der Widersprüche zwischen Österreich-Ungarn und Rußland in diesem Gebiet, zerbrachen die Grundlagen dieses Pakts. Parallel zu jenem war 1882 der ,,Dreibund'' zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn und Italien geschlossen worden. Er schrieb vor, daß die Partner keine Bündnisse oder Verpflichtungen gegeneinander eingehen sollten. Falls einer der Partner ,,ohne unmittelbare Herausforderung ... angegriffen'' werden sollte, wären die beiden anderen zum Beistand verpflichtet. Dies ließ Spielraum, im Kriegsfall den Beistand zu verweigern, mit dem Hinweis, daß der Krieg vom Partner provoziert worden sei. Obwohl der ,,Dreibund'' mehrfach erneuert wurde (zuletzt am 5.12.1912) war spätestens 1902 offensichtlich, daß bei einem Krieg gegen Frankreich — und gerade darauf bereitete sich Deutschland vor — auf Italien höchstwahrscheinlich nicht zu zählen sein würde (Anm. 17). Tatsächlich erklärte Italien sich am 3. August 1914 als neutral und trat im Mai 1915 sogar an der Seite der Entente in den Krieg ein. Dabei spielten vor allem italienische Interessen im österreichisch-ungarischen Herrschaftsbereich eine Rolle (Südtirol, Triest, Albanien).

Ein ähnliches Schicksal hatte der Versuch, Rumänien durch einen Pakt (1883) an den ,,Dreibund'' anzuschließen: auch Rumänien erklärte sich am 3. August 1914 als neutral, auch Rumänien trat schließlich an der Seite der Entente in den Krieg ein (August 1916), und auch in diesem Fall waren national begründete Ansprüche gegen Österreich-Ungarn ausschlaggebend (Siebenbürgen).

Die Verschärfung der Widersprüche zwischen Österreich-Ungarn und Rußland in Galizien und auf dem Balkan veranlaßte Rußland 1887, die fällige Erneuerung des ,,Drei-Kaiser-Bündnisses'' abzulehnen (Anm. 18). Um die Lücke wieder zu schließen, wurde im gleichen Jahr zwischen Deutschland und Rußland der ,,Rückversicherungsvertrag'' abgeschlossen, der gegenseitige ,,wohlwollende Neutralität'' im Kriegsfall vorschrieb; dies sollte jedoch

vertrag'' abgeschlossen, der gegenseitige ,,wohlwollende Neutralität'' im Kriegsfall vorschrieb; dies sollte jedoch

nicht für den Fall eines Angriffskriegs gegen Frankreich oder Österreich-Ungarn gelten.

Der Rücktritt Bismarcks (18.3.1890) steht u.a. als äußerer Ausdruck für eine außenpolitische Wende, hin zu einem sehr viel aggressiveren, waghalsigeren Kurs. Im gleichen Jahr lehnte Deutschland die fällige Erneuerung des ,,Rückversicherungsvertrags'' ab. Spätere deutsche Versuche, das Bündnis wiederzubleben (1904/05) scheiterten u.a. daran, daß Deutschland nicht bereit war, auf dem Balkan die von Rußland geforderten Konzessionen zu machen; ebenso war Deutschland den russischen Ambitionen gegenüber der Türkei nicht sehr entgegengekommen. Auf der anderen Seite war Rußland nicht bereit, sich gegen Frankreich ausspielen zu lassen, mit dem es inzwischen enge Pakt-Bindungen eingegangen war.

Dem Zweier-Pakt Berlin-Wien traten schließlich im Krieg nur noch die Türkei und Bulgarien bei. Das Bündnis mit Bulgarien, das zeitweise ein enger Juniorpartner Rußlands gewesen war, entstand erst als Nebenprodukt aus dem 2. Balkankrieg 1913 (siehe Kasten).

> **Germanische Kultur und Sitte**
>
> ,,Es handelt sich in diesem Kriege für Deutschland nicht nur um seine ganze staatliche Existenz und um den Weiterbestand des unter schweren blutigen Opfern geschaffenen Deutschen Reiches, sondern auch um die Wahrung und Erhaltung germanischer Kultur und Sitte der slawischen Unkultur gegenüber.''
>
> (aus einer Depesche des Chef des Generalstabs des Feldheeres an das Auswärtige Amt; 4.8.1914)

Zur Türkei gab es zwar schon seit Jahren sehr gute Beziehungen auf vielen Gebieten, einschließlich Waffenexport und Anleitung bei der Modernisierung der türkischen Armee. Das trifft aber ähnlich auch auf den Einfluß Frankreichs und Englands im Osmanischen Reich zu. Entscheidend war vermutlich, daß sich die Türkei nur von einem Bündnis mit Deutschland Schutz vor den Begehrlichkeiten Rußlands. (Dardanellen/Bosporus, also Seeweg vom Schwarzen Meer zum Mittelmeer; Armenien) erwarten konnte. Hinzu kamen die Interessen Englands an Teilen des Osmanischen Imperiums, wie etwa dem Irak mit seinen Ölquellen.



Holzschnitt von F Masereel (Illustration zu Henri Guilbeaux, Demain)

Am 2. August 1914 kam ein deutsch-türkisches Geheimabkommen zustande, und Ende Oktober trat die Türkei in den Krieg ein. Bulgarien schloß am 6. September 1915 einen entsprechenden Geheimvertrag mit Deutschland und nahm seit Anfang Oktober 1915

6. September 1915 einen entsprechenden Geheimvertrag mit Deutschland und nahm seit Anfang Oktober 1915

am Krieg teil. Bulgarien sollte dafür später mit serbischen Gebieten belohnt werden.

Das Bündnis zwischen Frankreich und Rußland (Entente) wurde 1891 geschlossen, also ein Jahr nach der deutschen Weigerung, den ,,Rückversicherungsvertrag'' mit Rußland zu erneuern. Das Abkommen sah zunächst nur Konsultationen vor, vor allem bei ,,Gefährdung des Friedens''. 1892 wurde es zu einem soliden Militärpakt ausgebaut: man werde im Fall eines Angriffs den Partner mit allen verfügbaren Kräften unterstützen und ihn auf keinen Fall durch Abschluß eines Separatfriedens im Stich lassen (Anm. 19). Das Abkommen festigte sich in den nächsten Jahren, vor allem durch die starke finanzielle Abhängigkeit Rußlands vom französischen Bankkapital und durch die bedeutende französische Unterstützung bei der Sanierung und Modernisierung des russischen Militärwesens nach dessen vernichtender Niederlage im Krieg gegen Japan 1904/05. Begünstigt wurde dieser Pakt dadurch, daß es zwischen Rußland und Frankreich kaum territoriale Streitpunkte gab.

Schwieriger war das Verhältnis beider Großmächte zu England: Die französischen und englischen Kolonialinteressen waren in Afrika 1898 hart aufeinandergeprallt (Anm. 20), im folgenden Jahr allerdings durch einen umfassenden Vertrag über die Absteckung der Einflußzonen befriedet worden. Diese Verständigung wurde fortgeschrieben durch ein Abkommen im Jahre 1904, das sämtliche noch vorhandenen Streitfragen durch Kompromisse löste und so den Weg für die Kriegskoalition von 1914 endgültig frei machte. Das Abkommen von 1904 war zwar kein militärischer Beistandspakt, legte aber den Grundstein für eine immer engere militärische Zusammenarbeit beider Staaten in den folgenden Jahren. So kam es u.a. zu einer Verständigung, wie viele Truppen innerhalb welcher Zeit England im Kriegsfall auf den Kontinent schicken würde. Ein weiterer Punkt war die (1912 vereinbarte) Arbeitsteilung der Kriegsmarinen: die englische Flotte übernahm allein den Schutz der Kanalküsten, während Frankreich sich auf das Mittelmeer konzentrierte.

Hartnäckiger waren die Widersprüche zwischen England und Rußland. Sie betrafen vor allem Persien, Afghanistan, die türkischen Meerengen und den Nahen Osten sowie Ostasien. Dort war England seit 1902 durch ein Abkommen mit Japan verbunden. Es sicherte für einen Krieg ,,wohlwollende Neutralität'' zu; falls Rußland in einem Krieg gegen Japan oder England von einer dritten Macht unterstützt würde, sollte der andere Pakt-Partner sogar direkte Hilfe leisten. Mit der militärischen Niederlage Rußlands im Fernen Osten, der 1907 eine vertragliche Regelung mit Japan folgte, war dieser Streitpunkt zunächst ausgeräumt. Ebenfalls im Jahr 1907 kam zwischen England und Rußland ein Vertrag über die beiderseitigen Einflußzonen und Beuteanteile in Tibet, Afghanistan und Persien zustande. An den russischen Ambitionen gegenüber der Türkei spitzten sich die Widersprü-

Afghanistan und Persien zustande. An den russischen Ambitionen gegenüber der Türkei spitzten sich die Widersprü-

che allerdings 1911 und 1913 wieder zu. Somit blieb die Linie London-Moskau im Dreieck Frankreich-Rußland-England die schwache Stelle. Vor allem dies war die materielle Basis der deutschen Illusionen im Juli 1914, England neutral halten zu können.

Frieden durch Abschreckung

Ein bekannter Witz lautet ungefähr: Fällt ein Fensterputzer im 20. Stock eines Hochhauses aus dem Fenster. Als er am 10. Stock vorbeisaust, denkt er: ,,Bis jetzt ist es doch ganz gut gegangen!'' Ein noch bekannterer Witz wird gern und oft von Politikern erzählt: Seit 1945 haben wir Frieden in Europa. Das verdanken wir der NATO. Also brauchen wir sie auch weiterhin zur Erhaltung des Friedens.

Wer gern mal rechnet: Der 1. Weltkrieg war seit dem russisch-türkischen Krieg von 1877/78 der erste Krieg, den Großmächte in Europa gegeneinander führten. Für Deutschland war es (abgesehen von Militäraktionen in den Kolonien und der Beteiligung einer deutschen Einheit an der internationalen Intervention in China 1900 der erste ,,richtige'' Krieg seit 1870/71, also seit rund 43 Jahren. Es war darüberhinaus der erste große europäische Krieg seit den Feldzügen Napoleons, also seit rund 100 Jahren.

Man denke sich ein Gelände, in dem sich mehrere Leute bewegen, die einander am liebsten an den Hals gehen würden. Dies Gelände ist jedoch voller Minen und Selbstschußanlagen, die untereinander alle durch Stolperdrähte verbunden sind. Entsprechend vorsichtig werden sich zunächst alle Beteiligten bewegen. Das ist der Frieden durch Abschreckung. Andererseits ist der ,,große Knall'' vorprogrammiert für den Fall, daß schließlich doch einer der Beteiligten einen falschen Schritt macht. Und d a ß dies irgendwann passieren wird, ist sehr wahrscheinlich. Die Lage vor dem 1. Weltkrieg kann mit so einer Situation verglichen werden. Das Bestehen von Militärpakten bedeutete 1., daß Preis und Risiko für einen Krieg sich erhöhten, da man befürchten mußte, es gleich mit zwei oder mehr Gegnern zu tun zu haben. Es bedeutete 2., daß jede Großmacht ihre Absichten eng mit ihren Bündnispartnern abstimmen mußte, um sich zu vergewissern, ob diese im konkreten Fall ,,mitziehen'' würden. Diese Pflicht zur Konsultation war zum Teil auch direkt Gegenstand der Verträge. So konnte z.B. Italien 1914 darauf verweisen, daß es von Wien und Berlin nicht konsultiert worden sei, und folglich überhaupt keine Beistandsverpflichtung vorlag. Beide genannten Faktoren trugen vor 1914 dazu bei, die Großmächte von direktem militärischen Engagement in lokalen Konflikten zurückzuhalten und sie diplomatischen Lösungen geneigter zu machen. Dies umso mehr, da die lokalen Interessen verbündeter Mächte gar nicht unbedingt übereinstimmten. So wäre es z.B. sehr problematisch gewesen, Österreich-Ungarn in einen militärischen Konflikt hineinzuziehen, der die deutschen und französischen Interessen in Marokko zum Gegenstand gehabt hätte.

Das Bestehen von Militärpakten bedeutete aber 3. auch eine langfristige Steigerung der Kriegsrisiken, da ein Militärkonflikt zwischen den Großmächten, war er erst einmal begonnen, fast mit Notwendigkeit zum ,,Weltkrieg'' eskalieren mußte. Für jede Großmacht hätte es eine Schwächung ihrer eigenen ,,Weltgeltung'' bedeutet, wenn sie einer Kriegsniederlage ihres Bündnispartners passiv zugesehen hätte: es hätte ihr Paktsystem abgewertet und möglicherweise den Partner sogar veranlaßt, sich zukünftig außenpolitisch anders zu orientieren.

Insofern kann man sagen, daß die Pakt-Systeme und das diplomatische Krisen-Management vor 1914 zwar den Kriegs,,ausbruch'' mehrmals verhinderten, verzögerten und hinausschoben. Zugleich vermehrten und verschärften sie aber den angesammelten Sprengstoff imperialistischer Widersprüche und materieller Gewalt in Form von Heeren und Waffen. Lange vor 1914, spätestens seit der zweiten Marokko-Krise (1911; siehe Kasten), sprach man in Europa vom unmittelbar drohenden ,,Weltkrieg'' und steigerte Umfang und Tempo der Vorbereitungen.

,,Kriegsschuld-Frage''

Die ,,Kriegsschuld-Frage'' hat lange Zeit die Gemüter beunruhigt und gehörte auf deutscher Seite zu den politischen und ideologischen Bausteinen des Nationalsozialismus. Für die Siegerstaaten war die Sache selbstverständlich klar: schuld waren ausschließlich, und dies allerdings ohne

des Nationalsozialismus. Für die Siegerstaaten war die Sache selbstverständlich klar: schuld waren ausschließlich, und dies allerdings ohne

Zweifel und Einschränkung, die Verliererstaaten. Die Verantwortung für den Krieg komme, so lautete 1919 der offizielle Schuldspruch, *,,in vollem Umfang den Mächten zu, die ihn erklärt haben, um einer Angriffspolitik zu dienen, deren Verheimlichung dem Ursprung dieses Krieges den Charakter einer geheimen Verschwörung gegen den europäischen Frieden verleiht. Diese Verantwortung lastet: 1. auf Deutschland und Österreich, 2. auf der Türkei und Bulgarien. Sie verschärft sich durch die von Deutschland und*



Holzschnitt von F. Masereel (Illustration zu Henri Guilbeaux, Demain, 1916)

,,Das Verhängnis, das so lange über Europa gebrütet hatte, war los ...''

Thomas Mann über die ersten Kriegstage im August 1914

(aus Th. Mann, Dr. Faustus, 1947)

Die ersten glühenden August-Tage 1914 fanden mich, überfüllte Züge wechselnd, in wimmelnden Bahnhofshallen wartend, deren Perrons mit Reihen liegengebliebener Bagage bedeckt waren, auf überstürzter Reise von Freising nach dem thüringischen Naumburg, wo ich als Vize-Wachtmeister der Reserve mich sogleich mit meinem Regiment zu vereinigen hatte.

Der Krieg war ausgebrochen. Das Verhängnis, das so lange über Europa gebrütet hatte, war los und raste, verkleidet als diszipliniertes ›Klappen‹ alles Vorgesehenen und Eingeübten, durch unsere Städte, tobte als Schrecken, Emporgerissensein, Pathos der Not, Schicksalsergriffenheit, Kraftgefühl und Opferbereitschaft in den Köpfen und Herzen der Menschen. Es mag wohl sein, ich glaube es gern, daß anderwärts, in feindlichen und sogar in verbündeten Ländern, dieser Kurzschluß des Schicksals vielmehr als Katastrophe und ›grand malheur‹ empfunden wurde, wie wir es im Felde so oft aus dem Munde französischer Frauen hörten, die freilich den Krieg im Lande, in ihren Stuben und Küchen hatten: »Ah, monsieur, la guerre, quel grand malheur!« In unserem Deutschland, das ist gar nicht zu leugnen, wirkte er ganz vorwiegend als Erhebung, historisches Hochgefühl, Aufbruchsfreude, Abwerfen des Alltags, Befreiung aus einer Welt-Stagnation, mit der es so nicht weiter hatte gehen können, als Zukunftsbegeisterung, Appell
weiter hatte gehen können, als Zukunftsbegeisterung, Appell
an Pflicht und Mannheit, kurz, als heroische Festivität. Meine Freisinger Primaner hatten rote Köpfe und strahlende Augen von alldem. Jugendliche Einsatz- und Abenteuerlust vereinigte sich da humoristisch mit den Vorteilen eines rasch lossprechenden Not-Abiturs. Sie stürmten die Werbe-Bureaus, und ich war froh, nicht den Ofenhocker vor ihnen spielen zu müssen.

Überhaupt will ich nicht leugnen, daß ich vollauf teilhatte an den volkstümlichen Hochgefühlen, die ich soeben zu kennzeichnen suchte, wenn auch das Rauschhafte daran meiner Natur fernlag und mich leise unheimlich berührte. Mein Gewissen — dies Wort hier in einem überpersönlichen Sinn gebraucht — war nicht ganz rein. Eine solche ›Mobilisierung‹ zum Kriege, wie grimmig-eisern und allerfassend-pflichthaft sie sich geben möge, hat immer etwas vom Anbruch wilder Ferien, vom Hinwerfen des eigentlich Pflichtgemäßen, von einem Hinter-die-Schule-Laufen, einem Durchgehen zügelunwilliger Triebe, — sie hat zuviel von alldem, als daß einem gesetzten Menschen, wie mir, ganz wohl dabei sein könnte; und moralische Zweifel, ob die Nation es bisher so gut gemacht, daß dieses blinde Hingerissensein von sich selbst ihr eigentlich erlaubt sei, verbinden sich mit solchen persönlichen Temperamentswiderständen. Hier tritt aber das Moment der Opfer-, der Todesbereitschaft ein, das über vieles hinweghilft und sozusagen ein letztes Wort ist, gegen welches sich nichts mehr sagen läßt. Wird der Krieg, mit mehr oder weniger Klarheit, als eine allgemeine Heimsuchung empfunden, in welcher der einzelne, so auch das einzelne Volk, seinen Mann zu stehen und mit seinem Blute Sühne zu leisten bereit ist für die Schwächen und Sünden der Epoche, in die die eigenen eingeschlossen sind; stellt er sich dem Gefühl als ein Opfergang dar, durch den der alte Adam abgestreift und in Einigkeit ein neues,

Fortsetzung von vorheriger Seite

Österreich verübte Verletzung der von ihnen garantierten Neutralität Luxemburgs und Belgiens ... (...) Der Krieg ist von den Zentralmächten (Anm. 21) *ebenso wie von ihren Verbündeten, der Türkei und Bulgarien, mit Vorbedacht geplant worden und er ist das Ergebnis von Handlungen, die vorsätzlich und in der Absicht begangen wurden, ihn unabwendbar zu machen.''* (Anm. 22).

Diese Beantwortung der ,,Kriegsschuld-Frage'' hatte — unabhängig davon, ob sie den Sachverhalt zutreffend und allseitig wiedergab — zwei Funktionen: eine machtpolitische nach Außen und eine ideologische nach Innen. Außenpolitisch stellte dieser Schuldspruch die Legitimation der den Verliererstaaten aufgezwungenen Friedensverträge dar. Innenpolitisch erledigte er alle Fragen nach einer (Mit-)Verantwortung der Siegerstaaten für den Krieg: die ,,*Gesamtheit der zivilisierten Welt*'' (Anm. 23) hatte einen aufgezwungenen Abwehrkampf gegen verbrecherische Mächte, insbesondere den preußischen Militarismus, geführt. Von einem imperialistischen Krieg konnte auf Seiten der Siegerstaaten also gar keine Rede sein, denn diese hatten nur gekämpft, ,,*um die Freiheit der Welt zu retten*'' (Anm. 23).

Neben dieser eindeutigen und selbstgerechten Schuldzuweisung tauchte bereits in den 20er Jahren die Theorie auf, den Krieg habe eigentlich n i e m a n d so recht gewollt. Die Politiker seien in den Krieg ,,hineingeschlittert'', aus gegenseitigem Mißtrauen, Fahrlässigkeit, Verkennung der Lage und der Absichten der anderen Seite. Schuldig habe sich zwar mancher gemacht, der eine mehr, der andere weniger, aber letztlich sei für das Ergebnis niemand verantwortlich. Dieses Erklärungsmuster wurde auch von Politikern der Siegerstaaten favorisiert, um Deutschland in die ,,zivilisierte Welt'' zurückzuholen und in die neue Freiheits-Front gegen die Sowjetunion zu integrieren. Dieser Tendenz entsprach auf der praktischen außenpolitischen Ebene eine fortschreitende Durchlöcherung und Aufhebung des Versailler Friedensvertrages, die ihren Höhepunkt in den Jahren 1933-1939 erreichte.

Die Theorie vom ,,Hineinschlittern'' kommt modernen sozialdemokratischen Erklärungsmustern für die Entstehung (und Vermeidung) von Kriegen sehr entgegen: Sie sehen als Hauptursache der Kriegsgefahr ein ,,wahnsinniges Wettrüsten'', das sich durch (großenteils irrational übersteigertes) Mißtrauen ,,gegenseitig hochschaukelt''. Dieses Muster läßt sich beliebig noch in den Bereich der Individualpsychologie hinein verlängern: Wie alle Menschen leiden Politiker unter allerlei Ängsten; also kommt es darauf an, ihnen diese Ängste zu nehmen. Stichwor-
Ängsten; also kommt es darauf an, ihnen diese Ängste zu nehmen. Stichwor-
te einer sozialdemokratischen Friedenspolitik: vertrauensbildende Maßnahmen, Sicherheitspartnerschaft. Nämlich zwischen Militärpakten, deren einziger erklärter Daseinszweck darin besteht, für den Krieg gegeneinander gerüstet und allseitig vorbereitet zu sein. Deren ganze Existenz also das absolute Gegenteil einer Sicherheitspartnerschaft ist. Und die ihre eigene Ü b e r f l ü s s i g k e i t erklären würden, wenn sie sich auf eine Sicherheitspartnerschaft im militärischen Bereich einlassen könnten.

Wer dem sozialdemokratischen Erklärungsmuster folgt, kann in der Vorgeschichte des 1. Weltkriegs einige (Schein-)Argumente für diese Theorie finden. Jedenfalls viel mehr als in der Vorgeschichte des 2. Weltkriegs. Nicht nur bei den Siegerstaaten bestand die erklärte Ansicht, Deutschland habe jahrelang systematisch auf den Krieg hingearbeitet und diesen bewußt herbeigeführt. Auch umgekehrt waren viele deutsche Politiker und Militärs anscheinend subjektiv aufrichtig der Meinung, Deutschland sei das Opfer einer Einkreisung und Einschnürung durch eine feindliche Koalition, die ständig an militärischer Kraft gewinne. Sodaß man gezwungenermaßen den Krieg zu einem selbstgewählten Zeitpunkt herbeiführen müsse (Anm. 24). Es läßt sich die Interpretation begründen, daß sich die beiden Paktsysteme in der Juli-Krise gegenseitig bis zum Weltkrieg ,,hochschaukelten'', weil keiner dem anderen den Willen zutraute, den europäischen Frieden aufrechtzuerhalten. Ebenso läßt sich die Hypothese vertreten, daß die Juli-Krise 1914 mit mehr gutem Willen nach dem Muster aller vorangegangenen Krisen diplomatisch lösbar gewesen wäre. — Diese Interpretationen und Hypothesen scheinen mir jedoch nicht schlüssig genug zu sein: Die beiden Marokko-Krisen (1905/06 und 1911), die Krise nach der Annektion Bosniens und Herzegowinas (1908), die beiden Balkan-Kriege (1912-1913) endeten zwar alle mit diplomatischen Kompromissen.

Grundlage dieser Kompromisse war aber immer eine bestimmte Vorstellung über das aktuelle Kräfteverhältnis zwischen den Großmächten, einschließlich ihrer militärischen Möglichkeiten. Das heißt: was eine Großmacht für sich bei solchen Kompromissen herausholen konnte, hing auch von den militärischen Optionen ab, mit denen sie hypothetisch beim Scheitern einer diplomatischen Lösung hätte drohen können. Solange der Krieg aber nicht wirklich stattfand und solange manche der Großmächte schon seit Jahrzehnten ihr militärisches Potential nicht mehr in einem größeren Konflikt erprobt und mit anderen gemessen hatten, beruhte die Bewertung der militärischen Potentiale und Optionen nur auf Schätzungen und Spekulationen. Bedenkt man weiter, daß Kriegsrüstung und Kriegsführung sich in einem Prozeß ständiger Umwälzung befanden, daß sich die Bündniskonstellationen veränderten, daß die Wirkung der ökonomischen Faktoren in einem großen, modernen Krieg schwer vorauszuberechnen war, so mußte die ständige hypothetische Fragestellung, welche Ergebnisse ein Krieg haben k ö n n t e, fast zwangsläufig irgendwann auch in der Praxis beantwortet werden. Sie k o n n t e auf Dauer gar nicht anders beantwortet werden, solange das militärische Potential eines Staates zu den Faktoren gezählt wurde, die über den Anteil dieses Staates bei der imperialistischen Aufteilung der Welt entschieden.



Holzschnitt von Frans Masereel
(Illustration zu Debout les Morts, 1917)

Holzschnitt von Frans Masereel
(Illustration zu Debout les Morts, 1917)

BDI: Deutscher Export an zweiter Stelle

Mit einem Anteil am Weltexport von 10,5 Prozent im ersten Halbjahr 1983 lag die Bundesrepublik Deutschland wie seit Jahren hinter den USA, die es auf 12,2 Prozent brachten, an zweiter Stelle der Welthandelsnationen. Mit einem Anteil am nominalen Weltexport mit Industriewaren stand 1982, den jüngsten Vergleichszahlen, die Bundesrepublik Deutschland mit 15,6 Prozent unverändert an der Spitze vor den USA mit 14,3 Prozent und Japan mit 13,7 Prozent.

Quelle: ,,Welt'', 14.5.84

Die Notwendigkeit, früher gewonnene Maßstäbe und zweifelhafte Einschätzungen über das Kräfteverhältnis der Großmächte zueinander irgendwann in der Praxis des Krieges zu überprüfen und gegebenenfalls neu zu bestimmen, ergab sich g e r a d e aus der Tatsache eines ungefähren militärischen Gleichgewichts zwischen den beiden großen Kriegspakten. Wäre eine der beiden Seiten von vornherein offensichtlich unterlegen gewesen, dann wäre es wahrscheinlich eher möglich gewesen, auf die praktische Überprüfung der Situation zu verzichten. Gerade das zwischen etwa 1890 und 1914 stabilisierte ,,strategische Patt'', das sich scheinbar in einer Reihe schwerer Krisen als friedenserhaltend bewährt hatte, war in b e s o n d e r e r Weise eine Triebkraft, aus dem ungefähren Gleichgewicht auszubrechen und einen eindeutigen eigenen Vorteil zu erreichen.

Auf dieser allgemeinen Grundlage war es an erster Stelle Deutschland, das den Weltkrieg brauchte, wollte und ansteuerte. Der Krieg sollte dem deutschen Imperialismus den ,,*Durchbruch*'' zum ,,*Platz an der Sonne*'' verschaffen. Der ,,Platz an der Sonne'' — heute in extremer Geschichtslosigkeit und Vergeßlichkeit zum Namen einer Fernsehlotterie banalisiert — war d i e zentrale Kampfparole des imperialistischen Deutschland vor dem 1. Weltkrieg. Gemeint war: Ein Rang unter den Großmächten, der der sprunghaft gewachsenen ökonomischen Bedeutung des Landes entsprach. Wenn nicht gerade Erster, dann einer von zwei Gleichen, an der Seite Englands. Ein entsprechend umfangreicher Kolonialbesitz (daß Deutschland, da zu spät am Tisch erschienen, bei der Verteilung der Kolonien ,,schlecht weggekommen'' war, war unbestreitbar). Eine mit der englischen mindestens gleichwertige Kriegsflotte, um auch militärisch weltweit präsent zu sein. Ein ,,mitteleuropäischer Wirtschaftsverband'' — direkter Vorläufer der EG —, in dem Deutschland die dominierende und aufsaugende Rolle zufallen sollte. Diesem Drängen auf Neuverteilung der Welt entsprach eine Ideologie, die Aggressivität und Unverschämtheit mit nationaler Wehleidigkeit verband: die zu kurz gekommene und zu kurz gehaltene Nation, der von den anderen aus Neid und Haß nicht d a s gegönnt wird, was ihr eigentlich zustehen würde. Eine Nation also, die sich gern als Opfer internationaler Verschwörungen und Einkreisungen sehen mochte, denn anders war ja kaum zu erklären, daß die restliche Welt dem deutschen Imperialismus nicht freiwillig geben mochte, was er begehrte. Diese Ideologie wurde durch die militärische Niederlage nach einen jahrelangen Krieg, in dem der strategische Erfolg für Deutschland zeitweise nahe schien, weiter genährt. Sie wurde weiter genährt durch einen Friedensvertrag, der zweifellos schlimmstenfalls nur dem entsprach, was Deutschland seinerseits in diesem Krieg besiegten Staaten schon angetan hatte (Rußland, Rumänien) oder bei anderem Kriegsverlauf angetan h ä t t e, aber der ebenso zweifellos ein Raub- und Entwaffnungsvertrag war.

Erster und Zweiter Weltkrieg bilden so gesehen — ,,Durchbruch'' zum ,,Platz an der Sonne'' — fast eine politisch-militärische Einheit, und die Jahre von Ende 1918 bis September 1939 waren eher ein Waffenstillstand als eine Friedensperiode.

Teil I dieser Artikel-Folge erschien im AK 246. Er stellte einige Modelle vor, wie sich manche NATO-Generäle den Dritten Weltkrieg vorstellen. Teil 3, im AK 248, wird den Verlauf des 1. Weltkriegs und die Potentiale der Beteiligten skizzieren, ferner die Kriegsziele (vor allem die deutschen) und die Bedingungen des Friedens von 1918/19 darstellen.

Kt., Hamburg

Militarismus

Lenin über die Ziele des Weltkrieges

„Der Krieg ist aus den imperialistischen Beziehungen zwischen den Großmächten entstanden, d.h. aus dem Kampf um die Teilung der Beute, aus dem Kampf darum, wer sich diese oder jene Kolonien und kleinen Staaten einverleiben soll, wobei in diesem Krieg z w e i Interessenkonflikte an erster Stelle stehen. Erstens der Konflikt zwischen England und Deutschland, zweitens der zwischen Deutschland und Rußland. Diese drei Großmächte, diese drei mächtigen Räuber sind die entscheidenden Größen im jetzigen Krieg, die übrigen sind unselbständige Bundesgenossen.

Beide Konflikte sind durch die g a n z e Politik dieser Mächte im Verlauf m e h r e r e r J a h r z e h n t e vor dem Krieg vorbereitet worden. England führt Krieg, um Deutschlands Kolonien zu rauben und seinen Hauptkonkurrenten zu vernichten, der ihm mit seiner überlegenen Technik, Organisation und kommerziellen Energie unbarmherzige Schläge versetzte und so schwer taf, daß England ohne Krieg seine Weltherrschaft n i c h t m e h r hätte behaupten k ö n n e n. Deutschland führt Krieg, weil seine Kapitalisten — und durchaus begründet — von sich der Meinung sind, daß sie das ‚heilige' bürgerliche Recht auf den ersten Platz in der Welt bei der Ausplünderung der Kolonien und abhängigen Länder besitzen; insbesondere führt Deutschland Krieg, um sich die Balkanländer und die Türkei zu unterwerfen. Rußland führt Krieg, um Galizien zu erobern, das es braucht, um das ukrainische Volk niederzuhalten ..., Rußland führt Krieg, um Armenien und Konstantinopel zu erobern und ebenfalls, um Balkanländer zu unterwerfen.

Neben dem Konflikt der räuberischen ‚Interessen' Rußlands und Deutschlands besteht ein nicht minder tiefer, wenn nicht gar noch tieferer Konflikt zwischen Rußland und England. Das Ziel der imperialistischen Politik Rußlands ... kann kurz folgendermaßen umrissen werden: Mit Hilfe Englands und Frankreichs Deutschland in Europa schlagen, um Österreich und die Türkei auszurauben ... Dann mit Hilfe Japans u n d d e s s e l b e n Deutschlands England in Asien schlagen, um g a n z Persien zu annektieren, die Teilung Chinas zu Ende zu führen usw.".

(W.I. Lenin, Über den Separatfrieden, 6.11.1916, Werke Bd. 23, S. 124-125).

Anmerkungen

1. 8 Mio. „Civilian deaths" lt. Richard Hobbs, The Myth of Victory, Colorado 1979. Helmut Otto (Der Erste Weltkrieg/militärhistor. Abriß, Berlin/DDR 1977): „Fast 10 Millionen starben auf den Schlachtfeldern, mehr als 20 Millionen wurden verwundet und verkrüppelt. Mehrere Millionen Menschen gingen durch Hunger und Seuchen zugrunde." Willibald Gutsche: „In den vier Jahren des Krieges verloren 8.732.000 Menschen, davon 1.808.000 Deutsche, ihr Leben." (in: Erster Weltkrieg. Ursachen, Entstehung und Kriegsziele, Hrg. Wolgang Schieder, Köln 1969. Gemeint sind anscheinend lediglich die militärischen Verluste). Derselbe Autor: „Die unmittelbaren Kriegskosten aller beteiligten Staaten beliefen sich nach amerikanischen Schätzungen auf 337,9 Milliarden, die Kriegszerstörungen auf 36,9 Milliarden Dollar".
2. Richard Hobbs, s.o. Er gibt die Gesamtzahl der Kriegstoten von 1789 bis 1914 mit 6 Millionen an. Derselbe Autor gibt für den 30jährigen Krieg (1618-48) die Zahl der Toten unter der Bevölkerung mit 8 Millionen und die der getöteten Soldaten mit 350.000 an.
3. entfällt
4. Die SPD stimmte auch in der folgenden Zeit wiederholt der Bewilligung der Kriegskredite zu, zuletzt im Juli 1917. Damals tauschte sie als Belohnung die Zusicherung ein, daß das preußische Wahlrecht demokratisiert werde.
5. Die Notiz befindet sich auf einem Bericht des deutschen Botschafters in Wien (v. Tschirschky) an Reichskanzler Bethmann Hollweg, der dem Kaiser am 2. Juli vorlag. Tschirschky hatte u.a. geschrieben, er benutze „jeden Anlaß", um in Wien „sehr nachdrücklich und ernst vor übereilten Schritten zu warnen". Hierzu notierte der Kaiser: „Wer hat ihn dazu ermächtigt? Das ist sehr dumm! Geht ihn gar nichts an, da es lediglich Österreichs Sache ist, was es hierauf zu thun gedenkt. Nachher heißt es dann, wenns schief geht, Deutschland hat nicht gewollt!! Tschirschky soll den Unsinn gefälligst lassen! Mit den Serben muß aufgeräumt werden, und zwar bald". Unterstreichung unter „bald". Die zitierten Sätze sind typisch für den Stil der kaiserlichen Randnotizen, die den Charakter von Anweisungen hatten.
6. hier zit. nach Harry E. Barnes, Die Entstehung des Weltkrieges, Berlin 1928. Im selben Sinn informierte Bethmann Hollweg mit Telegramm vom gleichen Tag den deutschen Botschafter in Wien. Letzteres und andere erwähnte Texte nach „Die Deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch", hrg. im Auftrag des Auswärtigen Amtes, Berlin 1919. Verantwortlich für die Herausgabe dieser Sammlung war der Linkssozialdemokrat Karl Kautsky.
7. Die entsprechende Passage des Ministerrats-Beschlusses lautet: „3. Alle Anwesenden mit Ausnahme des königlich ungarischen Ministerpräsidenten sind der Ansicht, daß ein rein diplomatischer Erfolg, wenn er auch mit einer eklatanten Demütigung Serbiens endigen würde, wertlos wäre und daß daher solche weitgehende Forderungen an Serbien gestellt werden müßten, die eine Ablehnung voraussehen ließen, damit eine radikale Lösung im Wege militärischen Eingreifens angebahnt würde." (zit. nach Barnes, s.o.). Der ungarische Ministerpräsident Tisza warnte zutreffend davor, daß ein Krieg gegen Serbien ein russisches Eingreifen und damit einen „Weltkrieg" — der Begriff war schon vor 1914 in aller Munde gewesen — provozieren könnte. Bis zum 14. Juli hatte Tisza seine Opposition aufgegeben. Auf einer Ministerratssitzung am 19. Juli stimmte er dem Text des Ultimatums zu; zugleich setzte er jedoch die Klausel durch, „daß sofort bei Beginn des Krieges den fremden Mächten erklärt werde, daß die Monarchie keinen Eroberungskrieg führt und nicht die Einverleibung des Königreiches" — d.h. Serbiens — „beabsichtigt". (zit. nach Barnes, s.o.)
8. Der deutsche Kaiser notierte zur serbischen Antwort auf das Ultimatum: „Eine brillante Leistung für eine Frist von blos 48 Stundeg. Das ist mehr als man erwarten konnte! Ein großer moralischer Erfolg für Wien; aber damit fällt jeder Kriegsgrund fort, und Giesl hätte ruhig in Belgrad bleiben sollen! Daraufhin hätte ich niemals Mobilmachung befohlen!" „Ich" unterstrichen. (Giesl: der öst.-ung. Botschafter in Serbien).
9. Bezeichnend folgende Episode: Am 28. Juli meldete der deutsche Botschafter in London, Lichnowsky, daß die dortigen Vertreter Österreich-Ungarns offen über die Aufteilung Serbiens schwadronierten. Zu diesem Bericht notierte Kanzler Bethmann Hollweg: „Diese Zweideutigkeit Österreichs ist unerträglich. Uns verweigern sie Auskunft über ihr Programm, sagen ausdrücklich, daß die Ausführungen des Grafen Hoyos, welche auf eine Zerstückelung Serbiens hinausliefen, rein private gewesen seien, in Petersburg sind sie die Lämmer, die nichts Böses im Schilde führen, und in London spricht ihre Botschaft von Verschenkung serbischer Gebietsteile an Bulgarien und Albanien."
Mit Italien — damals noch durch einen Pakt mit Deutschland und Österreich-Ungarn verbunden — ließ die Wiener Regierung sogar schon offiziell über Tauschgeschäfte verhandeln für den Fall, daß man sich „wider Erwarten gezwungen" sehen könnte, „zu einer nicht als nur vorübergehend anzusehenden Okkupation serbischen Gebiets zu schreiten". (zit. nach Mitteilung des deutschen Botschafters in Wien an das Auswärtige Amt in Berlin, 28.7.).
10. Das Konzept Schlieffens widersprach total dem seines Vorgängers Moltke, der (1879) davon ausgegangen war, sich im Fall eines Zweifronten-Krieges im Westen auf eine Defensive zu beschränken und alle verfügbaren Kampftruppen zunächst für eine Offensive gegen Rußland einzusetzen. Schlieffens Konzept geht auf ein Memorandum aus dem Jahre 1897 zurück, in dem er zur Einschätzung gekommen war, daß ein Durchbruch durch die französische Festungskette unmöglich sei und daher nur ein Vorstoß durch Belgien nach Nordwestfrankreich erfolgsversprechend sei. Fortgeschrieben wurde dieser Ansatz in Schlieffens Momorandum vom 31.12.1905, in seinem Buch „Der Krieg in der Gegenwart" (1909) und in einem Memorandum desselben von 1911. (nach: War planes 1880-1914, hrg. Paul M. Kennedy, London 1979).
Es ist für das Verständnis dieser Planung nicht unwichtig, daß sie im wesentlichen zu einer Zeit entwickelt wurde, wo Rußland im Krieg gegen Japan (1904/05) den Tiefpunkt seiner militärischen Fähigkeiten demonstriert hatte. Die starke Entwicklung des russischen Kriegspotentials seither hatte den Schlieffen-Plan eigentlich schon vor 1914 zu einem Anachronismus werden lassen, da nun im Osten selbst für eine hinhaltende Defensive erheblich mehr Truppen nötig waren, als von Schlieffen zunächst veranschlagt. Diese Truppen mußten im August 1914 dem deutschen Offensiv-Flügel im Westen entzogen werden.
11. Schlieffen hatte schon im Februar 1906 die Wahrscheinlichkeit erörtert, daß England bei einer Verletzung der belgischen Neutralität militärisch intervenieren würde. Er war jedoch zuversichtlich, die englischen Truppen in diesem Fall zusammen mit den Resten der belgischen Armee in einem Kessel um Antwerpen einschließen zu können.
12. entfällt
13. Bethmann Hollweg an den deutschen Botschafter in Wien am 2.8.: „Wir erwarten von Österreich Erfüllung seiner Bundespflichten und sofortiges tatkräftiges Eingreifen gegen Rußland. Bitte obiges unverzüglich dort mitteilen und Antwort drahten." Ebenso am 4.8.: „Wir sind durch Österreichs Vorgehen gezwungen, den Krieg zu führen und können erwarten, daß Österreich diese Tatsache nicht zu verdunkeln sucht, sondern offen bekundet, daß drohender Eingriff (Mobilmachung gegen Österreich) in serbischen Konflikt Österreich zum Krieg zwingt."
14. entfällt
15. Um Frankreich zu entlasten, begannen die Angriffe gegen Ostpreußen, ohne daß die russische Vorbereitungsphase völlig abgeschlossen war. Das trug bei zu den zwei vernichtenden Niederlagen (Neidenburg/Tannenberg 26.-30.8. und Masurische Seen 8.-10.9.), die Rußland gleich in den ersten Kriegstagen hinnehmen mußte. Obwohl diese Niederlagen das russische Heer 220.000 Mann an Toten, Verwundeten und Gefangenen kosteten, waren sie dennoch ein wesentlicher Beitrag zum Scheitern des deutschen Kriegs-Konzepts.
16. Die Attentäter arbeiteten zusammen mit der serbischen Geheimorganisation Ujedinjenje ili Smrt (Zusammenschluß oder Tod), bekannter unter dem Namen „Schwarze Hand". Besonders in der österreichischen Propaganda gleichgesetzt mit jener terroristischen Vereinigung wurde oft die Narodna Odbrana (Nationale Verteidigung). Dies war in Wirklichkeit eine gemäßigtere serbische Organisation, die jedoch auch als eine Art legale Tarnung für Aktivitäten der „Schwarzen Hand" benutzt wurde. Der Leiter der „Schwarzen Hand" stand in engem Kontakt zum russischen Militärattaché in Serbien, Artamanow, was österreichischen Vermutungen Stoff gab, die jedoch nicht bewiesen werden konnten.
Was die Frage nach einer möglichen Rolle der serbischen Regierung bei dem Attentat angeht, ist festzuhalten, daß „Schwarze Hand" in Opposition zur Regierung stand, der sie Korruptheit vorwarf. Aufgrund der inneren Widersprüche hatte Regierungschef Pasić am 24. Juni (vier Tage vor dem Attentat) das Parlament aufgelöst und Neuwahlen auf den 1. August angesetzt. (Darstellung nach Dwight E. Lee, Europe's Crucial Years, New Hampshire 1974).
Im Übrigen kam sogar der österreichisch-ungarische Untersuchungsbericht, der am 13.7.1914 vorgelegt wurde und der als Grundlage des Ultimatums an Serbien dienen sollte, zu der Feststellung: „Mitwisserschaft serbischer Regierung an der Leitung des Attentats oder dessen Vorbereitung und Beistellung der Waffen durch nichts erwiesen oder auch nur zu vermuten. Es bestehen vielmehr Anhaltspunkte, dies als ausgeschlossen anzusehen." Selbst für eine „Förderung der Propaganda" (serbischer Nationalisten gegen Österreich-Ungarn) durch die Regierung in Belgrart sah der Untersuchungsbericht „keine Anhaltspunkte". Lediglich für eine D u l d u n g dieser Propaganda sei das Beweismaterial „wenn auch dürftig, doch hinreichend". (zit. nach Barnes, s.o.).
17. Bei der Erneuerung des „Dreibundes" 1902 machte Italien durch parallele Vereinbarungen mit Frankreich deutlich, daß es sich an einem Krieg gegen dieses nicht beteiligen würde. Zugleich gab man sich gegenseitig „freie Hand" für die Annektion Marokkos und des damals noch türkischen Libyens. Durch ein ähnliches Abkommen sicherten sich Italien und Rußland 1909 „wohlwollende Erwägung" der Interessen des anderen beim Ausfleddern des Osmanischen Imperiums zu. (Italien realisierte seine Wünsche schließlich 1911-12 durch die Eroberung Libyens und einiger Ägeis-Inseln.
18. Die Tatsache, daß die meisten derartigen Allianzen nur für überschaubare Zeiträume galten und alle paar Jahre erneuert werden mußten, unterstreicht, daß die Paktsysteme damals sehr viel lockerer waren als die beiden globalen Militärblöcke von heute. Da die imperialistischen Widersprüche auch zwischen Partnern erheblich waren, mußten die Pakte leicht lösbar sein.
19. Die Militärkonvention garantierte im Punkt I, daß bei einem deutschen Angriff auf Rußland oder Frankreich der andere Partner „alle seine verfügbaren Kräfte zum Kampf gegen Deutschland einsetzen würde". Punkt 2: im Fall einer deutschen Mobilmachung „werden auch Frankreich und Rußland auf die erste Kunde von diesem Ereignis ... sofort und gemeinsam ihre gesamten Streitkräfte mobil machen und so nahe wie möglich an die Grenze werfen". Punkt 3: „Die gegen Deutschland verfügbaren Streitkräfte werden auf französischer Seite 1.300.000 Mann, auf russischer Seite 700.000 bis 800.000 betragen. Diese Streitkräfte werden mit Nachdruck und aller Schnelligkeit derart vorgehen, daß Deutschland zugleich sowohl nach Osten wie nach Westen hin zu kämpfen hat."
20. Der sogen. „Faschoda-Zwischenfall" im südlichen Sudan. Frankreich hatte dabei seine Pläne, von seinem Imperium in West- und Mittelafrika aus weiter nach Ostafrika vorzudringen und womöglich den Kontinent quer zu durchschneiden, aufgeben müssen. Durch diesen Verzicht legte es den Grundstein für eine solide Partnerschaft mit England.
21. Zentralmächte oder Mittelmächte: Deutschland und Österreich-Ungarn.
22. Aus dem Bericht der „Kommission für die Feststellung der Verantwortlichkeit der Urheber des Krieges und die aufzuerlegenden Strafen", vorgelegt zu den Friedenskonferenzen im März 1919. Zit. nach „Das Deutsche Weißbuch über die Schuld am Kriege", Berlin 1927.
23. aus der „Mantelnote" der Siegerstaaten zum Versailler Vertrag. Datiert 16.6.1919. Zit. nach „Der Friedensvertrag von Versailles ..." (und weitere Dokumente), Berlin 1925.
24. Vor allem die Entwicklung der militärischen Fähigkeiten Rußlands war in den Jahren vor 1914 ein Argument deutscher Militärs und Politiker, auf einen „Präventivkrieg" zu drängen, „bevor Rußland soweit ist". Es wurde im allgemeinen angenommen, daß Rußland ungefähr 1916 oder erst 1917 die volle Wirkung seiner kriegsvorbereitenden Maßnahmen (zahlenmäßige Verstärkung des Heeres, Bahnbauten u.a.) erreicht haben würde. Daher drängten führende deutsche Militärs schon im Dezember 1912 auf die konkrete Vorbereitung und Herbeiführung eines „Weltkrieges". Gesichtspunkte der Marine-Führung sprachen jedoch für einen Aufschub: So sollte erst der Ausbau des Nordostsee-Kanals abgeschlossen sein (im Juni 1914!). Das war wichtig, da die deutsche Flotte wegen ihrer starken Unterlegenheit gegenüber der englischen darauf angewiesen war, im Kriegsfall in die Ostsee (Kiel) auszuweichen, andererseits jedoch einen kurzen und sicheren Verbindungsweg brauchte, um auch zu schnellen Einsätzen in der Nordsee fähig zu sein. Der Bau von immer größeren Kriegsschiffen hatte eine Erweiterung des Kanals erforderlich gemacht. Ebenfalls wollte die Marine-Führung vor einem „Weltkrieg" noch den Bau des U-Boot-Hafens Helgoland abschließen.

höheres Leben errungen werden soll, so ist die alltägliche Moral überboten und verstummt vor dem Außerordentlichen. Auch will ich nicht vergessen, daß wir damals vergleichsweise reinen Herzens zum Kriege aufbrachen und nicht meinten, es vorher zu Hause so getrieben zu haben, daß eine blutige Welt-Katastrophe als die logisch-unvermeidliche Konsequenz unserer inneren Aufführung hätte betrachtet werden müssen. So war es, Gott sei's geklagt, vor fünf Jahren, aber nicht vor dreißig. Recht und Gesetz, das Habeas corpus, Freiheit und Menschenwürde hatten im Lande in leidlichen Ehren gestanden. Zwar waren die Fuchteleien jenes im Grunde völlig unsoldatischen und für nichts weniger als für den Krieg geschaffenen Tänzers und Komödianten auf dem Kaiserthron dem Gebildeten peinlich — und seine Stellung zur Kultur die eines zurückgebliebenen Dummkopfes gewesen. Aber sein Einfluß auf diese hatte sich in leeren Maßregelungsgesten erschöpft. Die Kultur war frei gewesen, sie hatte auf ansehnlicher Höhe gestanden, und war sie von langer Hand an ihre völlige Bezugslosigkeit zur Staatsmacht gewöhnt, so mochten ihre jugendlichen Träger gerade in einem großen Volkskrieg, wie er nun ausbrach, das Mittel sehen zum Durchbruch in eine Lebensform, in der Staat und Kultur eines sein würden. Hier waltete nun freilich, wie immer bei uns, eine eigentümliche Selbstbefangenheit, ein völlig naiver Egoismus, dem es nicht darauf ankommt, ja, der es für ganz selbstverständlich ansieht, daß für die deutschen Werde-Prozesse (und wir werden ja immer) eine ganze, schon fertigere und keineswegs auf Katastrophendynamik versessene Welt mit uns ihr Blut zu vergießen hat. Man nimmt uns das übel, und nicht ganz mit Unrecht; denn moralisch betrachtet sollte das Mittel eines Volkes, zu einer höheren Form seines Gemeinschaftslebens durchzubrechen — wenn es denn blutig dabei zugehen soll —, nicht der Krieg nach außen, sondern der Bürgerkrieg sein. Dieser jedoch widerstrebt uns außerordentlich, während wir uns nichts daraus machten, es im Gegenteil prächtig fanden, daß unsere nationale Einigung — noch dazu eine partielle, eine Kompromiß-Einigung — drei schwere Kriege gekostet hatte. Eine Großmacht waren wir nun allzu lange schon; der Zustand war gewohnt und beglückte nicht nach Erwartung. Das Gefühl, daß er uns nicht gewinnender gemacht, daß er unser Verhältnis zur Welt eher verschlechtert als verbessert hatte, saß, eingestanden oder nicht, tief in den Gemütern. Fällig erschien ein neuer Durchbruch: derjenige zur dominierenden Weltmacht, — der freilich auf dem Wege moralischer Heimarbeit nicht zu bewirken war. Krieg also, und wenn es sein mußte, gegen alle, um alle zu überzeugen und zu gewinnen, das war's, was das ›Schicksal‹ (wie ›deutsch‹ dies Wort, ein vor-christlicher Urlaut, ein tragisch-mythologisch-musikdramatisches Motiv!) beschlossen hatte, und wozu wir begeistert (ganz allein begeistert) aufbrachen — erfüllt von der Gewißheit, daß Deutschlands säkulare Stunde geschlagen habe; daß die Geschichte ihre Hand über uns halte; daß nach Spanien, Frankreich, England wir an der Reihe seien, der Welt unseren Stempel aufzudrücken und sie zu führen; daß das zwanzigste Jahrhundert uns gehöre und nach Ablauf der vor einigen hundertzwanzig Jahren inaugurierten bürgerlichen Epoche die Welt im Zeichen des Deutschen, im Zeichen eines nicht ganz zu Ende definierten militaristischen Sozialismus also, sich zu erneuern habe.

Diese Vorstellung, um nicht zu sagen: Idee, beherrschte die Köpfe in einträchtigem Beieinander mit der, daß wir zum Kriege gezwungen seien, daß die heilige Not uns zu den allerdings wohl vorbereiteten und eingeübten Waffen rief, von deren Vortrefflichkeit immer die geheime Versuchung ausgegangen sein mochte, davon Gebrauch zu machen, — zusammen also mit der Furcht, von allen Seiten überflutet zu werden, wovor uns nur unsere ungeheure Kraft, das heißt: die Fähigkeit schützte, den Krieg sofort in anderer Leute Land zu tragen. Angriff und Verteidigung waren dasselbe in unserem Fall: sie bildeten zusammen das Pathos der Heimsuchung, der Berufung, der großen Stunde, der heiligen Not. Mochten die Völkerschaften dort draußen uns für Rechts- und Friedensstörer, für unerträgliche Lebensfeinde halten, — wir hatten die Mittel, die Welt auf den Kopf zu schlagen, bis sie anderer Meinung über uns wurde und uns nicht nur bewunderte, sondern auch liebte.

El Salvador 1984:

''Man kann nicht die Revolution machen, die man gern hätte, sondern nur die, die man machen muß'' (T.Borge)

Am 31.1.84 veröffentlichte das salvadorianische Oppositionsbündnis FMLN/FDR einen ,,Programmvorschlag zur Bildung einer Provisorischen Regierung der Breiten Beteiligung''. Das neue Programm tritt an die Stelle der knapp vier Jahre alten ,,Plattform für eine Demokratisch-Revolutionäre Regierung'' vom April 1980, die von der Demokratisch-Revolutionären Front (FDR), dem Bündnis der oppositionellen Parteien und Massenorganisationen formuliert wurde und auf deren Grundlage sich im Oktober 1980 die fünf politisch-militärischen Organisationen El Salvadors zur ,,Nationalen Befreiungsfront Farabundo Marti'' zusammenschlossen.

Im Verlauf des Artikels werden beide Programme, die sich in wichtigen Punkten voneinander unterscheiden, einem Vergleich unterzogen. Damit soll versucht werden, die Entwicklung der Befreiungsfront seit 1980 aufzuzeigen. Desweiteren soll der Frage nachgegangen werden, welche Bedingungen und Kräfteverhältnisse den salvadorianischen Bürgerkrieg bestimmen und mit welchen Mitteln die FMLN auf die ständige Ausweitung der US-Intervention reagiert.

Bereits drei Monate nach dem Zusammenschluß zur FMLN eröffnete die Guerilla eine Generaloffensive, die erhebliche Kräfteverschiebungen zur Folge hatte. Während dieser Offensive operierten gleichzeitig in zwei Drittel des Landes Einheiten der FMLN. Der Befreiungsfront gelang es, größere Waffenkontingente zu erobern, mit denen ihre Schlagkraft und Stärke quantitativ und qualitativ erweitert wurde. Darüberhinaus konnte das Stützpunktwesen erheblich ausgebaut

quantitativ und qualitativ erweitert wurde. Darüberhinaus konnte das Stützpunktwesen erheblich ausgebaut

und mit Chalatenango und Morazan Gebiete erobert werden, die seitdem als von der FMLN befreite Zonen gelten.

Mit der durch die Generaloffensive erlangten Stärke, dem raschen Anwachsen der Guerilla auf mittlerweile 10.000 bewaffnete Kämpfer/innen (1) und der internationalen Anerkennung der FMLN/FDR konnte die bewaffnete Opposition in den Jahren 1981 und 1982 die befreiten Gebiete nicht nur erweitern, sondern auch eigene Sozialstrukturen (Produktion, Gesundheitswesen, Alphabetisierung etc.) entwickeln und zu den bestehenden Guerillaverbänden Selbstverteidigungseinheiten und Volksmilizen aufbauen. Dagegen führte die sich stets verschärfende massenmörderische Repression durch Militär und Todesschwadronen dazu, daß der politische Einfluß der revolutionären Massenorganisationen in den Städten des Landes zurückging. Viele der Aktivisten gliederten sich in die Strukturen der politisch-militärischen Gegenmacht in den befreiten Gebieten ein. Als Beispiel sei hier der ,,Revolutionäre Volksblock'' (BPR) erwähnt, der 1979 an die 100.000 Mitglieder zählte und heute als Massenorganisation nicht mehr in Erscheinung treten kann.

Durch diese — im wesentlichen erzwungene — Gleichzeitigkeit von militärischer Stärke auf dem Land und politischer Schwäche in den Zentren konnten der salvadorianischen Militärmaschinerie zwar empfindliche Schläge versetzt werden, aber er gelang nicht, den bereits erreichten Organisierungsgrad der städtischen Massen zu halten. Wie sich auch aus den Wahlergebnissen und dem Verhalten einiger nicht in der FDR befindlicher Gewerkschaftsverbände schließen läßt, gerieten darüber hinaus Teile des Kleinbürgertums und anderer Schichten, die im Widerspruch zur Oligarchie der Großgrundbesitzer und Kapitalisten stehen, unter die politische Kontrolle der Christdemokratischen Partei Duartes (2).

Entwicklung des Bürgerkrieges ...

Die militärische Entwicklung des Krieges war hauptsächlich dadurch gekennzeichnet, daß die FMLN das in den Jahren 1981 und 1982 bestehende ,,Patt'' zwischen Regierungsstreitkräften und Guerilla zu ihren Gunsten aufbrechen konnte. Dem revolutionären Volksheer steht mittlerweile eine fortschreitend demoralisierte Armee gegenüber, die weder in der Lage ist, alle ihre militärischen Einrichtungen wirksam zu schützen, wie schon die Aktion gegen den Militärflughafen Ilopango am 27.1.82 unter Beweis stellte, wo FMLN-Einheiten zwei Drittel des gesamten Luftwaffenbestandes zerstören. Noch ist sie fähig, die für die Kaffeeoligarchie wirtschaftlich wichtigen Gebiete vor Sabotageanschlägen zu bewahren, was seit 1980 zu einer Kapitalflucht in Höhe von 1,5 Mrd. Dollar führte (3).

Die Zahl der Toten und Verletzten auf Seiten der Regierungsarmee belaufen sich nach Angaben des FMLN-Senders ,,Radio Venceremos'' auf 15.000 Mann seit Beginn des Krieges. Wie desolat die militärische Lage des Regimes in El Salvador ist, zeigt auch die Tatsache, daß gerade die eigens in den USA ausgebildeten Einheiten im Anti-Guerillakampf durch Desertion, Gefangennahme oder militärische Auseinandersetzungen letztlich erfolglos geblieben sind. Sie wurden so zerrieben, daß von den ursprünglich 1.200

einandersetzungen letztlich erfolglos geblieben sind. Sie wurden so zerrieben, daß von den ursprünglich 1.200

Mann der ,,Atlacatl''-Brigade sich noch ganze acht im Dienst befinden; die Brigade ,,Ramon Belloso'' besteht heute nur noch zu 10% aus ihren alten Mitgliedern (4).

Nachdem sämtliche Offensiven der Regierungstruppen gescheitert waren, worauf der bis dahin ,,starke Mann'' El Salvadors, Verteidigungsminister Garcia, seinen Rücktritt einreichen mußte, und zur Jahreswende 1983/84 die Guerilla die als ,,Sicherheitsburg'' geltende Kaserne El Paraiso erobern und die strategisch wichtige Rio Lempa-Brücke zerstören konnte, gelangt einer der führenden FMLN-Kommandanten, J. Villalobos, angesichts dieser Entwicklung zu der optimistischen Einschätzung: *,,Jeder weiß, wer diesen Krieg gewinnt.''* (5)

... und Eskalation der US-Intervention

Die Ohnmacht und Hilflosigkeit der salvadorenischen Soldateska gegenüber der FMLN hatte jedoch eine stetig eskalierende Intervention der USA zur Folge. Die direkte Militärhilfe der USA für El Salvador betrug 1979 lediglich 500.000 Dollar, erhöhte sich von 5,7 Mio. (1980) auf 76,3 Mio. Dollar 1983 (6).

Seit 1981 befinden sich 56 US-Militärberater im Land; in Fort Benning in den USA wurden Eliteeinheiten der salvadorianischen Armee ausgebildet. Seit 1983 wird dies in dem wiedereröffneten Militärzentrum ,,School of the Americans'' in der Panama-Kanalzone fortgesetzt. Kürzlich bestätigte ein Beamter des Pentagon, daß US-Piloten seit geraumer Zeit ,,Aufklärungsmissionen'' über den von der FMLN kontrollierten Gebieten fliegen (siehe AK 245). Parallel zur massiven Militärhilfe wurde Honduras in das Aufmarschgebiet für die US-Intervention verwandelt. Seit 1982 bauten die USA dort jeweils drei neue Militärflughäfen sowie Flottenstützpunkte auf (vgl.AK 231) und errichteten das ,,Regionalzentrum für Militärausbildung (CREM), in dem nicht nur honduranisches Militär, sondern auch 2.400 Soldaten der salvadorianischen Armee von US-Spezialisten ausgebildet werden. Welche Rolle Honduras von den USA zugedacht ist, brachte der inzwischen abgesetzte honduranische Armeechef, Gustavo Alvarez zum Ausdruck: ,,Honduras kann nicht neutral sein, was die Lage in El Salvador anbelangt, ebensowenig in Bezug auf das, was in Nicaragua vorgeht.'' (7)

Um ein koordiniertes Vorgehen gegen das sandinistische Nicaragua und die revolutionären Bewegungen in El Salvador und Guatemala zu ermöglichen, wurde im Oktober 1983 der Condeca-Militärpakt wiederbelebt, dem Honduras, El Salvador, Guatemala und Panama angehören und in dem der Chef des US-Generalkommandos Süd, General Gorman, den Oberbefehl führt. **Spätestens seit August 1983 (Beginn der US-amerikanisch honduranischen Großmanöver) sind die militärischen Vorbereitungen für eine Invasion in jedes Land Zentralamerikas und der Karibik abgeschlossen. Ausschließlich das zunehmende Eingreifen der USA in den salvadorianischen Bürgerkrieg führte dazu, daß die Erfolge der FMLN und die schrittweise Veränderungen des Kräfteverhältnisses zu ihren Gunsten zu großen Teilen wieder egalisiert werden konnte.**

Damit steht die FMLN seit einiger Zeit vor der Schwierigkeit, daß ein eventuell möglich erscheinender militärischer Sieg nicht gleichbedeutend mit der Übernahme der politischen Macht ist. D.h. daß die USA — wie Reagan unmißverständlich erklärt — einer Machtübernahme der FMLN mit direkter Invasion zuvorkommen würde. Ein solcher Schritt bliebe nicht auf El Salvador begrenzt, sondern würde unmittelbar die Situation Nicaraguas betreffen.



Guerillaeinheit der FMLN

Auseinandersetzungen in der FMLN

Im Zuge der Diskussion um die künftige Linie kam es nicht nur zwischen den fünf politisch-militärischen Organisationen der FMLN zu kontroversen Auseinandersetzungen, sondern auch innerhalb des Führungsgremiums der FPL, der ältesten und größten Guerillaorganisationen in der FMLN (8).

Der Gründer und 1. Vorsitzende der FPL, Salvador Cayetano Carpio (,,Marcial'') hatte entscheidend dazu beigetragen, die Konzeption des ,,Verlängerten Volkskrieges'' für El Salvador zu entwicklen. Der Klassenanalyse der FPL zufolge gibt es in El Salvador keine nationale Bourgeoisie, die in der Lage wäre, ihre historische Aufgabe — Durchsetzung einer unabhängigen kapitalistischen Entwicklung — wahrzunehmen; vielmehr stelle die gesamte Bourgeoisie eine vom US-Imperialismus abhängige Kompradorenbourgeoisie dar, weswegen es schlechterdings nicht möglich ist, Teile von ihr für ein

Fortsetzung nächste Seite

Auszug aus dem Programm zur Bildung der Provisorischen Regierung

Einleitung
Über viele Jahre kämpfen wir, die FDR-FMLN, für die endgültige Befreiung unseres Volkes. Davon überzeugt, daß die Anstrengungen für einen Frieden in Gerechtigkeit von der größtmöglichen Zahl von Salvadorianern getragen werden sollte, haben wir in dieser Hinsicht verschiedene Lösungsalternativen für die vorliegende Krise vorgeschlagen, da nur ein breiter und gewaltiger Kraftakt unser Land aus der Katastrophe führen kann, in die es durch das Regime der Oligarchie und durch die Intervention der Regierung der Vereinigten Staaten geführt wurde...

Wir sind der Meinung, daß die Erlangung des Friedens in unserem Land eines Prozesses bedarf, der die größte Zahl von politischen und sozialen Kräften einschließen muß, um eine Lösung mit dem Ziel anzustreben, die vorher genannten Faktoren, als Ursachen für den Konflikt, zu beseitigen.

Deshalb schlagen die FDR-FMLN die Bildung einer **Provisorischen Regierung der Breiten Beteiligung** vor, die sich auf eine Programmatische Plattform stützt, in der die unverzichtbaren Aufgaben enthalten sind, die wir aufnehmen müssen, um die jetzige Krisensituation zu überwinden, durch die unser Volk die Möglichkeit erhält, mit einem Prozeß von sozialen, politischen und wirtschaftlichen Veränderungen fortzusetzen, um eine wirklich gerechte Gesellschaft aufzubauen.

Die Provisorische Regierung der Breiten Beteiligung

Der Vorschlag zur Bildung einer **Provisorischen Regierung der Breiten Beteiligung** ist das Ergebnis des Fortschritts der demokratischen und revolutionären Kräfte des salvadorianischen Volkes auf allen politischen und militärischen Gebieten.

Die **Provisorischen Regierung der Breiten Beteiligung** wird eine Regierung sein, in der nicht nur eine Kraft hervorragt. Sie wird der Ausdruck einer breiten Beteiligung von politischen und sozialen Kräften sein, die entschlossen sind, das Regime der Oligarchie zu beseitigen und die nationale Souveränität und Unabhängigkeit wiederherzustellen. Sie wird eine Voraussetzung dafür bieten, damit die Existenz von Privateigentum und ausländischen Investitionen nicht im Widerspruch zu den sozialen Interessen stehen ...

Allgemeine Ziele:
1. **Die Wiederherstellung der nationalen Souveränität und Unbahängigkeit.**
2) **Die Beseitigung des Repressionspapparates und die Schaffung der Grundlagen für eine wirkliche Demokratie, in der die Menschenrechte und die politischen Freiheiten voll erfüllt werden und in der sich die breite Beteiligung desVolkes verwirklicht, um einen endgültigen Frieden zu erlangen.**
3) **Die Berücksichtigung der unmittelbaren und dringendsten Bedürfnisse der Mehrheit der Bevölkerung und die Aufnahme von wirtschaftlichen und sozialen Maßnahmen zur Veränderung der vorherrschenden Strukturen...**

Teil der Provisorischen Regierung der Breiten Beteiligung sollen sein: Vertreter der Arbeiter-, Bauern-, Lehrer- und Angestelltenbewegungen, angehörige privater Erziehungseinrichtungen, der Universitäten sowie politische Gruppen, Unternehmersektoren, Vertreter der FDR-FMLN und eines gesäuberten Heeres.

In den Regierungsorganen soll diese breite Vertretung ihren Ausdruck finden; die Oligarchie und diejenigen Personen, die den Zielen der **Provisorischen Regierung der Breiten Beteiligung** entgegenstehen und für eine Aufrechterhaltung der Diktatur eintreten, sollen von ihr ausgeschlossen werden.

Sofortmaßnahmen:
1) Aufhebung der politischen Verfassung von 1983 und deren Ersetzung durch konstituierende Statute, die die Aktivitäten der **Provisorischen Regierung der Breiten Beteiligung** normen.
2) Aufhebung des Ausnahmezustandes sowie aller Dekrete, die die individuellen und sozialen Rechte einschränken, welche seit 1980 erlassen wurden.
3) Freilassung aller politischen Gefangenen und Verschwundenen sowie Anullierung aller Urteile, die aufgrund der repressiven Ausnahmeregelung ausgesprochen wurden ....
5) Auflösung der Sicherheitskräfte, der Todesschwadrone sowie ihres politischen Armes, der ARENA-Partei. Es wird eine zivile Polizei gebildet, die dem Innenministerium untersteht.
6) Rückzug der nordamerikanischen Berater und die Beendigung ihrer Intervention durch Militärhilfe, wie auch die Beendigung der Militärhilfe anderer Länder und die Lieferung jeglicher Waffen.
7) Säuberung der Regierungsstreitkräfte und die darauffolgende Eingliederung ihrer Vertreter in die Strukturen der Provisorischen Regierung.

Wirtschafts- und Sozialreformen:
1) Erstellung eines Programms für eine vollständige Verwirklichung der Agrarreform, wobei die freie Beteiligung der Landarbeiter bei ihrer Durchführung gesichert wird. Entwicklung eines Programms zur Organisierung der Kleineigentümer in Kooperativen.
2) Schaffung der Grundlagen für die vollständige Nationalisierung des Banken- und Finanzsystems des Landes, mit dem Ziel, die Finanz- und Kreditstruktur in den Dienst der Interessen der nationalen Mehrheit zu stellen.
3) Schaffung der Grundlagen für eine vollständige Verwirklichung einer Außenhandelsreform, die die Kontrolle über die Hauptexportgüter regelt: Kaffee, Baumwolle Zucker, Meeres- und Fleischprodukte; sowie die Kontrolle über den Import von Rohmaterial, Produktionsmitteln, Ersatzteile und und Technologie regelt, die für die nationale Produktion benötigt werden.

Außenpolitik:
1) Die **Provisorische Regierung der Breiten Beteiligung** wird eine Politik der internationalen Beziehung verfolgen, die an dem Bestreben orientiert ist, zur Festigung des Friedens beizutragen und die Aufrüstung und nukleare Bewaffnung aufzuhalten. Sie wird die Prinzipien der friedlichen Koexistenz, der Selbstbestimmung und der Nichteinmischung wie folgt verteidigen:
Sie wird der Bewegung der Blockfreien beitreten und den Kampf gegen Kolonialismus, Neokolonialismus, Zionismus, rassistische Diskriminierung und Apartheid verstärken.
2) Sie bestätigt ihre Parteinahme für die Ideale Simon Bolivars und unterstreicht ihre Bemühungen zur Förderung und Teilnahme an den regionalen Foren der lateinamerikanischen Länder, um damit zur Lösung der regionalen Probleme in politischer, diplomatischer, wirtschaftlicher, finanzieller und sozialer Hinsicht beizutragen.

Verfahrensweise:
Um diese Vorschläge zu verwirklichen, ist es notwendig, einen Dialogs- und Verhandlungsprozeß zu beginnen, der folgende Apekte berücksichtigt:
1. Die Beteiligten:
a) Die Konfliktparteien:
— Delegation der FDR/FMLN
— Delegation der Regierung und der Streitkräfte El Salvadors und der Sonderbotschafter der USA für Mittelamerika oder ein anderer Vertreter der Regierung der USA.
b) Vermittler ohne Entscheidungsbefugnisse, ernannt von den am Konflikt beteiligten Parteien.
c) Internationale Beobachter, beispielsweise Vertreter der CONTADORA-Gruppe oder Vertreter anderer demokratischer Regierungen ...

(Das vollständige Programm sowie die ,,Plattform für eine Demokratisch-Revolutionäre Regierung'' können über die Informationsstelle El Salvador, Siebengebirgsallee 29, 5000 Köln 41 bezogen werden.

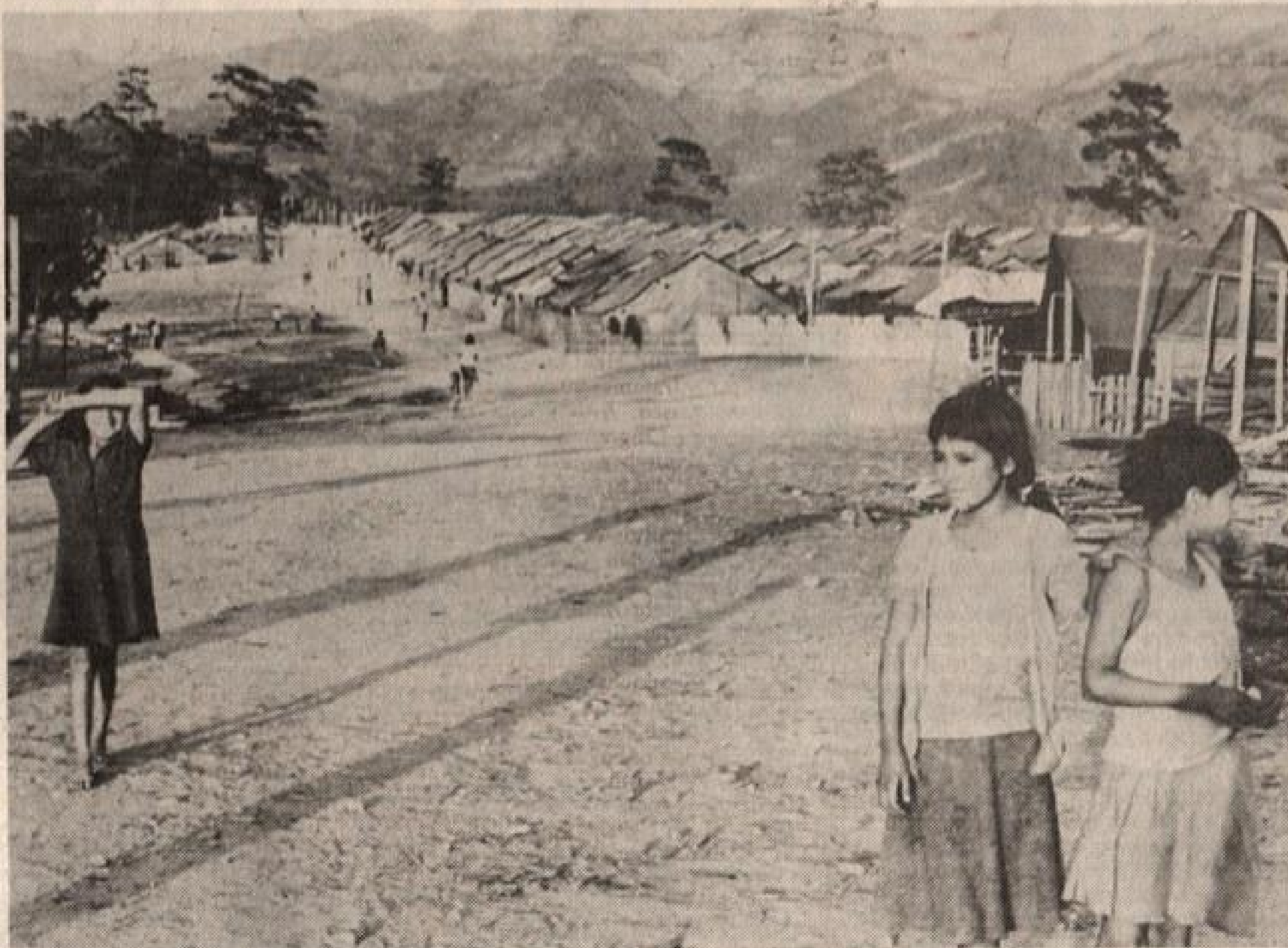
Fortsetzung von vorheriger Seite

strategisches antiimperialistisches Bündnis zu gewinnen.

Dagegen galt die 2. Vorsitzende und Stellvertreterin Marcials, Melida Anaya Montes („Ana Maria"), als verhandlungs- und gesprächsbereit sowohl in der Frage der Bündnisse als auch der Einheit in der FMLN. Die Auseinandersetzung in der FPL-Führung nahm Anfang April 83 ein tragisches und blutiges Ende. Ana Maria wurde in ihrer Wohnung in Managua von Marcelo, einem engen Vertrauten Marcials, ermordet — ob mit oder ohne Wissen Marcials blieb bis heute ungeklärt. Einige Tage danach beging Marcial Selbstmord; ob aus „revolutionärem Schmerz", wie die offizielle Stellungnahme der FMLN unmittelbar nach der Tat lautete, oder aus „Feigheit", wie es nun die neue FPL-Führung behauptet, ist aufgrund der nach wie vor unzureichenden Informationen ebenfalls unbeantwortet.

Wie aus dem eingangs erwähnten „Programmvorschlag zur Bildung der Provisorischen Regierung der breiten Beteiligung hervorgeht, ist die jetzige FPL-Führung und mit ihr die gesamte FMLN gewillt, ein strategisches Bündnis mit *„allen anti-oligarchischen Kräften"* einzugehen (9).

Eine Ausnahme bildet eine Abspaltung von den FPL, die sich „Frente Metropolitano Clara Elisabeth Ramires" nennt und sich auf den alten FPL-Führer Marcial bezieht. Diese Abspaltung erkennt die neue FPL-Führung nicht an und wirft ihr *„Verrat und Ausverkauf an die Bourgeoisie und den Imperialismus"* vor. Die „Frente Metropolitano" verfolgt nach eigenen Aussagen eine *„antikapitalistische, antioligarchische und antiimperialistische Stoßrichtung"*, mit dem Ziel die Macht des Regimes militärisch völlig zu brechen und eine sozialistische Gesellschaft in El Salvador aufzubauen. Wie groß bzw. einflußreich die Abspaltung ist, läßt sich schwer bestimmen. Mit Sicherheit verfügt sie in der Hauptstadt San Salvador über Strukturen, wo sie anläßlich der „Wahlen" am 25. März durch Sprengstoffanschläge und die Besetzung eines Supermarktes auf sich aufmerksam machte (10).



Salvadorenische Flüchtlinge in Honduras

Programmvorschlag der FMLN/FDR ...

Programmvorschlag der FMLN/FDR ...

Gegenüber der „Plattform für eine Demokratisch-Revolutionäre Regierung" von 1980 ergeben sich in dem neuen Programmvorschlag wesentliche Veränderungen, von denen im folgenden drei maßgebliche Punkte herausgehoben werden.

1. Im Programm von 1980 bezeichnet die FMLN/FDR als „entscheidende Aufgabe der Revolution die Eroberung der politischen Macht und die Einsetzung einer Demokratisch-Revolutionären Regierung".

Dagegen lautet die entsprechende Passage im neuen Programm: „Die Provisorische Regierung der breiten Beteiligung wird eine Regierung sein, in der nicht nur eine Kraft hervorragt. Sie wird der Ausdruck einer breiten Beteiligung von politischen und sozialen Kräften sein, die entschlossen sind, das Regime der Oligarchie zu beseitigen und die nationale Souveränität und Unabhängigkeit wiederherzustellen."

2. Während 1980 „eine Stärkung und Entwicklung des Volksheeres', angestrebt wurde, was quasi Auflösung der Regierungsstreitkräfte meinte, ist nun im neuen Programm unter dem Punkt ‚Sofortmaßnahmen' von einer ‚Säuberung der Regierungsstreitkräfte" die Rede, um später ein „Nationales Einheitsheer" zu bilden, „zusammengesetzt aus den bewaffneten Einheiten der FMLN und den bereits gesäuberten Einheiten der Regierung." Ausdrücklich weist die FMLN/FDR daraufhin, daß „bis dahin beide Parteien ihre Waffen behalten werden."

3. Im Wirtschaftsbereich wurden 1980 zahlreiche konkrete Maßnahmen benannt, durch die Privatbesitz, Banken, der Außenhandel nationalisiert und eine grundlegende Agrarreform eingeleitet werden sollte. Im neuen Programm bieten die Vorstellungen im wirtschaftlichen und sozialen Bereich wenig Konkretes und bleiben bewußt dehnbar. Allerdings wird nach wie vor an Reformen (insbesondere der Agrarreform) festgehalten, gleichzeitig aber explizit erklärt, daß Voraussetzungen geschaffen werden für „die Existenz von Privateigentum und ausländischen Investitionen", die jedoch „nicht im Widerspruch zu den sozialen Interessen
festgehalten, gleichzeitig aber explizit erklärt, daß Voraussetzungen geschaffen werden für „die Existenz von Privateigentum und ausländischen Investitionen", die jedoch „nicht im Widerspruch zu den sozialen Interessen
stehen" sollen.

Der Programmvorschlag zeigt dreierlei:

— **Die FMLN ist bereit, daß strategische Bündnis über die FDR hinaus zu erweitern (11).**
— **Würden ernsthafte Verhandlungen über die gemachten Vorschläge stattfinden, so bedeutete dies eine reale Grundlage zur Beendigung des Krieges.**
— **In dem Maße, wie die USA weiter in den Krieg eingreifen und ihn verschärfen, rückt die FMLN die Notwendigkeit der „Wiederherstellung der nationalen Souveränität und Unabhängigkeit" gerade mit dem Verweis auf die lateinamerikanische und nationale Kampftradition Simon Bolivars in den Vordergrund.**

Darüberhinaus war der Zeitpunkt der Vorstellung des Programms insofern wichtig, als die USA und vor allem die Christdemokratische Partei unter Duarte gerade dabei war, das Wahlspektakel als die eigentliche Voraussetzung zur Lösung der Probleme hinzustellen. Duarte hatte zwar angekündigt, er wolle „mit der Guerilla reden", wenn er zum Präsidenten gewählt werde, jedoch nicht auf der Basis der FMLN-Vorschläge zur Bildung einer provisorischen Regierung: *„Der Zugang zur Regierungsgewalt kann nur der sein, der dem bei freien Wahlen bekundeten Wunsch des Volkes entspricht."* (12)



Salvadorenische Kinder zeichnen Verfolgung, Mord und Unterdrückung durch das Militär

... kategorisch abgelehnt

Der politische Vorstoß der FMLN hat den Sachverhalt offengelegt, daß sowohl Reagan als auch Duarte kein Interesse an einer friedlichen Lösung der Probleme haben. In einem Land, in dem ein Bürgerkrieg in seiner offenen Form nunmehr seit über vier Jahren stattfindet, und die Christdemokraten den Wahlkampf unter der demagogischen Losung des „Friedens" führen, darf die Bedeutung einer Initiative der Guerilla nicht unterschätzt werden, die zeigt, wer für die Verlängerung des Krieges verantwortlich ist.

den Wahlkampf unter der demagogischen Losung des „Friedens" führen, darf die Bedeutung einer Initiative der Guerilla nicht unterschätzt werden, die zeigt, wer für die Verlängerung des Krieges verantwortlich ist.

Schließlich entlarvte Duarte seine „Dialogbereitschaft" selbst, indem er am 22. Mai nach Washington reiste, um den Kongreß davon zu überzeugen, daß die Lieferung von Vernichtungswaffen für El Salvador im Wert von 62 Millionen Dollar notwendig ist (FAZ, 24.5.).

Selbst für Scheinverhandlungen ist der Spielraum der Christdemokraten klar begrenzt. Denn in einem Punkt herrscht seit langem eine bemerkenswerte Einigkeit zwischen dem Präsidenten der Vereinigten Staaten und dem Faschisten und Führer der Todesschwadronen, Ex-Major D'Aubuisson: Während Reagans erklärtes Ziel die Vernichtung des FMLN ist, lehnt D'Aubuisson jede Art der Verhandlung mit der Guerilla ab (Auf Hochverrat steht in El Salvador die Todesstrafe).

Aber auch ein erneuter Putsch der rechtsradikalen Kräfte erscheint wenig realistisch. Zwar hatte sich D'Aubuisson nach der Stichwahl im die Präsidentschaft am 6. Mai zum Sieger erklärt und von Wahlmanipulation gesprochen, nachdem das Endergebnis zugunsten Duartes ausgefallen war, aber auch die extreme Rechte und der Sicherheitsrat der Streitkräfte wissen, daß ein Putsch gegen den US-Favoriten Duarte schwierig ist und zu einem Zeitpunkt, dem die USA nicht zustimmen, praktisch nicht durchführbar (13).

Nationaler Konsens in den USA?

Neben den dauernden Drohgebärden der sich gegenseitig ablösenden Militärmanöver in Mittelamerika gibt es ein weiteres alarmierendes Zeichen für eine US-militärische Lösung in El Salvador: Die Verlegung des in Honduras an der Grenze zu El Salvador gelegenen Flüchtlingslagers Colomoncagua im Herbst dieses Jahres schafft den nötigen Raum zur vollständigen Militarisierung der Grenzregion entlang der von der FMLN kontrollierten Gebiete.

Die neueste Maßnahme aus Washington — die Bewilligung der gigantischen Militärhilfe für El Salvador in der Gesamthöhe von 94 Mio. US-Dollar — legt nicht nur die Absichten der Mittelamerikapolitik Reagans offen, sondern deutet auch auf einen nationalen Konsens zwischen den Republikanern und den Demokraten hin. Denn die Erhöhung der Militärhilfe erfolgte unter Zustimmung der Demokraten, die nach Aussage von Beobachtern ihre Entscheidung damit begründeten, daß sie während des Wahlkampfes in den USA nicht für eine weitere Revolution in Mittelamerika verantwortlich gemacht werden wollen bzw. daß die Demokraten sich unter keinen Umständen dem Verdacht aussetzen möchten, gegen die „kommunistische Expansion in Mittelamerika" (O-Ton-Reagan) zu wenig Härte walten zu lassen (14).

Angesichts der Tatsache, daß es in den USA keine ernstzunehmende parlamentarische Opposition gegen Reagans Mittelamerikapolitik gibt (15), ist an der bisher geäußerten Einschätzung, Reagan könne sich im Wahljahr keine militärischen Abenteuer gegen-
den USA keine ernstzunehmende parlamentarische Opposition gegen Reagans Mittelamerikapolitik gibt (15), ist an der bisher geäußerten Einschätzung, Reagan könne sich im Wahljahr keine militärischen Abenteuer gegen-
über El Salvador bzw. Nicaragua leisten, Zweifel angebracht. Insofern steht die Beantwortung der Frage noch aus, ob ein militärisches Eingreifen von US-Truppen Reagans Chancen für eine Wiederwahl zum Präsidenten nicht eher vergrößern als schmälern.

Nachdem die Demokratische Partei Reagans Politik eine Zusage erteilte, gab der Sicherheitsberater des US-Präsidenten McFarlane bekannt, daß eine US-Invasion nur dann verhindert werden kann, *„wenn wir nicht schon jetzt genügend tun, um Salvadorianer und Honduraner in die Lage zu versetzen, sich selbst zu schützen."* (FR, 15.5.84) Einen Tag darauf veröffentlichte das Pentagon einen Bericht, wonach in Honduras für 8,7 Mio. Dollar ein Munitionslager errichtet wird für den Fall eines *„Einsatzes der taktischen Luftwaffe in Honduras zur Gewährung der im Vertrag von Rio vorgesehenen Militärhilfe."* (FR, 16.5.84) Der Vertrag von Rio gilt als juristische Legitimationsgrundlage für eine militärische Intervention und wurde 1965 erstmals nach Überfall von Marines in der Dominikanischen Republik angewandt.

Fazit

Die Ereignisse der jüngsten Zeit lassen keinen anderen Schluß zu: Der US-Imperialismus ist an keiner die FMLN einbeziehenden Verhandlungslösung interessiert und die Christdemokratie wird keine ernsthaften Verhandlungen mit der FMLN führen. Daher sind die Bedingungen für eine Verwirklichung der FMLN-Vorschläge und eine baldige Beedigung des Krieges nicht gegeben.

Andererseits sind die Schwierigkeiten der Reagan-Regierung für ihr Vorhaben — Zurückdrängung des revolutionären Prozesses in Mittelamerika — keineswegs geringer geworden: Mitte Februar veröffentlichte die „Carnegie Stiftung für Weltfrieden" eine Studie mit dem Titel „Mittelamerika — Anatomie eines Konfliktes". Dieser Studie zufolge müßten die USA bei einer Invasion in El Salvador und in Nicaragua 61.000 Soldaten einsetzen, zwei- bis fünftausend Tote und 19.000 Verletzte einkalkulieren. Die Kosten schätzt die Carnegie-Stiftung bei Zugrundelegung von fünf Jahren, die die Besatzungstruppen in der Region bleiben müßten, auf 16 Mrd. Dollar (16).

Für die Logik eines imperialistischen Militärs mag das Ergebnis der Studie günstig ausfallen. Aber entscheidend ist die Frage, wie lange sich der Krieg gegen die Völker Mittelamerikas hinzöge, bzw. ob es ein „schmutziger" Krieg wie in Vietnam wird, mit entsprechenden öffentlichen Protesten; oder ob es eine „saubere" begrenzte Operation nach dem Vorbild Grenadas würde. Das Risiko einer strategischen Niederlage des Imperialismus in Mittelamerika, deren Folgen weit über die Vietnams hinausreichen können, bleibt das Eingreifen von US-Truppen allemal.

Den militärischen Unwägbarkeiten einer US-Invasion kann dadurch ein politisches Risiko hinzugefügt werden, wenn in den NATO-Staaten der politische Preis für einen Invasionskrieg in die Höhe geschraubt wird. An dieser Stelle sei daran erinnert, daß die Bundesregierung — bisher ohne größere Proteste — nicht nur den seit 1980 vakanten Botschafterposten in San Salvador wiederbesetzt, sondern auch die Wirtschaftshilfe für das Terrorregime in der Höhe von 20 Mio. DM wieder aufgenommen hat und damit die Interventionspolitik der USA ökonomisch abstützt.

Wie hieß es doch in einem Positionspapier des Instituts für Internationale Politik der Konrad Adenauer Stiftung: *„Deutsche Hilfe für Länder in Mittelamerika ist stets Einmischung in deren innere Angelegenheiten. Zwar ist die Bundesrepublik Deutschland nicht an der deutlichsten und problematischsten Form von Intervention, nämlich der militärischen Hilfe, beteiligt, wenigstens nicht direkt. Aber auch andere Formen der Zusammenarbeit innerund außerhalb des Regierungsbereiches sind selten rein altruistischer (uneigennütziger, Anm. AK) Natur. Es ist Aufgabe einer geschickten Außenpolitik, die Hilfsmaßnahmen so zu kanalisieren, daß der humanitäre Charakter im Vordergrund steht."*

Internationalismus-Kommission KB/Göttingen

Anmerkungen:
1) n. Mittelamerika-Informationsdienst MID, Nr. 1 März 84
2) So hat das Gewerkschaftsbündnis UDP ein „Stillhalteabkommen" mit Duarte geschlossen. Vor allem in den Städten hatte D. die größten Erfolge. — IDES 188, 11.5.
MID, Nr. 1 März 84
2) So hat das Gewerkschaftsbündnis UDP ein „Stillhalteabkommen" mit Duarte geschlossen. Vor allem in den Städten hatte D. die größten Erfolge. — IDES 188, 11.5.
3) n. Angaben des ‚Instituta des Investigaciones Economicas'. In „Signal der Freiheit — Internationale Zeitschrift von Radio Venceremos" (S.d.F.) Nr. 6, 84
4) n. MID, Nr.1/84
5) Das Resümee einer über Radio Venceremos gesendeten Analyse in S.d.F., 4/5 84.
6) S.d.F., Nov. 83
7) n. S.d.F., Sept. 83
8) In den Fragen der Einheit, Linie und Bündnisse veröffentlicht die FMLN/FDR nur die Positionen, die sie als ganze vertritt, nicht aber die der einzelnen in ihr zusammengeschlossenen pol.-mil. Organisationen. Dies hat u.a. auch zu wilden Spekulationen einzelner Beobachter geführt. Wir beschränken uns daher auf das, was u.E. gesichert erscheint.
9) Aus dem Programmvorschlag und anderen Veröffentlichungen wird nicht deutlich, an wen sich das Angebot konkret richtet. Nahe liegt, daß es sich um die Christdemokratie handelt.
10) In den Publikationen der westdeutschen Solidaritätsbewegung wird meistens die Organisation „MOR" (Rev. Arbeiterbewegung) als Abspaltung von der FPL gehandelt. Unseres Wissens besteht die MOR parallel zur FMLN und bevor es zu den Flügelkämpfen in der FPL kam. Unsere Informationen stammen aus Gesprächen, zwischen einem Vertreter der ‚Frente Metropolitano' und einer in Nicaragua lebenden Genossin, die wir an dieser Stelle herzlich grüßen.
11) In der FDR sind neben den revolutionären Gewerkschafts- und Massenorganisationen die sozialdemokratische MDN unter G. Ungo und der abgespaltene Volksflügel der Christdemokraten vertreten.
12) FR., 23.5.84
13) Das „Wall Street Journal" berichtete, Duarte sei Hauptnutznießer von CIA-Geldern für den Wahlkampf gewesen: Nach Angaben verschiedener US-Zeitungen soll es sich insgesamt um 2 Mio. Dollar gehandelt haben — n. FR, 15.5.
14) Die Unfähigkeit der Demokraten, ein eigenes Gegenkonzept zur Politik Reagans in Mittelamerika zu entwickeln beweist einmal mehr, daß nach dem Scheitern der Anfang der 60er Jahre von Kennedy eingeleiteten „Allianz für den Fortschritt" keine reformistische Alternative zur gegenwärtigen US-Politik in Lateinamerika vorhanden ist und daher dem rein militärischen Lösungsmodell eindeutiger Vorrang eingeräumt wird.
15) Vgl. AK 246, S. 35: „Der Kongreß tanzt". Die Haltung der Demokraten ist so erbärmlich, daß Reagan nach ihrem „Aufstand" für die Bewilligung der Waffenhilfe an El Salvador heute nicht einmal mehr „Verbesserungen in der Menschenrechtslage" nachweisen muß — s. FAZ, 25.5.
16) n. MID Nr. 1, 84
17) zit. n. „Überlegungen für eine neue deutsche Außenpolitik in Richtung Afrika, Asien (Pazifik) und Lateinamerika" Teil 3. Institut für Internationale Solidarität der Konrad Adenauer Stiftung, Auslandsinformation, 29.3.83, S. 28

Nicaragua:

Die Yankees können unsere Häfen verminen, aber nicht unsere Köpfe !

In den letzten drei Monaten erlebte die sandinistische Revolution die bisher größte Offensive konterrevolutionärer Kräfte in Nicaragua. Die Zahlenangaben über die im Land operierenden Contras schwanken stark, das nicaraguanische Innenministerium spricht von 8.000 Contras an Nord- und Südgrenze (FAZ v. 16.4.), andere Quellen nennen eine Zahl von 8.000 Contras, die allein im Norden operieren und eine Zahl von 12.000 im ganzen Land (FAZ v. 14.4.). Zeitpunkt, Ausmaß und militär-technische Ausführung der Offensive tragen deutlich die Handschrift der Militärstrategen des Pentagon und der CIA.



Ohne die Frauen wird es keine Revolution geben

In seiner Rede vom 13.3.84 erläuterte Daniel Ortega die Politik der USA: *„Die Quasibesetzung von Honduras hat dieses Land in eine riesige nordamerikanische Militärbasis verwandelt, dafür geschaffen, von dort aus militärische Aktionen größeren Ausmaßes zu starten, mit nordamerikanischem Personal und nordamerikanischen Waffen gegen El Salvador und Nicaragua. Gleichzeitig mit dieser Besetzung von Honduras hat die Regierung der USA nicht einen einzigen Augenblick aufgehört, die Organisation, die Ausbildung, die Finanzierung und die Ausrüstung der konterrevolutionären Banden zu betreiben, und zwar über die CIA, die die Operationsbasis und die Lager der Konterrevolutionäre auf honduranischem Territorium installiert hat, mit der Hilfe der Einheiten des honduranischen Heeres und mit der Zustimmung der derzeitigen Regierung des Landes. Lager und Operationsbasen der CIA sind ebenfalls auf dem Territorium von Costa Rica installiert, von wo aus terroristische Angriffe gegen das nicaraguanische Volk unternommen werden, womit die nordamerikanische Administration in eklatanter Art und Weise die von dessen Regierung proklamierte Neutralität unseres Bruderlandes unterläuft."* (Barricada vom 14.3. nach eigener Übers.)

Die Verlagerung der Kriegsflotte der USA an die beiden Küsten Zentralamerikas, darunter auch die Luftlandetruppe der Grenada-Spezialisten — signalisiert eine bedrohliche Kräfteverschiebung; hinzu kommt, daß die USA Tausende von Soldaten auf das honduranische Territorium für unbestimmte Zeit verlegt hat.

nalisiert eine bedrohliche Kräfteverschiebung; hinzu kommt, daß die USA Tausende von Soldaten auf das honduranische Territorium für unbestimmte Zeit verlegt hat.

Militärische Blockade— Ökonomischer Würgegriff

Angesichts der Vorbereitungen auf die Wahlen in Nicaragua wird versucht, den Druck auf den demokratischen Institutionalisierungsprozeß im Innern gewaltig zu verschärfen. Der Zermürbungskrieg, unter dem Nicaragua leidet, zielt darauf ab, die Errungenschaften der Revolution, die Versorgung mit Medizin, Bildung, Nahrung etc. zu torpedieren und den Explosivstoff in die Bevölkerung selbst zu tragen. Außerdem verfolgt die Zuspitzung der innenpolitischen Probleme, an der sich neuerdings auch die katholische Kirche öffentlich beteiligt, das Ziel, die sandinistische Regierung zu größeren Repressionen gegenüber der Konterrevolution zu zwingen. Dies wäre ein willkommener Vorwand, den Boykott der Wahlen seitens der oppositionellen Parteien zu begründen und damit der Wahl am 4.11. die demokratische Legitimation absprechen zu können.

Kernstück des neueren Zermürbungskrieges ist der kombinierte Angriff mit Schnellbooten, Hubschraubern und Artillerie. Schien es noch um die Jahreswende, daß die Contras erfolglos und geschlagen waren, so daß selbst die US-Regierung feststellen mußte, daß ihre Aktionen nichts bewirken (FAZ, 14.4.), so bewegten sie sich in den letzten Monaten bestens ausgerüstet und mit logistischer Unterstützung durch US-Aufklärungsflugzeuge sowohl im Nordwesten Nicaraguas (Chinandega), als auch an der Nordgrenze (Las Segovias), im Landesinneren (Matagalpa, Jinotega), in Nordzelaya und an der Südgrenze. Angesichts der oft zeitgleichen Überfälle sowohl der Contras im Norden (FDN) als auch der Contras im Süden unter Eden Pastora (ARDE) ist davon auszugehen, daß beide Gruppen inzwischen unter der einheitlichen Führung des CIA und der US-Armee arbeiten.

In der Vergangenheit vermittelten FDN und ARDE das Bild sehr unterschiedlicher politischer Konzepte, die eine Vereinheitlichung beider Organisationen kurzfristig nicht sehr wahrscheinlich erscheinen ließen. Ende Februar erschienen in den costaricanischen Tageszeitungen Pressekommuniques beider Organisationen mit sehr unterschiedlichen Positionen. Während die FDN zum sofortigen Sturz der sandinistischen Regierung aufrief, trat die ARDE wesentlich vorsichtiger auf, um sich ideologisch den Zugang zum neuen Leben Nicaraguas nicht völlig zu verstellen (nach envio 4/84). Lediglich in der Unterstützung des Forderungskataloges, den die oppositionellen Parteien Nicaraguas im Dezember 1983 veröffentlicht hatten und in dem als wesentlicher Punkt der „nationale Dialog" vor allem auch mit den bewaffneten „Auständischen" gefordert worden war, stimmten sie überein. Eine Forderung übrigens, die sich jetzt nach Ostern auch die Bischofskonferenz der katholischen Kirche Nicaraguas zu eigen machte und in einem Hirtenbrief des Erzbischofs Obando y Bravo veröffentlichte.

Was die Einbindung der bislang recht eigenwillig operierenden ARDE unter Comandante Zero (Eden Pastora) in die amerikanischen Militärstrategien anbelangt, so ist spätestens seit dem Angriff auf San Juan del Norte bekannt, daß die ARDE wieder finanziell und materiell durch die USA unterstützt wird. Die US-Fernsehstation ABC deckte auf, daß die ARDE *„völlig unter der Kontrolle und der Leitung des US-Geheimdienstes CIA stehe"*

bekannt, daß die ARDE wieder finanziell und materiell durch die USA unterstützt wird. Die US-Fernsehstation ABC deckte auf, daß die ARDE *„völlig unter der Kontrolle und der Leitung des US-Geheimdienstes CIA stehe"*

(FR v. 24.4.). Ergänzend berichtete die New York Times aus diplomatischen Kreisen, daß *„die CIA die ARDE gezwungen habe, bestimmte militärische Ziele in Nicaragua anzugreifen und drohte, die Gelder für die Organisation zu streichen, falls sie dies nicht tue."* (FR v. 24.4., Barricada v. 23.4.). ABC erklärte weiter, daß der größte Teil der amerikanischen Unterstützung wenige Tage vor dem Überfall auf San Juan del Norte von einem Flugzeug mit US-Piloten über Costa Rica abgeworfen sei (FR v. 18.4.); sie erklärten ferner, daß es sich bei diesen Maschinen um in Honduras stationierte Douglas DC-3 handele, von deren Typ eine Maschine im März über El Salvador abgestürzt sei und nach Angaben der New York Times auf den Namen eines Untersuchungsbeamten in den USA zugelassen war (FR v. 24.4.). Verbindungsmann auf costaricanischem Territorium ist ein Amerikaner namens John Hull, der auf seiner Farm nicht nur eine Radiosendestation betreibt, sondern sogar über einen eigenen Flugplatz verfügt, der wiederholt von Pastora-Leuten benutzt worden sein soll (taz v. 28.4. und Barricada v. 23.4.).

Die Bedingungen für eine Unterstützung, die die CIA stellte, waren:

— Einnahme eines Hafens Nicaraguas an der Karibikküste,
— Verbindung der ARDE mit der FDN (FR v. 24.4.).

Es verwundert insofern nicht, wenn zu den ersten Gratulanten, die die ARDE zu der beabsichtigten Gegenregierung in Nicaragua beglückwünschten, die FDN gehörte. Beide Organisationen hätten in den letzten Tagen entsprechende Kontakte gehabt, erklärte freimütig FDN-Führer Edgar Chamorro (FR v. 18.4.). Auch Eden Pastora, sonst gern bemüht, jede Unterstützung durch die CIA weit von sich zu weisen, bestätigte alle Angaben, fühlte sich allerdings durch die USA unter Druck gesetzt (taz, 28.4.).

Verminung und Wirtschaftsblockade

Höhepunkt der US-amerikanischen Aggression gegen Nicaragua war die Verminungsaktion der wichtigsten Häfen, Puerto Sandino und Corinto. Inzwischen ist bekannt, daß die Verminung von Schnellbooten durchgeführt wurde, die die 40 Meilen vor Corinto liegende amerikanische Fregatte „Gallery" entsandte und die seit Monaten als Mutterschiff für die Schnellbootangriffe an Nicaraguas Küste dient (FAZ v. 14.4.).

Vor allem die wirtschaftlichen Folgen dieses Hafenkrieges sind für Nicaragua katastrophal, weil dies faktisch dem totalen Abschneiden vom internationalen Wirtschaftsverkehr gleichkommt. 1983 wurden 80-90% des gesamten Handels Nicaraguas über die Häfen des Landes abgewickelt (alle Zahlen nach Angaben der nationalen Hafenbehörde ENAP aus envio 4/84). Diese Zahl ist eher steigend, da der Straßentransport über die Grenzen durch die militärischen Auseinandersetzungen erschwert ist. Über den Seeweg wird Nicaragua mit Medizin, Nahrungsmitteln, Erdöl, Industrieprodukten und vor allem Ersatzteilen versorgt und exportiert auf diesem Wege den größten Teil seiner Agrarprodukte. Allein die beiden Häfen Puerto Sandino und Corinto wickeln 93% des Seehandels ab.

Es ist daher kein Zufall, wenn die Verminung der Häfen in einer Zeit erfolgt, wo der größte Teil der Ernte auf die Verschiffung wartet und nun die wichtigsten Devisenbringer Nicara-

dels ab.
Es ist daher kein Zufall, wenn die Verminung der Häfen in einer Zeit erfolgt, wo der größte Teil der Ernte auf die Verschiffung wartet und nun die wichtigsten Devisenbringer Nicara-

guas, Kaffee und Baumwolle vom Verderben bedroht sind. Die internationale Öffentlichkeit, die verbal mit viel Protest auf die Verminung der USA reagiert hat, hat recht wenig Kenntnis davon genommen, daß die Fregatte immer noch vor der Küste liegt, daß von den Minen nicht eine einzige von fremder Hilfe geräumt wurde, sondern daß die nicaraguanische Krabbenflotte — ebenfalls ein wichtiger Devisenbringer — zur Räumung eingesetzt ist und die Minen mit ihren Netzen zur Explosion bringt. 29 Minen wurden so geräumt, 15 Nicaraguaner dabei getötet (FAZ v. 14.4.).

Nicaraguas Offensive

Die Antwort Nicaraguas auf die Eskalation und die verstärkte Oberbefehlsgewalt der CIA über die konterrevolutionären Banden war im ersten Schritt die Einleitung einer diplomatischen Offensive, der auch einiger Erfolg beschieden war:

— Am 13.3. wandte sich Daniel Ortega in einer Rede an die Weltöffentlichkeit, in der er um Militärhilfe bat und die UNO, die Organisation der Blockfreien Staaten und die Contadora aufforderte, von den USA zu verlangen:
1. Rückzug von Truppen und Kriegsmaterial aus der Region,
2. Stop der Feindseligkeiten gegen Nicaragua,
3. Suche nach einer politischen Lösung der Krise in El Salvador,
4. Suche nach Lösungen für die Nicaragua betreffenden Probleme.

— Am 20.3. reiste Ortega nach Mexico, um mit dem Präsidenten De la Madrid über konkrete Schritte zur Reaktivierung der Contadora zu sprechen. Nach diesen Gesprächen stellte der mexicanische Außenminister Tinoco fest, daß es ein Fehler der Contadora sei, *„sich nicht an einen der wichtigsten Akteure der Krise gewandt zu haben, die USA, ...die in der Praxis allgegenwärtig ist, Verhandlungen aber fernbleibt."* (envio 4/84). Immerhin ergab sich in der Folge dieser Gespräche eine rege Reisetätigkeit des mexicanischen Präsidenten in die wichtigsten lateinamerikanischen Länder, wo er die Probleme Zentralamerikas erörterte und dort ein positives Echo für die Contadora und Nicaragua erzielte.

— Die Einberufung der Sondersitzung des UN-Sicherheitsrates am 5.4. führte dazu, daß nur das Veto der USA verhinderte, daß in der Abschlußresolution die Verminung der nicaraguanischen Häfen durch die USA und die fortgesetzten Angriffe verurteilt wurden. Von den 15 Mitgliedern des Sicherheitsrates stimmten 13 für die Resolution, Großbritannien enthielt sich.

— Vor dem internationalen Gerichtshof in Den Haag erhob Nicaragua Anfang April Klage gegen die Verminung der Häfen durch die USA, worauf die Vereinigten Staaten erklärten, daß sie zwei Jahre lang keine Gerichtsurteile aus Den Haag zu Fragen Zentralamerikas anerkennen werden (FR 14.4.).

Bedeutsam für die außenpolitischen Erfolge ist letztendlich auch ein Dokument, das am 19.3. von den wichtigsten sozialdemokratischen Politikern Europas unterzeichnet wurde und das die Unterstützung und Legitimierung des nicaraguanischen Wahlprozesses zum Inhalt hat und sich gegen die Politik der Sabotage und des Wahlboykotts wendet, wie sie von seiten der USA und einem Teil der inneren Opposition vertreten werden.



Nichtsdestotrotz ist sich die sandinistische Regierung dessen bewußt, daß die Hauptstärke gegenüber der US-amerikanischen Aggression die Mobilisierung der Bevölkerung zur Verteidigung des Landes ist, sei es an der Grenze, sei es in der Produktion. Doch die Wirtschaft und die Versorgung der Bevölkerung leidet spürbar unter dem zunehmenden Druck des ohnehin schon seit Jahren gebeutelten Landes. Die Mobilisierung von erstmals jungen Milizionären direkt nach ihrer dreimonatigen Grundausbildung an die Grenzen des Landes hat zu erheblicher Besorgnis bei den Eltern geführt, der sich die Regierungsjunta in direkten Gesprächen und Erläuterungen stellte. Die Versorgungslage verschlechtert sich zunehmend, Nahrungsmittel werden teurer, Ersatzteile oder Materialien für Bauprojekte fehlen völlig. Die Produktion erleidet durch die neue Mobilisierungswelle weitere Einbußen. Hinzu kommt, daß die Wirtschaft durch die in diesem Jahr stattfindenden Wahlen, die ca. 60 Mio. Dollar kosten werden, zusätzlich unter Druck gerät.

Für die sandinistische Revolution ist es die Frage, ob die vergangenen fünf Jahre das Bewußtsein gefestigt haben, mit dem die Bevölkerung heute die Errungeschaften eines neuen Lebens gegen die Bedrohung durch die USA verteidigen muß. Oder ob der innenpolitische Druck, den die Konterrevolution und die katholische Kirche z. Zt. schüren, es schafft, den Keim der Unzufriedenheit zu legen, die Glaubwürdigkeit der sandinistischen Politik zu unterminieren und die Bevölkerung noch vor den Wahlen zu spalten.

Un pueblo armado jamas sera aplastado!

Ba., KB Göttingen

Neue Kriegsgerichte in Chile ?

Nur einen Tag nach dem ersten nationalen Protesttag dieses Jahres in Chile gab der Oberste Zivile Gerichtshof am 28. März einem Antrag der Militärstaatsanwaltschaft statt und beschloß mit neun gegen vier Stimmen die Zulässigkeit eines Militärgerichtsverfahrens gegen fünf Mitglieder des MIR. Sie werden beschuldigt, an der Ermordung des Bürgermeisters von Santiago, General Urzúa, im August letzten Jahres beteiligt gewesen zu sein. Für Jorge Palma, Hugo Marchant und Carlos Araneda hat der Militärstaatsanwalt die Todesstrafe, für Susana Capriles und Marta Soto hohe Gefängnisstrafen beantragt. Kurz zuvor hatte die Junta vier andere Mitglieder des MIR, die sich in die Botschaft des Vatikan geflüchtet hatten und ebenfalls der Beteiligung an dem Attentat angeklagt waren, die Ausreise gestattet.

Parallel zur Entscheidung des Obersten Gerichtshofes kündigte die Militärstaatsanwaltschaft die Vorbereitung weiterer Prozesse vor sogenannten „Militärgerichten in Friedenszeiten" an. Für sechs dieser 13 wegen Polizistenmordes Angeklagten ist die Todesstrafe gefordert worden. Zu ihnen gehört unter anderem auch Rolando Cartagena, dessen Berichte aus Chile wir im AK veröffentlicht haben.

Die geplanten Verfahren kennzeichnen eine neue Welle der Repression gegen den militanten Widerstand. Seit der Zeit direkt nach dem Putsch sollen jetzt erstmals wieder Kriegsgerichte eingerichtet werden.

Nach dem Plebiszit 1980 wurde im März 1981 das Dekret 3.655 erlassen, das es den Militärs ermöglicht, politische Gefangene „legal" umzubringen. Mit Hilfe dieses Dekrets können Angeklagte, die eines Attentats gegen Personen mit besonderen Aufgaben (z.B. Bürgermeister, Minister) oder gegen Mitglieder der Streitkräfte beschuldigt werden, vor ein Kriegsgericht gestellt werden. Ein Kriegsgericht besteht bis auf eine Ausnahme nur aus Militärs, die auch die Ermittlungen leiten. Die Ermittlungen basieren im Wesentlichen auf Berichten des Geheimdienstes CNI und auf Aussagen, die durch

auf eine Ausnahme nur aus Militärs, die auch die Ermittlungen leiten. Die Ermittlungen basieren im Wesentlichen auf Berichten des Geheimdienstes CNI und auf Aussagen, die durch

Folter erpresst worden sind. Eine Verteidigung der Angeklagten ist faktisch kaum möglich, eine Anfechtung des Urteil ausgeschlossen. In den meisten Fällen wird die Todesstrafe beantragt.

Die fünf Angeklagten wurden im September 1983 verhaftet; dabei wurden fünf weitere Mitglieder des MIR erschossen. Angesichts der erstarkenden Opposition setzte der Oberste Gerichtshof im November das schon eingeleitete Militärgerichtsverfahren vorläufig aus. Politisch im Zusammenhang mit der im Vergleich zum Herbst zu der Zeit eher stagnierenden Entwicklung der Massenproteste und den Einigungsbemühungen der verschiedenen Oppositionskräfte hob der Gerichtshof diese vorläufige Aussetzung wieder auf.

An dieser Entscheidung, die eine akute Bedrohung des Lebens der Angeklagten bedeutet, entwickelte sich eine breite internationale Kampagne gegen die Kriegsgerichte und die Todesstrafe. In Chile begannen Mitglieder des Komitees der Angehörigen der politischen Gefangenen und Verschwundenen einen Hungerstreik für die Freilassung der Angeklagten.

Auch in Hanburg begann am 16. Mai für eine Woche ein Hungerstreik, der von den in der MDP zusammengeschlossenen Parteien getragen wurde. Über diesen Hungerstreik wurde in Chile in "el Mercurio" eine Nachricht von dpa veröffentlicht. In verschiedenen Städten Europas fanden Demonstrationen und Proteste statt; Die französische Regierung richtete ein offizielles Protestschreiben an die Junta.

Nicht zuletzt aufgrund dieser breiten Solidarität nahm der Oberste Gerichtshof den Berufungsantrag der Verteidiger gegen die Entscheidung im März an. Damit ist bis zu einer entgültigen Entscheidung des Gerichtshofs die Einsetzung des Kriegsgerichtes vorläufig nicht möglich. In der augenblicklichen Situation ist das ein großer Erfolg.

I., Lateinamerika-Kommision

Internationaler Klassenkampf und Rote Armee



Zum historischen Charakter der sowjetischen Militärpolitik

„Die Militärmacht der UdSSR ist einer der bedeutendsten Faktoren, um günstige äußere Bedingungen für den Aufbau des Kommunismus in unserem Lande und für die Entwicklung aller sozialistischen Länder und für den Kampf um die Unabhängigkeit der Völker zu schaffen."

Verteidigungsminister Gretschko, 1975

1. Die Sowjetunion ist zur zweitstärksten Militärmacht der Welt aufgestiegen. Ihr Potential reicht aus, dem imperialistischen Gegner glaubhaft mit massiver Vergeltung zu drohen, die gesellschaftliche Ordnung im eigenen Machtbereich aufrechtzuerhalten, als nationale Großmacht aufzutreten und antiimperialistische Bewegungen in der Dritten Welt zu stützen.

Entstehung sowie Art und Weise des Einsatzes dieser Militärmacht hängen von den geschichtlichen Voraussetzungen ab, das heißt von Charakter, Folgen und weiterem Verlauf der sozialen und politischen Entwicklung in der UdSSR einerseits und vom Kräfteverhältnis im internationalen Klassenkampf andererseits.

Die Oktoberrevolution ist weder fehlgeschlagen noch abgeschlossen. Sie markiert eine historische Tendenz, an deren Anfang sie steht, wenn wir die sowjetische Geschichte als einen sich entfaltenden Teilprozeß der epochalen sozialistischen Umwälzung begreifen, im Teil die Gesamtheit, im Jetzt das Werden zu erkennen vermögen. Idee und Resultat, jeweils blank für sich genommen ohne geschichtliche Vermittlung, sind gleichermaßen scholastisch. In seinen „Grundlagen der Einschätzung der Sowjetunion" (1952) schrieb Thalheimer dazu: *„Die sozialistische Revolution ist nicht in ihrem Programm erschöpft, sondern in ihrer Ausführung. Die revolutionären Grundsätze und Ziele sind nicht das Ganze, sondern erst mit ihren Voraussetzungen und ihrer Entwicklung. Die Ziele, isoliert von ihren Voraussetzungen, sind ein unlebendiges Allgemeines. Das bloße Streben ist unwirklich. Im bloßen Resultat, für sich genommen, ist die revolutionäre Bewegung selbst erloschen."* Wie also ist die Dialektik der geschichtlichen Entwicklung in Rußland unter ihren eigenen Voraussetzungen zu begreifen?

Die Überwindung der Barbarei mit barbarischen Mitteln

Die Folgen der Zerstörungen und Menschenverluste durch den 1. Weltkrieg, durch den erbittert geführten Bürgerkrieg Rot gegen Weiß, durch den Interventionskrieg der Westmächte gegen das am Boden liegende junge Sowjetrußland und der auch danach anhaltende Klassenkampf gegen Konterrevolutionäre und Seperatisten hatten eine Lage geschaffen, die nahezu aussichtslos war. Die gesamte Presse des Westens sah den Zusammenbruch des Sowjetregimes unmittelbar bevorstehend. Die Ausgangssituation war also total dem entgegenstehend, was sich Sozialisten und Kommunisten je erträumt hatten. Die sozialistische Revolution war infolge eines grausamen Krieges und der Niederlage der Zarenherrschaft in einem Land zum Durchbruch gelangt, in dem im Grunde sowohl in objektiver als auch in subjektiver Hinsicht die Bedingungen für den Aufbau des Sozialismus nicht gegeben waren: Rußland war das zurückgebliebenste Land Europas. Jede Hoffnung auf eine entscheidende Hilfe durch das westeuropäische Proletariat wurde enttäuscht. Drei Millionen Menschen waren 1921/22 verhungert, es herrschten chaotische Verhältnisse. Wollten die Bolschewiki sich nicht selbst aufgeben, mußten sie zu außergewöhnlichen Mitteln greifen, die in manchem entgegengesetzt von dem waren, was sie sich als unmittelbares Ziel gesetzt hatten. Die Revolution konnte über die grundlegende Veränderung des Gesellschaftssystems hinaus sozial und politisch nicht das geben, was eigentlich ihr möglichst rasch umzusetzendes Nahziel gewesen war. Die Kämpfe im Inneren und gegen die Feinde von außen hatten die letzten finanziellen und materiellen Reserven aufgezehrt. So war die Geburtsstunde des Sozialismus nicht mit einer Steigerung des Lebensstandards verbunden, sondern ging mit einem Massenelend einher. Die Vorstellung, es bräuchten den Bojaren nur die Güter und den Kapitalisten nur die Fabriken entrissen werden und den breiten Volksmassen ginge es mit einem Schlag besser, war unter den geschilderten Umständen ein Trugschluß. Die Jahre der Gewalt und die Härten des Lebenskampfes hatten eine Verrohung vieler Menschen zur Folge, für den „neuen Menschen" und für die Vision einer solidarischen Gesellschaft waren die Voraussetzungen für einen längeren Zeitraum nicht mehr gegeben. Ob im politischen oder im wirtschaftlichen Bereich, die Verhältnisse erforderten erneut Strukturen von Befehl und Gehorsam. Von den ursprünglichen Zielen einer sozialisischen Demokratie und einer Emanzipation der Arbeiter und Bauern mußte viel zu viel auf die ferne Zukunft vertröstet werden. Die angestrebten Errungenschaften ließen in vielen Bereichen auf sich warten oder fielen gering aus. Im Gegenteil: Um aus der Sackgasse herauszukommen, in die sie ohne eigene Schuld geraten waren, mußten Opfer und immer wieder Opfer gebracht werden. Nicht nur eine, sondern zwei Generationen waren notwendig, um nur das Fundament zu erarbeiten, und um es gegen eine ringsum feindliche Umwelt zu verteidigen. Dabei waren Umwege und ideologische Abstriche unvermeidlich. (Z.B. die „Neue Ökonomische Politik" — die NEP — noch unter Lenin).

Das alles förderte nicht die Verbreitung von sozialistischem Bewußtsein, sondern zerstörte vieles, bereits vorhandenes Engagement. Dazu kommt, daß in den beschriebenen blutigen Auseinandersetzungen die kommunistischen Kader und die Industriearbeiter die schlimmsten Verluste erlitten. Das Land, ohnehin arm an Fachleuten und Facharbeitern, vorwiegend noch agrarisch bestimmt, konnte nur mit Hilfe einer neu geschaffenen Bürokratie vorwärts kommen. Das galt auch für die politische und gesellschaftliche Leitung des Landes. Eine kleine Schicht von Parteifunktionären wurde zum politischen Vormund breiter Massen. War anders der Aufbau nicht zu bewerkstelligen, so wurde dafür aber auch ein bitterer Preis bezahlt. Der revolutionäre Anspruch und die eingetretene Wirklichkeit klafften auseinander. Wo wirtschaftlichr Anstrengungen und politische Unterstützung freiwillig nicht mehr zu erreichen waren, mußten sie erzwungen werden. Die sozialistische Demokratie war nur noch ein Fernziel, es mußte diktatorisch regiert werden. Historisch gesehen war der Stalinismus ein „entscheidendes wichtiges Durchgangsstadium" (Brandler). Das entschuldigt nicht alles, was passiert ist, manches wäre auch anders möglich gewesen. Aber Druck, Zwang, Terror und Bürokratenherrschaft schufen eigene Zwangsläufigkeiten. In dieser Zeit gab es eine enorme Klassendynamik. Aus Millionen Bauern wurden Industriearbeiter gemacht. Trotz mancher Rückschläge ist der wirtschaftliche, gesellschaftliche und soziale Fortschritt weit vorangekommen, wenn man die Ausgangslage betrachtet und jene Länder als Vergleichsobjekt heranzieht, die wie Indien damals sich auf ähnlichem Stand wie das Zarenreich befanden.

Die Auswirkungen der Zeiten der ungeheuren Belastungen, die mit der „ursprünglichen Akkumulation" und eines aufgezwungenen fürchterlichen Klassenkampfes nach innen und außen verbunden waren, prägen auch die Menschen der heutigen Generation in der SU. An die Stelle des revolutionären Impulses ist vielfach Sowjetpatriotismus, Opportunismus oder gar politische Resignation getreten. Kommunistisches Bewußtsein ist von objektiven historischen Bedingungen und historischen Abläufen abhängig. Was einmal war, kann man nicht durch noch so viel Propaganda wieder herstellen. Es wird vom gesellschaftlichen Fortschritt in der SU und von einer kommenden weltrevolutionären Entwicklung und Brisanz abhängen, welche höheren Stufen an sozialistischem Bewußtsein und sozialistischer Demokratie möglich werden.

Natürlich hat es, vor allem seit dem Tode Stalins, auch eine Weiterentwicklung der politischen Mitwirkung und des politischen Mitspracherechts der Massen gegeben. Die immer noch vorhandene Entwicklungsbedürftigkeit der sowjetischen Ökonomie und Gesellschaft und die Bedrohung von außen setzen jedoch einer schnelleren politischen Emanzipation der Massen Grenzen. Der Abstand der politischen Befähigung und des Bewußtseins zwischen den Führungskadern der Partei und den Massen ist noch groß und läßt sich ohne gefährliches politisches Risiko auch nicht künstlich einebnen. Das ist eine Frage der Entwicklungsperspektive und wie es der Partei gelingt, fördernd auf die Weiterentwicklung einer sozialistischen Demokratie hinzuwirken.

Der offiziellen Version nach gibt es nur noch das aus Arbeitern, Bauern und der Intelligenz bestehende Sowjetvolk, das selbst über seine Geschicke bestimmt und sich seine Leitungsorgane selbst wählt. Aber wie aufgezeigt, ist der neue gesellschaftliche Bau noch voller Widersprüche, die weiter fortwirken. Die Masse der sowjetischen unmittelbaren Produzenten hat zwar in beachtlichem Maße die Industrialisierung des rückständigen Landes zuwege gebracht, zur letztlich entscheidenden politischen Kraft ist sie bisher nicht geworden. Das Ganze vollzieht sich noch über einen transformierenden und kanalisierenden Filter. Die bewußtesten und fähigsten Arbeiter, Bauern und Intellektuellen arbeiten in der KPdSU und bestimmen dort die Leitungsorgane und indirekt die Politik mit, nach dem sogenannten Prinzip des „Demokratischen Zentralismus". Die Generallinie freilich und die letzten Entscheidungen werden im ZK oder Politbüro getroffen. Unterhalb dieser Ebene, z.B. im Betrieb und bei kommunalen Belangen, gibt es vielfältige Mitgestaltung und kritische Mitarbeit. (Dies gilt selbst für Nichtmitglieder der Partei. So sind über die Hälfte der Moskauer Deputierten parteilos). Diese Mitwirkung ist nicht durchgängig und auch manchmal nicht problemlos. Wo sich entsprechende bewußte und kompetente Kräfte herausentwickelt haben und von der Bürokratie gehemmt werden, können sie nur mehr an Boden gewinnen, indem sie für ihre Mitbestimmung kämpfen.

In sozialökonomischem Sinne ist das sowjetische Proletariat weithin noch nicht selbst das Subjekt der Planung, die im wesentlichen immer noch die Bürokratie bestimmt. Es ist kein einheitliches Gebilde und trägt noch den Stempel seiner Entstehung in der despotischen Industrialisierung und Kollektivierung der Stalinära. Die Landwirtschaft ist — als Ausdruck der industriellen und infrastrukturellen Entwicklungsbedürftigkeit — seit 50 Jahren die Achillesferse des Sowjetsystems. Der Gegensatz von Stadt und Land besteht in unterschiedlichen Lebens- und Beteiligungschancen, wenn sich auch diesbezüglich vieles fortentwickelt hat.

Der Widerspruch, daß die Massen den sozialistischen Aufbau leisten, aber noch nicht in entsprechendem Maße mitbestimmen können, behindert die Funktionsfähigkeit und Entfaltung der sowjetischen Gesellschaft. Die in diesem Prozeß sich ergebenden Konflikte verschaffen sich „anarchistisch" Bahn, oder sie werden weitgehend noch administrativ „gelöst". Die Bündelung der sozialen Interessen und die

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

politische Vergesellschaftung auf der Basis staatlichen Eigentums an den Produktionsmitteln wächst nicht aus dem direkten Willen der assoziierten Individuen, sondern geschieht in den gesonderten Sphären parteilicher und staatlicher Institutionen. Die Integration privaten und gesellschaftlichen Lebens ist noch zu wenig vorangekommen: Die Sowjets sind weit entfernt von ihrer ursprünglichen Funktion als Organe gesellschaftlicher Selbstregulierung, die Gewerkschaften werden gegängelt, die politische und kulturelle Debatte reguliert. Die „forces propres" (die eigenen Kräfte) der Gesellschaft haben sich in einem riesigen Verwaltungsapparat entäußert. Die Herrschaft liegt in den Händen der Bürokratie, zwischen deren Angehörigen (Partei, Militär, Staats- und Industrieverwaltung, Gewerkschaften u.a. sowie deren Abteilungen) die Herstellung der „volonte generale" (Allgemeinwille) des Sowjetvolkes vonstatten geht. In Schein und Wirklichkeit nimmt die Bürokratie auf bevormundende Weise die Klasseninteressen eines Proletariats und einer Bauernschaft wahr, obgleich diese viel von ihrer historischen Rückständigkeit überwunden haben. Die daraus erwachsenden Widersprüche sind daher auch solche zwischen der gesellschaftlichen Basis und dem politisch-juristischen Überbau, nicht jedoch antagonistische (unauflösliche) Gegensätze. Mit der Überwindung des Marktes und des Profits hat der sowjetische Sozialismus die kapitalistische Ausbeutergesellschaft abgeschafft. Die Bürokratie verfügt über Privilegien, aber sie ist nicht Agent des sich selbst verwertenden Wertes, der Kapitalakkumulation, sondern einer auf die Befriedigung gesellschaftlicher Bedürfnisse orientierten Produktion. Weder ihren innen- noch ihren außenpolitischen Handlungen unterliegt das treibende Motiv des anlage- und profitsuchenden Kapitals. Vielmehr steht sie unter dem Gesetz der „Ökonomie des Mangels", die sie freilich auch mit beeinflußt.

Kapitals. Vielmehr steht sie unter dem Gesetz der „Ökonomie des Mangels", die sie freilich auch mit beeinflußt.

Für den Prozeß der „nachholenden industriellen Entwicklung", der primären sozialistischen Akkumulation und für den Schutz gegen den inneren und äußeren Klassengegner war die Bürokratie geschichtlich unentbehrlich. Dort, wo die Bedingungen sich heranentwickelt haben, wird sie jetzt zunehmend zum Hemmschuh reiferer sozialistischer Verhältnisse. Wie die neuerliche Reformdebatte zeigt, stößt die weitere Entfaltung der Produktivkräfte, der technischen und ökonomischen, wie auch und gerade der politischen und menschlichen an die Schranke „etatistischer" (d.h. mit dem Staat als Zentrum gesellschaftlicher Synthese) Produktionsverhältnisse und ruft eine Dauerkrise des Systems hervor. *„Vor allem muß man sehen"*, schrieb Andropow im „Kommunist", *„daß unsere Arbeit, deren Ziel die Vervollkommnung und Umgestaltung des Wirtschaftsmechanismus, sowie der Formen und Methoden der Leitung ist, hinter den Anforderungen des erreichten Niveaus der materiell-technischen, sozialen und geistigen Entwicklung der sowjetischen Gesellschaft zurückgeblieben ist."* Es kann auch keinen Zweifel geben, daß diese Probleme in zum Teil überholten Strukturen und in Mängeln der sowjetischen Gesellschaft selbst liegen, wenngleich ihre progressive Lösung durch die Bedrohung und Belastung durch den Imperialismus gewaltig erschwert wird.

Es ist zu hoffen, daß neben der Reform von oben, die jetzt im Gange scheint, auch in den Massen sich das proletarische Selbstbewußtsein und eine vorwärtsweisende intellektuelle Kritik verstärkt. Das kann ein widersprüchlicher Prozeß sein, da eine solche Opposition natürlich die Muttermale von Rückständigkeit und Repression und entsprechende antisozialistische Züge aufweisen kann. Obwohl mit sowjetischen Verhältnissen nicht vergleichbar, zeigte doch die Empörung der katholischen polnischen Massen, wie berechtigte Anliegen unter entsprechenden Verhältnissen in eine konterrevolutionäre Bewegung münden können. Nur in einer Wechselwirkung, einer neuen Initiative von unten, mit den progressiven Kadern der Partei, können sich diejenigen Kräfte herausbilden, die der Bevormundung immer weniger bedürfen, sie in weiterem Verlauf abschütteln und sich ihrer eigenen, bürokratisch entfremdeten politischen Gestaltungspotenzen bemächtigen werden. Unter dem Korsett der bürokratischen Verwaltung der Sowjetgesellschaft und auch in anderen sozialistischen Ländern bereitet sich eine widersprüchliche und schmerzliche Entwicklung zur vermehrten Selbsttätigkeit der Produzenten und zur freieren gesellschaftlichen Diskussion vor. Ob dies zu einer Fortführung im sozialistischen Sinne führt, wird von den inneren und äußeren Bedingungen abhängen, die zu diesem Zeitpunkt gegeben sind. Den polizeistaatlichen Phänomenen zum Trotz gibt es keinen Zweifel, daß die Verkrampfungen der sowjetischen Gesellschaft auf die Dauer nicht tragbar sind. Offenbar tritt die sowjetische Gesellschaft nun in eine neue Epoche von Konflikten und in die Suche nach neuen Formen ein. Die Geschichte zeigte, daß sich die sowjetische Gesellschaft — wenn auch unter enormen Widersprüchen und Erschütterungen — in periodischen Schüben stets höherentwickelt hat.

Für die gegenwärtigen Zustände der UdSSR ist, sowohl nach innen wie nach außen, daher ein Neben- und teilweises Gegeneinander von beharrenden und fortschrittlichen, von konservativen und revolutionären Momenten bezeichnend, die in sich verändernder, historisch-konkreter Mischung auftreten. Dies prägt auch die Militärpolitik.

2. Die russische Revolution war mit geschichtlichen Aufgaben von einer Dimension konfrontiert, deren rasche und unblutige Lösung nur unter sehr günstigen Umständen möglich gewesen wäre. Sie trug die Züge einer bürgerlich-demokratischen und einer proletarisch-sozialistischen Umwälzung; die eine war noch nicht gelöst, als die andere schon anhängig war. In einem Land, in dem die Masse Bevölkerung bäuerliche Kleinproduzenten waren und das moderne Industrieproletariat nur eine verschwindende Minderheit darstellte (1917 3,5 Mio., das sind ca. 2%), war die Durchführung und Entfaltung der sozialistischen Revolution auf die politische und materielle Unterstützung aus den reichen Ländern des Westens angewiesen. Die russische Avantgarde wog leicht, mußte sich in einer Welt von Feinden durchschlagen und blutete in diesem Kampf fast aus; nach dem Ende des Bürgerkrieges war die Industriearbeiterschaft um mehr als die Hälfte dezimiert. Auf sich allein gestellt, mußten die Revolutionäre entweder unterliegen oder sich

um mehr als die Hälfte dezimiert. Auf sich allein gestellt, mußten die Revolutionäre entweder unterliegen oder sich

ihre eigene soziale und militärische Armee erst schaffen.

Den Bolschewiki, insbesondere Lenin, war klar, daß die sowjetische Erhebung nur den Auftakt zu einer weltweiten bilden sollte und konnte. Den nur begrenzt revolutionär sich entwickelnden Klassenkämpfen in Mitteleuropa sah man daher mit großer Erwartung und Ungeduld zu. Schon sehr früh entstand die Idee, die Entwicklung mit Hilfe einer „Revolution durch die Rote Armee" (Tuchatschewski) zu beschleunigen; hier liegen Anklänge zur Rolle der Militärs als revolutionärer Agent in manchen Ländern der Dritten Welt vor. Unter dem Eindruck des deutschen Vormarsches auf Petrograd im Januar 1918 gegründet, hatte die Rote Armee einen doppelten Charakter. Sie war eine revolutionäre Bürgerkriegsarmee, getragen von der Schubkraft der bäuerlichen und proletarischen Erhebung im eigenen Land. Sie war eine Staatsarmee mit allgemeiner Wehrpflicht, teilweise zaristischen Militärspezialisten, Orden und Ehrenbannern, straffer Führung und unbedingtem Gehorsam unterworfen. 1925 übernahm sie die Felddienstordnung der deutschen Reichswehr. Das disziplinarische Korsett war für die Funktionsfähigkeit der sowjetischen Armee notwendig geworden.

Diese innere Widersprüchlichkeit entfaltete sich auch nach außen. In Budjonnys Reiterarmee beim Marsch auf Warschau 1920 (geschildert im gleichnamigen Buch von Isaak Babel) erlebte die Doppelrolle der Roten Armee als revolutionäres Mittel und als traditionelles staatliches Machtinstrument ihre Uraufführung. Zur (enttäuschten) Hoffnung, die Gegenoffensive nach Polen hinein werde zum revolutionären Arbeiteraufstand führen, gesellte sich die Installierung einer prosowjetischen Regierung, gestützt auf die fremde Macht. Wohin dann die weitere Entwicklung ging, zeigt die sowjetische Besetzung Ostpolens 1939.

3. Die entscheidende Kehrtwende in der sowjetischen Militärpolitik vollzog sich in dem turbulenten Jahrzehnt zwischen 1925 und 1935. Der „Anfang des Sozialismus" (Thalheimer) blieb allein und auf die mageren russischen Hilfsquellen angewiesen. Spätestens nach dem Scheitern des Oktoberaufstandes in Deutschland 1923, der von der KPD-Führung unter Brandler abgeblasen werden mußte, da die Mehrheit des Proletariats zum Kämpfen nicht bereit war, konnte er auf revolutionären Kräftezuwachs aus dem Westen nicht rechnen. Gegenüber Trotzkis illusionär gewordenem Konzept einer innen- und außenpolitischen permanenten Revolution setzte sich unter den Bedingungen der Desillusionierung und Erschöpfung unter Führung Stalins die Orientierung auf den Aufbau des „Sozialismus in einem Land" durch. Dessen Maßstäbe und Interessen wechselnder Konstellationen wurden fortan zur Richtlinie sowjetischer Außenpolitik. Die Avantgarde kapselte sich ein und machte sich an die „Überwindung der Barbarei mit barbarische Mitteln" (Lenin).

Der „Sozialismus in einem Land" bedeutete nach innen die Herrschaft der Partei- und Staatsbürokratie über Bauernschaft und Proletariat zum Zwecke einer nachholenden industriellen Entwicklung und nach außen die Gleichsetzung der Weltrevolution mit den sowjetischen Interessen. Die der Auflösung und klassenpolitischem Antagonismus entgegentreibende Smytschka, das Bündnis zwischen Arbeiter- und Bauernschaft, am Ende der Neuen Ökonomischen Politik, mußte von der Bürokratie mit despotischen Mitteln und riesigen Opfern die neue Grundlage einer gigantischen Industrialisierung und Vergesellschaftung des bäuerlichen Eigentums gestellt werden. Die daraus resultierenden hohen innenpolitischen Spannungen führten zu einer diktatorischen, politischen Kultur, zum Erlöschen der innerparteilichen Diskussion in der Kommunistischen Partei und schließlich zur physischen Liquidierung großer Teile ihrer alten Kader in den „Säuberungen".

Eine derart rigide ihre Reihen schließende politische Herrschaft begann den Kommunismus mit dem sowjetischen Staatsgedanken ineinszusetzen, den „Marxismus-Leninismus" als Legitimationsideologie zu mißbrauchen und seiner kritischen Potenz zu berauben. Das weiterhin proklamierte und immer wieder voluntaristisch durchschlagende Interesse an der Weltrevolution (vgl. „Sozialfaschismus"-Kurs in Deutschland, Fehleinschätzungen gegenüber dem Nationalsozialismus) wurde vom Streben nach außenpolitischer Stabilität durchkreuzt, eingeschränkt und überlagert. „Neben" das revolutionäre Gleis wurde ein staatliches gelegt: Kollissionen blieben hier nicht aus. Der Fahrplan wurde vom Charakter und den Schwankungen der

ches gelegt: Kollissionen blieben hier nicht aus. Der Fahrplan wurde vom Charakter und den Schwankungen der

inneren russischen Verhältnisse gestaltet.

Die Dominanz der Bolschewiki in der Kommunistischen Weltbewegung und die Ergebenheit der westlichen KP's entwickelten sich proportional zum Scheitern der Revolutionen im Westen und zur Isolation der russischen Revolution. Die KPdSU galt nicht mehr nur als Vortrupp und Bestandteil der Kommunistischen Internationale, sondern war ihr Vorbild und Zentrum, dem sich die anderen kommunistischen Parteien unterzuordnen hatten. Gegen das „Mutterland der Revolution", eine mit allen staatlichen Mitteln und Zwecken versehene, überlegene Sowjetpartei hatten ihre Bruderparteien wenig zu bestellen. Die Form ihrer Unterordnung verdankt sie den rückständigen sowjetischen Verhältnissen selbst und dem Dogma des „Sozialismus in einem Lande". *„Ein Internationalist ist"*, definierte Stalin 1927, *„wer vorbehaltlos, ohne zu schwanken, ohne Bedingungen zu stellen, bereit ist, die UdSSR zu schützen, weil sie die Basis der revolutionären Bewegungen der ganzen Welt ist"*. Unter den Bedingungen einer zum Stillstand gekommenen Weltrevolution wurde der sozialistische Internationalismus von der KPdSU national betrieben, Sozialismus im Lichte des Sowjetpatriotismus begriffen. *„Die Sowjetunion in ihrer Besonderheit trat an die Stelle der internationalen, proletarischen Klasseninteressen."* (Brandler) Aus der nationalen Definition des proletarischen Internationalismus, gepaart mit einem eigenartigen Gemisch aus ausgeprägtem Sicherheitsdenken und Linksradikalismus, folgte dann auch eine Reihe fataler politischer Fehleinschätzungen und Schwankungen (China, Deutschland, Frankreich, Spanien) sowie eine Gewöhnung daran, „politische Pläne in militärischen Begriffen zu formulieren" (Deutscher).

Die im Zuge der primären sozialistischen Akkumulation durchgeführten Zwangskollektivierung der Bauernschaft und forcierte Industrialisierung zerstörte die sozialökonomische und klassenpolitische Grundlage der 20er Jahre, auf die sich auch das System einer kleinen Kaderarmee mit Milizeinheiten gestützt hatte. Zum zweiten, getrieben von der seit Ende der 20er Jahre verschlechterten, internationalen Situation (Spannungen mit England, Niederlage in China, „japanische Gefahr") und dem Bürgerkriegstrauma einer imperialistischen Einkreisung und Intervention, mußte Stalin den raschen Aufbau einer stehenden Armee vorantreiben. Soziale und politische Bürokratisierung und militärische Kasernierung gingen Hand in Hand. 1936 bereits verfügte die Sowjetarmee über eigene Ozeantruppen von Gewicht, eine U-Boot-Flotte und über eine beachtliche Mannschaftsstärke seiner Armeen. Aus der damaligen Revolutionsarmee wurde eine technisierte Staatsarmee. Die Verfassung von 1936 tat der internationalen Mission des Sowjetstaates keiner Erwähnung mehr, stattdessen wurde die Verteidigung des Vaterlandes zur obersten Pflicht erklärt.

4. Das aus existenziellen Gründen an innerer und äußerer Stabilität interessierte Sowjetrußland versuchte, mit dem seit dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale angewandte Volksfrontkurs der faschistischen Gefahr Einhalt zu gebieten, lieferte gerade mit der beschränkten politischen Zielsetzung dieses Kurses jedoch die spanische Revolution ans Messer und trug zum Niedergang der revolutionären Bewegung in Frankreich bei. Stalin wollte sich um jeden Preis, so lange es ging, aus dem heraufziehenden Krieg heraushalten und im übrigen die innerimperialistischen Widersprüche für die sowjetischen Interessen ausnützen. Die Verhandlungen mit den Westmächten um ein Bündnis wurde von diesen absichtlich in die Länge gezogen. Das Scheitern war von den kapitalistischen Westmächten von vorneherein gewollt, wie sie auch ihre vertraglichen Verpflichtungen gegenüber der Tschechoslowakei nachher nicht erfüllten. Nach dem Debakel von München galt es für die SU, Zeit zu gewinnen, um sich auf die zu erwartende große Auseinandersetzung besser vorbereiten zu können und um die strategische Ausgangsposition zu verbessern. Diese Notwendigkeiten führten zum Hitler-Stalin-Pakt vom August 1939.



COEXISTENCIA PACIFICA

Dieser hatte verheerende politische Wirkungen in den ausländischen kommunistischen Parteien. Die Kommuni-

Dieser hatte verheerende politische Wirkungen in den ausländischen kommunistischen Parteien. Die Kommuni-

stische Partei Deutschland - Opposition (KPO) hatte als einzige erkannt, um was es wirklich ging, und sie hatte dieses vorübergehende Zweckbündnis als machtpolitisch richtig erachtet. Die Ideologie wurde von den machtpolitischen Zwängen in den Hintergrund gedrängt. Von vorneherein stand fest, daß dieses Übereinkommen von Nazi-Deutschland früher oder später gebrochen werden würde. Die sowjetische Führung versuchte, die Atempause möglichst lange auszudehnen, und bemühte sich, selbst unter Vernachlässigung von Sicherheitsmaßnahmen, keinen Anlaß für die Beendigung dieses Schwebezustands zu liefern.

Der Hitler-Stalin-Pakt markierte eine noch stärkere Gewichtung hin zu einer national-staatlich orientierten diplomatisch-militärischen Sicherheitspolitik, der gegenüber sozialrevolutionäre Prozesse und eigenständige kommunistische Bewegungen in anderen Ländern nachgeordnet oder gar lästig waren. Daß dieses machtpolitische Manöver aber der internationalen kommunistischen Moral nach den „Schauprozessen" einen zweiten schweren Schlag versetzte, steht auf einem anderen Blatt.

Der bis zuletzt für diesen Zeitpunkt als unwahrscheinlich gehaltene Angriff Nazi-Deutschlands auf die UdSSR traf eine nicht genügend vorbereitete, von den „Säuberungen" geschwächte und in Umorganisation begriffene Rote Armee. Sowohl die Verluste großer Teile der bolschewistischen Kader in einem grausamen Bürgerkrieg, wie auch der allgemeine Mangel an fachkundigen Führungskräften hatte einst zur Heranziehung zaristischer Beamter, Fachleute und Offiziere gezwungen. Viele von ihnen blieben nach wie vor antikommunistisch gesinnt und ein Sicherheitsrisiko für den jungen Sowjetstaat (z.B. in der Wlassow-Armee Wirklichkeit geworden). Angesichts der bedrohlicher werdenden Weltlage schien der Moskauer Führung eine Ersetzung unzuverlässiger oder auch nur unzuverlässig erscheinender Offiziere politisch notwendig; wie auch in anderen Bereichen konnte Stalin nur noch widerspruchslose Befehlsempfänger gebrauchen. Die „Säuberung" des militärischen Führungskorps wurde in der üblichen und üblen Stalinistischen Vorgehensweise durchgeführt. 20.000 Offiziere wurden vernichtet. *„Die Hälfte aller Regimentskommandeure, die meisten Kommissare in Korps, Divisionen und Brigaden und ein Drittel der Regimentskommissare waren den Säuberungsaktionen zum Opfer gefallen. Als 1941 die deutsche Armee die Sowjetunion überfiel, litt die Rote Armee noch immer an dem Aderlaß: Zwei Drittel aller mittleren und höheren Offiziere waren noch kein Jahr auf ihrem neuen Posten"* (Perdelwitz). Die sowjetische Bewaffnung war überdies unzureichend. Aufgrund der mangelnden technischen Aufrüstung, welche die wissenschaftlich-industrielle Unterentwickeltheit des Landes widerspiegelte, war die sowjetische Armee am Anfang gegen die Panzerattacken der Nazi-Wehrmacht nicht gerüstet. Diese Umstände erhöhten die Opfer und Verluste. Ungefähr 20 Millionen Tote ließ der Krieg zurück, darunter viele Zivilisten und Kriegsgefangene. Die wirtschaftlichen Schäden beliefen sich auf etwa 700 Mrd. Rubel, oder, nach einer anderen Schätzung, auf den Gegenwert von zwei 5-Jahresplänen.

Tausende von Städten, Dörfern, Industriebetrieben und Kolchosen waren zerstört. Das menschliche Leid war unermeßlich. Ihren Sieg verdankte die Sowjetarmee neben anderen Faktoren vor allem der unter großen Opfern aufgebauten industriellen Basis, nicht zuletzt der Verlagerung der Rüstungsindustrie hinder den Ural, einer gewaltigen Organisationsleistung in der Anspannung aller volkswirtschaftlichen Kräfte und der sowjetpatriotischen Parole vom „Großen Vaterländischen Krieg". Die Gefährlichkeit der militärischen Lage erfordert den äußersten Einsatz aller Teile des sowjetischen Volkes. Vor allem die Bauern waren aufgrund der vorangegangenen inneren Klassenauseinandersetzungen und der ungeheuren Schwierigkeiten des wirtschaftlichen Aufbaus unter der Losung „Verteidigung des Sozialismus" nicht oder nicht stark genug zu mobilisieren. Es mußte an die „patriotischen Gefühle" appelliert werden, die Existenz der Nation, hieß es mit Recht, stünde auf dem Spiel. Für diese Kampagne wurden selbst die Popen der russisch-orthodoxen Kirche wieder aus der Rumpelkammer geholt. Stalin knüpfte an die nationalrussische Tradition an. Die schließlich abgewehrten Einfälle Karls XII von Schweden und Napoleon wurden in Erinnerung gerufen, die Kriegshelden jener Zeit wie Kutusow oder „Sammler der russischen Erde" wie Iwan der Schreckliche beschworen. Dieser ideologische Schwenk erwies

oder „Sammler der russischen Erde" wie Iwan der Schreckliche beschworen. Dieser ideologische Schwenk erwies

sich als sehr wirkungsvoll. Die Grundlagen dieses Sieges prägten seine Form und seine Folgen. Der Krieg wurde nicht als Klassen-, sondern als nationaler Krieg geführt. Anstelle der Internationale wurde eine neue Nationalhymne kreiert. Schließlich schien der sowjetischen Führung die Verteidigung der UdSSR so sehr mit dem Kampf für den internationalen Sozialismus zusammenzufallen, daß sie 1943 die Kommunistische Internationale auflöste und ihre Angelegenheiten vom Auslandsbüro der KPdSU erledigen ließ. Ein wichtiger Grund dafür war auch die Rücksichtnahme auf die westlichen Kriegsalliierten, die ja das kapitalistische System verkörperten. Die amerikanischen Materiallieferungen waren für den sowjetischen Abwehrkampf von keiner geringen Bedeutung.

Die sowjetische Außen- und Militärpolitik feierte mit der Bildung eines Gürtels abhängiger Staaten im Westen Triumphe. Die von der absolutistischen Reaktion bedrängten Jakobiner hatten weiland in Gestalt napoleonischer Armeen zurückgeschlagen. Nun richtete die siegreiche sowjetische Armee Revolutionen und Volksdemokratien nach dem Maßstab nationaler Interessen ein. Konsequenterweise trägt die Rote Armee seit 1967 den Namen „Streitkräfte des Sowjetischen Staates".

5. Einer eigentlich am status quo und dem „Sozialismus im eigenen Land", orientierten Sowjetführung war infolge des aufgezwungenen Krieges die Ausdehnung des Wirkungsfeldes der Weltrevolution mit Waffengewalt geglückt. 1945 besaß sie das zahlenmäßig stärkste Landheer der Weltgeschichte und konnte weit vorgeschobene Positionen im Westen besetzen. Die neugewonnenen Einflußzonen wurden von der Sowjetunion jedoch zunächst nicht als Stärkung des sozialistischen Lagers aufgefaßt und ausgegeben, sondern dienten vorwiegend als Reparationsbasis und strategisches Sicherheitsglacis. Die Installation volksdemokratischer Regime geschah mindestens bis zu einem erheblichen Grad zu diesem Zweck.

Dahinter stand auch die Überlegung, daß es dem internationalen Kräfteverhältnis nach fraglich erschien, ob die besetzten Gebiete überhaupt gehalten werden konnten. Die SU war durch die Kriegsfolgen ausgeblutet. Der Abwurf der US-Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki war mehr eine Drohung an die Adresse Moskaus, denn ein Kriegsentscheidungsinstrument zur Niederwerfung des schon stark angeschlagenen Japan.

War die Sowjetunion zwar auch immer mit einer mehr oder minder starken nationalen Befreiungsbewegung in diesen Ländern verbunden, so waren

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

doch ihre Überlegungen für Zeitpunkt und Umgestaltung federführend. Nur Staaten wie Jugoslawien, die den Aggressor letztlich mit eigener Kraft vertrieben hatten, konnten sich der sowjetischen Gängelung widersetzen. Eine ähnliche Entwicklung trat später in China ein. Die zunächst zögernde gesellschaftliche Umwälzung der westlichen Vorlande stand dort, wo ihr keine lokalen Kräfte entgegenwirkten, in ihrer geringen Berücksichtigung internationalistischer Prinzipien und je nationaler Bedingungen der sozialen Emanzipation in der Logik des ,,Sozialismus in einem Land''. Dieser Begriff, einst von Stalin zur Theorie erhoben, entstand aus den unumgänglichen Notwendigkeiten der historischen Situation. Mußte doch die KPdSU infolge des Scheiterns der Ausbreitung der Revolution in Europa zum Aufbau des ,,Sozialismus in einem Land'' schreiten. Dabei blieb ihr gar keine andere Wahl. Doch wurde damit auch gleichzeitig ein langanhaltender Widerspruch zu revolutionären Bewegungen in anderen Ländern gelegt. Auch die heutige sowjetische Generallinie verfährt noch weithin nach dieser These vom ,,Aufbau des Sozialismus in einem Land''. Sie beruht auf den nach wie vor gegebenen ungünstigen Bedingungen des Weltsozialismus. Ihre Kehrseite war und ist freilich die Schwäche revolutionärer Tendenzen in den jeweiligen Ländern. Jede linke Kritik, will sie nicht idealistisch geraten, muß dies berücksichtigen.

Unter dem Druck verschärfter weltpolitischer Gegensätze mit den USA nach dem Zweiten Weltkrieg, besonders der Errichtung der NATO und der Aufrüstung Westdeutschlands war die Sowjetunion gezwungen, zu neuen Mitteln zu greifen.

Obwohl die Rote Armee demobilisiert wurde, zeigten die USA nicht nur keinerlei Ansätze zur Errichtung einer neuen Weltfriedensordnung, sondern bauten ihre atomare Waffenüberlegenheit aus und ließen keinerlei Zweifel daran, gegen wen sie gerichtet war. Der Imperialismus war und ist nicht geneigt, die Verteidigung oder nur die Existenz des Sozialismus zu dulden.

Seine Konzepte des roll back, der präventiven Vernichtungsschläge und des Totrüstens entstanden in jener Zeit der Herausbildung des weltsozialistischen Systems. Auch die Periode der sogenannten Entspannungspolitik konnte wesensgemäß nur vorübergehenden Charakter haben. Sie entstand u.a. aus dem Trauma der Niederlage der USA in Vietnam und aus dem strategischen Patt im weltpolitischen Kräfteverhältnis. Die machtpolitischen Veränderungen und die Krise des Kapitalismus beendeten diese Periode und leiteten zu einer neuen imperialistischen Offensive über, zuerst unter Carter und dann mit neuer Aggressivität unter der Präsidentschaft Reagans.

Der kalte Krieg hatte die Sowjet- teverhältnis. Die machtpolitischen Veränderungen und die Krise des Kapitalismus beendeten diese Periode und leiteten zu einer neuen imperialistischen Offensive über, zuerst unter Carter und dann mit neuer Aggressivität unter der Präsidentschaft Reagans.

Der kalte Krieg hatte die Sowjetunion zur Stabilisierung ihres Einflußbereiches durch die Errichtung sozialistischer Staaten nach ihrem Muster und zur Wiederaufrüstung genötigt, um mit den — stets vorauseilenden — USA Schritt zu halten. Ihre dauerhafte Niederlage in diesem Wettlauf würde den Imperialismus seiner wichtigsten Schranke entledigen und den entscheidenden, wenn auch national bornierten Eckstein aus dem internationalen sozialistischen Lager herausbrechen. Es bedarf keiner großen Phantasie, sich vorzustellen, wie es dann auf der Welt aussähe. Von dieser geschichtlichen Objektivität müssen Kommunisten in aller Welt ausgehen, wie kritisch sie auch immer der Sowjetunion gegenüberstehen und wie sehr sie auch zu Recht auf den jeweiligen besonderen nationalen Bedingungen des Sozialismus bestehen müssen.

Die imperialistische Hochrüstung und Kriegsdrohung erzeugen eine negative Dialektik der Armut, die am Sowjetsystem zehrt und seine Weiterentwicklung zu einer entfalteten proletarischen Demokratie schwer behindert. Um auch nur einigermaßen Schritt halten zu können, muß die Sowjetunion einen relativ viel größeren Teil ihrer materiellen und menschlichen Ressourcen in die Rüstung investieren, als die industriell hochentwickelten Länder des Westens. Das führt zum beständigen Nachhinken in der Konsumgüterproduktion, zur Unterversorgung, zu sozialer Ungleichheit und Unterdrückung, zu schwelender gesellschaftlicher Unruhe, zur geringen materiellen Hilfsfähigkeit gegenüber den Verbündeten in der 3. Welt und zur fehlenden Attraktivität des Sowjetsystems bei den westlichen Arbeiterklassen. Die aufgezwungene Militärwirtschaft und die Priorität der Rüstung sind ein ,,Mühlstein um den Hals''.

Bekanntlich profitiert das individuelle Unternehmen im Westen gar noch an der Rüstung, die abstrakten gesellschaftlichen Reichtum wie jeden anderen darstellt. Im sowjetischen System hingegen verwertet sich in der Rüstungsindustrie kein Kapital. Das in die Millionenarmee und ihre Waffen fließende Geld stellt einen Abzug vom gesellschaftlichen Akkumulations- und Konsumtionsfond dar. Privilegien bestimmter Branchen und Funktionäre im Rüstungsbereich und entsprechende einflußpolitische Wirkungen tun nichts zur Sache. Konsumtive Bereicherung oder Sicherung des eigenen Einflusses haben mit dem Profit als Antriebsmotiv nichts gemein. Die Militärs sind zwar gut dotiert, aber sie verfolgen keine einheitlichen Sonderinteressen, stehen eindeutig im zweiten Glied unter der Ägide der Partei. Der sowjetische ,,Militär-Industrie-Komplex'' ist politisch kontrolliert. (Siehe unsere Aussagen zum MIK)

6. *,,Die UdSSR verfolgt konsequent die Leninsche Friedenspolitik und tritt für die Festigung der Sicherheit der Völker und für eine breite internationale Zusammenarbeit ein.*
Die Außenpolitik der UdSSR ist darauf gerichtet, günstige internationale Bedingungen für den Aufbau des Kommunismus in der UdSSR zu sichern, die staatlichen Interessen der Sowjetunion zu schützen, die Position des Weltsozialismus zu stärken, den Kampf der Völker um nationale Befreiung und sozialen Fortschritt zu unterstützen, Aggressionskriege zu verhindern, die allgemeine und vollständige Abrüstung durchzusetzen und das Prinzip der friedlichen Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung konsequenz zu verwirklichen.''
(Verfassung der UdSSR von 1977, Art. 28)

Die antikolonialen und sozialrevolutionären Bewegungen und in ihrem Gefolge die Bildung neuer Nationalstaaten und weiterer sozialistischer Länder schienen der Sowjetunion und ihren Verbündeten einen Ausweg aus der imperialistischen ,,Eindämmungs''-Strategie zu eröffnen. Die jahrzehntelange Isolierung der UdSSR wurde damit durchbrochen. Beginnend mit der Bandung-Konferenz der Blockfreien 1955 wurden die Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt neben der Existenz des sozialistischen Lagers und der Wirkung der Arbeiterbewegung in den kapitalistischen Ländern als dritte revolutionäre Hauptkraft angesehen. Mit dieser, allerdings mehrfach schwankenden Neuorientierung der Sowjetunion wurde das politische und militärische Operationsfeld der Sowjetunion endgültig global. Die Konterrevolution muß vorsichtiger agieren. Direkte Interventionen mit dem Mittel der US-Marine-Infanterie a la Dominikanische Republik 1965 und Libanon 1958 sind seither schwieriger geworden. Die USA müssen die weltpolitische Reaktion der Sowjetunion in Rechnung stellen. Daß US-Interventionen je nach dem Stand des weltpolitischen Kräfteverhältnisses

indes nicht ausgeschlossen sind, zeigt Infanterie a la Dominikanische Republik 1965 und Libanon 1958 sind seither schwieriger geworden. Die USA müssen die weltpolitische Reaktion der Sowjetunion in Rechnung stellen. Daß US-Interventionen je nach dem Stand des weltpolitischen Kräfteverhältnisses

indes nicht ausgeschlossen sind, zeigt die eben erst abgelaufene Aggression der USA gegen das kleine Grenada und die begrenzte Intervention der US-Ledernacken im Libanon. Trotzdem kann man sagen, daß sich der Spielraum der sowjetischen Außenpolitik und der Befreiungskämpfe in der Dritten Welt, die nicht Welten und bis zu einem gewissen Grad zusammenfallen, erhöht hat. Das politische und militärische Gewicht der Sowjetunion verhindert vielfach Aggression und Einmischung der imperialistischen Staaten in die inneren Verhältnisse von ,,Ländern mit sozialistischer Orientierung'', wie ein Teil dieser Verbündeten in offizieller Lesart heißen. Es wird eingesetzt zugunsten progressiver, sozialer Veränderungen und für sowjetische strategische Interessen, für parteiliche und staatliche Interessen, für Umsturz und status quo, je nach Bedingung und Möglichkeit und im einzelnen durchaus widerstreitend. Diese Verwicklungen führen dazu, daß die Sowjetunion als zweite Weltmacht mit einer defensiven strategischen Grundhaltung, einem oft eher auf Machtbewahrung eingestellten reaktiven Handeln, das seine Gelegenheitserfolge zuweilen mehr den Fehlern des Imperialismus verdankt, eine objektiv revolutionäre Rolle im weltpolitischen Prozeß der Beseitigung der imperialistischen Hegemonie spielt.

Den sozialrevolutionären Bewegungen in der Dritten Welt und den dortigen neuen Regimes erscheint die Sowjetunion aufgrund sozialstruktureller Ähnlichkeiten und des attraktiven Typus nichtkapitalistischer Akkumulation sowie der Gegnerschaft zum Hauptfeind USA als natürlicher Verbündeter. Die verheerenden sozialen und ökonomischen Folgen imperialistischer Abhängigkeit erzeugen in den antikolonialen Führungsschichten eine Bereitschaft zur Theorie und Praxis revolutionärer Veränderungen, die den sowjetischen Einfluß in der Dritten Welt fördern. Die Sowjetunion wiederum erblickt in diesen Ländern eine Möglichkeit, das Kräfteverhältnis in der Welt zu ihren Gunsten zu verändern. Ihre Unterstützung für sie erfolgt jedoch unter dem Vorzeichen eines nationalstaatlich oder blocklogisch definierten sozialistischen Internationalismus und kommt jenen Ländern in Grad und Form nur insoweit zugute, wie es sich mit dem politischen Kalkül der Sowjetmacht vereinbaren läßt — nicht mehr und nicht weniger. Der Impuls der Weltrevolution kommt hier wieder zum Tragen, wie sich auch dazu Widersprüche durch das Interesse an Verteidigung und Sicherheit des eigenen Staates ergeben können. Tatsächliches und vermeintliches machtpolitisches Interesse der Sowjetunion können dabei durchaus in Gegensatz geraten zur Zielrichtung eigenständiger, revolutionärer Bewegungen in diesen Ländern. Die Konsequenzen daraus hängen auch von der Stärke oder Schwäche dieser revolutionären Strömungen selbst ab. Zwar konnte und kann die strategische Politik der Sowjetunion Erfolge verbuchen. Aber der Klassenkampf in der Form staatlicher und militärischer Hilfeleistungen kommt teuer. Die gegenwärtigen und potentiellen Verbündeten sind arme Länder und stellen Kostgänger der sowjetischen Militärarsenale und Wirtschaft dar. Die Sowjetunion und die RGW-Staaten nehmen auf dem Weltmarkt nur eine Randstellung ein. Ihnen fehlt eine ökonomische Dynamik, die auf Überschreiten der Grenzen und wirtschaftliche Beeinflussung anderer Länder abstellt. Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den RGW-Staaten und den fortschrittlichen und sozialistischen Entwicklungsländern sind gemessen an der Abhängigkeit der Dritten Welt vom kapitalistischen Weltmarkt marginal. Von einem ökonomischen Imperium der UdSSR kann folglich überhaupt nicht die Rede sein. Im Unterschied zu der, vom Imperialismus geschaffenen internationalen Teilung der Arbeit, die zugleich Ausbeutung und Stabilisierung der Unterentwicklung an der Peripherie einschließt, gilt für die UdSSR, daß ihr Engagement in der Dritten Welt ein ,,Zuschußgeschäft'' war und ist.

Gerade weil dem sowjetischen Lager kein dem imperialistischen Weltmarkt entsprechender ,,stummer Zwang'' der Ökonomie zur Verfügung steht, neigt es zur politisch-militärischen Kooperation mit den jeweiligen Regimes. Die kurzfristig nicht vorhandene oder leistbare Umwälzung des sozialökonomischen Unterbaus macht in manchen Fällen diese Kooperation jedoch instabil und führt immer wieder zu Fehlschlägen a la Ägypten und Somalia. Dennoch sind diese Politik und die ihr zugrundeliegenden sozialen Erschütterungen in den Hinterhöfen des Imperialismus trotz ihrer Fehler wirksam und derart provokativ, daß dieser sich mit der neuerlichen gigantischen Aufrüstung zu einem roll back der einzigen

schlägen a la Ägypten und Somalia. Dennoch sind diese Politik und die ihr zugrundeliegenden sozialen Erschütterungen in den Hinterhöfen des Imperialismus trotz ihrer Fehler wirksam und derart provokativ, daß dieser sich mit der neuerlichen gigantischen Aufrüstung zu einem roll back der einzigen

ernstzunehmenden internationalen Gegenkraft anschickt, die er vor allem in Europa an die Wand zu drücken hofft. Der Wettlauf um die Peripherie schlägt ins Zentrum zurück. An den Klassenkräften liegt es darum auch und vor allem, wie er ausgeht.

Auf die ,,unvollendete Revolution'' (Deutscher) in der Sowjetunion und das damit unlösbar verknüpfte internationale Kräfteverhältnis zwischen den Klassen geht es zurück, daß zwischen der Außen- und Militärpolitik der SU und revolutionären Strömungen Spannungen entstehen können, denen sich die unterschiedlichen Formen sowjetischen Eingreifens verdanken. Die Abwägung zwischen staatlichen und revolutionären Interessen ist im Einzelfall schwierig und widersprüchlich; Fehler sind hier unvermeidlich. Für Kommunisten ist jedoch die Grundtendenz sowjetischer Politik herauszuschälen und zu betonen: hin zum sozialistischen Weltsystem. Diese internationalistische Position verlangt jedoch gerade, die komplexen Bedingungen und Folgen sowjetischer Politik auch vom Standpunkt der antiimperialistischen Länder der Dritten Welt und der revolutionären Weltbewegung her zu beleuchten. Das konkrete Eingreifen der Sowjetunion hängt von lokalen und regionalen Bedingungen, vom strategischen Kalkül der UdSSR, von der Zuverlässigkeit der neuen Regimes, ihrem sozialen Charakter und ihrer Bedeutung sowie vom imperialistischen Druck ab und kann daher nur in Einzelstudien genauer erschlossen werden.

★★★★★

Den vorliegenden Text haben wir der Zeitschrift ,,Arbeiterstimme'' (Nürnberg) entnommen.

★★★★★

Heiner Karuscheit, NHT

Das Elend mit der ''deutschen Frage''

,,Deutschland, Deutschland über alles'' überschrieb J. aus Hamburg seine ,,Antwort auf Heiner Karuscheit'' im AK 245 (s.43). Er wirft der NHT bzw. mir vor, den AK-Leser mit ,,glatten'' Artikeln über die Grünen und Linken zu ködern, dabei aber mit unseren wirklichen politischen Auffassungen hinter dem Berg zu halten. Verheimlicht würde insbesondere unsere Auffassung zur ,,deutschen Frage'', weshalb er uns auffordert: *,,Die NHT wird ihre These, die ,deutsche Frage' sei der Schlüssel zu allen anderen Fragen, schon näher erläutern müssen''.* Dieser Aufforderung soll hiermit nachgekommen werden. Auf die Drei-Welten-Theorie wird dabei nicht eingegangen. Entgegen J.'s Annahme hat die NHT als Organisation diese Theorie zu keinem Zeitpunkt übernommen.

J. behauptet, es sei von den Positionen der NHT *,,nur konsequent, die ,Entspannungspolitik' wie jedes Festhalten an den gegebenen Grenzen in Europa anzugreifen, und das ist denn auch der Inhalt der von der NHT geforderten ,Kritik der Entspannungspolitik'''.* Darüber hinaus stellt er fest, daß jede Politik, die *,,auf dem Aufwerfen der ,deutschen Frage', d.h. der Wiedervereinigung, insistiert, ... ein Rückfall in die gröbsten Dummheiten der ML-Bewegung''* wäre. Damit gehen seine Ausführungen von zwei Grundthesen aus: **erstens** davon, daß die Entspannungspolitik zu einer Anerkennung der Grenzen in Europa geführt hätte; **zweitens** davon, daß ein Aufwerfen der deutschen Frage mit der Forderung nach Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten identisch wäre. Beides ist jedoch falsch. Zugleich zeigt sich in beiden Punkten, wieso die deutsche Frage den Schlüssel zum Verständnis der westdeutschen Außenpolitik bildet und daher einen entsprechenden Stellenwert in der Programmatik der Kommunisten einnehmen muß.

1. Entspannungspolitik und die Anerkennung der Grenzen in Europa

Entgegen dem landläufigen Vorurteil hat die Entspannungspolitik n i c h t

zu einer Anerkennung der europäi-

1. Entspannungspolitik und die Anerkennung der Grenzen in Europa

Entgegen dem landläufigen Vorurteil hat die Entspannungspolitik n i c h t

zu einer Anerkennung der europäischen Grenzen durch die BRD geführt. Die aufgrund der militärischen Niederlage Deutschlands 1945 geschaffenen Grenzen wurden von der BRD vorläufig akzeptiert, aber nicht völkerrechtlich anerkannt. In den Verträgen von Moskau (August 1970), Warschau (Dezember 1970) und dem Grundlagenvertrag mit der DDR (Dezember 1972) verpflichtete sich die BRD, **unter den gegebenen Umständen** den territorialen status quo — d.h. die gegebene Grenzziehung — zu respektieren. Zugleich erklärte sie, daß das Z i e l Ihrer Politik die Veränderung eben dieser Umstände und die Wiederherstellung eines deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 sei. Wie diese ,,status-quo-Politik'' zu verstehen ist, dokumentiert am besten der Warschauer Vertrag zwischen Polen und der BRD.

In Artikel I des Warschauer Vertrags stellten die BRD und die VR Polen ,,übereinstimmend fest'', daß die Oder-Neiße-Linie ,,die westliche Staatsgrenze der Volksrepublik Polen bildet''. Beide Seiten erklärten, ,,daß sie gegeneinander keinerlei Gebietsansprüche haben und solche auch in Zukunft nicht erheben werden''. Damit war das erreicht, was viele — so auch der Genosse J. — für die Anerkennung der Grenzen in Europa halten. Bis zum Warschauer Vertrag hatte sich die BRD geweigert, die Oder-Neiße-Linie als westliche Staatsgrenze Polens zu betrachten. Das wurde nunmehr offiziell getan. Der Schein trügt jedoch, und dieser Trug wird bei einer genaueren Analyse des Vertragswerks offenkundig. Wie die ,,Anerkennung'' der Oder-Neiße-Grenze zu verstehen ist, bekundete die damalige sozialliberale Regierung nämlich sowohl in den Verhandlungen mit Polen als auch in ihren offiziellen Verlautbarungen. Hören wir die Regierung selber: ,,Die Bundesregierung hat in den Verhandlungen ferner klargestellt, daß sie nur im Namen der Bundesrepublik Deutschland handeln kann. (...) **Ein wiedervereinigtes Deutschland kann also durch den Vertrag nicht gebunden werden.**'' (1). Das benennt den realen Kern der ,,Anerkennung'' der Grenzen in Europa. Die BRD erklärt formell, daß die Oder-Neiße-Linie die westliche Staatsgrenze Polens bildet; diese Erklärung gibt sie jedoch nur für sich selber ab und betont, daß diese ,,Anerkennung'' für ein künftiges wiedervereinigtes Deutschland keine Gültigkeit besitzt. Um es noch einmal mit den Worten er Bundesregierung zu sagen: ,,Für die polnische Seite ist sein Artikel I (des Warschauer Vertrags) wohl der wichtigste. In ihm hat die Bundesrepublik sich eindeutig verpflichtet, die gegenwärtige polnische Westgrenze nicht in Frage zu stellen. Eine solche Erklärung konnte sie aber nur für sich abgeben; einen gesamtdeutschen Souverän, den es noch nicht gibt, und von dem wir nicht wissen, wann es ihn geben wird, kann sie nicht binden.'' (2).

Ein weiterer Eckstein in dieser Politik war bzw. ist der Grundlagenvertrag mit der DDR. Auch in ihm verpflichtete sich die BRD zur Respektierung des status quo. Beide Seiten bekräftigten ,,die Unverletzlichkeit der zwischen ihnen bestehenden Grenze jetzt und in der Zukunft und verpflichten sich zur uneingeschränkten Achtung ihrer territorialen Integrität'' (Artikel 3). Es gab jedoch keine völkerrechtliche Anerkennung der DDR durch die BRD. Dementsprechend wurden keine Botschafter ausgetauscht, sondern ständige Vertretungen eingerichtet. Dazu stellte das Bundesverfassungsgericht wenig später fest, daß die DDR gegenüber der BRD einen ähnlichen Status einnehmen würde wie die einzelnen Bundesländer der BRD, also NRW, Bayern etc. Der Unterschied zu der vorangegangenen Politik lag darin, daß die BRD formell auf Gewaltanwendung gegenüber der DDR verzichtete und erklärte, das Ziel der Wiedervereinigung mit friedlichen Mitteln erreichen zu wollen. Damit wird auch die im Grundlagenvertrag ausgesprochene ,,Unverletzlichkeit'' der Grenze zur DDR konkretisiert, denn ,,Unverletzlichkeit'' ist etwas anderes als ,,Unveränderbarkeit''. Das stellte die SPD-

FDP-Regierung mehrfach und formell tete und erklärte, das Ziel der Wiedervereinigung mit friedlichen Mitteln erreichen zu wollen. Damit wird auch die im Grundlagenvertrag ausgesprochene ,,Unverletzlichkeit'' der Grenze zur DDR konkretisiert, denn ,,Unverletzlichkeit'' ist etwas anderes als ,,Unveränderbarkeit''. Das stellte die SPD-

FDP-Regierung mehrfach und formell fest und setzte daher durch, daß in a l l e n Verträgen die Grenzen nur als unverletzlich, aber nicht als unveränderlich bezeichnet wurden. Auf der KSZE-Konferenz 1975 betonte der damalige Bundeskanzler Schmidt dies noch einmal: *,,Grenzen sind unverletzlich; sie müssen aber friedlich und einvernehmlich verändert werden können. Unser Ziel bleibt es, auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt.''* (3).

Will man diese Unterschiede besser begreifen, so muß an das Münchener Abkommen von 1938 erinnert werden, in dem die Tschechoslowakei große Teile ihres Staatsgebiets an das Deutsche Reich abtreten mußte. **Dieses Abkommen gilt laut Regierungsauffassung als Fall einer friedlichen, einvernehmlichen Grenzveränderung. Darum hat die BRD sich bislang — mit Erfolg — geweigert, das Münchener Abkommen als von Anfang an völkerrechtswidrig und nichtig zu erklären!**

Betrachtet man diese Linie der westdeutschen Außenpolitik, sollte man sich allerdings vor falschen Übertreibungen hüten. Eine solche Übertreibung wäre es z.B., anzunehmen, daß die BRD gegenwärtig reale Pläne zur Wiedereroberung und Wiederbesiedelung der verlorenen Ostgebiete jenseits der Oder-Neiße verfolgen würde. Das Problem ist anders gelagert. Die territorialen Rechtsansprüche werden aufrechterhalten, um damit alle M ö g l i c h k e i t e n künftiger Politik offenzuhalten. Inwieweit diese Ansprüche irgendwann einmal zu realen Gebietsforderungen an Polen durch den angestrebten ,,gesamtdeutschen Souverän'' führen, oder ob sie dazu be-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

nutzt werden, Polen zu politischem Wohlverhalten zu zwingen, kann gegenwärtig nicht vorhergesagt werden. Bevor derartige Möglichkeiten entscheidungsreif werden, muß erst einmal die Vereinigung mit der DDR erfolgen, und bis dahin ist noch ein weiter Weg.

Will man die Entspannungspolitik begreifen, muß man sie in ihrem Gegensatz zur vorher verfolgten Kalten-Kriegs-Politik nachvollziehen. Die westdeutsche Kalte-Kriegs-Politik der 50er Jahre lief direkt auf die Infragestellung der Grenzen in Europa hinaus. Das war nur im engsten Bündnis mit den USA und nur so lange möglich, wie die Vereinigten Staaten selber eine Konfrontationspolitik gegenüber der Sowjetunion betrieben. Gleichzeitig bedeutete es die weitestgehende Unterordnung der westdeutschen unter die US-amerikanische Außenpolitik. Als die USA in den 60er Jahren zu einer Politik der Verständigung mit der Sowjetunion umschwenkten, war die westdeutsche Außenpolitik ohne Rückhalt. Mitte der 60er Jahre war die BRD mit der Weiterverfolgung der Kalten-Kriegs-Politik im westlichen Lager isoliert. Nach mehreren Jahren der Orientierungslosigkeit paßte die sozialliberale Regierungskoalition seit 1969 die westdeutsche Außenpolitik den neuen Realitäten an. Die Ostpolitik als spezifisch westdeutsche Variante der Entspannungspolitik trat das Erbe des Kalten Kriegs an. Die status-quo-Politik sicherte den osteuropäischen Staaten für die Dauer dieser neuen Etappe der BRD-Außenpolitik die Respektierung ihrer Grenzen zu. Auf dieser Basis wurden die politischen und ökonomischen Beziehungen zu den spektierung ihrer Grenzen zu. Auf dieser Basis wurden die politischen und ökonomischen Beziehungen zu den Staaten des Warschauer Pakts sprunghaft auf- und ausgebaut. Dadurch wiederum verschaffte sich die BRD einen erheblich gewachsenen politischen Spielraum; ihre Außenpolitik erlangte insbesondere gegenüber den USA eine zuvor nicht gekannte Unabhängigkeit und Selbständigkeit. Damit war - und ist — die Entspannungspolitik die Linie der Außenpolitik, die unter den gegebenen Umständen den Interessen des BRD-Kapitals am besten diente und dient. Und aus eben diesen Gründen gibt es gegenwärtig wenig Neigung, zu der Konfrontationspolitik zurückzukehren, die die USA seit einigen Jahren praktizieren und auch bei ihren westeuropäischen Verbündeten durchzusetzen versuchen.

Entspannungspolitik à la BRD bedeutet also n i c h t die Anerkennung der Grenzen in Europa, ebensowenig wie die Anerkennung der DDR als ein souveräner Staat. Sie bedeutet deren förmliche Respektierung — so lange, bis die BRD mit Hilfe der Entspannungspolitik (und mit ihrer Europa-Politik, auf die hier nicht einzugehen ist (4)), sich die Stärke verschafft hat, um auf „Entspannung" verzichten zu können. Dann tritt auch die Wiedervereinigung mit der DDR, die heute **nicht** zu den aktuellen Zielen westdeutscher Außenpolitik gehört, wieder auf die Tagesordnung. **Solange die Entspannungspolitik gültige außenpolitische Doktrin ist, ist es falsch, der BRD einen „Kriegskurs" zu unterstellen.** Um so entschiedener müssen Kommunisten aber den realen Inhalt der Entspannungspolitik aufdecken und kritisieren.

2. Deutsche Frage und Wiedervereinigung

Der zweite Punkt, den J. angesprochen hat, ist der Zusammenhang zwischen der deutschen Frage und der (Wieder-)Vereinigung beider deutscher Staaten. Dieser Zusammenhang wird zwar von der bürgerlichen Politik hergestellt, ist aber nicht die Linie, mit der Kommunisten heute an die deutsche Frage herantreten sollten, und mit der auch die NHT nie aufgetreten ist. Kommunistische Politik in dieser Frage kann nur in der Forderung nach einer **vollständig demokratischen Lösung** bestehen, konkret in der Forderung nach einem Friedensvertrag, der zwei Kernpunkte enthalten muß:

a) die Herstellung der (gegenwärtig nicht existierenden) vollständigen Souveränität beider deutschen Staaten;

b) die endgültige völkerrechtliche Anerkennung der bestehenden Grenzen in Europa, d.h. auch die vollständige völkerrechtliche Anerkennung der DDR als ein souveräner Staat durch die BRD.

Um das zu erläutern, ist ein kurzer geschichtlicher Rückblick erforderlich (5).

Als Deutschland in der Nachkriegszeit gespalten wurde, war es der (west)deutschen Bourgeoisie von vornherein klar, daß nach dem verlorenen Krieg die BRD allein auf lange Zeit nicht in der Lage wäre, eine Angliederung der DDR zu erzwingen. Es mußte ein Weg gefunden werden, der die angestrebte Lösung der „deutschen Frage" organisch mit den Interessen der westlichen Alliierten verknüpfte. Dieser Weg nahm in den „Pariser Verträgen" vor 1954 und in deren Kernstück, dem „Deutschland-Vertrag", konkrete Gestalt an. Darin erhielt die BRD von den westlichen Besatzungsmächten die bis dahin fehlende politische Souveränität, verpflichtete sich mit der aufzustellenden Bundeswehr zum NATO-Beitritt — und verzichtete gleichzeitig auf einen (Rest-)Teil der Souveränität. In allen Fragen, die „Deutschland als Ganzes" — d.h. eine Wiedervereinigung — betreffen, sollten die alliierten Vorbehaltsrechte weitergelten, und im Hinblick auf diese Weitergeltung alliierter Siegerverantwortung bleibt weiterhin das B e s a t z u n g s r e c h t gültige Rechtsgrundlage für die auf Bundesgebiet stationierten alliierten Streitkräfte (Art. 4 II Deutschlandvertrag). Im Gegenzug verpflichteten sich die Westmächte, für eine Wiedervereinigung Deutschlands unter einer „freiheitlich demokratischen Verfassung, ähnlich wie die Bundesrepublik", einzutreten (Art. 4 II Deutschlandvertrag).

Im Gegenzug verpflichteten sich die Westmächte, für eine Wiedervereinigung Deutschlands unter einer „freiheitlich- demokratischen Verfassung, ähnlich wie die Bundesrepublik," einzutreten (Art. 7 II Deutschlandvertrag).

Die Entspannungspolitik hat an diesen Gegebenheiten nichts Grundsätzliches geändert. Im Gegenteil betonte die Bundesregierung aus Anlaß der Verträge von Moskau und Warschau: die Bundesregierung aus Anlaß der Verträge von Moskau und Warschau: *„Ein Friedensvertrag wird durch diesen* (Warschauer; d.Verf.) *Vertrag weder vorweggenommen noch ersetzt. (...) Wir messen der formellen Aufrechterhaltung des Friedensvertragsvorbehalts in jedem Falle eine wesentliche, auf die Wahrung der Belange Gesamtdeutschlands gerichtete Bedeutung bei."* (6). Um das auch in den Verträgen selber zu dokumentieren, wurde im Moskauer wie im Warschauer Vertrag je ein eigener Artikel aufgenommen: *„Dieser Vertrag berührt nicht die von den Parteien früher geschlossenen oder sie betreffenden zweiseitigen oder mehrseitigen internationalen Vereinbarungen."* (Art. IV des Warschauer Vertrags). Ähnlichen Wortlaut hat der vierte Artikel des Moskauer Vertrags.

Damit nahmen sowohl die BRD als auch die Sowjetunion bzw. Polen auf die Weitergeltung alliierter Vorbehaltsrechte gegenüber den beiden deutschen Staaten Bezug. Nicht nur die BRD, sondern auch die Sowjetunion — das sollte nicht übersehen werden — legte Wert auf diese Feststellung. Was das für die BRD bedeutet, wurde soeben dargelegt: es ist ein freiwilliger Souveränitätsverzicht gegenüber ihren westlichen Verbündeten, um diese in die eigene Deutschlandpolitik einzuspannen. Für die Sowjetunion bedeutet es das **Festhalten an Souveränitätsrechten gegenüber der DDR**, die als Ausfluß der Niederlage Deutschlands nach wie vor in Anspruch genommen werden. Nicht nur die Westmächte beharren auf der Weitergeltung alliierter Vorbehaltsrechte im Hinblick auf „Deutschland als Ganzes"; genauso tut das die UdSSR. In diesem Punkte, der ihnen die Möglichkeit weitgehender Einflußnahme auf die Politik der beiden deutschen Staaten einräumt, sind sich alle vier Siegermächte einig. In aller Öffentlichkeit demonstrierte das der UNO-Beitritt der beiden deutschen Staaten sowie das Berlin-Abkommen von 1971.

Der UNO-Beitritt konnte nur in Absprache mit den Siegermächten des 2. Weltkriegs erfolgen. Aus diesem Anlaß gaben diese Staaten am 9.11.72 eine gemeinsame Erklärung heraus. Die Erklärung enthielt die Vereinbarung, die zu stellenden Anträge der BRD und DDR auf UNO-Mitgliedschaft zu unterstützen, und fuhr sodann fort: die Weltkriegsalliierten *„bekräftigen in diesem Zusammenhang, daß diese Mitgliedschaft die Rechte und Verantwortlichkeiten der vier Mächte und die entsprechenden diesbezüglichen vierseitigen Vereinbarungen, Beschlüsse und Praxis in keiner Weise berühren darf".* Was das für die DDR bedeutet, war bereits ein Jahr zuvor beim Abschluß des Vier-Mächte-Abkommens über Westberlin deutlich geworden. Darin verhandelte **nicht die DDR, sondern die Sowjetunion** mit den Westalliierten über den Zugang nach Westberlin und legte fest, wie das Territorium der DDR für die Ein- und Ausreise von und nach Westberlin zu nutzen sei. Noch in den 60er Jahren hatte die UdSSR den Abschluß eines separaten Friedensvertrags mit der DDR angekündigt bzw. — gegenüber der BRD und den Westmächten — angedroht. Ein solcher Friedensvertrag hätte die vollständige Souveränität der DDR gegenüber der Sowjetunion hergestellt, indem er die sowjetischen Vorbehaltsrechte gegenüber der DDR beenden mußte. Dazu ist es jedoch bis heute nicht gekommen. Über die grundsätzliche Einschätzung der Sowjetunion soll hier nicht gestritten werden. Aus der inneren Logik der „deutschen Frage" ergibt sich jedoch eines mit Notwendigkeit: gerade wer die Souveränität der DDR verteidigen will, muß dies nicht nur gegenüber der BRD tun (das ist für eine demokratische Politik in Westdeutschland das Wesentliche), sondern kommt um eine entschiedene Kritik der sowjetischen Deutschlandpolitik nicht herum.

Wenn der Genosse J. sich gegen die „grüne Ostpolitik" von Teilen der Grünen wendet, ist ihm in vielem recht zu geben. Wenn einige grüne Bundes t a g s a b g e o r d n e t e „blockübergreifende" Friedenspolitik betreiben, indem sie in Ostberlin demonstrieren gehen, ist das zwar hauptsächlich auf politische Naivität zurückzuführen. Objektiv steckt jedoch ein ganzes Stück an Mißachtung gegenüber der Souveränität der DDR dahinter. Diese Souveränität wird von der BRD nicht anerkannt. Um so vorsichtiger sollten westdeutsche Linke damit umgehen und jeden Anschein vermeiden, der ihre Politik in ähnliche Richtung gehen lassen könnte.

Die Jahre der Entspannungspolitik haben die Brisanz der „deutschen Frage" in den Hintergrund gerückt. Von Seiten der offiziellen westdeutschen Politik ist das mit Bewußtsein geschehen, weil unter den gegebenen Umständen keine Möglichkeit zur Lösung dieser Frage im Sinne des westdeutschen Imperialismus besteht. Stattdessen ist „status-quo-Politik" angesagt. Von Seiten der westdeutschen Linken erklärt sich die fehlende Wachsamkeit mit einer weitverbreiteten Geschichtslosigkeit und Oberflächlichkeit. Die Determinanten der westdeutschen Außenpolitik sind weithin unbegriffen, und insbesondere gibt es **keine vernünftige Analyse, keinen tauglichen Begriff der Entspannungspolitik**, ihrer realen Inhalte und Ziele. Die „deutsche Frage" ist gegenwärtig ein Hund, den die westdeutsche Bourgeoisie schlafen läßt, um ihn bei veränderten Umständen von der Leine zu lassen. Kommunisten haben allen Grund, diesen Hund hinter dem Ofen hervorzuholen und ihm ein- für allemal die Zähne zu ziehen. Das kann nicht geschehen, indem man die Augen davor verschließt, daß die deutsche Frage o b j e k t i v existiert, und zwar in der Gestalt, die die bürgerliche Politik ihr gegeben hat.

Der freiwillige Verzicht der BRD auf einen Teil der Souveränität ist die eine Seite der deutschen Frage. Die Forderung nach vollständiger Souveränität richtet sich g e g e n den westdeutschen Imperialismus, der sich mit Hilfe dieses Verzichts die Allianz mit den Westmächten und deren Unterstützung seiner Wiedervereinigungspläne erkauft hat und weiter erkauft. Die andere Seite der deutschen Frage ist die Nichtanerkennung der Souveränität der DDR und darüber hinaus die Nichtanerkennung der Grenzen in Europa. Die Antwort auf die „deutsche Frage" muß darum in der Forderung nach einem Friedensvertrag bestehen, der diese beiden Seiten aufgreift und damit den eingangs skizzierten Inhalt zum Kern haben muß. Daß dieser Friedensvertrag aussteht, ist den alliierten Siegermächten ebenso wie der BRD völlig bewußt. Aus unterschiedlichen Interessen heraus sind sie sich über die Weitergeltung der Vier-Mächte-Verantwortung für das fiktive „Deutschland als Ganzes" einig, um damit alle möglichen Optionen künftiger Politik offenzuhalten. Wenn wir abwarten, bis der Friedensvertrag von der westdeutschen Bourgeoisie auf die Tagesordnung gesetzt wird, ist es für die demokratischen Kräfte zu spät.

Anmerkungen:

1) Bundesaußenminister Walter Scheel, Der deutsch-polnische Vertrag, in: Die Verträge der Bundesrepublik Deutschland mit der UdSSR und mit der VR Polen, hrsg. vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bonn 1971, S. 207. Die Vertragstexte werden nicht eigens nachgewiesen, da sie in den verschiedensten Veröffentlichungen zugänglich sind.

2) ders., ebda, S.198

3) Erklärung von Bundeskanzler Helmut Schmidt in der Schlußkonferenz der KSZE am 30. Juli 1975 in Helsinki, in: Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, KSZE-Dokumentation, hrsg. vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Köln 1975, S.180

4) vgl. dazu A. Schröder, Kriegspakt EG?, in: Beilage zu den Publikationen von BWK, FAU, KPD, NHT; 20. April 1984, S.3-5

5) vgl. dazu ausführlich: Karuscheit/-Schröder, Friedensbewegung und deutsche Frage, in: AzD 23 (1983)

6) Bundesaußenminister Walter Scheel, a.a.O., S.206, 207

Anmerkung von J.

Heiner Karuscheit hat recht, daß die NHT „als Organisation" niemals die Drei-Welten-Theorie übernahm; und zwar einfach deshalb, weil die NHT „als Organisation" keinerlei verabschiedete Grundsätze hat. Aber die Redaktion der „Aufsätze zur Diskussion" hat verabschiedete Grundsätze, und da heißt es: *„In der gegenwärtigen Weltlage stellen die USA und die Sowjetunion zwei ‚Supermächte' dar, die um die Weltherrschaft ringen und von denen die Hauptgefahr für einen neuen Weltkrieg ausgeht* (gemeint ist natürlich nicht die Gefahr für den Krieg, sondern die Gefahr eines Krieges — Anm. AK). *Gegenüber allen Illusionen über den Charakter der Sowjetunion ist festzuhalten, daß dieses ehemals sozialistische Land heute eine sozialimperialistische, nach Weltherrschaft strebende Macht ist."* (AzD No.13, 3/81). Zumindest insoweit teilt die AzD-Redaktion die Grundthese der Drei-Welten-Theorie. In der AzD No.13 heißt es weiterhin, es gäbe bezüglich der Drei-Welten-Theorie Meinungsverschiedenheiten; aber bis heute steht eine eindeutige Position der NHT aus.

Interessant ist dies deshalb, weil die NHT die „deutsche Frage" eben auch gegen die Sowjetunion richten möchte. H. Karuscheit unterstellt mir zwei Prämissen: *„Damit gehen seine Ausführungen von zwei Grundthesen aus: erstens davon, daß die Entspannungspolitik zu einer Anerkennung der Grenzen in Europa geführt hätte, zweitens davon, daß ein Aufwerfen der deutschen Frage mit der Forderung nach Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten identisch wäre. Beides ist falsch."*

Ad 1: Selbstverständlich hat die Entspannungspolitik n i c h t zu einer vollständigen Anerkennung der europäischen Grenzen geführt, hat sie nicht den westdeutschen Revanchismus beseitigt. Daß die Entspannungspolitik eine Variante imperialistischer Politik und von Seiten der BRD eine Variante langfristiger Rückeroberungsabsichten darstellt(e), das ist, fast möchte ich sagen, eine klassische KB-Position. D i e s e Kritik des realen Inhalts der Entspannungspolitik ist tatsächlich eine wichtige Aufgabe der Linken und ist vom KB in der Auseinandersetzung vor allem mit der DKP in extenso geführt worden. Allerdings ohne Klamauk um die „deutsche Frage".

Ad 2: Selbstverständlich läuft ein Aufwerfen der „deutschen Frage" auf eine Wiedervereinigung hinaus. H. Karuscheit antizipiert diese Wiedervereinigung intellektuell schon, wenn er von e i n e r deutschen Frage spricht. Akzeptiert man erstmal die Behauptung, es gelte für die BRD und die DDR die volle Souveränität zu erkämpfen, so ergibt das noch lange keine deutsche Frage, sondern z w e i Fragen. Die Souveränität der DDR vollständig herzustellen, ist, wenn überhaupt, eine Angelegenheit der DDR resp. ihrer Bevölkerung. Die Souveränität der BRD herzustellen, ist, wenn damit gemeint ist, unabhängig von den USA und der eigenen imperialistischen Bourgeoisie zu werden, unsere Aufgabe und findet ihren adäquaten Ausdruck in der Forderung „Raus aus der NATO". Unterstellt man, daß die beiden Fragen der Souveränität e i n e Frage seien, so ist die politisch logische Konsequenz, daß e i n Souverän diese herzustellen habe. Und egal, ob man diese Lösung von den vorhandenen Regierungen oder späteren Handlungen des deutschen Volkes oder dergleichen erwartet, stellt man damit in dieser politischen Aufgabe die deutsche Nation als ein Ganzes wieder her.

H. Karuscheit fordert konkret e i n e n Friedensvertrag für beide deutschen Staaten, der die „vollständige Souveränität beider deutschen Staaten" herstellen soll. Wie das? Friedensverträge erfordern logischerweise Vertragspartner. Das wären einmal die vier Siegermächte — und ...? Und die BRD und die DDR? Wieso dann e i n Friedensvertrag, wieso nicht zwei?

Wenn es darum geht, die DDR vor westdeutschem Revanchismus zu schützen und ihre Souveränität zu gewährleisten, dann reicht es völlig, wenn es einen Friedensvertrag mit der DDR gibt. Bloß daß diese bislang so souverän ist, diesen gar nicht zu fordern; sondern was die DDR fordert, ist die Einstellung der imperialistischen Bedrohung durch die NATO. Tout simplement. Aber H. Karuscheit versteht die deutsche Frage ja so, daß w i r hier im Westen gleichberechtigt gegen den Revanchismus der BRD und gegen die souveränitätsverletzende UdSSR vorgehen sollen, d.h. w i r hier im Westen erstreiten die Souveränität der DDR, und zwar so, daß diese vor der UdSSR geschützt wird. Und das hat mit Wiedervereinigung und mit linkem Revanchismus überhaupt gar nichts zu tun? **Fazit: Es gibt keine deutsche Frage ohne Wiedervereinigung.** Ohne Wiedervereinigung gibt es keine deutsche Frage, weil die als solche benannten Fragen Ausdruck des imperialistischen Charakters der BRD sind, der sich nicht aus dem geteilten Vaterland, sondern allein aus den sozioökonomischen und politischen Verhältnissen hierzulande ergibt.

Mir scheint es nicht sinnvoll zu sein, die Frage der westdeutschen Souveränität allein oder hauptseitig aus den Verträgen von 1954 herleiten zu wollen, wie dies H. Karuscheit tut. Denn seitdem sind dreißig Jahre ins Land gegangen, und die BRD ist eine der kapitalistischen Großmächte. Sie bestimmt die Politik von EG und NATO wesentlich mit. Angesichts des Umstandes, daß die BRD heute unbestritten zu den Führungsmächten des Imperialismus gehört, stellen formale Besatzungsrechte der Alliierten keine politikträchtigen Beschränkungen dar. Bis auf das Atomwaffenverbot — und auf diese Souveränität können wir wohl verzichten.

Da die BRD kein unterdrücktes Land ist, da ihre gesellschaftliche Entwicklung durch die alten Verträge nicht gehemmt wird, ist doch die Frage, für wen überhaupt die „vollständige Souveränität" momentan Relevanz hat. Die durch die Verträge gesetzten Beschränkungen der Souveränität betreffen m.W. hauptseitig zwei Fälle: Eingriffsrechte der Alliierten, falls die BRD im Alleingang, ohne Bündnis mit den Alliierten, hochrüsten sollte (vor allem atomare Bewaffnung); oder aber im Falle ernstlicher innerer Gefährdung der bürgerlichen Gesellschaft. Nun steht beides nicht an. Und die Konstruktion, daß vielleicht eines schönen Tages wir gern die Souveränität für einen anderen, roten Staat brauchen werden, wäre ebenfalls nicht sinnvoll, denn erst brauchen wir die Staatsmacht, bevor wir sie souverän gebrauchen können.

Um es mit einem Satz zu sagen: Eine Souveränität für den imperialistischen westdeutschen Staat, die die letzten völkerrechtlichen Beschränkungen gegen etwaige Expansionsbestrebungen beseitigt, ist wenig wünschenswert; und ein Staat, für den wir volle Souveränität brauchen, ist überhaupt nicht in Aussicht.

Wir brauchen keinen Friedensvertrag mit anderen Staaten, wir brauchen einen anderen Staat.

J./Hamburg, 19.5.

Der folgende Text stammt von Gerlinde. Gerlinde war eine langjährige Genossin des KB/Hamburg, die sich im Zuge der Krisendebatte aus unserem organisierten Zusammenhang löste, dem KB aber politisch und persönlich weiter eng verbunden blieb. Mit vielen von uns — innerhalb und außerhalb des KB — verbindet sie eine bis in die APO zurückreichende gemeinsame Geschichte und z.T. ein persönlicher Lebensweg.

Am 20.5. — ihrem 41. Geburtstag — setzte sie ihrem Leben ein Ende. Kurz zuvor hatte sie Freunden diesen Text übergeben. Als sich am 30.5. Verwandte, Freundinnen und Freunde von ihr versammelten, um von ihr Abschied zu nehmen, trugen wir anstelle einer Trauerrede diesen Text vor. Wir drucken ihn auch im AK ab. So erreicht diese Mitteilung noch manche oder manchen, die oder den Gerlinde selbst nicht mehr erreichen konnte.

Freundinnen und Freunde von Gerlinde.

Über das Aufstehen

I.

Salema am 15. September 1981

Heute nacht hatte der Mond, ein großer weißer Vollmond einen Hof. Es wird morgen bestimmt ein bewölkter Tag, sagten wir. Um 7 Uhr wurde ich wach — der Hahn vor meinem Fenster krähte. Sonnenstrahlen stahlen sich durch den sanft bewölkten Himmel. Wie immer lag Petra noch in tiefem Schlaf. Ich stand vorsichtig auf, in der Küche lagen noch Kekse, sogar Zigaretten hatten wir noch. Schön ist es, sich im Bett noch einmal in die dicken weichen Kissen zurückzulehnen, stundenlang als ich so noch in Simone de Beauvoir's ,,Die Mandarinen von Paris'', bis dahin, wo Henry nach Kriegsende mit Nancine nach Portugal fährt: Lissabon, die reichen Konditoreien, und die Altstadt, der Berg der Gnade, die Elendsviertel. Und Porto, da wo auch Petra und ich gleich bei den Customers der Trucks die Bretterbuden, die Müllhalden der Sintis erlebten, Endstation unseres Tramps.

Und hier leben wir in unserem Traum, völlig unglaubwürdig erscheint mir heute morgen, daß die geliehene Pocket-Camera, diese viel zu kleine, zu handliche Camera, diese Träume hier auf dem Film wird bannen können. Ich setze mich im Bett auf: Die Schleiergardinen mit den zarten grau-rosaundlila Blumen wehen sanft zu mir herüber, die weißen Fensterläden sind weit geöffnet und vor mir liegen die Fischerboote am Strand, das Meer hat heute eine bleierne Farbe und trägt nur wenige Boote — noch weit draußen. Möven kreischen, Kinder rufen und lachen. Vor dem Hühnerstall sitzt der alte Mann und kratzt mit dem Messer Meeresbelag und Muscheln von den Tontöpfen; das gleichmäßige Schaben und Kratzen begleitet mich beim Lesen in diesen Morgenstunden voll Ruhe.

Später wecke ich Petra neben mir, sie kauft ein und bringt frische, noch warme Brötchen und Honig von Bienen aus Figuera mit. Der Kaffee ist fertig, da klopft es und Birgit kommt zum Frühstück — es wird wieder ein schöner Tag werden.





II.

13. November 1971 bis März 1980:

Der Wecker könnte auch um viertel vor fünf Uhr klingeln im Morgengrauen, so wie die letzten acht 1/2 Jahre und aufgeschreckt und voll Angst, zu spät zu kommen, quäle ich mich tag für tag aus dem Bett, elektrisches Licht muß ich anschalten, denn draußen ist es noch dunkle Nacht und jeden Morgen muß ich denken, es ist Krieg. Im Dunkeln aus dem Schlaf aufgeschreckt werden — war das so im Krieg? Wenn ich allmählich wacher werde, verschwindet das Bild wieder, der Akkord muß geschafft werden, das Denken geht weg, die Frühstückspause um 9 Uhr und die MoPo: Jetzt keine Angst mehr vorm Krieg, jetzt kommt die Furcht wachen Auges, die ersten Worte kann ich wechseln mit den Kollegen. Die Arbeit ist sehr schwer, acht Jahre und kein Tag, wo mir nicht alle Glieder weh tun, acht Jahre und viele Tage, an denen ich aufs Klo flüchte, die Tränen mir laufen, weil so wenig Widerstand läuft, mir der Atem immer wieder wegbleibt, so mies sind oft die Schikanen. Jose, der Baske, steht breit lachend hinter der Drehbank und winkt mich heran, als ich mit Eimer und Feudel durch die Werkshalle gehe. Angst habe ich, denn jetzt soll ich auch noch bei den Angestellten die Aktenschränke und Schreibtische schrubben. Jose lacht immer noch, klopft mir aufmunternd auf die Schulter, während ich die Pin up-Plakate registriere an seiner Maschine — Mädchen mit prallen, sehr schönen Ärschen, aufmüpfig auf heißen Zuzukis sitzend. Ach, rede ich doch lieber mit Jose nicht unbedingt über Pornos, ich wende mich ihm wieder zu, und er sieht genau die letzte halbe Träne in meinen Augen und wird ganz ernst: Jeder Tag, Gerlinde, wo Du nach Deinem Prozeß wieder hier arbeitest, und im Betriebsrat aktiv bist, sagt er, ist ein Triumph für Dich und uns alle, und eine Niederlage für die Geschäftsleitung, Tag für Tag. Aber — wenn Du es nicht mehr ertragen kannst, die ganzen Schikanen jetzt, dann mußt Du gehen. Ach Jose, ich konnte meinen Rücken wieder gerade machen, selbst als ich ein Jahr später doch rausging aus der Fabrik, den Hallen, dem Betriebsrat, der ganzen Gewerkschaftsarbeit, da wars keine Niederlage, es mußte so sein und Du wirst es verstehen.

III.

September 1969:

Oder Du wirst mitten in der Nacht wach ohne Wecker; wie war das damals in der stockdunklen Nacht — womöglich war es das Bellen von Hunden, das mich aus dem Schlaf riß — Schäferhundengebell? Ich will mich aufsetzen, aber meine Handgelenke sind gefesselt — später erkenne ich ein eisernes Bettgestell. Die Fußgelenke sind auch gefesselt — wie ausgeliefert fühlt man sich so angekettet, wie viel schlimmer, wenn die Füße so gefesselt sind, daß die Beine weit auseinandergespreizt liegen müssen. Wo bin ich? Allmählich machen meine Augen ein Fenster aus — die Scheiben sind bleiverglast. Wieder das Hundegebell — krampfhaft will ich meine Beine zusammenziehen, aber es geht nicht, die Knöchel schmerzen mir schon von den unnachgiebigen Fesseln. Grauenhafte Angst steigt in mir hoch. Wo bin ich? Ist das doch wahr? Ich bin halb wahnsinnig vor Angst, wenn sie jetzt kommen und die Hunde auf mich jagen. Ich zerre mit den Handgelenken an den Fesseln. Ich nehme alle, alle meine Kräfte zusammen, konzentriere mich ganz auf die Fessel an meinem rechten Handgelenk, — als sei das mein einziger Feind, gegen den ich kämpfen muß. Ganz ruhig werden zwinge ich mich und drehe und wende meine Hände in diesem stahlverschlossenen Gurt, ein ums andere Mal — wohl eine Stunde lang. Dann hab ichs endlich geschafft, danke dir, makrobiotische Ernährung, bei aller Blödsinnigkeit hast Du mich ganz dünn gemacht und die Hand durch den Lederfessel gerutscht.

Ein absolutes Gefühl der Glückseligkeit läßt mich Sekunden lang vergessen, wo ich bin, vergessen die bald wie eine Flut zurückkommenden Schmerzen an meiner rechten Hand — sie ist frei! Die Angst kommt zurück — wo bin ich? Ich muß die freie Hand nutzen! Ich kratze mit den Fingernägeln an der Fensterscheibe, ktatze endlos lange auf der Schicht herum, bis ein kleines Loch im verbleiten Glas durchsichtig wird — ein fahles Licht schimmert durch — der Mond? Ich kratze weiter, es wird ein hoher Laternenmast sichtbar, oben ist ein Scheinwerfer angebracht — es ist Morgengrauen. Gras sehe ich und einen Kieselweg, der zu einem Backsteinhaus führt, das mit einem mannshohen Maschendrahtzaun umgeben ist. Auch da blinde Fenster. Eine gebeugte alte Frau, ganz schwarz-grau gekleidet, oder besser: Vermummt, kommt den Weg hoch, zieht auf einer Handkarre klappernde Gefäße, so wie die Milchkannen beim Bauern, schlurfend hinter sich her. Ist es wahr? Ich zucke vom Fenster zurück und erkenne den Raum, in dem ich gefesselt liege. Kahle mit grauer Ölfarbe gestrichene Wände, ca. 4 - 5 qm groß und da die Tür. In Augenhöhe ist eine kleine, ca. DIN A 4 große Glasscheibe eingelassen mit Gitterstäben davor. Die Ledergurte an Hand- und Fußgelenken haben stählerne Sicherheits-Schlösser, Marke BKS — gibt es sie doch wieder? Ist es tatsächlich wahr? Da — oh mein gott, ein Gesicht erscheint in dem Türfenster, ein wunderschönes Mädchengesicht, vielleicht 16, 17 Jahre alt mit wunderschönen hellen schrägen Augen und herben slavisch hohen Backenknochen, es lächelt zu mir herein! Ein Menschengesicht — ich bin ganz starr, gelähmt vor diesem Wunder, will irgendein Zeichen geben — da verschwindet dies Gesicht wieder. Nie, nie, nie werde ich dieses Mädchengesicht jemals wiedersehen. Ich werde das gleiche Mädchen später kennenlernen, aber es wird kein Mensch mehr sein. Erhaschte ich Deinen letzten, wirklichen Lebenshauch?

Mädchengesicht, vielleicht 16, 17 Jahre alt mit wunderschönen hellen schrägen Augen und herben slavisch hohen Backenknochen, es lächelt zu mir herein! Ein Menschengesicht — ich bin ganz starr, gelähmt vor diesem Wunder, will irgendein Zeichen geben — da verschwindet dies Gesicht wieder. Nie, nie, nie werde ich dieses Mädchengesicht jemals wiedersehen. Ich werde das gleiche Mädchen später kennenlernen, aber es wird kein Mensch mehr sein. Erhaschte ich Deinen letzten, wirklichen Lebenshauch?

Wahnwitzige Begegnung: Alle meine Hoffnung, meine Kraft, dem noch kommenden Grauen zu begegnen, werde ich aus diesem Augenblick schöpfen: Da war ein Menschengesicht! Da, plötzlich klappern Schlüssel. Die Tür springt auf, eine Frau knallt herein. In Panik versuche ich mein Handgelenk an die Fessel zu schieben, vielleicht kann ich meine strafbare Freiheit verbergen. Die Frau in hartem Weiß klappert mit ihrem Schlüsselbund, bringt einen Sicherheitsschlüssel an mein linkes Handgelenk und schließt auf. Mir wird schwarz vor Augen — gleich wird sie alles entdecken. Sie sieht auch sofort meine freie rechte Hand, wütende Blicke treffen mich und sie geht wieder raus, schließt die Tür zu, kommt wieder zurück, schließt die Tür auf und bringt engere Handgute an. Schließt sie ab, probiert, ist zufrieden, schließt wieder auf und setzt dann einen weißen Teller mit einer giftig riechenden gelb-grünen Flüssigkeit vor mich hin mit den Worten ,,Na, dann woll'n wir mal essen'', geht, wieder die Tür hinter sich abschließend. Ich bin total erschöpft, habe nicht gewagt zu fragen, wo ich hier bin. Hunger, klar, denke ich, das wollen sie ausnutzen, daß ich Hunger habe, um mich reinzulegen. Ganz einfach. Die übel chemisch riechende ,,Suppe'' dampft zu mir hoch. Ich überlege fieberhaft, was tun, wo kann ich sie hinschütten — aber es ist kein Abfluß da, nichts. Schon kommt die Frau zurück, sieht den vollen Teller und ich erkläre hastig: ,,Ich habe zu lange nichts gegessen, und da ist mir nach der Suppe schlecht geworden und leider mußte ich alles wieder erbrechen, hier in den Teller rein! Es tut mir so furchtbar leid!'' Die Frau lacht böse auf und sagt irgendetwas von ,,unverschämt werden'' und ,,das werden wir gleich haben'', zerrt meinen Kopf an meinen Haaren zurück und schiebt mir dann einen Löffel der übel riechenden Flüssigkeit nach dem anderen in den Mund. Ich bin zu schwach, mich zu wehren. Sie lacht hämisch, komisch, ich wußte nicht, daß es Menschen Spaß bereitet, andere zu vergiften, löffelweise zu vergiften. Jeder weitere Löffel macht sie zufriedener, ich fühle nur noch ein Würgen. Grinsend schließt die Frau mich wieder an die Gurte, schließt zusätzlich noch einen Gurt um meinen Bauch und verläßt, triumphierend den leeren Teller schwingend die Zelle, schließt die Tür wieder ab. Ich warte die Wirkung des Giftes ab, werde immer ruhiger, denke, besser so, als die ständige Todesangst, hoffend, daß das Gift mich schnell einschläfern wird.

IV.

September 1969, 1 Tag später:

Aber es ist alles ganz anders. Habe ich geschlafen? sind Wochen vergangen oder Monate? Oder nur einige Minuten? Auf jeden Fall ist es Tag, die Tür meiner Zelle ist geöffnet und ich sehe einen großen Saal, vollgestellt mit ehemals weiß lackierten, jetzt vergilbten eisernen Bettgestellen. Eine alte dünne Frau schlurft an meiner offenen Tür vorbei. Jemand ruft ,,Frau Gut!'' und sie dreht sich um. In den ungefähr 20 Betten liegen Frauen. Ist das hier ein Asyl? ein ganz normales Krankenhaus? ein Irrenhaus? ein Gefängnis? oder doch ein KZ? Die Frau Gut hätte ich fragen müssen, wenn sie schon so heißt. Inständig hoffe ich, daß sie nochmal an meiner Tür vorbeikommt — vergeblich. Stattdessen kommen zwei Riesenkerle an mein Bett ,,Na, dann wolln wir mal'' sagt der eine, mein gott, er hat eine Spritze in der Hand!!! Ich muß es jetzt wissen, um Gottes Willen, ich nehme alle meine Kraft und meinen ganzen Mut zusammen und frage sie: ,,Wo bin ich?'' Schallendes Gelächter dröhnt mir von den weißgestärkten Männern entgegen, aus ihren riesengroßen Mündern wiehert ihr Lachen, es klatscht gegen die engen Wände und schlägt über mir zusammen, erdrückt mich, das Lachen dröhnt in meinen Ohren, aus. Der eine, immer noch Grinsende hält die Spritze hoch und ich wimmer nur noch ein Bündel Angst: ,,bitte, nicht, bitte keine Spritze''. Sie machen den Bauchgurt auf, drehen mich zur Seite, ich winsel, jammer, der kommt mit der Spritze immer näher, ich zerre meine letzte Kraft zusammen und fange an zu zählen: ,,einundzwanzig, zweiundzwanzig, dreiundzwanzig'' ... ein uralter Trick, mich weg, weg, wegzukonzentrieren, weg von den gleich auf mich zukommenden Schmerzen durch die Spritze, da nimmt dieser dreimal weiß gestärkte Mann seine Spritze wieder zurück, lacht wieder und meint zu seinem Kumpel: ,,Siehst Du, hab ich Dir doch gesagt, die schreit wegen nichts, die spinnt total''. Und zu mir ganz freundlich der andere: ,,Die Spritze ist nicht für Dich, wir wollten nur mal sehen''. Dann gehen beide lachend und fröhlich wieder raus, wollten mir nur mal ein bißchen Angst machen. Ja, später hat ich's dann an vielen Dingen gemerkt, das psychiatrische Landeskrankenhaus Marburg war vergleichsweise noch ganz human. Mein behandelnder Arzt Dr. Frenzel, voller Verständnis: ,,Pfleger ist ein schlecht bezahlter Beruf und sozial nicht so gut angesehen. Ich weiß, wir haben leider einige Pferdeknechte dabei'', er sagte mir auch, ,,daß er da leider nichts machen könne''. Ja, für mich wars auch ganz schön schwer, da was gegen zu machen, besonders die verdammten Gurte hielten einen sehr davon ab.

Sektierertum und Verparlamentarisierung

— Zur Entwicklung der Hamburger GAL - Politik —

Die GAL ist seit dem Einzug in die Bürgerschaft im Juni 1982 zum zweifellos dominierenden Faktor der linken Opposition außerhalb von DKP und SPD-Linken in Hamburg geworden. Sie hat dabei eines der Ziele linker Parlamentsbeteiligung erreichen können (beziehungsweise kommt ihm nahe): Zusätzlich zur Wirkung des außerparlamentarischen Widerstands und seiner Grenzen der Durchsetzungsfähigkeit und Öffentlichkeitsarbeit eine neue Ebene des politischen Wirkens zu nutzen, die zwar nicht mehr Durchsetzung, aber mehr Öffentlichkeit in andere Teile der Bevölkerung ermöglicht. Sie hat aber auch in einem innerorganisatorisch schmerzlichen Prozeß das Problem (oder Phänomen?) zu verarbeiten, daß neue Handlungsebene, erweiterte Zugangsmöglichkeiten zu Informationen und Medien nicht gleichbedeutend sind mit gesteigerter außerparlamentarischer Schlagkraft und Wirkung. Im Gegenteil, gerade daran hapert es, wie zuletzt die Aktionen gegen die Umweltvergiftung und den Chemie-Betrieb Boehringer deutlich gemacht haben.

In der GAL reift mit der Krise des außerparlamentarischen Wirkens eine Diskussion heran, auf deren Auflösung man gespannt sein darf. Das Hauptstichwort bei den bislang nur auf der Ebene der Gremien geführten
sung man gespannt sein darf. Das Hauptstichwort bei den bislang nur auf der Ebene der Gremien geführten
Überlegungen ist das der ,,Verparlamentarisierung''. Noch Ende letzten Jahres glaubten viele, die Probleme bewätigt zu haben; lag doch die im Rahmen der Herbstaktionen von der GAL initiierte ,,Springer-Blockade'' erst wenige Wochen zurück und galt als d e r Erfolg schlechthin. Die Ernüchterung folgte jetzt mit der mißlungenen Blockade von Boehringer und der schlechten Mobilisierung. Nun wollen wir es uns nicht so einfach machen, den Spieß umzudrehen: Wenn eine aus verschiedenen Gründen gelungene Aktion im Oktober 1983 Beweis für die richtige Politik ist (so die GAL-offizielle Wertung der Springer-Aktion), so ist eine mißlungene Aktion Beweis für eine schlechte und falsche Politik. Vielmehr sollen in diesem Artikel einige Bedingungen für die negativen Entwicklungen benannt werden, wie etwa das in Teilen der GAL anzutreffende Sektierertum (das alte linke Führungsansprüche einfach durch neue grüne abgelöst hat); sowie eine Form der Verparlamentarisierung, die möglicherweise daraus resultiert, daß eine Organisation, die zu 80% aus Tätigkeit und Apparat für die parlamentarische Arbeit besteht, mit einer gewissen Zwangsläufigkeit in ihrem außerparlamentarischen Wirken Schwächen zeigen muß. Gepaart mit Sektierertum und mangelhafter bzw. verpönter Bündnispolitik setzt sich dann leichte eine politische Tendenz durch, die nach und nach zur Unwertung einstiger Ansprüche führt, nämlich die bisherige Arbeit durch parlamentarische Tätigkeit nicht nur zu bereichern, sondern sie tendenziell dadurch zu ersetzen.

Paradoxerweise ist die GAL-Politik weniger in ihrer Arbeit im Parlament verparlamentarisiert und angepaßt, sondern eher in ihrem Wirken außerhalb des Parlaments.

Politik am Beispiel Boehringer

Es ist vor allem dem Wirken der GAL zu verdanken, daß das ganze Ausmaß der Umweltvergiftung und Grundwasserverseuchung in den letzten Monaten über die Hamburger Grenzen hinaus in die öffentliche Diskussion gelangt ist. Ob es die Aufdeckung des Abfallbeseitigungsskandals um die Firma Uhlig ist, die mit Duldung der Behörden Giftmüll unter Hausmüll mischte und verschob. Oder die Aufdeckung der Gewässerverunreinigung durch die Lufthansa. Oder der gigantische Skandal um die Giftmüll-Deponie Georgswerder, die Dioxin verseucht ist und einen ganzen Stadtteil bedroht. Oder die Kampagne gegen den Dioxinproduzenten Boehringer. Immer war es vor allem das beharrliche und ausdauernde parlamentarische Wirken der GAL in Zusammenarbeit mit lange schon am Ball befindlichen Umwelt-Initiativen, das diese Umweltskandale in der Öffentlichkeit bekannt machte. So initiierte die GAL einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß Georgswerder, ließ in einer spektakulären Aktion Boehringer-Akten beschlagnahmen, setzte die Untersuchung des Vorwurfs der Bestechung gegen Boehringer durch (1972 erhielt die staatliche ,,Leitstelle für Umweltschutz'' 10.000 DM Schmiergelder für die Aktion ,,Grünes Hamburg''; neuerdings verdichtet sich auch der Verdacht, daß zumindest die CDU Schmiergelder erhielt). Es ist schon über Monate gelungen, die Enthüllungen in die Medien zu lancieren, die Verantwortlichkeit der regierenden SPD und ihrer Vertuschungs-Behörde für Umweltschutz immer wieder anzugreifen. All dies wäre ohne GAL-Präsenz im Parlament mit Sicherheit nicht gelungen.

Was liegt da näher als das Ausdehnen dieses Wirkens auf außerparlamentarische Aktionen zu diskutieren? Und so geschah es. Doch unterhalb von Superlativen machen Teile in der GAL es nicht. Noch im Rausch der ,,*größten, härteste(n) und schon im Vorfelde spektakulärste(n) Blockade während der Friedenswoche*'' (so taz-Redakteur Thomas Janßen in der ,,MOZ'' 11/83 zur Springer-Aktion) sollte jetzt ,,*ein Signal für eine breite Widerstandsbewegung*'' durch die Blockade der Chemiefabrik Boehringer gesetzt werden (GAL-Mitglieder-Rundbrief 2/84).

So hatte es im Februar eine Landesversammlung der Hamburger Grünen beschlossen. Hintergrund dabei war auch die Absicht, sich mit einem solchen ‚Signal' bundesweit bei den Grünen als besonders radikal-ökologisch zu profilieren. Im Übereifer wurde dann von einigen, die dies offensichtlich anders verstehen, auf der GAL-Mitgliederversammlung Anfang April versucht, die Ökologiefrage zum alleinigen Schwerpunkt der GAL und ihrer Fraktion für die nächste Zeit zu erklären (was allerdings scheiterte).



Außerparlamentarischer Mißerfolg: Auftakt zur gescheiterten Boehringer-Blockade Mitte April 1984.

Damit der grüne Rahmen stimmt, wurden für die Blockade der Bundesvorstand der Grünen, der neugewählte Bonner ‚Weiberrat' und ein Europa-Kandiat mobilisiert (wenn auch nicht alle kommen konnten). Auf einer Pressekonferenz wurden im Hochgefühl des bevorstehenden Ereignisses schon mal 5.000 bis 10.000 Teilnehmer angekündigt.

Das Ergebnis war ernüchternd: Weder gelang eine Blockade (sieht man mal von den Polizeiabsperrungen ab), noch erfüllte die Teilnehmerzahl mit knapp 1.000 die Erwartungen.

Zur Häme gibt es keinen Grund angesichts der aktuellen und zukünftigen Bedeutung der Umweltvergiftung für die Hamburger Politik. Wohl aber müßte innerhalb und außerhalb der GAL eine Diskussion beginnen, die sich kritisch mit dem Politikansatz der GAL beschäftigt, damit zukünftig tatsächlich einiges mehr in Bewegung gerät. Bleibt man beim Erklärungsmuster eines nicht genannten GAL-Nachrückers stehen, ,,*die 68er sind alt geworden, wer ein Eigenheim und ein dickes Auto hat, hat eben was zu verlieren*'' (so laut taz vom 17.4.), ist es nur eine Frage der Zeit, die letzten Hemmungen über Bord zu werfen und Politik nur noch auf der parlamentarischen Schiene zu fahren, weil: Die Leute aus der ‚Bewegung' wollen ja gar nicht. Ein bißchen mehr an Verantwortlichkeit für das politische Geschehen, als solche einfachen Erklärungen, kommt der GAL als politisch dominierenden Faktor schon zu.

Verfehlte Bündnispolitik

Will man wirklich ein ,,Signal', setzen, einen Neuaufschwung der außerparlamentarischen Umweltschutzbewegung mitorganisieren, muß man sich schon ein Stück weit auf das politische Spektrum beziehen, das in Hamburg Träger von Aktionen in Vergangenheit und Gegenwart war und ist. Eine Bewegung vom angekündigten Ausmaß erfordert ähnliche Beharrlichkeit und Kleinarbeit, wie sie die GAL in der Parlamentsarbeit an den Tag legt, oder zumindest ähnlich günstige Stimmungslage, wie sie bei der Springer-Aktion vorhanden war. Bezogen auf Boehringer glaubten einige GAL-Strategen, die parlamentarische Vorarbeit, ihr Wirken über NDR, ,,Hamburger Abendblatt'' und ,,taz''-Bekanntmachungen reichten hin. Die GAL ruft, und alle, alle kommen. Zusammengearbeitet hat man mit den verbliebenen Umweltschutzinitiativen (deren Mitglieder weitgehend der GAL-Anhängerschaft zuzurechnen sind), mit Gruppen wie ,,Robin Wood'' und ,,Greenpeace'' (deren verdienstvolles Wirken vor allem in der Spektakularität ihrer Aktionen besteht) und den GAL-Einheiten selber. Keinerlei ernsthafte bündnispolitische Bemühungen wurden gegenüber den Gruppen gestartet, die Hauptträger der friedenspolitischen Aktivitäten der letzten Monate waren. Zusammenarbeitsbemühungen gegenüber ,,Traditionalisten'' wie DKP, KB und anderen stehen sowieso außerhalb der Vorstellungskraft, bzw. werden abgelehnt. Politik in den Gewerkschaftsbereich hinein wurde gar nicht erwogen, obwohl es in Hamburg ein kritisches innergewerkschaftliches Potential gibt. Hindernis für Bündnisbemühungen ist, daß die GAL etwas ganz Neues an Politik repräsentieren will. Zwar hätte man gerne die Anhängerpotentiale der angeführten potentiellen Partner, doch zeigt sich innerhalb der GAL kaum Bereitschaft, eine Bündnispolitik zu praktizieren, die bereit ist gleichberechtigt mit Partnern zusammenzuarbeiten, d.h. auch unterschiedliche Vorstellungen zu akzeptieren und auf dieser Grundlage eine Weg für gemeinsame Aktionen zu diskutieren. Bei der Boehringer-Blockade kam hinzu, daß man sich auf dem originären Gebiet der GAL-Politik, dem Umweltschutz, sowieso an der Spitze glaubte.

Beispielhaft durchpraktiziert wurde der GAL-Führungsanspruch bei der Springer-Blockade im Oktober '83: Das Wirken maßgeblicher GALlier war darauf gerichtet, alles im Griff zu haben, andere Aktionsvorstellungen auszugrenzen oder weitgehend einzudämmen. Kritik daran, wie etwa die des KB, wurde ins gegnerische Lager verwiesen und inner-gallisch zur Erzeugung einer Jetzt-erst-recht-Stimmung benutzt. So hat der relative Erfolg der Springer-Aktion der GAL fast vollständig den Blick für dessen Voraussetzungen vernebelt. Weder war dies auf gute Bündnispolitik zurückzuführen, noch auf Kleinarbeit und Organiserung praktischen Widerstands in der Friedensbewegung. Es war ganz einfach ein ,,Abstauber''-Erfolg, dessen Grundbedingungen die monatelange praktische Vorbereitung zahlloser Friedensinitiativen außerhalb der GAL und der Grünen war, die es überhaupt erst ermöglichte, daß die GAL aus 400.000 Teilnehmern der ‚Volksversammlung' heraus 10. - 15.000 Menschen für eine Anschlußaktion mobilisieren konnte. Neben dem Ausnutzen linker Stimmung gegen die ewigen ‚Latsch-Demos' war für dieses Potential die Hoffnung auf ‚action' attraktiv. Da man aber zwanghaft auf Erfolg festgelegt war, fielen die Bewertungen der GAL entsprechend aus — wobei in diesem Fall der schon einmal zitierte ,,MOZ''-Artikel von Thomas Janßen (th.j.) symptomatisch ist. th.j. wird nicht müde, sich immer wieder an der größten aller Blockaden zu begeistern, und verwechselt, wie die GAL in ihrer Presseerklärung auch, Beifall für Reden mit politischer Zustimmung und Unterstützung. Hat man doch für die Forderungen ,,Raus aus der NATO'', ,,Kein Vertrauen in Genf'', ,,Widerstand gegen Springers Kriegshetze'' erreicht, daß diesen ,,*Kernaussagen durch riesigen Beifall am meisten zugestimmt*'' wurde (GAL-Rundbrief 10/83). So kann man sich in die eigene Tasche lügen, denn was ist geblieben: **Die GAL hat sich aus der aktiven Friedensbewegung weitgehend abgemeldet; ihr verbliebenes Engagement ist geringer geworden; die großen Töne der Fortsetzung der Springer-Kampagne, einmündend in ein Tribunal, sind über die Spruchebene nie hinausgekomen, nicht einmal begonnen.**

Doch was soll's: ,,*Durch Begründung und Durchführung der Springerblockade hat die GAL über die friedenspolitischen Aktivitäten für den ‚Nachherbst' hinaus entscheidende außerparlamentarische Akzente in Hamburg gesetzt*'' (th.j. in ,,MOZ'' 11/83). Mag sein, doch mit Sicherheit anders, als der Verfasser glauben machen will.

Nicht jeder der ‚Blockade' sagt, meint ‚Blockieren'

Schon bei der Springer-Aktion war die Ankündigung einer Blockade sympathieheischender Nebelwerfer für einen demonstrativen Akt. Das Hauptproblem maßgeblicher GALlier war nicht die Erörterung, wie die Auslieferung der Zeitungen ver- oder behindert werden könnte, sondern die Sorge um ,,*immer neue Vorschläge, um ‚absolute' Gewaltfreiheit zu gewährleisten*'' (th.j.) dominierte.

Auch vor der Boehringer-Aktion wurde erklärt: ,,*Wir erwarten, daß diese Massenblockade den Produktionsablauf bei Boehringer empfindlich stört und insofern sichtbarer Ausdruck unserer Forderungen nach Produktionsstillstand ist*'' (GAL-Rundbrief 2/84).

Verbal tatsächlich eine radikale Ankündigung: Einen Betrieb durch Aktion von außen an der Produktion zu hindern! Nur leider findet dies kein Äquivalent in der Fähigkeit, solche Ankündigungen auch in die Tat umzusetzen (eine Problematik, die bereits bei der Springer-Aktion deutlich war). Weder hatte die GAL die Kraft, die für eine solche Aktion notwendige Infrastruktur von Initiativen und Basisgruppen zu schaffen, was erheblich mehr an Bemühungen um Organisierung und Kleinarbeit bedeutet hätte, als dies GAL-üblich ist. Ebensowenig bestand die Fähigkeit, die notwendige Informationspolitik und Organisierung von Diskussion zu leisten, die Voraussetzung dafür ist, daß eine große Zahl von
Diskussion zu leisten, die Voraussetzung dafür ist, daß eine große Zahl von
Menschen nicht nur zu einer Aktion gerufen, sondern auch an ihrer Ausgestaltung beteiligt wird.

Folge eines solchen Schnellschusses: Der reale Ablauf einer Aktion entfernt sich vom proklamierten Aktionsziel. War das, was an Fehlern und Mängeln in Bündnispolitik und Organisation der Aktion in der Vorbereitung bereits deutlich war, bei der Springer-Aktion deshalb verdeckt, weil man sowohl linke Stimmung auf seiner Seite hatte, als auch einfach viel Glück, so fehlte bei der Boehringer-Aktion sowohl die entsprechende Stimmung in der Linken, als auch das Glück. Die Mängel in der Politik waren damals schon die gleichen, wurden aber durch laute Fanfarenstöße übertönt. Vor diesem Hintergrund war der Mißerfolg der Boehringer-Aktion auch eine Folge aus der falschen Bewertung der Springer-Aktion in der GAL, Eine andere Einschätzung der eigenen Möglichkeiten hätte wohl auch zu anderen Aktionsformen veranlaßt.

Folge bei der Boehringer-Aktion: Von ernsthafter Blockadevorbereitung kaum eine Spur, dafür Hilflosigkeit vor den Polizeisperren, die doch eigentlich nicht überraschen durften. Stattdessen wurde versucht, kurzweilige Unterhaltung vor der Polizeisperre zu liefern. Mittlerweile war auf der anderen Seite der Zugang zum Betrieb mehrere Stunden (außer durch Behinderung seitens der Polizei) völlig offen. Hinzu kam, daß Boehringer selber vorgesorgt hatte und vor Beginn der Aktion die Arbeiter der Spät- und Nachtschicht bereits im Betrieb waren, es von außen also gar nichts mehr zu blockieren gab. Dies zeigt noch einmal die Problematik effektiver Behinderungsaktionen auf, die, wenn sie wirken sollen, viel Mobilisierung, viel Organisierung und viel Durchhaltevermögen erfordern würde. All dies war aber nicht gegeben.

Da dies so ist, aber so gut wie gar nicht ernsthaft erörtert wird, tritt ein anderer Effekt ein: Die Not wird zur Tugend gemacht. Obwohl den Organisatoren bei Beginn der Aktion bekannt war, daß es außer Autoverkehr nichts zu blockieren gab, wurde dies den Teilnehmern verschwiegen, wohlwissend, dies könnte demobilisierend wirken. Fast mußte es wie ein Geschenk des Himmels erscheinen, daß es möglich wurde, das Aktionsziel ,,Blockade'' zugunsten des Ziels Kundgebung vor dem Boehringer-Betrieb umzubiegen. Diese war zunächst verboten und vom Verwaltungsgericht Hamburg kurz vor Beginn der Aktion dann doch genehmigt worden. So beherrschte den Aktionsnachmittag das verbale Tauziehen um die Durchsetzung des Gerichtsurteils. Doch nicht einmal hier war die Bereitschaft da, vorort wenigstens dieses Ziel, Wahrnehmung eines gerichtlich bestätigten Rechts, konsequent anzugehen. In einer Kritik der ,,Antimilitaristischen Gruppe Wandsbek'' an der Aktion wird als Folge des Agierens Unentschlossenheit, Lähmung, ja fast Demut festgestellt. Doch auch hier gibt es eine fast GAL-typische Antwort:

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

„Hätten sich die Demonstranten nicht so zurückhaltend verhalten, (Innensenator) Pawelczyks Lederkerle hätten die Knüppel eingesetzt" (Kommentar in der taz vom 18.4.). Sodaß der Erfolg der Aktion darin besteht, daß er nicht hat einsetzen lassen? Wer dabei war, weiß, daß diese Behauptung erdacht ist. Zwischen einer Knüppelei (der hier nicht das Wort geredet werden soll, schon gar nicht bei dem Kräfteverhältnis) und Regelverletzungen zur Wahrnehmung eines verbrieften Rechts gibt es durchaus noch eine Spanne von Aktionen. Nur gab es dafür weder eine Vorbereitung noch die Bereitschaft (abgesehen von einer Minderheit), worauf die Organisatoren, obwohl sie selber kräftig daran mitgewirkt haben, sich im Umkehrschluß berufen möchten. Aber gerade das versaut solche Aktionen, prägt zunehmend das, was als „breite W i d e r s t a n d s bewegung" angekündigt war.

Was blieb außer Enttäuschung unterm Strich: Die GAL hatte Stoff für die p a r l a m e n t a r i s c h e Nachbereitung der Aktion über den Vorwurf gegen den Innensenator, er beuge das Recht. GAL-interne Enttäuschungen über den Verlauf der Aktion trösten sich damit, das Ziel eigentlich vorher schon erreicht zu haben: Über die Schließung Boehringers werde öffentlich diskutiert. Zweifellos eine wichtige und notwendige Bedingung, wenn man in die Richtung weiterarbeiten will. Sollte es nur ein Ausrutscher sein, daß einer der Organisatoren angesichts der enttäuschenden Beteiligung im Gespräch feststellte, wir hätten uns die Aktion auch sparen können; allein schon mit ihrer Ankündigung hätten wir eine Diskussion in den Medien erreicht?

Das ist Verparlamentarisierung der Politik im außerparlamentarischen Wirkungsbereich, wo die Aktion, die Ankündigung von Widerstand nur die Staffage für das parlamentarische Handeln ist. Daß dies allerdings auch zum Dilemma in der GAL wird, die ja immerhin den Anspruch transportiert, die Welt nicht übers Parlament verändern zu können, spielt innerorganisatorisch schon eine Rolle, weiß man doch, *„daß selbst ein ‚mehr Demokratie wagender' Staat — unter Einschluß seiner Parlamente — nicht Hebel oder Instrument für eine endgültige Emanzipation der von ihm regierten, kommandierten und manipulierten Individuen sein kann"* (GAL-Beschlüsse zur Parlamentsarbeit).

Parlamentarisches Übergewicht

Die GAL-Wirklichkeit ist, daß das Wesen ihrer politischen Möglichkeiten in ihrem parlamentarischen Wirken besteht. Entsprechend nimmt diese Seite auch den Löwenanteil der politischen Aktivität, des bezahlten Funktionärskörpers und der politischen Initiativen ein. Ein weiterer Teil der Arbeit dient
ein. Ein weiterer Teil der Arbeit dient
der Verwaltung des eigenen Ladens und der Regelung des innerparteilichen Lebens. Der geringere Teil der Arbeit und des bezahlten Funktionärskörpers dient der außerparlamentarischen Arbeit. Dieses **parlamentarische Übergewicht** der GAL dürfte seine Wurzeln in dem schon bei der Gründung angelegten Anspruch haben, jedes und alles im Parlament besser, gründlicher und schneller als die etablierten Parteien bewältigen zu können, sodaß die GAL Mittlerweile aus einer Vielzahl ‚besserer Parlamentarier' besteht. Nur ist in der Vergangenheit viel zu wenig danach gefragt worden (bzw. kann man auch heute noch kaum danach fragen), was das denn politisch einbringt. Tatsache ist, daß heute viel Arbeit darin investiert wird, Aufträge aus dem Parlament in die GAL hineinzutragen und von dort wieder ins Parlament zurück, die sich trotz großem Arbeitsaufwand als politischer Leerlauf erweisen. In Hamburg ist diese Konkurrenz zur regierenden SPD besonders absurd, denn diese besitzt nicht nur den größeren Parteiapparat, sondern dazu auch noch einen soliden Beamten- und Behördenunterbau. Zwar ist die Behauptung des parlamentsorientierten Übergewichts nicht in der Weise statisch zu sehen, daß dies vom außerparlamentarischen Geschehen abgetrennt ist; findet doch nach wie vor ein reger Austausch mit außerparlamentarischen Inititiven in Bezug auf ihre Belange statt. Nur ist nicht von der Hand zu weisen, daß dieses seitens der GAL eindeutig unter dem Schwerpunkt der parlamentarischen Verwertbarkeit steht.

Dies zu erkennen, ist eine Grundbedingung, um eine ernsthafte Debatte über ein zu entwicklendes produktives Spannungsverhältnis parlamentarischer und außerparlamentarischer Möglichkeiten zu entwickeln. Im Sinne der Ausnutzung parlamentarischer Möglichkeiten sind der GAL kaum Vorwürfe zu machen. Es überwiegt aber die Tendenz der Einbahnstraße. Wenn das Realität ist, gilt es für die GAL, Stärken und Schwächen ihrer Arbeit zu erkennen, und letztere liegen eindeutig im außerparlamentarischen Bereich. Das weiß auch fast jeder in der GAL. Nur paßt dieses Wissen überhaupt nicht zum beanspruchten und praktizierten Führungsanspruch, der sich in Versuchen inhaltlicher Reglementierung und organisatorischer Dominanz gegenüber außerparlamentarischen Aktionen ausdrückt. Der alte GAL-Anspruch, außerparlamentarische Bewegungen n i c h t instrumentell nutzen zu wollen, wird kaum noch verfolgt; ebensowenig gibt es eine erkennbare Sensibilität für diese besonders in der AL während ihrer Gründung problematisierte negative Seite möglicher GAL-Entwicklung. Stattdessen wird GAL-intern die nicht verborgen gebliebene organisatorische Schwäche kompensiert durch eine typisch sektiererische Tendenz, das Heil in einer strafferen Druchorganisierung des eigenen Ladens zu suchen (Motto: vor allem aus dem Lager der ehemals straffer organisierten GALlier: Mehr Schlagkraft, mehr Organisation, Berichte schreiben, Verantwortliche benennen). Fruchten dürfte es kaum, scheitert dies doch sowohl am Verständis: *„daß Breite und Strömungsvielfalt der Grünen eine notwendige Voraussetzung ihres Erfolges darstellt"*, als auch an der Heterogenität des Politikverständnisses der Individuen in der GAL. Wer aus Grünen oder GAL eine Kaderorganisation machen will (und das wollen einige), wird unversehens bei einer Funktionärsorganisation herkömmlichen Typs landen. Zu befürchten ist, daß eine Debatte unter dem Stichwort „Die GAL muß endlich zur Partei werden" zu einer beschleunigten Durchsetzung einseitig parlamentsorientierten Wirkens in die außerparlamentarische Bewegung hinein führt. Solange Gewichtung und Wertigkeit der Arbeit in der GAL auf Parlamentsreden, Ausschußarbeit etc. liegt, während nicht daraus ableitbare politische Tätigkeit und Kleinarbeit eindeutig geringerwertig ist (darüber läßt sich beispielsweise in der GAL nicht ‚Karriere' machen), kann das kaum anders sein.

Den „Nutzen der GAL für die Bewegung thematisieren"

Gerade dies aber — so war der Anspruch bei GAL-Gründung — sollte verhindert werden; heißt es doch dazu in den Beschlüssen zur Parlamentsarbeit: *„Wir wissen, daß unser Bemühen, in die Parlamente hineinzukommen, von einer doppelten Gefahr begleitet wird. Zum einen der Gefahr, daß sich die Mitglieder der GAL nach der Wahl parlamentsborniert aus ihren bisherigen Arbeitsfelder entfernen und schrittweise zum reduzierten Unterbau der Parlamentsarbeit verkommen. Das hätte negative Auswirkungen auf das innere Gefüge der GAL und ihre Demoktatie. Sie würde sich tendenziell den vom Staat vorgeschriebenen Politikformen angleichen und damit zugleich dem Charakter der etablierten Parteien. Eine doppelte Entfernung, einmal der GAL von den außerparlamentarischen Bewegungen und zweitens unserer Parlamentarier von der sie tragenden Basis wären die zwangsläufige Folge.* ***Zurückbleiben würde eine bloß noch instrumentelle Bezugnahme der GAL auf jene Bewegungen, aus denen sie hervorging. Es würde dann der Nutzen von Bewegungen für die GAL, statt umgekehrt der Nutzen der GAL für diese Bewegungen thematisiert werden".***

Was da 1982 so weise vorausschauend problematisiert wurde, ist in nur zwei Jahren weitgehend verschütt gegangen.

Zwei Konsequenzen sind denkbar:

1. In der GAL wird versucht, diese Probleme zu diskutieren mit der Folge, eine Umwertung des parlamentarischen Übergewichts vorzunehmen (was nicht mit Aufgabe der mehrfach beschriebenen positiven Wirkungen der GAL-Parlamentsarbeit verwechselt werden darf). Die Bedingungen hierfür sind nicht besonders gut. Spätestens seit der Stellenbesetzungsdiskussion von vor einem Jahr ist mit der Ausdehnung des Rathaus-Funktionärskörpers die Entscheidung für den parlamentarischen Wasserkopf gefallen. Zumindest muß versucht werden, die GAL von ihren außerparlamentarischen Dominanzansprüchen runterzubringen, zugunsten einer die außerparlamentarische Entwicklung fördernden Tendenz.

2. Die Teile der außerparlamentarischen Bewegung, die einen postiven Bezug zur GAL haben, durch ihr Wirken nachhaltig beeinflußt sind (wie ich meine nicht zum Besten), entwickeln die Diskussion, sich vom Führungsanspruch der GAL zu ‚emanzipieren', ohne diesen positiven Bezug aufzugeben. Gerade hier mangelt es an Diskussionsbereitschaft, und die vorhandene Kritik artikuliert sich vorrangig an Kneipentischen. Die Vorbereitung zukünftiger Aktionen wäre das beste Feld der Entwicklung von mehr Selbständigkeit und solidarischer, gleichberechtigter Zusammenarbeit.

hr.



Parlamentarischer Erfolg der GAL: Unter Führung der GAL-Abgeordneten Thea Bock, begleitet von Kripobeamten, werden Anfang April Boehringer-Akten beschlagnahmt.

Verhandlungen um eine GAL als Grüner Landesverband in Hamburg

Seit mehr als einem Jahr laufen in der Hamburger GAL, die formal aus den getrennten Verbänden der Grünen und der Alternativen Liste besteht, Überlegungen um die Gründung einer gemeinsamen Organisation mit Anbindung an die grüne Bundespartei. Der erste Anlauf der AL (1983), eine Vertragslösung ähnlich dem Modell der AL Berlin anzusteuern, scheiterte am Widerstand der Hamburger Grünen. Bedenken unterschiedlicher Art fanden sich zusammen: Eine zu starke Repräsentanz des KB in der AL schade bei den Bundes-Grünen; die Aufrechterhaltung der Option, bundesweit mit ALs zusammenzuarbeiten, wurde als nicht akzeptable Konkurrenz zu den Grünen gesehen; und ganz profan das Kalkül, ein Zusammenschluß zur GAL könnte das bisherige Kräftegleichgewicht der Hamburger Grünen stören.

Die Debatte um die Unterstützung der BAL in Bremen trug dazu bei, alle Überlegungen über eine gemeinsame GAL auf Eis zu legen.

Diese Eiszeit wirkt tief in die aktuell laufende Debatte hinein. Auf ihrer Mitgliederversammlung im Januar konnte sich die AL nicht auf eine gemeinsame Position für die Verhandlungen einigen. Eine Minderheit betrachtet die Mehrheit in der AL, besonders die KBler, als „grünenfeindlich". Der größte Teil dieser Gruppe ist bereits Mitglied der Grünen. Einzige mühsam erreichte Übereinstimmung war die Bildung einer Verhandlungskommission, die zusammen mit den Grünen *„Lösungsvorschläge für einen organisatorischen Zusammenschluß GAL und eine Regelung zur Einbeziehung in die Grüne Partei erarbeiten"* soll (AL-Beschluß v. Januar '84).

Diese Kommission hat mittlerweile Protokolle und Positionen vorgelegt, die jetzt in der GAL diskutiert werden sollen. Dabei erweist sich, daß es faktisch bei diesen Beratungen allein noch um die Frage geht, wie sich die AL in die Grünen auflöst, nicht aber, wie auf gleichberechtigter Grundlage zwei Organisationen sich vereinigen. Von AL-Seite wird dies mittlerweile auch gar nicht mehr angestrebt. Einstmalige Mindestpositionen wie Minderheitenschutz und Regelung auch für solche Mitglieder, die sich den Grünen nicht anschließen wollen, werden nicht mehr erhoben. Von grüner Seite wird eher unwillig diese Diskussion überhaupt geführt und wenn, dann vor allem in der Formulierung von Aufnahmebedingungen und der Abforderung von Distanzierungserklärungen zu früheren Positionen in der AL.

Im Einzelnen sind dabei die Vorstellungen:

— Eine *„klare inhaltliche Position der AL zu den Grünen"*, womit kaum die vielfach vorhandene inhaltliche Diffusität der Grünen gemeint sein wird, sondern eine Abkehr von kritischen Positionen und die Übernahme der Mehrheitseinschätzung der Hamburger Grünen (nicht gemeint sein dürfete damit die Betrachtung der Ökolibertären).

— Eine mögliche „Probezeit" der ALer über Mitarbeit und Bewährung in der Bundesarbeitsgruppe der Grünen. Dabei solle sich zeigen, ob die ALer *„die g e g e n w ä r t i g e Bundespolitik der Hamburger Grünen ... m i t t r a g e n "*; diese soll also vor einem Zusammenschluß festgeschrieben werden.

— Das Ziel einer bundesweiten AL müsse in Form einer öffentlichen Selbstkritik aufgegeben werden. Insbesondere diese Forderung zielt auf den „Nerv", wenn man weiß, daß es da bundesweit ohnehin nichts zu organisieren gibt.

— Die „DKP-Frage" müsse endgültig geklärt werden. Gemeint ist damit die generelle Unvereinbarkeit der Zusammenarbeit nicht nur mit der DKP, sondern auch mit ihr nahestehenden Leuten in einem Wahlbündnis.

Daneben werden Befürchtungen über einen „Entrismus" geäußert; die bisherige „Strömungsvielfalt" der Grünen könne durch „fraktionierende Machtkämpfe" gefährdet werden. All diese Einwände haben nicht die Realität zweijähriger GAL-Zusammenarbeit zum Gegenstand, blenden diese geradezu aus (sieht man mal von der gern strapazierten BAL-Episode ab). Denn diese ist nicht von Entrismus, gefährdeter Strömungsvielfalt, Zerschlagung der Grünen Partei, Einschleusen der DKP etc. gekennzeichnet, sondern vor allem von Loyalität, bei Berücksichtigung aller Konflikte, die ausgetragen wurden.

Real geht es um zweierlei: Die Aufrechterhaltung bisheriger Machtposi-

Fortsetzung nächste Seite

Ins Bodenlose

Neu sind die beschriebenen Tendenzen in der GAL nicht. Bereits im letzten Jahr bestimmte der parlamentarische Ton GAL-Politik außerhalb des Parlaments. So stand der 1. Mai 1983 der GAL ganz im Zeichen der HDW-Solidarität, weil GAL-intern die Meinung herrschte, man müsse der vorausgegangenen parlamentarischen Profilierung durch Bemühungen für den Erhalt der Arbeitsplätze und alternative Produktion nun auch außerparlamentarische Taten folgen lassen. Die ad hoc auf die Beine gestellte großdimensionierte Mai-Veranstaltung wurde ein ziemlicher Flop. Die GAL-Szene feierte den 1. Mai zu HDW weitgehend unter sich. Ein wesentlicher Grund war, daß die Anstrengungen der GAL nicht fußten auf der Kenntnis der Lage innerhalb des Betriebes und des Standes der Solidaritätsarbeit in Betrieben und Gewerkschaften (die zu diesem Zeitpunkt auf ihren Tiefpunkt zum Sommer hin zusteuerte) und auf entsprechende Kleinarbeit in diesem Bereich. Erst als mit den Massenentlassungen bei HDW selber wieder einiges in Bewegung geriet (mit dem Höhepunkt der Betriebsbesetzung im September), wurde die außerparlamentarische Wirklichkeit wieder zurechtgerückt: Die GAL konnte so gut es ihr möglich war unterstützen, sie konnte etwas besser Geld spenden, sie spielte aber in der Auseinandersetzung selber bestenfalls eine Nebenrolle, da sie zwar einige Sympathien genießt, aber nicht praktisch durch Arbeit vertreten ist. Das ist die Realität.

War der 1. Mai 1983 der GAL aus der eigenen (Parlamentspartei-) Logik heraus noch sehr „proletarisch" orientiert, wurde am 1. Mai 1984 eine Wendung um 180 Grad vollzogen. Der Grund:Die Weithin völlig zu recht ungeliebten Europawahlen stehen vor der Tür. Also nutzte die GAL die Tradition des 1. Mai zur Eröffnung des Europawahlkampfs. Bedenken vor allem der GAL-Gewerkschafter wurden in die „urproletarische" und „traditions-sozialistische" Ecke gedrängt, das Ansinnen, den 1. Mai nun nicht ausgerechnet mit der Europawahl zu verquicken, einfach vom Tisch gewischt. Und wieder einmal dürfte Quantität eine selbstkritische Diskussion verhindern. Wer gelernt hat, mit Wählerstimmen oder Beifall auf einer von anderen organisierten Kundgebung zu rechnen, wird zufrieden registrieren, daß immerhin 1.500 Leute bei der GAL-Europa-Polit-Kultur-Veranstaltung waren, und wird mühelos verschmerzen, einen ganzen Bereich der linken Gewerkschafter, der gut war, um der GAL in den Sattel zu helfen (‚Gewerkschafter für die GAL' zu den Bürgerschaftswahlen), vor den Kopf zu stoßen. Die GAL-Gewerkschafter organisierten aus Protest ad hoc parallel zur Europawahl-Veranstaltung einen „Proletenball" mit knapp 400 Leuten.

Der größte GAL-Flop 1983 ist selbst den meisten GAL-Mitgliedern verborgen geblieben: Die Haushaltskampagne. Ausgehend von der Rathaus-Erkenntnis, daß der Haushaltsentwurf 1984 eine neue Welle von Einsparungen und Gebührenerhöhungen bringen wird, wurde eine die Haushaltsberatungen begleitende außerparlamentarische Kampagne angeleiert, deren Auftakt für weitere Aktionen eine (später sang und klanglos abgeblasene, auf mehr als 10.000 Flugblättern bereits angekündigte) Mobilisierungsveranstaltung im September sein sollte.

Zur Grundlage für die Planung wurden die objektiven Wirkungen genommen. Neu war, daß neue Betroffenenschichten entdeckt wurden: Die Vielzahl der Hundebesitzer, denen eine Verdoppelung der Hundesteuer bevorstand, und Kneipenwirte und die Massenbewegung der Biertrinker, denen eine drastische Getränkesteuererhöhung blühte. Daß in der diffusen sozialen (ja sogar klassenübergreifenden) „Schicht" der Hundebesitzer und Biertrinker keine Organisierung versucht wurde, sollte der GAL nicht vorgeworfen werden. Aber auch in den ‚klassischen' Widerstandsbereichen gegen die Sparpolitik, Sozial- und Bildungsbereich sowie Gewerkschaften waren zu dieser Zeit kaum Ansätze der Organisierung von Widerstand erkennbar, geschweige denn hatte die GAL die Kraft dafür. Ohne Bündnisbemühungen gegenüber den Trägern solchen Widerstands, politischen Organisationen, linken Gewerkschaftern, diversesten Initiativgruppen, war ein solches Unterfangen von Beginn an aussichtslos.

Jenseits der ''dead-line''

Unaufhaltsam scheint sich der Aufstieg hessischer grüner Parlamentarier in die Sphären bürgerlicher Politik zu vollziehen. Was auf dem Weg nach Lollar, der entscheidenden Landesversammlung der Hessen-Grünen, an Kabinettstückchen geboten wurde, ist zwar nicht neu, überrascht aber doch wegen des ganz und gar fehlenden grünen Schamgefühls.

Da stellt die Landtagsgruppe in einer karnevalistischen Kunstpause (siehe Chronik) fest, daß man das bisher mit der SPD ausgehandelte dem grünen Wähler kaum verkaufen könne. Gemäß dem neuen, sportlichen Politikverständnis — Politik als Schautanzen brillanter Stars auf dem Medienparkett (siehe Glotz/Fischer) — begann man in Wiesbaden das Spanien-Syndrom zu fürchten. Zu sehr ähnelten die Verhandlungsrunden jenem Spiel von Sevilla, in dem sich österreichische und bundesdeutsche Kicker, tapfer gegen den Schlaf ankämpfend, den Ball zuschoben. Wenn das Spielergebnis schon feststeht, so die grünen Taktiker, dann müsse dem Wähler wenigstens etwas Spannung für die Stimme geboten werden.

Zurück aus dem Kurz-Urlaub ballte die Landtagsgruppe also die Faust: Sechs Forderungen wurden aufgestellt, ohne die es ein „rot''-grünes Bündnis in Hessen nicht geben werde. Vollmundig wurde das Wort von einer *„dead-line''* geprägt. Nun durften alle mal richtig zittern. Der Pflasterstrand'' beschwor *„Realpolitik mit Rückgrat''*, die „taz'' bewunderte das *„knallharte''* Auftreten unserer Grünen. Und Holger Börner war kein Spielverderber: Bis zuletzt hielt die knisternde Atmosphäre an. Ja, so machten die Politiker schon eine bessere Figur. *„Kämpfen und Verhandeln. Wie der Vietcong''* (Tom Koenigs, Mitarbeiter der grünen Landtagsgruppe).

Gestorben ist daran nichts und niemand. Unter einer „Todeslinie'' stellt man sich ja irgendwie ein messerscharfes Ding vor: Bis genau hierhin und nicht weiter, sonst ... Zufälligerweise hatte diese dead-line nicht diese Eigenschaft (Und zufälligerweise wurden die sechs Forderungen auch nirgendwo präzise und nachprüfbar niedergeschrieben). — *„Keine Grube Messel''* kann also durchaus so verstanden werden, daß diese Grube eben nur bis zu einem Drittel mit Ölschieferrückständen gefüllt wird. *„Keine Mülldeponie Mainhausen''* meint, daß Auflagen des Umweltbundesamtes akzeptiert werden sollten. *„Liberale Ausländerpolitik''* scheint nicht mehr zu bedeuten, als das die bestehenden Gesetze „großzügig'' ausgelegt werden (sollen). Und mit dem Nachtflugverbot sind wir genau da, wo wir bereits vor einem halben Jahr waren („Nullösung'').

So galt die ganze öffentliche Show und das gegenseitige Muskel-Zeigen von Grünen und SPD einem Arbeitsgang, den man nüchtern als das Ausfeilen eines längst feststehenden (und beiderseits längst akzeptierten) Verhandlungsergebnisses bezeichnen kann. Wie auch anders? Wer das politische Minenfeld — Hinnahme des Atomprogramms, der Startbahn West, der Militarisierung Hessens — durchquert hat, der wird sich in den letzten Pfützen seines schlammigen Weges nicht unbedingt die Knochen brechen wollen. Bemerkenswert ist aber doch, daß diejenigen, die sich v o r B e g i n n der Verhandlungen vehement gegen eine Festlegung grüner Bedingungen oder „Essentials'' gewehrt hatten, a m E n d e dieser Verhandlungen (angeblich) gar eine „dead-line'' ziehen wollten. Wie hieß doch das Standard-Argument der „Realpolitiker'': „Wenn es wirklich fünf vor zwölf ist, dürfen wir uns nicht länger verweigern, sondern müssen konkret etwas erreichen.'' Diese Übung freilich folgte den gleichen Regeln wie alle bürgerlichen Koalitionsverhandlungen: Etwas „Vorzeigbares'' herausholen, um die „Identität der Partei'' zu wahren. So verkommt eine Politik, die angetreten war, die Gattung Mensch vor drei sich gleichzeitig vollziehenden Weltuntergängen zu retten, zum billigen Allerwelts-Poker.

Freilich: Im Zusammenzählen der Punkte sind die hessischen Realpolitiker Meister (der Phantasie): Unsummen sind im Haushalt „bewegt'' worden. Ein hessisches Seveso wurde verhindert, in der Energie- und Müllpolitik „völlig neue Wege'' eingeschlagen, Frauen- und Alternativ-Projekte kriegen soviel Geld, daß man sich beinahe fragt, ob sie das alles auch ausgeben können usw.usf. Ganz easy wird die bittere Pille Haushalt mit einem zuckersüßen Guß umgeben, als wäre diese Methode schon immer grüne Politik gewesen.

Jedes Argument scheint mittlerweile gut genug zu sein, wenn es nur dem richtigen Zweck dient. Glanzvoll sticht dabei die folgende, häufig benutzte Logik heraus: Erstens konnte — im Gegensatz zu den Wiesbadener Verhandlungen — mit außerparlamentarischen Kämpfen noch n i e etwas erreicht werden. Und zweitens hätte man in Wiesbaden natürlich mehr erreichen können, wäre mehr außerparlamentarische Unterstützung dagewesen ...

Nun, da das Ja der Basis unter Dach und Fach ist, kann es mit der Realpolitik erst richtig losgehen. Cohn-Bendit bringt „grüne Minister und Staatssekretäre'' ins Spiel, was natürlich „nur eine Provokation'' war. Man kann sich wirklich provoziert fühlen, wenn man sich daran erinnert, daß die „FAZ'' schon vor einem Vierteljahr meldete, es gäbe drei grüne Abgeordnete in Wiesbaden, die mit einer solchen Perspektive liebäugeln (geht mensch richtig in der Annahme, daß das erst spruchreif wird, wenn die Rotation angesagt ist?!). Dementi: keines.

Große Dinge aber scheinen sich in der Main-Metropole Frankfurt anzukündigen. Hier geht die Szene von einer „sicheren'' grün-sozialdemokratischen Mehrheit nach der Kommunalwahl im Frühjahr 1985 aus. Vordenker machen sich also jetzt bereits Gedanken um das „Bündnis''. Nach dem neuen Politikverständnis stehen dabei (momentan) Personalfragen im Vordergrund. Einem offenen Brief des Frankfuter SPD-Linken Diether Dehm an Cohn-Bendit entnehmen wir ein paar hübsche Interna: *„Ist es wirklich wahr, daß du und einige deiner politischen Freunde einigen Sozialdemokraten bei passenden und unpassenden Gelegenheiten soufflieren, sie sollten doch einen r e c h t e n OB-Kandidaten in Frankfurt installieren? Ist es wirklich wahr, daß die ,Verstaatlichung des Denkens' und die Arithmetisierung von Politik als Politik-Marketing schon so weit gediehen ist, daß man sich Wählergruppen wie Lego-Bausteine vorstellt? Daß man denkt: da grast ein rechter SPD-Kandidat (die Wähler sind ja so blöd und glauben das Manöver, die CDU hält natürlich auch still, die ,Neue Presse' und die ,FAZ' auch ...) aus der CDU-Wählerklientel (was ist das eigentlich?) Stimmen ab, während die Grünen bei der SPD Stimmen holen, und alles in Ordnung ist''.*

Leider sind derartige Gedankengänge bei einigen Realos tatsächlich anzutreffen. Im Sinne dieser Super-Taktik bringen sie hier und dort ausgerechnet einen Mann ins Gespräch, der in Sachen Startbahn West ebensoviel Verantwortung innehatte wie für die in Bau befindliche Frankfurter Stadtautobahn A 66: den ehemaligen Verkehrsminister Volker Hauff. Das kann noch heiter werden.

KB/Gruppe Frankfurt

Die Ohrfeige

„Wir gingen schon die Treppe hinunter'', berichtete unser Genosse L., „als oben ein Riesen-Gebrüll ertönte. Also bin ich wieder hoch, aber da war schon alles gelaufen''. So kam es, daß der

Schlichter Milan Horacek (MdB der Grünen) meint, Dany habe sich auf eine anti-semitische Weise angegriffen gefühlt. „Mauschelei'' sei eine häufig zur Diskriminierung von Juden benutzte Beleidigung gewesen. „Es war

Sechs Forderungen wurden aufgestellt, ohne die es ein „rot''-grünes Bündnis in Hessen nicht geben werde. Vollmundig wurde das Wort von einer *„dead-line''* geprägt. Nun durften alle mal richtig zittern. Der Pflasterstrand'' beschwor *„Realpolitik mit Rückgrat''*, die „taz'' bewunderte das *„knallharte''* Auftreten unserer Grünen. Und Holger Börner war kein Spielverderber: Bis zuletzt hielt die kni-

handlungsergebnisses bezeichnen kann. Wie auch anders? Wer das politische Minenfeld — Hinnahme des Atomprogramms, der Startbahn West, der Militarisierung Hessens — durchquert hat, der wird sich in den letzten Pfützen seines schlammigen Weges nicht unbedingt die Knochen brechen wollen. Bemerkenswert ist aber doch, daß diejenigen, die sich v o r B e g i n n der Verhandlungen vehement

Jedes Argument scheint mittlerweile gut genug zu sein, wenn es nur dem richtigen Zweck dient. Glanzvoll sticht dabei die folgende, häufig benutzte Logik heraus: Erstens konnte — im Gegensatz zu den Wiesbadener Verhandlungen — mit außerparlamentarischen Kämpfen noch n i e etwas erreicht werden. Und zweitens hätte man in Wiesbaden natürlich mehr erreichen

Die Ohrfeige

„Wir gingen schon die Treppe hinunter'', berichtete unser Genosse L., „als oben ein Riesen-Gebrüll ertönte. Also bin ich wieder hoch, aber da war schon alles gelaufen''. So kam es, daß der
sensationellen Begebenheit leider kein Augenzeuge des KB unmittelbar beiwohnen konnte. Immerhin hat das den Vorteil, daß heute auch niemand behauptet, kommunistische Hinterleute hätten irgendetwas lanciert, eingefädelt oder provoziert.

Mit der ihm eigenen Sorgfalt hat der ARBEITERKAMPF recherchiert, wie sich bei den hessischen Grünen erste, zaghafte Ansätze zur Militanz zeigten. Wir verhehlen nicht unsere tiefe Betroffenheit darüber, daß hier Menschen aneinandergerieten, mit denen uns viele gemeinsame Erfahrungen und schöne Erlebnisse in der Vergangenheit verbinden.

Tatort (Frankfurter Kreisverband der Grünen) und Tatzeit (nach Beendigung der Sitzung vom 15.5.1984) lassen sich ebenso leicht ermitteln wie Täter-Opfer: Manfred Zieran, Radikalökologe und Gründungsmitglied der Partei, und Daniel Cohn-Bendit, bisher väterlicher Freund der Grünen und seit genau einer Woche auch Mitglied derselben. Ferner sagen alle Zeugen übereinstimmend aus:

1. Manfred nannte Dany einen „Mauschler''.
2. Dany verpaßte Manfred eine Ohrfeige.
3. Dabei benutzte er die rechte Hand. Bei der Beschreibung der Einzelheiten ergibt sich jedoch manche unterschiedliche Nuance.

Hören wir zunächst die Aussage des Opfers. Manfred: „Es ging ganz schnell. Dany hatte total die Beherrschung verloren. Er schrie: ,Ich bin kein Gewaltfreier', und im selben Moment traf er mich schon an der linken Backe. Ich habe ihn mit beiden Armen zurückgestoßen. Dann ging Milan Horacek dazwischen''. War es ein harter Schlag, brutal? Nein, es sei mehr so „flockig'' gewesen (was das nun wieder ist?). War es ein rechter Ausleger oder ein rechter Haken? „Es war mehr eine rechte Gerade''.

Täter Dany läßt sich leider nicht auf eine Erörterung der Frage ein, ob er ein realpolitischer Rechtsausleger sei oder ggf. auch mit links zuschlagen könne. „Na, es war eben so'' (reißt den rechten Arm aus einer seitlich hängenden Ruhestellung hoch. Wirklich erstaunlich schnell!). Die Demonstration erinnert irgendwie an Pausen-Szenen im Schulhof. Ja, die alten Zeiten. „Vor vier Jahren haben wir wegen Euch verzichtet'' (anläßlich der letzten Kommunalwahl schlug Cohn-Bendit eine Kandidatur, mit der sich eine knappe Mehrheit der Frankfurter Grünen einverstanden erklärt hatte, aus, weil sich eine ebenso knappe Mehrheit gegen eine KB-Genossin ausgesprochen hatte). Dany bestätigt, daß er kein Gewaltfreier sei. „Ich lasse mir alles nachsagen. Man kann mich jahrelang beschimpfen. Aber ich lasse mich n i c h t einen Mauschler nennen''. Er wartet jetzt auf ein Parteiausschlußverfahren.

Schlichter Milan Horacek (MdB der Grünen) meint, Dany habe sich auf eine anti-semitische Weise angegriffen gefühlt. „Mauschelei'' sei eine häufig zur Diskriminierung von Juden benutzte Beleidigung gewesen. „Es war
schon böse. So sollten wir nicht miteinander umgehen''. Den Schlag selbst beschreibt Milan als rechten Ausholer.

Anders Werner Wenz, Mitglied des Landesvorstands der Hessen-Grünen. Seiner Darstellung zufolge muß es sich um eine ganz kurze rechte Gerade gehandelt haben. Eigentlich sei es keine Ohrfeige im normalen Sinne gewesen. „Die beiden standen sich ganz dicht gegenüber, Nase an Nase, und brüllten aufeinander ein. Es war mehr so, wie wenn dich jemand an der Schulter stumpt''. Damit bestreitet Werner nicht, daß Manfreds Backe getroffen wurde; er will nur die Qualität des Treffers richtig gewertet wissen.

Kommen wir nun zu Jutta Ditfurth, wie Manfred Zieran Stadtverordnete im Römer und erklärte Fundamentalistin im innergrünen Linienkampf. Sie trägt den Arm in der Schlinge. Um Gottes Willen, hat Dany etwa auch ...? Nein, es ist eine Entzündung, hat damit nichts zu tun.

Während sich die Protagonisten des hessischen Dauerbrenners Realos gegen Fundis mit politischen Wertungen bemerkenswert zurückhalten, wartet Real-Sponti Wolfgang Feuerbach, Frankfurter Kneipier („Batschkapp''), eine besonders helle Leuchte am grünen Himmel und als Zugpferd für die Frankfurter Liste im Gespräch, mit einer Erklärung von bestechender Logik auf: Diether Dehm (SPD, Stamokap) sei schuld an der Ohrfeige (irgendwer muß ja dahinter stecken). Er habe Zieran erzählt, daß Cohn-Bendit den abgehalfterten Schmidt-Minister Volker Hauff als OB-Kandidaten für Frankfurt favorisiere. Daher der Vorwurf „Mauschler'' an Dany und dessen postwendende Reaktion. Und im übrigen lohne sich der ganze Aufstand der Gemüter nicht, weil die Aufstellung Hauffs eh schon abgemachte Sache sei.

KB/Gruppe Frankfurt



Fortsetzung von vorheriger Seite

tionen, deren Veränderung bei anderer Zusammensetzung befürchtet wird (was ja eigentlich ein ganz normaler demokratischer Akt ist; es sei denn, man sagt gleich offen: als zählende und zahlende Mitglieder wollen wir euch schon, nur mitreden dürft ihr nicht). Gemeint ist damit vor allem die Besetzung der Bundesgremien der Grünen, die sich in Hamburg die MOZ-Anhänger und die „Gruppe Herzensbildung'' (die z.T. auch dem MOZ-Spektrum anhängt) teilen — verschämt „Strömungsvielfalt'' genannt.

Zum zweiten gibt es (real völlig überdimensionierte) Befürchtungen, der KB könne den etablierten Verwaltern grüner Politik in Hamburg in die bundespolitische Suppe spucken und ihnen Schereien in der Gesamtpartei bereiten.

„Der KB — das große Geheimnis''

So beschrieb die Hamburger „taz'' am 10.5. Befürchtungen, die *„sich für die Grünen offensichtlich mit der Einschätzung der gegenwärtigen Strategie des KB''* verknüpfen. Sogar die Spekulation, ob der KB sich an der Frage der Mitarbeit bei den Grünen „spalten'' wird, scheint die „taz''-Gemüter freudig zu erregen.

Alle oben beschriebenen Bedenken und Einschränkungen bei einer GAL-Lösung zielen denn auch im wesentlichen gegen den KB. Wer die GAL-interne Entwicklung kennt, weiß, daß das nichts Neues ist. Die grüne Mehrheitsströmung hat die Heraufbeschwörung der „KB-Gefahr'' immer wieder zur Absicherung der eigenen Position eingesetzt. Die Entwicklung in den aktuellen Verhandlungen ist allerdings besonders skurril und absurd, bezogen auf die GAL-Wirklichkeit. Sie erinnert stark an die Kampagne gegen die „Gruppe Z'' 1980/81, die ihrer schlimmen kommunistischen Vergangenheit abschwören sollte.

Sieht man mal von den geübten Partei-Taktikern ab, denen die jetzige Debatte wohl recht ist, weil nicht sie, sondern andere sich dabei abstrampeln, tobt sich da entweder platter Antikommunismus aus, oder man hofft, KB-Dissidenten schaffen zu können, indem man ihnen alle möglichen Distanzierungen abverlangt. Kostprobe aus einem Papier des Grünen Hauptverhandlungsführers Bernd Vetter:

„Der KB hat nach wie vor Einfluß in der AL, über seine Mitglieder hinaus. Um es klarzustellen: ich war und bin der Ansicht, daß Mitglieder des KB einen Platz haben in der GAL. Ich frage mich nur: welches ist das Verhältnis des KB zu den Grünen? Gibt es überhaupt eins? Ich höre neuerdings, daß z.B. die Artikel von kt (Anm. einer der AK-Redakteure), der sich in der Regel bestimmte Strömungen und Tendenzen bei den Grünen herausgreift, um sie als Abweichung von dem richtigen Weg zu schlachten, nicht verbindlich für die KB-Mitglieder sind. Ich frage mich dann: gilt das Prinzip des Demokratischen Zentralismus innerhalb des KB noch? Wenn ja, wie wirkt sich das aus auf das Verhalten der KB-Mitglieder innerhalb und zu AL/GAL/Grüne? Wie verträgt sich das mit den Prinzipien der letztgenannten Organisationen, die den demokratischen Zentralismus ablehnen? Gibt es Erscheinungen von Schizophrenie? Würde sich der KB bei den Grünen dann als hegemoniale Kraft mit hegemonialem Anspruch verstehen?''

Leicht hat es ein KB-Mitglied angesichts dieser Fragen nicht. Ist es für den Demokratischen Zentralismus, wäre die Frage nach der Schizophrenie befriedigend geklärt. Ist es aber weiter im KB, müßte wohl die Schizophrenie untersucht (und therapiert?) werden.

Im Ernst — für KB-Mitglieder, die nun seit mehr als zwei Jahren in der GAL mitgewirkt haben, ist eine solche „Auseinandersetzung'' gelinde gesagt eine Zumutung und Beleidigung. Aber das muß man ja nicht mitmachen, zumal es sich nicht um eine beliebige Einzelposition handelt, sondern diese Sichtweise vom Landesvorstand der Grünen geteilt wird: der fordert, es sei *„von KB-Mitgliedern innerhalb der GAL ihr Verhältnis zu KB-Positionen im Arbeiterkampf, welche sich durch eine grünenfeindliche Polemik auszeichneten, deutlich zu machen''*.

Auf die Kommission, die Lesen, Interpretieren und Bewerten von AK-Artikeln und Verhältnis der KB-Mitglieder in der GAL dazu, untersuchen soll, darf man gespannt sein.

Der Hamburger KB hat in einer Stellungnahme „das große Geheimnis'' seiner Haltung zur GAL gelüftet. U.a. heißt es da:

„Daß es sich im Kern tatsächlich um ein Aufgehen der AL in die Grünen, und nicht um die Fusion zweier Teile (AL und Grüne) zu einem neuen Dritten (GAL) handelt, ist der brutalen Einseitigkeit der derzeitigen Diskussionen und Polemiken zu entnehmen. Es ist offensichtlich, daß niemand von Relevanz in der AL überhaupt w a g t , im Zusammenhang einer GAL-Lösung irgendeine Vorbedingung an die Grünen zu formulieren. Umgekehrt sieht sich die AL einem massiven Druck seitens der Grünen und aus den eigenen Reihen ausgesetzt, öffentlich ihren früheren ,linksradikalen Taten' abzuschwören, einen Gesinnungs-TÜV mit deutscher Gründlichkeit zu absolvieren ... und sich erst einmal auf den Status von Mitgliedern zweiter Klasse und mit Probezeit einzurichten.

... Wer jetzt meint, zu Kreuze kriechen zu müssen, soll es tun. Es gibt, falls erwünscht, sogar eine schöne Lenin-Stelle (im ,Linken Radikalismus'), mit der sich das ganz gut rechtfertigen läßt. Unser Eindruck ist jedoch, daß diese Art von Inquisition und Gesinnungs-TÜV, mit der die AL derzeit konfrontiert wird, überflüssig, sinnlos und vielleicht vermeidbar ist: Aus den bislang vorliegenden Dokumenten geht hervor, daß mehrheitlich keine die Menschenwürde und politische Identität der Beteiligten respektierende GAL-Lösung gewünscht und möglich ist. Eine traurige, aber die Realität beschreibende Feststellung.

Wir empfehlen unseren Mitgliedern und Freunden, sich an solcherart Verhandlungen nicht weiter zu beteiligen.

Da am Ende sowieso alles auf Eintritt in die Grüne Partei hinausläuft, scheint es uns zweckmäßiger zu sein, mit diesem Schritt nicht länger zu zögern, sondern ihn einzeln, aber möglichst geschlossen zu tun. Wer innerhalb der Grünen und Teilen der AL dann immer noch den Gesinnungs-TÜV will, soll sich doch zu der Peinlichkeit herablassen, eine ,Einzelfall-Prüfung' einzuführen ...''

Zur „Haltung des KB'' zu den Grünen wird festgestellt:„*'Der KB' ist nicht und war niemals Mitglied der GAL. 'Der KB' wird auch nicht in die Grüne Partei eintreten. Mitglieder und Freunde/Freundinnen des KB in der GAL/bei den Grünen handeln als autonome Individuen in beliebigem Abstand zur 'Haltung des KB'.*

Wir halten Mitgliedschaft und Zusammenarbeit in einer gemeinsamen GAL da für positiv und wünschenswert, wo sich praktische Arbeitszusammenhänge von KB-Anhängern und GALliern entwickelt haben. Wenn Mitglieder und Freunde des KB, die seit GAL-Gründung loyal mitarbeiten, plötzlich als unzuverlässige Elemente behandelt werden sollen, denen aus original grüner Sicht nicht über den Weg zu trauen sei, so finden wir das, höflich gesagt, unanständig''.

Und zum „Entrismus'': *„Anders als etwa von den Frankfurter Spontis, dem SB oder KBW/,KPD' wird es im übrigen auch in Zukunft nicht den großen Mitglieder-Ansturm des KB auf die Grüne Partei geben. Es sollte eigentlich auch Überängstlichen klar sein: Wenn der KB einen ,Entrismus' in die Grünen für sinnvoll halten würde, hätten wir das längst getan. Wir sind daran ganz einfach desinteressiert''.*

Für weitere Diskussion scheint gesorgt zu sein.

Hr.

Anmerkung: Alle Zitate außer der KB-Stellungnahme sind entnommen aus „GAL-Rundbrief — Extra'', Mai '84.

Dramaturgie des ''Einstiegs in den Ausstieg'' oder eine Chronik des Anfangs vom ...

1.10.83: Im **,,Marbacher Beschluß''** sprechen sich 80% der Anwesenden einer hessischen Grünen-Landesversammlung für Verhandlungen mit der SPD über die Haushalte '83 und '84 sowie die Wahl eines SPD-Ministerpräsidenten aus. Zu den ,,Zielsetzungen für eine sachbezogene Zusammenarbeit gehören unverzichtbar'' u.a. *,,ein Energiekonzept..., das den Ausstieg aus der Atomenergie sofort einleitet''* und eine *,,konsequente Absage an die Militarisierung Hessens''*. Auf irgendwelche ,,unverzichtbaren Zielsetzungen'' bezüglich der Startbahn-West und eine Amnestie von Startbahn-Kriminalisierten wird von vornherein verzichtet.

Daraufhin kommt es zu Verhandlungen zwischen SPD und Grünen. Sie finden in Form von sieben ,,Verhandlungsrunden'', zahlreichen ,,Unterverhandlungen'' und zunehmend auch klandestinen Terminen zwischen profilierten ,,Realpolitikern'' und SPD-Spitzen statt.

6.1.84: Die ,,taz'' meldet auf Seite 1: *,,Hessische Regierung will Nachtflugverbot''*. Die Kollegen von der ,,FAZ'' melden realistischer: *,,Grüne in Wiesbaden finden sich mit Startbahn ab''*.

11.1.84: Die Hessen-Grünen bestehen unter diesen Vorzeichen ihre ,,Nagelprobe auf die Politikfähigkeit'' und beschließen mit 60% in Usingen ,,Grünes Licht für Börner'', d.h. eine Zustimmung zum Haushalt '83. Dieser Akt wird als *,,Ausgangspunkt für eine kontinuierliche parlamentarische Zusammenarbeit von Grünen und SPD in Hessen'' bewertet. Die Erwartungen der Szene bietet eine Mitarbeiterin der ,,taz'' dar: ,,Die Töpfe sollen voll sein''*.

30.1.84: Bei einer Verhandlung über die Militarisierung Hessens fällt Börner medienwirksam aus der Rolle: er pöbelt, brüllt und trommelt mit der Faust auf dem Tisch herum. Die eingeschüchterte Verhandlungskommission der Grünen akzeptiert Börners Weigerung, diese Frage weiter zu verhandeln.

5.3.84: Teile der ,,Basis'' murren auf: ,,Die Bunte Hilfe fühlt sich im Stich gelassen'' (FR); sogar das SB-nahe ,,Komitee für Grundrechte und Demokratie'' fordert öffentlich, keinesfalls dürfe dem Neubau von Strafanstalten zugestimmt werden. ,,Realpolitiker'' Chris Boppel aus der Landtagsgruppe berichtet von *,,einem zermürbenden Zwei-Fronten-Krieg''* der Landtags-Grünen gegen die SPD und gegen die eigene Basis. Letztere habe vielfach *,,überzogene Erwartungen bezüglich der Durchsetzbarkeit ‚grüner Positionen' ''* und nehme keine Rücksicht auf
,,überzogene Erwartungen bezüglich der Durchsetzbarkeit ‚grüner Positionen' '' und nehme keine Rücksicht auf
die ,,realen Machtverhältnisse''. Hinzu käme ein *,,Dauerkampf gegen eine übermächtige Ministerialbürokratie''*.

6.3.84: (Fastnachts-Dienstag = ein Tag vor Aschermittwoch). Die Grünen Parlamentarier ziehen die Notbremse: ,,Wir sind keine Politmaschinen''. Noch am selben Tag werden Urlaubsflüge gen Süden gebucht. Die meckernde Basis soll *,,ihre oppositionelle Energie eine Woche lang nicht gegen die eigenen Leute richten können, sondern sich wieder mit dem eigentlichen Gegner auseinandersetzen müssen''*. Der ,,Arbeiterkampf'' ahnt, was das zu bedeuten hat: *,,Die nächste Etappe heißt: Werde skrupellos!''*

14.3.84: Eine dramatische ,,Verhandlungskrise'' wird inszeniert. Frisch aus der therapeutischen Urlaubswoche zurückgekehrt, setzt die Landtagsgruppe **sechs ,,dead-lines''** in die Welt. ,,Herz-Stücke grüner Programmatik'', ohne deren Erfüllung es keine ,,rot''-grüne Zusammenarbeit geben werde: Verzicht auf die Müllgrube Messel, Nutzung der geplanten Giftdeponie Mainhausen nur ohne Grundwassergefährdung, keine weiteren Müllverbrennungsanlagen, ,,Liberalisierung der hessischen Ausländerpolitik'', Kürzung des hessischen Straßenbauvolumens von 126 Mio. auf unter 100 Mio. DM, Durchsetzung des Nachtflugverbotes auf dem Frankfurter Flughafen und Verzicht auf zwei neue Knastbauten.

Der Sturm im Wasserglas führt zu Börners Bereitschaft, die ,,sechs Sachverhalte zu klären, damit die Zusammenarbeit zustande kommt'', sowie zu einer sehr medienwirksamen, gemeinsam veranstalteten Pressekonferenz von Börners ,,Lieblingsgrünen'' Karl Kerschgens und seinem Seniorpartner. Fazit der Journalisten: *,,Die bisher harmonischste Kabinettskrise Hessens''*.

25.3.84: Um bezüglich des Weiterbaues der Giftmülldeponie Mainhausen etwas Verhandlungsmasse beweglich zu machen, läßt die Landesregierung vom Darmstädter Verwaltungsgericht gegen sich einen Baustopp verhängen.

Gleichzeitig wird unter den Lobbykreisen der Grünen eine Kampagne angeleiert, auf jeden Fall zu einer Einigung zu kommen, damit die Kohle rüberwächst (Bauernprogramm, Förderung von Alternativbetrieben, Frauenprogramm etc.)

4.4.84: Umweltminister Karl Schneider bietet an, die geplante Giftmülldeponie Messel nur zur Hälfte zu füllen, um die paläontologisch interessanten Flächen ,,für alle Zeiten freizuhalten''.

9.4.84: Die Grünen erneuern ihre ,,harte Linie'': *,,Ein neues Gefängnis kippt den Haushalt''*. Der in Hessen sozialdemokratisch geführte BUND gibt ihnen Schützenhilfe. Er kennzeichnet das bisherige Verhandlungsergebnis als ,,enttäuschend'' und kritisiert, bisher habe die SPD die ,,Identität der Grünen'' nicht genügend gewahrt. Dann grenzt er den Verhandlungsgegenstand ein: Keine weiteren Straßenneubauten, kein Bau der Gruben Messel und Mainhausen.

10.4.84: Auf einer Krisensitzung ,,bis Mitternacht'' berät der SPD-Landesvorstand Kompromißlinien und findet sie: In Aussicht gestellt wird ein Verzicht auf die Grube Messel, wenn Ersatzkapazitäten gefunden werden können. In Mainhausen sollen keine Giftstoffe der Kategorie III eingelagert werden, so daß (angeblich) keine Grundwassergefährdung eintreten könne. Das Gift soll nun nach Herfa-Neurode ... Auch weitere Müllverbrennungsanlagen seien entbehrlich. Die Knastneubauten sollen weitergetrieben werden, dienten aber nur einer ,,Verbesserung der Haftsituation'', (angeblich) nicht einer Kapazitätserweiterung. Entsprechend wurde ,,eine Verständigung über die Größe der Neubauten und Stillegung der Altbauten'' angeboten. Die Landtagsgrünen verbreiten nun, **,,mit Gefühl und Härte''** sei es trotz **,,kleiner Hemmnisse''** gelungen, der SPD wesentliche Zugeständnisse abzuringen. Im Mitte Mai herausgegebenen ,,Landtags-Info'' wird von den ,,Realpolitikern'' eingeschätzt: *,,Alles in allem ist das Ergebnis ... sicherlich kein Grund zum Jubeln, aber einige Schritte in die richtige Richtung sind getan''*. Nunmehr fordern die Grünen, daß vor einer ,,Expertenanhörung'' keine Knastneubaumaßnahmen ergriffen werden dürften.
Richtung sind getan''. Nunmehr fordern die Grünen, daß vor einer ,,Expertenanhörung'' keine Knastneubaumaßnahmen ergriffen werden dürften.

12.5.84: In einem ,,Pflasterstrand''Interview zeigt Börner der grünen Basis mal ein bißchen die Peitsche: Die Änderungsanträge der Grünen im Landtag seien eine *,,Unverschämtheit''*; alle grünen Abgeordneten müßten nun dem ausgehandelten Haushaltsentwurf 84 zustimmen. Wenn er diese Mehrheit bei den Grünen nicht finde, müsse er ,,anderen'' gegenüber (CDU und/oder FDP) Konzessionen machen. So werde dann nichts aus dem ,,Frauenprogramm, der Förderung alternativer Betriebe bis hin zu Landwirtschaft und Ausländern'' ...

Ein Ja-Aber könne nicht akzeptiert werden. Doch der SPD-Bezirksvorstand Hessen-Süd zwinkerte bereits mit den Augen: *,,Die verbliebenen Konfliktpunkte können eine Einigung nicht in Frage stellen''*.

19.5.84: Nach mehrstündiger Debatte beschließen die Hessen-Grünen in Lollar mit einem Verhältnis zwischen 70:30 und 60:40 das ,,Ja-Aber'' zu Haushalt 84 und Ministerpräsidenten-Wahl, wenn *,,gewährleistet ist, daß in der Grube Mainhausen kein Giftmüll eingelagert wird (Kategorie II und III)''*. Und als könnte daran gezweifelt werden, versichern sie: *,,An der grundsätzlichen Gegnerschaft der Grünen Hessen zur Atom-Technologie, zur Startbahn-18-West und zur Militarisierung hat sich nichts geändert''*.

21.5.84: Die SPD-Hessen bewertet den Beschluß von Lollar als ,,klares Ja''. Es blieben ,,technische Fragen''.

Diese werden lösbar sein. Holger Börners ,,Operation'' mit den Grünen (O-Ton Börner) hatte Erfolg.

th., Frankfurt

Der Verband deutscher Schriftsteller (VS) in der IG Druck & Papier nach dem Saarbrückener Kongreß

Keine Leiche im Keller ...!

Im November 1983 war passiert, was wir VS-Delegierte und -Landesvorstände — mit üblicher Ausnahme der Berliner — befürchtet hatten: Kaum 8 Monate nach dem Mainzer Kongreß, der eine deutliche Wiederwahl Engelmanns gebracht hatte, traten er und die anderen gewählten Frauen und Männer des Bundesvorstandes zurück. Sie wichen einem Druck, den in der Öffentlichkeit vor allem rechte Feuilletonisten, aber auch ,,große Namen'' wie Grass, Amery, Böll, Delius, Duve, Sarah Kirsch, Siegfried Lenz und Heinrich Vormweg gegen den Bundesvorsitzenden Engelmann aufgebaut hatten.

Hintergrund dieser aus Berlin gesteuerten Kampagne, an der sich selbst die TAZ beteiligte, war vor allem die ‚Deutschlandpolitik' des alten Vorstandes. Er setzte nicht auf die Fortsetzung des ‚Kalten Krieges' — statt scharfer Munition tödliche Wortgefechte — sondern auf Gespräche, Treffen, Kongresse mit Vertretern beider Seiten, sowie auf Hilfs-Diplomatie: anders als in Argentinien, Südafrika, Chile oder der Türkei, wo offizieller Protest oft Schriftstellern aus Folterkellern half, ist in Ländern des Ostblocks die ‚stille Diplomatie' oft sehr viel wirksamer — wie nahezu 250 ‚positive Fälle' beweisen! Diese Zahl gab Engelmann — ,,ganz nebenbei'' — während des Saarbrücker Kongresses vom 30.3. - 1.4.84) in seiner Abschiedsrede bekannt. Man muß ihm vorwerfen — gerade wenn man seinen Kurs bejaht, z u n e b e n b e i! Was diese beiden Vorstände in den letzten Jahren unter seiner Leitung zustande gebracht haben — es wurde nicht offensiv genug ‚verkauft'. Wie ich mir überhaupt einen sehr viel kämpferischeren Engelmann gewünscht hätte auf diesem Kongreß. Aber das läßt sich leicht sagen für einen, der die jahrelange Arbeit nicht
ich mir überhaupt einen sehr viel kämpferischeren Engelmann gewünscht hätte auf diesem Kongreß. Aber das läßt sich leicht sagen für einen, der die jahrelange Arbeit nicht
auf dem Buckel hatte, die unflätigen bis mörderischen Drohungen nicht zu ertragen hatte! (Selbst Morddrohungen von Neofaschisten gegen ‚das Kommunistenschwein' waren an der Tagesordnung ...). Dabei war Engelmann, der in KZs saß, beim Demokratischen Pressedienst mitarbeitete und durch seine unglaublich umfassend recherchierten historischen Sachbücher bekannt geworden ist, niemals in DKP-Nähe zu suchen. Ebenso wenig wie sein Nachfolger Hans-Peter Bleuel übrigends, der kürzlich in ‚Titel, Thesen, Temperamente' (ARD vom 12.4.84) auf diese Frage geantwortet hat: ,,Ich bin sicherlich auf linken Positionen zu suchen, aber ich stehe der DKP nicht nahe ...''.

Der rechten Autoren- und Kritiker-Riege geht es offenbar darum, jegliches Gespräch mit Ost-Verbänden einzustellen. Lärmende Proteste sind gefordert, auch wenn sie Porzellan zerschlagen, aus denen die aus Ost und West noch einmal essen wollen — zusammen. Was unter Politikern endlich als Heilmittel entdeckt worden ist — das direkte Gespräch unter Deutschen — soll unter Autoren plötzlich politisch tabu sein. Das wollte vielen VS-Mitgliedern und auch -Delegierten nicht in den Kopf.

Zu diesen Innerdeutschland-Problemen kamen zwei andere hinzu: PEN-Club der BRD (Poets, Essayists, Novellists) und VS hatten gemeinsam ein Telegramm geschickt, in dem bei der Militärregierung Polens gegen die Auflösung des ‚alten' Schriftstellerverbands protestiert wurde und die ‚Zulassung eines Verbands' gefordert wurde, ‚der die Interessen der Autoren wahrnehmen kann'. Daß dies ein PROTEST-Schreiben war — wer lesen wollte und konnte, mußte das herauslesen können! Zwei Monate hatte es gedauert, bis Protest gegen dieses Telegramm laut wurde — und zwar gegen Engelmann. Kein Wort gegen den PEN, keine Erwähnung auch, daß VS und PEN in ihrem Telegramm ihre ,,Empörung und Bestürzung'' deutlich gemacht hatten und die Forderung an General Jaruzelski gestellt hatten, ,,dem suspendierten PEN-Zentrum wieder seine Arbeit für die Völkerverständigung zu ermöglichen''. Diesen Nebensatz, ,,die umgehende Wiederzulassung eines Schriftstellerverbands, der die Interessen der Autoren wahrnehmen kann'', zu ignorieren, kann nur einem Leser ‚unterlaufen', der nicht genau lesen WILL ,,Die Interessen der Autoren wahrnehmen, wie in dem Schreiben gefordert wird, könne doch nur ein in sich demokratischer und unabhängiger Verband'' (,,Frankfurter Rundschau'', 29.11.83). Grass & Konsorten unterstellten aber nicht nur eine ,,feige Haltung gegenüber der polnischen Regierung'', sondern gar die Aufforderung zu einem Quisling-Verband. Ein übles Wort, ein Begriff, der Dreck und Schmutz auf Engelmann häuft: als habe er (und der VS- und PEN-Vorstand) einen polnischen Verband von (faschistischen) Kollaborateuren gefordert und gefördert! Und das einem Engelmann mit dessen politischer Vergangenheit — siehe oben! Viele fragten sich, ob Grass noch ganz bei Trost wäre ...

Aber noch nicht genug der Anwürfe: im Oktober 83 bekam Manès Sperber vom Börsenverein des deutschen Buchhandels den alljährlichen ,,FRIEDENSPREIS'' verliehen. Seine Rede jedoch wies ihn als üblen kalten Krieger aus. Er empfahl den Europäern, ‚gefährlich zu werden für den Frieden' und eine eigene Atommacht aufzubauen. Die gegenwärtig bereits auf Hochtouren laufende Diskussion um ein politisches und militärisches ‚Erstarken' Europas beginnt schon jetzt, seine Negativutopie zu realisieren ... Engelmann hatte diese Rede kritisiert und Sperber aufgefordert, den Preis zurückzugeben.

Dies war nun wieder der Grass-Buch-Gruppe zuviel — Leuten, die jedoch gleichzeitig auf der anderen Seite den ‚Heilbronner Aufruf' (Verweige-
Dies war nun wieder der Grass-Buch-Gruppe zuviel — Leuten, die jedoch gleichzeitig auf der anderen Seite den ‚Heilbronner Aufruf' (Verweige-
rung des ‚Wehrdienstes') unterstützt oder gar initiiert haben. Das verstehe, wer will. Es sei eine ‚Respektlosigkeit vor dem Werk' Sperbers, hieß es, Kritik an ihm zu üben. Muß man aber Friedenspreisträger nicht an ihren aktuellen Taten und Worten messen? In der ZEIT vom 2.3.84 war zu lesen: *,,Einen Mann wie Sperber ernst nehmen heißt, sich mit ihm auseinandersetzen; im entschiedenen Widerspruch kann mehr Respekt sein als in Formeln der Ehrerbietung vor einer Lebensleistung. Die Empörung über Sperbers Friedenspreis-Rede, wenn auch in ihren Ausdrucksformen nicht immer höflich, war mehr als Kollegen-Gezänk ... Und er zeigte sich dabei auf eine bestürzende Weise unbeeindruckt von den Erkenntnissen gerade jener Wissenschaft, die sein Leben am stärksten geprägt hatte: der Tiefenpsychologie. Man mag solches Irren bei einem Mann, der sich als Denkender und Schreibender stets der Wahrheit verpflichtet fühlte, tragisch nennen. Aber eben die Achtung vor dieser Tragik verbietet es, sie zu vertuschen ...''*

Warum ist nun aber Ingeborg Drewitz beim Kongreß in Saarbrücken nicht gewählt worden? War sie nicht im Vorfeld schon von allen Seiten zur Favoritin gemacht worden? Ja — durchaus. Bis ca. 4 Wochen vor Saarbrücken war das noch so — jedenfalls für uns Hamburger Delegierte. Dann wurde ein Interview mit ihr veröffentlicht, in dem sie geäußert haben soll, einige Landesverbände des VS seien ‚kommunistisch unterwandert — rote Kader' — und auf Nachfrage: ‚Vor allem Hamburg'. Es gab Telefonate hin und her, Diskussionen, Dementis, die halbherzig kamen und sich widersprachen. Also versuchten wir, während des Kongresses eine Klärung dieser unmöglichen und unnötigen Äußerungen herbeizuführen. (Für einen im öffentlichen Dienst beschäftigten Vorstandskollegen hatten sie schon nach wenigen Tagen Folgen ...). Mir gegenüber antwortete Ingeborg Drewitz fast lapidar: ,,Aber ich habe ja noch andere Verbände genannt. NRW, Bayern und Hessen ...''. Nach dieser Auskunft stand für mich fest, daß ich ihr meine Stimme nicht geben können würde. Andere Delegierte stimmten ebenso, denn auch ihr Auftreten während des Kongresses war alles andere als vertraueneinflößend. In der Polen-Frage an der rhetorischen langen Leine von Grass. Sie gibt unverständliche Erklärungen ab, redet alles platt. Es war sicher nicht sehr kollegial, sie bei der Wahl letztendlich ,,durchfallen'' zu lassen, aber noch weniger kollegial von den Kollegen, die ihren angegriffenen Gesundheitszustand kennen mußten, sie zu einer Kandidatur zu drängen. Die Delegierten sind schon längst weggeschwenkt von der Wunschkandidatin, als am Sonntag nachmittag Hans-Peter Bleuel, Sachbuchautor und Vorsitzender des Münchner Verbands, als Gegenkandidat vorgeschlagen wird. Die 8 Enthaltungen im ersten und die 11 im zweiten Wahlgang zeigen die Ablehnung und Unsicherheit beider ‚Flügel' deutlich. Bleuel wird schließlich mit einer einzigen Stimme Mehrheit gewählt. Nur 19 von 47 Delegierten haben ihn zum neuen VS-Bundesvorsitzenden gekürt. Schon 5 Minuten nach dieser Wahl wurden Wetten darüber abgeschlossen, wielange der neue Bundesvorstand wird durchhalten können ...

***

Was gibt es sonst zu berichten?

Ulrich Schacht aus Hamburg steigert sich in einen Appell hinein, in dem er für einen ‚demokratischen Antikommunismus' plädiert — als kennten wir nicht dessen Folgen. (Wilfried A. Hofmann, Informationsdirektor der NATO in Brüssel: ,,Wer kein Anti-Kommunist ist, muß sich fragen lassen, ob er Demokrat ist''). Freimut Duve und Siegfried Lenz halten ausgesprochene ‚Fernsehreden' — beide hat man im Hamburger VS seit Jahren nicht mehr gesehen ...Gert v. Paczensky, Jürgen Lodemann, Dieter Latt-
sprochene ‚Fernsehreden' — beide hat man im Hamburger VS seit Jahren nicht mehr gesehen ...Gert v. Paczensky, Jürgen Lodemann, Dieter Latt-
mann, Engelmann und Michael Schneider setzen mit ihren wichtigen Beiträgen Maßstäbe. Max von der Grün faßt am Sonnabend zusammen, was viele Delegierte noch am Sonntag so empfinden: Es gibt zu Engelmann nur eine Alternativ: Engelmann. Der aber lehnt (leider) nochmals ab.

Lodemann hat kürzlich nach seiner Arbeit im Bundesvorstand bestätigt, er habe in keiner Beziehung ,,Leichen im Keller des VS'' gefunden. Die Warnung aber von Carlo Schmidt aus 1954, man könne Menschen auch fertigmachen, indem man sie ‚hinter dem Stacheldraht des Verdachts' verschwinden läßt, scheint immer noch zu gelten — auch für ganze Vorstände. Hier täte Abrüstung bitter not!

PS: Daß im gesamten Verlauf des Kongresses über die soziale Lage der Autor(inn)en — bis auf meine eigene kurze Erklärung — gar nicht diskutiert wurde, ist bezeichnend. Es war ein Kongreß ‚über einen unbestimmten Artikel' (‚ein' oder ‚der' Verband in Polen), wie Engelmann richtig bilanzierte. Er hat uns keinen Schritt weiter gebracht. Eher weiter heran an der Abgrund. Der tut sich bereits wenige Wochen später auf: in Hessen soll die 1. Vorsitzende Dagmar Scherf abgeschossen werden, weil Chotjewitz ihr vorwarf, für Bleuel gestimmt zu haben. Hier in Hamburg ist Svende Merian bereits zurückgetreten mit ähnlicher Begründung. Die Feuilletons saugen alles dankbar auf. Und wenn's so weiter läuft, haben wir bald den nächsten Wahl-Kongress — und zwar hier in Hamburg ...

Norbert Ney,
Delegierter des VS-Hamburg in Saarbrücken und stellvertr. Vorsitzender VS-Hamburg

Interview mit Bhagwan-Anhängern in Hamburg

"Wenn ich Glück habe, werde ich erleuchtet..."



Gesprächsteilnehmer sind zwei Frauen, Ama und Ingrid, sowie ein Mann, Uttama. Ama war früher Leiterin bei Gruner und Jahr. Jetzt managt sie die Finanz- und Pressearbeit des Bhagwan-Zentrums in Hamburg. Ingrid war früher Krankengymnastin, betreibt jetzt einen kleinen Laden für Bücher, Musik und Schmuck im Hamburger Centrum. Uttama stammt aus der Frankfurter Sponti-Linken, kam dann über einen sechsjährigen Umweg als Börsenmakler zu der Hamburger Gruppe, für die er u.a. den Aufbau der ersten Disco managte.

Von Seiten des KB wurde das Gespräch von HG. und F. geführt.

Das Gespräch fand im Bhagwan-Center in der Karolinenstr. statt.

AK: Man nennt euch Bhagwan-Jünger, Sannyasins, Rajneeshies und anderes. Wie nennt und wie versteht ihr euch selbst?

Ama: (lacht) Sannyasins

Uttama: abwechselnd

Ama: Naja wir sagen, Sannyasins, bzw. wir sagen daß wir Rajneeshies sind. Der Rajneeshismus ist inzwischen eine Religionsgemeinschaft geworden. „Sannyasin'' ist im Grunde genommen die erste Bezeichnung gewesen, die wir bekommen haben, d.h. genaugenommen Neo-Sannyasins. Das Wort Sannyasin hat in Indien eine traditionelle Bedeutung für Menschen, die sich auf den Weg machen, sich selbst zu erfahren. Das ist nicht von Bhagwan erfunden worden. Das hat's eigentlich schon immer gegeben.

den Weg machen, sich selbst zu erfahren. Das ist nicht von Bhagwan erfunden worden. Das hat's eigentlich schon immer gegeben.

Wieviele seid ihr in Hamburg? Wieviele in der BRD? Wieviele insgesamt?

Ama: In Hamburg sind wir etwa 1.000 bis 1.500, in Deutschland um die 50.000 und in der gesamten Welt um die 350.000.

Wieviele sind davon Frauen?

Ama: Bestimmt mehr als die Hälfte.

Und wie ist die soziale Zusammensetzung?

Uttama: Total gemischt, auch ethnisch total gemischt. Auffällig ist, daß der Anteil von Akademikern überdurchschnittlich ist.

Und aus welchen Berufsschichten sonst?

Uttama: Alle von Künstlern bis Technikern.

Ohne Schwerpunkte?

Uttama: Ohne Schwerpunkte.

Ingrid: Naja, viele aus sozialen und therapeutischen Berufen.

Ama: Ja, anfänglich waren das die Schwerpunkte. Inzwischen kommen mehr und mehr hinzu, die auch aus technischen, wirtschaftlichen oder sonstigen Berufen kommen.

In den USA soll es sehr viele Westdeutsche geben ...

Ama: Der Hauptteil der Kommune in Oregon sind Amerikaner, aber es sind sicherlich auch relativ viele Deutsche da.

Uttama: Was dort auffällig ist, ist daß der Anteil der Juden vergleichsweise hoch ist.

Habt ihr Zulauf oder stagniert eure Entwicklung?

Ama: Wir haben keine großen Kurven, es ist seit Jahren sehr stetig.

Aber ihr habt ja Einschnitte gehabt, z.B. der Abbruch nach Poona, hat sich das ausgewirkt?

Uttama: Wir machen keine Statistiken. Was ich mir vorstellen kann, ist, daß die ganze Entwicklung, die Bhagwan letztlich vorgibt, an bestimmten Punkten dieses Weges mal mehr und mal weniger attraktiv zum Einstieg war. Daß aber auch mal jemand aus einer falschen Motivation zu uns kommt, das gibt's auch. Aus dem Zusammenhang heraus kann es sein, daß so Wellen sichtbar sind.

So spricht der Meister:

So spricht der Meister:

„Die Zukunft erscheint nur hoffnungslos, aber das war schon immer so..Denn die Zukunft ist unbekannt — darum erscheint sie hoffnungslos.. Was der Mensch von heute empfindet, ist nichts neues: es ist so alt wie die Menschheit. Man kann in den ältesten Aufzeichnungen nachsehen: es heißt in alten Schriften: 'Die Zukunft ist hoffnungslos.' Und daraus folgt, daß die Vergangenheit golden war...Diese Haltung ist tief in deinem Verstand verwurzelt; sie hat nichts mit der Zeit und mit der Wirklichkeit, die dich umgibt, zu tun. Du mußt diese pessimistische Haltung aufgeben. Es hängt alles von deiner Einstellung ab.

***

Tatsache ist, daß die Atombombe den Krieg unmöglich gemacht hat. Ein Weltkrieg ist heute nicht mehr möglich..Die Atombombe bedeutet das Ende von Krieg. Die Zukunft ist nicht hoffnungslos. Das bloße Vorhandensein der Atombombe bedeutet den universalen Selbstmord, wenn man sich heute für den Krieg entscheidet. Wer ist bereit, dieses Risiko auf sich zunehmen? ..Der dritte Weltkrieg wird nicht kommen, und es wird nicht wegen Buddha und Christus und ihren Lehren von Gewaltlosigkeit und Liebe sein — nein!Es wird wegen der Atombombe sein.

***

Wenn in der äußeren Welt nur noch Selbstmord möglich scheint, wendet man sich nach innen. Nur an diesem Punkt, am Höhepunkt der Frustration wendet man sich nach innen. Diese Wende kann nicht halbherzig gemacht werden. Sie geschieht nur, wenn es wirklich auf den Nägeln brennt und es im Außen keinen Weg mehr gibt. Alle Wege haben sich als falsch erwiesen. Wenn du von der Außenwelt und allen äußeren Anstrengungen total frustriert bist, wenn alle Extraversion sinnlos erscheint, nur dann erblüht der Wunsch, die Sehnsucht nach einer Pilgerreise nach innen.

So war es immer. Nur an den Extrempunkten, wenn das Leben in eine Krise tritt, geschieht Transformation. Wasser verdampft bei hundert Grad; soviel Hitze ist nötig. Der Westen hat sich durch Frustration genügend erhitzt. Ein paar Menschen werden gewalttätig, ein paar Menschen werden zu Mördern, ein paar Menschen werden Selbstmord begehen, aber der Großteil der Menschen wird anfangen, nach innen zu gehen.

***

Freiheit war ohne Maschinen nicht möglich. Wenn man die Maschine aufgäbe, würde der Mensch wieder zum Sklaven werden. Einige Leute würden anfangen, andere zu beherschen und zu unterdrücken..Darum bin ich gegen die Lebensanschauung Ghandis, sehr dagegen. Wenn es nach Ghandi ginge, dann würde die Welt wiederum häßlich, arm, schmutzig und krank werden..Der Weg geht nach vorne: Wir müssen zu einer höheren Technik übergehen, die das Gleichgewicht wieder herstellen kann. Die Erde kann heute wirklich zum Paradies werden.

***

Ich bin ganz und gar für die Verwestlichung des Ostens, und ich bin auch total für den Kapitalismus, denn der Kapitalismus ist das einzige natürliche System. Der Kommunismus ist ein gewaltsames, aufgezwungenes, künstliches System..Der Kapitalismus ist ein natürliches Phänomen und er entspricht ganz und gar den Entfaltungsmöglichkeiten der Menschen..Ich bin ganz und gar für Adam Smith und ganz und gar gegen Karl Marx. Der Kapitalismus bedeutet lassez-faire...der Kommunismus kann nur in einem Klima der Diktatur existieren..Man muß das ganze Land in ein Konzentrationslager verwandeln..Der Kapitalismus braucht keinen Zwang von oben..Kapitalismus bedeutet Freiheit..Der Kommunismus ist ein häßliches Phänomen. Er zerstört die Freiheit des Menschen im Namen der Gleichheit...Und ich sage nicht, daß der Kapitalismus keine Fehler hat. Die gibt es — aber der Kapitalismus ist nicht dafür verantwortlich. Die Dummheit der Menschen ist dafür verantwortlich.

***

Ich meine nicht, daß die Zukunft hoffnungslos ist. Die Zukunft ist sehr hoffnungsvoll, sehr vielversprechend. Das hat es noch nicht gegeben, denn zum erstenmal kommt der Mensch näher an den Punkt, wo er von aller Arbeit frei werden kann. Zum erstenmal kann der Mensch in Luxus leben, und im Luxus leben heißt bereit zu sein nach innen zu gehen, denn dann gibt es außen kein Hindernis. Dann kannst du einfach nach innen gehen, du wirst nach innen gehen müssen: die Reise nach außen ist zu Ende. Alles, was in der äußeren Welt erreicht werden kann, ist erreicht worden...jetzt beginnt ein neues Abenteuer.

Was Buddha geschah, kann in der Zukunft der ganzen Menscheit geschehen. Er lebte im Luxus — er war ein Königssohn — und durch das luxriöse Leben wurde er bewußt. Es gab keine Probleme mit der Außenwelt, also konnte er sich auf sich selbst besinnen; er konnte Wege und Methoden finden, um nach innen zu gehen..Äußerer Reichtum ist der Beginn des inneren Reichtums.

Und ich lehre euch eine Religion, die Wissenschaft einschließt, und ich lehre euch eine Religion, die feinfühlig und sinnlich ist. Ich lehre euch eine Religion, die den Körper akzeptiert, den Körper liebt, den Körper achtet. Ich lehre euch eine Religion, die irdisch ist, erdig, die diese wunderschöne Erde liebt, die nicht gegen die Erde ist. Die Erde muß die Basis für euren Himmelsflug sein.''

(aus Sannyas 21, Der neue Mensch)

Zur Zeit habt ihr jedenfalls eine stetige Zunahme zu verzeichnen, sowohl in Hamburg wie auch in den anderen westdeutschen Städten?

Alle drei: Ja

In der bürgerlichen Presse liest man, daß ihr weisungsgebunden gegenüber „Oregon'' als eurem Hauptsitz seid. Stimmt das? Oder seid ihr z.B. in Hamburg autonom? Wie äußert sich das?

Uttama: Jeder kann sich das nur vorstellen, was er selbst kennt. Viel von dem, was in der Presse steht, muß in den Bereich der Projektion gelegt werden.

Ama: Man kann eigentlich ganz klar sagen: Für uns ist Bhagwan ein erleuchteter Meister und wenn von Bhagwan Empfehlungen kommen, die unsere Lebensgestaltung betrifft, ist es im Grunde genommen für uns selbstverständlich, daß wir sie annehmen.

Uttama: Das hat aber nicht die Qualität von Befehl und Gehorsam.

Ama: Es ist keine Weisung.

Wie findet denn bei euch so ein Meinungsbildungsprozeß statt. Gibt es sowas wie Mehrheitsentscheidungen, Voll- oder Mitgliederversammlungen oder wie macht ihr das?

(Lachausbrüche) **Uttama:** Weder autoritär noch demokratisch. Der Witz ist, daß die Leute, die vielleicht coordinator sind, sich selbst als coordinator in ihrer Persönlichkeit unheimlich zurücknehmen können — sollen. Das heißt also dafür ein Gespür entwickeln, die Entscheidung, die gefällt werden soll und die ja eh schon latent in der commune drin liegt, hervortreten zu lassen. Sie muß ja nur von dem coordinator zum Ausdruck gebracht werden. Wenn die irgendwie unstimmig ist, wird das sofort spürbar und wenn viele Leute sich auch gegenseitig sensibilisieren, und ihre Fähigkeiten unterstützen und die ganzen Trips, die aus der Ratio kommen, erst einmal selber erkennen, dann ist die Entscheidung in jedem Fall richtig. Auch wenn sie nicht ganz richtig ist, ist in jedem Fall eine Entscheidung da, an der wir alle irgendwie wachsen.

Ama: Ja, und es ist ja auch kein Problem, sie wieder zu ändern.

Uttama: Die wichtigste Erkenntnis, die dem zugrundeliegt, kann ich mal so beschreiben: es geht nicht darum zu beurteilen, was richtig oder falsch ist, weil wir gelernt haben, daß wir in Wirklichkeit alle gar nicht dazu fähig sind, das zu beurteilen, weil wir gar nicht das Bewußtsein haben, von dem wir nur eine Ahnung haben. Wir sehen nur einen kleinen Bereich, von dem was möglich ist. Wir sind irgendwie schon dahinter gekommen, daß es völlig kurzsichtig wäre, das eine oder andere als richtig oder falsch zu bewerten.

Wenn wir eine Entscheidung zunächst als falsch beurteilen, dann können wir nur sehen, was dieses no zu dieser Entscheidung mit uns macht. — Kannst du das sie nachvollziehen? Das ist ja erstmal eine Energie, die in uns latent schon drin ist, die nur durch etwas, was wir für falsch halten, ausgelöst wird. D.h. die Energie, die dann in uns entsteht, ist die Chance, zu sehen, was mit uns passiert. Und wenn wir richtig gelegen haben mit dem, was wir intuitiv als falsch empfunden haben, dann kann man sicher sein, das habe

was mit uns passiert. Und wenn wir richtig gelegen haben mit dem, was wir intuitiv als falsch empfunden haben, dann kann man sicher sein, das habe ich x-mal erlebt, wird das auch von selbst korrigiert. Wenn ich von meinem Verstand her sage, das ist falsch und versuche dann aus einer Energie, deren Qualität power ist, das zu korrigieren, dann kreiere ich auf der anderen Seite zwangsläufig 'ne gegenpower. Dann haben wir das, was hier draußen jeden Tag vierundzwanzig Stunden rund um die Uhr passiert. Das ist der alte Mensch.

Wie bis du, Ama, Koordinatorin geworden?

Ama: Hier? (lacht) ... wie die Jungfrau zum Kind.

Uttama: Entsprechend ihren Fähigkeiten, würde ich sagen.

Ama: Ja, das hat sich einfach so ergeben, sicherlich auch basierend auf den Dingen, die ich vorher gemacht habe — zu einem Teil.

Gut, du hast also organisatorisches Geschick, heißt das. Aber wie läuft das konkret, wenn jemand zum Koordinator oder zur Koordinatorin wird bei euch. Setzt ihr euch zusammen ...? Das ist doch offensichtlich ein Meinungsbildungsprozeß, wie immer du es ausdrückst ...

Ama: Das ist im Grunde kein Meinungsbildungsprozeß, sondern es ist klar: wir Sannyasins haben mehrere Firmen, die müssen laufen, wollen wir ja auch. Finden wir ganz toll. Du brauchst für die verschiedenen Bereiche verantwortliche Koordinatoren. Und es wird einfach geguckt: wir brauchen jemanden, und vor allem die Center-Leiterin kennt die meisten Leute wohl am besten und die sagt — berücksichtigend das Wissen und die Energie, die der einzelne hat — also ich schlage vor, die oder der oder der machen das. Und dann werden die gefragt und dann sagen sie Ja oder sie sagen, nee, möchte ich nicht. Vielleicht ein andermal, aber ich fühl mich nicht. Dann wird neu geguckt. Also an sich ein ganz simpler Prozeß.

Gibt es Fälle, in denen Center- Leiterinnen oder -Leiter wieder in die Gruppe zurückgekehrt sind und andere haben weitermachen lassen?

Ama: Gibt's auch, ja.

Mit Tränen?

Ama: Sicher auch mit Tränen.

Mit Kampf?

Ama: Weiß ich nicht. Kann ich selber nicht sagen.

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Ingrid: Auch mit Kampf.

Ama: Gibt's sicherlich auch.

Uttama: Wir sind nicht so bewußt und so wach, daß wir das Potential von Kampf, was in uns noch drinsteckt, schon völlig erkannt haben und schon völlig bewußt damit umgehen können.

Das was von euch in der letzten Zeit am meisten bekannt geworden ist, sind die prosperierenden Unternehmen, die ihr aufzieht. Welche sind das? Was für Bereiche habt ihr euch, um es mal so zu sagen, als Investitionsfelder ausgesucht?

Ama: Im wesentlichen Discotheken, vegetarische Restaurants, dann der gesamte Therapiebereich, den es schon immer gegeben hat, nur war er nicht so öffentlichkeitswirksam, wie halt Discotheken sind. Die geraten automatisch mehr ins Licht der Öffentlichkeit. Das sind die Hauptbereiche. Was noch?

Uttama: Alles was Spaß macht.

Ingrid: Handwerkliche Betriebe und Boutiquen, in denen Bücher vor allem von Bhagwan, aber auch andere Bücher und Meditationsmusik und son bißchen schöner Firlefanz verkauft wird. Ich mache das z.B., das ist für mich absolut neu. Ich war früher Krankengymnastin und mache jetzt einen Buchladen.

Uttama: Die Zielsetzung ist nicht der Profit in erster Linie. Das Geld, was abfällt, ist praktisch angenehmes Beiprodukt. Das ist natürlich notwendig, weil wir mit beiden Füßen auf der Erde stehen, aber in erster Linie gucken wir, was unsere kleine Gesellschaft sinnvolles an Arbeit leisten kann, welche Bedürfnisse da sind, wo unsere Energie hingeht. Wir tanzen gern, also machen wir unsere Discos. Daß andere Leute kommen und dafür was bezahlen, kann uns nur recht sein, denn irgendwovon müssen wir ja leben, wir können ja nicht betteln gehen, wie uns das oft unterstellt wird, was noch nie vorgekommen ist, jedenfalls nicht von unserer Seite.

Offenbar gehen eure Unternehmungen gut. In Oregon unterhaltet ihr sogar eine eigene Fluglinie, hier ein eigenes Reisebüro. Was macht eure Läden so profitabel?

Uttama: Das liegt an der Produktivität der Leute, die Spaß daran haben.

profitabel?

Uttama: Das liegt an der Produktivität der Leute, die Spaß daran haben.

Die Milch von glücklichen Kühen schmeckt ja auch besser. Das ist der ganze Witz, daß bei uns niemand sich als Angestellter eines Unternehmens begreift und von daher schon einen gewissen Widerstand gegen seine eigene Tätigkeit hat, — was ist das für 'ne Vergewaltigung eigentlich vom Individium Mensch — sondern jeder was hat, mit dem er sich selbst identifiziert.
Jeder Einzelne von uns ist gleichzeitig Unternehmer ...

Ama: Richtig!

Gibt es in euren Betrieben keine Angestellten und Arbeiter?

Ama: Doch, auf dem Papier schon ...

Uttama: Aber es ist alles unser ...

Ingrid: Z.B. in meinem shop: Ich kann hereinnehmen, was ich möchte. Ich sprech es zwar auch ab, aber ich kann den Schmuck aussuchen, den ich leiden mag. Ich nehm dann eine etwas größere Palette, nehm auch ein bißchen was rein, was ich vielleicht nicht so gut finde, frag zwei drei Mas und steh hinter dieser Sache und dadurch läuft es natürlich auch gut.

Ama: Das ist ganz typisch, was sie gerade sagt. Das habe ich oft beobachten können. Die Sachen, die Ingrid einkauft, die sie gerne mag, verkauft sie bombig, die Sachen, die sie selber nicht mag, verkauft sie miserabel ... Es ist so typisch: wenn du das tust, wo du Spaß dran hast, wo deine Energie so drin ist, bist du einfach gut. Das zieht Leute an. Und was Uttama gesagt hat, spiegelt sich in der ganzen Konzeption unseres Centers wieder. Wir haben überall Angestellte, wir haben überall Geschäftsführer, wie das halt einfach so sein muß, weil wir in dieser Gesellschaft leben so wie sie ist, aber das heißt, daß sämtliche Nettogehälter alle in einen großen Pott gehen, egal wie hoch das Nettogehalt des jeweiligen ist.

Uttama: Da fängt eben — offiziell gesehen — unser Privatbereich an.

Tarifmäßige Bezahlung gibt es also nicht — und wie ist es mit Sozial- und Altersversicherung?

Uttama: Wir glauben zwar nicht an die Rentenversicherung — aber das ist unser Grundsatz: wir erfüllen alle rechtlichen Bedingungen. Wir leben ja schließlich hier in diesem Staat. Das was wir machen, ist ja 'ne kleine Kulturrevolution letztendes, dafür ist rein juristisch nichts vorgesehen in unserer Gesellschaft, also müssen wir mit dem umgehen, was da ist und trotzdem unseren Weg so weit verwirklichen wie's geht. Manchmal ist halt der eine oder andere Kompromiß nötig ...

Ingrid: Trotzdem haben wir nicht diese Hierarchie im Kopf. Es ist wirklich egal, ob jemand als Manager 5.000,- DM verdient oder jemand als Putzfrau mit 1.000,- DM berechnet wird. Diese Hierarchie spielt da keine Rolle. Wir haben sie nicht.

Was heißt das beispielsweise, wenn euch jemand verlassen will.

Ama: Es gibt da keinen Ausgleich, wenn du das meinst, wenn einer die Kommune verlassen will, sondern was wir machen ist, daß die Gehälter, die wir zahlen, keine solchen Sprünge aufweisen, sondern wir haben so 'ne Art Standardgehalt, was — würde ich mal sagen — für 90 % aller Angestellten gilt, und wir haben eine Handvoll von Gehältern, die höher sind. Das ist der ganz simple Fall. Wir gehn also nicht von 1.000 bis 10.000, sondern bei uns ist das nicht so weit auseinander, so daß, wenn dieser Fall eintritt, auch der Unterschied nicht so gewaltig ist.

Gegen eure Unternehmungen hat es massiven Druck seitens der Wirtschaftsprüfungsämter und von seiten der beiden Staatsreligionen gegeben ...

Ama: ... und die Parteien nicht zu vergessen. Die haben sich alle in ein Boot gesetzt ...

... worum ging's da?

Uttama: Das ist so ein Konglomerat gewesen aus Angst, aus Konkurrenzdruck seitens der Kirche, die natürlich uns unterstellt haben, was sie gern täten, aber ohne Erfolg — nämlich die Jugendlichen einsacken. Also 'ne reine Projektion. Und Neid natürlich auch von Seiten der Geschäftslobby, daß wir im gastronomischen Bereich sehr viel Kapital auch laufen und rotieren lassen. Es ist so eine Angst vor dem Ungewissen, die da ausgelöst wird. Und wenn es dann noch vermischt wird mit der Macht — und die Leute sitzen ja an

sen. Es ist so eine Angst vor dem Ungewissen, die da ausgelöst wird. Und wenn es dann noch vermischt wird mit der Macht — und die Leute sitzen ja an

entscheidender Stelle, ich denke jetzt an den Farthmann z.B. in NRW — dann ist das ein richtiger Teufelskreis: da kommt der Sektenbeauftragte der Kirche, der seine Interessen hat und schreibt einen Bericht mit einer Elterninitiative von vier oder fünf Elternpaaren, die alle mit ihm bekannt sind. Er verdient noch daran, denn er ist ja der Beauftragte. Er hat also noch ein wirtschaftliches Interesse, einen bestimmten Bericht in bestimmter Färbung für seinen Auftraggeber anzufertigen ...

Ama: Und ein neues Buch zu schreiben ...

Uttama: Dieser Bericht wird als Gutachten für den Politiker benutzt, der wiederum ... Das ist ein Teufelskreis: jeder nimmt den anderen als Zeugen gegen uns. Niemand guckt auf die facts, niemand macht sich die Mühe, einmal in ein Zentrum hineinzugehen und sich die facts anzugucken.

Es wurde gesagt, die Discotheken seien eigentlich keine Discotheken im Sinne des bürgerlichen Rechts ...

Uttama: Darf ich euch wörtlich die Erklärung zur Ablehnung der Konzession in Düsseldorf geben. Das ist absolut lächerlich und verfassungswidrig. Man hat gesagt: wenn ein Gast in einen öffentlichen Tanzbetrieb oder gastronomischen Betrieb geht, dann erwartet er nicht freundliche Gesichter, die überdurchschnittlich zuvorkommend sind, denn diese Freundlichkeit die berührt ihn emotional. Das ist also ein Eingriff in seine Intimsphäre und das darf nicht sein. Er muß das nicht erwarten, und wenn er das trotzdem entgegengeschleudert kriegt, dann ist das die subtile Mission und das darf nicht sein.

Was habt ihr dagegen unternommen?

Ama: Es hat Anklagen gegeben, wobei es in Düsseldorf offensichtlich anfängt, sich zu entspannen, und zwar hat man ja eine Anweisung gegeben an die zuständigen Ämter, daß Sannyasins keine Konzession bekommen sollen, was absolut illegal ist. Dann im Laufe der letzten Monate haben Düsseldorfer Sannyasins ein Cafe aufgemacht, wogegen es überhaupt keine Einwendungen gab, was diese Anweisung natürlich erst recht ad absurdum geführt hat. Sie wurde mittlerweile nun auch zurückgezogen.
Die Prozesse wegen der Discothek, ich weiß jetzt nicht, was der neueste Stand ist, und wie das da läuft, soweit ich gehört habe, scheint es sich offensichtlich zu beruhigen ...

Uttama: Nicht ganz, in der zweiten Instanz wurde wieder eine Ablehnung bewirkt. Die Begründung habe ich jetzt nicht gelesen, aber sie fällt in den selben Bereich.

Ama: Ja, dann gibt's eben das nächste Verfahren. Wir gehen grundsätzlich soweit, bis es wieder klar ist.

Führt ihr auch Gelder ab an eurer Zentrum in Oregon?

Ama: Nein, es gibt nur die ,,franchise-Kette'' d.h. unsere Discotheken und die Restaurants, die den Namen ,,Zoba the Buddha'' tragen zahlen Lizenzgebühren und bekommen dadurch Beratung auf der generellen Linie. Zorba the Buddha ist ein Markenname.

Uttama: Das ist kein Umweg, sondern da gibt's nach deutschem Recht, so eine Art franchise-Recht, ganz festgelegte Grenzen, wie hoch diese Gebühren sein dürfen und an die halten wir uns natürlich ...



,,Wir müssen zu einer höheren Technik übergehen...''
Bhagwan auf Video bei einem Rajneeshie-Treffen in Bayern

,,Wir müssen zu einer höheren Technik übergehen...''
Bhagwan auf Video bei einem Rajneeshie-Treffen in Bayern

Und ihr nutzt sie auch aus

Uttama: Ja, sicher!

Erwartet ihr eine Zunahme des Drucks?

Ama: Dazu kann ich gar nichts sagen.

Uttama: Ich denke immer, daß die Leute vernünftig sind, und deshalb erwarte ich eine Abnahme des Drucks. Auf der anderen Seite ist es so, daß die Leute soviel Scheiße in sich tragen, daß ich von daher eine Zunahme des Drucks erwarte. Die sind wie Dampfkessel, wo alles raus muß.

Ama: Ich glaube, daß das zwei Aspekte hat: mein Gefühl ist, das sehen wir auch an vielen Dingen, daß die zunehmende Zuspitzung der Situation generell, sei das Atombombenangst, sei das Umwelt, was weiß ich alles, dazu führt, daß die Haltung der Menschen uns gegenüber sich verstärkt, aber nach beiden Seiten. Einerseits wächst die Angst und die Abwehr und wir werden mehr Druck fühlen. Andererseits kommen immer mehr Menschen, die damit unzufrieden sind und finden hier irgendwo einen Platz, wo sie sich wohlfühlen und gerne kommen und gerne Therapie oder Meditation mitmachen, so daß so von beiden Seiten der Druck wächst. Die einen, die mehr in einen Selbsterfahrungsprozeß hineingehen und versuchen, sich selber mehr kennenzulernen, für sich was zu tun und dadurch mehr in Therapie hineingehen, mehr Gesundheitsbewußtsein entwickeln, vegetarisch essen, was weiß ich und andere Leute, bei denen einfach mehr Druck wächst und damit auch der Druck uns gegenüber. Die Polarisierung nimmt zu, ganz simpel.

Uttama: Also diese Angst hat vielleicht auch mit der deutschen Geschichte was zu tun. Jede Art von Gebilde, das über das Individuelle hinausgeht, wird sofort mit Destruktion assoziiert, nach dem Motto: das hatten wir schon. Denn alle haben praktisch im ,,3. Reich'' in eine Richtung gefühlt, gelebt, gedacht, auch wenn das dann sehr destruktiv ausgenutzt worden ist. Das assoziiert ganz bestimmt irgendwelche Ängste. Uniformierung wirft man uns vor, faschistoid seien wir. Das hat ja alles schon in der Zeitung gestanden.

Wenn sich nun der Druck von Seiten des Staates verschärft, würdet ihr das einfach so akzeptieren oder was unternehmt ihr dagegen?

Ama: Wir werden uns mit Sicherheit für alles das, was wir als unser Recht betrachten, was auch per Gesetz geschützt ist, total eintreten ...

Uttama: Ich fühle mich als Samurai Bhagwans.

Also die FdGO wird ausgenützt, ja?

Uttama: Hinter der stehen wir sogar totaler — nach unserem Gefühl — als der Herr Farthmann selbst.

Ama: Ja, das ist klar ...

Und gegebenenfalls wird auch um Rechte gekämpft ...?

Ama: Mit Sicherheit, und zwar sehr schnell.

Ingrid: Was verstehst du unter kämpfen?

Das müßt ihr schon beantworten.

Ama: Wir können eins dazu sagen, weil Sheela hat sich dazu mehrfach geäußert. Sie ist die persönliche Sekretärin von Bhagwan, und Sheela hat ganz klar gesagt, wenn Angriffe auf uns so weit gehen, daß die Leute hier in unsere Stadt kommen und uns ganz persönlich angreifen, dann bin ich die erste, die eine Pistole in die Hand nimmt. Also, wir werden mit Sicherheit nicht eine unterdrückte Minderheit, die vor lauter Schreck in die Ecke flüchtet. Und wir werden mit Sicherheit alle Rechte ausnutzen.

Uttama: Ich möchte dazu aber noch mal die Intelligenz ansprechen ...

Ingrid: Und trotzdem haben wir eine Stadt, die kein Gefängnis hat. Wir sind die erste Stadt der Welt, die kein Gefängnis hat. Und es ist genehmigt worden, obwohl in den USA normalerweise zu einer Stadt gehört, daß sie auch ein Gefängnis hat.

Nun hat es ja über staatlichen und kirchlichen Druck hinaus Übergriffe auf euch gegeben: Einer von euch wurde z.B. im Zug von Nazi-Fußballfans zusammengeschlagen ...

Ingrid: Und wir hatten die Skins hier im Hof ...

Uttama: Was meinst du, was ich in der Disco schon alles erlebt habe ...

Es häuft sich also. Was macht ihr dagegen?

Ama: Wir wehren uns.

Uttama: Da komme ich wieder auf den Kampf. Da muß ich einfach auch die Intelligenz ansprechen. Als Samurai kämpfe ich nicht wie ein dummer Schläger, der sich einfach blind irgendwo austobt, ohne sich bewußt zu werden, was da an eigenem shit mit rauskommt, sondern ich kämpfe aikidomäßig, d.h. also wenn dort jemand kommt mit seiner ganzen energy, weich ich zurück und wenn das verpufft ist, dann gehe ich mit dem Schwung zurück auch in den Angriff, klar. Und mir ist es sehr selten passiert, obwohl ich hundertmal die Gelegenheit gehabt hätte, in der Disco, daß ich Gewalt angewendet hätte. Ich hab's eben intelligenter gemacht und mit anderer, auch mit weiblicher energy (schnippt mit den Fingern), mit Hilfe der Mas. Nur wenn mir jemand die Mala abreißen will — das ist zweimal passiert — dann leiste ich mir auch mal einen Affekt, ja! Und dann liegt jemand flach (lacht).

Ihr habt die Angriffe in eurer Zeitung damit kommentiert, daß ihr nicht die Rolle einnehmen wollt wie damals die Juden. Nun werden in der BRD ja zunehmend Minderheiten wieder an die Wand gedrückt. Dabei seid ihr nur eine von vielen. Ich erwähne als Spitze nur die Hetze gegen die Ausländer. Dies läßt schlimme Entwicklungen befürchten. Wie steht ihr zu der Ausländerdiskriminierung und was unternehmt ihr insgesamt gegen diese Bedrohung, die sich ja auch gegen euch richten könnte und — wie eben besprochen — z.T. jetzt schon richtet?

Uttama: Wir haben keine Strategien in die Richtung. Wir handeln von Fall zu Fall und machen das, was wir für angemessen halten.

Ama: Wir kümmern uns um das, was uns betrifft.

Wenn andere Minderheiten angegriffen werden, greift ihr nicht ein?

Ama: Nein.

Uttama: Ich denke, daß dieses Ausländerproblem von der Linken sehr einseitig gesehen wird. Es hat auch 'ne andere Seite. Als der ,,BILD am Sonntag'' Reporter in Köln war, und mit dem Polizei-Obermann da gesprochen hat, da ist der förmlich explodiert und hat ihn geradezu überschüttet und meinte: die Sannyasins könn's vergessen, mit denen haben wir überhaupt keinen Ärger, ab und zu mal einen Strafzettel, aber — und dann fing er an: daß jeden Tag soundsoviel und das und das von den Türken passiert und alles wird geklaut und alles wird kaputt gemacht. Und da müssen sie was schreiben. Der ist förmlich aus-ge-rastet, ja! D.h. also, man kann nicht nur die Ausländer in Schutz nehmen, man muß sehen, was ist das für ein Impuls bei mir, daß ich da plötzlich so 'ne Minderheiten-Sympathie fühle. Wenn jetzt die alteingesessenen einheimischen Bürger nicht beachtet werden mit ihren Problemen, wenn sie sich einfach nicht gesehen fühlen, und wenn sie sich nicht von ihren zuständigen Regierungen repräsentiert fühlen, dann werden sie natürlich irgendwie Dampf machen, dann entsteht erst so'n Konflikt.

Ama: Ich möchte ganz generell dazu sagen: egal wie die Konflikte und wo die Schwierigkeiten entstehen: für Sannyasins ist sicherlich in der Mehrheit die sehr klare Einstellung dazu, daß wir uns um unsere eigenen Probleme kümmern und total die Verantwortung für das, was wir tun, wie wir leben, was in der Gesellschaft mit uns passiert übernehmen und uns darum kümmern.

Ist euch bewußt, daß beispielsweise in den KZs der Nazis nicht nur Kommunisten und Sozialisten, auch kirchliche Widerständler gesessen haben, sondern auch Mitglieder von minoritären Kultur- oder Religionsgemeinschaften wie beispielsweise die Zeugen Jehovas ...?

Ama: Ja, ich weiß es.

Resultiert daraus nicht die Einsicht,

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

daß, wenn sich jeder nur um sich selbst kümmert, gegebenenfalls auch jeder für sich selbst eingemacht wird?

Ama: Das seh ich überhaupt nicht. Also für mich ist es eigentlich eine sehr klare Geschichte, daß ich mich um mich selber kümmere, um meine Grundrechte, egal was ansteht, und im Rahmen unseres Zusammenlebens wir uns gemeinsam darum kümmern ...

Uttama: Ich seh das auch nicht so, wie du das beschreibst. Ich hab nicht das Gefühl, daß jemand in der Lage ist uns einzumachen ...

Ama: Weder einzeln, noch gemeinsam, noch nacheinander.

Uttama: Im Moment spür ich das ganz einfach gar nicht. Ich könnte mir vielleicht eine Gefahr ausdenken ...

Ama: Vor allem ist es so: wir leben sehr entspannt im Hier und Jetzt und kümmern uns genau um das, was jetzt passiert ...

Uttama: Ich verlaß mich da auf meine Erfahrung, daß ich z.B. auch mit jeder Art von Bedrohung offen umgehen kann und nicht aus der Position der Angst und der Phantasie 'ne Projektion mache und meistens auch irgendwie gerade bleiben kann und irgendwie Kontakt zustande kommt, ob das jetzt die Aktionsfront Nationale Sozialisten ist oder ob das linke Spontis sind, die da die Disco stürmen — also wenn ich da raus geh und red mit den Jugendlichen, dann fühle ich mich nicht gemeint von dem, was mir das entgegenschwappt. Und ich halte es auch für falsch, wenn wir uns dann mit irgendwelchen anderen Gruppierungen, die auch irgendwie bedroht sind, solidarisieren würden. Da würde ich mich ja zwangsläufig ja auch irgendwie identifizieren mit all den Bedrohten. Dann würde das völlig verlorengehen ...

Ama: Das ist auch so eine Geschichte, die ich sehr häufig gemerkt habe: das kannst du fast in jedem schlauen psychologischen Buch nachlesen: wenn du in eine Situation kommst, in der du bedroht wirst und du fühlst keine Angst, dann geht die Energie von demjenigen, der dich bedroht, runter und es passiert gar nichts. Es löst sich einfach auf. Wer jemanden bedroht, braucht die Angst des anderen, sonst kann er ihn gar nicht bedrohen.

Nun ja, schon im Hier und Jetzt, gar nicht in ferner Zukunft, finden die staatlichen Repressionen, Diskriminierungen, bis hin zu staatlichen Übergriffen und privaten Mißhandlungen und

Nun ja, schon im Hier und Jetzt, gar nicht in ferner Zukunft, finden die staatlichen Repressionen, Diskriminierungen, bis hin zu staatlichen Übergriffen und privaten Mißhandlungen und **dergleichen statt. Gerade vor wenigen Tagen wurde z.B. einem ausländischen Jungen von zwei westdeutschen Jugendlichen die Hand angezündet. Sowas hat sich in den letzten Jahren ja nicht zum Positiven, sondern zum Schlechteren gewendet. Meint ihr wirklich, daß euch das nichts angeht, sobald es euch nicht unmittelbar selbst betrifft?**

Ingrid: Also wenn ich erleben würde, daß irgendjemandem die Hand angezündet wird auf der Straße, da würde ich natürlich eingreifen. Das gehört für mich zum Hier und Jetzt dazu.

Ihr begebt euch also auch in eine Kampfsituation ...?

Ama: Ja, auch in Gefahr ...

Aber politisch macht ihr das nicht?

Uttama: Nein, politisch nicht, weil wir keine Wünsche haben, wie die Gesellschaft aussehen soll. Wenn wir auf dem Weg wären, dann wär das ein Weg von uns weg ohne Ende. Das wäre ein missionarischer Weg, ja? Und das ist nicht unser Weg.

Ist es für euch egal, ob ihr unter einer SPD, CDU/CSU- oder möglicherweise einer noch weiter rechts stehenden Regierung lebt?

Uttama: Das ist für uns keine Frage. Wir machen uns auch keine Gedanken als Gruppe oder als Kommune darum. Ich hab natürlich meine eigenen persönlichen Vorstellungen und Phantasien, was sein wird. Aber wir machen auch keine Strategiepapiere, weil wir letztenendes uns auch nicht verantwortlich fühlen als politische Kraft jetzt irgendeinen Einfluß auszuüben oder irgendwie 'ne Vorstellung, die wir haben, zu verwirklichen. Das heißt aber nicht, daß wir uns völlig zurückziehen aus der Politik. Wir sind schon, da wo es uns betrifft dabei, z.B. in Rajneesh-puram stellen wir Bürgermei-

G 7347 C
Die Rajneesh Times
Deutsche Ausgabe
2. Jg. Nummer 3 — Donnerstag, 26. April 1984 — 80 Pfennig, -.80 sfr, 7.– öS

35 Stunden-Woche – und dann?

Arbeit ist für Rajneeshies kein Problem. Es gibt für sie weder die Spaltung in Arbeitnehmer und Arbeitgeber, noch die Spaltung in Arbeitzeit und Freizeit, noch das [illegible] der Gehaltsgruppen und Löhne. Sie ar[illegible] [illegible]men, sie verdienen zusammen. Die arbeitspolitischen Probleme, mit denen sich Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände jetzt herumschlagen, stammen aus veralteten, unintelligenten und bequemen Verhaltensweisen. Solange arbeitende Menschen gegeneinander kämp[illegible] [illegible]dukt ihrer Lei-

ster, Umweltausschußmitglieder oder was es da immer gibt, oder auch Polizisten. Je nach dem, was wir für gesellschaftlich, und damit meinen wir in erster Linie unsere kleine Gesellschaft, notwendig erachten. Das ist der ganze Witz, und ob jetzt da 'ne SPD oder 'ne rechte oder 'ne linke Regierung ist, ich kann da auch oft gar keine Differenzierung erkennen, weil die Gemeinsamkeit, nämlich die Machtausübung, bei allen auch bei den Grünen stellenweise sichtbar ist. Das sind immer wieder Vorstellungen, die aus der Ratio kommen, die da — mit welcher Gewalt auch immer — durchgesetzt werden. Damit haben wir eigentlich nichts am Hut.

Ingrid: Trotzdem ist es mir persönlich lieber, eine SPD-Regierung zu haben als eine CDU-Regierung.

Warum?

Ingrid: Ich hab schon auch gewisse Bedenken für die Zukunft, daß je enger das System wird, je rechter es wird, wir um so eingeschränkter sein könnten.

Uttama: Bei beiden Seiten sehe ich etwa gleich starke Vor- und Nachteile. Die größten Schwierigkeiten haben wir von SPD-Leuten gekriegt. Und das ist mein Weg auch, wenn du das mal von den ganz linken Anfängen bis über meine Börsenmaklergeschichten zu den Sannyasins nimmst — ich sehe da auch, daß da, wo aus einer überstarken Sensibilität für die Gesellschaft und für das Volk irgendwas aus dem mind gemacht werden soll, daß damit bestimmte Innovationsmechanismen und Gesundungsprozesse verhindert werden, die dem einzelnen überhaupt nicht gut tun. Das ist meine Erfahrung. Deswegen ist es ein zweischneidiges Schwert zu sagen, laß uns die Sozialleistungen erhöhen, wenn dadurch die Kreativität und die Selbstverantwortung, was schön ist für das Individuum, reduziert wird, die Leute alle den schlaffen Arsch in das soziale Netz hängen und todunglücklich dabei sind.

stungen erhöhen, wenn dadurch die Kreativität und die Selbstverantwortung, was schön ist für das Individuum, reduziert wird, die Leute alle den schlaffen Arsch in das soziale Netz hängen und todunglücklich dabei sind.
Das ist natürlich 'ne zweiseitige Geschichte, und deswegen hat es keinen Sinn über, Politik zu reden, und darüber, ob die Arbeitslosenhilfe gesteigert oder gekürzt werden soll. Das ist nicht das Problem. Das Problem liegt darin, den Leuten wieder 'ne Motivation zu geben, und zwar im breitesten Spektrum, nicht nur im wirtschaftlichen ...

Ama: Spaß am Leben — und das kannst du ihnen nicht geben. Das müssen sie selber entwickeln.

Aus den Reden Bhagwans (siehe nebenstehender Kasten) geht klar hervor, daß er eine apokalyptische Entwicklung unserer Welt erwartet, und zwar im Sinne einer ökologisch-technischen, möglicherweise auch globalen atomaren Katastrophe wie sie auch die linke Fortschrittskritik befürchtet ...

Uttama: Ja, auch im Sinne einer möglichen geologischen Krise, also Erdbeben usw. ...

Also rundherum der Ausbruch des Chaos, wie er es nennt. Nun an euch die Frage: Wie seht ihr es?

Uttama: Ich mach mir nicht die Anstrengungen, mir da irgendwelche Vorstellungen zu machen. Ich weiß nur, wenn Bhagwan diese Vision hat, dann nehm ich das ernst, weil sie von diesem unseren Meister kommt. That's it.

Ama: Aber deswegen mach ich mir keine Sorgen.

Uttama: Ja, das ist der Punkt: Ich hab keine Angst davor.

Ama: Für mich ist es so und das merk ich auch in vielen Situationen: Ich fang nicht plötzlich an, in Angst zu leben, weil mir morgen die Atombombe auf den Kopf fallen kann, sondern bei mir ist ganz tief drin eine unheimliche Bejahung zum Leben, unheimlich positiv und wenn irgendwas davon tatsächlich passieren sollte, werde ich eben sterben.

Uttama: Wer gelebt hat, der hat auch keine Angst vor dem Tod, weil dann der Tod zu dem Leben dazugehört.

Ama: Ich möchte mein Leben so intensiv und so schön wie möglich gestalten. Und wenn's dann plötzlich — zack — zuende ist, dann ist es halt zuende. Wenn ich Glück hab, werde ich erleuchtet. (lacht)

Vom Kopf her, von dem Wissen, was ich so verschiedenes gelesen habe, kann ich alles das, was Bhagwan als Vision hat, nur unterstützen, weil es gibt nicht dagegen zu sagen. Und wenn es passieren soll und keine anderen Wege da sind, dann ist es so. Das einzige, was ich nur einfach sehe, ist, daß alles das, was zu dieser Situation geführt hat, wie die Menschen heute leben in der Welt mit dieser wie auch immer gearteten Bombe unter dem Hintern, daß etwas total, grundsätzlich Neues passieren muß, anders kann die Situation überhaupt nicht verändert werden. Alles was es bisher schon gegeben hat, hat ja versagt — egal wo du hinguckst, welche Systeme wo immer, alles hat versagt. Die Situation, wie sie heute ist, — das ist einfach meine totale innere Überzeugung — kann überhaupt nur geändert werden, wenn der Mensch sich total verändert, um 180 Grad. Und das ist für mich auch, was auch meinen Kopf, meinen mind, befriedigt, wenn ich die Vision von Bhagwan sehe: der neue Mensch. Da fahr ich drauf ab, total.

Uttama: Es ist natürlich logisch, daß wir so, wie wir leben, den Neid von vielen Leuten auf uns ziehen, aber dafür fühle ich mich nicht verantwortlich. Ich kann nicht mit misery im Gesicht rumlaufen, nur damit niemand neidisch auf mich wird.

Engagiert ihr euch einzeln oder organisiert in der Friedensbewegung?

Ama: Organisiert nicht, einzeln muß das jeder für sich entscheiden.

Engagiert ihr euch einzeln oder organisiert in der Friedensbewegung?

Ama: Organisiert nicht, einzeln muß das jeder für sich entscheiden.

Uttama: Ich bin oft sogar genervt, mit welchen Illusionen da Leute „aktiv" sind. Das halte ich weder für hilfreich, noch für sinnvoll, was da passiert, sondern das ist Masturbation irgendwie und 'ne gegenseitige Solidarisierung von Ängstlichen. Es ist 'ne Projektion von irgendwas, aber ich halte mehr davon, mit eigener Kreativität was entgegenzusetzen als, immer wieder passivreaktiv nach außen zu gehn. Das siehst du ja auch schon an dem Emblem: Die Friedenstaube der Friedensbewegung das ist so'n irritierter, aufgescheuchter Vogel, der so flattert, und unsere beiden Vögel, die sind sehr in der Richtung, vorn der Meister, hinten der Schüler, ganz dynamisch, windschnittig, in Bewegung, ja!

Ihr kennt ja sicher den alten Slogan der Hippie-Zeit: make love not war. Wie steht ihr zu den Erfahrungen, die damit gemacht wurden?

Ama: Das ist ein ganz, ganz entscheidender Unterschied vom Bewußtsein. Die Bewegung, die du zitierst: make love not war, ist der größte Traum der Menschheit. Ich möchte lieber Liebe haben und in Liebe leben, als im Krieg zu leben. Aber daß diese ganzen Versuche, die es überall gegeben hat, zum Scheitern verurteilt waren, ist für mich heute logischer als je zuvor, weil die Menschen miteinander in ihren allerkleinsten individuellen Bereichen und ihren kleinen Grüppchen gar nicht imstande waren, das, was sie als Idealvorstellung im Kopf hatten, vielmehr im Herzen hatten, definitiv zu realisieren, es auch zu leben.

Ingrid: Die Frage ist ja, wie weit du überhaupt deine eigene Basis veränderst.

Heißt ...?

Ingrid: Dein Machtstreben ...

Dich selber, deine Subjektivität ...?

Uttama: Das ist auch der Punkt, den ich am wenigsten erklären kann. Ich hab das vorhin schon öfter mal versucht. Es ist einfach so, daß ich bei all dem Kampf und bei all der Emotionalität, bei diesem Ungerechtigkeitsempfinden, was ich hatte, im grunde todunglücklich war, auch grade früher, wo ich am liebsten Bomben gebaut hätte und die Maschinenpistole in die Hand genommen und den ganzen Haß entladen hätte dieser Ungerechtigkeit mir gegenüber und den Minderheiten gegenüber, die ich empfunden hab. Aber das war immer wieder ein Weg von Unbewußtheit, Emotionalität und von irgendwelchen subjektiven Strategien, die ich mir dann ausgedacht hab, mit denen ich oft auch das gerechtfertigt hab, was ich empfunden hab, und das ist alles ein Weg von tiefem Unglück gewesen.

Ama: Ja, es ist nicht der Weg der Liebe. Du kämpfst mit den gleichen Waffen, mit denen die anderen kämpfen.

Uttama: Den Weg der Liebe kannst du auch individuell machen. Aber was für mich als unbeschreiblich dazu gekommen ist gegenüber jemand, der das nicht selbst erlebt hat, ist dieses Verhältnis zwischen Meister und Schüler. Das ist für mich das non plus ultra. Das kann ich nicht erklären.

Soweit ich Bhagwans Schriften verstanden habe, entwirft er ungefähr folgendes Gedankengebäude: Die Welt ist heute durch die wissenschaftlich-technische Entwicklung und durch massenhafte Entwicklung von Intelligenz auf Grundlage des Kapitalismus so weit entwickelt, daß die sachlichen und technischen Voraussetzungen da sind, daß die Menschheit von einer weiteren Entwicklung ihrer äußeren Fähigkeiten nunmehr absehen kann und sich auf die Entwicklung ihrer inneren Fähigkeiten konzentrieren kann. Er formuliert ausdrücklich: „zum ersten mal kann der Mensch im Luxus leben und im Luxus zu leben heißt, bereit zu sein, nach innen zu gehen." Und er zitiert dann Buddha, der als

Er formuliert ausdrücklich: „zum ersten mal kann der Mensch im Luxus leben und im Luxus zu leben heißt, bereit zu sein, nach innen zu gehen." Und er zitiert dann Buddha, der als **Königssohn dieselbe Situation gehabt habe, vom Luxus ausgehend sich religiös entwickeln zu können. Mal angenommen, das sei so, mit der westlichen Zivilisation, wie Bhagwan es sagt, macht ihr euch Gedanken wie dieser Luxus zustandekommt? Ganz konkret gefragt, ist euch bewußt und was habt ihr für 'ne Haltung dazu, daß dieser westliche Luxus zu ganz großen Teilen aus der Ausbeutung der „3. Welt" stammt und daß er zu großen Teilen auch aus der Ausbeutung der Arbeitskraft von Leuten stammt, die auch hier unter ganz miesen Bedingungen arbeiten müssen — bzw. nicht einmal arbeiten dürfen? — Oder mal etwas pathetischer formuliert, daß dieser Luxus auf Blut und Tränen basiert?**

Ama: Der Luxus, den Bhagwan da beschreibt, hat überhaupt nichts mit materiellem Luxus zu tun. A b s o l u t g a r n i c h t ! Das ist der reine Übergang. Was er beschreibt, ist der Luxus, nach innen zu gehen, dein Innenleben zu entdecken, deinen inneren Menschen.

Aber doch auf Grundlage dessen, was hier materieller Zivilisationsstatus ist! Das formuliert er ja ausdrücklich ...

Ama: Das ist insofern richtig, daß es ein Durchgangsstadium ist, was du auch bei vielen Sannyasins merkst, von denen ein weit überdurchschnittlicherer Anteil als sonst in der Bevölkerung, früher in sehr erfolgreichen Berufen gewesen sind. Das ist ein Punkt, wenn du dir die Bedürfnispyramide anguckst: der Bereich Selbsterfahrung, dich selbst wirklich kennenlernen wollen, da kommst du erst rein, wenn du die Bedürfnisse hintereinander weg erfüllt hast. Da kommt keiner rein, der schlicht und ergreifend nur Hunger und Durst hat.

Das ist sicher wahr!

Uttama: Ich möchte aber trotzdem direkt mal antworten, weil da deutlich wird, daß wir 2000 Jahre Christentum auch hinter uns haben. Das ist ein ganz wichtiger Punkt hier. Ich seh das auch, daß in der 3. Welt sehr viel Leid ist. Ich fühl mich aber nicht dafür verantwortlich. Ich krieg keine Schuldgefühle. Ich kann zwar sehen, was dieses Gefühl in mir macht, diese compassion, die ich empfinde, diese energy, die irgendwie Teil von mir selbst ist, und ich kann sehen, was damit passiert, aber ich empfinde es als völlig dumm, aus der energy, aus Schuldgefühlen oder aus Mitleid heraus das, was ich sehe in der „3. Welt" irgendwie ändern zu wollen. Ich bin gar nicht in der Lage, irgendwas zu entwickeln, was gut wäre für die „3. Welt" oder schlecht oder wie ich dazu beitragen könnte, daß es abgeschafft werden könnte. Ich kann zumindest nichts dadurch beitragen, daß ich auf den Konsum von Kokosnüssen verzichte oder irgendwie anders, daß ich meinen Luxus hier, den äußeren, materiellen, einschränke und damit glaube, den Entwicklungsländern zu helfen. Das sind alles rationale Drehungen, die völlig sinnlos sind. Ich bin der Überzeugung, — darin besteht ja gerade die Chance, indem wir diesen Weg vorgehen — daß wir nicht wieder passivreaktiv werden, sondern mithelfen, die Gesellschaft in der westlichen Welt, einfach indem wir es vorleben, dazu bringen zu meditieren, also mit gutem Beispiel vorangehen und dadurch bewußter zu werden und dadurch vielleicht die Situation irgendwie einfach anregen, daß man nicht etwa vierjährige an Maschinenpistolen stehen sieht — und so empfinde ich die Politiker, die die Macht haben, und da sehe ich die Gefahren auch für die „3. Welt" und auch für 'ne eventuelle Katastrophe — wenn das passiert. Das ist die Chance, die ich nicht nur für uns seh, sondern für alle, daß wenn wir das lernen — und wir bieten Meditation hier an, jeder kann herkommen — und das tun auch viele aus der Geschäftswelt, ja, daß da irgendwie 'ne Chance besteht, diesen Kollaps irgendwie zu verhindern, aber nicht aktiv.

Ama: Ja, daß das Bewußtsein der Menschen, die in gewissen Rahmen halt die Geschicke lenken, sich verändert und nicht so ist wie es jetzt ist. Es gibt da von dem v. Weizsäcker einen schönen Spruch, der mir sehr heftig in Erinnerung geblieben ist: die Russen und die Amerikaner verhalten sich wie zwei Fünfjährige die knietief im Benzin stehen und darüber streiten, wer mehr Feuerzeuge hat. Das ist auch genau das Ding, was ich empfinde und das ist das, was Uttama gesagt hat: Kinder stehen an Maschinengewehren.

Das ist ja praktisch ein Plädoyer für eine grundsätzliche Nichtparteinahme ...

Alle: Ja!

Das ist ja praktisch ein Plädoyer für eine grundsätzliche Nichtparteinahme ...

Alle: Ja!

Wie verträgt sich diese ausdrücklich gewollte Nichtparteinahme mit Bhagwans ausdrücklicher und über die Jahre wiederholten Stellungnahme für d e n Kapitalismus, f ü r den sogenannten freien Westen usw., und g e g e n Kommunismus, g e g e n Sozialismus, g e g e n jedes sozialistische Experiment überhaupt, gegen jeden Versuch der „3. Welt", des Ostens, wie er es nennt, sich auf einen sozialistischen Weg zu machen?

Uttama: Ich glaube nicht, daß das, was du zitierst, eine Parteinahme ist. Es ist keine Parteinahme zugunsten des Kapitalismus oder zugunsten der westlichen Welt. Er sagt nicht, das ist gut und das andere ist schlecht, sondern das ist einfach ein Teil dieser vision, die völlig für sich steht, daß bei uns als commune — das hat ja was kommunistisches, was wir machen, das ist ja auch widersprüchlich — das, was wir Personalität, also auch Ego nennen oder nenn es, wie du willst, diese personel ambition, dieser Ehrgeiz gedropped wird, ohne das wir deswegen unsere Individualität verlieren. Und erst wenn wir das, was wirklich ist, aus uns selbst herausziehen, wenn wir diese ganzen Konditionierungen von außen abgeworfen haben; dann kann was ganz Kreatives, was ganz Neues entstehen.

Ama: Außerdem möchte ich noch was dazu sagen: Du zitierst nun also mehrfach mittlerweise Bhagwan aus dem Buch „Der neue Mensch". Es gibt von ihm 200 oder 300 Bücher, und ich wette, wenn einer sie alle durchliest, dann wird er überall das genaue Gegenteil zu dem, was er schon einmal gesagt hat, finden. Weil in allem, worüber Bhagwan spricht, zeigen sich immer wieder die beiden Aspekte, die Dualität und er sagt auch, nachdem man ihn darauf angesprochen hat, wie du es gerade machst: Bhagwan, du hast in dem Buch sowieso auf Seite sowieso

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

das und das gesagt und nun bin ich in der und der Situation und das paßt doch gar nicht zusammen. Dann sagt er immer wieder: Das ist mir völlig wurscht, was ich in dem und dem Buch und dann und dann gesagt habe, weiß ich alles überhaupt nicht mehr. Das war in der Situation. Jetzt haben wir eine neu. Was willst du?

Es ist nicht nur e i n Aufsatz. Es sind mehrere Aufsätze aus mehreren Jahren, in denen sich das ganz und gar und völlig klar durchzieht ...

Ama: Ich meine, daß er sich generell für den Kapitalismus ausspricht, hat für mich auch damit zu tun, daß das ein Durchgangsstadium ist.

Ingrid: Er empfiehlt z.B. auch der „3. Welt", total kapitalistisch zu werden, um dann sich nach innen wenden zu können ...

Ama: Weil der Weg nach innen letztlich erst darüber geht, daß die sogenannten äußeren Bedürfnisse befriedigt sind.

Da wird doch Bhagwan, der für euch ein Prophet ist, zu einem ganz schlichten Ideologen des sogenannten freien Westens. Wie steht ihr dazu?

Ama: Ich muß dir ehrlich sagen, daß mich das wenig interessiert. Für mich ist so eine Diskussion darüber — ich merke auch, daß ich im Moment so'n bißchen müde werde — das ist für mich eine total intellektualisierte Systemgeschichte. Und das bringt's nicht. Das ist es nicht. Es ist überhaupt nicht das, was da drin lebt.

Warum bringt er es denn dann?

Ama: Er sagt selbst, weil er immer wieder danach gefragt wird, was er sagt, kann immer nur die Oberfläche sein. Das was es wirklich ist, muß gelebt werden. Das ist Leben. Das ist Realität ganz tief. Worte sind eine Möglichkeit, sich auszudrücken, aber die oberflächlichste, die es gibt.

(Pause)

Machen wir weiter. Man hört verschiedentlich, daß ehemalige Linke zu euch stoßen. Wie kommt man als Linker, bzw. als ehemaliger Linker zu euch?

Uttama: Das ist eine ganz glatte Entwicklung, wenn ich das mal für mich beantworten kann. Ich bin von meinem Naturell einfach Rebell, schon immer gewesen, wo immer ich war, schon im Kindergarten. Zwangsläufig, als ich an die Uni kam in Frankfurt und eine rebellische Umgebung um mich hatte, war ich das da in dem Sinne auch politisch, aber nie parteipolitisch. Ich hab meine Emotionalität da auch einfach ausgelebt und meine Sensibilität. Ich hab das ja vorhin schon beschrieben, wie das für mich war. Ich hab das nicht aus dem Kopf heraus gemacht, son-

hab das ja vorhin schon beschrieben, wie das für mich war. Ich hab das nicht aus dem Kopf heraus gemacht, son-dern immer aus dem Herzen.

Ama: Sannyasin ist die größte Rebellion der Erde.

Uttama: Deswegen ist das jetzt das non plus ultra meiner Rebellion und wo ich die Chance wahrnehme, in der Meditation nach innen und nach außen zu gehen und von Natur aus gehe ich gern nach außen, aber das ist ein Ungleichgewicht.

Ist es bei dir — oder bei anderen — vielleicht auch ein Produkt von Resignation über die Nichtverwirklichung gesetzter Ziele ...?

Uttama: Im Gegenteil! Es ist genau das Gegenteil von Resignation. Resignation hab ich erlebt, 'ne verdrängte Resignation, die in Aktionismus gemündet hat, bei meinen Genossen und Freunden um mich herum, aber ich bin in keiner Weise jemand, der dazu neigt, in die Apathie zu verfallen oder in Aktionismus, der das verhindern oder kompensieren soll, sondern ich bin sehr unzufrieden gewesen und bin weitergegangen; hab auch dann die andere Seite ausprobiert, und auch 'ne andere vision gekriegt und das Gebilde eben als dreidimensional erkannt und nicht als flach. Das wäre ja eine Täuschung gewesen, alles nur von einer Seite zu sehen. Wie gesagt, jetzt hat sich die ganze Problematik in sich selbst aufgelöst. Das Kämpferische, das ist ja auch immer eine Reaktion auf die Verhältnisse, die man von außen wahrnimmt, und man kommt völlig von sich weg. Irgendwann bist du in so einem selbstrotierenden Zirkel drin, daß das so eine Eigendynamik hat und gar nichts mehr mit dir als Individuum zu tun hat.

Wie gesat, das non plus ultra ist dieses release, diese Auflösung dieser ganzen Problematik in dem Finden eines Meisters. Das klingt vielleicht ein bißchen blöd, wenn ich das so ausdrücke, aber ich kann es nur so ausdrücken, weil es einfach so ist. Das ist eine ganz neue Qualität von Liebe, die da entsteht.

Ingrid: Ich merke, daß ich langsam unter Hochspannung stehe.

Uttama: Es ist zu intellektuell ...?

Ingrid: Ja, es ist doch einfach eine Angelegenheit des Herzens und ich hab nun einfach mit sehr linken Freunden in einem Haus gewohnt. Ich kam einfach zu sehr aus einem wohlbehüteten CDU-Haushalt, so daß ich erst einmal relativ verschreckt war. Von 67 - 69 war ich dann in Berlin und kam von dort in die Szene. Und was ich immer gesehen habe ist, daß die ganze politische Aktion so sehr vom Intellekt her war, natürlich auch total emotional, sie war voll in ihrem Kampf wirklich drin, für Gerechtigkeit, für alles, aber trotzdem hatte ich immer das Gefühl: es fehlt was (schnippt mit den Fingern) — something missing — und ich hab erlebt, wie eben jene Freunde in ihren



Verhältnissen und Beziehungen auch total kaputte Geschichten gemacht haben, wo ich mich gefragt habe, wie kann das sein, wenn ich auf der einen Seite wirklich so kämpferisch bin, dann auf der anderen Seite so wenig Integrität in mir selber habe. Das war so eines der Dinge, wo ich gemerkt hab, da muß noch 'ne ganz andere Qualität für mich mit hinein. In meinem Umgang mit mir selber und mit anderen, und daraufhin hab ich für mich weiter reingeschaut. Und ich hab erlebt, daß das z.T. mit meinen Freunden und Freundinnen eben nicht passiert ist, und daß der Kontakt kaum noch oder nur sehr bedingt möglich war.

Ama: Das kann ich genauso bestätigen. Ich war 'ne ganze Weile aktiv in feministischen Clubs oder Bewegung hier in Hamburg. Ich muß sagen, da war ich'n halbes Jahr vielleicht regelmäßig da. Dann hat mich das angeödet. Ich fühle mich innerlich, im klassischen Sinne als Feministin, obwohl selbst dieses Wort für mich heute fast albern wirkt. Aber mich hat's einfach angeödet, daß unheimlich viel intellektualisiert wurde aus dem Engagement heraus, aus der Unterdrückung heraus, total klar. Ich war sehr engagiert, weil ich selber auch viele Sachen gesehen und erlebt habe, aber es stimmte irgendetwas nicht, untereinander gab's Krach und Auseinandersetzungen. Wer ist hier der Stärkere und wer führt die Gruppe an und wer übernimmt die Verantwortung. Das hat mich einfach angeödet. Obwohl total viel schöne Sachen drin waren.

Ingrid: Mir kommt grad so 'ne Sache, wo ich fast meine Arbeit auch ein Stück als politisch empfunden hab. Ich hab schon vor Jahren gesagt, wenn wir hier so weiter machen, schlagen wir uns in zwanzig Jahren gegenseitig die Köpfe ein, weil ich so das Gefühl hatte von der Aggressivität her, dem Haß auch, den wir alle in uns haben, daß wir einfach Ventile brauchen, weil wir so frustriert sind in unserer täglichen Umwelt, daß da einfach eine Bewußtseinsveränderung stattfinden muß.

Also Bhagwan ein gigantisches Therapieangebot für ausgeflippte Linke!?

Uttama: Klingt etwas herzlos (lacht), aber da ist bestimmt was dran.

Ingrid: Das hat für mich beide Aspekte. Es ist wirklich ein Weg hin zur Liebe, und zwar zu meiner eigenen und für andere, und es hat ganz sicherlich viel, viel heilende Wirkung. Und ich möchte aber schon, daß das nicht in einem negativen Sinne verstanden wird, weil das Wort Therapie ja oft auch in so eine Richtung geht, daß jemand total hilfsbedürftig ist, das ist was die Medien uns z.B. immer wieder unterstellen, und wo ich schlichtweg sagen kann, das stimmt nicht. Also, wenn du das voneinander trennen kannst, dann kann ich sagen, Bhagwan hat mit seiner Liebe eine sehr heilende Wirkung auf die Menschen.

Seht ihr es als einen Zufall, daß grade so viele ehemalige Linke diesen Weg jetzt beschreiten ...?

Ingrid: Durchaus kein Zufall, es ist die Grundsehnsucht der Menschen ...

Uttama: Die Linken geben sich halt nicht so leicht zufrieden mit dem, was sie vorfinden. Das ist erstmal 'ne Motivation, die schon mal mehr will, mehr Energie an den Tag legt und vielleicht kommt man aus dem space eher zu Bhagwan, kann ich mir vorstellen.

Wenn ihr Liebe sucht, warum dann nicht im Rahmen der Erneuerung christlichen Glaubens oder anderer bestehender Religionsgemeinschaften ...

Ingrid: Das hat für mich soviel Totes!

Ama: Wenn ich einen lebendigen Meister haben kann, warum soll ich dann in eine tote Kirche gehen.

Naja, der Verkirchungsprozeß hat ja bei euch auch schon begonnen ...

Uttama: Das ist aber ein Unterschied. Bhagwan hat mal gesagt, wir sind eher eine Nichtreligion als eine Religion. Es ist letztenendes eine ganz individuelle Geschichte für jeden von uns, seinen eigenen Weg zu finden. Das was die alten Kirchen machen, das ist ja gerade das, was wir ablegen wollen, dieses moralische, mit Schuldgefühlen belastete v o n s i c h w e g g e h e n in so einem abgehobenen space, der mit der Realität gar nichts mehr zu tun hat.

Ingrid: Bhagwan hat gesagt, ich werde euch so viele Widersprüche hinterlassen, daß es euch nie gelingen wird, mich festzulegen.

Aber ihr seid doch auf dem besten Weg eine Religion mit Kirche zu werden. Vor zehn Jahren war er noch der Meister, inzwischen redet ihr von euch auch als Religion ...

Uttama: Ja, aber es gibt da gravierende Unterschiede zu dem, was wir bisher als Religion erfahren haben. Wir beten Bhagwan nicht an. Es gibt auch keine Postulate, das hat nichts mit Personenkult zu tun.

Ama: Es ist für mich die reinste Beruhigung, ihn ab und zu anzusehen ...

Uttama: Das einzige sind unsere Gachchhamis. Das ist unser „Gebet", wenn du so willst, das hat schon diese Qualität einer Verbeugung vor dem Meister, der Verbeugung vor der Kommune und letztlich vor dem, was wir als ultimate truth bezeichnen. Das hat 'ne ganz andere Qualität als diese spirituellen Daumenschrauben, wie sie bei den alten Kirchen angewendet werden. Das hat ja dann auch ganz praktische Interessen, die dahinterstehen bei denen, nicht im Ursprung.

Ingrid: Für mich sind die Gachchhamis mehr ein Element der inneren Besinnung. Es geht um 'ne neue Religion und trotzdem geht es primär um das Verständnis einer neuen Religiösität. Ich möchte dazu gerne was vorlesen:

„Aber in der Vergangenheit war Religion sehr unkreativ, sehr unaktiv, unfruchtbar, hat fast die ganze Welt zur Wüste gemacht, war gegen Leben. Wir müssen das ändern. Wir müssen ein neues Konzept von Religion schaffen, einer Religion, die nicht verkündet, sondern feiert, einer Religion, die nicht gegen das Leben ist, sondern für das Leben, einer Religion die das Leben heiligt als Gott."

Je öfter ich das lese, um so tiefer geht es und umso lebendiger ist eigentlich die Botschaft ...

Es geht das Gerücht, daß Bhagwan gar nicht mehr lebt. Das letzte, was ich von ihm gelesen habe, stammt von 1980 ...

Ama: Bis Frühjahr 81!

(Gelächter)

Ama: Ich hab ihn grade erst gesehen. Ich war im März in Oregon auf der Ranch. Da sah er sehr wohl aus und sehr lebendig und hat sich eins gelacht.

Uttama: Eins kann ich versichern: Wenn er gedoubled wäre, das würde jeder sofort spüren.

Warum greift er dann nicht mehr ein?

Uttama: Weil er alles gesagt hat, was zu sagen ist. Außerdem hat dieses Schweigen, die Stille 'ne höhere Qualität gegenüber dem, was er vorher gemacht hat, auch von teaching, communion.

Ama: Es ist einfach so: Alles, was mit Worten gesagt werden kann, ist gesagt worden von ihm.

Ingrid: Und er hat es uns jahrelang angekündigt, daß er irgendwann in die Schweigephase eintreten werde.

Gut, zur letzten Frage: Die Bejahung repressionsfreier Sexualität, um es mal verkürzt so zu nennen, und einer bewußten Akzeptanz der eigenen Bedürfnisse und der Welt wie sie ist, ist ja einer der Grundpfeiler, wenn nicht gar der Grundpfeiler der Lehre Bhagwans, die er dem Frust des Westlers entgegensetzt. Jetzt kam aus Oregon die neue Parole der sexuellen Enthaltsamkeit und einer Verdammung der bisher praktizierten Promiskuität bis hin zu der Anweisung an die, die es dennoch nicht lassen können, beim Vögeln Gummihandschuhe und Präservative zu benutzen. Begründung: Die angebliche Aids-Ansteckungsgefahr. Ist dies nicht die schlichte Wiedereinführung des amerikanischen Puritanismus, bzw. auch reaktionärer Sexualmoral, wie sie auch von der CDU/CSU mit ihrem Oberphilister Kohl vertreten wird, durch die Hintertür?

Uttama: Das hat mit Moral nichts zu tun. Das ist auch keine Umkehrung, sondern eine Intensivierung der ersten message.

Ama: Also erst mal hat's ganz praktisch was mit aids zu tun, um das mal ganz klar zu sagen, ohne hier gleich in die Psychologie oder sonstige Dinge hineinzugehen, mit dieser Krankheit, die sich jetzt offensichtlich Kumulativ ausbreitete: Die Fälle potenzieren sich. Das kann man sich fast ausrechnen, wie schnell das weitergeht und Bhagwan hat schlicht und ergreifend gesagt, daß er die Vision hat, daß dieses die Pest unseres Jahrhunderts ist und daß das eintreten kann oder wird, was auch von Nostradamus prognostiziert worden ist, daß etwa zweidrittel der Menschheit daran sterben wird. Ganz simpel. Er hat uns empfohlen, weil er es ganz gern hätte, daß wir überleben, und wir auch, daß wir Vorkehrungen treffen. Wer kann — prima: Zölibat, ohne Unterdrückung der Sexualität natürlich ...

Uttama: Deshalb sage ja auch nicht Umkehrung, sondern Intensivierung, Sensibilisierung für die eigene Sexualität, denn sehr viele Leute, ich will das mal derb ausdrücken, haben nur noch unbewußt rumgefickt, das ist was ganz anderes, das hat eigentlich gar nichts mit dem zu tun, insofern ist es genau das Gegenteil von Repression, wenn dieser Meister uns 'ne Empfehlung gibt.

dieser Meister uns 'ne Empfehlung gibt.

Was heißt das für eure Attraktion gegenüber neuen Leuten. Es sind doch Tausende gerade wegen der früheren Sicht zu euch gekommen. Das ist doch ein ganz großes Eingangstor zu euch gewesen.

Uttama: Wir wolln ja kein Marketing machen, damit die Leute zu uns kommen.

Also ihr befürchtet keinen dadurch verursachten Rückgang eurer Attraktivität?

Ama: Nein, das siehst du einfach daran, daß sich überhaupt nichts geändert hat, daß sehr viele Menschen das Gefühl haben, daß sie Sannyasins werden wollen.

Es gibt sicherlich verschiedene Arten, die allgemeine und darin die besondere Krise der Linken zu verarbeiten. Einige davon mögen uns überhaupt nicht behagen. Durch die bloße Nichtbeachtung bekommen wir aber Tatsachen nicht aus der Welt, und in der „Toter-Mann-Stellung" läßt sich bekanntlich schlecht gegen den Strom schwimmen. Und so viel dürfte klar sein: die Sannyasins stehen voll im Strom der Zeit — und nicht zuletzt im Strom abgewrackter linker Hoffnungen.

Wir hoffen auf eine lebendige Auseinandersetzung.

HG. und F., Hamburg





Deutsche Freiheits-Bibliothek

Paris 1934

Ein Jahr nach den Bücherverbrennungen in Deutschland, am 10. Mai 1934, wurde in Paris die Deutsche Freiheits-Bibliothek, auch „Bibliothek der verbrannten Bücher" genannt, eröffnet. Die Bibliothek barg tausende der von den faschistischen Machthabern in Deutschland verfemten Bücher und zehntausende von Dokumenten über Faschismus und Widerstand. In den Jahren 1934-1939 war die Deutsche Freiheits-Bibliothek eines der kulturellen und politischen Zentren des Exils.

Frankreich, seit dem 19. Jahrhundert das klassische Exilland Europas, hat nach 1933 die meisten der Exilierten aufgenommen, auch die Mehrzahl der exilierten Schriftsteller/innen lebte längere oder kürzere Zeit hier. *„Bei der politischen Betätigung von Exilierten zeigte sich Frankreich großzügiger als jedes andere europäische Gastland"*, schreibt der Exilwissenschaftler Hans-Albert Walter. *„Die antifaschistische Aktivität der Exilierten wurde nicht bloß geduldet, sondern mit ... Wohlwollen betrachtet."* (1)

In Paris, neben Südfrankreich eines der Zentren der Exilierten bis zur Okkupation Frankreichs 1940, wurden vielfältige politische und kulturelle Aktivitäten entwickelt. Schon im Mai/Juni 1933 begann in Paris die Konzipierung und Organisierung der antifaschistischen Literaturarbeit. Von der Editions du Carrefour (Leitung: Willi Münzenberg im Auftrag der KPD) wurde die Herausgabe des antifaschistischen Literaturarbeit. Von der Editions du Carrefour (Leitung: Willi Münzenberg im Auftrag der KPD) wurde die Herausgabe des „Braunbuch über Reichtagsbrand und Hitlerterror" (2) vorbereitet, das vom Herbst 1933 an in über 500.000 Exemplaren und rund zwanzig Sprachen in der ganzen Welt verbreitet wurde. Die ersten Zeitschriften der Exilierten (3) nahmen ihr Erscheinen auf, mit dem „Pariser Tageblatt" verfügten die vom Hitler-Deutschland Verfemten über die einzige Tageszeitung des Exils. Im Sommer wurde der Schutzverband Deutscher Schriftsteller (SDS) — nunmehr als „SDS im Exil" — neu gegründet. Und in Paris war es auch, wo am 10. Mai 1934 die Deutsche Freiheits-Bibliothek eröffnet wurde (4).

„In Eurem Lager ist Deutschland"

Alfred Kantorowicz, der spätere Generalsekretär der Deutschen Freiheits-Bibliothek (DFB), hatte schon im Juni 1933 den Gedanken einer *„Errichtung einer deutschen Bibliothek in Paris mit allen in Deutschland verfemten Büchern"* geäußert (5).

Bestärkt sah sich Kantorowicz in diesem Vorhaben von dem großen französischen Humanisten und Nobelpreisträger Romain Rolland. Rolland hatte unter dem Datum des 14. Mai 1933 einen Offenen Brief an die „Kölnische Zeitung" gesandt, in dem er den Faschismus leidenschaftlich anklagte: *„... das Deutschland, das ich liebe und das meinen Geist befruchtet hat, ist das Deutschland der großen Weltbürger — derer ‚die das Glück und das Unglück der anderen Völker wie ihr eigenes nachempfunden haben' — derer, die an der Vereinigung der Völker und Geister gearbeitet haben. Dieses Deutschland ist mit Füßen getreten, mit Blut befleckt und verhöhnt durch seine ‚nationalen' Regierenden von heute, durch das Deutschland des Hakenkreuzes, das die freien Geister, die Europäer, die Pazifisten, die Juden, die Sozialisten, die Kommunisten von sich weist, welche die Internationale der Arbeit gründen wollen"* (6).

Kantorowicz (von *„den Kollegen im Schriftstellerverband beauftragt oder aus eigenem Impuls"* — (7)) schrieb

Kantorowicz (von *„den Kollegen im Schriftstellerverband beauftragt oder aus eigenem Impuls"* — (7)) schrieb Rolland einen Dankesbrief für die Solidaritätserklärung mit den exilierten Schriftstellern, die in seiner Kundgebung enthalten war. Rolland antwortete: ***„Ja, ich bin mit Euch — Euch, dem besseren Deutschland, dem unterdrückten, vertriebenen, aber unbesieglichen Deutschland, das leidet, aber kämpft. Alles von jenem Deutschland, das wir lieben und verehren, ist in Eurem Lager. Bei Euch sind Goethe und Beethoven, bei Euch sind Lessing und Marx. Sie sind mit Euch in dem Kampf, den Ihr führt. Ich zweifle nicht an Eurem Sieg. Habt Vertrauen! Die Zukunft wird sich an Euer Beispiel erinnern und sie wird es ehren. Ich drücke Euch brüderlich die Hand."*** (8)(9)

Dies, schreibt Kantorowicz, war *„recht eigentlich der Auftakt"* zu dem Vorhaben, die in Deutschland verbrannten und verbotenen Bücher zu sammeln (10). Indes sei auch in den Kreisen der Intellektuellen, nicht allein der Exilierten selbst, sondern auch der Franzosen und Briten, das Bemühen groß gewesen, die faschistischen Verbrechen anzuprangern, so daß der Plan einer Sammlung der verfemten Bücher als Gegenkundgebung auf bereitwillige Unterstützung traf.

Im Januar 1934 organisierte Kantorowicz in seiner Eigenschaft als Leiter des Internationalen Antifaschistischen Archivs, das zur Vorbereitung des Reichstagsbrand-Gegenprozesses angelegt worden war und u.a. der Edition du Carrefour als Quellengrundlage für Publikationen diente, ein Intitiativkomitee zum Aufbau der Bibliothek der verbrannten Bücher (11). Der vermögende junge Literat Renaud de Jouvenel stellte für eine erste Besprechung sein Pariser Stadtpalais zur Verfügung. Es war zunächst nur von einem Archiv die Rede, in dem die verbrannten und verbotenen Bücher, die zensierten Zeitungen und Zeitschriften registriert werden sollten. Vermögende Pariser Verleger, Autoren, Anwälte etc. stellten für die Vorarbeiten einige tausend Francs zur Verfügung.

Bei der Sammlung und Auswertung des Materials zeigte sich jedoch alsbald, *„daß die Bücherverbrennungen nicht die einmalige Demonstration der siegreichen Pachulken gewesen waren, sondern tatsächlich der Auftakt zu einer allumfassenden Umstrukturierung des gesamten deutschen Kulturlebens. ... So wurde ... aus dem zunächst nur begrenzten Plan eines sammelnden, registrierenden und Auskünfte erteilenden Archivs die öffentliche Angelegenheit: des Jahrestages der Bücherverbrennung mit dem konstruktiven Symbol einer Bibliothek der verbrannten und verbotenen Bücher mahnend zu gedenken."* (12)

Das Präsidium des Comité d'Initiati- *bol einer Bibliothek der verbrannten und verbotenen Bücher mahnend zu gedenken."* (12) Das Präsidium des Comité d'Initiati-ve pour la Fondation d'une Bibliothèque Allemande des Livres Brulés (Initiativkomitee zur Gründung einer Deutschen Bibliothek der verbrannten Bücher) bestand aus Heinrich Mann, André Gide, Romain Rolland, H.G. Wells, Lion Feuchtwanger und, als Generalsekretär, Alfred Kantorowicz. Zu den aktiven Förderern gehörten die Schriftsteller Georges Duhamel und Edmond Fleg, der Dramatiker H.R. Lenormand, der Verleger Gallimard, der Holzschnittkünstler Frans Masereel, Theaterleiter, Professoren und der in Frankreich lebende ehemalige ungarische Ministerpräsident Graf Karolyi. Von den deutschsprachigen Schriftstellern und Künstlern in Frankreich beteiligten sich u.a. Georg Bernhard, Ernst Bloch, Emil Gumbel, Hanns Eissler, Alfred Kerr, Egon Erwin Kisch, Rudolf Leonhard, Theodor Plievier, der frühere preußische Justizminister Kurt Rosenfeld, Joseph Roth und Anna Seghers.

Antifaschistische Teegesellschaft

In Britannien waren es zu gleicher Zeit Bruno Frank, Rudolf Olden, Hubertus Prinz zu Löwenstein und Ernst Toller, die sich für die Gründung einer Society of the Friends of the Burned Books zur Unterstützung der Pariser Initiative engagierten. Den Gedanken der Gründung dieser Society machte sich Lady Oxford and Asquitch zu eigen, *„Witwe des vormaligen Premierministers, dem königlichen Hause versippt, eine der tonangebenden Damen der englischen Gesellschaft"*, wie Kantorowicz erläutert (13). Nebst der Lady wurden der Chefredakteur der London Times, Wickham Steeds, H.G. Wells (der den Vorsitz des Komitees übernahm) und zahlreiche weitere prominente Förderer (darunter Bertrand Russell) gewonnen, was für die Sicherstellung der Finanzierung der Bibliothek von entscheidender Bedeutung war.

Die höchst vornehme Teegesellschaft, die am 10. Mai 1934 in London veranstaltet wurde, zur gleichen Zeit, in der in Paris die Bibliothek eröffnet wurde, war denn auch — ungeachtet ihres förmlichen Charakters — ausschließlich auf die Finanzierung der antifaschistischen Initiative ausgerichtet. Ein ausgewählter Kreis hochgestellter und reicher Persönlichkeiten erhielt diese Einladung:

„Library of the Burned Books.
The Countess of Roseberry and
Hubertus Prinz zu Löwenstein
At Home
on Thursday, May 10, at 16 Bruton
St., W. 1
to meet
At Home
on Thursday, May 10, at 16 Bruton
St., W. 1
to meet
The Countess of Oxford & Asquitch,
Viscountess Rhondda,
and Members of the Comitee.
Speeches, 4.15 to 5.
Tea, 5 to 6.
R.S.V.P. to ...
Please bring this card with you" (14)

Und so wurde es dann *„ein glanzvolles gesellschaftliches Ereignis. Wie Friedel* (Friedel Kantorowicz, die, weil ihr Mann sich zu stoffelig angestellt hatte, in Britannien für die Bibliothek warb — Anm. AK) *berichtete, hatte das Palais eine Freitreppe, auf der die Geladenen, von einem livrierten Butler nach Stabklopfen namentlich angemeldet, hinaufschritten, um die Gastgeberin zu begrüßen. Lady Oxford hatte darauf bestanden, Friedel beim Empfang an ihrer Seite zu haben. Nichts sei zu befürchten: ‚Just shake hands and keep smile.' Eine englische Schriftstellerin, die dem Komitee angehörte, hatte das erforderliche Gesellschaftskleid geliehen, und so stand sie neben Lady Oxford, während an der anderen Seite Hubertus Prinz zu Löwenstein die Honneurs machte, und lächelte den Ankommenden entgegen — unter denen sich übrigens auch die Rothschilds befanden, denn nun war an der Wohlanständigkeit der guten Sache nicht mehr zu zweifeln. Wickham Steed, auch Kunstkenner, Historiker und Literatursachverständiger, hielt die werbende Ansprache. Während der Teestunde sammelten junge Damen der High Society auf silbernen Tabletts Pfundnoten und Schecks ein, die ... der Bibliothek für zumindest zwei Jahre eine sorgenfreie Existenz bei Erfüllung der vorgesetzten Aufgaben ermöglichten."* (15,16)

„... widerliche Ausdünstung"

„... widerliche Ausdünstung"

In Paris war, nachdem die Sammlung des Materials in Kantorowicz' Wohnung, einer Dachkammer, begonnen hatte, ein geeigneter Raum für die künftige Bibliothek gefunden worden: ein zweistöckiges Künstleratelier im Hof eines Hauses am Boulevard Arago im XIII. Arrondissement.

Die dortige Eröffnung am 10. Mai 1934 verlief angemessen schlichter als

---

Freunde und Freundinnen der Exilliteratur, schon mal aufgemerkt!

Der „Heine-Ossietzky-Arbeitskreis" (Kontakt: Arie Goral, Tel. 040/275741) bereitet für den Herbst dieses Jahres die Ausstellung „Walter A. Berendsohn und der deutsche PEN-Club im Exil" vor. Eine überraschend gut besuchte Veranstaltung (habt ihr wieder verpaßt, was?) zum Leben und Wirken Walter A. Berendsohns (s. AK 243, S. 42) fand letztlich statt. Gesucht werden noch Helfer und Helferinnen für die Vorbereitung der Ausstellung, die, sofern da noch ein paar Leute (neben denen, die sich schon gemeldet haben) mitdenken und zufassen, nicht allein über Berendsohn und den Exil-PEN informieren wird, sondern auch einiges über die von interessierten Kräften über Jahrzehnte betriebene Verhinderung der Auseinandersetzung mit dem Exil ans Licht bringen dürfte.

AG Exil

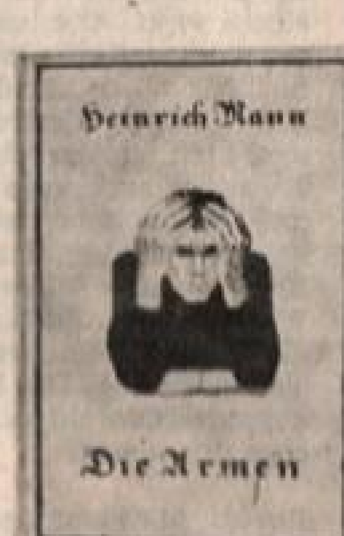
















die Teegesellschaft in London. Neben einer ausgewählten Handbibliothek wurden die improvisierte Ausstellung „Die Lage der deutschen Presse" und Dokumente aus dem deutschen Widerstand gezeigt. Ansprachen hielten Alfred Kerr, Egon Erwin Kisch, Egmond Fleg, H.R. Lenormand und Kantorowicz. Zahlreiche exilierte deutsche Schriftsteller sowie französische, englische und amerikanische Autoren hatten Glückwünsche gesandt. Der anwesende Schmierer vom „Völkischen Beobachter" ortete jedoch lediglich eine *„Spannung von Haß, Brutalität und Fanatismus"* nebst *„dem Knoblauchgeruch und der widerlichen Ausdünstung, die von dieser fremden Rasse ausgeht"* (17).

Bis zur Eröffnung waren der Bibliothek schon über 50.000 Bände zur Verfügung gestellt worden, wovon jedoch zunächst nur 4.000, später als Höchstzahl 7.000 Bände aufgestellt werden konnten. Im Archiv befanden sich 200.000 nach Sachgebieten rubrizierte Zeitungsausschnitte zur Lage im faschistischen Deutschland und einige Tausend Dokumente aus dem innerdeutschen Widerstand.

Vom Alltag der Bibliothek berichtet Kantorowicz: *„Da saßen mittellose deutschsprachige Exilierte, Schriftsteller, Historiker, Philologen, Juristen, Soziologen, Journalisten, die hier die Neuerscheinungen der deutschen Literatur im Ausland und der Exilzeitschriften studieren konnten und die Bücher und Zeitschriften wiederfanden, die sie hatten zurücklassen müssen. Nicht wenige aus politischen und rassischen Gründen verjagte Studenten nutzten die Übergangszeit, ihr Wissen zu ergänzen und zu erweitern. Aber da waren auch viele politisch verfolgte Arbeiter, die aus ihren Notquartieren kamen und in der Bibliothek einen Treffpunkt hatten, ein Obdach fanden, auch geistig: Manche von ihnen ... haben sich damals zuerst Schätze der großen Literatur erschlossen."* (18)(19)

Zum einjährigen Bestehen der DFB schrieb Heinrich Mann 1935: ***„Die Weltliteratur deutscher Sprache geht nicht unter, weil ein Regime, das sie sehr fürchten muß, das einzelne Land zeitweilig gegen sie abgesperrt hat. Abgesperrt ist das Land, aber frei ist die Literatur. Die Deutsche Freiheitsbibliothek bezeugt es."*** (20)

Im November 1936 wurde die Ausstellung „Das Freie Deutsche Buch" eröffnet. Alfred Döblin warnte in seiner Ansprache: *„Der Kampf ist nicht abgeschlossen. Mit Schaudern sehen wir, was sich jetzt in der Welt vorbereitet. Mehr als je müssen wir da sein! Die Kanonen werden donnern und sich als die wahre Stimme der Welt gebärden"* (21). Zwei Jahre später, nach der „Übung" in Spanien, hatte der Zweite Weltkrieg begonnen.

Einige Tage vor der Ausstellung „Das Freie Deutsche Buch" hatten die Faschisten — und zwar ausgerechnet im Quartier Latin — eine Buchausstellung plaziert. Wolf Franck kommentierte in der Exil-Zeitschrift „Das Wort": *„Alle deutschen Klassiker fehlen, wenn man von einem Goethe, und auch dem nur in Auswahl, absieht — alle zeitgenössischen Repräsentanten deutschen Geistes fehlen — keiner, keiner hat ja auch nur einen Hauch mit diesem Reiche gemein. Aber die herrschende Klasse dieses Reiches mit ihren Schreiberlingen ist vollständig da"* (22).

In die Pariser Weltausstellung 1937 hatten die Faschisten einen protzigen Pavillon hingesetzt. Im Zentrum der Stadt, in bescheidenem Rahmen, wurde die Ausstellung „Das deutsche

Pavillon hingesetzt. Im Zentrum der Stadt, in bescheidenem Rahmen, wurde die Ausstellung „Das deutsche

Buch in Paris" gezeigt. Hierher kamen, berichtet Kantorowicz, *„im Laufe der Monate Tausende von Deutschen aus dem Reich, saßen und lasen mit brennenden Augen und klopfendem Herzen, sogen sich voll mit der Wahrheit, die sie im Reich nicht mehr sehen und hören durften"* (23).

Der fünfte Jahrestag der DFB (1939) stand unter dem Eindruck der Niederlage im Spanischen Bürgerkrieg und der Besetzung der CSSR.

Ein Jahr später, am 10. Mai 1940, begannen deutsche Panzer, die Niederlande, Belgien und Frankreich zu überrollen. Die Deutsche Freiheits-Bibliothek war schon im Herbst zuvor von französischer Polizei geschlossen worden. Die Mitarbeiter der Bibliothek, die Mitglieder des SDS und alle anderen Exilierten waren, soweit sie nicht rechtzeitig nach Übersee weiterflüchten konnten, interniert worden. Die Bestände der DFB *„sind verschwunden — e i n Band soll später in der Bibliothèque Nationale gefunden worden sein"* (24).

Das Gedenken an die Bücherverbrennung erstand erst wieder 1943, und zwar in den USA, wo am 10. Jahrestag Massenkundgebungen durchgeführt wurden, wo die dreihundert größten öffentlichen Bibliotheken im ganzen Lande die Flaggen auf halbmast senkten — das Gedenken erstand wieder *„für eine Geschichtssekunde"* (25).

In der BRD dauerte es nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges dann nur noch 34 Jahre, bis 1979 das *„P.E.N.-Zentrum Bundesrepublik Deutschland, der Verband Deutscher Schriftsteller (VS) und der Börsenverein des Deutschen Buchhandels"* in einer schwachbrüstigen Erklärung übereinkamen, *„den 10. Mai, an dem sich die Bücherverbrennung von 1933 jährt, künftig als ‚Tag des Buches' zu begehen"* (26).

„Die Zukunft wird sich an Euer Beispiel erinnern und sie wird es ehren" (Romain Rolland, 1933)? — Diese Zukunft werden wir uns noch erarbeiten und erkämpfen müssen.

AG Exil

P.S.: Am 5. Mai 1983 wurde in der Künstlersiedlung „Citè Fleurie" am Gebäude der seinerzeitigen Deutschen Freiheits-Bibliothek vom französischen und DDR-PEN-Club eine Gedenktafel angebracht: *„In dieser Siedlung befand sich von 1934 bis 1939 die Deutsche Freiheits-Bibliothek. Sie wurde von deutschen, gegen Hitler engagierten Schriftstellern mit Unterstützung ihrer französischen Kollegen gegründet. Mit dieser Gedenktafel wollen die französische und die DDR-PEN-Club-Sektion die Tradition der Solidarität der Schriftsteller aller Nationen angesichts der Gefahr von Krieg und Aggression ehren."* (27) Eine Institution der BRD sah sich zu einer (Teilnahme an dieser) Ehrung der Leistung der Deutschen Freiheits-Bibliothek nicht veranlaßt.

Quellen und Anmerkungen

(1) Hans-Albert Walter, Deutsche Exilliteratur 1933-1950, Bd. 2, Darmstadt und Neuwied (Luchterhand Verlag) 1972, S. 77
(2) Ein Faksimile-Nachdruck des „Braunbuch..." erschien 1973 im Röderberg-Verlag, Frankfurt/Main.
(3) Zur Exilpresse siehe die bisher umfassendste analytische Darstellung: Hans-Albert Walther, Deutsche Exilliteratur 1933-
(3) Zur Exilpresse siehe die bisher umfassendste analytische Darstellung: Hans-Albert Walther, Deutsche Exilliteratur 1933-
1950, Band 4: Exilpresse, Stuttgart (= Metzlersche Verlagsbuchhandlung) 1979, 842 S.
(4) Obwohl es nachgerade albern anmutet: Noch 50 Jahre nach der Eröffnung der Freiheits-Bibliothek bereitet es allergrößte Schwierigkeiten, eine Geschichte dieser Einrichtung zu schreiben. Zwischen beispielsweise der Darstellung des Generalsekretärs der Bibliothek, Alfred Kantorowicz, und der der Exilforschung in der DDR (hier: „Exil in Frankreich") liegen sozusagen Welten. Während die Autoren von „Exil in Frankreich" alle Mühe aufwenden, den Namen Kantorowicz in dem der Deutschen Freiheits-Bibliothek gewidmeten Teil nicht nennen zu müssen — Kantorowicz hatte nach rund 30jähriger Tätigkeit in der kommunistischen Bewegung 1957 die DDR verlassen und ist damit „zum Renegaten geworden" —, währenddessen stellt Kantorowicz gegenüber den Leistungen der Partei und ihrer Gliederungen seine Person sehr stark in den Vordergrund. David Pike, ein der Sympathie für den Realsozialismus gänzlich unverdächtiger Wissenschaftler, urteilt in einer ausführlichen Rezension von Kantorowicz' „Politik und Literatur ...": *„Skepticism seems called for elsewhere in Kantorowicz' treatment of the Freiheitsbibliothek."* (Internationales Archiv für Sozialgeschichte der deutschen Literatur, 6. Bd., 1981, S. 255 ff., hier: S. 262). Wir haben uns, wo es unbedenklich erschien, in unserem Artikel auf die Darstellung von Kantorowicz gestützt und einige Korrekturen bzw. Relativierungen aus „Exil in Frankreich" entnommen, ohne diese jedoch gesondert auszuweisen. (Aufgeklärt wird die Geschichte wohl erst verläßlich, wenn Hans-Albert Walters mehrbändiges Werk bis zu dem Teil gediehen ist, in dem auch die DFB zur Sprache kommt ...).
(5) die aktion, Jg. 1, 1933, Nr. 8 (22.6.), S. 2 — zit. nach Ursula Langkau-Alex, Volksfront für Deutschland?, Bd. 1, Frankfurt a. M. (Autoren und Verlagsgesellschaft Syndikat) 1977, S. 65
(6) Zit. n. Alfred Kantorowicz, Politik und Literatur im Exil. Deutschsprachige Schriftsteller im Kampf gegen den Nationalsozialismus, München (dtv Bd. 10110) 1983, S. 269. (Erstmals erschienen 1978 als Band XIV der „Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte" im Auftrag der Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg und der Hamburger Bibliothek für Sozialgeschichte und Arbeiterbewegung).
(7) a.a.O., S. 270
(8) zit. nach a.a.O., S. 270
(9) R. Rollands Offener Brief ist vollständig abgedruckt in: Josef Wulf, Literatur und Dichtung im Dritten Reich, Frankfurt/M., Westberlin, Wien (= Ullstein-Taschenbuch 33029) 1983 (Erstausg. Gütersloh 1963). In dieser Dokumentation sind auch die Entgegnungen von faschistischer Seite enthalten.
(10) a.a.O., S. 271
(11) vgl. Ursula Langkau-Alex, a.a.O., S. 65
(12) Alfred Kantorowicz, a.a.O., S. 273
(13) a.a.O., S. 277 f.
(14) zit. nach a.a.O., S. 287
(15) a.a.O., S. 287 f.
(16) Auch hinsichtlich des Berichts über die britische Unterstützungsgesellschaft erweist sich Kantorowicz als recht unzuverlässig. Zwar gesteht Kantorowicz ein, bei dem Versuch, die Rothschilds für die Unterstützung der Bibliothek zu gewinnen, durch sein Auftreten fast alles verdorben zu haben; darüber aber, daß er nach dem ersten — und wie er herausstreicht: sehr erfolgreichen — Anlauf die Initiative fallen ließ, findet sich in „Politik und Literatur ..." kein Wort. — Rudolf Olden, Sekretär des Exil-PEN, der die Initiative für eine „Society of the Burned Books" aktiv unterstützt hatte, beklagt sich in einem Brief vom 12. März 1935 an Kantorowicz: *„Als Sie hier noch die Gesellschaft der verbrannten Bücher betrieben, habe ich ebenfalls zur Verfügung gestanden und bedaure heute noch, daß Sie den ausgezeichneten Plan wie ein verbranntes Buch haben fallen lassen."* In einem Brief vom 5. April 1935 kommt R. Olden nochmals auf das Thema zurück: *„Ich fand Ihren Plan der Society of the Burned Books ausgezeichnet und sah mit aufrichtiger Befriedigung, daß Sie gute Fortschritte damit machten. Gerade als alles darauf ankam, die Sache weiterzutreiben, verschwanden Sie und fuhren für längere Zeit nach Russland. Als Sie aber zurückkamen, hatten Sie einen neuen Plan mit neuen Namen und neuen Menschen, das alte wurde einfach liegengelassen und aufgegeben ... Sicher ist, daß Sie unserer Sache durch Ihr Verhalten mit den verbrannten Büchern geschadet haben ..."* (Zit. n. „Das war ein Vorspiel nur ...", Ausstellungskatalog, Westberlin 1983, S.
mit den verbrannten Büchern geschadet haben ..." (Zit. n. „Das war ein Vorspiel nur ...", Ausstellungskatalog, Westberlin 1983, S.
417 u. 419).
(17) Völkischer Beobachter, Die Bibliothek der verbrannten Bücher — An der Wurzel der jüdischen Gegenaktion, 19.5.1934. Im Unterschied zu dieser „fürs Volk" gedachten Mordhetze zeichnen sich die geheimen Untersuchungen etwa der SS über die „Emigrantenpresse" durch relative „Sachlichkeit" aus und spiegeln wider, daß dem faschistischen Staat das kulturelle und politische Wirken der Exilierten durchaus nicht gleichgültig war. S. z.B. „Die Organisation der Hetze in Presse und Schrifttum" im „Leitheft Emigrantenpresse und Schrifttum", März 1937, hg. v. Reichsführer SS; auszugsweise zit. in „Das war ein Vorspiel nur ...", Westberlin 1983, Ausstellungskatalog, S. 405 ff.
(18) Alfred Kantorowicz, a.a.O., S. 289
(19) Ursula Langkau-Alex, a.a.O., S. 66, merkt kritisch zur Arbeit der DFB an: *„Literarische und politische Diskussionen im engeren (Mitglieder-)Kreis, aber auch mit französischen Kollegen sollten der Klärung der eigenen Position als antifaschistische Gruppe wie als Individuum gelten. Darüber hinaus wurde der Versuch unternommen, die heterogenen, vielfach desorientierten und desinteressierten Emigrantenmassen wenigstens unter den Fahnen des gemeinsamen ‚Kulturinteresses' zu vereinigen. ... Wenn der Journalist Wolf Franck im Herbst 1935 der DFB ‚unablässige geistige Klärung' bescheinigte und die Bibliothek gerade wegen der Erfüllung dieser Funktion ‚trotz und mit aller großzügigen internationalen Hilfe, die ihr zuteil wurde, eines der ‚legitimsten Kinder der deutschen Emigration' nannte, so hatte er von seinem Standpunkt aus — dem des Volksfrontlers liberaler Provenienz — recht. Dem kritischen Beobachter enthüllt sich freilich in der Programmatik wie der Praxis von DFB und SDS die Herausbildung eines spezifischen Beitrags zur späteren Ideologie der ‚deutschen Volkfront': Mit der Pflege von 'Kultur' im Sinne von Bildung und Gesittung wurden Kategorien der klassischen bürgerlichen Epoche der 'Barbarei' des Faschismus bzw. Nationalsozialismus im 20. Jahrhundert entgegengesetzt, ohne daß die Ursachen dieses ‚Kulturverfalls' hinreichend diskutiert und deutlich gemacht wurden."*
(20) Die Wahrheit, Prag, 20. Mai 1935, zit. n. „Das Vorspiel", Westberlin 1983, S. 77
(21) zit. nach „Der öffentliche Dienst", Zürich, 12.2.1937
(22) Wolf Franck, Pariser Chronik, in: Das Wort, 2. Jg., 1937, Heft 1 (Januar), Moskau
(23) Alfred Kantorowicz, Vom moralischen Gewinn der Niederlage, Berlin 1949, S. 134
(24) Gerhard Sauder, Die Bücherverbrennung — zum 10. Mai 1933, München-Wien (Carl Hanser Verlag) 1983, S. 308
(25) Alfred Kantorowicz, Politik und Literatur ..., S. 301
(26) zit. nach G. Sauder, a.a.o., S. 315
(27) „Nachrichtenbrief" der Gesellschaft für Exilforschung, Nr. 1-2/März 1984, Frankfurt/M., S. 123

Exilforschung

Im April/Mai 1984 veranstaltete die Deutsche Bibliothek in Frankfurt am Main eine Ausstellung unter dem Titel „35 Jahre Exilliteratur 1933-1945 in der Deutschen Bibliothek" und legte hierzu einen Katalog vor, der treffend als „Beitrag zur Geschichte der Exilforschung in der Bundesrepublik Deutschland" ausgewiesen wird.

In dem 230seitigen, als Typoskript gedruckten Katalog sind die 430 Exponate der Ausstellung aufgeführt, viele der Dokumente (Korrespondenzen, Arbeitspapiere etc.) sind in längeren Auszügen abgedruckt. Durch die Einführungen zu jedem Abschnitt und verbindenden Texte zwischen den Dokumenten kann der Katalog fast gelesen werden wie eine „Geschichte". Dargestellt wird die Gründung der „Emigrantenbibliothek" (1949/50); der Aufbau der „Sammlung Exilliteratur" (1950-1964) — hier ist insbesondere der breit dokumentierte Briefwechsel zwischen Walter A. Berendsohn (s. AK 243, S. 42) und Hanns W. Eppelsheimer über die Wiedereingliederung der Exilliteratur in die BRD hervorzuheben —; die Ausstellung „Exilliteratur" (1965), die bis 1970 an 17 Orten des Auslands gezeigt wurde und die Entwicklung der „Sammlung Exilliteratur" (1965-1970) bzw. der „Abteilung Exilliteratur" (seit 1970).

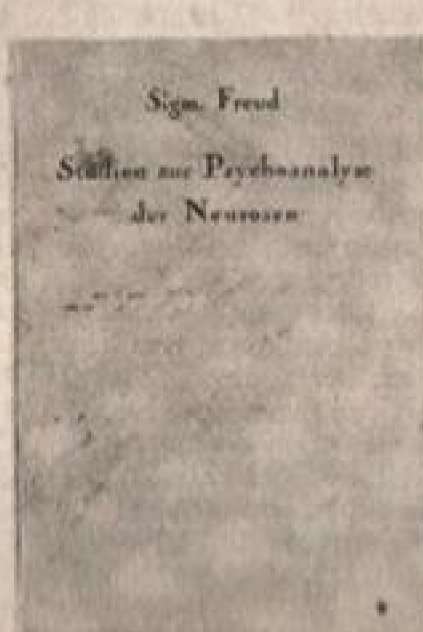
Lektüre nur für abgehärtete Spezialist/inn/en? Durchaus nicht, denn was auf dem Gebiet der Sammlung und Erforschung der Literatur in der BRD seit knapp 40 Jahren geschieht (und insbesondere: bevor überhaupt erst etwas geschehen konnte!) ist die getreue Widerspiegelung der politischen Entwicklung dieses Landes, seiner Unfähigkeit, den Faschismus tatsächlich zu überwinden und eine zumindest demokratische Entwicklung einzuschlagen. Denn: Wer sich mit der Literatur des Exils befaßt, der kann vom Faschismus nicht schweigen. Oder, wie es Walter A. Berendsohn in seinem Bericht über „Ein von deutscher Forschung vernachlässigtes Gebiet" im Februar 1965 feststellte: *„Man kann über diese Literatur nicht arbeiten, ohne den politischen Hintergrund, die Ursachen der Flucht zu berühren."* (Katalog, S. 152). Der größte Teil der bundesdeutschen wie ausländischen Exilforscher/inn/en hat sich diesen Standpunkt zu eigen gemacht (und deshalb, muß hinzugefügt werden, nicht selten auf eine Laufbahn und ein Einkommen, das ihren wissenschaftlichen Qualifikationen entspricht, verzichten müssen!).

Ähnlich wie 1965 W.A. Berendsohn argumentierte 1974 die *„sogenannte ‚Vierergruppe' "* (Werner Berthold, Jan Hans, Werner Röder, Hans-Albert Walter) in einem Projketförderungsantrag an die Deutsche Forschungsgemeinschaft: die DFG solle *„insbesondere solche Projekte (unterstützen), die zur Erkenntnis der Bedeutung der Emigration und ihrer Leistungen im Gesamtzusammenhang deutscher politischer Geschichte, Ideologiegeschichte, Literaturgeschichte, Wissenschaftsgeschichte usw. beitragen können"*. (Katalog, S. 177).

Wer also die Folgen der Nichtüberwindung des Faschismus in diesem Land bis auf den heutigen Tag einmal bis in die feineren Verästelungen, auf dem Gebiet von Kultur und Kulturpolitik, verfolgen will, der bestelle eilends den Katalog bei der Deutschen Bibliothek (Bundesunmittelbare Anstalt des öffentlichen Rechts), Zeppelinallee 4-8, 6 Frankfurt am Main 1, wo das Schmuckstück zum Vorkriegspreis von zehn Mark plus Versandkosten zu erhalten ist oder suche zwecks Bestellung eine (linke!) Buchhandlung auf. (In Sachen Exilliteratur bestsortierte Buchhandlungen — in Hamburg z.B. Gegenwind, früher Arbeiterbuch — haben ihn auch vorrätig!).

AG Exil

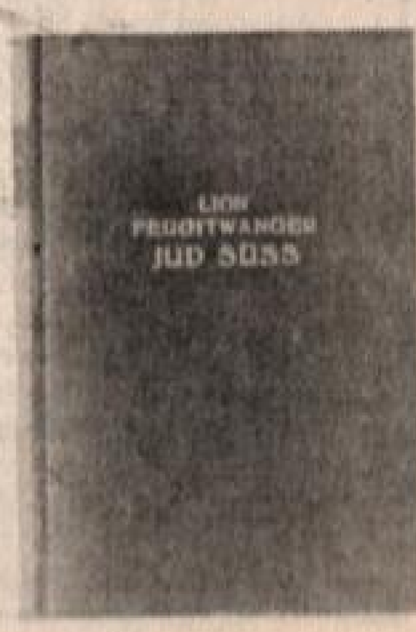












Frankreich:

Die neuen Liberalen

Im Februar dieses Jahres, als Begleitung zu einer gleichnamigen Fernsehsendung, veröffentlichte die Tageszeitung ,,Libération'' eine aufwendige Sondernummer mit dem Titel **,,Vive la crise!''**.

Wie schon die Sendung von Yves Montand moderiert worden war, so wurde auch die Sondernummer von ,,Libé'' von Montand durchkommentiert. Zwischenzeitlich wurde bekannt, daß beides, Fernsehshow und Sondernummer, von zwei nicht unbedeutenden Unternehmern finanziert worden ist: Einerseits handelt es sich um Michel Albert, Chef der großen französischen Versicherungsgesellschaft ,,Assurances Générales de France'', andererseits um Alain Minc, Finanzdirektor beim nicht minder bedeutenden Konzern Saint-Gobain.

Im übrigen wurde besagte Sondernummer unter weitestgehender Umgehung der ,,Libé''-Belegschaft produziert: Weniger als 10% davon waren an der — vorsichtshalber außer Haus betriebenen — Produktion beteiligt. Auf einer ,,Libé''-VV im März wurde deshalb ein Mißtrauensvotum gegen die Chefredaktion, Serge July und Antoine Griset, beantragt. Die beiden Chefs erhielten 83 Stimmen von 235 Wahlberechtigten, davon im übrigen nur 55 von den insgesamt 135 Redaktionsmitgliedern.

Unter dem kollektiven Pseudonym **,,Gracchus''** (Nach Tiberius und Gaius Graachus, zwei im alten Rom berühmten Volkstribunen, die sich für soziale Reformen einsetzten) veröffentlichten Mitarbeiter von ,,Libé'' in der ersten Ausgabe einer neuen linken Zeitung ,,VERTIGES'' eine Stellungnahme.

Im AK 244 stellten wir die famose ,,Libé''-Sondernummer ausführlicher dar. — Hier eine knappe Zusammenfassung der darin vertretenen Thesen:

— Die Krise sei ein Naturphänomen (In der Tat werden weder Ursachen noch Mechanismen der Krise aufgezeigt bzw. erklärt).

— Allen Erscheinungen zum Trotz ginge es uns allen insgesamt ,,gut''. Wer es nicht glauben mag, solle sich doch einmal in der Welt umgucken. So oder so seien wir ,,reicher'' als unsere Eltern oder Großeltern.

— Eine ,,richtige'' Krise, das war die von 1929. Seitdem: pfuit!

— Die Krise bedeute auch Aufstiegsmöglichkeiten für den Cleveren, versteht sich. Die individuelle Initiative wird glorifiziert. Nicht länger mehr geht es um kollektive Proezsse zur Erlangung sozialer Verbesserungen. Widerbelebt wird stattdessen die Pioniers-Ideologie, die Ideologie des ,,Einer gegen Alle'' und ,,Der Beste siegt''. Leitfiguren sind die Unternehmer, die modernen Abenteurer unserer Zeit ...

— Der Feind steht ausschließlich — na wo denn? — Gewiß! Im Osten.

— Darüberhinaus ist auch vor den hungernden, dafür bis an die Zähne bewaffneten Massen der Dritten Welt Angst angebracht.

— Und los geht's: in die Hände gespukt, Schluß mit der Selbstbemitleidung. Wer will, der kann!

Yves Montand wurde nicht von ungefähr als Entertainer engagiert: Selber heute Reagan-Anhänger ist er einerseits proletarischer Herkunft, andererseits, mit seinen grauen Schläfen und seinem suchenden Blick, auch ein idealer Vertreter der Sorgen und Sehnsüchte von Mittelständlern. Außerdem wirkt er noch jung genug, um einigermaßen verführen zu können, andererseits auch schon alt genug, um seriös und dadurch beruhigend zu wirken ... Finanzminister Jacques Delors (PS) befand sich unter den Ersten, die öffentlich Montand und die ganze ,,Vive la Crise''-Promotion-Mannschaft komplimentierten: *,,Eine richtige Analyse, eine starke Botschaft mit viel Talent vorgetragen ... Ein großer Erfolg ... Jetzt müßte jeder aufhören, über sich selbst rumzujammern und stattdessen mitanfassen''.*

Von den zahlreichen Protesten soll hier lediglich eine Erklärung erwähnt werden, u.a. von J.-P. Vigier, G. und D. Cazalis, Michel Piccoli, Claire Etcherelli, Alexandre Minkowski, Claude de Bourdet und Maxime Rodinson unterzeichnet: *,,Eine abgesprochene Offensive der atlantischen Rechten verfolgt offensichtlich das Ziel einer bedingungslosen Zustimmung zur französischen Außenpolitik auf der Grundlage der extremsten amerikanischen Positionen.*

Innerhalb dieser Offensive fällt eine privilegierte Rolle einer Gruppe von Intellektuellen, ehemaligen Stalinisten und Maoisten, zu, die heute zum reinen, harten Atlantismus konvertiert sind. Mal treten sie selber in den Medien auf, mal schicken sie einen Künstler vor, den die Mehrheit von uns 40 Jahre lang geschätzt und geliebt hat, der aber heute, ähnlich naiv und spät wie Reagan, sich vermeintlich politische Flügel wachsen sieht.

Die Unterzeichnenden, die von keinem Aufklärung erteilt brauchen, ob über die Verbrechen des Stalinismus oder über die innere und äußere Repressionspolitik der SU und die entsprechende Haltung der KPF hierzu, verurteilen hiermit öffentlich die schädliche Aktivität dieser verlorenen Intellektuellen.

Sie fordern die Massenmedien, dabei insbesondere das Fernsehen, dazu auf, ihnen ebenso großzügige Darstellungsmöglichkeiten anzubieten, wie sie es dieser Gruppe gegenüber tun'' (,,Le Monde'', 23.2.84).

,,Das Wort den Unternehmern!''

Intellektuellen.

Sie fordern die Massenmedien, dabei insbesondere das Fernsehen, dazu auf, ihnen ebenso großzügige Darstellungsmöglichkeiten anzubieten, wie sie es dieser Gruppe gegenüber tun'' (,,Le Monde'', 23.2.84).

,,Das Wort den Unternehmern!''

Unter der Devise **,,Dem Volk das Wort!''** wurde ,,Libération'' u.a. von Jean-Paul Sartre gegründet. Heute ist 10% des Kapitals bei ,,Libé'' in privater Hand. Nach den Wünschen der Chefredaktion soll dieser Anteil in allernächster Zeit auf 25 - 30% steigen. Wer sind diese Aktionäre? Alles Top-Führungskräfte. Einige Namen:

— J. Riboud vom multinationalen Konzern Schlumberger Ltd.,

— sein Bruder A. Riboud vom Konzern BSN-Gervais-Danone,

— M. Albert, Präsident der ,,Assurances Générales de France'',

— N. Seydoux vom Gaumont-Konzern.

Über die anonyme Gesellschaft ,,Communication et Participation'' (,,Kommunikation und Beteiligung'') kontrollieren sie 10% von ,,Libé''.

Eine zweite Gesellschaft ,,Libre Presse'' (,,Freie Presse'' — die Namen sind hübsch ausgesucht) finanziert indirekt die Zeitung über die Vermittlung der Ersteren. ,,Libre Presse'' setzt sich aus rund 60 Leuten zusammen. Darunter:

— Cl. Alphandéry, Immobilien-Unternehmer und Vize-Präsident des Aufsichtsrats der Midland Bank,

— P.-Y. Cossé, Mitglied des Aufsichtsrats der Banexi-Bank (Filiale der französischen BNP-Bank),

— Ph. Mayer, Unternehmer bei Sommer-Allibert,

— Alain Minc, Finanzdirektor beim Saint-Gobain Trust.

Unter den Mäzenen von ,,Libé'' trifft man auch ein ehemaliges Mitglied des Exekutiv-Büros der Lecanuet-Partei CDS, Y. Sabouret, auch Vize-Präsident des Hachette-Konzerns und Führungskraft der Zeitungsvertriebsgesellschaft NMPP ...

Seit Beginn dieses Jahres ist ine weitere Gesellschaft noch hinzugekommen: die ,,Fondation Saint-Simon'' (,,Stiftung Saint-Simon''). Dort tauschen sich ,,Libération''-Journalisten mit nicht gerade unbekannten Rechten aus. Zum Beispiel mit J.-C. Casanova, zum Beispiel mit Costa de Beauregard. Beide ehemalige Mitarbeiter im Barre-Finanz-Kabinett unter Giscard. Costa de Beauregard ist auch von anderer Stelle aus bekannt. Als Physiker gehört er zu den prominenten Vertretern der Rückkehr zur Metaphysik und der Demontierung Einsteins. Die Stiftung, die wie die Clubs der ,,neuen'' Rechten von den amerikanischen ,,think tanks'' (wörtlich: ,,Denk-Fabriken'') inspiriert ist, soll Forschungsprojekte vergeben und finanzieren. Ziel ist die Beschaffung und der Vertrieb ideologischer Munition. Das erste Forschungsprojekt der Stiftung galt den ,,Wurzeln des deutschen Pazifismus''. Die Untersuchungen und Überlegungen scheinen munter voran zu kommen: So befürwortete Stiftungsmitglied und ,,Libé''-Herausgeber July in einem Interview der Revue ,,30 jours d'Europe'' (Dezember 1983) eine ,,atomare europäische Verteidigung unter deutscher Beteiligung'', was seiner Meinung nach die passende Antwort auf den deutschen Pazifismus sei.

Schwerpunkt der weiter oben erwähnten Stellungnahme des oppositionellen ,,Gracchus''-Kollektivs ist die Kritik daran, wie Rechtsradikale in der Sondernummer ,,Vive la Crise'' hofiert wurden. Dort war der ehemalige Unter-Präfekt de Villiers aus der Vendée (Region um Nantes, südlich der Bretagne), der heute einen ,,freien'' Sender betreibt, als ,,mutiger Umsteiger'' gefeiert worden. Die Realität ist erschütternd: Seine Familie leitete nicht nur die OAS (faschistische Parallelarmee zur Zeit des Algerien-Krieges) in West-Frankreich, sondern de Villiers selber gehört zu katholischen Rechtsradikalen, antisemitischen Kreisen. De Villiers meint u.a., daß die westliche ,,Dekadenz 1453 begonnen'' habe, nämlich als *,,die Kreuzritter nicht den Mut hatten, Konstantinopel den Arabern wieder zu entreißen''.* Unter anderem initiierte er Colloquien mit beispielsweise dem Thema *,,Mittel zur Wiedereroberng der Macht in Frankreich, außerhalb gewöhnlicher Wege''.* Feige redete sich die Chefredaktion von ,,Libération'' zunächst mit ,,Schlamperei'' etc. raus. Das wird kaum zutreffen: der generöse Mäzen von ,,Vive la Crise'', besagter Michel Albert, wie weiter oben erwähnt auch Aktionär bei ,,Libé'', ist aktienmäßig auch bei Villiers Sender mit dabei.

Und außerdem: Auch de Villiers hat eine angeblich ,,pädagogische'' Stiftung gegründet: ,,Stiftung für die Kunst und Wissenschaft der Kommunikation''. Die Zusammensetzung dieses Stiftungskreises ist wirklich nett: Einerseits trifft man hier wiederum auf ,,Libé''-Aktionär Alain Minc (Saint-Gobin), dann auf Thierry Wolton, Rundfunk-Journalist beim ganz, ganz freien Sender ,,Free Europe'', darauf folgt ein Vollexperte in Sachen Kommunikation, nämlich der Kommandant Prouteau der Spezialpolizeitruppe ,,GIGN'', und wer natürlich nicht fehlen darf, ist der supermoderne Chefredakteur von ,,Libé'', Herr July, und so weiter und so fort ... Wer umarmt hier wen? Die Frage beantwortet sich von selbst.

Es ist allerdings ein Skandal, daß Leute, die in ihrer Zeitschrift unermüdlich der ,,deutschen Friedensbewegung'' (daß sie auch in fast jedem anderen Land existiert, außer eben in Frankreich, wollen sie aus leicht durchschaubaren Interressen nicht zur Kenntnis nehmen) irgendwelche dubiose Hintergedanken unterstellen und irgendwelche Strippenzieher andichten, selber nicht nur mit ihrer eigenen Großbourgeoisie, sondern sogar mit ihren eigenen Rechtsradikalen paktieren.

Wenn das nicht gezielte DESINFORMATION und MANIPULATION ist — was dann?! Vom eigenen CHAUVINISMUS, der hier aber tatsächlich dahintersteckt, mal ganz abgesehen!

Frankreich-Kommission

Serge July, Herausgeber von ,,Libération'', zur europäischen atomaren Verteidigung

,,Meiner persönlichen Überzeugung nach wäre sie eine Antwort auf den Pazifismus, auf die Pershings und hätte einen mobilisierenden Wert für Europa. Aber gehen Sie mal zu den deutschen Regierungschefs und sagen Sie Ihnen das, wie ich es vor ca. 14 Tagen tat: Die Liste der Hindernisse, die sie sehen, inklusive des Risikos eines dritten Weltkrieges ist total entmutigend'' (Zitat aus ,,30 jours d'Europe'', Nr. 305, Dezember 1983).



DIE RECHTE BRAUCHT DIE LINKE UM DIE IDEOLOGISCHE LEERE DES LIBERALISMUS ZU FÜLLEN
ABER DIE LINKE BRAUCHT DIE RECHTE UM SICH ZU VERMARKTEN
WER FÜHRT DIE THEATER? LINKE REGISSEURE!
UNSERE BIG KANN AUF RECHTE AUFSICHTSRÄTE NICHT VERZICHTEN

Arbeiterkampf für Leser